

**Landeskommission
Berlin
gegen Gewalt**

**Berliner Forum Gewalt-
prävention**

**Jugendliche als Opfer und Täter
von Gewalt in Berlin**

Nr. 45

Impressum:
Berliner Forum Gewaltprävention
 Das BFG erscheint unregelmäßig.
 Es wendet sich an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Institutionen, Verwaltungen, Verbänden und an die interessierte Öffentlichkeit als Forum zur Diskussion und Information über Prävention.
Herausgeber:
 Landeskommision Berlin gegen Gewalt
 Vorsitzender: Staatssekretär Thomas Härtel
 Senatsverwaltung für Inneres und Sport
 Klosterstr. 47,
 10179 Berlin-Mitte
 Telefon:
 (030) 90223-2913
 Telefax:
 (030) 90223-2921
 E-Mail:
 Berlin-gegen-Gewalt@SenInnSport.Berlin.de
Internet:
www.berlin-gegen-gewalt.de
Redaktion:
 Stephan Voß
 Die Redaktion behält sich vor, eingereichte Beiträge zu kürzen. Für die namentlich gekennzeichneten Beiträge übernimmt der Herausgeber keine Verantwortung.
Nachdrucke sind nicht gestattet.
 ISSN 1617 - 0253
 V.i.S.d.P.:
 Stephan Voß
 2011, 12. Jahrgang
 Druckauflage
 2000 Exemplare
 Druck: Druckhaus Berlin – Mitte GmbH



Inhaltsverzeichnis

Thomas Härtel
Vorwort 3

Dirk Baier, Christian Pfeiffer
Jugendliche als Opfer und Täter von Gewalt in Berlin 5

Inhaltsverzeichnis 6

Autorenverzeichnis 217

Veröffentlichungen der Landeskommision Berlin gegen Gewalt 218



Thomas Härtel

Vorwort



Die Landeskommision Berlin gegen Gewalt befasst sich seit vielen Jahren mit dem Thema Jugenddelinquenz. Intensivtäter standen ebenso im Fokus der Diskussion wie das Thema insgesamt – z.B. im Rahmen des 9. Berliner Präventionstages. Abseits dieser und vieler anderer Aspekte der Jugenddelinquenz interessierte uns neben deren Ursachen immer auch deren tatsächliches Ausmaß.

Vor diesem Hintergrund waren wir sehr gespannt auf die Ergebnisse der im Jahr 2009 veröffentlichten bundesweiten Schüler/innenbefragung „Jugendliche als Opfer und Täter von Gewalt“ des Kriminologischen Forschungsinstitutes Niedersachsen (KFN). Wir hofften diese neben den Daten der Polizeilichen Kriminalstatistik zum Hellfeld der Kriminalität zur Einschätzung der Jugenddelinquenz in Berlin und zur weiteren Planung von Präventions- und Interventionsmaßnahmen nutzen zu können. Für Berlin hat diese Studie jedoch keine validen Ergebnisse geliefert. Zu wenige Schulen haben die Befragung unterstützt.

Wir haben deshalb im Jahr 2010 entschieden, das KFN mit der Durchführung einer Schüler/innenbefragung „Jugendliche als Opfer und Täter von Gewalt in Berlin“ zu beauftragen. Die Ergebnisse der Befragung wurden am 19. Oktober 2011 von Prof. Dr. Christian Pfeiffer und Dirk Baier vom Kriminologischen Forschungsinstitutes Niedersachsen in der Werkstatt der Kulturen vorgestellt.

Die Ergebnisse der Studie haben für einige Überraschungen gesorgt. So hat sich beispielsweise die Befürchtung, dass junge Menschen in Berlin in einem besonders hohen Maße Opfer oder Täter von Gewalt sind, ebenso wenig bestätigt wie die, dass sie besonders brutale Taten begehen. Neben diesen und anderen für Berlin durchaus positiven Ergebnissen, wie z.B. der im Vergleich zum Bund und mit anderen Großstädten geringere Alkoholkonsum junger Menschen, ihre vergleichsweise besser gelungene Integration und die aus der Sicht des KFN besonders gute Präventionsarbeit von Schule und Polizei, benennt die Studie auch Probleme, die nicht nur vor dem Hintergrund der Vergleichsdaten des Bundes und anderer Großstädte in besonderem Maße Handlungsbedarf signalisieren: Schuldistanz, Mobbing in unseren Schulen, Cannabiskonsum und Konsum von Gewaltfilmen, um nur einige zu nennen.

Abseits der für Berlin insgesamt eher positiven Ergebnisse der Schüler/innenbefragung bleibt jedoch festzuhalten, dass der Studie zu Folge fast jeder fünfte Berliner Jugendliche in dem letzten Jahr vor der Befragung Opfer eines Gewaltdelikts wurde. Dies dürfen wir nicht hinnehmen. Vielmehr müssen wir unsere Präventionsarbeit mit dem Ziel weiter qualifizieren und ausbauen, dass immer weniger Menschen Opfer von Gewalt werden. Eine breite und kritische Diskussion der Ergebnisse der Studie des KFN und der dort gegebenen Empfehlungen zur Präventionsarbeit in unserer Stadt kann hierbei sicherlich hilfreich sein.

Thomas Härtel

Staatssekretär

Vorsitzender der Landeskommision Berlin gegen Gewalt

GEWALT
BERLIN GEGEN
GEWALT



FORSCHUNGSBERICHT Nr. 114

**Jugendliche als Opfer und Täter
von Gewalt in Berlin**

Dirk Baier, Christian Pfeiffer

2011

Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen e.V. (KFN)
Lützerodestraße 9, 30161 Hannover
Tel. (05 11) 3 48 36-0, Fax (05 11) 3 48 36-10
E-Mail: kfn@kfn.uni-hannover.de

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	8
1. Einleitung und Danksagung	18
2. Kriminalität im polizeilichen Hellfeld	23
2.1. Kriminalität in der Gesamtbevölkerung Berlins.....	23
2.2. Kriminalität unter Jugendlichen.....	27
3. Die Stichprobe der Schülerbefragung	32
3.1. Methodisches Vorgehen und Rücklauf.....	32
3.2. Stichprobenbeschreibung.....	39
Exkurs I: Stand der Integration von Migrantenjugendlichen	43
4. Gewaltopfererfahrungen und Täterschaften	60
4.1. Jugendliche als Opfer von Gewalt.....	60
4.2. Opfererfahrung und Täterschaften in der Schule.....	67
4.2.1. Opfererfahrungen aus Schülerperspektive.....	67
4.2.2. Schüler als Täter aggressiven Verhaltens.....	70
4.2.3. Gewalt in der Schule aus Lehrerperspektive.....	72
4.3. Jugendliche als Täter delinquenten Verhaltens.....	76
5. Bedingungsfaktoren des delinquenten Verhaltens	83
5.1. Elterliche Erziehung.....	83
5.2. Persönlichkeit.....	89
5.3. Vereins- und Religionszugehörigkeit.....	94
5.4. Medienkonsum.....	101
5.5. Schule.....	112
5.6. Delinquente Freunde und Tragen von Waffen.....	124
5.7. Alkohol- und Drogenkonsum.....	128
5.8. Schulschwänzen.....	133
5.9. Multivariates Erklärungsmodell.....	139
5.10. Lebensalter und delinquentes bzw. abweichendes Verhalten.....	144
Exkurs II: Gewalt gegenüber Autoritäten	149
Exkurs III: Kontakte mit der Polizei und dem Jugendamt	152

6. Politikbezogene Einstellungen und Verhaltensweisen	154
6.1. Allgemein politische Einstellungen.....	154
6.2. Linksextremismus	157
6.3. Rechtsextremismus.....	165
6.4. Fremdenfeindlichkeit bei Migrantenjugendlichen	177
7. Ergebnisse der Zusatzbefragungen.....	184
7.1. Am Befragungstag schwänzende Schüler	184
7.2. Förderschüler mit anderem als dem Schwerpunkt Lernen	188
8. Ergebnisse von Sozialraumauswertungen.....	195
9. Ausgewählte Folgerung für die Prävention.....	207
Literaturverzeichnis	213

Zusammenfassung

Im Zeitraum Juni 2010 bis April 2011 wurde in Berlin eine repräsentative Befragung von Jugendlichen der neunten Jahrgangsstufe im Rahmen des Schulunterrichts durchgeführt. Im Fokus der Untersuchung standen die Verbreitung und die Bedingungsfaktoren des delinquenten Verhaltens von Jugendlichen. Eine solche Untersuchung erschien deshalb notwendig, weil sowohl in der Polizeilichen Kriminalstatistik als auch in der Medienöffentlichkeit der Eindruck erweckt wurde, dass Berlin ein Jugend-Gewaltproblem hat. Über eine Dunkelfeldbefragung sollten zusätzliche Informationen über das Thema Jugendgewalt gesammelt werden, die zugleich als Grundlage von Präventions- und Interventionsmaßnahmen dienen. Insgesamt konnten 3.167 Jugendliche der neunten Jahrgangsstufe befragt werden. Die Rücklaufquote beträgt 44,7 %. Im Vergleich mit anderen methodischen Herangehensweisen handelt es sich um eine gute Rücklaufquote; im Vergleich mit anderen Schülerbefragungen des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen fällt sie aber unterdurchschnittlich aus. Dies ist auf eine geringe Bereitschaft der Schulen zurückzuführen, sich an einer solchen Untersuchung zu beteiligen. Um ausreichend Klassen und Schüler zu erreichen, wurde daher entschieden, zwei Befragungswellen (Ende Schuljahr 2009/2010, Anfang Schuljahr 2010/2011) durchzuführen. In einer deutschlandweit repräsentativen Schülerbefragung aus den Jahren 2007 und 2008, in der 44.610 Jugendliche erreicht wurden, betrug die Rücklaufquote 62,1 %.

Die unterdurchschnittliche Rücklaufquote der Berlinbefragung birgt das Risiko, dass die Stichprobe kein genaues Abbild der Grundgesamtheit darstellt und die Repräsentativität der Befragung eingeschränkt ist. Empirische Belege dafür, dass die realisierte Stichprobe in irgendeiner Weise systematisch verzerrt wäre, gibt es nicht. Zugleich gibt es einige Belege dafür, dass die Repräsentativität der Stichprobe gegeben ist. Ein solcher Beleg ist bspw., dass die Zusammensetzung der Stichprobe hinsichtlich der verschiedenen Schulformen recht nah an die Verhältnisse in der Grundgesamtheit heranreicht, wobei etwas zu viel Gymnasiasten und etwas zu wenig Haupt- und Gesamtschüler erreicht wurden; dies kann aber über die statistische Prozedur der Gewichtung ausgeglichen werden. Ein Beleg ist auch, dass die Befragung hinsichtlich bestimmter objektiver Kenngrößen (u.a. Migrantanteil, Armutsquote) erwartbar hohe Werte ergibt. Zudem zeigt sich, dass die Verteilung von Stadtteilgruppen (benachteiligt vs. nicht benachteiligt) in der Stichprobe weitestgehend mit der amtlichen Statistik überein stimmt. Dennoch ist nicht auszuschließen, dass der hohe Ausfall von Schulen, Klassen und Schülern (von den 305 ausgewählten Klassen haben insgesamt 121 die Teilnahme abgesagt) zur Folge hat, dass bestimmte Schülergruppen nicht erreicht wurden. Es bleibt bezüglich der ermittelten Ergebnisse damit, wie letztlich bei allen empirischen Studien, ein gewisses Maß an Unsicherheit bestehen, welches in der vorliegenden Befragung etwas größer ausfällt als in anderen KFN-Schülerbefragungen.

Zugleich steht in Berlin nun erstmals eine Befragung zur Verfügung, die eine Grundlage bildet, um Erkenntnisse zur Verbreitung und den Bedingungsfaktoren der Jugenddelinquenz zu erarbeiten. Die Schülerbefragung 2007/2008 kann dabei zum Vergleich herangezogen werden, so dass die Besonderheiten Berlins in einigen Bereichen ebenso wie die Durchschnittlichkeit der hier aufwachsenden Jugendlichen in anderen Bereichen aufgezeigt werden kann. Die Vergleichbarkeit beider Befragungen ist gegeben, da sie nach demselben methodischen Vorgehen

und unter Verwendung eines weitestgehend identischen Fragebogens erfolgten. Nachfolgend sollen die wichtigsten Befunde der Berliner Schülerbefragung vorgestellt werden.

1. Die Polizeiliche Kriminalstatistik weist für Berliner Jugendliche eine sehr hohe Kriminalitäts-, insbesondere Gewaltkriminalitätsbelastung aus.

In Berlin wurden in den Jahren 2009 und 2010 im Durchschnitt fast 12,0 % aller Jugendlichen (14- bis unter 18jährige) von der Polizei wegen des Begehens irgendeines Delikts registriert; bundesweit beträgt der Anteil nur 7,3 %. Dabei ergeben sich für alle jugendtypischen Deliktformen überdurchschnittliche Täteranteile in Berlin. Ein besonders großer Abstand zum bundesdeutschen Mittel findet sich beim Gewaltverhalten: In Berlin wurden in den Jahren 2009 und 2010 anteilmäßig doppelt so viele Jugendliche wegen eines Gewaltdelikts polizeilich erfasst wie im Bund (2,2 zu 1,1 %). Zum Raub zeigt sich sogar eine mehr als dreimal so hohe Belastung der Berliner Jugendlichen. Berlin weist sogar deutlich höhere Täteranteile auf wie andere bundesdeutsche Großstädte. Dabei kann zudem vermutet werden, dass der Abstand zu anderen Gebieten noch unterschätzt wird, da für Berlin gerade im Bereich der Gewaltkriminalität eine unterdurchschnittlich Aufklärungsquote zu konstatieren ist. Hier wurden in den Jahren 2009 und 2010 nur 60,1 % der Gewaltdelikte von der Polizei aufgeklärt, in München, der Großstadt mit der höchsten Aufklärungsquote, waren es hingegen 79,9 %. Wenn aber weniger Gewaltdelikte aufgeklärt werden, dann werden auch weniger Tatverdächtige und damit natürlich auch weniger jugendliche Tatverdächtige ermittelt (und in der Statistik ausgewiesen). Allerdings bietet die Statistik in den letzten Jahren zumindest für den Bereich der Gewaltkriminalität positive Trends: Zwischen 2007 und 2010 ist der Anteil an registrierten Gewalttätern unter Jugendlichen um etwa ein Sechstel gesunken. Zu beachten ist auch, dass die Polizeiliche Kriminalstatistik immer nur über jene Taten Auskunft geben kann, die der Polizei zur Kenntnis gelangen, was in der Mehrzahl der Fälle durch eine Anzeige geschieht. Für Großstädte ist es nicht ungewöhnlich, dass die Anzeigequote die von eher ländlich geprägten Gebieten deutlich übersteigt. Die in der Polizeilichen Kriminalstatistik ausgewiesene höhere Gewaltbelastung Berlins könnte deshalb zumindest teilweise ein Resultat einer höheren Anzeigebereitschaft sein. Auskunft über die tatsächliche Verbreitung von delinquenten Verhaltensweisen kann letztlich nur eine Dunkelfeldstudie geben.

2. Die in Berlin durchgeführte Dunkelfeldbefragung unter Schülern der neunten Jahrgangsstufe belegt in verschiedener Hinsicht eine besondere Struktur der hier aufwachsenden Jugendlichen; aus dieser Struktur kann aber nicht auf eine größere Gewaltproblematik geschlossen werden.

Auf Basis der Schülerbefragung kann geschätzt werden, dass über ein Viertel (26,0 %) der Familien mit Kindern im Alter von Neuntklässlern von staatlichen Transferleistungen abhängig sind (Arbeitslosengeld, Sozialhilfe) und insofern eine armutsnahe Lebenslage aufweisen; dieser Anteil fällt im Vergleich zur Quote, die im Rahmen der Schülerbefragung 2007/2008 bundesweit ermittelt wurde, fast doppelt so hoch aus (13,6 %). Zudem gilt, dass in Berlin 45,2 % der Schüler der neunten Jahrgangsstufe einen Migrationshintergrund besitzen, in Bund trifft dies nur auf 27,4 % zu, in anderen Großstädten auf 40,9 %. Dabei unterscheidet sich auch die konkrete Zusammensetzung der Migrantenpopulation: Türkischstämmige und libanesische Jugendliche finden sich in Berlin deutlich häufiger als in anderen Großstädten Deutschlands, polnische

und südeuropäische Jugendliche hingegen seltener. Diese beiden Besonderheiten könnten zu der Annahme verleiten, dass die Gewaltbelastung Berlins höher ausfallen wird als die anderer Großstädte. Gegen diese Hypothese sprechen zwei Überlegungen: Erstens ergibt sich für die Berliner Schülerschaft eine weitere Besonderheit mit Blick auf den Bildungsstand. In Berlin strebt mehr als jeder zweite Schüler der neunten Jahrgangsstufe ein Abitur an (52,2 %), im gesamten Bundesgebiet sind dies nur 33,8 %. Gute Bildungsperspektiven sind aber ein Präventivfaktor für Gewaltverhalten. Zweitens haben bereits frühere Schülerbefragungen zeigen können, dass eine armutsnahe Lebenslage sowie ein Migrationshintergrund letztlich keine eigenständigen Risikofaktoren der Jugendgewalt sind. Beide Faktoren stehen nur in einer schwachen bzw. über andere Faktoren vermittelten Beziehung zur Gewalt. Um die Gewaltbelastung der Berliner Jugendlichen einschätzen zu können, bedarf es daher der Kenntnis der tatsächlich relevanten Faktoren, so z.B. der Männlichkeitsbilder der Jugendlichen, der innerfamiliären Erziehungsstile oder der Verbreitung von Alkoholkonsum und Schulschwänzen.

3. Die Auswertungen zur Gewaltopfer- und -täterschaft belegen für Berlin letztlich keine höhere Gewaltbelastung als in anderen Gebieten Deutschlands.

Erfragt wurde, ob die Jugendlichen in den letzten zwölf Monaten vor der Befragung verschiedene Gewaltdelikte, angefangen von der Körperverletzung über den Raub bis zur sexuellen Gewalt als Opfer erlebt bzw. selber begangen haben. Vom Erleben mindestens eines Gewaltdelikts berichten 17,9 % der Jugendlichen; diese Quote liegt zwar etwas höher als im Bundesdurchschnitt (16,8 %) aber zugleich auf demselben Niveau wie in anderen Großstädten Deutschlands (ebenfalls 17,9 %). Auch für den Bereich der Raubtaten oder räuberischen Erpressungen ergeben sich für Berlin keine höheren Opferquoten. Die Täterquoten bestätigen diese Befunde: In Berlin gaben 10,9 % der Neuntklässler an, mindestens eine Gewalttat begangen zu haben, 4,0 % sind als Mehrfachgewalttäter einzustufen. Bundesweit lagen die Raten 2007/2008 bei 13,5 bzw. 4,3 %. Dabei ist zu beachten, dass die Befragung in Berlin mit einem Drei-Jahres-Abstand zur deutschlandweiten Schülerbefragung erfolgt ist. Bundesweit ist die Jugendgewalt aber seit 2007 laut Polizeilicher Kriminalstatistik um 13,4 % gesunken – und dies gerade in Großstädten. Wenn eine aktuelle, in Großstädten durchgeführte Schülerbefragung zum Vergleich zur Verfügung stünde, würde Berlin möglicherweise genau im Durchschnitt liegen. Daneben zeigt sich, dass die Auskünfte bzgl. der Gewaltopferschaft im Schulkontext für eine durchschnittliche Gewaltbelastung Berlins sprechen: 20,4 % der Befragten gaben an, im letzten Schulhalbjahr physische Gewalt durch Mitschüler erfahren zu haben, im Bund vor drei Jahren waren es 21,4 %. Für verbal aggressive Verhaltensweisen (Mobbing) ergeben sich für Berlin sogar unterdurchschnittliche Raten. Hinsichtlich des Erstbegehungsalters bzw. des Ersterlebensalters von Gewalt ergibt sich eine Besonderheit Berlins: Das erstmalige Begehen sowie das erstmalige Erleben von Körperverletzungen finden in Berlin lebensgeschichtlich betrachtet früher statt als in anderen Gebieten Deutschlands. Diejenigen Jugendlichen, die bspw. schon einmal in ihrem Leben eine schwere Körperverletzung ausgeführt haben, waren beim ersten Mal im Durchschnitt 13,1 Jahre alt; bundesweit liegt das Alter bei 13,7 Jahren.

4. Auch für andere Formen des delinquenten Verhaltens ergeben sich für Berlin durchschnittliche oder unterdurchschnittliche Belastungen. Eine Ausnahme stellt das Graffiti-sprühen dar.

Davon, mindestens eine Sachbeschädigung begangen zu haben, berichten 11,0 % der Jugendlichen Berlins, aber 14,6 % der Jugendlichen der deutschlandweiten Schülerbefragung 2007/2008. Mindestens einen Ladendiebstahl haben 13,6 % der Berliner Jugendlichen begangen; im Bund beträgt die Quote 13,3 % (in anderen Großstädten 16,0 %). Andere Verhaltensweisen wie z.B. der Verkauf von Raubkopien, der Fahrzeugdiebstahl oder der Drogenhandel kommen deutlich seltener vor, in Berlin zudem seltener als im Bund. Nur bzgl. des Graffiti-sprühens als eine besondere Form der Sachbeschädigung ergeben sich für Berlin höhere Raten: Während dieses Delikt bundesweit von nur 6,2 % der Jugendlichen ausgeführt wurde, berichten in Berlin 9,6 % der Jugendlichen davon.

5. Gewalt ist in erster Linie ein Jungenthema. In anderen Bereichen des delinquenten und aggressiven Verhaltens ergeben sich aber auch für Mädchen hohe Täterraten.

Mindestens eine Gewalttat in den zurückliegenden zwölf Monaten haben 15,8 % der Jungen, aber nur 6,1 % der Mädchen ausgeübt. Die Höherbelastung der Jungen im Vergleich zu den Mädchen fällt in Berlin etwas niedriger aus als im Bund. Bundesweit sind Jungen 3,2mal so häufig als Gewalttäter in Erscheinung getreten. Dass in Berlin das Verhältnis geringer ausfällt, liegt nicht daran, dass die Mädchen hier besonders gewalttätig wären; vielmehr sind es die Jungen, die in Berlin weniger gewaltbereit sind als im Bund. Auch aus der Opferperspektive bestätigt sich, dass physische Gewalt in erster Linie ein Jungenthema ist: Jungen haben zu 21,6 % mindestens eine Gewaltopfererfahrungen in den zurückliegenden zwölf Monaten gemacht, Mädchen zu 14,2 %; sexuelle Gewaltdelikte erleben Mädchen allerdings siebenmal häufiger als Jungen. Geschlechterunterschiede derart, dass Jungen höhere Täteranteile als Mädchen aufweisen, finden sich auch bei Sachbeschädigungen und beim Graffiti-sprühen. Beim Ladendiebstahl ist der Geschlechterunterschied am geringsten. Wird das aggressive Verhalten an der Schule betrachtet, so ergeben sich meist ebenfalls höhere Belastungen für Jungen; Mobbingverhalten (andere Hänkeln, Ignorieren usw.) wird von Mädchen aber genauso häufig ausgeführt wie von Jungen. Untersucht wurde zudem, ob man sich gesellschaftlichen Autoritäten gegenüber aggressiv verhält (Eltern, Lehrer, Polizisten). Jungen weisen dabei mit einer Ausnahme die höheren Täterraten auf: Mädchen sind den eigenen Eltern gegenüber häufiger verbal aggressiv als Jungen; und auch bei der physischen Gewalt gegen die Eltern erreichen sie eine fast genauso hohe Quote wie die Jungen.

6. Die deutlich erhöhte Gewaltkriminalität im polizeilichen Hellfeld lässt sich zumindest teilweise auf eine erhöhte Anzeigebereitschaft der jugendlichen Gewaltopfer zurückführen.

In Berlin kamen 27,4 % der erlebten Gewaltdelikte zur Anzeige; diese Quote liegt um ein Siebtel über der Quote des Bundes (24,0 %), zugleich aber fast vergleichbar hoch wie in anderen Großstädten (28,0 %). Bei Körperverletzungen liegt die Anzeigequote unterhalb des bundesdeutschen Niveaus, bei Raubtaten und Erpressungen hingegen deutlich darüber: So kamen in Berlin 57,1 % der erlebten Raubtaten zur Anzeige, im Bund waren es nur 40,2 % (räuberische

Erpressung: 32,6 zu 18,8 %). Die dreifach erhöhte Raubrate im Hellfeld lässt sich damit zwar nicht vollständig erklären; die Anzeigebereitschaft ist aber ein wichtiger Bestandteil der Erklärung der Höherbelastung. Andere Erklärungen wie bspw. die Rolle der Polizeiarbeit lassen sich im Rahmen der Schülerbefragungen nicht untersuchen, weshalb hierzu keine weiteren empirischen Erkenntnisse präsentiert werden können. Bezüglich des Anzeigeverhaltens ergibt sich zudem, dass Migranten insbesondere dann, wenn sie deutsche Jugendliche angegriffen haben, deutlich häufiger mit einer Anzeige rechnen müssen als deutsche Täter; die Anzeigebereitschaft männlichen und weiblichen Tätern gegenüber ist hingegen nahezu gleich hoch ausgeprägt.

7. Im Hinblick auf das Gewaltverhalten ergeben sich für Berlin einige Besonderheiten. Hervorzuheben ist vor allem, dass sich Gewalt deutlich häufiger als im Bund an Haltestellen bzw. in öffentlichen Nahverkehrsmitteln ereignet.

Mehr als jede fünfte Gewalttat (21,2 %) ereignet sich in Berlin in öffentlichen Verkehrsmitteln bzw. an Haltestellen oder Bahnhöfen, im Bund liegt dieser Anteil bei 11,4 %, in anderen Großstädten bei 16,1 %. Daneben zeigt sich, dass Gewalt häufiger durch unbekannte Täter ausgeführt wird. In Berlin kannten nur 46,2 % der Gewaltopfer den Angreifer, im Bund waren es 57,3 %. Die Gewaltopfer berichten auch häufiger davon, dass ein Täter eine Strafe erhalten hat; dies dürfte sich abschreckend auf andere potenzielle Täter auswirken, da die Gefahr des Erwischtwerdens höher liegt. Für andere Umstände des Gewaltgeschehens ergeben sich hingegen keine Auffälligkeiten für Berlin: Die Taten werden nicht brutaler ausgeführt als die Taten in der Bundesrepublik; sie werden zudem nicht häufiger fotografiert oder gefilmt; auch in Berlin wird der Großteil der Taten durch männliche Täter ausgeführt sowie von Tätern, die in etwa im gleichen Alter sind wie die Opfer. Insofern lässt sich durchaus folgern, dass Jugendgewalt in Berlin in vielerlei Hinsicht gewöhnliche Jugendgewalt ist und sich nicht von der Jugendgewalt in anderen Gebieten Deutschlands unterscheidet.

8. Das Gewaltverhalten von Berliner Jugendlichen ist in stärkerem Maße vom Bildungsniveau abhängig als das bundesweit der Fall ist; Berliner Förder- und Hauptschüler weisen eine höhere Gewaltbereitschaft auf als Förder- und Hauptschüler im Bund. Auch in anderen Einstellungs- und Verhaltensbereichen deutet sich eine Bildungsgruppenpolarisierung an.

Die Förder- und Hauptschüler Berlins haben zu 20,9 % im zurückliegenden Jahr mindestens eine Gewalttat ausgeführt, bundesweit beträgt die Quote dieser Gruppe 19,4 %. Die Gymnasiasten Berlins haben hingegen nur zu 6,0 % Gewaltverhalten ausgeführt, die Gymnasiasten des Bundes zu 8,0 %. Deutsche Förder- und Hauptschüler in Berlin sind zu 22,3 % als Gewalttäter in Erscheinung getreten (Gymnasiasten: 5,2 %); im Bund beträgt deren Quote nur 16,5 % (Gymnasiasten: 7,3 %). Eine Bildungsgruppenpolarisierung, nach der die Förder- und Hauptschüler Berlins negativere Werte aufweisen als die Förder- und Hauptschüler des Bundes und die Gymnasiasten Berlins bessere Werte als die Gymnasiasten des Bundes findet sich auch bei anderen Untersuchungsvariablen, so z.B. bei den Einstellungen zur Polizei, bei der Bekanntschaft mit delinquenten Freunden, beim Alkoholkonsum und beim Schulschwänzen. Insofern gibt es in Berlin durchaus eine Gruppe an Jugendlichen, die eine höhere Problembelastung als vergleichbare Gruppen im Bund oder in anderen Großstädten aufweist. Es bleibt hier abzuwar-

ten, ob die Auffälligkeiten dieser Gruppe durch die Schulreform reduziert werden können oder ob es noch weiterer Maßnahmen der Gewaltprävention bedarf.

9. Der Blick auf die Bedingungsfaktoren zeigt, dass die fehlende Höherbelastung im Bereich des Gewaltverhaltens gut zu erklären ist; auffällig ist dabei das besonders niedrige Alkoholkonsumniveau der Berliner Jugendlichen.

In einem multivariaten Erklärungsmodell erweisen sich folgende Faktoren für das Gewaltverhalten der Berliner Jugendlichen als relevant: Persönlichkeitsfaktoren wie die Risikosuche und die Gewalt legitimierenden Männlichkeitsnormen, der Einsatz elterlicher Gewalt, der Konsum von Gewaltfilmen, der Kontakt mit delinquenten Freunden, das Tragen von Waffen, der häufige Alkoholkonsum sowie das Schulschwänzen. Es bestätigt sich insofern auch für Berlin, dass Gewaltverhalten durch verschiedene Faktoren bedingt ist und es nicht nur eine einzelne Ursache gibt. Für einige dieser Faktoren ergeben sich für Berlin positive Befunde im Vergleich zu den Jugendlichen des Bundes. Während Jugendliche in Berlin bspw. zu 52,1 % leichte oder schwere elterliche Gewalt in der Kindheit erfahren haben, sind es im Bund 57,9 %. Eine hohe Risikoorientierung weisen 8,6 % der Berliner Jugendlichen auf, aber 12,2 % der bundesweit befragten Jugendlichen. In den Schulen Berlins wird zudem sehr häufig Gewaltprävention praktiziert, wobei auch eine intensive Zusammenarbeit mit der Polizei gesucht wird. So gaben 75,0 % der Jugendlichen an, dass sie schon einmal an einer Unterrichtseinheit zum Thema Gewalt teilgenommen haben; 54,4 % der Jugendlichen, berichten, dass in der Klasse schon einmal ein Vortrag eines Polizisten zum Gewaltthema gehalten wurde. Das hohe Engagement der Polizei zahlt sich auch insofern aus, als dadurch das Vertrauen der Jugendlichen in die Polizei gestärkt wird. In Berlin gibt es mehr Jugendliche als im Bund, die positive bzw. sehr positive Einstellungen zur Polizei aufrecht erhalten. Hinsichtlich eines Merkmals stechen die Jugendlichen Berlins besonders heraus: Der Anteil an Alkoholkonsumenten liegt hier deutlich unter dem Bundesdurchschnitt. Dies ist nicht allein ein Resultat des höheren Migrantenanteils (und der größeren Distanz einiger Migrantengruppen zum Alkoholkonsum). Von den deutschen Neuntklässlern Berlins gaben 14,6 % an, dass sie mindestens einmal pro Woche Alkohol trinken, 38,1 % gaben in Bezug auf die letzten 30 Tage mindestens ein Rauschtrinkerlebnis an. Bundesweit betragen die Quoten 24,7 % (mind. wöchentlicher Alkoholkonsum) und 57,4 % (Rauschtrinken).

10. Für einige Bedingungsfaktoren ergeben sich für Berliner Jugendliche aber auch höhere Belastungen als im Bund. Hierzu zählen der Gewaltfilmkonsum, das Schulschwänzen und der Cannabiskonsum.

Die Quote häufiger Gewaltfilmkonsumenten ist in Berlin deutlich höher als im Bund (43,4 zu 35,5 %). Zu beachten ist zusätzlich, dass sich für den Gewaltfilmkonsum unter Berücksichtigung möglicher Drittfaktoren signifikante Zusammenhänge mit dem Gewaltverhalten ergeben. Dies gilt auch für das Schulschwänzen. Häufige Schulschwänzer treten öfter als Gewalttäter in Erscheinung; und in Berlin liegt das Schwänzniveau über dem bundesdeutschen Durchschnitt. So gaben in Berlin 15,3 % der Jugendlichen an, im letzten Schulhalbjahr mindestens fünf Tage geschwänzt zu haben, bundesweit waren es 12,1 %. In anderen Großstädten ist diese Rate aber ebenfalls erhöht (16,7 %). In Berlin wird dieses Verhalten zugleich häufiger entdeckt und sanktioniert: 59,7 % der Mehrfachschwänzer (mindestens fünf Tage) berichteten mindestens eine Reaktion von Seiten der Schule auf ihr Verhalten; im Bund beträgt die Quote nur 50,5 %.

Erwähnenswert ist zuletzt, dass in Berlin weit mehr Jugendliche Kontakt mit Cannabis haben als im Bund: 6,7 % der Neuntklässler gaben an, mindestens mehrmals pro Monat Cannabis zu konsumieren, bundesweit waren es nur 4,1 %. Der Cannabiskonsum sollte für die Gewaltentstehung nicht unterschätzt werden. Eine befriedende Wirkung dieses Konsums lässt sich mit den Daten nicht aufzeigen. Dass es in Berlin auch Bereiche mit überdurchschnittlicher Belastung gibt, steht nicht im Widerspruch mit der durchschnittlichen bzw. unterdurchschnittlichen Delinquenzbelastung. Es ist vielmehr davon auszugehen, dass die Delinquenzbelastung noch niedriger ausfallen würde, wenn es in den genannten Bereichen positive Entwicklungen gäbe.

11. Einige Migrantengruppen Berlins sind nach eigenen Angaben häufiger gewalttätig als einheimische Deutsche. Die Gewalttäteranteile fallen aber z.T. deutlich niedriger aus als im Bund. Ein Grund hierfür dürfte die hohe strukturelle Integration der Migranten sein.

Während deutsche Jugendliche zu 10,2 % im zurückliegenden Jahr mindestens eine Gewalttat begangen haben, sind es bei Jugendlichen aus Ländern der ehemaligen Sowjetunion 17,1 %, bei türkischen Jugendlichen 14,0 % und bei polnischen Jugendlichen 13,8 %. Seltener als deutsche Jugendliche haben u.a. asiatische Jugendliche und nord-/westeuropäische Jugendliche Gewalt ausgeübt. Im Vergleich mit der deutschlandweiten Schülerbefragung 2007/2008 zeigt sich für alle Migrantengruppen eine niedrigere Gewaltbereitschaft. Türkische Jugendliche im Bund haben bspw. zu 20,3 % mindestens eine Gewalttat verübt. Das niedrigere Gewaltniveau der Berliner Migranten korrespondiert mit einer hohen strukturellen Integration. Die strukturelle Integration beschreibt das Ausmaß der Partizipation an zentralen gesellschaftlichen Teilsystemen. Für Jugendliche ist insbesondere die Platzierung im Bildungssystem entscheidend. Auskunft hierüber gibt der Anteil an Jugendlichen, die ein Abitur anstreben. Dieser Anteil fällt für Berliner Migranten deutlich höher aus, was u.a. durch den großen Gesamtschulbereich bedingt ist. Die türkischen Migranten Berlins streben zu 42,7 % das Abitur an, deutschlandweit liegt die Quote dieser Gruppe nur bei 17,5 %.

12. Zum Themenfeld Migration und Integration ergeben sich allerdings auch verschiedene negative Befunde, die einen Handlungsbedarf signalisieren.

Erstens finden sich unter den Migranten z.T. recht häufig Ressentiments gegenüber bestimmten Bevölkerungsgruppen. So äußern 7,8 % der Migranten deutschenfeindliche Einstellungen. Vorurteile gegenüber Juden oder Homosexuellen sind ebenfalls keine Seltenheit. Als besonders antisemitisch und homosexuellenfeindlich erweisen sich die Jugendlichen, die aus islamischen Ländern stammen (u.a. türkische Jugendliche, libanesischen Jugendlichen). In diesem Zusammenhang ergibt sich zweitens wie bereits in der deutschlandweiten Schülerbefragung 2007/2008 auch unter Berliner Muslimen ein Zusammenhang zwischen der Stärke der religiösen Bindung und dem Gewaltverhalten: Eher nicht religiöse Muslime haben zu 6,9 % mindestens eine Gewalttat ausgeführt, eher religiöse Muslime zu 13,5 %; für christliche Jugendliche ist der Zusammenhang umgekehrt. Für den Zusammenhang zwischen der Religiosität und dem Gewaltverhalten bei Muslimen ist im Wesentlichen der Faktor der Männlichkeitsnormen verantwortlich. Religiöse Muslime stimmen doppelt so häufig Gewalt bejahenden Männlichkeitskonzepten zu wie nicht religiöse Muslime. Die Frage, die sich an diesen Befund anschließt, ist, wie die Verbindung von Religiosität und Männlichkeit im Islam zustande kommt und welche Möglichkeiten bestehen, die übersteigerten Männlichkeitskonzepte von anderen Inhalten des Islam zu

entkoppeln. Im Vergleich der einzelnen Migrantengruppen zeigt sich, dass libanesische Jungen besonders häufig die Männlichkeitsnormen aufrecht erhalten: 87,5 % stimmen ihnen eher oder sehr zu, unter deutschen Jungen beträgt die Quote nur 32,2 % (türkische Jungen: 68,6 %). Ein dritter wichtiger Befund ist, dass bei Migrantenjünglingen erlebte Diskriminierungserfahrungen die Bereitschaft erhöhen, Gewalt auszuüben. Jugendliche mit muslimischem Hintergrund weisen dabei überdurchschnittlich häufig Diskriminierungserfahrungen auf.

13. Dass das Schulschwänzen ein Risikofaktor delinquenten Verhaltens darstellt, bestätigt sich nicht nur in der Schülerbefragung, sondern auch in einer Zusatzbefragung von Schulschwänzern.

Erstmals im Rahmen von Schülerbefragungen wurde versucht, jene Schüler, die am Befragungstag nicht in der Klasse sind und für die zugleich eine erhöhte Delinquenzbelastung vermutet werden kann, durch Nachbefragungen zu erreichen. Hierzu gehören folgende zwei Schülergruppen: Schulschwänzer und vorzeitige Schulabbrecher. Die Nicht-Berücksichtigung dieser Schüler dürfte eine Unterschätzung von Gewalt- und anderen Delinquenzraten zur Folge haben. In Berlin sollten diese Schüler von den Lehrkräften benannt werden und es sollten zugleich Kontaktdaten ausgehändigt werden, um diese Schüler für eine Nachbefragung zu gewinnen. Leider wurden die Kontaktdaten nur selten zur Verfügung gestellt, da die Schulen durch einen solchen Schritt die Anonymität gefährdet sahen. Mit vorzeitigen Schulabbrechern konnten keine Befragungen durchgeführt werden, wohl aber mit 15 Jugendlichen, die als Schulschwänzer eingestuft wurden und die diese Einstufung bestätigten. Dabei handelt es sich häufiger um Jungen als um Mädchen sowie häufiger um Migranten als um einheimische Deutsche. Dies deckt sich mit der Schülerbefragung, in der für Jungen und für Migranten erhöhte Mehrfachschwänzerraten festgestellt werden konnten. Fast die Hälfte der Schwänzer gab an, im letzten Jahr mindestens einen Ladendiebstahl verübt zu haben, mehr als ein Fünftel berichteten vom Begehen mindestens einer Gewalttat. Diese Raten liegen über den Raten der Neuntklässler der Schülerbefragung. Das Schwänzen stellt also auch in dieser Perspektive ein Risikofaktor der Delinquenz dar. Die höheren Delinquenzraten überraschen nicht, wenn ein Blick auf die Bedingungsfaktoren dieses Verhaltens geworfen wird: Alle 15 Schulschwänzer berichteten von Kontakten zu delinquenten Freunden und vom Konsum von Gewaltfilmen.

14. Die Mehrheit der Berliner Jugendlichen ist als eher unpolitisch einzustufen. Wenn eine politische Meinung vertreten wird, dann häufiger eine linke als eine rechte Meinung. Damit übereinstimmend zeigt sich, dass in Berlin mehr Jugendliche als linksextrem denn als rechtsextrem einzustufen sind. Zugleich kommen diese extremen Haltungen sehr selten vor.

In Berlin gaben 33,6 % der Neuntklässler an, dass sie sich für Politik interessieren würden. Ein Vergleich zum Bund ist hier nicht möglich, weil die Frage nach dem Politikinteresse in der Schülerbefragung 2007/2008 nicht gestellt wurde. Auf dem politischen Links-Rechts-Spektrum können sich insgesamt 56,0 % der Schüler nicht verorten. Die Jugendlichen, die dazu eine Meinung haben, ordnen sich zu 40,4 % als eher links, zu 8,9 % als eher rechts orientiert ein. Neben diesen allgemeinen Einstufungen wurden links- und rechtsextreme Einstellungen bzw. Verhaltensweisen aber auch zusätzlich in Sondermodulen der Befragung erfasst. Linksextremen Einstellungen, die u.a. über Haltungen zum Kapitalismus, zum Kommunismus oder zu Polizei und

Staat erfasst wurden, finden sich bei 16,0 % der Berliner Neuntklässler, linksextreme Straftaten (u.a. Gebäude besetzt, einen Rechten geschlagen und verletzt) haben 7,6 % der Schüler verübt. Ausländerfeindlichen Aussagen als eine Form der rechtsextremen Einstellungen stimmen 26,2 % der deutschen Schüler Berlins zu, 1,9 % haben eine rechtsextreme Straftat verübt. Diesbezüglich sind auch Vergleiche mit dem Bund möglich, die zeigen, dass Berliner Jugendliche seltener ausländerfeindlichen Einstellungen zustimmen und auch seltener rechtsextreme Straftaten verübt haben. Wird aus den verschiedenen Indikatoren der Anteil extremer Jugendlicher bestimmt, die dadurch charakterisiert sind, dass sie sowohl entsprechende Einstellungen aufrecht erhalten als auch entsprechendes Verhalten ausgeführt haben, so kann gefolgert werden, dass der Linksextremismus etwas verbreiteter ist als der Rechtsextremismus. Ein solcher Vergleich muss dabei auf deutsche Jugendliche beschränkt werden, weil die Fragen zum Rechtsextremismus nur deutschen Jugendlichen vorgelegt wurde. Von den deutschen Jugendlichen Berlins werden 1,6 % als rechtsextrem, 3,9 % als linksextrem eingestuft. Ein interessanter Zusatzbefund ist, dass beide Formen des Extremismus vergleichbare Bedingungsfaktoren aufweisen. Das Erleben von elterlicher Gewalt in der Kindheit, die Risikosuche, der Kontakt mit delinquenten Freunden sowie der Alkoholkonsum stehen sowohl mit einem höheren Links- als auch Rechtsextremismus in Beziehung. Der Aufbau einer spezifischen Gesinnung scheint also nicht durch diese Risikofaktoren vorgezeichnet zu sein. Denkbar ist, dass vielmehr die lokalen Bedingungen eine Rolle spielen. Dominiert im Umfeld von Jugendlichen der Linksextremismus, ist der Anschluss an solch eine Gruppe wahrscheinlicher; dominiert hingegen der Rechtsextremismus, dann wird sich eher einer rechten Gruppe angeschlossen.

15. Auch in Berlin finden sich Hinweise auf eine Leistungskrise der Jungen. Eine mögliche Ursache könnte das exzessive Computerspielen darstellen, das von den männlichen Jugendlichen Berlins häufiger praktiziert wird als von den männlichen Jugendlichen des Bundes.

Trotz des hohen Niveaus an Schülern, die in Berlin ein Abitur anstreben, zeigt sich ein deutlicher Geschlechterunterschied hinsichtlich dieses Merkmals: Jungen werden nur zu 46,3 % ihr Abitur ablegen, Mädchen hingegen zu 58,1 %. Bundesweit fällt dieser Unterschied etwas schwächer aus (Jungen: 30,7 %, Mädchen: 37,1 %). In Übereinstimmung damit finden sich auch Geschlechterunterschiede im Bereich von Persönlichkeitsfaktoren oder schulbezogenen Einstellungen. So sind Jungen häufiger risikobereit, weisen also eine geringere Selbstkontrolle auf; für den Schulerfolg sind Selbstkontrollfähigkeiten aber eine wichtige Voraussetzung. Jungen fühlen sich zudem weniger an die Schule gebunden, was sicherlich zur Folge hat, dass sie ihre Anstrengungen, hier Anerkennung zu erfahren, reduzieren. Ein weiterer Belastungsfaktor für den Schulerfolg stellt der höhere Medien-, insbesondere Computerspielkonsum der Jungen dar. Männliche Neuntklässler in Berlin spielen über zwei Stunden täglich Computerspiele; bei weiblichen Neuntklässlern beträgt die Zeit nur eine Stunde. Jungen beschäftigen sich dabei deutlich häufiger als Mädchen mit Gewaltinhalten: Sie spielen zu 46,4 % häufiger Egoshoooter oder andere Gewaltspiele, Mädchen nur zu 3,1 %. Online-Rollenspiele werden zu 29,7 % häufiger von Berliner Jungen gespielt (Mädchen: 4,5 %); dieser Anteil übersteigt den des Bundes um ein Sechstel. Da das Spielen von Online-Rollenspielen mit einer erhöhten Anfälligkeit für die Ausbildung einer Computerspielabhängigkeit bzw. –gefährdung einher geht, überrascht es nicht, dass in Berlin diesbezüglich eine höhere Quote festzustellen ist: 5,0 % der Jugendlichen werden

als Computerspielabhängig oder -gefährdet eingestuft, im Bund sind dies 4,1 %. Jungen weisen mit 8,6 % mehr als zehnmal häufiger eine Abhängigkeit/Gefährdung auf als Mädchen.

16. Benachteiligte Stadtteile stellen keinen eigenständigen Verstärkungsfaktor für Jugenddelinquenz dar. Gleichwohl bestätigt sich in verschiedener Hinsicht, dass in diesen Stadtteilen ein erhöhter Präventionsbedarf besteht.

Im Rahmen der Befragung wurde erhoben, in welchem Stadtteil, genauer in welchem Lebensweltlich orientierten Raum die Jugendlichen wohnen. Auf Basis dieser Information können die Jugendlichen vier Stadtkategorien zugeordnet werden: Stadtteile mit hohem, mittlerem, niedrigem und sehr niedrigem Status. Der Blick auf die Gewaltopfer- wie auch Täterraten zeigt, dass in Stadtteilen mit niedrigem Status keine signifikant erhöhten Raten zu verzeichnen sind. Es kann sogar festgestellt werden, dass in diesen Stadtteilen gerade von Migrant*innen seltener bestimmte Eigentumsdelikte verübt werden. Obwohl damit Stadtteilcharakteristika nicht als Verstärkungsfaktoren der Jugenddelinquenz eingestuft werden können, ergibt sich dennoch in benachteiligten Stadtteilen ein Bedarf für präventives Handeln. So erfahren Jugendliche in benachteiligten Stadtteilen am häufigsten innerfamiliäre Gewalt, sie stimmen am häufigsten Männlichkeitsnormen zu, konsumieren am häufigsten Gewaltfilme und schwänzen am häufigsten in intensiver Weise die Schule. Dass sich diese Belastungsfaktoren nicht auf das delinquente Verhalten auswirken, könnte zum einen daran liegen, dass gleichzeitig in diesen Gebieten Schutzfaktoren wirken, die durch die Schülerbefragung nicht erfasst wurden (z.B. eine hohe Verhaltenskontrolle durch Erwachsene). Zum anderen könnte der Präventionsbedarf dieser Stadtteile bereits erkannt worden sein; die Durchführung von Präventionsmaßnahmen hält das Delinquenzniveau in diesen Stadtteilen möglicherweise gering.

1. Einleitung und Danksagung

Ein Blick in die Presse scheint eines klar zu belegen: Berlin hat ein Jugendgewaltproblem. Drei Beispiele mögen dies illustrieren. Im Februar des Jahres 2011 prügelten zwei Jugendliche in einem U-Bahnhof einen 30jährigen Mann ins Koma; die Videoaufzeichnungen der Jagd im Bahnhof sowie des Angriffs beschäftigten danach ganz Deutschland. Einen Monat später kam es zu einem weiteren, Aufsehen erregenden Übergriff: Ein 17jähriger wurde von mehreren Jugendlichen angegriffen, mit denen er sich zu einer Streitschlichtung getroffen hatte. Im April ereignete sich dann erneut ein Übergriff in einem U-Bahnhof: Zwei 18jährige griffen einen erwachsenen Mann tötlich an, traten ihn gegen den Kopf und gingen zudem noch auf eine weitere Person los, die sich helfend einmischen wollte. An diese Vorfälle schlossen sich jedes Mal die gleichen Fragen an: Sind Berliner Jugendliche besonders gewalttätig? Ist grundsätzlich in Deutschland von einem zunehmenden Problem der Jugendgewalt auszugehen und Berlin hierfür nur ein Beispiel? Gehen die Jugendlichen Gewalttäter immer brutaler vor; hören sie also heute häufiger als früher nicht mehr mit dem Prügeln auf, wenn ein Opfer am Boden liegt?

So legitim diese Fragen sind; sie sind zugleich nur sehr schwer zu beantworten. Eine Beantwortung setzt voraus, dass es verlässliche Statistiken gibt, in denen Gewalttaten, die Form der Ausübung, die Umstände des Übergriffs usw. registriert werden. Dies ist aber nur bedingt der Fall. In Deutschland gibt es lediglich eine Statistik, die Veränderungen des Kriminalitätsgeschehens über längere Zeiträume hinweg abbildet: die Polizeiliche Kriminalstatistik. Diese weist für Deutschland zwischen 1993 und 2007 einen kontinuierlichen Anstieg der Jugendgewaltkriminalität aus; die Zahlen haben sich in dieser Zeit verdoppelt (vgl. Baier 2010). Seitdem geht die polizeilich registrierte Jugendgewalt aber zurück; d.h. die letzten drei Jahre sind durch eine sinkende Jugend-Gewaltkriminalität gekennzeichnet. Zudem gilt für schwere Übergriffe wie den Raub oder den Mord/Totschlag, dass die Zahlen bereits schon deutlich vor 2007 fallen bzw. ein konstantes Niveau aufweisen. Ein Anstieg von Körperverletzungen in der Polizeilichen Kriminalstatistik, die den größten Teil der Gewaltkriminalität ausmachen, kann statt eines Anstiegs auch etwas ganz anderes bedeuten: Nicht die Taten nehmen zu, sondern die Bereitschaft, diese bei der Polizei anzuzeigen. Für schwere Gewaltdelikte ist eine Veränderung der Anzeigebereitschaft nicht plausibel, wohl aber bei Übergriffen, die eine geringe bis mittlere Schwere aufweisen. Der Anstieg der Gewaltkriminalität und hier vor allem der Körperverletzungen bis 2007 könnte daher auch ein Phänomen gestiegener Sensibilität gegenüber der Gewalt sein.

Mittels der Polizeilichen Kriminalstatistiken können Veränderungen in der Anzeigebereitschaft nicht sichtbar gemacht werden, da nur jene Taten gezählt werden, die letztlich angezeigt wurden oder die die Polizei im Rahmen ihrer Arbeit selbst aufgedeckt hat. Eine verlässlichere Abschätzung des Ausmaßes sowie der Veränderung des Gewaltverhaltens erlauben so genannte Dunkelfeldstudien. Diese sind meist als Befragungen ausgewählter Bevölkerungsgruppen angelegt. Im Rahmen dieser Untersuchungen werden auch jene Delikte erfasst, die nicht angezeigt werden und insofern im Dunkelfeld verbleiben; gleichwohl werden natürlich auch die angezeigten Delikte erfragt, weshalb der Begriff der Dunkelfeldstudie etwas in die Irre führt. In Bezug auf die gesamte Bevölkerung existieren bislang keine Dunkelfeldstudien zur Täterschaft, wohl aber zur Opferschaft; eine aktuelle Befragung zu diesem Thema wird derzeit durchgeführt („Barometer

Sicherheit Deutschland“). In Bezug auf Jugendliche erfolgte eine deutschlandweite Dunkelfeldstudie erstmals in den Jahren 2007 und 2008 durch das Kriminologische Forschungsinstitut Niedersachsen (KFN); diese Studie widmete sich sowohl den Opfer- als auch den Täterschaften. Da bereits einige Jahre zuvor Dunkelfeldstudien in vergleichbarer Weise in einigen Städten durchgeführt wurden, konnten damit auch Ergebnisse zur Entwicklung der Jugendgewalt im Dunkelfeld erarbeitet werden. Zwei zentrale Erkenntnisse sind dabei hervorzuheben (Baier 2011): Erstens zeigte sich bereits im Vergleich von Befragungen aus den Jahren 1998 und 2005 bzw. 2006 ein Rückgang des Anteils an Jugendlichen, die mindestens eine Gewalttat begangen hatten. Der Widerspruch zur Polizeilichen Kriminalstatistik ließ sich dadurch auflösen, dass ein ebenso deutlicher Anstieg der Anzeigequoten festzustellen war. Zweitens gab es keine Hinweise auf eine Brutalisierung der Jugendgewalt. Im Gegenteil: Der Anteil an Gewaltopfern, die nach einem Übergriff ärztlich behandelt werden mussten, ist leicht rückläufig. Gegen die Brutalisierungsthese spricht auch die Statistik zu Raufunfällen an Schulen. Diese weist aus, dass zwischen 1998 und 2008 die Anzahl an Raufunfällen, die in Frakturen (z.B. Nasenbeinbrüche, Rippenbrüche) geendet haben, je 1.000 Schüler von 1,2 auf 0,8 gefallen ist (Baier 2011). Für Deutschland kann daher in der Zusammenschau der verschiedenen Statistiken gefolgert werden, dass es kein zunehmendes Problem der Jugendgewalt gibt und dass auch keine Hinweise darauf existieren, dass die Brutalität der von Jugendlichen verübten Gewalt gestiegen wäre.

Es bleibt aber die Frage zu beantworten, ob Berlin möglicherweise eine größere und darüber hinaus zunehmende Gewaltbelastung hat. Einige Rahmenbedingungen Berlins könnten dafür sprechen, so u.a. eine recht hohe Armutsquote oder ein hoher Migrantenanteil. Die Auswertungen der Polizeilichen Kriminalstatistik, die in Abschnitt 2 dieses Berichts vorgestellt werden, scheinen dies ebenfalls zu belegen, wobei bzgl. der Entwicklung in den letzten Jahren auch in Berlin rückläufige Trends ausgewiesen werden. Jedoch ist gleichfalls zu bedenken, dass Faktoren wie die Betroffenheit von Armut oder der Migrationshintergrund keine entscheidenden Einflussfaktoren des Gewaltverhaltens oder, allgemeiner, des delinquenten Verhaltens sind. Andere Faktoren (u.a. Erziehungsverhalten der Eltern, Freundesgruppe) sind deutlich einflussreicher. Es müssten Hypothesen darüber existieren, dass Berliner Jugendliche im Bereich dieser Faktoren höher belastet sind, um begründen zu können, dass Berlin ein besonderes Jugendgewaltproblem hat. Dies scheint nur schwer möglich, weshalb die Annahme, dass es sich bei Berliner Jugendlichen zunächst um ganz gewöhnliche Jugendliche mit einer durchschnittlichen Bereitschaft handelt, Gewaltverhalten auszuführen, nicht ganz unbegründet erscheint. Gesicherte Befunde zur Jugendgewalt gibt es in Berlin bislang allerdings nicht.

Um Licht ins Dunkel der Phänomene Jugendgewalt und Jugenddelinquenz zu bringen, wurde in Berlin erstmals im Jahr 2007 der Versuch einer Befragung von Schülern¹ der neunten Jahrgangsstufe unternommen, und zwar im Rahmen der vom Bundesinnenministerium finanzierten, deutschlandweit repräsentativen Schülerbefragung. Der Rücklauf der Befragung fiel aber letztlich so gering aus, dass keine verlässlichen Aussagen zu Berlin getroffen werden konnten. Im Jahr 2009 hat das KFN deshalb einen zweiten Anlauf versucht. In Zusammenarbeit mit verschiedenen Senatsverwaltungen wurde ein Konzept für eine Repräsentativbefragung von Berliner Neuntklässlern erarbeitet. Dass in den Jahren 2007/2008 eine deutschlandweite Schülerbe-

¹ Aus Gründen der einfacheren Darstellung wird im Folgenden meist die männliche Form verwendet, obwohl in diesen Fällen regelmäßig sowohl weibliche als auch männliche Personen gemeint sind. Wenn sich Aussagen nur auf männliche oder weibliche Personen beziehen, wird dies kenntlich gemacht.

fragung durchgeführt wurde, bot dabei die einzigartige Gelegenheit, die in Berlin zu erhebenden Daten mit anderen Gebieten Deutschlands zu vergleichen. Eines ermöglicht eine in ihrer Anlage identische Befragung in Berlin allerdings nicht: Da keine verlässlichen Daten aus früheren Jahren vorliegen, kann die Frage nach der Entwicklung der Jugendgewalt im Dunkelfeld nicht beantwortet werden. Das Projekt legt erst den Grundstein für eine Wiederholungsbefragung in der Zukunft, mit der dann Trendauswertungen vorgenommen werden können. Die Schülerbefragung in Berlin sollte sich stattdessen folgenden Fragen widmen:

- Wie verbreitet sind Gewalterfahrungen unter Jugendlichen in Berlin? Wie belastet sind die Jugendlichen im Vergleich zu den Jugendlichen aus anderen Gebieten Deutschlands?
- Werden jugendliche Gewalttäter in Berlin mit höherer Wahrscheinlichkeit als Tatverdächtige registriert, z.B. weil die Anzeigebereitschaft von Opfern besonders hoch ausfällt?
- Wo stehen die Jugendlichen Berlins im Vergleich zu Jugendlichen aus anderen Gebieten im Bereich weiterer delinquenten und abweichender Verhaltensweisen? Begehen sie häufiger oder seltener Eigentumsdelikte? Konsumieren sie häufiger oder seltener Drogen und Alkohol oder schwänzen sie häufiger oder seltener die Schule?
- Welche Ursachen delinquenten Verhaltens lassen sich speziell für die Berliner Jugendlichen erkennen?
- Welche sozialräumlichen Unterschiede lassen sich in Bezug auf die im Mittelpunkt der Untersuchung stehenden Verhaltensweisen für Berlin feststellen?

Die in den Fragen angesprochenen Themen gehören zu den Kernthemen der seit 1998 durchgeführten KFN-Schülerbefragungen (vgl. u.a. Wetzels et al. 2001, Wilmers et al. 2002, Baier et al. 2006). Die Befragung in Berlin wurde gleichzeitig aber auch genutzt, um erstens Themen zu untersuchen, die seit der deutschlandweiten Schülerbefragung 2007/2008 Bestandteil der Schülerbefragungen sind; zweitens wurde sich auch ganz neuen Themen gewidmet. Erwähnenswert sind dabei die Erfassung von deutschenfeindlichen Einstellungen und Verhaltensweisen (bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund) und die Erfassung von Linksextremismus sowie von aggressiven Verhaltensweisen verschiedenen Autoritäten gegenüber (Eltern, Lehrkräfte, Polizeibeamte, Bus-/Straßenbahnfahrer). Aus der Schülerbefragung 2007/2008 wurden Instrumente zur Messung des Integrationsstandes der verschiedenen Berliner Migrantengruppen aufgenommen, Instrumente zur Erfassung von Rechtsextremismus sowie zur Computerspielabhängigkeit. Es wird sich damit einem breiten Spektrum an Auffälligkeiten sowie deren Bedingungsfaktoren gewidmet. Die Schülerbefragung in Berlin sollte insofern mehr als eine Dunkelfeldbefragung, sondern vielmehr eine Sozialstudie der derzeit heranwachsenden Jugendgeneration darstellen.

Um zu verlässlichen Aussagen zu den genannten Fragestellungen und Themen zu gelangen, bedarf es in einer Stadt, in der im Schuljahr 2009/2010 insgesamt über 27.000 Schüler der neunten Jahrgangsstufe unterrichtet wurden, eine ausreichend große Stichprobe. Anvisiert wurde, etwa jeden fünften Schüler zu erreichen, d.h. insgesamt ca. 5.000 Neuntklässler. Im Verlauf des Projekts stellte sich heraus, dass dieses Ziel zu hoch gesteckt war. Was sich bereits in der Schülerbefragung 2007/2008 gezeigt hat, erwies sich auch in der zweiten Berliner Schülerbefragung als Hemmnis: Die Bereitschaft der Schulen, an solch einer Befragung teilzunehmen, ist in Berlin im Vergleich mit anderen Gebieten Deutschlands weit unterdurchschnittlich ausgeprägt. Obwohl verschiedene Senatsverwaltungen das Projekt unterstützten, konnten vor den Sommer-

ferien des Schuljahrs 2009/2010 nur 141 der insgesamt 305 für Befragungen ausgewählten Klassen der neunten Jahrgangsstufe für eine Teilnahme gewonnen werden. Es wurde daher entschieden, Anfang des Schuljahrs 2010/2011 den Klassen, die die Teilnahme abgesagt hatten, eine weitere Möglichkeit zur Teilnahme einzuräumen. Immerhin 43 weitere Klassen erklärten sich noch zur Teilnahme bereit. Das bedeutet zugleich, dass mehr als ein Drittel aller Klassen nicht bereit waren, das Projekt zu unterstützen. Dies ist deshalb bedauerlich, da durch die Befragung auch unmittelbar schulrelevante Befunde erarbeitet werden; es handelt sich nicht um ein rein wissenschaftliches Projekt, dessen Ergebnisse nur einem Fachpublikum vorgestellt werden und das in der Öffentlichkeit weitestgehend unberücksichtigt bleibt.

Für den Rücklauf der zweiten Befragungswelle sicherlich abträglich waren verschiedene, in der Öffentlichkeit geführte Diskussionen über das Projekt nach Beendigung der Befragungen der ersten Befragungswelle. Befragungen in einem solch sensiblen Themenbereich (u.a. Erhebung von eigenen Opfer- und Täterschaften) bedürfen einer sorgfältigen Vorbereitung, in der u.a. von den zuständigen Stellen beurteilt wird, ob die Anonymität der Befragung gegeben ist, inwieweit Schüler- und Elternrechte Berücksichtigung finden, ob die gestellten Fragen altersadäquat sind usw. All diese Prüfungen hat das Projekt im Vorfeld durchlaufen. Die Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung hat die Genehmigung zur Befragung innerhalb des Schulunterrichts erteilt; der Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit hatte gegen das Vorgehen, das in ähnlicher Form bereits in zahlreichen KFN-Schülerbefragungen zum Einsatz kam, keine Einwände. Dennoch wurde im Zuge der ersten Befragung das Projekt in verschiedener Hinsicht in Frage gestellt. Wir hoffen, durch die Veröffentlichung dieses Berichts aufzeigen zu können, dass eine solche Befragung einen hohen Nutzen hat und verschiedene Akteure in ihrer Arbeit davon profitieren können.

In der Vorbereitungsphase sowie in der Phase, in der das Projekt in der öffentlichen Kritik stand, haben uns die Senatsverwaltung für Inneres und Sport und hier insbesondere der Vorsitzende der Landeskommision „Berlin gegen Gewalt“, *Herr Staatssekretär Thomas Härtel* sowie der Leiter der Geschäftsstelle der Landeskommision „Berlin gegen Gewalt“, *Herr Stephan Voß* jederzeit unterstützt. Hierfür möchten wir uns ausdrücklich bedanken. Ohne die konsequente Unterstützung hätte die Befragung ihr Ziel voraussichtlich nicht erreicht. Bedanken möchten wir uns zudem bei den anderen Senatsverwaltungen, die neben der Landeskommision „Berlin gegen Gewalt“ die Finanzierung des Projekts sicher stellten bzw. in anderer Hinsicht Beiträge zum Gelingen des Projekts leisteten. Ausdrücklich zu erwähnen ist die *Senatsverwaltung für Stadtentwicklung* sowie die *Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung*. Namentlich bedanken möchten wir uns bei *Herrn Reinhold Reitschuster*, *Herrn Philipp Mühlberg* und *Herrn Christian-Magnus Ernst*. Zudem möchten wir uns beim *Berliner Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit*, *Herrn Dr. Alexander Dix*, für die immer rasche und umsichtige Bearbeitung unserer Anliegen bedanken.

Die Befragungen der Schüler werden in allen KFN-Schülerbefragungen im vertrauten Umfeld der Schulklasse während des Unterrichts durchgeführt. Diese Aufgabe wird dabei nicht den Lehrkräften übertragen, sondern sie wird von Testleitern übernommen, die in einer Schulung auf ihre Tätigkeit vorbereitet werden. Aufgabe der Testleiter ist es dabei nicht nur, die Befragungen in standardisierter Weise durchzuführen; sie vereinbaren auch selbst die Befragungstermine und sprechen weitere organisatorische Details mit den Direktoren und Klassenlehrern

ab. In Berlin haben diese Aufgabe insgesamt 24 *Testleiter* übernommen, denen wir an dieser Stelle Dank sagen möchten.

Ein großer Dank geht zudem an die *Direktoren und Lehrer* der Schulen, die an der Befragung teilgenommen haben sowie an die *Jugendlichen*, die die Fragebögen ausgefüllt haben. Den *Eltern* möchten wir danken, dass sie es erlaubt haben, ihren Kindern z.T. auch recht persönliche Fragen zu stellen. Zuletzt danken wir den Hilfskräften, die am KFN verschiedene Schritte des Projekts unterstützt haben.

2. Kriminalität im Polizeilichen Hellfeld

2.1. Kriminalität in der Gesamtbevölkerung Berlins

Berlin ist mit 3,4 Millionen Einwohnern die größte Stadt Deutschlands. Im Jahr 2009 wurden in Berlin insgesamt 496.468 Straftaten von der Polizei registriert, zu denen 140.065 Tatverdächtige ermittelt wurden; im Jahr 2010 lagen die Zahlen 475.021 Taten bei 135.738 Tatverdächtigen. Die Jahre 2009 und 2010 stehen hier deshalb im Fokus, weil sich die Schülerbefragung, deren Ergebnisse in den anderen Abschnitten dieses Berichts vorgestellt werden, im Wesentlichen auf diese Jahre beziehen. Die Befragung erfolgte im Jahr 2010, z.T. auch im Jahr 2011; die Schüler sollten sich bei ihren Antworten aber meist auf die letzten zwölf Monate und damit im Wesentlichen auf die Jahre 2009 und 2010 beziehen. Um die Kriminalitätsbelastung eines Gebiets mit anderen Gebieten vergleichen zu können, wird nun nicht auf die absolute Anzahl an Straftaten zurückgegriffen, die u.a. von der Einwohnerzahl eines Gebiets abhängig ist, sondern auf relative Zahlen. Die Häufigkeitszahl gibt bspw. an, wie viele Straftaten pro 100.000 Einwohnern registriert wurden. In Tabelle 2.1 ist die Häufigkeitszahl für verschiedene Deliktkategorien und verschiedene Gebiete dargestellt.

In Berlin wurden pro 100.000 Einwohnern im Jahr 2009 14.467,2 Straftaten erfasst, im Jahr 2010 13.798,0. Im Mittel der beiden Jahre liegt die Häufigkeitszahl damit bei 14.132,6. Dieser Wert fällt fast doppelt so hoch aus wie der bundesdeutsche Wert (7.318,2). Ein Vergleich mit der Häufigkeitszahl des Bundes ist allerdings problematisch, weil städtische und insbesondere großstädtische Regionen grundsätzlich durch eine höhere Kriminalitätsbelastung gekennzeichnet sind. Dies ist u.a. auf eine höhere Anzeigebereitschaft und eine höhere Polizeidichte (die zu einer häufigeren Aufdeckung von Straftaten führt), aber auch auf soziale Besonderheiten (z.B. höher Anteil sozial benachteiligter Menschen oder an Menschen mit Migrationshintergrund), die mit dem Kriminalitätsaufkommen in Verbindung stehen, zurückzuführen. Aus diesem Grund erscheint ein Vergleich mit anderen Großstädten sinnvoll. In Tabelle 2.1 ist dabei der Vergleich zu den zwei nächstgrößten Städten Deutschlands dargestellt. *Auffällig ist, dass Berlin auch dann noch die höchste Häufigkeitszahl aufweist.* In München liegt die Häufigkeitszahl fast um die Hälfte niedriger, in Hamburg immerhin fast um ein Zehntel.

Tabelle 2.1: Häufigkeitszahl nach Delikt und Gebiet (Mittelwert 2009 und 2010)

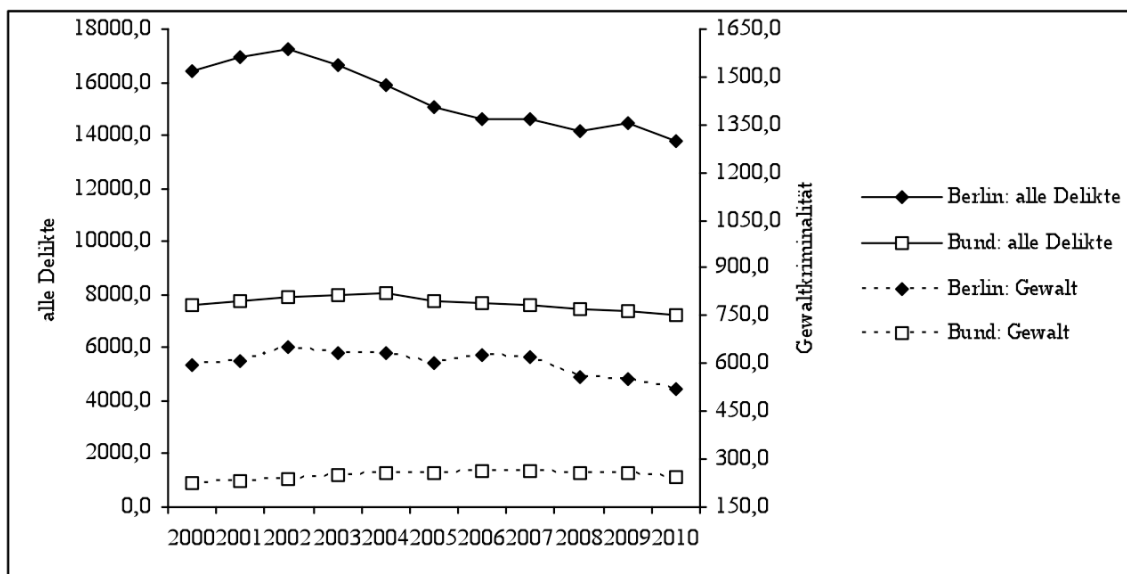
	alle Delikte	Gewaltkriminalität	vorsätzliche, leichte Körperverletzung	Sachbeschädigung	schwerer Diebstahl	einfacher Diebstahl
Berlin	14132,6	534,0	852,5	1549,8	2627,1	2832,9
Hamburg	13016,5	512,7	870,2	1343,7	2684,1	3118,6
München	7601,4	299,4	628,9	927,6	829,6	1870,5
Bund	7318,2	250,1	453,4	901,2	1328,8	1507,7

Deutliche Abstände Berlins zum bundesdeutschen Wert wie zu München ergeben sich für alle in Tabelle 2.1 aufgeführten Delikte. Im Vergleich zu Hamburg zeigt sich zugleich, dass im Bereich der Diebstähle in Berlin geringere Häufigkeitszahlen existieren. *Im Bereich der Gewaltkriminalität und der Sachbeschädigung weist Berlin hingegen die höchste Häufigkeitszahl und damit die höchste Kriminalitätsbelastung auf.* Da in der Polizeilichen Kriminalstatistik vorsätz-

liche, leichte Körperverletzungen nicht der Gewaltkriminalität zugeordnet werden, ist die Häufigkeitszahl für dieses Delikt noch einmal extra aufgeführt. Bei diesem Delikt fällt der Abstand zu München am niedrigsten aus; die Belastungszahl Hamburgs liegt zudem etwas über der Zahl Berlins.

In Berlin ist die Kriminalität im Vergleich zum Bund in den letzten elf Jahren allerdings deutlich stärker zurückgegangen, wie Abbildung 2.1 belegt. *Die Kriminalität sinkt also in Berlin, und dies deutlicher als im gesamtdeutschen Durchschnitt.* Die Häufigkeitszahl für alle Delikte ist seit 2002 in Berlin um 19,9 % gefallen, im Bund nur um 8,1 %. Bei der Gewaltkriminalität findet sich ein Rückgang in Berlin um 20,7 %, im Bund hingegen ein leichter Anstieg von 2,7 % seit 2002.

Abbildung 2.1: Entwicklung der Häufigkeitszahl für alle Delikte bzw. für Gewaltkriminalität in Berlin und im Bund seit 2000



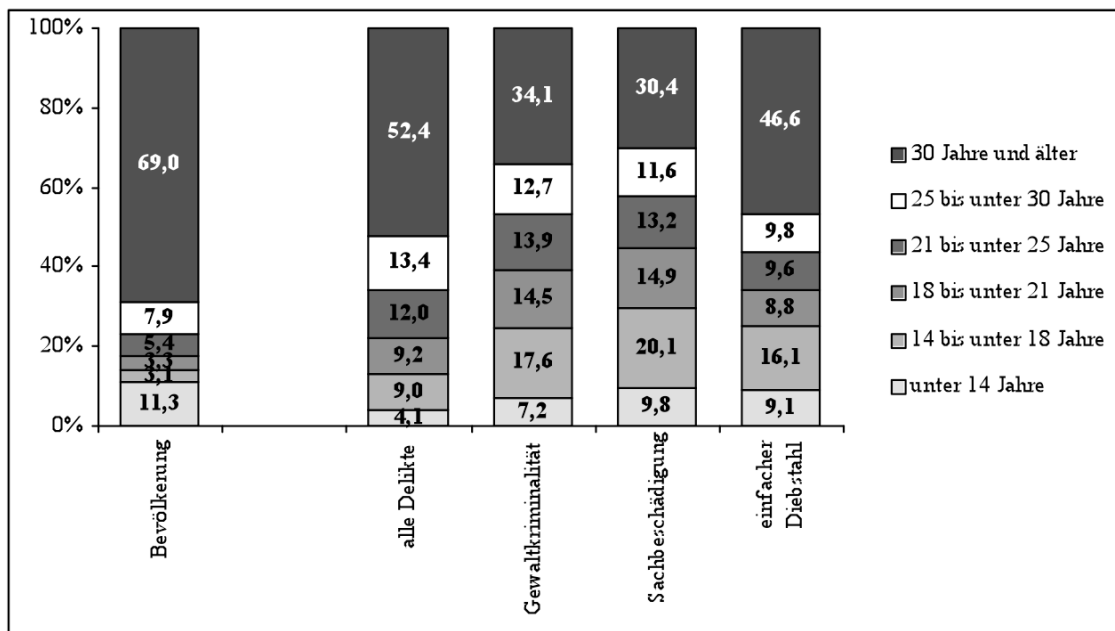
Bereits an dieser Stelle ist darauf hinzuweisen, dass Vergleiche zwischen Gebieten ebenso wie Vergleiche über die Zeit, die auf der Polizeilichen Kriminalstatistik beruhen, zurückhaltend interpretiert werden sollten. Diese Statistik stellt nur einen Ausschnitt des realen Kriminalitätsgeschehens dar, das sog. Hellfeld, d.h. all jene Delikte, die zur Anzeige kommen bzw. die die Polizei im Rahmen ihrer Arbeit aufdeckt. Ein nicht unwesentlicher Teil aller Delikte wird nicht polizeilich registriert, bspw. weil die Opfer aus Angst oder wegen der Geringfügigkeit des Schadens keine Anzeige erstatten. Unterschiede zwischen verschiedenen Gebieten oder Veränderungen über die Zeit müssen damit nicht zwangsläufig reale Unterschiede bzw. Veränderungen bedeuten, sondern sie können auch auf Veränderungen bzw. Unterschieden im Anzeigeverhalten, in den polizeilichen Ermittlungsaktivitäten, in der Registrierungspraxis, in gesetzlichen Rahmenbedingungen usw. basieren (vgl. Lamnek 1998, S. 384ff). Ein stärkerer Rückgang der Kriminalität in Berlin könnte deshalb auch damit in Zusammenhang stehen, dass die Bevölkerung erlebte Delikte seltener als in anderen Gebieten zur Anzeige bringt, möglicherweise weil das Vertrauen in die Arbeit der Polizei schwindet. Möglich ist zugleich, dass sich hinter dieser Entwicklung ein echter, überproportional ausgeprägter Rückgang der Kriminalitätsbereitschaft der Bevölkerung verbirgt. Abschließende Antworten dazu, welche Interpretationen korrekt sind,

erlauben nur wiederholt durchgeführte Dunkelfeldbefragungen, die es aber bislang für Berlin nicht gibt.

Werden angezeigte bzw. von der Polizei aufgedeckte Straftaten aufgeklärt, dann wird ein Tatverdächtiger bzw. dann werden mehrere Tatverdächtige ermittelt. Zu diesen werden verschiedene Merkmale registriert, u.a. das Lebensalter. Vielfach konnte bzgl. des Lebensalters von Straftätern festgestellt werden, dass jüngere Altersgruppen im Vergleich zu ihrem Bevölkerungsanteil deutlich überrepräsentiert sind. Dies gilt auch in Berlin, wie Abbildung 2.2 anhand verschiedener Delikte zeigt. Im Jahr 2009 hatten 3,1 % der Einwohner Berlins ein Alter zwischen 14 und unter 18 Jahren (Jugendliche), 3,3 % ein Alter zwischen 18 und unter 21 Jahren (Heranwachsende). *Gemessen an ihrem Bevölkerungsanteil liegt der Anteil an Tätern aller Delikte bei diesen beiden Altersgruppen fast dreimal so hoch.* Auch die ab 21jährigen und die ab 25jährigen stellen einen überproportional hohen Täteranteil; die Diskrepanzen zum Bevölkerungsanteil fallen aber niedriger aus. Ab 30jährige und unter 14jährige treten demgegenüber seltener als es ihrem Bevölkerungsanteil entspricht als Täter in Erscheinung.

Jugendliche stellen bei allen aufgeführten Delikten die im Vergleich zu ihrem Bevölkerungsanteil am stärksten belastete Gruppe. Besonders deutlich wird dies bei der Gewaltkriminalität und bei der Sachbeschädigung. Der Täteranteil der 14- bis unter 18jährigen liegt bei diesen Delikten 5,8- bzw. 6,6mal über dem Bevölkerungsanteil. *Etwa jeder fünfte Täter einer Gewalttat bzw. einer Sachbeschädigung war demnach im Jugendalter (17,6 bzw. 20,1 %).* Insgesamt werden etwa zwei Drittel dieser Delikte von Personen ausgeführt, die unter 30 Jahre alt sind. Gewalt gegen Personen und gegen Sachen sind daher im Wesentlichen Jugendphänomene.

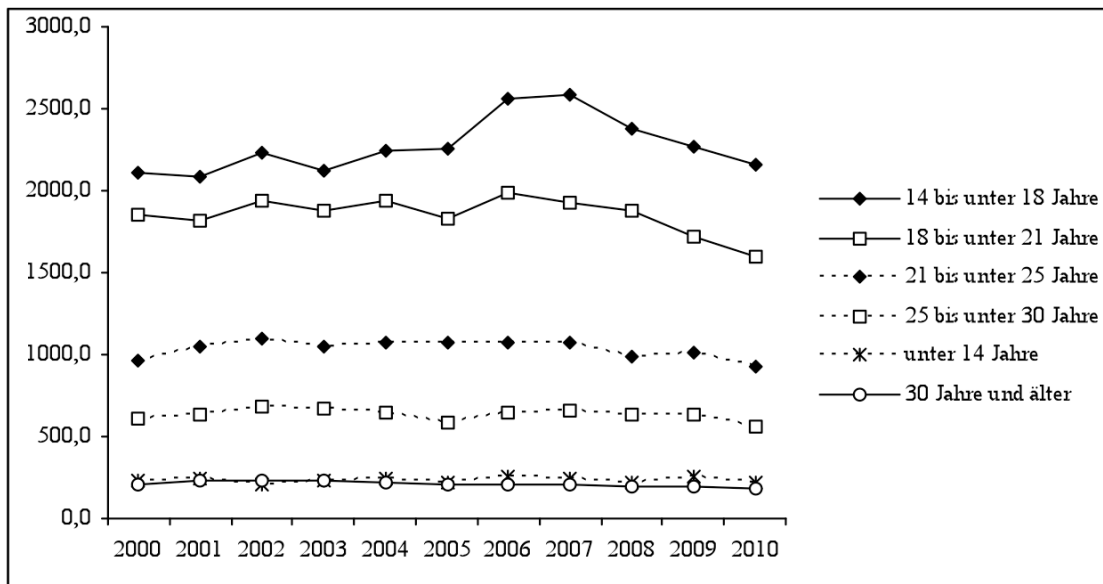
Abbildung 2.2: Anteil der Altersgruppen an der Bevölkerung sowie an den Tätern verschiedener Delikte im Jahr 2009 (in %)



Die höhere Kriminalitätsbelastung der genannten Altersgruppen spiegelt sich in einer erhöhten Tatverdächtigenbelastungszahl wieder. Diese Zahl gibt an, wie viel Personen pro 100.000 Personen einer bestimmten Altersgruppe als Tatverdächtige eines Delikts registriert wurden. Tat-

verdächtigenbelastungszahlen lassen sich daher auch wie Prozentzahlen lesen: Eine Belastungszahl von 10.000 bedeutet, dass 10.000 Personen pro 100.000 Personen polizeilich registriert wurden, d.h. zehn Prozent der entsprechenden Altersgruppe. In Berlin weisen die Altersgruppen der 14- bis unter 18jährigen (Jugendliche) sowie der 18- bis unter 21jährigen (Heranwachsende) im Zeitraum 2000 bis 2010 durchweg die höchsten Belastungszahlen im Bereich der Gewaltkriminalität auf (Abbildung 2.3). Deutlich geringere Zahlen finden sich bei den Kindern (unter 14jährige) und bei den Erwachsenen (ab 30jährige). Im Zeitraum 2001 bis 2007 ist die Belastungszahl bei den Jugendlichen zugleich am stärksten gestiegen, bei den Erwachsenen ist sie hingegen gesunken. Nach 2007 fällt die Belastungszahl für Jugendliche allerdings deutlich, so dass die Zahl des Jahres 2010 nur geringfügig über der des Jahres 2000 liegt. Die Befunde eines überdurchschnittlichen Anstiegs der Gewalt sowie der im Vergleich aller Altersgruppen höchsten Belastungszahl im Bereich der Gewaltkriminalität lassen es notwendig erscheinen, mittels Dunkelfeldbefragungen das tatsächliche Ausmaß sowie die Bedingungsfaktoren der Jugendgewalt in Berlin zu bestimmen.

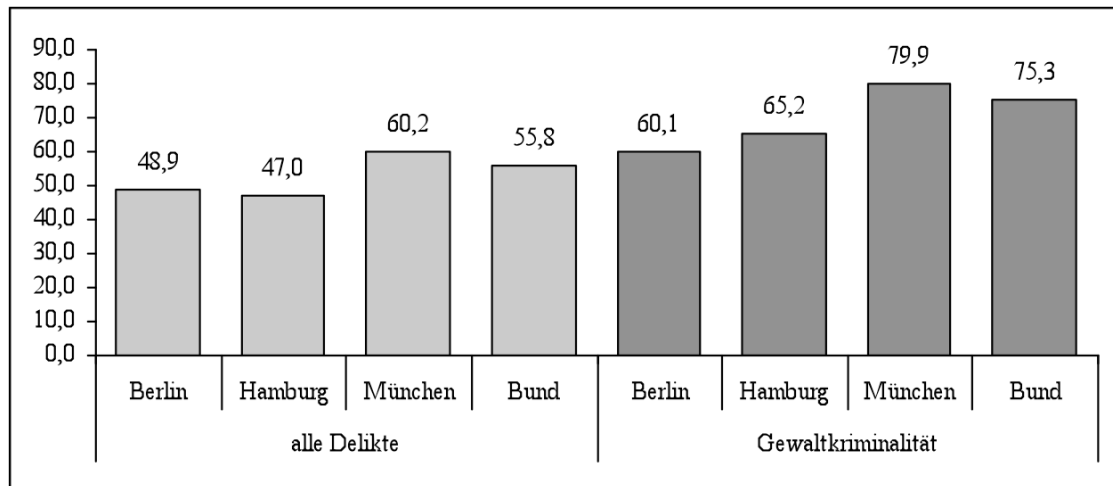
Abbildung 2.3: Entwicklung der Tatverdächtigenbelastungszahl für Gewaltdelikte für unterschiedliche Altersgruppen in Berlin 2000 bis 2010



Die Anzahl ermittelter Tatverdächtiger ist davon abhängig, wie häufig Straftaten von der Polizei aufgeklärt werden. Die Aufklärungsquote ist neben der Anzeigequote damit eine entscheidende Größe, wenn es um den Vergleich von Tatverdächtigenbelastungszahlen über verschiedene Gebiete oder Jahre hinweg geht. Für Berlin lässt sich mit Blick auf die Aufklärungsquote ein unterdurchschnittliches Niveau konstatieren (Abbildung 2.4). Bundesweit wurden im Durchschnitt der Jahre 2009 und 2010 55,8 % aller Delikte aufgeklärt, in Berlin waren es nur 48,9 %. Die Aufklärungsquote in München lag mit 60,2 % deutlich über der Quote Berlins, Hamburg wies mit 47,0 % eine etwas niedrigere Quote auf. Für die Gewaltkriminalität findet sich in Berlin die niedrigste Aufklärungsquote: Nur 60,1 % der Gewaltdelikte der Jahre 2009/2010 konnten hier aufgeklärt werden, in München waren es 79,9 %. Zu beachten ist zudem, dass in München die Aufklärungsquote für Gewaltkriminalität seit 2000 gestiegen, in Berlin hingegen weitestgehend konstant geblieben ist (München 2000: 75,2 %, Berlin 2000: 59,1 %). Diese Befunde verweisen darauf, dass die Tatverdächtigenbelastungszahlen in Berlin im Vergleich zu anderen Gebieten etwas zu niedrig ausfallen könnten; läge die Aufklärungsquote bspw. so hoch wie in

München, würden mehr Tatverdächtige ermittelt und entsprechend in der Statistik registriert. Wenn Berlin wiederum eine überdurchschnittliche Anzeigequote hätte, würde dieser Effekt jedoch neutralisiert.

Abbildung 2.4: Aufklärungsquote nach Delikt und Gebiet (Mittelwert 2009 und 2010; in %)



2.2. Kriminalität unter Jugendlichen

Die im Vergleich zu anderen Altersgruppen erhöhte Kriminalitätsbelastung der Jugendlichen Berlins wurde bereits angesprochen. In Tabelle 2.2 sind die Tatverdächtigenbelastungszahlen für verschiedene Delikte dargestellt, wobei nicht der Vergleich zu anderen Altersgruppen, sondern zu Jugendlichen im Bundesgebiet gezogen wird. Insgesamt wurden in Berlin im Jahr 2009 12.598 Jugendliche polizeilich wegen irgendeines Delikts registriert, im Jahr 2010 11.970. Dies bedeutet, dass in jedem Jahr etwa jeder achte Berliner Jugendliche mit der Polizei zu tun hatte, da in diesem Jahr 105.114 bzw. 102.652 Jugendliche im Alter zwischen 14 und unter 18 Jahren in Berlin lebten (Angaben: Statistisches Bundesamt). Dies kommt auch in der Tatverdächtigenbelastungszahl zum Ausdruck: Von 100.000 Jugendlichen Berlins wurden im Durchschnitt der beiden Jahre 11.823 polizeilich registriert, d.h. 12,0 %. *Im Vergleich zur Belastungszahl der gesamten Bundesrepublik ergibt sich eine deutlich überdurchschnittliche Kriminalitätsbelastung für Berlin: Die Tatverdächtigenbelastungszahl liegt im Bund um 38,2 % unter der Belastungszahl Berlins.*

Die meisten jugendlichen Täter haben einen einfachen Diebstahl, meist einen Ladendiebstahl begangen. Am zweithäufigsten treten Täter mit Gewalttaten in Erscheinung. Sachbeschädigungen wurden im Jahr 2009 von 2.248 jugendlichen Tätern, im Jahr 2010 von 1.830 Tätern verübt. Wegen eines versuchten Mordes bzw. Totschlags wurden im Jahr 2009 insgesamt 19 Jugendliche polizeilich registriert, im Jahr 2010 sieben. *Für durchweg alle Delikte zeigt sich, dass die Jugendlichen Berlins über dem Vergleichswert der gesamten Bundesrepublik liegen. Besonders hoch fällt der Unterschied aber bei den Raubtaten aus: Die Belastungszahl Berlins übersteigt die Belastungszahl des Bundes hier um das 3,2fache. Beim schweren Diebstahl liegt die Belastungszahl der Berliner Jugendlichen dagegen nur um das 1,2fache über dem Bundeswert.*

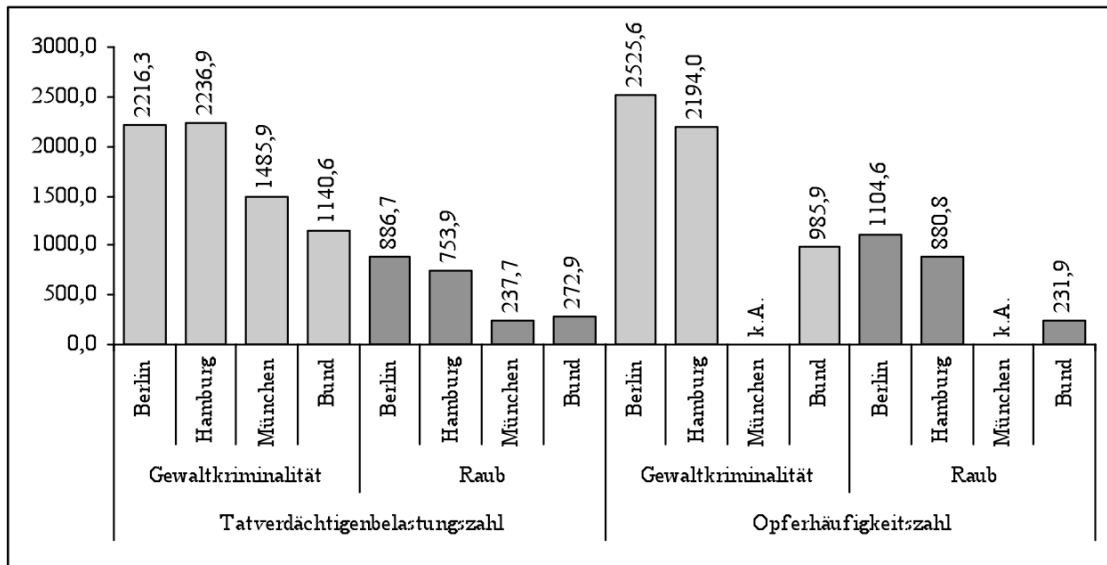
Tabelle 2.2: Anzahl Jugendlicher Tatverdächtiger und Tatverdächtigenbelastungszahlen nach Delikttyp

	Anzahl Jugendliche Tatverdächtige Berlin 2009	Anzahl Jugendliche Tatverdächtige Berlin 2010	Tatverdächtigenbelastungszahl Jugendliche Berlin (Mittelwert 2009/2010)	Tatverdächtigenbelastungszahl Jugendliche Bundesrepublik (Mittelwert 2009/2010)
alle Delikte	12598	11970	11822,9	7304,8
schwerer Diebstahl	988	847	882,5	707,1
einfacher Diebstahl	4697	4809	4576,6	2597,6
<i>darunter: Ladendiebstahl</i>	3591	3892	3603,9	1749,5
Sachbeschädigung	2248	1830	1960,7	1202,0
Betrug	1437	1130	1233,9	875,8
<i>darunter: Schwarzfahren</i>	957	729	810,3	556,9
Vorsätzliche/leichte Körperverletzung	1618	1532	1515,9	1034,0
Gewaltkriminalität	2384	2222	2216,3	1140,6
<i>darunter: schwere/gefährliche Körperverletzung</i>	1636	1507	1512,2	918,6
<i>darunter: Raub</i>	924	918	886,7	272,9
<i>darunter: Vergewaltigung</i>	45	37	39,4	23,0
<i>darunter: Mord/Totschlag</i>	19	7	12,4	6,2
Drogendelikte	768	799	754,5	516,8
<i>darunter: Verstöße mit Cannabis</i>	524	580	531,8	375,9
<i>darunter: Handel</i>	173	165	162,7	101,1

Die Tatverdächtigenbelastungszahl gibt an, wie viel Personen pro 100.000 Personen einer bestimmten Altersgruppe als Tatverdächtige eines Delikts polizeilich registriert wurden.

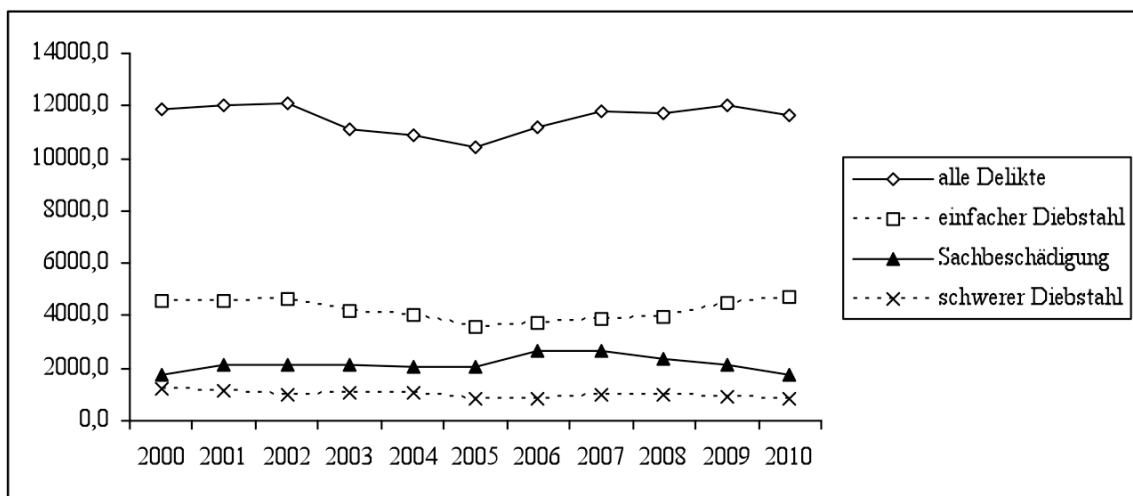
Die erhöhten Belastungszahlen für die Gewaltkriminalität, insbesondere für den Raub für Berliner Jugendliche zeigen sich auch im Vergleich mit den beiden Großstädten Hamburg und München (Abbildung 2.5). Während die durchschnittliche Tatverdächtigenbelastungszahl der Jahre 2009 und 2010 für Gewaltkriminalität in Berlin 2.216,3 beträgt, liegt sie in München nur bei 1.485,9. Bei Raubtaten ergibt sich zudem ein substanzieller Unterschied zu Hamburg, wo die mittlere Belastungszahl um immerhin 15 % niedriger liegt (München: um 73 % niedriger). Da die Aufklärungsquote in Berlin, wie gezeigt, geringer als in den anderen Gebieten ausfällt, wird das wahre Ausmaß der Unterschiede möglicherweise noch unterschätzt. Aus diesem Grund ist in Abbildung 2.5 zusätzlich die Opferhäufigkeitszahl dargestellt, die angibt, wie viele Jugendliche (14- bis unter 18jährige) pro 100.000 Jugendlichen Opfer von Delikten geworden sind. Für München liegen hier keine Angaben vor. Im Vergleich von Berlin und Hamburg liegt die Opferhäufigkeitszahl bei der Gewaltkriminalität 1,2mal, beim Raub 1,3mal so hoch. *Gerade bei der Gewaltkriminalität und hier beim Raub ergibt sich für Berliner Jugendliche damit eine Kriminalitätsbelastung, die deutlich über der Belastung vergleichbarer Gebiete liegt.* Dies ist ein weiterer Grund dafür, warum es notwendig ist, sich mittels einer Dunkelfeldbefragung dem Phänomen der Jugendgewalt in Berlin zu nähern.

Abbildung 2.5: Tatverdächtigenbelastungs- und Opferhäufigkeitszahl für Jugendliche für Gewaltkriminalität und Raub für verschiedene Gebiete (Mittelwert 2009 und 2010; k.A. = keine Angabe)



Die Entwicklung der Jugendkriminalität in Berlin ist unter Rückgriff auf die Tatverdächtigenbelastungszahl in den Abbildungen 2.6 und 2.7 dargestellt. Mit Blick auf alle Delikte zeigt sich, dass die Belastungszahl des Jahres 2010 fast dasselbe Niveau erreicht wie die Belastungszahl des Jahres 2000; zwischen 2002 und 2005 kam es aber zu einem Rückgang der Jugendkriminalität, danach bis 2007 wieder zu einem Anstieg; seitdem ist die Belastungszahl stabil. *Diese Entwicklung weicht von der bundesweiten Entwicklung ab, da sich im Bund seit 2000 ein kontinuierlicher Rückgang ergibt; zwischen 2000 und 2010 hat die Belastungszahl für alle Delikte im Bund um 11,5 % abgenommen.* Bei der Sachbeschädigung und beim einfachen Diebstahl wird in Berlin im Jahr 2010 ebenfalls weitestgehend das Niveau des Jahres 2000 erreicht, obwohl zwischenzeitliche An- und Abstiege existieren. Im Bund sind beide Delikte in diesem Zeitraum zurückgegangen, d.h. auch hier finden sich für Berlin atypische Trends. Beim schweren Diebstahl gleicht die Entwicklung Berlins hingegen der Entwicklung in Gesamtdeutschland: Die Belastungszahl hat hier jeweils um fast ein Drittel abgenommen.

Abbildung 2.6: Entwicklung der Tatverdächtigenbelastungszahl Jugendlicher für ausgewählte Delikte in Berlin 2000 bis 2010



Die Belastungszahl für Gewaltkriminalität hat sich in Berlin zwischen 2000 und 2007 um 22,4 % erhöht; auch bundesweit zeigt sich ein entsprechender Anstieg (+ 19,9 %). Vergleichbare Entwicklungen in Berlin wie im Bund finden sich zudem für die vorsätzlichen, leichten und die schweren, gefährlichen Körperverletzungen. Beachtenswert ist zumindest bei den schweren, gefährlichen Körperverletzungen der deutliche Rückgang, der seit 2007 zu beobachten ist. *Bei den Raubdelikten weicht die Entwicklung in Berlin jedoch erneut vom Bund ab: Zwischen 2000 und 2007 ist die Belastungszahl für Raub in Berlin um 15,5 % gestiegen, im Bund dagegen um 9,2 % gefallen.* Erst danach setzt in Berlin ein Rückgang der Belastungszahl ein, der zugleich deutlich stärker ausfällt als im Bund (- 25,5 %, Bund: - 9,4 %).

Abbildung 2.7: Entwicklung der Tatverdächtigenbelastungszahl Jugendlicher für ausgewählte Delikte in Berlin 2000 bis 2010

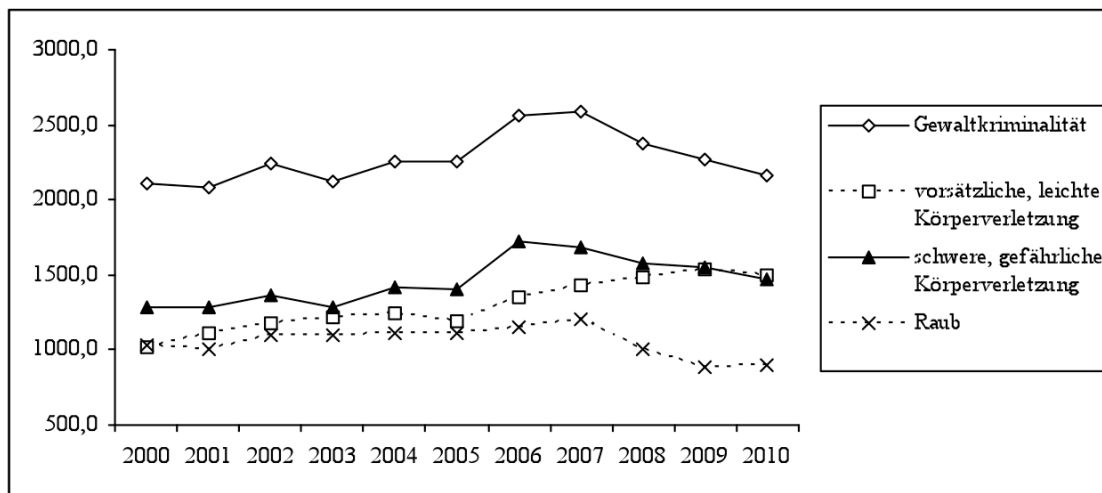
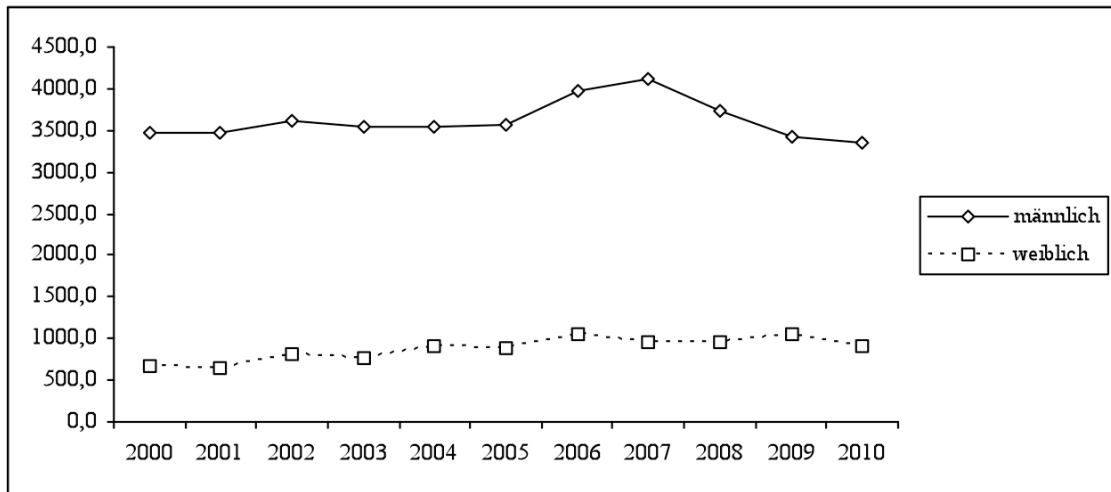


Abbildung 2.8 geht zuletzt der Frage nach, wie sich die Entwicklung der Gewaltkriminalität in Berlin für männliche und weibliche Jugendliche darstellt. Festgestellt werden kann, dass die Belastungszahlen für männliche Jugendliche im Jahr 2010 auf demselben Niveau liegen wie 2000. Diese Stabilität der Belastungszahl männlicher Jugendlicher zeigt sich auch im Bund. *Bei weiblichen Jugendlichen hat sich die Belastungszahl um ein Drittel erhöht*; auch dies ist vergleichbar mit den Entwicklungen im Bund. Eine Besonderheit Berlins ist, dass über den gesamten Zeitraum hinweg die Abstände zwischen den Geschlechtern geringer ausfallen. Im Jahr 2010 übersteigt die Belastungszahl der Jungen die der Mädchen um das 3,7fache; im Bund liegt die Belastungszahl der Jungen 2010 4,6mal so hoch wie die Zahl der Mädchen. Diese unterschiedlichen Abstände sind Ergebnis einer besonders hohen Belastungszahl der Berliner Mädchen: *Während die Jungen Berlins nur eine etwa doppelt so hohe Belastungszahl aufweisen wie die Jungen bundesweit, liegt die Belastungszahl der Mädchen Berlins fast 2,5mal so hoch wie die Belastungszahl der Mädchen bundesweit.* Die Schlussfolgerung, dass die weiblichen Jugendlichen Berlins besonders gewaltbereit sind, sollte aus diesen Befunden allerdings nicht ohne Weiteres gezogen werden. Möglicherweise ist die Sensibilität gegenüber der Mädchengewalt in Berlin stärker ausgeprägt als andernorts, so dass weibliche Gewalttäter häufiger angezeigt und damit polizeilich erfasst werden.

Abbildung 2.8: Entwicklung der Tatverdächtigenbelastungszahl Jugendlicher für Gewaltkriminalität in Berlin 2000 bis 2010 nach Geschlecht



Die Auswertungen der Polizeilichen Kriminalstatistik belegen in einigen Bereichen eine Sonderstellung Berlins. Für die nachfolgenden Auswertungen der Schülerbefragung lassen sich insbesondere folgende Fragen festhalten:

- Sind Jugendliche Berlins tatsächlich delinquenter als Jugendliche aus anderen Gebieten Deutschlands?
- Findet sich für die Jugendlichen Berlins eine deutliche Höherbelastung im Bereich des Gewaltverhaltens und hier vor allem des Raubs?
- Inwieweit ist für die kriminalstatistisch belegbare höhere Gewaltbelastung eine höhere Anzeigebereitschaft verantwortlich, werden Gewalttaten in Berlin also häufiger als in anderen Gebieten Deutschlands angezeigt?
- Findet sich für die Gruppe der weiblichen Jugendlichen in Berlin eine besonders hohe Gewaltbelastung auch im Dunkelfeld oder werden weibliche Gewalttäterinnen nur überproportional häufig angezeigt?

Auch die vorgestellten Entwicklungstrends in der Polizeilichen Kriminalstatistik müssten mittels Dunkelfeldbefragungen auf ihre Gültigkeit hin geprüft werden. Frühere Studien des KFN konnten bspw. belegen, dass der Anstieg der Gewaltkriminalität im Hellfeld bis 2007 weitestgehend ein Effekt einer gestiegenen Anzeigebereitschaft war (vgl. Baier 2008). Dieser Anstieg scheint nun beendet, so dass die Entwicklungen im Dunkelfeld fast eins zu eins auch im Hellfeld sichtbar werden. Leider sind solche Vergleiche des Dunkelfelds in Berlin nicht möglich, da in der Vergangenheit keine Studie durchgeführt wurde, die dafür herangezogen werden kann. Erst eine Wiederholung der hier vorgestellten Studie wird es erlauben, Aussagen zur Entwicklung der Jugenddelinquenz treffen zu können.

3. Die Stichprobe der Schülerbefragung

3.1. Methodisches Vorgehen und Rücklauf

Erkenntnisse zum Dunkelfeld der Jugendkriminalität lassen sich über verschiedene methodischen Herangehensweisen erarbeiten. Am KFN wird seit 1998 der Weg der Dunkelfeldbefragung im Klassenkontext unter Beaufsichtigung eines Testleiters beschränkt (vgl. Wetzels et al. 2001). Zunächst wurde sich dabei auf die neunte Jahrgangsstufe beschränkt, seit 2005 werden aber auch Kinder der vierten Jahrgangsstufe einbezogen (vgl. Baier et al. 2006). Die Schüler werden dabei im Rahmen des Schulunterrichts mit einem schriftlichen Fragebogen befragt, der von Testleitern ausgeteilt und erläutert wird. Während der Befragung wird eine Klassenarbeitsatmosphäre hergestellt, d.h. die Schüler werden auseinander gesetzt und der Testleiter bzw. die anwesende Lehrkraft trägt dafür Sorge, dass die Schüler diszipliniert den Fragebogen ausfüllen.

Eine Voraussetzung dafür, dass die Schüler in derartigen Befragungen verlässliche Angaben machen, ist, dass die Anonymität sicher gestellt wird. Dies geschieht in zweierlei Weise: Erstens liegen durch die Befragung im Klassenkontext immer mehrere Fragebögen vor, so dass ein einzelner Schüler nicht identifiziert werden kann. Die Fragebögen werden am Ende der Befragung zusammen in einem Briefumschlag verschlossen und versiegelt. Zweitens werden die Schüler auf der ersten Seite des Fragebogens darauf hingewiesen, dass Eltern, Lehrer oder andere Personen in der Schule den Fragebogen nicht zur Einsicht erhalten. Namen, Geburtsdaten oder Ähnliches werden nicht erfragt.

In Berlin wurde allerdings auf jedem Fragebogen eine Code-Nummer notiert. Dies war deshalb der Fall, damit den Jugendlichen der Stadtteil zugeordnet werden konnte, in dem sie wohnen. Basis der Stadtteilzuordnung war die Aufteilung Berlins in 447 Lebensweltlich orientierte Räume (LOR), die seit 2006 die sozialräumliche Einteilung Berlins abbilden. Diese Räume sind den Jugendlichen weitestgehend nicht bekannt, weshalb nicht nach diesem Raum bzw. der achtstelligen Nummer, die den Raum bezeichnet, gefragt werden kann. Am Befragungstag sollten die Testleiter in einer eigenen Liste die LOR-Nummern der Schüler festhalten. Die LOR-Nummern konnten sie in einem Verzeichnis nachschlagen; hierzu benötigten sie nur die Wohnadressen der Schüler, die sie von der anwesenden Lehrkraft ausgehändigt bekamen. Um die Wohnadressen mit der LOR-Liste der Testleiter in Übereinstimmung zu bringen, war die Liste mit Wohnadressen durchlaufend nummeriert, anfänglich entlang der Ordnung im Klassenbuch, später entlang einer von der Lehrkraft selbst bestimmten Ordnung. Bei der Code-Nummer, die die Schüler auf ihren Fragebogen festhalten sollten, handelte es sich um diese Listenummer, mit der sicher gestellt werden konnte, dass jedem Schüler letztlich seine LOR-Nummer zugespielt wird. Das Notieren der Code-Nummer auf dem Fragebogen widerspricht dem Prinzip der Anonymität der Befragung letztlich nicht, da die Klassen und Schulen nicht zurückverfolgt werden können. Insofern gibt es zahlreiche Befragte mit der Code-Nummer 1; die Schule bzw. Klasse, in der die Befragung erfolgte, bleibt aber unbekannt, so dass auf Basis der 1 nicht auf einen Schüler geschlossen werden kann.

Bislang vorliegende Studien belegen, dass die Form der klassenbasierten Befragung im Vergleich zu anderen Befragungsformen zu verlässlichen Ergebnissen führt und einen zentralen Vorteil hat: Schätzungen bzgl. des Vorkommens verschiedener Verhaltensweisen fallen deshalb korrekter aus, weil Personen aus niedrigen Bildungs- und Sozialschichten sowie Personen mit Migrationshintergrund über Schülerbefragungen besser als über andere Herangehensweisen erreicht werden (vgl. Köllisch/Oberwittler 2004). Diese Schülergruppen besuchen ebenso wie andere Gruppen die Schule, sind also am Befragungstag anwesend. Hinsichtlich der Verlässlichkeit der Angaben belegt die Studie von Köllisch und Oberwittler (2004) anhand des Vergleichs von Schülerangaben zu ihrem Polizeikontakt und den tatsächlichen polizeilichen Registrierungen, dass es durchaus Hinweise auf eine differenzielle Validität der Angaben gibt. Jugendliche mit niedrigem Bildungs- und Sozialstatus sowie Jugendliche mit Migrationshintergrund berichten in etwas weniger verlässlicher Weise ihre Polizeikontakte. Gleichwohl sind grundsätzliche Zweifel an der Verlässlichkeit der Angaben und damit der Methode der klassenbasierten Schülerbefragung nicht angebracht.

Nicht zu vernachlässigen ist bei dieser Herangehensweise zudem, dass sie Kostenvorteile mit sich bringt. Pro Befragung werden gleichzeitig 20 oder mehr Kinder und Jugendliche einer Klasse erreicht. Diese müssten außerhalb der Schule jeweils einzeln kontaktiert und befragt werden, was den Kostenaufwand deutlich erhöht. Die Durchführung einer repräsentativen Studie ist über klassenbasierte Befragungen damit einfacher möglich als über andere Herangehensweisen.

Aufgrund der Vorteile dieser Methode wurde auch für Berlin entschieden, schulklassenbasierte Befragungen durchzuführen. Wie in der einzigen bisher durchgeführten, deutschlandweit repräsentativen Schülerbefragung aus den Jahren 2007 und 2008 (vgl. Baier et al. 2009, Baier et al. 2010) sollten Schüler der neunten Jahrgangsstufe im Fokus der Befragung stehen. Schüler der vierten Jahrgangsstufe wurden nicht einbezogen, da die Frage des Dunkelfelds der Kriminalität hier noch weniger relevant ist. Die Altersgruppe der Neuntklässler ist aus mindestens zwei Gründen besonders geeignet für eine Dunkelfeldstudie: Zum einen zeigt sich bei Personen dieses Alters entsprechend der Alters-Kriminalitäts-Kurve bereits ein recht hohes Ausmaß delinquenten Verhaltens und zugleich eine beachtliche Viktimisierungsrate. Zum anderen werden in dieser Altersgruppe bis auf wenige Ausnahmen noch alle Jugendlichen in der Schule unterrichtet. Nach Abschluss der neunten Klasse verlässt ein Teil dieses Altersjahrgangs die Schule, so dass eine repräsentative Befragung nur unter Veränderung der Methode und durch einen erhöhten Kostenaufwand durchgeführt werden kann.

Anvisiert war, in der neunten Jahrgangsstufe 5.000 Jugendliche zu erreichen. Laut den Befunden der deutschlandweiten Schülerbefragung 2007/2008 mussten hierfür ca. 240 Klassen in die Stichprobe aufgenommen werden. In der deutschlandweiten Befragung wurden in 2.131 Klassen 44.610 Schüler erreicht, was einem Durchschnittswert von 20,9 Schülern pro Klasse entspricht. Da zugleich bekannt war, dass ein Teil der Schulen bzw. Klassen nicht teilnehmen wird, wurden ca. ein Viertel mehr Klassen in die Stichprobe einbezogen (insgesamt 305 Klassen). Die Zufallsziehung der Klassen erfolgte innerhalb der verschiedenen Schultypen, wobei alle Schultypen (inkl. Förderschulen) berücksichtigt wurden. Zunächst war beabsichtigt, alle Befragungen im Zeitraum Mai bis Juni 2010 durchzuführen. Im Juni und Juli erfolgten dann auch zahlreiche Befragungen. Wie bereits in der Schülerbefragung 2007/2008 fiel die Bereitschaft der Berliner

Schulen, sich an der Befragung zu beteiligen, aber unterdurchschnittlich aus (vgl. Baier et al. 2009, S. 32), weshalb ein zweiter Befragungszeitraum in der neuen neunten Jahrgangsstufe des Schuljahrs 2010/2011 festgelegt wurde. Dies erschien auch deshalb notwendig, weil die Zusammensetzung der Berliner Schülerschaft nach den verschiedenen Schulformen in der ersten Befragungswelle nur unzureichend abgebildet wurde. Die erste Befragung der zweiten Befragungswelle fand im Dezember 2010 statt, die letzte im April 2011, wobei der Großteil der Befragungen im Dezember 2010 bzw. Januar 2011 durchgeführt wurden. Allerdings war auch dieser zweite Befragungszeitraum durch eine geringe Teilnahmebereitschaft der Schulen gekennzeichnet.

Tabelle 3.1 gibt Auskunft über den Gesamtrücklauf der Befragung. Von den 305 ausgewählten Klassen haben insgesamt 121 die Teilnahme abgesagt, 184 wurden mithin erreicht. *In den 305 Klassen wurden insgesamt 7.090 Schüler unterrichtet, 3.167 davon konnten befragt werden. Dies entspricht einer Rücklaufquote von 44,7 %.* In der deutschlandweiten Befragung 2007/2008 betrug die Rücklaufquote 62,1 %, wobei in Berlin nur eine Rücklaufquote von 36,3 % erzielt wurde (bei nur 1.129 Befragten). *Insofern liegt die aktuell erzielte Rücklaufquote um ein Viertel höher. Die vorhandene Stichprobe ist damit erstens umfangreicher und zweitens aufgrund des höheren Rücklaufs auch verlässlicher in ihrer Aussagekraft als die Berlin-Stichprobe der Schülerbefragung 2007/2008.* Die höchste Rücklaufquote wurde in den Waldorfschulen erreicht (75,9 %), die niedrigste in den Förderschulen mit anderem Schwerpunkt als dem Schwerpunkt Lernen (31,2 %).

Neben der Absage von Klassen bzw. Schulen, an der Befragung teilzunehmen, gab es auch innerhalb der teilnehmenden Klassen einen nicht zu vernachlässigenden Anteil an Schülern, die aus verschiedenen Gründen nicht befragt werden konnten. Dies betrifft insgesamt 1.212 Schüler. In Tabelle 3.1 sind die wichtigsten Gründe des Ausfalls aufgeführt. Bei 405 Schülern lag am Befragungstag keine Elternerlaubnis vor, so dass die Befragung nicht stattfinden konnte. Weitere 171 Schüler verweigerten selbst die Teilnahme. Eine recht hohe Anzahl von 274 Schülern war am Befragungstag krank. Laut Einschätzung der anwesenden Lehrkräfte schwänzten 136 Schüler am Befragungstag die Schule. Bei 188 Schülern lagen andere Gründe für die Nicht-Teilnahme vor (z.B. Praktikum, Schüleraustausch, Nachholung einer Klausur, Teilnahme an Veranstaltung). Zusätzlich gibt es eine kleine Gruppe von 38 Schülern, die zwar an der Befragung teilgenommen haben, deren Angaben aber als unglaubwürdig einzustufen waren („nicht verwertbar“). Der Anteil kranker Schüler variiert nur schwach mit der Schulform, der Anteil an schwänzenden Schülern hingegen stärker: In Hauptschulen liegt er mit 14,8 % am höchsten, in Waldorfschulen mit 0,0 % am niedrigsten.

Im Rahmen der Schülerbefragung in Berlin wurden nicht nur erstmals die Lehrer danach gefragt, wie viele Schüler ihrer Meinung nach am Befragungstag geschwänzt haben; es wurde auch nach Schülern gefragt, die bereits vor der neunten Klasse die Schule verlassen haben. Dies bestätigten die Lehrkräfte nur für insgesamt 13 Schüler. Unklar ist, ob diese geringe Zahl die Realität in Berlin abbildet oder ob die am Befragungstag anwesenden Lehrkräfte nicht genau darüber informiert sind, wie viele Schüler die Schule bereits vorzeitig verlassen haben. Aus unserer Sicht fällt die Anzahl an solchen Schulabbrechern zu gering aus; objektiv nachgeprüft werden kann dies aber nicht, weil für die teilnehmenden Schulen bzw. Klassen aufgrund der Anonymisierung keine entsprechende Statistik erstellt werden kann. Die Erhebung der Anzahl

an Schulschwänzern bzw. vorzeitigen Schulabbrechern erfolgte auch deshalb, weil angestrebt war, diese Schüler mit einer persönlichen Befragung zu erreichen. Es kann davon ausgegangen werden, dass es sich um besondere Schülergruppen handelt, die zugleich ein erhöhtes Risiko besitzen, anderes abweichendes bzw. delinquentes Verhalten auszuführen. Um ein repräsentatives Bild der Jugendgewalt in Berlin zu zeichnen, erschien es daher notwendig, diese beiden Schülergruppen einzubeziehen. Wie Tabelle 3.1 zeigt, ist dies leider nur unzureichend gelungen. Von den 149 Schülern (136 Schwänzer, 13 Schulabbrecher) konnten nur 20 über persönliche Nachbefragungen erreicht werden. Der wesentliche Grund für diesen geringen Rücklauf ist nicht, dass diese Jugendlichen nicht für eine Befragung motivierbar gewesen wären (ihnen wurde für die Teilnahme eine Aufwandsentschädigung von 10 Euro bezahlt). Hauptgrund ist, dass die Kontaktdaten durch die Schulen nicht zur Verfügung gestellt wurden, obwohl der Berliner Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit keine Einwände gegen das Verfahren der Weitergabe von Kontaktdaten hatte. Um die Schulschwänzer bzw. vorzeitigen Schulabbrecher zu befragen, war es notwendig, mit ihnen Kontakt aufzunehmen. Die Telefonnummern oder Adressen wurden den Testleitern aber nur selten ausgehändigt, weil auch hier die Sorge bestand, die Anonymität der Befragten wäre dadurch nicht mehr sicher gestellt. Die Testleiter hatten aber eine klare Verhaltensvorschrift, nach der die Kontaktdaten nach erfolgreicher Kontaktaufnahme (unabhängig vom Ausgang dieser Aufnahme) zu vernichten waren.

Tabelle 3.1: Rücklaufstatistik neunte Jahrgangsstufe

	Förder- schule Lernen	Förder- schule andere	Haupt- schule	IHR	Real- schule	Gesamt- schule	Gymna- sium	Wal- dorf	Ge- samt
Bruttostichprobe: Klassen	14	29	39	11	44	66	99	3	305
Totalausfälle: Klassen	3	20	14	5	15	30	34	0	121
Nettostichprobe: Klassen	11	9	25	6	29	36	65	3	184
Bruttostichprobe: Schüler	157	263	767	236	1108	1798	2678	83	7090
Bruttostichprobe: Schüler (ohne Totalausfälle)	125	112	508	121	706	970	1754	83	4379
Nettostichprobe: Schüler	83	82	266	96	527	627	1423	63	3167
nicht teilgenommen	42	30	242	25	179	343	331	20	1212
fehlende Elternerlaubnis	9	6	80	2	54	136	104	14	405
eigene Verweigerung	11	7	10	1	25	51	65	1	171
Schwänzer	5	1	75	9	11	30	5	0	136
Krankheit	9	6	29	6	48	71	101	4	274
anderes	6	9	35	6	36	47	48	1	188
nicht verwertbar	2	1	13	1	5	8	8	0	38
Rücklaufquote: Klassen	78,6	31,0	64,1	54,5	65,9	54,5	65,7	100,0	60,3
Rücklaufquote: Schüler	52,9	31,2	34,7	40,7	47,6	34,9	53,1	75,9	44,7
Rücklaufquote: Schüler (ohne Totalausfälle)	66,4	73,2	52,4	79,3	74,6	64,6	81,1	75,9	72,3
vorzeitig verlassen	0	0	3	0	6	3	1	0	13
Nachbefragungen	0	0	7	2	4	4	3	0	20

Im Rahmen der ersten Befragungswelle wurden 2.531 Neuntklässler erreicht, im Rahmen der zweiten Welle 636. In der zweiten Befragungswelle wurde nur an diejenigen Schulen herangetreten, die in der ersten Befragungswelle die Teilnahme abgesagt hatten, d.h. es wurde keine neue Stichprobe bestimmt, sondern es wurde die bereits gezogene Stichprobe sowie der Rücklauf der ersten Welle zum Ausgangspunkt der Stichprobe der zweiten Welle gemacht. Es handelt sich bei der zweiten Befragungswelle mithin nicht um eine eigenständige Stichprobe. Die in beiden Befragungswellen realisierten Stichproben unterscheiden sich deutlich hinsichtlich der Schulformzusammensetzung: In der ersten Befragungswelle wurden mehr Förder-, Hauptschüler und Gymnasiasten befragt, in der zweiten Befragungswelle hingegen mehr Real- und Gesamtschüler. Beide Stichproben werden nachfolgend als eine Stichprobe behandelt, obwohl es sich um zwei unterschiedliche Schülerkohorten handelt (neunte Jahrgangsstufe des Schuljahrs 2009/2010, neunte Jahrgangsstufe des Schuljahrs 2010/2011). Dieser Schritt lässt sich wie folgt begründen: Die ursprüngliche Ziehung der 305 Klassen der Stichprobe bezog sich auf bestimmte Klassen. In der Schule XY wurde also bspw. die Klasse 9a zufällig gezogen. Hat die Schule in der ersten Befragungswelle abgesagt, so ist in der zweiten Befragungswelle trotzdem die 9a zu befragen, da diese Klasse bestimmt wurde. Zwischenzeitlich hat sich zwar ein Austausch der Elemente der Klasse (Schüler) vollzogen; dieser Austausch dürfte aber so erfolgt sein, dass die Elemente sich nicht systematisch von den vorangegangenen Elementen unterscheiden. Diese Annahme ist deshalb plausibel, weil innerhalb einer Schulform und natürlich einer Schule verblieben wird. Es wurde bewusst darauf verzichtet, in der zweiten Befragungswelle die Klasse 10a dieser Schule zu befragen, weil damit ein systematischer Ausfall von Schülern verbunden gewesen wäre. Es hätten die leistungsmäßig schwächeren Schüler dann bereits die Schule verlassen; diese Schüler stellen zugleich eine Schülergruppe, die eine überdurchschnittliche Delinquenz-, Drogen-, Extremismusbelastung usw. aufweisen. Mit einer Zehntklässlerbefragung würden insofern voraussichtlich zu niedrige Prävalenzraten ermittelt werden. Ob sich die Schüler der zweiten Befragungswelle systematisch von den Schülern der ersten Welle (auch nach Kontrolle von weiteren Faktoren wie bspw. der Schulformzusammensetzung) unterscheiden, lässt sich zudem empirisch prüfen. Wie die Ergebnisse in Abschnitt 5.3.9. zeigen werden, ist dies nicht der Fall, was als empirisches Argument für das hier gewählte Vorgehen gewertet werden kann.

Tabelle 3.2 stellt die Schulformzusammensetzung der Gesamtstichprobe dar und stellt dieser die Zusammensetzung in der Grundgesamtheit (Schülerzahlen neunte Jahrgangsstufe Schuljahr 2009/2010) gegenüber. Werden die verschiedenen Schulformen betrachtet, so fällt auf, dass höhere Diskrepanzen insbesondere bei den Gesamtschulen und Gymnasien existieren. Im Rahmen der Schülerbefragung wurden anteilmäßig zu wenig Gesamtschüler und zu viel Gymnasiasten erreicht. Um diese Diskrepanzen zu beseitigen und damit Stichprobe und Grundgesamtheit in Übereinstimmung zu bringen, kann auf die Option der Gewichtung zurückgegriffen werden. Gewichtung bedeutet, dass bspw. die Antworten eines Gesamtschülers mit einem Faktor über 1, Antworten eines Gymnasiasten mit einem Faktor geringer als 1 multipliziert werden, in dem Fall, dass zu wenig Gesamtschüler und zu viel Gymnasiasten befragt worden sind. Eine solche Gewichtung der Daten wird in Berlin für alle Schulformen mit Ausnahme der Förderschulen mit anderem Schwerpunkt als dem Schwerpunkt Lernen durchgeführt. Diese Förderschüler wurden in Berlin zum ersten Mal befragt. Die Schulform wird bei den nachfolgenden Auswertungen weitestgehend ausgeschlossen, weil ein zentrales Anliegen der Vergleich mit der bundesweiten Schülerbefragung 2007/2008 ist, in der diese Förderschüler nicht befragt wurden.

Im siebten Abschnitt dieses Berichts werden die Ergebnisse der Befragung dieser Schulform sowie der persönlichen Nachbefragung vorgestellt. *Grundlage der nachfolgenden Auswertungen sind damit gewichtete Daten von 3.085 Befragten.* Durch die Gewichtung entspricht die Zusammensetzung der Stichprobe exakt der Zusammensetzung der Grundgesamtheit. Der in Tabelle 3.2 ausgewiesene Gewichtungsfaktor stellt dabei den Quotienten aus dem Anteil der jeweiligen Schulform in der Grundgesamtheit und dem Anteil in der Stichprobe dar.

Tabelle 3.2: Schüler der Stichprobe und der Grundgesamtheit

	Stichprobe			Grundgesamtheit			Gewichtungsfaktor
	Anzahl	in %	in %	Anzahl	in %	in %	
Förderschule andere	82	2,6	-	896	3,3	-	-
Förderschulen Lernen	83	2,6	2,7	639	2,3	2,4	0,89534
Hauptschule	266	8,4	8,6	2962	10,8	11,2	1,29500
IHR	96	3,0	3,1	874	3,2	3,3	1,05878
Realschule	527	16,6	17,1	4374	16,0	16,5	0,96524
Gesamtschule	627	19,8	20,3	7148	26,1	26,9	1,32582
Gymnasium	1423	44,9	46,1	10298	37,6	38,8	0,84162
Waldorf	63	2,0	2,0	232	0,8	0,9	0,42827
Gesamt	3167			27423			
Gesamt (ohne Förderschule andere)	3085			26527			

Die konkrete Vorgehensweise der Befragungsdurchführung gliederte sich in verschiedene Schritte. Zunächst wurden alle Direktoren vom KFN angeschrieben. Dem Direktorenbrief wurde ein Informationsschreiben für den Klassenlehrer der ausgewählten Klasse beigelegt; zudem lagen diesem Schreiben Elternbriefe bei, die die Eltern über die anstehende Befragung informierten und darum baten, die Befragung des Kindes zu erlauben.

Mit den Direktoren bzw. Klassenlehrern nahmen kurz nach Versendung des Anschreibens Testleiter Kontakt auf, um einen Termin für die Befragung abzusprechen. Dabei kamen 24 Testleiter zum Einsatz; von jedem Testleiter wurden zwischen zwei und 14 Befragungen durchgeführt. Wenn in Absprache mit dem Klassenlehrer ein Termin für die Befragung gefunden werden konnte, erfolgte diese an dem festgesetzten Tag. Auf ihre Tätigkeit wurden die Testleiter im Rahmen einer Schulung vorbereitet.

Die Befragungen erfolgten im Klassenverband und in mehr als neun von zehn Fällen in Gegenwart einer Lehrkraft. Die wenigen Fälle, in denen keine Lehrkraft anwesend war, sind unproblematisch, da die Testleiter im Rahmen der Schulung auf derartige Situationen vorbereitet wurden. Am Befragungstag sollten sich die Testleiter ca. zehn Minuten vor Beginn des Unterrichts an einem mit dem Klassenlehrer vereinbarten Ort einfinden und nochmals die wichtigsten Punkte des Befragungsablaufs mit dem Klassenlehrer klären. In der Klasse stellten sich zu Beginn der Befragung die Testleiter den Schülern kurz vor und teilten die Fragebögen aus. Insgesamt kamen drei Fragebogenversionen zum Einsatz:

- Zwei Drittel der Schüler, die keine Förderschule besuchten, füllten einen 38seitigen Fragebogen aus, wobei die Seiten 30 bis 38 modularisiert waren; d.h. nur die Hälfte dieser Seiten wurde, je nachdem, ob ein Befragter eine deutsche Herkunft oder einen Migrationshintergrund hatte, ausgefüllt. Deutsche Befragte beantworteten Fragen zum Thema Ausländerfeindlichkeit und Rechtsextremismus, Migranten Fragen zum Thema Integration.
- Ein Drittel der Schüler, die keine Förderschule besuchten, füllten einen 33seitigen Fragebogen aus, der weitestgehend identische Fragen enthielt wie der eben genannte Fragebogen; anstatt der Fragen zur Ausländerfeindlichkeit/zum Rechtsextremismus bzw. zur Integration enthielt dieser Fragebogen Fragen zum Computerspielen (insbesondere zur Computerspielabhängigkeit) und zu Gewaltverhalten gegenüber Autoritäten.
- Die Förderschüler wie die Schüler der Nachbefragung erhielten einen 20seitigen Kurzfragebogen, der eine Auswahl der Fragen enthielt, die den anderen Schülern vorgelegt wurden. Für den Einsatz eines Kurzfragebogens wurde sich deshalb entschlossen, damit die Ausfüllzeit zwei Schulstunden nicht überschreitet.

Alle Fragebögen enthielten weitestgehend auf Basis früherer KFN-Schülerbefragungen erprobte Frage-Komplexe zu den Themen Gewalt, Schulschwänzen und Drogen- bzw. Medienkonsum; zudem wurden in der Fachliteratur als Ursachen von Gewalttätigkeit beschriebene Themenkomplexe abgefragt (z.B. Gewalterfahrungen in der Familie). Neu entwickelt wurden Fragen zum Thema Deutschenfeindlichkeit sowie zum Thema Linksextremismus.

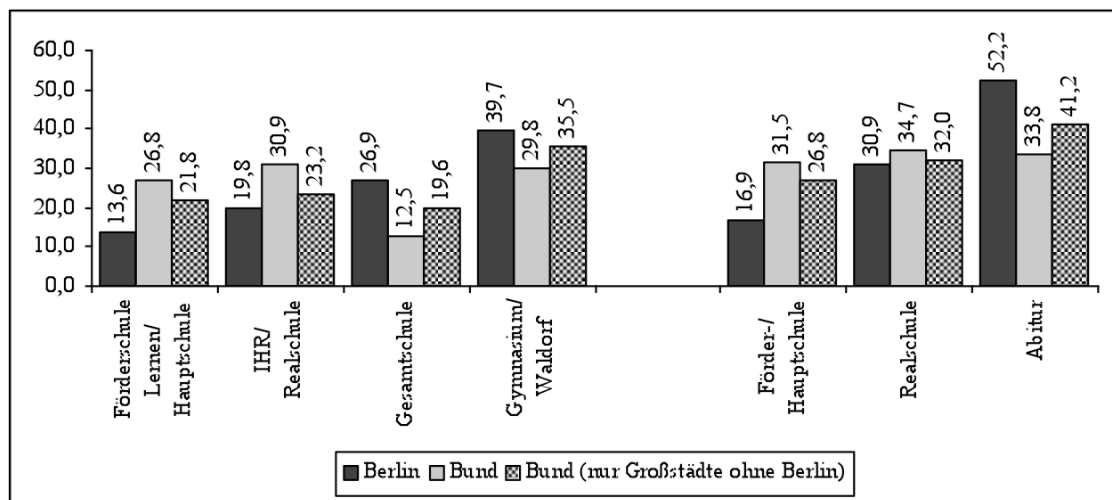
Die Testleiter präsentierten in den Klassen die ersten sechs Seiten des Fragebogens auf Overhead und lasen diese laut und deutlich vor. Sie betonten die Freiwilligkeit der Teilnahme und wiesen auf die Anonymisierung der Daten und die Einhaltung des Datenschutzes hin. Im weiteren Verlauf unterschieden sich die Befragungen in Förderschulen und in anderen Schulformen. In allen Schulen außer Förderschulen legten die Testleiter nur die ersten sechs Seiten des Fragebogens auf und lasen diese vor, danach füllte jeder Schüler für sich allein den Fragebogen aus. In Förderschulen hingegen wurde der Fragebogen bis zum Schluss auf Folie präsentiert. Am Ende der Befragung wurden die Fragebögen eingesammelt und in einem Briefumschlag verschlossen und versiegelt. Die Befragungen nahmen im Durchschnitt 99 Minuten in Anspruch; in Förderschulen dauerte die Befragung dennoch etwas länger als in anderen Schulformen.

Nach der Befragung haben die Testleiter die ausgefüllten und in Briefumschlägen verschlossenen und versiegelten Fragebögen an einem sicheren Ort aufbewahrt. Nach Abschluss aller Befragungen wurden die Fragebögen ans KFN geschickt. Erst am KFN wurden sie aus den versiegelten Briefumschlägen genommen und paginiert. Anschließend wurden sie über eine eigens programmierte Eingabemaske in der EDV erfasst. Hierfür wurden Kodierer eingesetzt, die für diese Tätigkeit geschult wurden und deren Arbeit mehrfach kontrolliert wurde, um die Rate fehlerhafter Kodierungen zu senken.

3.2. Stichprobenbeschreibung

Unter Ausschluss der Förderschüler mit anderem Schwerpunkt als dem Schwerpunkt Lernen wurden in der Berliner Schülerbefragung 3.085 Schüler erreicht. Hierbei handelt es sich zu 13,6 % um Förderschüler mit dem Schwerpunkt Lernen bzw. um Hauptschüler, zu 19,8 % um Schüler der Integrierten Haupt- und Realschule bzw. der Realschule und zu 26,9 % um Gesamtschüler (vgl. Abbildung 3.1)²; die restlichen Schüler sind Gymnasiasten (39,7 %). Zusätzlich sind in Abbildung 3.1 die Anteile an Schülern der Schülerbefragung 2007/2008 dargestellt. Diese Befragung ist die erste deutschlandweit repräsentative Dunkelfeldbefragung unter Jugendlichen der neunten Jahrgangsstufe. An ihr nahmen 44.610 Schüler teil (vgl. Baier et al. 2009, Baier et al. 2010). Zum Vergleich werden hier und im Folgenden die Gesamtstichprobe („Bund“) sowie die Befragten aus Großstädten aufgeführt. Befragungen fanden in diesen Großstädten statt: Hamburg, Essen, Düsseldorf, Frankfurt/Main, Nürnberg, Leipzig und Berlin. Alle diese Städte weisen eine Einwohnerzahl von über 500.000 Einwohnern auf. Für die Vergleiche werden die Befragten der Schülerbefragung Berlin 2007/2008 (N = 1.405) allerdings aus der Großstadtstichprobe heraus genommen, da ansonsten ein Vergleich Berlins 2010 mit Berlin 2007/2008 und nicht mit anderen Großstädten erfolgen würde. Die großstädtische Vergleichsstichprobe der bundesweiten Schülerbefragung beinhaltet 4.617 Befragte.

Abbildung 3.1: Besuchte Schulform bzw. angestrebter Schulabschluss nach Befragungsgebiet (in %; gewichtete Daten)



Der Vergleich der Schüleranteile macht die besondere Zusammensetzung der Schülerschaft Berlins deutlich. Der Anteil an Schülern, die Förder-, Haupt- und Realschulen besuchen, fällt hier weit geringer aus – auch wenn andere Großstädte zum Vergleich herangezogen werden. Der Anteil an Gesamtschülern und Gymnasiasten hingegen sichtbar höher. Da sich die Schulsysteme der einzelnen Bundesländer aber unterscheiden, ist ein Vergleich der Schulformen weniger aussagekräftig als ein Vergleich der angestrebten Abschlüsse. Im Fragebogen wurden deshalb die Schüler in integrierten Schulformen gebeten, anzugeben, welchen Abschluss sie voraussichtlich an der derzeit besuchten Schule ablegen werden. Werden diese Angaben mit den Schülern zusammengefasst, die eine Schulform besuchen, die nur zu einem Abschluss führt

² Aufgrund der geringen Fallzahlen der Förderschüler mit dem Schwerpunkt Lernen werden diese in den nachfolgenden Auswertungen mit den Hauptschülern zusammen gefasst. Dasselbe gilt für die Schüler aus Integrierten Haupt- und Realschulen, die mit den Realschülern zusammengefasst werden.

(Gymnasium zum Abitur, Realschule zum Realschulabschluss usw.), dann ergibt sich das im rechten Teil der Abbildung 3.1 dargestellte Bild. In Berlin werden demnach nur 16,9 % der Schüler einen Hauptschul- bzw. Förderschulabschluss ablegen; bundesweit sind dies fast doppelt so viele (31,5 %), in Großstädten immerhin noch 26,8 %. Der Anteil an potenziellen Abiturienten fällt in Berlin dagegen mit 52,2 % deutlich höher aus als in anderen Teilen Deutschlands. Dies ist einerseits auf den erhöhten Anteil an Gymnasiasten zurückzuführen; andererseits schlägt sich darin aber auch der hohe Anteil an Gesamtschülern nieder, die etwa zur Hälfte ein Abitur anstreben. *Das Bildungsniveau der Berliner Schülerschaft ist insofern besonders hoch.* Da wiederholt belegt werden konnte, dass eine höhere Bildung ein Präventionsfaktor delinquenten Verhaltens ist, würde nicht überraschen, wenn das Delinquenzniveau der Berliner Jugendlichen unterdurchschnittlich ausfällt, vorausgesetzt, dass es in anderen Ursachenbereichen des delinquenten Verhaltens keine besonderen Belastungen gibt.

Es ist bereits an dieser Stelle darauf hinzuweisen, *dass die männlichen Schüler Berlins schlechtere Bildungschancen aufweisen als die weiblichen Schüler.* So werden 20,4 % der Jungen, aber nur 13,4 % der Mädchen einen Förder-/Hauptschulabschluss ablegen. *In Richtung Abitur sind demgegenüber 58,1 % der Mädchen und lediglich 46,3 % der Jungen unterwegs.* Auch bundesweit hat sich ein solcher Unterschied gezeigt, der allerdings etwas schwächer ausfällt, insofern hier 30,7 % der männlichen Jugendlichen und 37,1 % der weiblichen Jugendlichen ein Abitur anstreben.

In Tabelle 3.3 werden weitere, die Zusammensetzung der Stichprobe beschreibende Variablen vorgestellt und mit der bundesweiten Schülerbefragung verglichen. Die Stichprobe Berlins betrachtet zeigt sich, dass etwas weniger als die Hälfte der Befragten männlichen Geschlechts ist (49,8 %) und dass das Durchschnittsalter der Befragten 15,1 Jahre beträgt. Die Abweichungen zum Bund und den bundesdeutschen Großstädten fallen bei beiden Variablen eher gering aus. Das Durchschnittsalter der Berliner Befragten fällt aber etwas niedriger aus als das Durchschnittsalter der bundesweit befragten Schüler.

Davon, staatliche Transferleistungen zu beziehen, berichten in Berlin 26,0 % der Schüler. Dieser Indikator soll eine armutsnahe Lebenslage abbilden. Zur Bestimmung wurde auf Angaben zur Arbeitslosigkeit im Elternhaus sowie zum Sozialhilfe-/Arbeitslosengeld-II-Bezug zurückgegriffen. Wenn mindestens ein Elternteil arbeitslos ist bzw. wenn die Familie Sozialhilfe bzw. Arbeitslosengeld II bezieht, dann wird von der Abhängigkeit von staatlichen Transferleistungen gesprochen. Im Bund liegt diese Quote deutlich niedriger als in Berlin: Bundesweit gaben nur 13,6 % der Neuntklässler an, dass ihre Familie Transferleistungen erhält, in den Großstädten 15,9 %. *Es kann deshalb gefolgert werden, dass Berlin einen höheren Anteil ökonomisch benachteiligter Familien aufweist.*

Über vier von zehn Berliner Jugendlichen wachsen zudem nicht mit beiden leiblichen Elternteilen auf (41,4 %), haben also eine Trennung oder Scheidung der Eltern erlebt. Im Bund liegt diese Quote um zehn Prozentpunkte niedriger (31,0 %); und auch in den Großstädten liegt die Quote mit 36,0 % unterhalb der Quote von Berlin. *Die Familien in Berlin sind insofern von einer geringeren Stabilität gekennzeichnet als in anderen Teilen Deutschlands.*

Zuletzt ist in Tabelle 3.3 der Anteil an Jugendlichen dargestellt, die einen Migrationshintergrund aufweisen. Dies gilt für fast jeden zweiten Neuntklässler (45,2 %). *Der Migrantenanteil Berlins liegt dabei deutlich über dem Anteil der Bundesrepublik (27,4 %) und ebenfalls höher als der Anteil in anderen Großstädten (40,9 %).* Um den Migrationshintergrund zu bestimmen, wurden die Schüler gebeten, anzugeben, wo sie bzw. die leiblichen Eltern geboren sind und welche Staatsangehörigkeit sie bzw. die Eltern besitzen. Für die Zuordnung zu einer Gruppe war dabei zuerst die Staatsangehörigkeit der Mutter entscheidend. War diese bspw. türkisch, so wurde der Jugendliche als türkisch klassifiziert, war sie italienisch, als italienisch usw. Lagen bzgl. der Staatsangehörigkeit der Mutter keine Angaben vor oder war diese deutsch, wurde die Zuordnung nach der Staatsangehörigkeit des Vaters bzw. des Jugendlichen selbst vorgenommen. Bei Jugendlichen, die weder zur eigenen Staatsangehörigkeit noch zur Staatsangehörigkeit der Eltern eine Angabe machten oder die überall „deutsch“ angaben, wurde zusätzlich geprüft, ob die Mutter in einem anderen Land geboren wurde. Wenn dem so war, wurde die entsprechende Herkunft zugeordnet; genauso wurde in Bezug auf das Geburtsland des Vaters sowie das Geburtsland des Befragten vorgegangen. Im Endeffekt zählen damit nur jene Jugendliche als deutsch, die alle entsprechenden Fragen mit „deutsch“ oder „Deutschland“ beantworteten. Sofern eine nichtdeutsche Herkunft berichtet wurde oder ein nichtdeutsches Geburtsland, zählt der Jugendliche als Schüler mit Migrationshintergrund, wobei für die konkrete Zuordnung i.d.R. die Mutter den Ausschlag gab. Welche Migrantengruppen wie häufig in der Berliner Stichprobe vertreten sind, wird im nachfolgenden Exkurs ausführlich erläutert.

Tabelle 3.3: Stichprobenbeschreibung nach Gebiet und Schulform (in % bzw. Mittelwerte; gewichtete Daten)

	Anteil männlich	Alter	abhängig von staatlichen Leistungen	nicht mit beiden leiblichen Eltern zusammen lebend	Migrationshintergrund
Berlin	49,8	15.1	26,0	41,4	45,2
Bund	51,3	15.3	13,6	31,0	27,4
Bund (nur Großstädte ohne Berlin)	51,5	15.4	15,9	36,0	40,9
Förderschule Lernen/Hauptschule	61,8	15.7	45,0	59,0	45,7
IHR/ Realschule	53,5	15.2	30,2	45,8	47,6
Gesamtschule	45,7	15.1	32,1	41,7	54,0
Gymnasium/ Waldorf	46,7	14.9	13,6	33,3	38,1

fett: Unterschiede zwischen Schulformen signifikant bei $p < .05$

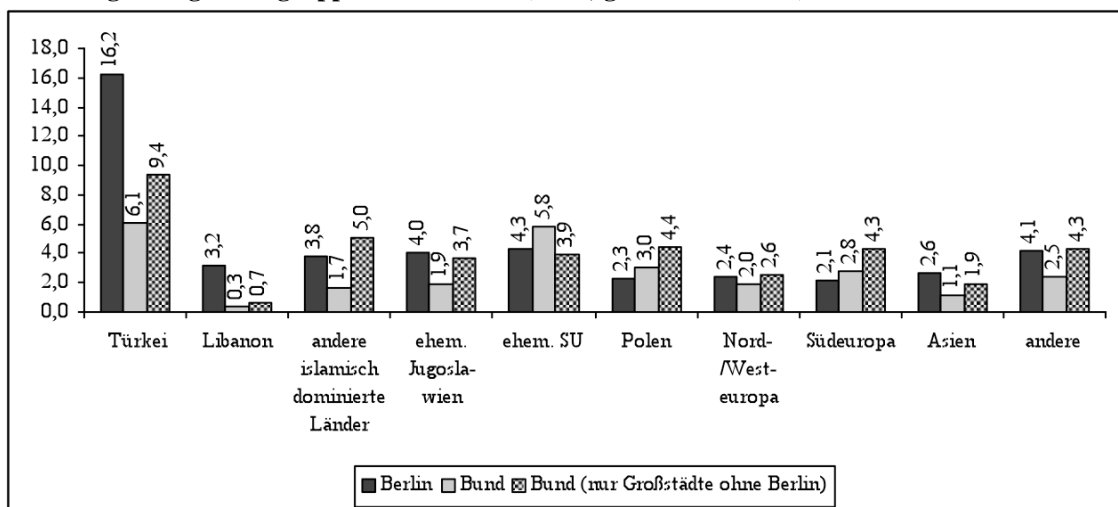
Zwischen den verschiedenen Schulformen existieren durchweg signifikante Unterschiede mit Blick auf die demographische Zusammensetzung (Tabelle 3.3). Der Anteil männlicher Schüler ist in Förder- und Hauptschulen am höchsten (61,8 %), in Gesamtschulen am niedrigsten (45,7 %). In Förder- und Hauptschulen sind die Schüler zudem durchschnittlich am ältesten. Dies ist darauf zurückzuführen, dass die Schüler dieser Schulform später eingeschult wurden und häufiger eine Klasse wiederholen mussten. Während Förder- und Hauptschüler bspw. zu 41,2 % mindestens einmal eine Klasse wiederholten, sind es bei den Gymnasiasten nur 9,2 %. Beim Anteil an Familien, die staatliche Transferleistungen beziehen sowie beim Anteil an Schülern, die nicht mit beiden leiblichen Elternteilen zusammen leben, findet sich ein vergleichbares Gefälle zwischen den Bildungsgruppen. Die Gymnasiasten bzw. Waldorfschüler weisen die niedrigsten Quoten, die Förder- und Hauptschüler die höchsten Quoten auf. Etwas überraschend ist der alles in allem geringe Unterschied im Anteil an Migrantenjünglingen. In Berliner Gymna-

sien hat mehr als jeder dritte Schüler einen Migrationshintergrund (38,1 %), in Berliner Förder- und Hauptschulen etwa jeder zweite (45,7 %). Bundesweit liegen die Schulformen bzgl. dieses Merkmals weiter auseinander: An Gymnasien beträgt demnach der Migrantenanteil nur 19,8 %, an Förder- und Hauptschulen hingegen 40,0 % (Großstadt: Gymnasien 31,6 %, Förder- und Hauptschulen 56,0 %).

Exkurs I: Stand der Integration von Migrant*innen Jugendlichen

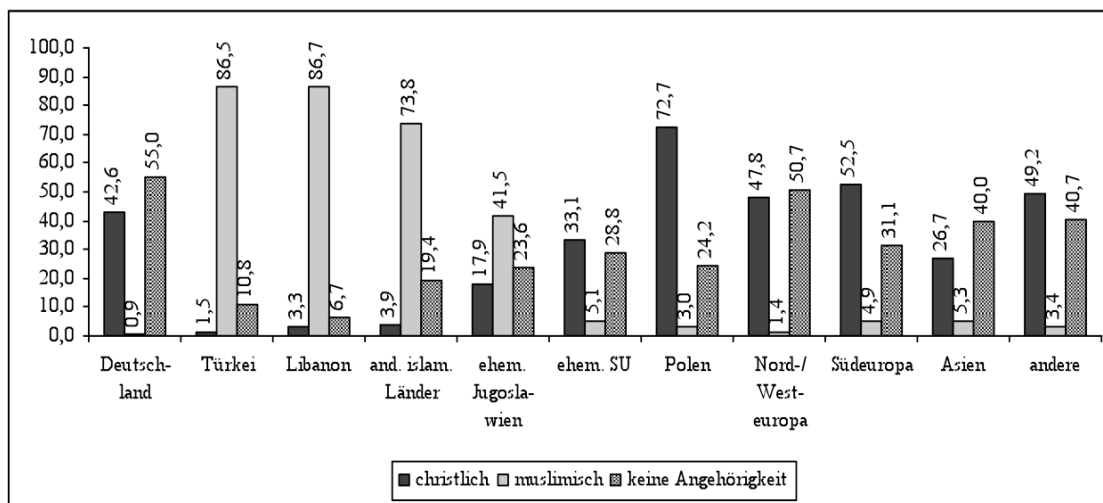
In Berlin haben 45,2 % der befragten Schüler einen Migrationshintergrund. In Abbildung 1 ist aufgeführt, wie sich diese Migrantengruppe konkret zusammensetzt. *Etwa jeder sechste Berliner Jugendliche hat demnach eine türkische Herkunft (16,2 %). Dieser Anteil liegt fast dreimal so hoch wie im bundesdeutschen Schnitt (6,1 %) und fast doppelt so hoch wie in anderen bundesdeutschen Großstädten (9,4 %). Ebenfalls große Diskrepanzen finden sich beim Anteil libanesischer Jugendlicher, der in Berlin mit 3,2 % deutlich höher ausfällt als in anderen Großstädten (0,7 %). Polnische Jugendliche bzw. südeuropäische Jugendliche sind in Berlin hingegen weit weniger vertreten als in anderen Gebieten Deutschlands. Als südeuropäisch werden italienische Jugendliche (größte Gruppe), spanische und griechische Jugendliche sowie portugiesische Jugendliche (kleinste Gruppe) bezeichnet. Zu einem ähnlich hohen Anteil stammen die Migrant*innen Berlins aus anderen islamischen Ländern, aus Ländern des ehemaligen Jugoslawien, aus Ländern der ehemaligen Sowjetunion und aus anderen Ländern. Zu Jugendlichen aus anderen islamischen Ländern wurden palästinensische Jugendliche (größte Gruppe), iranische und irakische Jugendliche sowie Jugendliche aus zwölf weiteren Ländern Westasiens bzw. Nordafrikas zusammen gefasst, die islamisch geprägt sind, d.h. in denen die große Mehrheit der Bevölkerung muslimischen Glaubens ist. Eine einzelne Darstellung palästinensischer, iranischer usw. Jugendlicher ist aufgrund der geringen Fallzahlen ($N < 30$) nicht möglich. Bei den „anderen“ Jugendlichen handelt es sich um Schüler, die aus Ländern Nord-, Mittel- und Südamerikas stammen, aus anderen afrikanischen Ländern, aus osteuropäischen Ländern oder aus Australien bzw. Neuseeland. Auch hier ist aufgrund der niedrigen Fallzahlen ($N < 30$) eine einzelne Darstellung nicht sinnvoll. Weitere 2,4 % der befragten Jugendlichen Berlins stammen aus nord- bzw. westeuropäischen Ländern (u.a. Großbritannien, Frankreich, Österreich), 2,6 % aus asiatischen Ländern. In letztgenannter Gruppe stellen die vietnamesischen Jugendlichen die größte Befragtenanzahl, wobei auch hier die Anzahl nicht ausreichend ist, um sie als Einzelgruppe auszuweisen. Weitere asiatische Schüler sind Befragte aus Thailand, China oder Sri Lanka.*

Abbildung 1: Migrantengruppen nach Gebiet (in %; gewichtete Daten)



Dass die Zugehörigkeit zu einer Migrantengruppe zugleich mit einer bestimmten Religionszugehörigkeit in Zusammenhang steht, zeigt Abbildung 2. Um diese zu erfragen, sollten die Jugendlichen im Fragebogen angeben, welcher Religionsgemeinschaft sie selbst sowie die Eltern angehören. Die Angaben zu den Eltern wurden allerdings nur dann berücksichtigt, wenn zur eigenen Zugehörigkeit keine Angabe gemacht wurde. Als Antwortoptionen standen den Jugendlichen „katholisch“, „evangelisch“, „schiitisch“, „sunnitisch“, „alevitisch“, „jüdisch“, „anderer Gemeinschaft“ und „keiner Gemeinschaft“ zur Verfügung. Katholische und evangelische Jugendliche wurden zu christlich, schiitische, sunnitische und alevitische Jugendliche zu muslimisch zusammengefasst. Zudem wurden jene Jugendliche, die unter „anderer Gemeinschaft“ muslimisch notierten, dieser Gruppe zugeordnet. Hierbei handelt es sich möglicherweise um Muslime, die ihre konkrete Zugehörigkeit nicht kannten bzw. die einer anderen muslimischen Gruppe angehören. Eine jüdische oder eine andere Zugehörigkeit (z.B. orthodox, freikirchlich, buddhistisch) kam so selten vor, dass eine Ausweisung der Einzelgruppen nicht sinnvoll ist. Die in Abbildung 2 zu einhundert Prozent fehlenden Anteile sind Jugendliche mit einer anderen Zugehörigkeit. Dieser Anteil fällt bei Jugendlichen aus Ländern des ehemaligen Jugoslawien, aus Ländern der ehemaligen Sowjetunion sowie aus asiatischen Ländern am höchsten aus. Erkennbar ist zudem, dass bei türkischen und libanesischen Jugendlichen sowie bei Jugendlichen aus anderen islamisch dominierten Ländern der Anteil muslimischer Jugendlicher sehr hoch ausfällt. Christliche Jugendliche finden sich vor allem unter polnischen, südeuropäischen und anderen Jugendlichen. Der Anteil keiner Religion zugehöriger Schüler fällt bei deutschen Jugendlichen sowie bei Jugendlichen aus nord- und westeuropäischen Ländern recht hoch aus.

Abbildung 2: Religionszugehörigkeit nach Gruppe (in %; gewichtete Daten)



In Tabelle 1 sind darüber hinaus verschiedene demographischen Angaben für die Migrantengruppen aufgeführt. Hinsichtlich des Anteils an männlichen Befragten unterscheiden sich die verschiedenen Gruppen nicht signifikant voneinander. Bei den libanesischen Jugendlichen fällt der Anteil männlicher Befragter mit 35,9 % aber besonders gering aus. Das Durchschnittsalter liegt bei Jugendlichen aus Ländern der ehemaligen Sowjetunion am höchsten, bei Jugendlichen aus Ländern Nord- und Westeuropas am niedrigsten. *Enorme Unterschiede finden sich hinsichtlich des Anteils an Familien, die staatliche Transferleistungen beziehen: Bei den libanesischen Befragten fällt dieser Anteil mit 70,3 % am höchsten aus; deutsche Jugendliche berichten mit 15,1 % am seltensten hiervon.* Libanesische Jugendliche wachsen zudem besonders häufig mit

mehreren Geschwistern auf: In 68,8 % der libanesischen Familien sind mindestens vier Kinder vorhanden; bei den polnischen Befragten beträgt diese Quote nur 1,5 %. Die libanesischen Jugendlichen berichten zuletzt am seltensten davon, dass sie nicht mit beiden leiblichen Eltern zusammen leben (13,2 %); bei anderen Gruppen trifft dies auf etwa die Hälfte der Befragten zu.

Tabelle 1: Stichprobenbeschreibung nach Migrationshintergrund (in % bzw. Mittelwerte; gewichtete Daten)

	Anteil männlich	Alter	abhängig von staatlichen Leistungen	nicht mit beiden leiblichen Eltern zusammen lebend	in Familie mit mind. 4 Kindern aufwachsend
Deutschland	50,0	15.0	15,1	47,5	7,8
Türkei	50,8	15.3	42,8	24,6	24,4
Libanon	35,9	15.1	70,3	13,2	68,8
andere islamisch dominierte Länder	48,6	15.3	43,5	23,4	44,4
ehem. Jugoslawien	54,8	15.3	41,2	35,1	24,6
ehem. SU	45,6	15.5	39,2	46,4	4,0
Polen	42,4	15.3	30,8	47,7	1,5
Nord-/Westeuropa	54,4	14.9	15,7	47,1	9,0
Südeuropa	49,2	15.3	30,0	48,4	12,9
Asien	51,4	15.1	27,3	36,4	7,9
andere	42,7	15.1	21,4	55,8	10,1

fett: Unterschiede signifikant bei $p < .05$

In Tabelle 2 ist zusätzlich dargestellt, wie sich die Jugendlichen der verschiedenen Migrantengruppen auf die Schulformen verteilen. Bei allen Gruppen fällt der Anteil an Förder- und Hauptschülern in Berlin niedriger aus als im Bund, der Anteil an Gymnasiasten höher. Sehr große Diskrepanzen zeigen sich dabei für türkische und libanesischen Jugendliche sowie Jugendliche aus Ländern der ehemaligen Sowjetunion. Der Anteil an türkischen Jugendlichen, die in Berlin eine Förder- oder Hauptschule besuchen, beträgt bspw. nur 11,5 %; deutschlandweit liegt die Quote bei 49,2 %. Und während deutschlandweit nur 4,9 % der libanesischen Jugendlichen ein Gymnasium/eine Waldorfschule besuchen, sind es in Berlin immerhin 16,3 %. Allerdings fällt die Gymnasialquote der libanesischen Jugendlichen im Vergleich aller Migrantengruppen am geringsten aus. Höhere Gymnasialquoten als die deutschen Jugendlichen weisen die polnischen und die asiatischen Jugendlichen auf. Zudem bestätigen die Auswertungen erneut den hohen Stellenwert der Gesamtschulen in Berlin. Mit Ausnahme der polnischen Jugendlichen gilt für alle Gruppen, dass in Berlin der Anteil an Gesamtschülern höher ausfällt als im Bund. Bei nord-/westeuropäischen und libanesischen Migranten fällt der Unterschied zwischen der Quote in Berlin und der Quote im Bund besonders groß aus.

An dieser Stelle kann nicht abschließend beurteilt werden, ob die hohe Bildungsintegration verschiedener Migrantengruppen ein Resultat bestimmter Stichprobenbesonderheiten ist oder die tatsächlichen Verhältnisse in Berlin widerspiegelt. Möglicherweise stellen die 134 Schulen, in denen letztlich Befragungen durchgeführt werden konnten, eine besondere Auswahl der Berliner Schulen dar. Allerdings liegen hierüber keine Informationen vor, so dass zunächst davon auszugehen ist, dass das Berliner Schulsystem bessere Gelegenheiten der schulischen Integration bietet. Migranten erhalten hier häufiger die Möglichkeit, höhere Abschlüsse zu erzielen.

Tabelle 2: Besuchte Schulform nach Migrationshintergrund und Gebiet (in %; gewichtete Daten)

	Förderschule Lernen/ Haupt- schule		IHR/ Real- schule		Gesamtschule		Gymnasium	
	Berlin	Bund	Berlin	Bund	Berlin	Bund	Berlin	Bund
Deutschland	12,6	21,8	18,6	33,2	22,5	11,6	46,3	33,4
Türkei	11,5	49,2	24,0	20,5	33,8	17,5	30,6	12,8
Libanon	19,6	59,7	22,8	18,1	41,3	17,4	16,3	4,9
andere islamisch dominierte Länder	10,0	37,1	16,4	19,1	41,8	19,8	31,8	24,0
ehem. Jugoslawien	28,2	53,8	21,4	19,5	23,1	11,2	27,4	15,5
ehem. SU	7,9	38,8	24,6	30,6	27,0	12,3	40,5	18,3
Polen	18,5	28,6	12,3	28,9	13,8	14,7	55,4	27,9
Nord-/Westeuropa	8,6	28,1	5,7	25,6	41,4	12,6	44,3	33,7
Südeuropa	14,3	39,9	25,4	26,3	30,2	13,7	30,2	20,1
Asien	2,6	18,4	16,9	27,7	24,7	15,9	55,8	37,9
andere	10,8	30,0	17,5	22,3	33,3	14,5	38,3	33,3

Tabelle 3 gibt zusätzlich einen Überblick darüber, wie häufig die Jugendlichen der verschiedenen Gruppen in Deutschland geboren wurden, die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen sowie mit einem deutschen Elternteil aufwachsen. Am seltensten wurden die Jugendlichen aus Ländern der ehemaligen Sowjetunion in Deutschland geboren: Dies gilt für 37,6 % dieser Jugendlichen in Berlin. Deutschlandweit ist für diese Gruppe ebenfalls eine niedrige Quote an hier geborenen Schülern festzuhalten (28,1 %). Die türkischen oder libanesischen Jugendlichen Berlins sind in mehr als neun von zehn Fällen in Deutschland geboren worden; auch hier übersteigt die Quote den bundesdeutschen Vergleichswert. Etwas größere Diskrepanzen zwischen Berlin und dem Bund sind bei Jugendlichen aus Ländern des ehemaligen Jugoslawiens sowie bei polnischen Jugendlichen festzustellen: Erstgenannte sind in Berlin häufiger, letztgenannte seltener in Deutschland geboren worden.

Tabelle 3: Geburtsland und Staatsangehörigkeit nach Migrationshintergrund (in %; gewichtete Daten)

	in Dt. geboren		dt. Staatsangehörigkeit		ein Elternteil deutsch
	Berlin	Bund	Berlin	Bund	
Deutschland	100,0	100,0	100,0	100,0	-
Türkei	93,2	87,3	61,4	43,8	20,6
Libanon	92,4	86,6	81,3	66,2	17,2
andere islamisch dominier- te Länder	75,5	66,1	74,1	71,0	30,0
ehem. Jugoslawien	76,1	60,3	49,1	46,5	31,9
ehem. SU	37,6	28,1	74,8	90,7	19,2
Polen	69,7	82,6	75,4	89,3	33,3
Nord-/Westeuropa	75,7	83,4	80,9	85,0	78,6
Südeuropa	82,3	86,2	80,3	58,0	67,7
Asien	79,2	77,2	68,8	69,9	31,6
andere	74,6	75,9	82,9	86,5	72,5

Der Blick auf die Staatsangehörigkeit zeigt, dass mindestens die Hälfte der in Berlin lebenden Migranten über die deutsche Staatsangehörigkeit verfügt. Am seltensten ist dies für Schüler aus Ländern des ehemaligen Jugoslawien der Fall, am häufigsten für libanesischen und andere Migranten. Auffällig ist, dass türkische und libanesischen Jugendliche Berlins deutlich häufiger über

die deutsche Staatsangehörigkeit verfügen als Jugendliche dieser Herkunft im Bund. Bei polnischen Jugendlichen sowie bei Jugendlichen aus Ländern der ehemaligen Sowjetunion ist es genau umgekehrt, d.h. sie besitzen in Berlin seltener eine deutsche Staatsangehörigkeit als im Bund.

Ebenfalls in Tabelle 3 dargestellt ist der Anteil an Migranten, die mit einem deutschen Elternteil aufwachsen. Bezüglich der aufgeführten Quoten ist allerdings Vorsicht geboten: Als deutscher Elternteil kann mit den vorhandenen Daten nur ein Elternteil eingestuft werden, dass die deutsche Staatsangehörigkeit hat und in Deutschland geboren wurde. Diese Merkmale können auch auf Eltern zutreffen, die der zweiten Migrantengeneration angehören und deren Kinder damit die dritte Migrantengeneration stellen. Da die Herkunft der Großeltern im Fragebogen nicht erhoben wurde, könnte es sich bei einigen hier als deutsch klassifizierten Elternteilen durchaus um Kinder von Migranten handeln; der ausgewiesene Anteil sollte daher nicht als Anteil binationaler Ehen interpretiert werden. Nichtsdestotrotz ergeben sich deutliche Unterschiede zwischen den Migrantengruppen. Am seltensten berichten libanesischen Jugendliche davon, dass ein Elternteil in dem genannten Sinne deutscher Herkunft ist (17,2 %). Ebenfalls recht niedrige Quoten weisen türkische Befragte sowie Befragte aus Ländern der ehemaligen Sowjetunion auf. Die nord- bzw. westeuropäischen Befragten besitzen hingegen zu 78,6 % ein Elternteil mit deutscher Herkunft.

Die bislang vorgestellten Indikatoren bieten einen ersten Einblick in den Stand der Integration der verschiedenen Migrantengruppen in Berlin. Wie in der Schülerbefragung 2007/2008 (vgl. Baier et al. 2010) wurden auch in Berlin noch weitere Integrationsindikatoren erhoben. Diese wurden aber weitestgehend in einem Sondermodul erfragt, das nicht allen Schülern zur Beantwortung vorgelegt wurde. Zwei von drei Befragten erhielten einen Fragebogen, in dem je nach Herkunft entweder Fragen zur Ausländerfeindlichkeit bzw. zum Rechtsextremismus zu beantworten waren oder aber eben Fragen zur Integration; das andere Drittel erhielt (unabhängig von der Herkunft) Fragen zum Thema Computerspielen sowie zum Verhalten gegenüber Autoritäten. Schüler an Förderschulen füllten zudem nur einen Kurzfragebogen aus, in dem die verschiedenen Modulfragen überhaupt nicht gestellt wurden. *Aus diesem Grund müssen die nachfolgenden Auswertungen auch bei der bundesweiten Schülerbefragung auf Schüler beschränkt werden, die nicht die Förderschule besuchen.* Durch diese Einschränkungen halbiert sich in etwa pro Migrantengruppe die Fallzahl.

Bevor der konkrete Stand der Integration von Berliner Migrantengenerationen anhand verschiedener Indikatoren betrachtet wird, soll sich zunächst den Einstellungen zur Integration gewidmet werden. Um verschiedene Einstellungsmuster zu unterscheiden, soll auf die Systematik von Esser (2000, 2001) zurückgegriffen werden, nach der zwischen vier verschiedenen Typen der Sozialintegration unterschieden wird. Esser unterscheidet zunächst die Dimension der Integration in die Mehrheits- bzw. Aufnahmegesellschaft (vorhanden vs. nicht vorhanden) und die Integration in die Herkunftsgesellschaft bzw. ethnische Gemeinde (vorhanden vs. nicht vorhanden). Migranten, die sich sowohl an der Mehrheits- als auch der Herkunftsgesellschaft orientieren und an diesen teilhaben, werden als (mehrfach) integriert bezeichnet (vgl. Abbildung 3). Die Einbindung in die Mehrheitsgesellschaft bei gleichzeitiger Distanzierung von der Herkunftsgesellschaft wird mit dem Begriff der „Assimilation“ beschrieben, der umgekehrte Fall als „Segmen-

tation“ bzw. „Segregation“. Akteure, die weder in die Mehrheits- noch die Herkunftsgesellschaft eingebunden sind, gelten als marginalisiert.

Im Rahmen der Schülerbefragung in Berlin wurden die Einstellungen der Jugendlichen zu diesen verschiedenen Formen der Sozialintegration erhoben. Hierfür sollten sie angeben, wie sie über die „Leute ihrer Herkunft“ denken, die in Deutschland leben. Die entsprechenden Aussagen, die den Formen der Sozialintegration zuzuordnen sind, sind ebenfalls in Abbildung 3 aufgeführt. Die Jugendlichen konnten ihre Meinung zu den Aussagen jeweils von „1 – stimmt nicht“ bis 4 – stimmt genau“ abstimmen.

Abbildung 3: Formen der Sozialintegration in Anlehnung an Esser (2001, S. 19) und Erfassung im Fragebogen („Die Leute meiner Herkunft, die in Deutschland leben, ...“)

		Sozialintegration in Mehrheitsgesellschaft	
		ja	nein
Sozialintegration in Herkunftsgesellschaft/ ethnische Gemeinde	ja	Integration „sollten ihre eigene Kultur beibehalten, sich zugleich aber auch an die deutsche Kultur anpassen“	Segregation „sollten nur unter sich heiraten“ „sollten stärker unter sich bleiben“ „sollten nur an ihrer eigenen Kultur festhalten, obwohl sie in Deutschland leben“
	nein	Assimilation „sollten ihre eigene Kultur aufgeben und sich der deutschen Lebensart anpassen, also wie Deutsche denken und handeln“	Marginalität – ¹

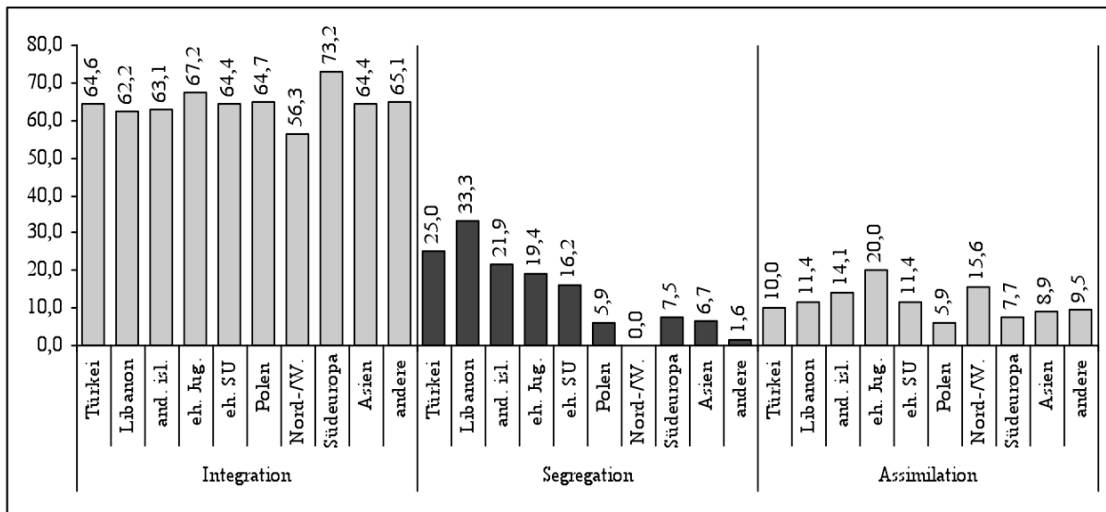
¹ Items zur Erfassung der Marginalität wurden nicht in den Fragebogen aufgenommen.

In Abbildung 4 sind differenziert nach dem Migrationshintergrund jeweils die Personen dargestellt, die den Aussagen eher bzw. genau zugestimmt haben.³ Hervorzuheben ist dabei zunächst, dass die Beibehaltung der eigenen Kultur bei gleichzeitiger Anpassung an die deutsche Kultur („Integration“) für die Mehrheit aller Migrantengruppen die bevorzugte Form der Eingliederung ist. Bei den südeuropäischen Jugendlichen fällt der Anteil der Integration zustimmender Befragter mit 73,2 % am höchsten aus, bei den nord-/westeuropäischen Jugendlichen mit 56,3 % am niedrigsten. Einstellungen der Segregation bzw. der Assimilation werden demgegenüber nur von einer Minderheit der Jugendlichen aufrecht erhalten. Zu beachten ist, dass sich die Werte nicht zu einhundert Prozent addieren, da die Formen der Sozialintegration durch mehrere Items erfasst wurden, so dass sich ein Befragter beispielsweise nicht nur zur Integration, sondern gleichzeitig auch zur „Assimilation“ und „Segregation“ zustimmend äußern konnte.⁴

³ Aus den drei Items zur Segregation wurde eine Mittelwertskala gebildet (Cronbachs alpha = .77), die an ihrem theoretischen Mittelwert von 2,5 geteilt wurde; Personen mit Werten über 2,5 stimmen diesen Aussagen im Durchschnitt zu.

⁴ Empirisch zeigt sich, dass die Einstellungen „Integration“ und „Segregation“ schwach miteinander korrelieren (Pearson $r = .12$); zwischen „Integration“ und „Assimilation“ gibt es keine Beziehung ($r = -.04$), zwischen „Assimilation“ und „Segregation“ ebenfalls eine eher schwache Korrelation ($r = .17$).

Abbildung 4: Befürwortung von Integration, Assimilation und Segregation nach Migrationshintergrund (in %; gewichtete Daten; nur Befragte, die Fragebogenmodul zur Integration ausgefüllt haben)

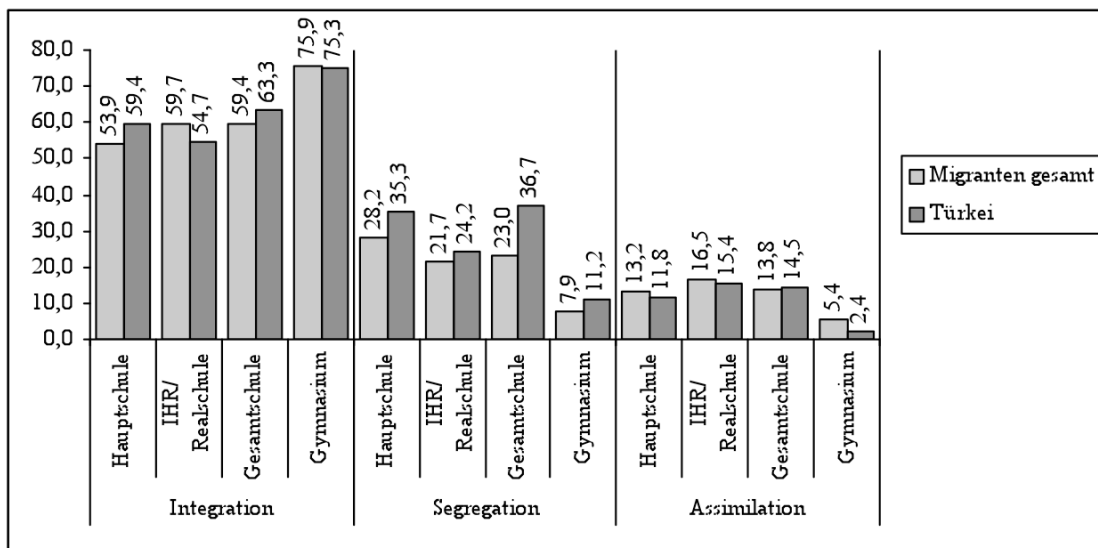


Als eher problematisch sind die Einstellungen zur Segregation einzustufen. Umso zentraler sind die Befunde, die hierzu in Berlin erzielt werden: Der größte Anteil zustimmender Jugendlicher findet sich bei libanesischen Jugendlichen. Jeder Dritte befürwortet, dass man sich als ethnische Gruppe von der Restgesellschaft mehr oder weniger abschotten sollte. Ebenfalls recht hohe Zustimmungsraten finden sich bei den türkischen Befragten sowie bei Befragten aus anderen islamisch dominierten Ländern. Kein Jugendlicher mit nord- oder westeuropäischer Herkunft stimmt der Segregation als Integrationsmodus zu; bei den polnischen, asiatischen und südeuropäischen Jugendlichen sind es ebenfalls nur sehr wenige Schüler, die sich zustimmend äußern.

Ein Vergleich mit der bundesweiten Schülerbefragung 2007/2008 zeigt, dass eine solche Verteilung der Zustimmung zu Segregationseinstellungen nicht nur in Berlin zu beobachten ist. Auch in dieser Befragung stimmten türkische und libanesische Befragte am häufigsten der Segregation zu (33,9 und 32,9 %), gefolgt von Schülern aus anderen islamisch dominierten Ländern (22,2 %). Die geringste Zustimmungsquote ist in der Schülerbefragung 2007/2008 ebenfalls für nord-/westeuropäische und polnische Jugendliche zu berichten (6,5 und 8,3 %).

Die Befürwortung der verschiedenen Integrationsstile ist mit dem Bildungsniveau assoziiert, wie Abbildung 5 belegt. Vor allem die Gymnasiasten unterscheiden sich dabei von den anderen Bildungsgruppen. Die Migranten an Gymnasien stimmen besonders häufig der Integration zu; bei der Segregation bzw. Assimilation fällt der Anteil zustimmender Gymnasiasten hingegen sehr niedrig aus. Für die größte Migrantengruppe Berlins, die türkischen Jugendlichen, ergeben sich vergleichbare Zusammenhänge. Beachtenswert ist allerdings der hohe Anteil türkischer Befragter an Gesamtschulen, die die Segregation befürworten.

Abbildung 5: Befürwortung von Integration, Assimilation und Segregation nach Schulform (in %; gewichtete Daten; nur Befragte, die Fragebogenmodul zur Integration ausgefüllt haben)



Wenn nicht die Einstellungen zur Integration, sondern der konkrete Stand der Integration betrachtet wird, ist es zunächst nötig, Indikatoren zu benennen, die geeignet sind, Integration zu messen. Bei der Auswahl der Integrationsindikatoren wurde sich am Integrationsmodell von Esser (2000) orientiert, der vier verschiedene Integrationsdimensionen unterscheidet. Die Integration der Akteure kann in Form des Erwerbs von Sprachkenntnissen (Kulturation bzw. *kulturelle Integration*), der Partizipation im Bildungssystem (Platzierung bzw. *strukturelle Integration*), der Aufnahme von interethnischen Freundschaftsbeziehungen (Interaktion bzw. *soziale Integration*) und der emotionalen Identifikation (Identifikation bzw. *identifikative Integration*) erfolgen (Esser 2000, S. 271ff; Esser 2001, S. 8). Die verschiedenen Integrationsbereiche sind dabei nicht unabhängig voneinander. Vielmehr ist von einer zeitlichen Abfolge dieser vier Formen der Integration auszugehen. Dementsprechend kann die Integration ins Bildungssystem bspw. erst unter der Voraussetzung der Existenz gewisser sprachlicher Fähigkeiten gelingen. Sprachkenntnisse wie auch der Zugang zu (höherer) Bildung erleichtern wiederum den Kontakt zu einheimischen Deutschen und darüber schließlich auch die gefühlsmäßige Verbundenheit mit der Mehrheitsgesellschaft. Weiterhin ist anzunehmen, dass sich die beschriebenen Prozesse wechselseitig verstärken und nicht nur in eine Richtung wirken. So wird bspw. die strukturelle Einbindung ins Bildungssystem und das Vorhandensein interethnischer Freundschaftsbeziehungen die Sprachkenntnisse einer Person fördern. Im Folgenden sollen die vier Bereiche der Integration differenziert für die verschiedenen Migrantengruppen betrachtet werden.

In Tabelle 4 ist für jeden Bereich der Integration ein zentraler Indikator abgebildet. Zur Messung der *kulturellen Integration* wurden die Befragten mit Migrationshintergrund gebeten anzugeben, ob sie in vier verschiedenen Kontexten (Eltern, Freunde, Fernsehen, Lesen) auf die deutsche Sprache (auch „deutsch und nichtdeutsch“) oder ausschließlich auf eine nichtdeutsche Sprache zurückgreifen. Die in Tabelle 4 ausgewiesenen Mittelwerte geben daher an, dass die türkischen Befragten Berlins durchschnittlich in 2,80 von vier Kontexten die deutsche Sprache nutzen, Migranten „anderer“ Herkunft in 3,62 Kontexten. Die Gruppen unterscheiden sich insofern stark voneinander. Im Vergleich mit der bundesweiten Befragung zeigen sich für zwei Gruppen Besonderheiten: Südeuropäische Jugendliche Berlins greifen häufiger auf die deutsche Sprache zurück als südeuropäische Jugendliche im Bund; bei den Jugendlichen aus Ländern der ehemaligen Sowjetunion ist es umgekehrt. Werden die Schüler aus Ländern der ehemaligen

Sowjetunion zum Vergleich herangezogen, die bundesweit in Großstädten befragt wurden, besteht kein Unterschied mehr zu den Berliner Jugendlichen hinsichtlich der Häufigkeit des Sprechens der deutschen Sprache. Bei dem Vergleich zu Migrant*innenjugendlichen in Großstädten ist aber zu beachten, dass z.T. nur geringe Fallzahlen zur Verfügung stehen, insbesondere bei den libanesischen Jugendlichen.

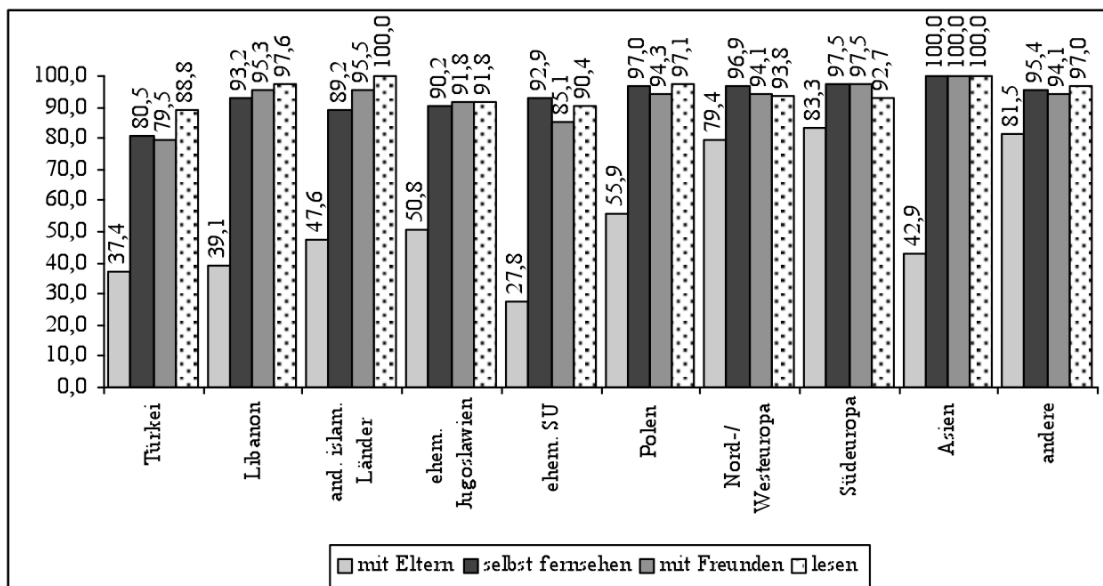
Tabelle 4: Integrationsindikatoren nach Migrationshintergrund (in % bzw. Mittelwerte; gewichtete Daten; ohne Förderschüler)

	Kulturelle Integration (Sprache "deutsch" in 4 Kontexten) ^a			strukturelle Integration (Anteil Abitur angestrebt)			soziale Integration (Anteil deutsche Freunde)			identifikative Integration (Selbstwahrnehmung "deutsch") ^a		
	Berlin	Bund	Bund G.o.B.	Berlin	Bund	Bund G.o.B.	Berlin	Bund	BundG. o.B.	Berlin	Bund	Bund G.o.B.
Deutschland	-	-	-	59,5	38,8	49,2	86,1	89,7	82,8	-	-	-
Türkei	2,80	2,72	2,78	42,7	17,5	22,6	28,0	32,6	24,6	22,7	26,3	23,8
Libanon	3,05	3,04	2,67 ^b	31,0	10,6	10,0 ^b	16,3	29,0	12,7 ^b	28,3	38,4	28,7 ^b
and. islam. Länder	3,22	3,33	3,25	50,5	32,1	31,6	32,8	45,4	37,1	50,0	44,3	39,5
ehem. Jugoslawien	3,17	3,21	3,21	37,0	23,1	35,9	35,5	42,0	35,5	33,3	35,3	27,2
ehem. SU	2,90	3,12	2,85	53,2	22,2	35,3	50,8	45,3	32,1	39,7	52,1	39,5
Polen	3,38	3,48	3,28	65,0	33,5	40,0	59,1	66,3	52,3	61,1	62,7	51,2
Nord-/Westeuropa	3,54	3,70	3,60	75,0	40,7	55,4	67,6	77,2	66,1	62,9	73,6	66,2
Südeuropa	3,61	3,38	3,28	45,0	24,7	32,6	51,9	54,8	44,5	66,7	42,2	33,0
Asien	3,26	3,35	3,34	68,0	45,4	50,0	48,3	61,3	56,6	46,9	62,4	63,7
andere	3,62	3,61	3,58	58,5	39,6	39,3	65,9	70,1	58,1	67,1	70,2	63,5

^a nur Befragte, die Fragebogenmodul zur Integration ausgefüllt haben; ^b N < 30; G.o.B. Großstädte ohne Berlin

Abbildung 6 geht noch einmal in differenzierter Weise für Berlin darauf ein, in welchen Kontexten die Migrant*innenjugendlichen auf die deutsche Sprache zurückgreifen. Die niedrigsten Quoten sind dabei für alle Gruppen beim Unterhalten mit den Eltern festzustellen. Schüler aus Ländern der ehemaligen Sowjetunion sprechen nur zu 27,8 % meistens deutsch mit den Eltern (bzw. deutsch und russisch); die Mehrheit tut dies also ausschließlich russisch. Südeuropäische Jugendliche greifen demgegenüber in acht von zehn Fällen auf die deutsche Sprache zurück (83,3 %). Hinsichtlich der anderen Kontexte sind es bei allen Gruppen jeweils mindestens acht von zehn Jugendlichen, die die deutsche Sprache nutzen. Zwei Gruppen stechen allerdings hervor: Asiatische Jugendliche sehen alle in deutscher Sprache fern, reden alle in deutscher Sprache mit den Freunden und lesen alle Zeitungen, Zeitschriften und Bücher in deutscher Sprache. Türkische Befragte greifen in diesen drei Kontexten dagegen am seltensten auf die deutsche Sprache zurück. Immerhin 19,5 % sehen damit ausschließlich in türkischer Sprache fern, 20,5 % sprechen ausschließlich türkisch mit ihren Freunden.

Abbildung 6: Sprache „deutsch“ nach Kontext und Migrationshintergrund (in %; gewichtete Daten; ohne Förderschüler)



Als Indikator für die strukturelle Integration ist in Tabelle 4 der Anteil an Schülern abgebildet, die ein Abitur anstreben. Wie bereits dargestellt, wurde hierzu bei integrierten Schulformen auf die Angabe der Jugendlichen zum derzeit angestrebten Schulabschluss zurückgegriffen, bei Schülern in reinen Förder-/Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien hingegen auf den Schulabschluss, der in diesen Schulformen abgelegt werden kann. Für alle Migrantengruppen ergeben sich in Berlin höhere Werte an Schülern, die ein Abitur anstreben als im Bund. Es bestätigt sich damit, was bereits auf Basis der besuchten Schulform weiter oben gefolgert werden konnte: *Die strukturelle Integration ist in Berlin in überdurchschnittlicher Weise gelungen.* Für drei Migrantengruppen ergeben sich dabei besonders große Unterschiede zum Bund: *Türkische Jugendliche, libanesische Jugendliche und Jugendliche aus Ländern der ehemaligen Sowjetunion streben in Berlin mindestens 2,4mal häufiger als im Bund ein Abitur an.* Werden die Großstädte zum Vergleich herangezogen, ergibt sich zumindest für türkische und libanesische Jugendliche in Berlin eine deutlich bessere strukturelle Integration. Zugleich sind es die libanesischen Jugendlichen, die in Berlin noch immer am seltensten ein Abitur ablegen werden. Bei nord-/westeuropäischen, polnischen oder asiatischen Jugendlichen liegt die Quote mehr als doppelt so hoch und zudem höher als bei den deutschen Jugendlichen.

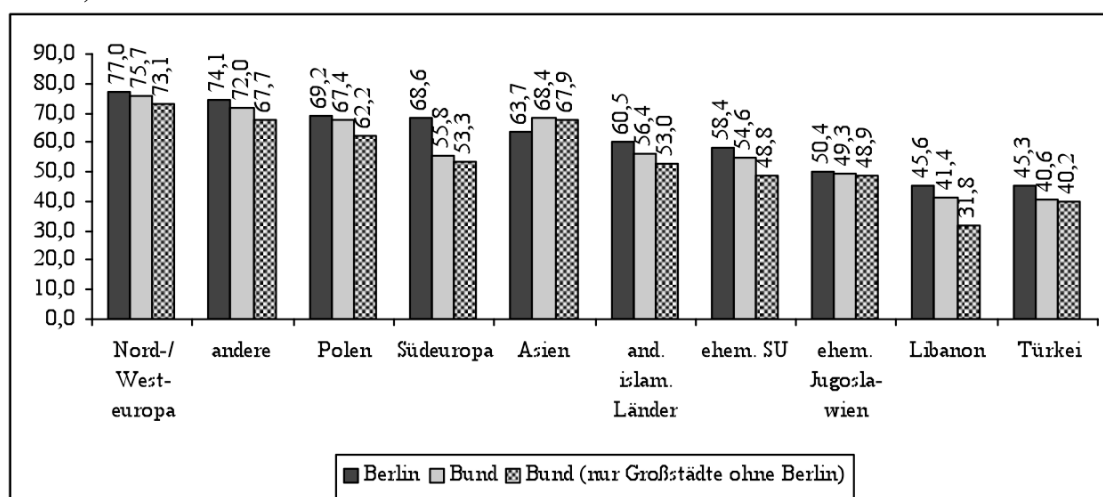
Die soziale Integration wird über den Anteil an deutschen Freunden im Freundschaftsnetzwerk abgebildet. Im Fragebogen sollten die Jugendlichen für maximal fünf beste Freunde das Herkunftsland berichten („Woher stammt die Person?“). Bei deutschen Jugendlichen beträgt der Anteil deutscher Freunde im Netzwerk 86,1 %. Bei einem Migrantenteil von 45,2 % in der Stichprobe wäre zu erwarten, dass dieser Anteil deutlich niedriger ausfällt. Dies wäre zugleich aber nur dann zu erwarten, wenn die Wahrscheinlichkeit, interethnische Freundschaften zu schließen, genauso hoch wäre wie die Wahrscheinlichkeit, intraethnische Freundschaften zu schließen. Diese ist aber augenscheinlich nicht der Fall. *Deutsche Jugendliche gehen überdurchschnittlich häufig Freundschaften mit deutschen Jugendlichen ein, Migrantengruppen mit Migranten.* Mit Ausnahme der Jugendlichen aus Ländern der ehemaligen Sowjetunion ergeben sich für alle Migrantengruppen im Vergleich zum Bund niedrigere Werte der Vernetzung mit Deutschen, was nicht überrascht, da der Anteil deutscher Jugendlicher (zu denen Freundschaften unterhalten werden können) in Berlin niedriger als im Bund ausfällt. Umso sozial inte-

grierter sind die Jugendlichen aus Ländern der ehemaligen Sowjetunion einzustufen, denen es unter diesen Umständen gelingt, häufiger als im Bund Freundschaften zu Deutschen zu schließen. Auffällig groß fallen die Abstände zwischen den Quoten in Berlin und im Bund bei libanesischen, anderen islamischen und asiatischen Jugendlichen aus. Diese unterhalten in Berlin seltener Freundschaften zu deutschen Jugendlichen als das bundesweit der Fall ist. Wird der Vergleich auf Großstädte eingeschränkt, bleibt dieses Ergebnis zumindest für Schüler aus anderen islamischen Ländern sowie für asiatische Schüler bestehen; bei libanesischen Schülern macht erneut die geringe Fallzahl den Vergleich weniger verlässlich.

Ein letzter Integrationsindikator bezieht sich auf die identifikative Integration. Hier wurden die Jugendlichen gefragt, ob sie sich selbst als deutsch, türkisch, russisch usw. wahrnehmen. Jugendliche, die sich als deutsch wahrnehmen, können als identifikativ integriert angesehen werden, da hierin das „Wir-Gefühl“ mit der Mehrheitsgesellschaft zum Ausdruck kommt. Dabei ist es nicht entscheidend, ob sie sich zusätzlich einer anderen Herkunft zugehörig fühlen; d.h. als identifikativ integriert werden auch jene Migranten eingestuft, die sich bspw. als deutsch und türkisch betrachten. Die Ergebnisse für Berlin zeigen für die meisten Gruppen niedrigere Integrationswerte. Dies gilt insbesondere für libanesische Jugendliche, Jugendliche aus Ländern der ehemaligen Sowjetunion, nord-/westeuropäische Jugendliche und asiatische Jugendliche. Der Vergleich zu den Großstädten ergibt, dass eine niedrigere Identifikation dieser Migrantengruppen ein Großstadtphänomen zu sein scheint; nur bei den asiatischen Jugendlichen bleiben die Unterschiede bestehen. Die südeuropäischen Jugendlichen Berlins weisen demgegenüber eine stärkere Identifikation mit Deutschland auf als im Bund bzw. in anderen Großstädten.

Aus allen vier Indikatoren wurde abschließend ein zusammenfassender Integrationsindex gebildet. Hierzu wurde der Gesamtmittelwert zu allen vier Einzelindikatoren gebildet, wobei mindestens zu drei der vier Indikatoren ein gültiger Wert vorliegen musste. Zur einfacheren Darstellung wurden die Werte mit 100 multipliziert, so dass die so entstandene Variable Werte zwischen 0 und 100 annehmen kann: Je höher die Werte ausfallen, umso besser integriert ist eine Person. Die türkischen Jugendlichen Berlins weisen mit 45,3 Punkten den niedrigsten Integrationswert auf, gefolgt von libanesischen Jugendlichen und Jugendlichen aus Ländern des ehemaligen Jugoslawien (Abbildung 7). Der höchste Integrationswert ist für nord- bzw. westeuropäische Jugendliche festzustellen. Mit Ausnahme der asiatischen Jugendlichen ergeben sich für die Berliner Migrantengruppen durchgängig höhere Integrationswerte als im Bund. Allerdings fallen die Abstände meist nicht allzu groß aus. Die deutlich besseren Werte im Bereich der strukturellen Integration werden also durch die teilweise schlechteren Werte in den anderen Integrationsbereichen relativiert. Erst eine solche Gesamtschau der verschiedenen Integrationsindikatoren erlaubt also eine valide Einschätzung der Integration der Migranten Berlins im Vergleich zu den Migranten aus anderen Gebieten Deutschlands. *Nichtsdestotrotz kann gefolgert werden, dass die Integration in Berlin keinesfalls schlechter als in anderen Teilen Deutschlands gelungen ist, was in erster Linie auf die hohe strukturelle Integration der Migranten zurückzuführen ist. Es zeichnet sich für Berlin sogar ein überdurchschnittlicher Integrationsstand ab.* Vor allem die südeuropäischen Migranten Berlins weisen einen im Bundesvergleich besonders hohen Integrationsstand auf.

Abbildung 7: Integration nach Migrationshintergrund und Gebiet (gewichtete Daten; ohne Förderschüler)



Integration bedeutet nicht nur, dass sich Migranten an die Aufnahmegesellschaft anpassen; Integration bedeutet auch, dass sich die Aufnahmegesellschaft für die Migranten öffnet. Insofern kann bspw. die Frage gestellt werden, ob die Migranten Diskriminierungserfahrungen machen mussten. Im Fragebogenmodul für die Migranten wurden daher verschiedene Formen der Diskriminierung abgefragt, wobei die Jugendlichen auf die zurückliegenden zwölf Monate Bezug nehmen sollten. Es sollten explizit solche Erlebnisse berichtet werden, bei denen die Migranten nur deshalb, weil sie keine Deutschen sind, negativ behandelt wurden. Die Ergebnisse der Auswertungen sind in Tabelle 5 dargestellt. Vergleiche zur Bundesrepublik können nicht gezogen werden, weil die Frage nur in Berlin gestellt wurde.

Tabelle 5: Diskriminierungserlebnisse nach Migrationshintergrund (in %; gewichtete Daten; ohne Förderschüler; nur Befragte, die Fragebogenmodul zur Integration ausgefüllt haben)

	be-schimpft	ko-misch ange-schaut	ab-wertend an-ge-sprochen	beim Einkauf unhöflich behandelt	von der Polizei benach-teiligt	Sachen beschä-digt/ zer-stört	geschla-gen und verletzt	Haus/Wohnung beschä-digt
Türkei	37,9	33,8	32,3	37,4	10,9	2,6	4,1	1,9
Libanon	30,4	34,8	37,0	28,3	15,2	6,5	8,7	8,7
and. islam. Län-der	32,3	38,5	25,4	28,1	3,2	<u>0,0</u>	1,6	1,6
ehem. Jugoslawi-en	30,6	29,0	30,0	24,6	12,9	1,6	4,8	1,6
ehem. SU	18,8	16,9	12,9	12,7	<u>1,4</u>	<u>0,0</u>	1,4	1,4
Polen	<u>14,3</u>	14,3	20,0	11,4	8,6	2,9	2,9	2,9
Nord-/Westeuropa	15,6	<u>9,4</u>	<u>12,5</u>	<u>6,3</u>	3,1	3,1	<u>0,0</u>	<u>0,0</u>
Südeuropa	17,5	17,5	15,0	15,0	5,0	5,0	2,5	5,0
Asien	38,6	55,8	20,5	34,1	6,8	2,3	4,5	<u>0,0</u>
andere	21,3	31,1	23,0	14,8	4,9	<u>0,0</u>	3,3	<u>0,0</u>

fett: höchster Wert, unterstrichen: niedrigster Wert

Ihre Antworten konnten die Jugendlichen zwischen „1 – nie“ und „5 – über 10 mal“ abstufen. An dieser Stelle werden aber nur Prävalenzraten betrachtet, d.h. es wird nur zwischen Jugendlichen unterschieden, die etwas erlebt haben und Jugendlichen, die das entsprechende Verhalten nicht erlebt haben. Signifikante Unterschiede bestehen für die ersten vier in Tabelle 5 auf-

fürten Verhaltensweisen. Zwei Gruppen stechen bezüglich ihrer Diskriminierungserfahrungen hervor: *Zum einen berichten die asiatischen Jugendlichen Berlins häufiger insbesondere von Beschimpfungen und abwertenden Blicken. Zum anderen weisen die türkischen, libanesischen und anderen islamischen Schüler überdurchschnittlich häufig Diskriminierungserfahrungen auf.* Die libanesischen Jugendlichen berichten dabei am häufigsten davon, abwertend angesprochen worden zu sein, Sachbeschädigungen (inkl. am Haus/der Wohnung) und Körperverletzungen erlebt zu haben sowie von der Polizei benachteiligt worden zu sein. Eher selten entsprechende Erfahrungen gemacht haben polnische und nord-/westeuropäische Jugendliche.

Da die Schule einen besonderen Ort im Leben von Kindern und Jugendlichen markiert, wurden auch Diskriminierungserfahrungen, die von Lehrkräften ausgehen, im Rahmen des Fragebogens für Migrant*innen erfasst. Dabei wurden den Schülern die drei in Tabelle 6 dargestellten Aussagen zur Bewertung vorgelegt, denen von „1 – stimmt nicht“ bis „4 – stimmt genau“ zugestimmt werden konnte. Anhand der Mittelwerte zeigt sich, dass nur eine Minderheit der Migrant*innen die verschiedenen Verhaltensweisen bei den Lehrern beobachten. Am ehesten wird noch der Aussage zugestimmt, dass die Lehrkräfte deutsche Schüler bevorzugen. Dass Lehrkräfte Migrant*innen bewusst schikanieren, wird am seltensten bestätigt. Für zwei der drei Items ist ein Vergleich mit der bundesweiten Schülerbefragung möglich, wobei die Items in Berlin leicht abgeändert wurden. Im Großen und Ganzen zeigt der Vergleich, dass die Jugendlichen in Berlin etwas seltener den Aussagen zustimmen, d.h. seltener Diskriminierungserfahrungen berichten; dies gilt vor allem im Vergleich zur Substichprobe der bundesweiten Großstädte.

Tabelle 6: Skala Diskriminierung durch Lehrkräfte (gewichtete Daten; nur Befragte, die Fragebogenmodul zur Integration ausgefüllt haben)

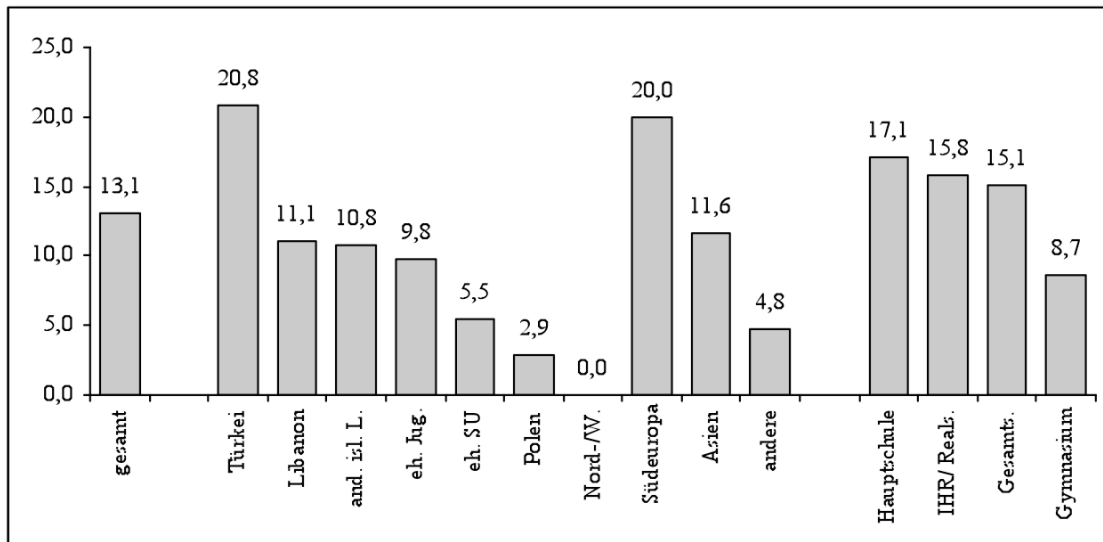
	Mittelwert Berlin	Mittelwert Bund	Mittelwert Bund (nur Großstädte ohne Berlin)
Unsere Lehrkräfte bevorzugen deutsche Schüler.	1.77	1.77	1.82
Deutsche Schüler/innen erhalten bei uns mehr Förderung als ausländische/immigrierte Schüler/innen.	1.59	1.66	1.69
Die Lehrkräfte schikanieren Schüler/innen, die Ausländer/Migrant*innen sind.	1.42	-	-
Skala	1.60	-	-
Cronbachs Alpha	.83	-	-

Aufgrund der hohen Reliabilität⁵ der Skala zu den Diskriminierungserfahrungen lässt sich aus den drei Items der Mittelwert bilden. Auf Basis des Mittelwertes werden die Schüler zu zwei Gruppen zusammengefasst: jene Schüler, die eher keine lehrerbezogenen Diskriminierungserfahrungen berichten (Mittelwert bis 2,5) und jene Schüler, die dies tun (Mittelwert über 2,5). Aus Abbildung 8 geht hervor, dass 13,1 % der Schüler zustimmen, dass es von Seiten der Lehrkräfte eine Diskriminierung von Schülern mit Migrationshintergrund gibt. Am höchsten fällt der Anteil zustimmender Jugendlicher bei türkischen und südeuropäischen Schülern aus; nord- und

⁵ Die Reliabilität gibt an, wie hoch die Antworten von Items einer Skala im Durchschnitt miteinander zusammenhängen. Ein Koeffizient, der gewöhnlich zur Beurteilung der Reliabilität einer Skala herangezogen wird, ist der Cronbachs-Alpha-Wert. Je höher dieser Wert ausfällt, umso höher sind die Korrelationen der Items, wobei der Maximalwert 1 beträgt. Die Reliabilität ist abhängig von der Anzahl an berücksichtigten Items; je mehr Items in eine Skala aufgenommen werden, desto höher sollte die Grenze bzgl. der Einstufung eine Skala als gut gesetzt werden.

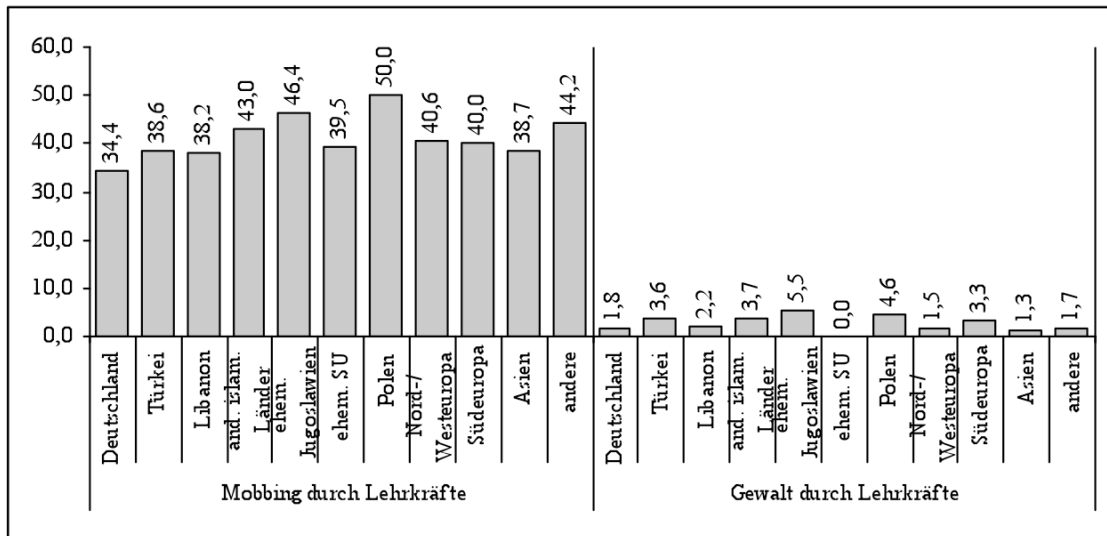
westeuropäische Schüler sehen hingegen keine Diskriminierung von Migranten im Schulbetrieb. Zwischen den Schulformen sind die Unterschiede nicht besonders stark ausgebildet: An Gymnasien wird etwas seltener von den Schülern bestätigt, dass es eine Diskriminierung von Migranten durch Lehrkräfte gibt.

Abbildung 8: Diskriminierung durch Lehrkräfte (gewichtete Daten; nur Befragte, die Fragebogenmodul zur Integration ausgefüllt haben)



Es ist an dieser Stelle darauf hinzuweisen, dass die Einschätzungen zur Diskriminierung von Lehrkräften keine eigenen Erfahrungen darstellen müssen; es kann sich um eigene Erfahrungen handeln, aber ebenso um Erfahrungen von anderen Schülern oder um Eindrücke, die nicht auf tatsächlichen Ereignissen basieren. Wenn, wie die vorangegangenen Auswertungen nahe legen, türkische und südeuropäische Jugendliche besonders von der Diskriminierung von Lehrkräften betroffen wären, dann müsste sich dies auch in einer anderen Auswertungen zeigen: An einer Stelle des Fragebogens wurden die Jugendlichen gebeten, einzuschätzen, wie häufig sie im letzten Schulhalbjahr von Lehrkräften lächerlich gemacht bzw. gemein behandelt wurden (Mobbing durch Lehrkräfte) und wie häufig sie geschlagen wurden (Gewalt durch Lehrkräfte). In dieser Auswertung (Abbildung 9) zeigt sich nicht, dass türkische oder südeuropäische Jugendliche in besonderem Maße Übergriffe von Lehrkräften berichten. Zwar ergibt sich, dass alle Migrantengruppen häufiger von Mobbingübergriffen der Lehrer berichten, was darauf hindeutet, dass Lehrkräfte etwas häufiger Migranten als Deutsche verbal aggressiv behandeln (dies gilt bei der physischen Aggression jedoch nicht). Die höchsten Raten von Lehrern gemobbter Jugendlicher finden sich aber bei polnischen Jugendlichen sowie bei Jugendlichen aus Ländern des ehemaligen Jugoslawien. Diese beiden Schülergruppen berichten auch am häufigsten davon, Gewalt durch Lehrkräfte erfahren zu haben.

Abbildung 9: Gewalterfahrungen in der Schule nach Migrationshintergrund (in %; gewichtete Daten)



Die Auswertungen ergeben Hinweise darauf, dass sich Lehrkräfte Migranten gegenüber diskriminierend verhalten. Es ist aber insgesamt nur ein kleiner Anteil an Migranten, die zustimmen, dass Unterschiede zwischen Einheimischen und Migranten an der Schule gemacht werden. Jene Migrantengruppen, die am häufigsten der Auffassung sind, dass solche Unterschiede gemacht werden, berichten zugleich nicht sehr viel häufiger als Deutsche davon, in der Schule durch Lehrkräfte gemobbt worden zu sein. Möglicherweise nehmen einige Migranten gewöhnliche Schulsituationen häufiger als Diskriminierung wahr, ohne dass es sich tatsächlich um diskriminierendes Verhalten der Lehrkräfte handelt. Lehrkräfte scheinen daher gut beraten, ihr Verhalten den Schülern gegenüber zu erläutern und klar zu stellen, dass es nicht um eine Ungleichbehandlung aufgrund der ethnischen Herkunft, sondern bspw. aufgrund von Leistungen geht. Zugleich ist den Lehrkräften aber auch anzuraten, hinsichtlich eines (möglicherweise nicht immer bewussten) diskriminierenden Verhaltens achtsam zu sein und im Kollegium Diskriminierungen offen anzusprechen.

Eine letzte Frage, der im Rahmen dieses Diskurses nachgegangen werden soll, ist, inwieweit das delinquente Verhalten von Migrantenjugendlichen mit spezifischen Rahmenbedingungen des Migrantenstatus in Zusammenhang steht. Folgende drei Faktoren sollen hinsichtlich ihres Zusammenhangs mit dem delinquenten Verhalten untersucht werden: 1. Die Dauer des Aufenthalts in Deutschland; 2. der Besitz der deutschen Staatsangehörigkeit; 3. das Aufwachsen mit einem deutschen Elternteil. Für alle drei Faktoren kann angenommen werden, dass sie das Delinquenzrisiko reduzieren. Jugendliche, die länger in Deutschland leben, sind vertrauter mit den hier geltenden Normen und Werten, sie sprechen eher die deutsche Sprache und hatten bereits frühzeitig die Möglichkeit, deutsche Freunde zu finden. Ein Besitz der deutschen Staatsangehörigkeit stellt eine Form der juristischen Anerkennung dar, die das Bild vermitteln kann, dass ein Jugendlicher auch formell zur deutschen Gesellschaft gehört. Das Aufwachsen mit einem deutschen Elternteil dürfte ebenfalls zur Folge haben, dass einem Deutschland vertrauter ist, die kulturellen Vorstellungen, die Sprache usw. Bezüglich der Dauer des Aufenthalts berichten Wetzels et al. (2001) aber einen gegenteiligen Befund: Jugendliche, die erst kurzzeitig in Deutschland leben, weisen niedrigere Delinquenzniveaus auf als länger in Deutschland lebende Jugendliche. Dies wird damit erklärt, dass man kurz nach der Ankunft in Deutschland sehr stark

darauf bedacht ist, sich anzupassen und nicht aufzufallen. Je länger die Anwesenheit in Deutschland dauert, umso so deutlicher wird den Jugendlichen, dass eine schnelle Integration der eigenen Person aber auch der Eltern in die deutsche Gesellschaft unwahrscheinlich ist, die Integration stattdessen Zeit braucht. Dies kann zu Frustrationen führen, die auch über Delinquenz ausgelebt werden kann. Für die empirische Prüfung des Zusammenhangs von Anwesenheitsdauer und Delinquenz ist zu beachten, dass der Großteil der Berliner Migranten bereits in Deutschland geboren wurde und keine eigenen Migrationserfahrungen aufweist. Für diese Jugendlichen lässt sich nicht differenziert prüfen, ob die Dauer der Anwesenheit in Deutschland einen Effekt auf das delinquente Verhalten hat; es kann nur zwischen hier geborenen und nicht hier geborenen Jugendlichen unterschieden werden. Einzig bei den Schülern aus Ländern der ehemaligen Sowjetunion weist noch ein ausreichend hoher Anteil der Befragten eigene Migrationserfahrungen auf, so dass hier tatsächlich auch die Aufenthaltsdauer differenziert betrachtet werden kann.

Wie Tabelle 7 zeigt, existieren kaum signifikante Zusammenhänge zwischen den verschiedenen Faktoren, die den Migrationsstatus beschreiben, und dem delinquenten Verhalten, wobei die drei am häufigsten im Jugendalter vorkommenden Delikte betrachtet werden.⁶ Wenn Migrant*innen nicht in Deutschland geboren wurden, dann haben sie zu 14,2 % mindestens eine Gewalttat in den letzten zwölf Monaten begangen, wenn sie in Deutschland geboren wurden, nur zu 11,2 %. Der Unterschied wird allerdings nicht als signifikant ausgewiesen. Es finden sich nur zwei signifikante Effekte: Migranten mit mindestens einem deutschen Elternteil begehen seltener Gewalttaten, dafür aber häufiger Ladendiebstähle. Wird die größte Migrantengruppe, die Jugendlichen aus der Türkei, betrachtet, ergeben sich ebenfalls kaum enge Beziehungen zwischen den betrachteten Faktoren und dem delinquenten Verhalten. In Deutschland geborene türkische Jugendliche sind allerdings signifikant seltener Gewalttäter.

Tabelle 7: Delinquentes Verhalten nach Migrationsstatus (in %; gewichtete Daten)

		in Dt. geboren		dt. Staatsangehörigkeit		ein Elternteil dt.	
		nein	ja	nein	ja	nein	ja
Migranten gesamt	Gewalt	14,2	11,2	12,9	11,4	13,0	9,2
	Ladendiebstahl	12,3	9,8	8,6	10,9	9,1	12,9
	Sachbeschädigung	8,9	9,7	8,4	10,2	8,9	10,5
Türkei	Gewalt	25,8	13,2	14,8	13,7	14,6	11,7
	Ladendiebstahl	0,0	7,1	5,2	7,7	5,8	10,0
	Sachbeschädigung	13,3	11,2	9,4	12,7	11,7	9,8

fett: signifikant bei $p < .05$

Für Jugendliche aus Ländern der ehemaligen Sowjetunion wurde zusätzlich geprüft, ob es Unterschiede im delinquenten Verhalten zwischen hier geborenen Jugendlichen, Jugendlichen, die bis zum siebten Lebensjahr nach Deutschland gekommen sind und Jugendlichen, die nach dem siebten Lebensjahr nach Deutschland gekommen sind, gibt. Die Fallzahlen sind dabei insbesondere für die letzte Gruppe gering (N = 15). Bei anderen Migrantengruppen sind die Fallzahlen noch niedriger. Für keine der betrachteten Taten zeigt sich ein signifikanter Zusammenhang zwischen der Dauer des Aufenthalts und der Delinquenz. Bei der Sachbeschädigung und beim Ladendiebstahl weist die mittlere Gruppe (Jugendliche aus der ehemaligen SU, die bis zum siebten Lebensjahr nach Deutschland gekommen sind) die höchsten Raten auf, die nach dem

⁶ Vgl. zur Erfassung des delinquenten Verhaltens Abschnitt 4.3. dieses Berichts.

siebten Lebensjahr migrierten Jugendlichen die niedrigsten. Beim Gewaltverhalten weist die erst kürzlich zugewanderte Gruppe die höchste Rate auf, die Gruppe der bis zum siebten Lebensjahr zugezogenen Jugendlichen die niedrigste.

Die Befunde lassen sich derart zusammen fassen, *dass Faktoren wie der Dauer des Aufenthalts in Deutschland (bzw. der Tatsache, hier geboren zu sein), der Verfügbarkeit über die deutsche Staatsangehörigkeit sowie dem Aufwachsen mit einem deutschen Elternteil wenig Bedeutung für das delinquente Verhalten von Migranten zukommt.* Diese Faktoren haben also weder einen Delinquenz begünstigenden noch einen verhindernden Einfluss. Entscheidender sind stattdessen die Gegebenheiten, die Migranten im familialen und sozialen Umfeld vorfinden, ihre Persönlichkeitseigenschaften und Einstellungen. Diese Faktoren werden in den nachfolgenden Abschnitten detailliert betrachtet.

4. Gewaltopfererfahrungen und Täterschaften

4.1. Jugendliche als Opfer von Gewalt

Im Bereich der allgemeinen Opfererfahrungen wurde im Wesentlichen das Erleben physischer Gewaltdelikte erfragt; verbale Gewalt spielte nur mit Blick auf die sexuelle Belästigung eine Rolle. Mit der Frage „Wurde dir schon jemals Gewalt angetan, warst du also schon einmal Gewaltopfer?“ und der anschließenden Erläuterung „Es geht uns dabei nicht um Situationen, in denen du mit Anderen nur aus Spaß gekämpft hast.“ wurden die Jugendlichen um Angaben zu ihren Opfererfahrungen gebeten. Daran schloss sich die Abfrage von folgenden sechs Delikten an:

- *Körperverletzung*: „Eine einzelne Person hat dich absichtlich so stark geschlagen, dass du verletzt wurdest (z.B. eine blutende Wunde oder ein blaues Auge). Dabei wurde aber keine Waffe oder kein Gegenstand verwendet.“
- *Schwere Körperverletzung*: „Du wurdest mit einer Waffe oder einem Gegenstand absichtlich verletzt bzw. mehrere Personen haben dich absichtlich so stark geschlagen, dass du verletzt wurdest.“
- *Raub*: „Dir wurde mit Gewalt etwas entrissen oder unter Androhung von Gewalt etwas weggenommen, z.B. deine Tasche oder Geld.“
- *Räuberische Erpressung*: „Es wurde von dir verlangt, dass du Geld oder Sachen (z.B. Jacke, Uhr) hergibst und es wurde dir Gewalt angedroht, falls du die Sachen nicht hergeben oder zahlen wolltest.“
- *Sexuelle Belästigung*: „Du wurdest unsittlich angefasst (z.B. zwischen die Beine, an die Brust).“
- *Sexuelle Gewalt*: „Du wurdest mit Gewalt oder durch Androhung von Gewalt zu sexuellen Handlungen oder zur Duldung von sexuellen Handlungen gezwungen.“

Mit Ausnahme der Körperverletzungen und der sexuellen Belästigung werden damit jene Delikte erfragt, die in der Polizeilichen Kriminalstatistik unter dem Begriff der Gewaltkriminalität gefasst werden. Zu den genannten Delikten wurde die Lebenszeitprävalenz⁷ sowie die Anzahl an Vorfällen innerhalb der letzten zwölf Monate erhoben. Anschließend sollten Jugendliche, die bereits eines dieser Delikte erlebt haben, für das am jüngsten zurückliegende Delikt detailliertere Auskünfte erteilen, z.B. über den Tatort, die Anzahl der Täter sowie deren Geschlecht, Alter und Herkunft und die Folgen der Gewalttat.

Tabelle 4.1 stellt die Ergebnisse zur Verbreitung von Opfererfahrungen vor. Bezogen auf das bisherige Leben haben immerhin 27,2 % der Befragten mindestens eine Körperverletzung im oben geschilderten Sinne erlebt. Weit seltener geben die Jugendlichen an, Opfer von sexueller Gewalt geworden zu sein (2,0 %). Das Erleben mindestens eines Gewaltdelikts – wobei die sexuellen Belästigungen nicht berücksichtigt werden – berichten 35,9 % der Schüler in Bezug auf ihr bisheriges Leben.

⁷ Prävalenzraten drücken aus, welcher Anteil an Jugendlichen ein Delikt mindestens ein Mal in einem bestimmten Beobachtungszeitraum erlebt bzw. verübt hat. Hiervon zu unterscheiden sind Inzidenzraten, die berücksichtigen, wie häufig dies geschehen ist. In der Regel wird dabei der Anteil an Jugendlichen ausgewiesen, der fünfmal und mehr etwas erlebt oder begangen haben (Mehrfachopfer oder -täter).

Tabelle 4.1: Opferraten für verschiedene Delikte (in %; gewichtete Daten)

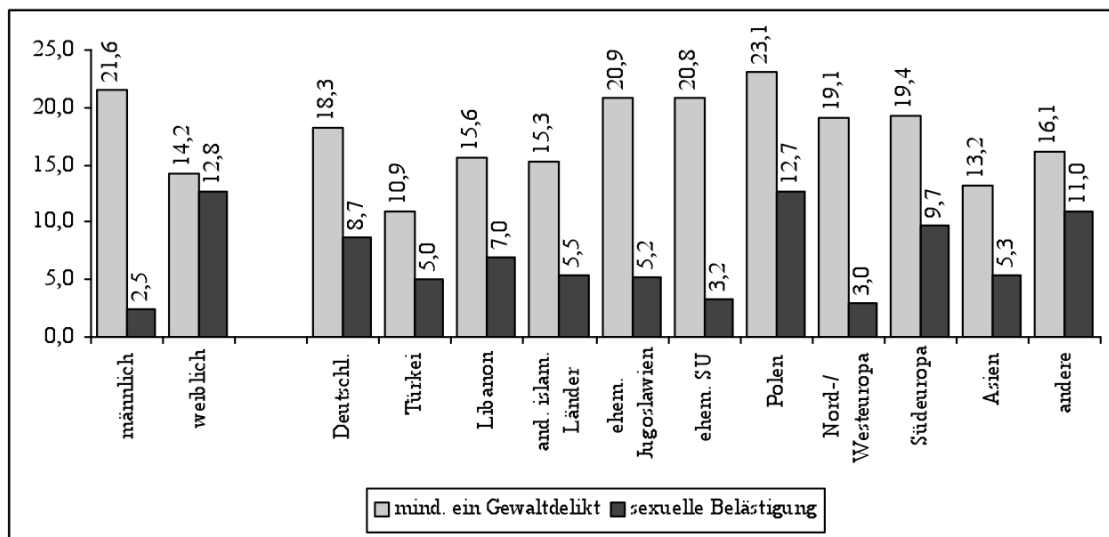
	Lebenszeit	letzte 12 Monate		
		Berlin	Bund	Bund (nur Großstädte ohne Berlin)
Körperverletzung	27,2	12,8	11,1	11,7
schwere Körperverletzung	6,8	3,5	3,2	4,2
Raub	10,0	4,4	4,8	5,3
Räuberische Erpressung	7,9	3,4	2,6	3,6
sexuelle Belästigung	12,2	7,6	6,8	7,3
sexuelle Gewalt	2,0	0,9	1,0	1,3
mind. ein Delikt (ohne sex. Belästigung)	35,9	17,9	16,8	17,9

Die Prävalenzraten in Bezug auf die letzten zwölf Monate liegen deutlich unterhalb der Lebenszeitprävalenzen. Aber immerhin 17,9 % der Befragten Berlins berichten, innerhalb des letzten Jahres Gewalt in einer der Formen erlebt zu haben, wobei erneut am häufigsten einfache Körperverletzungen, am seltensten sexuelle Gewaltübergriffe angegeben wurden. Mit Ausnahme der Raubtaten und der sexuellen Gewaltdelikte liegen die Zwölf-Monatsprävalenzen über den bundesdeutschen Werten. *Wird die Gesamtopferrate betrachtet, so zeigt sich, dass in Berlin mehr Jugendliche vom Erleben mindestens eines Gewaltdelikts berichten. In Berlin sind dies 17,9 %, im gesamten Bundesgebiet hingegen 16,8 %. Das Risiko, Opfer eines Gewaltübergriffs zu werden, liegt in Berlin also höher als im Bund.* Ein Vergleich mit den Großstädten der bundesweiten Befragung zeigt allerdings, dass dies kein untypisches Phänomen für Großstädte ist: Die Viktimisierungsrate in Großstädten liegt mit 17,9 % genauso hoch wie die Rate in Berlin. Deutlich wird zudem, dass in Berlin das Risiko, Opfer eines Raubes bzw. einer räuberischen Erpressung nicht höher liegt als in anderen Großstädten; die Raten liegen stattdessen sogar etwas niedriger. Die höhere Belastung im Hellfeld bei diesen Delikten bestätigt sich im Dunkel-feld also nicht.

Für Berlin bestätigt sich, dass männliche Jugendliche einem höheren Risiko ausgesetzt sind, Opfer von Gewalttaten zu werden als weibliche Jugendliche (Abbildung 4.1). Während Jungen zu 21,6 % mindestens eine Gewaltopfererfahrungen in den zurückliegenden zwölf Monaten gemacht haben, liegt der Anteil bei den Mädchen bei 14,2 %.⁸ Dieser Geschlechterunterschied findet sich aber nicht bei allen Delikten: Sexuelle Belästigungen berichten Mädchen etwas sechsmal häufiger als Jungen, sexuelle Gewaltdelikte siebenmal häufiger. Mit Blick auf die verschiedenen ethnischen Gruppen zeigt sich für türkische Jugendliche die geringste Gewaltviktimisierungsrate (10,9 %), für polnische Jugendliche die höchste (23,1 %). Polnische Jugendliche berichten zugleich am häufigsten vom Erleben sexueller Belästigungen; die niedrigste Rate findet sich bei diesem Delikt bei nord-/westeuropäischen Jugendlichen.

⁸ Die Raten für männliche und weibliche Befragte lauten für die einzelnen Delikte: Körperverletzung 14,7 zu 11,0 %, schwere Körperverletzung 5,0 zu 2,0 %, Raub 6,0 zu 2,7 %, räuberische Erpressung 5,1 zu 1,8 %, sexuelle Gewalt 0,2 zu 1,5 %. Mit Ausnahme der sexuellen Gewalt erleben die männlichen Befragten also alle Gewaltdelikte häufiger. Dies ist im Bund nicht anders als in Berlin (vgl. Baier et al. 2009, S. 39).

Abbildung 4.1: Opferraten (letzte 12 Monate) nach Geschlecht und Migrationshintergrund (in %, gewichtete Daten)



Die Jugendlichen, die angegeben haben, schon jemals in ihrem Leben Gewalt als Opfer erfahren zu haben, wurden darum gebeten, das letzte Erlebnis zu erinnern und zu diesem detailliert Auskunft zu erteilen. Da es um den zuletzt erlebten Übergriff geht, handelt es sich mehr oder weniger um eine zufällige Auswahl, die es ermöglicht, ein repräsentatives Bild zu verschiedenen Umständen der Tat zu erstellen. Von besonderem Interesse ist dabei das Anzeigeverhalten. Diesbezüglich ist allerdings darauf hinzuweisen, dass frühere Befragungen zu dem Ergebnis geführt haben, dass die auf Basis des zuletzt erlebten Delikts gewonnene Anzeigequote die wahre Anzeigebereitschaft überschätzt (vgl. Baier et al. 2006, S. 113ff). Dies kann möglicherweise darauf zurückgeführt werden, dass Jugendliche nicht immer das wirklich letzte Delikt berichten, sondern jenes Delikt, das eine besondere psychische Relevanz hatte, z.B. weil es einen hohen physischen oder materiellen Schaden nach sich zog, oder an das sich – gerade weil es angezeigt wurde – noch besonders gut erinnert werden konnte.

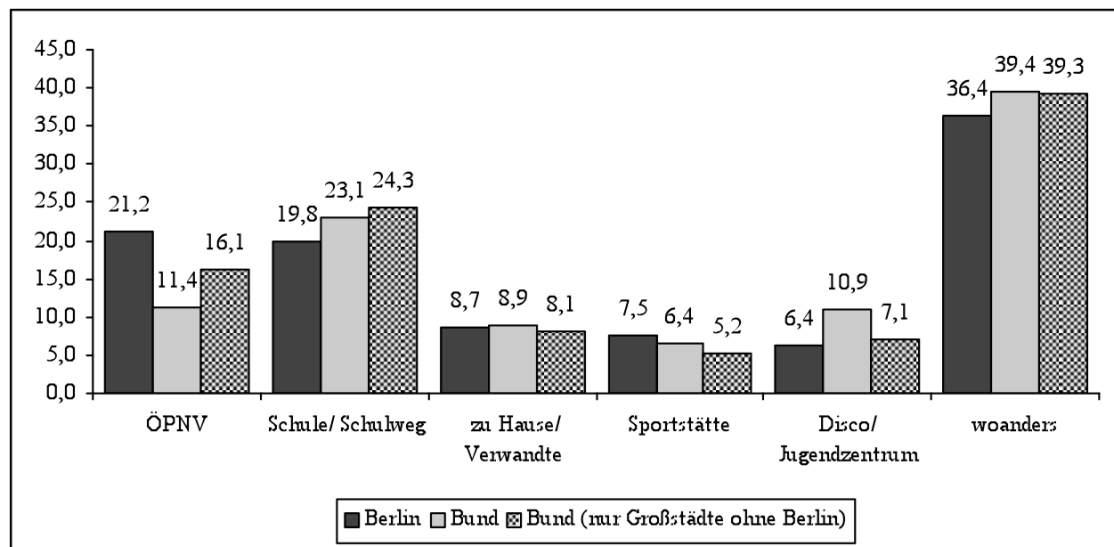
Insgesamt gaben 786 Jugendliche Auskunft über ihre letzte Opfererfahrung (ohne sexuelle Belästigungen). Um erinnerungsbedingte Verzerrungen auszuschließen, haben wir nur jene Angaben zu Opfererfahrungen einbezogen, die sich auf die Jahre 2008 bis 2010 beziehen. Hier liegen Angaben zu insgesamt 432 Übergriffen vor. Leichte Formen der Körperverletzungen machen 59,7 % dieser Fälle aus, schwere Körperverletzungen 11,1 %. Raubtaten finden sich zu 16,5 % unter diesen Delikten, räuberische Erpressungen und sexuelle Gewaltdelikte zu 10,6 bzw. 2,1 %.⁹ Dies bedeutet zugleich, dass zu sexuellen Gewaltdelikten weniger als 30 Befragte zur Verfügung stehen, weshalb nachfolgend dieses Delikt nicht gesondert ausgewiesen wird.

Von den berichteten Gewalttaten hat sich mehr als jede fünfte an einer Haltestelle/einem Bahnhof bzw. in einem öffentlichen Verkehrsmittel („ÖPNV“) ereignet (21,2 %; Abbildung 4.2). Dieser Anteil fällt in Berlin doppelt so hoch aus wie im bundesweiten Schnitt (11,4 %); und auch wenn die bundesdeutschen Großstädte zum Vergleich herangezogen werden, bleibt eine Differenz bestehen (16,1 %). Gewalt im Zusammenhang mit öffentlichem Personennahverkehr

⁹ Die Vergleichsdaten des Bundes lauten: Körperverletzung 62,6 %, schwere Körperverletzung 9,2 %, Raub 16,8 %, räuberische Erpressung 7,7 %, sexuelle Gewalt 3,7 %.

ist in Berlin mithin ein größeres Problem als in anderen Gebieten Deutschlands. Für den Bereich der Schule scheint dies hingegen nicht der Fall zu sein: In Berlin ereignen sich nur 19,8 % der Gewaltübergriffe in der Schule bzw. auf dem Schulweg, in anderen Großstädten liegt die Quote bei 24,3 %. Deutlich seltener finden Übergriffe zu Hause bzw. bei Verwandten, in Sportstätten oder in Discos bzw. Jugendzentren statt. Letztere Übergriffsorte werden in Berlin etwas seltener benannt. Gut ein Drittel aller Übergriffe geschehen an anderen Orten, wobei hier eine Vielzahl unterschiedlicher Nennungen zusammengefasst wurde. Dabei handelt es sich u.a. um Nennungen wie die Straße, Parks oder Spielplätze, d.h. um Orte, die den öffentlichen Raum kennzeichnen. Übergriffe finden hier ähnlich häufig statt wie im Bund.

Abbildung 4.2: Ort des Gewaltübergriffs (letzte Tat; in %; gewichtete Daten)



Neben dem Ort der zuletzt erlebten Gewalttat wurden auch weitere Tatumstände erfragt. In Tabelle 4.2 sind zentrale Ergebnisse hierzu festgehalten. Dabei ergeben sich folgende Befunde:

- Jugendgewalt wird in Berlin zu nahezu der Hälfte von Einzeltätern wie von Gruppen von mindestens zwei Tätern ausgeführt. Der Anteil an Einzeltätern fällt in Berlin dabei etwas niedriger aus als im Bund; dies scheint aber für Großstädte typisch zu sein, wie der Vergleich zu den Großstädten der bundesweiten Schülerbefragung 2007/2008 zeigt.
- Unabhängig davon, um welches Gebiet in Deutschland es geht, gilt, dass Jugendgewalt in acht von zehn Fällen von männlichen Tätern verübt wird. Weibliche Täter stellen mithin die Ausnahme dar.
- Zu etwa zwei Drittel sind die Täter im Jugendalter. In Berlin fällt dieser Anteil niedriger aus als im Bund; zugleich ist der Anteil erwachsener Täter hier erhöht.
- Jugendgewalt spielt sich in Berlin zu 46,2 % unter sich bekannten Personen ab; dieser Anteil liegt deutlich unter dem bundesdeutschen Schnitt (57,3 %) und ebenfalls unterhalb des Werts für Großstädte (51,0 %).
- Fast sechs von zehn Übergriffen in Berlin erfolgen zumindest in den Augen der Opfer durch nichtdeutsche Täter (58,9 %). Dieser Anteil ist im Bund deutlich niedriger. Der Vergleich zu anderen Großstädten zeigt zugleich, dass auch dort ein vergleichbar hoher Anteil an Gewalttaten durch Migranten erfolgt (63,0 %). In Gebieten mit erhöhtem Migrantenanteil fällt damit der Anteil an nichtdeutschen Tätern erwartbar höher aus. Zugleich ist zu beachten, dass in der Berliner Stichprobe 45,2 % der Befragten einen Mi-

grationshintergrund aufweisen; d.h. der Anteil an Tätern mit nichtdeutscher Herkunft übersteigt den zu erwartenden Anteil, so dass auch in Berlin von einer erhöhten Gewaltbereitschaft von Jugendlichen mit Migrationshintergrund auszugehen ist. Eine detaillierte Darstellung der benannten Migrantengruppen ist aufgrund der z.T. kleinen Fallzahlen für Berlin nicht möglich. Es zeigt sich aber, dass ein Viertel (26,4 %) der Täter türkischer Herkunft waren und ein weiteres Fünftel (21,1 %) einen anderen nicht-deutschen Hintergrund hatte. Zugleich ist bei 13,9 % der Täter die genaue Herkunft nicht angegeben worden oder es wurden mehrere Länder angegeben, weil die Tat aus einer Gruppe heraus begangen wurde. Insbesondere für türkische Jugendliche deutet sich damit eine erhöhte Gewaltbelastung an. Einschränkend ist allerdings darauf hinzuweisen, dass die Gewaltopfer nicht immer die genaue Herkunft gewusst haben dürften; insofern ist denkbar, dass auch Täter als türkisch eingestuft wurden, die eine andere Herkunft (z.B. arabisch, südeuropäisch) hatten. Eine verlässliche Einschätzung des Gewaltverhaltens verschiedener ethnischer Gruppen ist nur auf Basis der Selbstauskünfte möglich (s.u.).

- Von den Gewaltopfern gaben 2,8 % an, dass die Tat fotografiert oder gefilmt wurde. Dies liegt unterhalb des bundesweiten Wertes.
- In neun von zehn Fällen (91,1 %) teilen die Opfer ihr Erlebnis anderen Personen mit. Dabei wird sich vor allem den eigenen Freunden offenbart, Eltern und Lehrkräfte werden seltener als Ansprechpersonen gesucht. In Berlin fällt auf, dass sich die Jugendlichen generell seltener diesen drei genannten Personengruppen gegenüber offenbaren. Weitere Analysen haben keine Hinweise auf Personengruppen ergeben, an die sich Berliner Jugendlichen häufiger wenden würden. Insofern scheint es so zu sein, dass sich die Opfer häufiger insbesondere einer Gruppe gegenüber offenbaren und nicht mehrere Menschen über ihr Erlebnis in Kenntnis setzen.
- In Berlin zieht etwa jede zehnte Tat einen höheren materiellen Schaden von mindestens 50 Euro nach sich, bei etwa jeder vierten Tat ist der körperliche Schaden so stark, dass eine ärztliche Behandlung notwendig war. Beide Male liegen die Quoten in Berlin leicht unterhalb der bundesweiten Vergleichswerte.

Die Auswertungen lassen damit den Schluss zu, dass sich die Jugendgewalt in Berlin nicht von der Gewalt in anderen Gebieten Deutschlands unterscheidet; sie ist also bspw. nicht besonders brutal oder wird besonders häufig aus Gruppen heraus ausgeübt. Die zwei einzigen Besonderheiten sind, dass die Gewalt häufiger in öffentlichen Verkehrsmitteln bzw. an Haltestellen/Bahnhöfen geschieht und dass sie häufiger durch unbekannte Personen ausgeübt wird. Für andere Tatumstände ergeben sich hingegen vergleichbare Werte wie im Bundesdurchschnitt oder in Großstädten.

Tabelle 4.2: Tatumstände des zuletzt erlebten Gewaltdelikts (in %; gewichtete Daten)

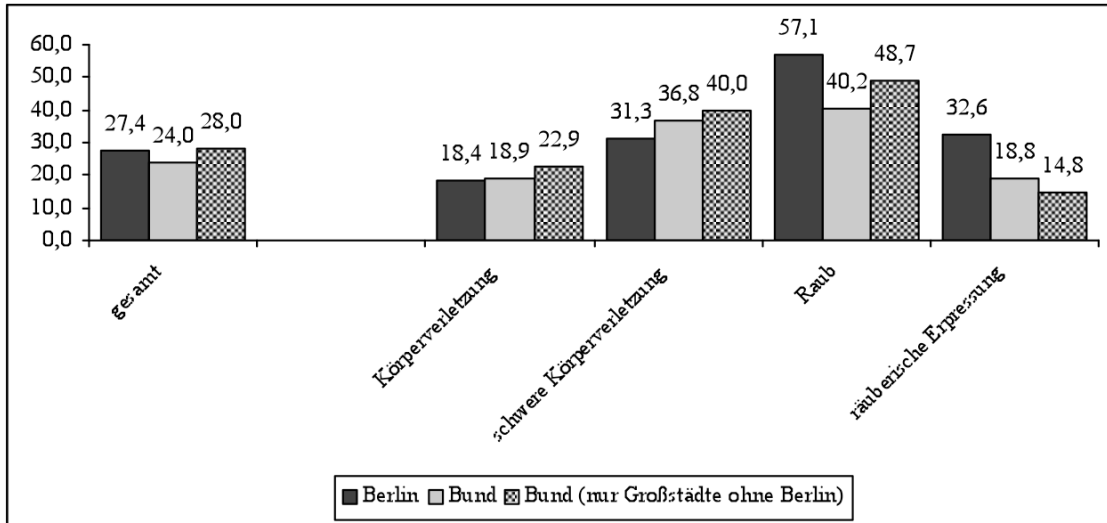
	Berlin	Bund	Bund (nur Großstädte ohne Berlin)
Einzel Täter	47,0	52,9	43,5
Täter ausschließlich/mehrheitlich männlich	83,0	84,2	82,5
Täter im Jugendalter	63,7	68,3	66,0
älterer Täter	30,8	26,7	29,7
Täter bekannt	46,2	57,3	51,0
Täter Migrant	58,9	49,7	63,0
Tat fotografiert	2,8	4,3	5,4
Tat jemandem erzählt	91,1	88,6	91,0
Vater/Mutter	52,9	58,7	61,0
Freund	73,4	80,4	80,6
Lehrkraft	10,4	16,8	18,9
Materieller Schaden ab 50 Euro	9,7	10,1	13,2
körperlicher Schaden mit ärztlicher Behandlung	23,8	24,3	27,9

Fraglich ist, ob die Bereitschaft, ein erlebtes Delikt zur Anzeige zu bringen, in Berlin überdurchschnittlich ausfällt und insofern die erhöhte Belastung Berlins in der Kriminalstatistik erklären kann. Um das Anzeigeverhalten zu bestimmen, haben wir den Jugendlichen zwei Fragen vorgelegt: In einer ersten Frage sollten die Opfer angeben, ob sie die Gewalttat einem Polizisten erzählt haben. In der zweiten Frage wurde etwas allgemeiner formuliert, ob die Polizei informiert wurde. Wenn eine der beiden Fragen mit „ja“ beantwortet wurde, wird davon ausgegangen, dass die Tat zur Anzeige kam.¹⁰

Abbildung 4.3 belegt, dass die Anzeigebereitschaft in Berlin tatsächlich über dem bundesdeutschen Niveau liegt: Die Gewaltopfer Berlins haben ihr Erlebnis zu 27,4 % zur Anzeige gebracht; die Anzeigequote liegt damit um ein Siebtel höher als im Bund (24,0 %). Allerdings belegen die Auswertungen zusätzlich, dass eine erhöhte Anzeigebereitschaft für Großstädte nicht ungewöhnlich ist. In den Großstädten der bundesweiten Schülerbefragung 2007/2008 lag die Anzeigequote bei 28,0 %. Werden die verschiedenen Delikte betrachtet, so zeigt sich, dass beide Formen von Körperverletzungen in Berlin unterdurchschnittlich häufig angezeigt werden; bei diesen Delikten spiegelt die Kriminalstatistik insofern noch nicht die wirkliche Belastung Berlins wieder. *Raubtaten und Erpressungen werden in Berlin demgegenüber deutlich häufiger angezeigt als im Bund bzw. in Großstädten.* Die deutlich erhöhte Belastung bei diesen Delikten in der Kriminalstatistik ist damit in erster Linie ein Ergebnis einer erhöhten Anzeigebereitschaft; die wirkliche Belastung Berlins wird in der Kriminalstatistik also überschätzt.

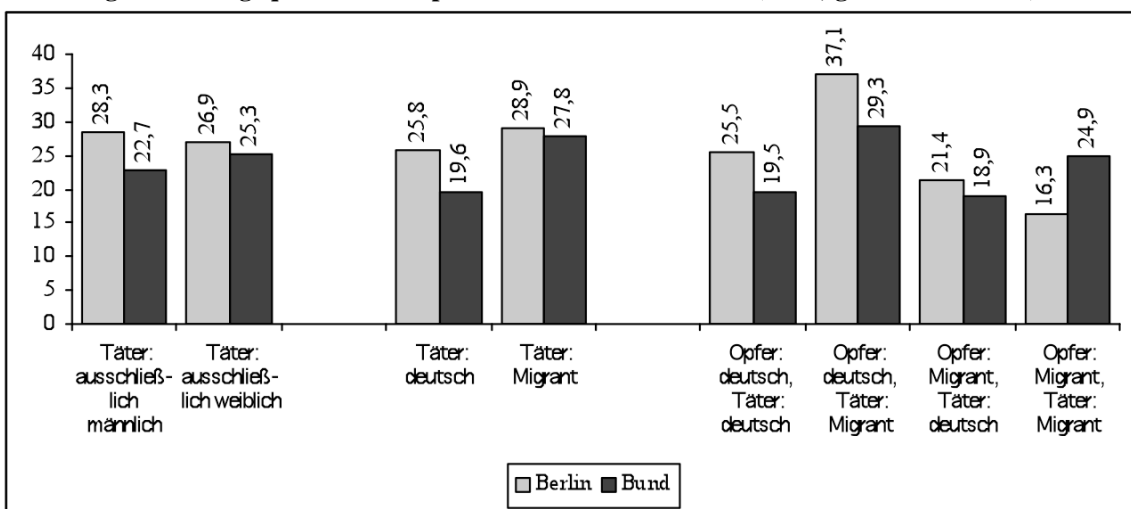
¹⁰ Im Fragebogen sollten die Opfer zusätzlich die Frage beantworten, „ob Anzeige erstattet wurde“. Diese Frage wurde allerdings nicht in der bundesweiten Schülerbefragung 2007/2008 gestellt, weshalb sie an dieser Stelle nicht für Auswertungen herangezogen wird.

Abbildung 4.3: Anzeigequoten nach Delikt (in %; gewichtete Daten)



In Berlin bestätigt sich zudem ein Befund der bundesweiten Schülerbefragung 2007/2008: Täter mit wahrgenommenen nichtdeutschen Hintergrund werden häufiger angezeigt als einheimische deutsche Täter (Abbildung 4.4): So beträgt die Anzeigequote eines deutschen Opfers, das von einem deutschen Täter Gewalt erfahren hat, 25,5 %; war der Täter hingegen nichtdeutsch, steigt die Anzeigequote auf 37,1 %. Eine höhere Belastung von Nichtdeutschen in der Kriminalstatistik ist mithin zum Teil auch auf die höhere Anzeigebereitschaft dieser Tätergruppe gegenüber zurück zu führen. Was hingegen nicht bestätigt wird, ist, dass weibliche Täter häufiger angezeigt werden als männliche Täter: Im Bund ist ein leichter Effekt in diese Richtung feststellbar, in Berlin liegt die Anzeigequote bei weiblichen Tätern etwas niedriger als die Quote bei männlichen Tätern (28,3 zu 26,9 %).

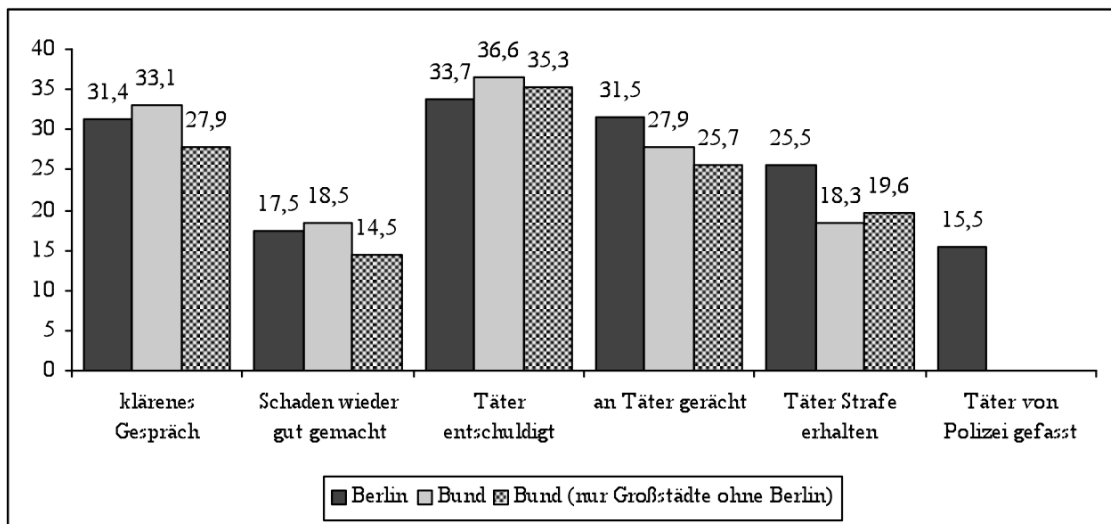
Abbildung 4.4: Anzeigequoten nach Opfer- bzw. Tätermerkmalen (in %; gewichtete Daten)



Erfragt in Bezug auf die zuletzt erlebte Gewalttat wurde ebenfalls, ob nach dem Übergriff weitere Ereignisse eingetreten sind, insbesondere wie mit dem Täter umgegangen wurde. In Abbildung 4.5 sind die Ergebnisse der diesbezüglichen Auswertungen dargestellt. Erkennbar ist, dass in Berlin etwas seltener als im Bund, aber zugleich häufiger als in anderen Großstädten klärende

Gespräche stattgefunden haben bzw. der Schaden wieder gut gemacht wurde. Für Berlin bestätigt sich auch, dass die Täter häufiger eine Strafe erhalten haben, wobei es sich nicht notwendiger Weise um eine richterlich verhängte Strafe handeln muss, sondern bspw. um eine durch die Schule verhängte Strafe. Die Jugendlichen Berlins gaben allerdings auch etwas häufiger an, dass sie sich am Täter gerächt haben. Ein Vergleich der Quoten, ob der Täter gefasst wurde, mit der bundesweiten Befragung ist nicht möglich, weil dies in der Schülerbefragung 2007/2008 nicht erfasst wurde.

Abbildung 4.5: Ausgang von Konflikten (letzte Tat; in %; gewichtete Daten)



4.2. Opfererfahrung und Täterschaften in der Schule

4.2.1. Opfererfahrungen aus Schülerperspektive

Die Schule ist für Kinder und Jugendliche ein besonderer sozialer Raum. Sie halten sich hier einen nicht unwesentlichen Teil des Tages auf, sind meist mit Altersgleichen zusammen, unterstehen aber dennoch einer fast permanenten Aufsicht durch Erwachsene. Einerseits kann es daher nicht überraschen, dass es bei einem erzwungenen Zusammensein mit Gleichaltrigen zu Konflikten kommt, die auch gewaltförmig ausgetragen werden. Andererseits sollte die Kontrolle durch Erwachsene verhindern, dass solche Konflikte einen schweren Verlauf nehmen. Wie bereits weiter vorn gezeigt wurde, findet tatsächlich etwa jede fünfte Gewalttat im Schulkontext statt. Die physischen Übergriffe stellen aber nur einen Teil der möglichen Auseinandersetzungen dar. Sachbeschädigungen, Diebstahl und subtilere Formen der Aggression (z.B. Mobbing) spielen hier ebenfalls eine Rolle. Um die Spannweite an aggressiven Handlungen erfassen zu können, haben wir daher den schulischen Gewalterfahrungen einen eigenen Fragebogenteil gewidmet. Folgende sechs Aggressionsformen wurden dabei erfasst:

- *Physische Gewalt:* Diese wurde über die Antworten zu den zwei Aussagen „Ich wurde von anderen Schülern absichtlich geschlagen oder getreten.“ und „Andere Schüler haben mich erpresst und gezwungen, Geld oder Sachen herzugeben.“ erfasst.
- *Sachbeschädigung:* Hier sollten die Schüler beantworten, wie häufig „andere Schüler absichtlich ihre Sachen kaputtgemacht haben“.

- *Mobbing*: Drei Aussagen des Fragebogens bezogen sich auf diese Aggressionsform („Andere Schüler haben mich gehänselt oder hässliche Dinge über mich gesagt.“, „Ich wurde aus gemeinsamen Unternehmungen ausgeschlossen, weil das andere Schüler gewollt haben.“, „Andere Schüler haben mich wie Luft behandelt und absichtlich nicht mehr beachtet.“).
- *Mobbing durch Lehrkräfte*: Gefragt wurden die Schüler, ob sie vor anderen Schülern von einer Lehrkraft lächerlich gemacht wurden bzw. ob sie von einer Lehrkraft richtig gemein behandelt wurden.
- *Gewalt durch Lehrkräfte*: Die Schüler sollten hier beantworten, wie häufig sie von einer „Lehrkraft geschlagen“ worden sind.
- *Diebstahl*: Es sollte eingeschätzt werden, wie häufig „mir etwas gestohlen wurde“.

Die Antworten sollten sich auf das letzte Schulhalbjahr beziehen und konnten jeweils von „nie“ bis „mehrmals pro Woche“ abgestuft werden. Wenn eine Aggressionsform über mehrere Aussagen gemessen wurde, wurde der Maximalwert kodiert.¹¹ Wenn Schüler angegeben haben, eine Aggressionsform „1- bis 6mal“ erlebt zu haben, wird von seltenen Erfahrungen gesprochen, wenn dies „mindestens mehrmals pro Monat“ geschehen ist, von häufigen Erfahrungen.

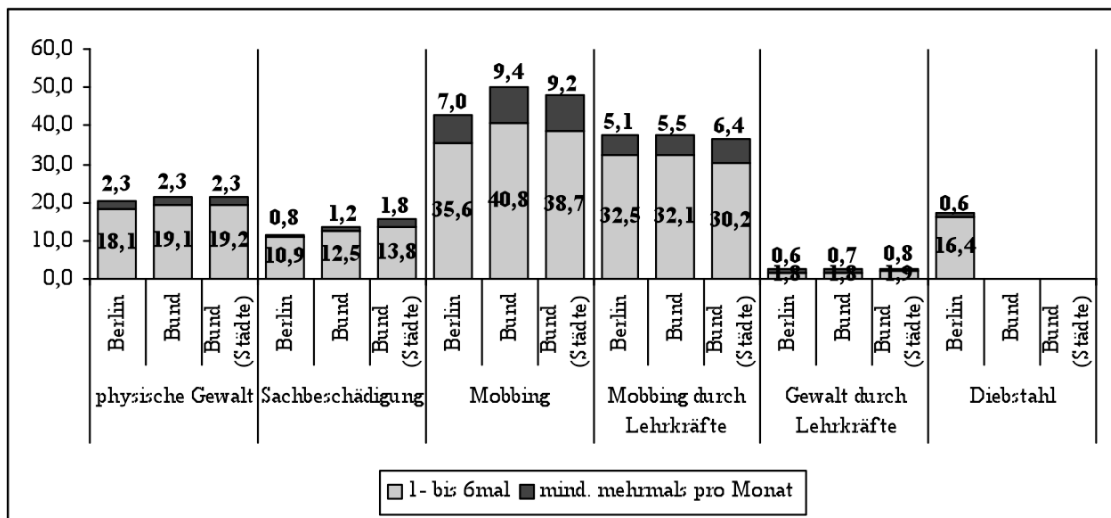
Abbildung 4.6 stellt dar, wie häufig die verschiedenen Aggressionsformen vorkommen und welche Ergebnisse sich im Vergleich Berlins mit dem Bundesgebiet ergeben. Am häufigsten berichten die Jugendlichen von Mobbingübergriffen: 35,6 % der Neuntklässler Berlins erleben solche Verhaltensweisen selten, 7,0 % häufiger. Die Werte liegen dabei unter dem Bundesdurchschnitt. Ebenfalls recht häufig wird davon berichtet, dass Lehrkräfte Mobbing-Verhaltensweisen gezeigt hätten: 37,6 % der Schüler Berlins gaben an, dass sie mindestens einmal von den Lehrkräften gemein behandelt worden sind oder lächerlich gemacht wurden. Die Quote entspricht exakt dem bundesdeutschen Wert. Auch bei der physischen Gewalt ergeben sich durchschnittliche Werte für Berlin; Sachbeschädigungen haben hier sogar etwas weniger Jugendliche erlebt. Von Gewaltübergriffen durch Lehrkräfte berichten insgesamt 2,5 % der Berliner Jugendlichen (Bund: ebenfalls 2,5 %), von Diebstählen 20,0 %. Werden die Auswertungen nur für Schüler durchgeführt, die kein Gymnasium besuchen, ergeben sich vergleichbare Befunde, so dass das durchschnittliche bzw. unterdurchschnittliche Niveau Berlins nicht allein auf den höheren Anteil an Gymnasiasten, die z.T. seltener Übergriffe erleben, zurückgeführt werden kann. *Zusammengefasst kann insofern gefolgert werden, dass die Schüler in Berlin in etwa gleichhäufig physischen Angriffen ihrer Mitschüler bzw. Lehrer ausgesetzt sind wie die Schüler in der gesamten Republik; verbale Aggression erleben sie, zumindest von Seiten der Mitschüler, sogar etwas seltener.*

Weibliche Schüler berichten seltener davon, physische Gewalt sowie Sachbeschädigungen erlebt zu haben als männliche Schüler (ohne Abbildung). Die Rate an Mädchen, die mindestens einmal geschlagen/getreten oder erpresst wurde, liegt bei 11,2%, bei Jungen hingegen bei 29,4 % (Sachbeschädigung: 7,8 zu 15,8 %; physische Gewalt durch Lehrkräfte: 3,1 zu 1,8 %). Beim Mobbing durch Lehrkräfte ist kein signifikanter Unterschied festzustellen, ebenso wenig wie beim Diebstahl. Davon, von den Mitschülern gemobbt worden zu sein, berichten Mädchen si-

¹¹ Am Beispiel: Wenn ein Schüler gehänselt, aber nicht ausgeschlossen wurde, ging die Antwort zum Hänseln in den Index „Mobbing“ ein.

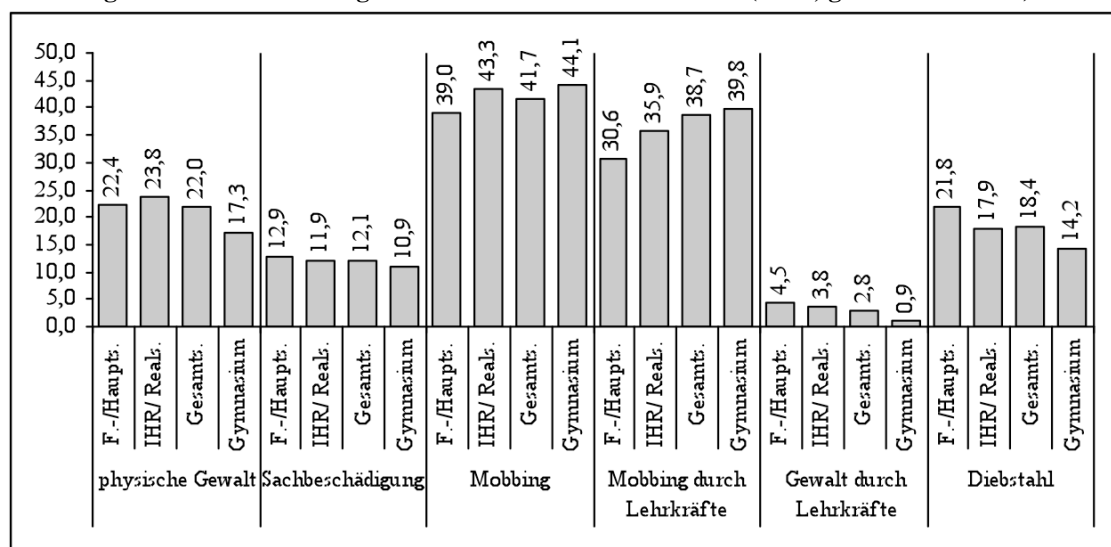
gnifikant häufiger: 45,3 % haben dies im zurückliegenden Schuljahr erlebt, bei den Jungen beträgt die Quote 40,1 %.

Abbildung 4.6: Gewalterfahrungen in der Schule (in %; gewichtete Daten)



Die Schüler der einzelnen Schulformen unterscheiden sich mit Ausnahme der Sachbeschädigung signifikant hinsichtlich ihrer innerschulischen Opfererfahrungen. Dargestellt sind in Abbildung 4.7 jene Anteile an Schülern, die mindestens einmal im letzten Schulhalbjahr eine entsprechende Erfahrung gemacht haben. Die physische Gewalt durch Schüler und Lehrkräfte sowie der Diebstahl finden sich häufiger in Förder-, Haupt-, Real- und Gesamtschulen als in Gymnasien. So berichten bspw. 21,8 % der Förder- und Hauptschüler davon, im letzten Halbjahr einen Diebstahl erlebt zu haben, bei den Gymnasiasten sind es nur 14,2 %. Bezüglich der verbalen Aggressionsformen kehrt sich der Schulform-Unterschied allerdings um: Gymnasiasten berichten am häufigsten davon, Mobbing durch Mitschüler wie durch Lehrkräfte erlebt zu haben. Dies kann einerseits bedeuten, dass diese Aggressionsformen an Gymnasien besonders verbreitet sind; andererseits ist es aber durchaus möglich, dass die Schüler der Gymnasien besonders sensibel für diese Aggressionen sind und entsprechende Verhaltensweisen auch als aggressiv einstufen.

Abbildung 4.7: Gewalterfahrungen in der Schule nach Schulform (in %; gewichtete Daten)



4.2.2. Schüler als Täter aggressiven Verhaltens

In identischer Weise wie nach den Opferschaften in der Schule wurde nach den Täterschaften gefragt, d.h. auch hier standen folgende Verhaltensweisen im Zentrum: physische Gewalt, Sachbeschädigung, Mobbing, Mobbing von Lehrkräften, Gewalt gegen Lehrkräfte und Diebstahl. In Bezug auf das letzte Schulhalbjahr sollte von „nie“ bis „mehrmals pro Woche“ mitgeteilt werden, wie häufig die verschiedenen Verhaltensweisen ausgeübt wurden. Wenn eine Aggressionsform über mehrere Aussagen gemessen wurde, wurde erneut der Maximalwert kodiert. Wenn Schüler angegeben haben, eine Aggressionsform „1- bis 6mal“ ausgeführt zu haben, wird von seltenen Täterschaften gesprochen, wenn dies „mindestens mehrmals pro Monat“ geschehen ist, von häufigen Täterschaften.

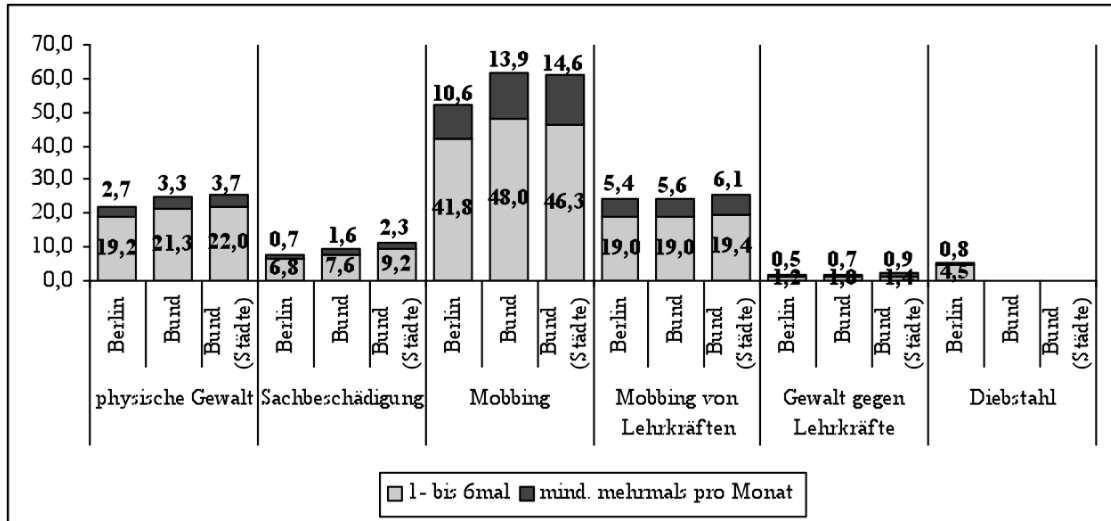
Abbildung 4.8 kann zunächst wieder entnommen werden, wie häufig die verschiedenen Aggressionsformen vorkommen und welche Ergebnisse sich im Vergleich Berlins mit dem Bundesgebiet ergeben. Vergleichbar mit den Opferschaften zeigt sich auch in Bezug auf die Täterschaften, dass Mobbing am häufigsten berichtet wird: 41,8 % der Neuntklässler Berlins führen solche Verhaltensweisen selten, 10,6 % häufiger aus. Die Werte liegen dabei erneut unter dem Bundesdurchschnitt. Dass zugleich mehr Jugendliche von einer Täter- als von einer Opferschaft berichten, ist damit zu erklären, dass gerade im Jugendalter verschiedene Aggressionsformen aus der Gruppe heraus praktiziert werden. Einer größeren Zahl an Tätern steht eine kleinere Zahl an Opfern gegenüber. Dieses Bild ergibt sich allerdings nicht bei der Sachbeschädigung oder beim Diebstahl. Hier handelt es sich mithin um Aggressionsformen, die von einem kleinen Täterkreis verübt werden, wobei der Opferkreis deutlich größer ist.

Am zweithäufigsten wird von Berliner Jugendlichen berichtet, dass sie Lehrkräfte mobben (lächerlich machen, gemein behandeln); 24,4 % der Schüler gaben an, dass sie mindestens einmal eine Lehrkraft in dieser Form behandelt hätten. Im Bund liegt der Wert vergleichbar hoch. Zugleich sind es deutlich weniger Schüler, die davon berichten, Lehrer zu mobben als selbst von Lehrern gemobbt zu werden. Die Hemmschwelle, Lehrer anzugreifen, scheint also noch immer recht hoch zu sein. Dies gilt insbesondere mit Blick auf die physische Gewalt gegenüber Lehrkräften: 1,7 % der Berliner Schüler berichten, dass sie im letzten Schulhalbjahr einen Lehrer geschlagen haben, im Übrigen wieder etwas weniger Schüler als angegeben haben, selbst Gewalt durch Lehrkräfte erfahren zu haben.

Hinsichtlich der physischen Gewalt anderen Schülern gegenüber wie der Sachbeschädigung ergeben sich für Berlin wie auch bereits in den Opferangaben niedrigere Quoten als im Bund. An Berliner Schulen wird in dieser Hinsicht weniger Gewalt gezeigt als an Schulen in anderen Teilen Deutschlands. Zugleich geben noch immer 21,9 % der Befragten an, dass sie mindestens einmal einen andern Schüler geschlagen oder erpresst/beraubt haben; im Bund beträgt die Quote 24,6 %.

Mindestens einen Diebstahl im letzten Schulhalbjahr haben 5,3 % der Schüler verübt. Vergleichsdaten zum Bund liegen hier nicht vor, da der Diebstahl innerhalb der Schule in der bundesweiten Schülerbefragung 2007/2008 nicht erfragt wurde.

Abbildung 4.8: Gewalttäterschaften in der Schule (in %; gewichtete Daten)



Mit Ausnahme des Mobbing unterscheiden sich die Täterraten signifikant für die beiden Geschlechter und die verschiedenen Schulformen, wie Tabelle 4.3 belegt, wobei nur mehr der Anteil an Befragten ausgewiesen ist, die mindestens einmal eine aggressive Verhaltensweise gezeigt haben. Dass sich an Mobbing-Aktivitäten beteiligt wurde (Hänseln, Ignorieren), berichten Mädchen mit 50,7 % fast genauso häufig wie Jungen (54,3 %); an Gymnasien ist dieses Verhalten fast genauso weit verbreitet wie an Förder- oder Hauptschulen. Bei allen anderen Täterschaften findet sich hingegen ein klares Gefälle, nach dem Jungen häufiger als Täter in Erscheinung treten als Mädchen bzw. Schüler aus Förder- und Hauptschulen häufiger aggressives Verhalten zeigen als Schüler aus Integrierten Haupt- und Realschulen, Realschulen und Gesamtschulen und diese wiederum häufiger als Schüler aus Gymnasien.

Tabelle 4.3: Gewalttäterschaften in der Schule nach Geschlecht und Schulform (in %; gewichtete Daten)

	männlich	weiblich	Förder/ Hauptschule	IHR/ Real- schule	Gesamt- schule	Gymnasium
physische Gewalt	33,4	10,3	31,8	26,9	23,3	15,5
Sachbeschädigung	11,8	3,3	12,6	9,9	7,9	4,4
Mobbing	54,3	50,7	52,6	54,5	51,7	51,9
Mobbing von Lehrkräften	29,3	19,4	32,3	25,2	25,5	20,6
Gewalt gegen Lehrkräfte	2,3	1,1	5,2	1,7	1,9	0,5
Diebstahl	7,2	3,3	11,3	6,5	5,2	2,9

fett: Unterschiede signifikant bei $p < .05$

Zwischen der Täter- und der Opferschaft schulbezogenen aggressiven Verhaltens bestehen enge Zusammenhänge, d.h. Täter von Schulgewalt können morgen Opfer sein und vice versa. Dies lässt sich mit folgendem Beispiel veranschaulichen: Schüler, die kein Opfer physischer Gewalt im letzten Schulhalbjahr gewesen sind, haben zu 13,8 % mindestens einmal physische Gewalt ausgeführt; Schüler hingegen, die mindestens mehrmals pro Monat Opfer physischer Angriffe waren, haben zu 62,9 % selbst entsprechende Gewalt gezeigt. Diese Opfer-Täter- bzw. Täter-Opfer-Statuswechsel finden sich bei männlichen wie weiblichen Befragten, in allen Schulformen und unter allen ethnischen Gruppen. Opferprävention ist insofern immer auch als Prävention von Täterschaften zu begreifen, Täterprävention umgekehrt auch Prävention von Opferschaften.

4.2.3. Gewalt in der Schule aus Lehrerperspektive

Nicht nur die Schüler, sondern auch die am Befragungstag anwesenden Lehrkräfte wurden gefragt, ob sie im letzten Schulhalbjahr Übergriffe von Seiten der Schüler erfahren haben. Da es sich bei der Stichprobe in Berlin um eine Zufallsziehung an Klassen (und damit Klassenverantwortlichen, d.h. meist Klassenlehrern) handelt, stellt die Stichprobe befragter Lehrkräfte ein gutes Abbild der Grundgesamtheit der in Klassen der neunten Jahrgangsstufe unterrichtenden (Klassen-)Lehrer dar. Da in 184 Klassen Befragungen durchgeführt wurden, standen potenziell 184 Lehrkräfte für die Lehrerbefragung zur Verfügung. Nicht in allen Klassen wurde aber eine Befragung der Lehrkraft durchgeführt, insofern sich diese z.T. weigerte, an der Zusatzbefragung teilzunehmen; z.T. wurden Befragungen aber auch nicht in Gegenwart einer Lehrkraft durchgeführt. An der Lehrkräftebefragung haben sich letztlich 165 Lehrer beteiligt. In 29,6 % der Fälle handelt es sich um eine männliche Lehrkraft, in 70,4 % der Fälle entsprechend um eine weibliche Lehrkraft.

Tabelle 4.4 zeigt, wie häufig die befragten Lehrkräfte angaben, verschiedene Übergriffe von Seiten der Schüler erlebt zu haben, wobei sich ebenfalls auf das letzte Schulhalbjahr bezogen werden sollte. Die Lehrkräfte konnten zwischen Übergriffen innerhalb und außerhalb der Schule unterscheiden. Erkennbar ist, dass es die absolute Ausnahme darstellt, außerhalb der Schule von Schülern körperlich oder verbal angegriffen zu werden. Auch innerhalb der Schule kommt dies eher selten vor. Insgesamt 15,4 % der Lehrkräfte gaben an, von einem Schüler mit Gewalt bedroht worden zu sein. Vergleichszahlen aus der bundesweiten Schülerbefragung stehen hier nicht zur Verfügung. Eine Befragung aus dem Jahr 2010 in Wolfsburg, in der dieselben Fragen zum Einsatz kamen, zeigt allerdings, dass es sich durchaus um einen hohen Wert handelt. In dieser Befragung hatten 4,3 % der Lehrkräfte Gewaltandrohungen mitgeteilt (Baier 2011a, S. 40). Die Rate an Lehrern, deren Eigentum beschädigt wurde, liegt in Berlin genauso hoch wie in Wolfsburg. Tatsächlich körperlich angegriffen wurden nur 0,6 % der Lehrkräfte in Berlin, mit Waffen bedroht keine Lehrkräfte. Am häufigsten berichten die Lehrkräfte von verbalen Angriffen: 21,0 % gaben an, dass sie lächerlich gemacht wurden, 44,2 %, dass sie beschimpft wurden.

Tabelle 4.4: Lehrkräfte als Opfer von Übergriffen der Schüler (in %; ungewichtete Daten)

	auf dem bzw. unmittelbar am Schulgelände	außerhalb der Schule, z.B. zu Hause
Mir wurde von einem/mehreren Schüler/n Gewalt angedroht.	15,4	0,7
Mein persönliches Eigentum wurde von einem/ mehreren Schüler/n zerstört oder beschädigt (z.B. Autoreifen aufgestochen, Scheibe eingeworfen).	6,8	2,1
Ich bekam von einem/mehreren Schüler/n einen Drohbrief.	0,0	0,0
Ich bekam von einem/mehreren Schüler/n einen beleidigenden Brief oder Anruf.	2,5	3,4
Ich wurde von einem/mehreren Schüler/n mit einer Waffe bedroht (z.B. Messer).	0,0	0,0
Ein/mehrere Schüler hat/haben mich geschlagen.	0,6	0,0
Ich wurde von einem/mehreren Schüler/n sexuell belästigt.	2,5	0,7
Ich wurde von einem/mehreren Schüler/n lächerlich gemacht.	21,0	1,4
Ich wurde von einem/mehreren Schüler/n beschimpft.	44,2	1,4
Ich wurde von einem/mehreren Schüler/n im Internet beleidigt/belästigt (z.B. durch Abbildung eines Fotos von mir, Beschimpfungen per E-Mail).	0,6	0,7

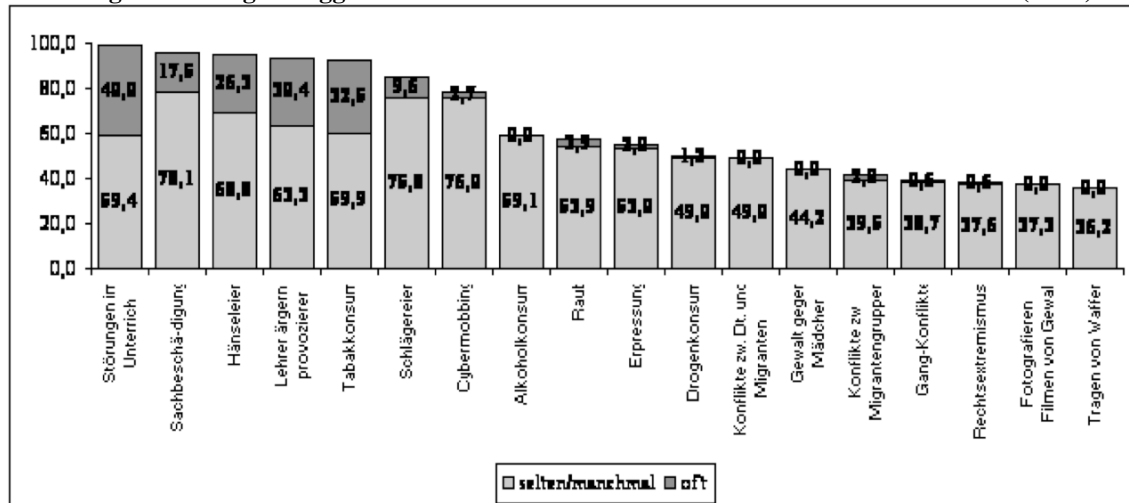
Werden die zwei Übergriffsformen des Lächerlich-Machens und des Beschimpfens zu einem Index zusammengefasst, so kann gesagt werden, *dass immerhin 46,0 % der Lehrkräfte Berlins mindestens einmal im letzten Schulhalbjahr mindestens eine dieser verbalen Übergriffsformen erlebt haben*. Der Vergleichswert in Wolfsburg liegt bei 39,1 %; d.h. in Berlin ist zwar eine überdurchschnittliche Gewaltbelastung der Lehrkräfte festzustellen, die Abstände zu anderen Regionen sind aber moderat. Zwischen den Schulformen gibt es deutliche Unterschiede im Anteil verbal aggressiv behandelter Lehrkräfte: An Förder- und Hauptschulen liegt dieser Anteil bei 77,1 %, an Realschulen (inkl. IHR) bei 45,5 %, an Gesamtschulen bei 61,5 %, an Gymnasien und Waldorfschulen nur bei 17,7 %.¹² Vor dem Hintergrund der Schülerangaben ergibt sich dabei eine erstaunliche Differenz: Die Lehrkräfte an Gymnasien scheinen besonders häufig Schülern gegenüber verbal aggressiv zu sein; diese Schüler sind ihnen gegenüber hingegen recht zurückhaltend, wenn es um das Beschimpfen oder Lächerlich-Machen geht.

Neben der eigenen Betroffenheit von Übergriffen wurden die Lehrkräfte zusätzlich danach gefragt, wie häufig es an ihrer Schule in den letzten sechs Monaten zu verschiedenen Formen des aggressiven Verhaltens gekommen ist. Dabei wurde nach 18 verschiedenen, in Abbildung 4.9 aufgeführten Verhaltensweisen gefragt. Die Lehrkräfte konnten ihre Angaben von „1 – nie“ bis „4 – oft“ abstufen; ausgewiesen in Abbildung 4.9 ist der Anteil an Lehrkräften, die zumindest selten aggressive Verhaltensweisen berichteten.

Deutlich wird, *dass Schulen aus der Perspektive der Lehrkräfte Orte mit recht hohem Aggressionsniveau darstellen*; mindestens ein Drittel der Lehrkräfte bestätigte, dass die verschiedenen Verhaltensweisen zumindest selten von Schülern ausgeführt worden sind. Nahezu alle Lehrer gaben an, dass es zu Störungen im Unterricht kommt und dass Sachbeschädigungen bzw. Hänseleien an der Schule ausgeführt werden. Von Schlägereien berichten immerhin noch mehr als vier von fünf Lehrkräften. Auch Fälle von Cybermobbing (Beleidigung bzw. Belästigung von Schülern im Internet) wurden von fast vier von fünf Lehrkräften mitgeteilt. Bei diesem Verhalten wie auch bei den seltener vorkommenden Verhaltensweisen gilt, dass die Lehrkräfte von einem sporadischen Auftreten berichten; dass Raubtaten, Erpressungen usw. häufig vorkommen würden, geben nur sehr wenige Lehrkräfte an. Immerhin 37,3 bzw. 36,2 % der Lehrer bestätigen, dass es an der Schule Fälle des Fotografierens/Filmens von Gewalttaten bzw. des Tragens von Waffen gab. Grundsätzlich lässt sich insofern durchaus auch aus den Angaben der Lehrkräfte folgern, dass die schweren Aggressionsformen an der Schule seltener vorkommen als die leichten Formen.

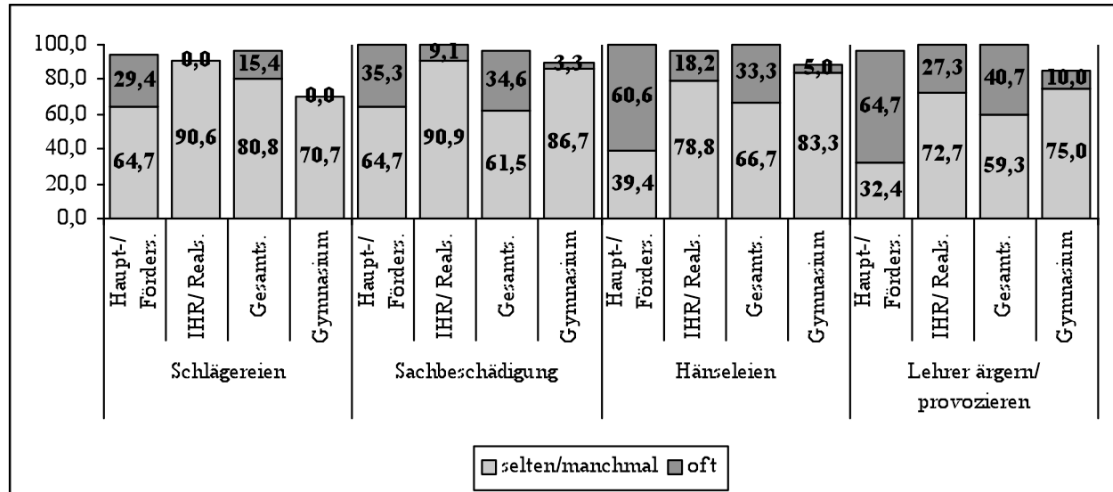
¹² Zwischen weiblichen und männlichen Lehrkräften findet sich kein signifikanter Unterschied im Anteil an verbal aggressiv behandelter Personen. Weibliche Lehrkräfte berichten aber tendenziell häufiger hiervon (48,2 %; männliche Lehrkräfte: 40,4 %). Auch beim Androhen von Gewalt, der nächsthäufigsten Gewalterfahrung von Lehrkräften, berichten weibliche und männliche Lehrkräfte in etwa gleich oft von entsprechenden Erlebnissen (weiblich: 15,0 %, männlich: 17,0 %).

Abbildung 4.9: Häufigkeit aggressiven Verhaltens in der Schule in den letzten 6 Monaten (in %)



Für vier aggressive Verhaltensweisen ist in Abbildung 4.10 eine Aufschlüsselung nach Schulformen dargestellt. Die vier Verhaltensweisen wurden ausgewählt, weil sie in ähnlicher Weise auch im Schülerfragebogen erhoben wurden. Die Auswertungen belegen in Übereinstimmung mit den Schülerdaten, dass *aggressives Verhalten an allen Schulformen stattfindet, Gymnasien hiervon also nicht ausgenommen sind*. Bei Schlägereien ergibt sich am ehesten ein Bildungsgelände, was ebenfalls die Angaben der Schüler zu ihren Opferschaften bestätigt. An Gymnasien berichten insgesamt nur 70,7 % der Lehrer, dass es Schlägereien in den zurückliegenden sechs Monaten gegeben hat, an Hauptschulen liegt die Rate mit 94,1 %, an Gesamtschulen mit 96,2 % deutlich höher. Zudem ist erkennbar, dass der Anteil an Lehrern an diesen beiden Schulformen höher ausfällt, die von häufigen Schlägereien berichten. Das Bild, dass Haupt- und Gesamtschullehrer häufiger oftmalige aggressive Verhaltensweisen beobachten, findet sich auch bei den anderen abgebildeten aggressiven Verhaltensweisen. Im Hinblick auf die Hänseleien existiert im Vergleich zu den Schülerangaben eine Diskrepanz: Gymnasiasten gaben am häufigsten an, im letzten Schulhalbjahr gemobbt worden zu sein (worunter u.a. das Hänseleien gefasst wurde); aus den Lehrerangaben geht hervor, dass an Hauptschulen häufiger intensiv gehänselt wird. Möglicherweise ist die Sichtbarkeit des Mobbing an Gymnasien geringer ausgeprägt, so dass Lehrkräfte die subtileren Aggressionsformen nicht erkennen und damit berichten können. Verbale und indirekte Aggressionsformen sind an Gymnasien ein größeres Problem als es die Einschätzungen der Lehrkräfte nahe legen. Insofern sollten die hier tätigen Lehrkräfte stärker versuchen, diese Aggressionsformen offen zu legen, um den Opfern Hilfe zukommen zu lassen und zukünftigen Taten vorzubeugen.

Abbildung 4.10: Häufigkeit aggressiven Verhaltens in der Schule in den letzten 6 Monaten (in %)



Unabhängig vom den verschiedenen Problemverhaltensweisen im Schulkontext wurden die Lehrkräfte auch nach dem Verhältnis zur Elternschaft befragt. Ein erster Indikator zum Verhältnis von Schule und Elternschaft ist die Beteiligung der Eltern an Elternabenden. Die Lehrkräfte sollten von „wenige“ bis „alle“ einschätzen, wie viele Eltern gewöhnlich bei einem Elternabend erscheinen. Nur 3,2 % der Lehrer gaben an, dass alle Eltern den Elternabend besuchen, dreimal so viele (9,7 %), dass nur wenige Eltern erscheinen. Dass mehr als die Hälfte bis alle Eltern zum Elternabend kommen, geben 51,0 % der Lehrer an. An Förder- und Hauptschulen fällt der Anteil mit 17,1 % am niedrigsten aus, an Gymnasien mit 76,3 % am höchsten (IHR/Realschule: 48,3 %, Gesamtschule: 42,3 %).

Zudem sollten die Lehrkräfte folgende drei Aussagen zum Verhältnis zu den Eltern beantworten (Antwortvorgaben: von „1 – trifft auf keine Eltern zu“ bis „5 – trifft auf alle Eltern zu“):

- Die Eltern delegieren ihre Erziehungsprobleme an die Schule.
- Den Eltern ist die Arbeit in der Schule gleichgültig, außer wenn es um das Fortkommen ihrer eigenen Kinder geht.
- Die Eltern sind zu konstruktiver Zusammenarbeit mit der Schule bereit.

Die Antworten zu diesen Aussagen korrelieren ausreichend hoch miteinander (Cronbachs Alpha = 79; drittes Item umcodiert), so dass eine Mittelwertsskala „Verhältnis Schule – Elternhaus“ berechnet werden kann. Befragte, die einen Mittelwert über 3,0 erreichen, berichten ein eher negatives Verhältnis zwischen Schule und Elternhaus. Immerhin 38,6 % der Lehrkräfte gehen von einem eher negativen Verhältnis aus. An Förder- und Hauptschulen beträgt der Anteil 74,3 %, an Gymnasien nur 14,3 % (IHR/Realschule: 34,5 %, Gesamtschule: 46,2 %). Die Auswertungen belegen damit auf Basis verschiedener Indikatoren, dass für relativ viele Eltern – in den Einschätzungen der Lehrkräfte – schulische Belange eher von nachgeordneter Bedeutung sind. Dies dürfte gerade den erzieherischen Teil der Arbeit von Lehrkräften nicht einfach machen. Besonders schlechte Voraussetzungen hierfür existieren an Förder- und Hauptschulen; an Gymnasien ist das Interesse der Eltern an den Kindern dagegen deutlich stärker ausgeprägt.

4.3. Jugendliche als Täter delinquenten Verhaltens

Um das Ausmaß der Delinquenz der Jugendlichen zu untersuchen, wurde den Befragten eine Liste mit insgesamt zwölf Delikten vorgelegt. Sie wurden gebeten anzugeben, ob sie schon einmal ein solches Delikt begangen haben und wie oft sie dies in den letzten zwölf Monaten getan haben. Um zu vermeiden, dass Befragte Delikte aus Scham oder Angst vor Konsequenzen verschweigen, wurden die Fragen mit dem Hinweis eingeleitet, dass viele Menschen als Jugendliche unerlaubte Dinge tun.¹³ Als Delikte wurden Sachbeschädigung („absichtlich Fenster, Telefonzellen, Straßenlampen oder ähnliche Dinge beschädigt“), Ladendiebstahl, Graffiti sprühen, der Verkauf von Raubkopien, Fahrzeugdiebstahl („ein Fahrrad, ein Mofa oder sonst ein Fahrzeug gestohlen“), Einbruch („irgendwo zum Stehlen eingebrochen“), der Verkauf von Drogen sowie fünf Gewaltdelikte (Körperverletzung, schwere Körperverletzung, Raub, Erpressung und sexuelle Gewalt) aufgeführt.¹⁴ Falls Jugendliche angaben, schon einmal eines der fünf Gewaltdelikte begangen zu haben, folgten für sie noch einige weitere Fragen zu der am kürzesten zurückliegenden Tat.

In Tabelle 4.5 sind Prävalenzraten für die verschiedenen Eigentums- und Gewaltdelikte aufgeführt. Erkennbar ist, dass der Ladendiebstahl unter den Schülern Berlins das verbreitetste Delikt ist. Jeder dritte Jugendliche (31,5 %) gab an, schon einmal im bisherigen Leben einen Ladendiebstahl ausgeführt zu haben. Körperverletzungen haben immerhin 17,3 % aller Befragten schon einmal ausgeführt, Sachbeschädigungen 16,7 %. Die Zwölf-Monats-Prävalenzraten liegen bei allen dargestellten Delikten unterhalb der Lebenszeitprävalenzen. Auch dabei zeigt sich, dass Ladendiebstähle am häufigsten ausgeführt wurden (13,6 %); Sachbeschädigungen und Körperverletzungen folgen (11,0 bzw. 9,8 %). Die verschiedenen Gewaltdelikte wurden zu einem Index zusammengefasst; 10,9 % der Berliner Jugendlichen haben demnach mindestens einmal in den letzten zwölf Monaten eine Gewalttat ausgeführt. Im Vergleich zur bundesweiten Befragung zeigen sich verschiedene Besonderheiten Berlins – bei den Zwölf-Monats-Prävalenzraten wie bei den Lebenszeitprävalenzen:

1. *In Berlin wird etwas häufiger der Ladendiebstahl ausgeführt.* Dies ist allerdings auf den Großstadtcharakter Berlins zurückzuführen. In Großstädten gibt es mehr Gelegenheiten für den Ladendiebstahl. Werden die anderen Großstädte zum Vergleich herangezogen, ergibt sich für Berlin sogar eine niedrigere Prävalenzrate.
2. *Deutlich häufiger als im Bundesdurchschnitt und ebenfalls häufiger als in anderen Großstädten Deutschlands wird in Berlin Graffiti gesprüht.* Fast jeder zehnte Jugendliche (9,6 %) gab an, dies in den zurückliegenden zwölf Monaten getan zu haben, bundesweit liegt die Prävalenzrate bei 6,2 %.

¹³ Der einleitende Text zu den Eigentumsdelikten lautete: „Fast alle Menschen haben als Jugendliche unerlaubte Dinge getan, z.B. gestohlen oder absichtlich fremdes Eigentum kaputt gemacht. Hast du schon jemals Folgendes getan?“ Die Abfrage der Gewaltdelikte wurde eingeleitet: „Viele Menschen haben als Jugendliche auch absichtlich und nicht aus Spaß jemanden verprügelt und verletzt. Hast du schon jemals Folgendes getan?“

¹⁴ Der Wortlaut der Erfassung der Gewaltdelikte aus Täterperspektive entspricht dem angepassten Wortlaut der Erfassung der Opferschaften (siehe Abschnitt 4.1.). Eine Ausnahme betrifft die sexuelle Gewalt: Hier wurden sexuelle Gewaltdelikte und sexuelle Belästigungen in einer Kategorie zusammen gefasst („alleine oder mit anderen Personen zusammen jemanden unsittlich angefasst (z.B. zwischen die Beine, an die Brust) oder mit Gewalt oder durch Androhung von Gewalt zu sexuellen Handlungen oder zur Duldung von sexuellen Handlungen gezwungen“).

3. Die Rate für andere Sachbeschädigungen liegt in Berlin hingegen wiederum niedriger als bundesweit.
4. Als Täter verschiedener Gewaltverhaltensweisen sind in Berlin weniger Jugendliche in Erscheinung getreten als in anderen Gebieten Deutschlands. Vor allem im Vergleich zu anderen Großstädten liegt die Prävalenzrate in Berlin deutlich niedriger. Werden die Auswertungen der Zwölf-Monats-Prävalenzen auf deutsche Jugendliche beschränkt, schwächen sich die Unterschiede allerdings ab (10,2 zu 12,7 %). Dies lässt den Schluss zu, dass die Migranten Berlins weniger gewaltbereit sind als die Migranten in anderen Städten (s.u.). Auch mit Blick auf die Mehrfachgewalttäterrate ergibt sich für Berlin eine geringere Belastung (4,0 zu 5,6 %). Die deutschen Jugendlichen Berlins scheinen sich diesbezüglich aber nicht von deutschen Jugendlichen aus anderen Großstädten zu unterscheiden (3,5 zu 3,9 %).
5. Werden der Raub bzw. die räuberische Erpressung als zwei Formen der Gewaltdelikte gesondert betrachtet, so ergeben sich für Berlin geringfügig höhere Raten, die aber keineswegs so deutlich ausfallen wie in der Kriminalstatistik. Diese Delikte werden zudem in Großstädten häufiger ausgeübt als im bundesdeutschen Durchschnitt.

Tabelle 4.5: Täterraten für Eigentums- und Gewaltdelikte (in %; gewichtete Daten)

	Lebenszeit			letzte 12 Monate		
	Berlin	Bund	Bund (nur Großstädte ohne Berlin)	Berlin	Bund	Bund (nur Großstädte ohne Berlin)
Sachbeschädigung	16,7	19,9	19,6	11,0	14,6	14,5
Ladendiebstahl	31,5	30,1	33,8	13,6	13,3	16,0
Graffiti-sprühen	14,7	8,6	11,1	9,6	6,2	8,1
Raubkopienverkauf	4,0	10,7	9,0	3,1	8,9	7,4
Fahrzeugdiebstahl	4,4	6,1	7,2	3,0	4,7	5,5
Einbruchdiebstahl	3,4	4,0	4,7	2,1	2,7	3,4
Drogenhandel	4,3	5,0	6,3	3,9	4,4	5,5
Körperverletzung	17,3	19,1	21,2	9,8	11,7	13,8
schwere Körperverletzung	4,7	4,1	5,4	2,9	2,9	4,0
Raub	4,1	3,7	4,3	2,6	2,5	3,3
Räuberische Erpressung	2,6	1,7	2,4	1,7	1,2	1,9
sexuelle Gewalt/Belästigung	1,4	1,9	2,2	1,1	1,5	1,8
mind. eine Gewalttat	19,3	21,4	23,2	10,9 (10,2)	13,5 (11,5)	15,7 (12,7)
mind. fünf Gewalttaten		-		4,0 (3,5)	4,3 (3,3)	5,6 (3,9)

in Klammern: Wert für deutsche Befragte

Die Auswertungen belegen damit keine grundsätzlich erhöhte Jugenddelinquenz in Berlin. Dies gilt nur für den Bereich des Graffiti-sprühens, des Ladendiebstahls, des Raubs und der räuberischen Erpressung. Die Abstände zum Bund sind bei den drei letztgenannten Delikten aber eher gering. Für die Höherbelastung ist damit in erster Linie die erhöhte Registrierungswahrscheinlichkeit verantwortlich zu machen, die z.T. auf der erhöhten Anzeigebereitschaft, z.T. aber sicher auch auf entsprechenden Tätigkeiten der Polizei basiert.

In Tabelle 4.6 sind für die vier am häufigsten vorkommenden Delikte die Prävalenzraten nach Geschlecht und Schulform aufgeführt. Erkennbar ist, dass sich in Berlin wie im Bund die Geschlechter sowie die Schüler der verschiedenen Schulformen hinsichtlich ihres delinquenten

Verhaltens signifikant unterscheiden. Jungen führen in Berlin durchweg häufiger die verschiedenen Delikte aus als Mädchen. Beim Ladendiebstahl ist der Unterschied aber eher gering. Im Vergleich zum Bund fällt auf, dass mit Ausnahme des Gewaltverhaltens die Geschlechterunterschiede in Berlin größer sind (Zeile „Verhältnis“). Gewaltverhalten haben männliche Befragte in Berlin hingegen nur 2,6mal häufiger als weibliche Befragte ausgeführt, im Bund hingegen 3,2mal so häufig. Der geringere Abstand in Berlin ist allerdings nicht darauf zurückzuführen, dass die Mädchen hier besonders gewalttätig wären; in Berlin ist die Gewaltprävalenz der Jungen um ein Fünftel niedriger als im Bund. Im Vergleich zu anderen bundesdeutschen Großstädten zeigt sich zudem, dass auch die Mädchen in Berlin seltener gewalttätig sind. *Es kann insofern nicht gesagt werden, dass Berliner Mädchen eine erhöhte Gewaltbereitschaft aufweisen als Mädchen in anderen Gebieten Deutschlands.*

Tabelle 4.6: Täterraten von Eigentums- und Gewaltdelikten für verschiedene Befragtengruppen (in %; gewichtete Daten)

		Sachbeschädigung	Ladendiebstahl	Graffiti-sprühen	Gewalt
Berlin	männlich	17,0	15,3	15,1	15,8
	weiblich	5,0	12,0	4,2	6,1
	Verhältnis	3,4	1,3	3,6	2,6
Bund	männlich	21,9	14,2	9,1	20,2
	weiblich	7,1	12,4	3,2	6,4
	Verhältnis	3,1	1,1	2,8	3,2
Bund G.o.B.	männlich	22,0	16,7	12,2	22,3
	weiblich	6,8	15,3	4,0	8,8
	Verhältnis	3,2	1,1	3,0	2,5
Berlin	Förderschule Lernen/ Hauptschule	18,9	18,7	14,0	20,9
	IHR/ Realschule	13,6	14,4	11,3	14,5
	Gesamtschule	9,0	12,8	8,9	11,0
	Gymnasium	8,7	12,1	7,8	6,0
	Verhältnis Förder-/Hauptschule zu Gymnasium	2,2	1,6	1,8	3,5
Bund	Förderschule Lernen/ Hauptschule	15,6	15,7	7,3	19,4
	IHR/ Realschule	15,4	13,3	6,3	13,4
	Gesamtschule	15,3	13,2	6,9	14,6
	Gymnasium	12,8	11,4	4,8	8,0
	Verhältnis Förder-/Hauptschule zu Gymnasium	1,2	1,4	1,5	2,4
Bund G.o.B.	Förderschule Lernen/ Hauptschule	16,3	19,5	10,3	23,6
	IHR/ Realschule	15,4	16,3	9,2	14,8
	Gesamtschule	15,0	16,1	6,9	17,3
	Gymnasium	12,6	13,8	6,9	10,7
	Verhältnis Förder-/Hauptschule zu Gymnasium	1,3	1,4	1,5	2,2

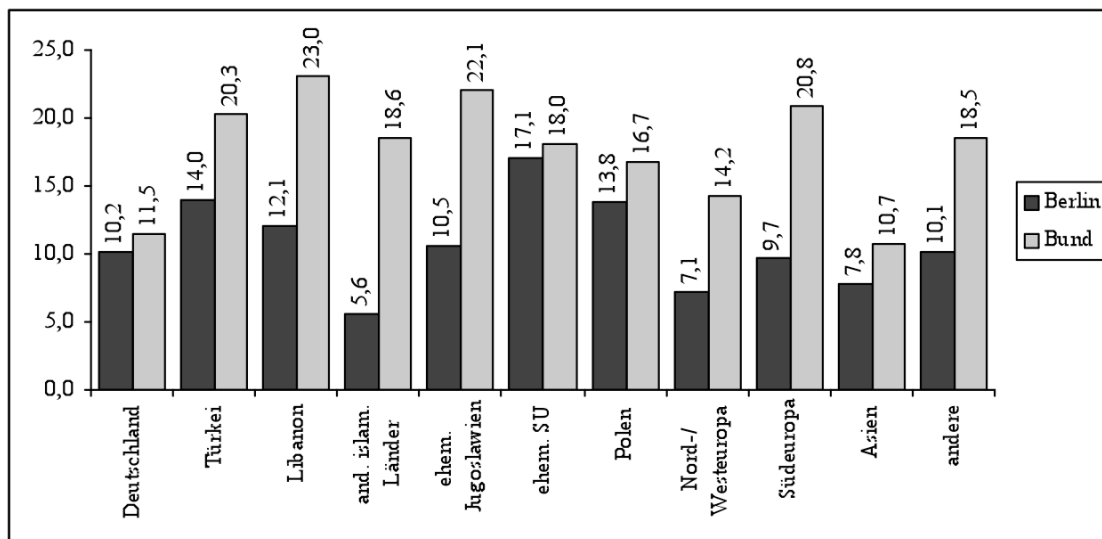
fett: Unterschiede signifikant bei $p < .05$, G.o.B. Großstädte ohne Berlin

Für Berlin ergibt sich aber eine Besonderheit, wenn die Schüler der verschiedenen Schulformen verglichen werden. Einerseits ist es in Berlin ebenso wie in anderen Gebieten Deutschlands der Fall, dass der Besuch höherer Schulformen vor delinquentem Verhalten schützt. Die Gymnasiasten weisen durchweg die niedrigsten, die Förder- und Hauptschüler die höchsten Prävalenzraten auf. Das Bildungsgefälle ist in Berlin andererseits stärker ausgeprägt als im Bund. Besonders deutlich wird dies beim Gewaltverhalten: Während in Berlin Förder- und Hauptschüler 3,5mal häufiger Gewalt ausgeführt haben als Gymnasiasten, ist dies im Bund nur 2,4mal häufiger der Fall, in den bundesdeutschen Großstädten nur 2,2mal häufiger. Der Vergleich der verschiedenen Prävalenzzahlen zeigt dabei, dass diese höhere Diskrepanz sowohl dadurch zustande kommt, dass Gymnasiasten in Berlin weniger als Gymnasiasten im Bund delinquentes Verhalten ausführen als auch dadurch, dass Förder- und Hauptschüler in Berlin häufiger delinquent sind als Förder- und Hauptschüler im Bund. *Insofern könnte in Berlin von einer stärkeren Polarisierung der Bildungsgruppen gesprochen werden, mit dem problematischen Effekt, dass die Förder- und Hauptschüler Berlins delinquenter sind als die Förder- und Hauptschüler im Bund.* Unter Schülern dieser Schulformen konzentrieren sich mithin Kriminalitätsprobleme. Werden die Realschüler (inkl. IHR) oder die Gesamtschüler Berlins betrachtet, sind hingegen niedrigere oder durchschnittliche Raten im Vergleich zum Bund festzustellen; diese Schülergruppen treten also nicht häufiger als Täter delinquenter Taten in Erscheinung.

Werden die Gewaltraten für die verschiedenen ethnischen Gruppen Berlins betrachtet, so ergibt sich das in Abbildung 4.11 dargestellte Bild. Deutsche Jugendliche weisen dabei mit 10,2 % nicht die niedrigste Gewaltrate aus. Befragte aus asiatischen, nord- bzw. westeuropäischen Ländern und anderen islamischen Ländern sind am seltensten als Täter von Gewalt in Erscheinung getreten. Die höchsten Raten sind für Jugendliche aus Ländern der ehemaligen Sowjetunion, für türkische Jugendliche und polnische Jugendliche festzustellen. Damit werden die Aussagen der Opfer nur z.T. bestätigt. Diese hatten vor allem türkische Migranten als Täter von Übergriffen identifiziert; osteuropäische Migranten wurden seltener genannt. Möglicherweise spielt bei den Nennungen tatsächlich eine Rolle, dass auch Jugendliche als türkisch eingestuft wurden, die in Wirklichkeit einen anderen arabischen Hintergrund haben. Denkbar ist zudem, dass Taten, die von älteren Jugendlichen begangen worden sind, häufiger durch türkische Täter verübt werden. Nicht auszuschließen ist allerdings auch, dass bestimmte Gruppen von u.a. türkischen Jugendlichen mit der Befragung nicht erreicht wurden, weil sie bspw. die Schule am Befragungstag geschwänzt haben oder bereits vor dem neunten Schuljahr abgegangen sind. Diese Schüler dürften ein erhöhtes Gewalttäterisiko besitzen.¹⁵

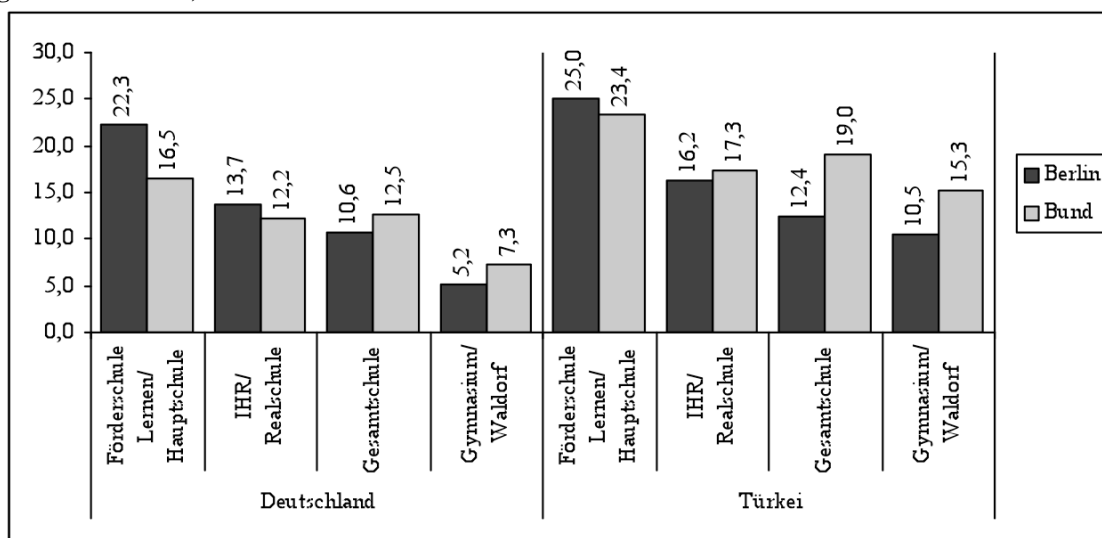
¹⁵ Werden die Vergleiche zwischen Berlin und dem Bund auf männliche Befragte beschränkt, zeigt sich ebenfalls bei den meisten Gruppen für Berlin eine niedrigere Belastung. Bei den deutschen, männlichen Befragten lauten die Raten bspw. 14,6 (Berlin) und 17,6 % (Bund), bei den türkischen Befragten 18,3 und 30,6 %, bei den libanesischen Befragten 24,2 und 33,8 %.

Abbildung 4.11: Täterraten für Gewaltdelikte nach Migrationshintergrund (in %; gewichtete Daten)



Für die beiden größten Gruppen, die deutschen und die türkischen Jugendlichen ist es zudem möglich, differenzierte Auswertungen nach der besuchten Schulform vorzunehmen. Die Befunde dieser Auswertungen sind in Abbildung 4.12 dargestellt. Dabei bestätigt sich erneut, dass die Förder- und Hauptschüler Berlins, unabhängig ob es sich um deutsche oder um türkische Jugendliche handelt, häufiger Gewalttaten ausgeführt haben als die Schüler dieser Schulform im Bund. Die deutschen und türkischen Gymnasiasten sind hingegen seltener als Gewalttäter in Erscheinung getreten. Insofern zeigt sich für beide ethnischen Gruppen, dass das Schulgefälle in Berlin stärker ausfällt als im Bund. *Die Förder- und Hauptschüler Berlins stellen mit Blick auf ihr Gewaltverhalten also eine besonders auffällige Gruppe dar, deutsche Jugendliche ebenso wie Migranten.* Interessant ist zudem, dass in jeder Schulform Unterschiede bei der Gewaltprävalenzrate deutscher und türkischer Jugendlicher bestehen, nach denen türkische Jugendliche häufiger als Gewalttäter in Erscheinung treten. Ihre geringere Bildungsintegration ist damit nur ein Faktor, der ihr höheres Gewaltverhalten erklärt. Andere Faktoren müssen hier zusätzlich Berücksichtigung finden (s.u.).

Abbildung 4.12: Täterraten für Gewaltdelikten nach Migrationshintergrund und Schulform (in %; gewichtete Daten)



Vergleichbar mit den Opfererfahrungen haben wir die Jugendlichen, die mindestens eine Gewalttat verübt haben, gebeten anzugeben, um was für eine Tat es sich beim letzten Mal gehandelt hat und was die näheren Tatumstände waren. Insgesamt 493 Jugendliche machten zu ihrer letzten Gewalttat Angaben (gewichtete Daten). Bei 81,3 % der Fälle handelt es sich um Körperverletzungen; die anderen vier Gewalttaten wurden selten angegeben (schwere Körperverletzung: 8,4 %, Raub: 4,5 %, räuberische Erpressung: 1,9 %, sexuelle Gewalt/Belästigung: 3,8 %). Diese Verteilung entspricht jedoch weitestgehend der bundesweiten Verteilung¹⁶, so dass hier durchaus Vergleiche gezogen werden können, wobei zu beachten ist, dass nicht alle Informationen auch in der bundesweiten Schülerbefragung 2007/2008 erfasst wurden (vgl. Tabelle 4.7).

Etwa ein Drittel der berichteten Gewaltdelikte lag zum Befragungszeitpunkt schon länger als zwei Jahre zurück. Eine Einschränkung auf Übergriffe, die seit 2008 stattgefunden haben, ist hier nicht möglich, weil die Frage nach dem Tatjahr in der deutschlandweiten Schülerbefragung nicht gestellt wurde. Einige der geschilderten Fälle liegen damit schon länger in der Vergangenheit, womit einer geringere Verlässlichkeit der Angaben gegeben ist, da die Erinnerung für solche Fälle möglicherweise nicht mehr so gut gewesen ist. Im Vergleich mit dem Bund zeigt sich für Berlin, dass die Gewalttaten häufiger im Wohnort geschehen sind, was bei der Größe von Berlin nicht überrascht. Etwa sechs von zehn Taten wurden von allein handelnden Tätern ausgeführt. Dies liegt über dem Wert, der aus Sicht der Opfer berichtet wurde, was möglicherweise damit zu begründen ist, dass die Opfer z.T. zwar aus einer Gruppe heraus angegriffen wurden, die Gewalttat aber letztlich nur durch einen einzelnen Täter geschehen ist. Dass vor dem Angriff Alkohol getrunken wurde, trifft in Berlin auf 17,8 % der Fälle zu, was unterhalb des bundesdeutschen Wertes liegt. Eine Erklärung für den niedrigeren Wert dürfte sein, dass in Berlin aufgrund des erhöhten Migrantenanteils grundsätzlich mehr Gewalttaten durch Migranten verübt werden, die zugleich seltener Alkohol konsumieren (s.u.). Die Einnahme anderer Rauschmittel bestätigten 8,1 % der Gewalttäter; hierbei handelt es sich im Wesentlichen um Marihuana. Andere Rauschmittel wie Tilidin oder Amphetamine wurden nur äußerst selten genannt. Vom Fotografieren oder Filmen der Gewalttat berichteten 4,7 % der Täter, was unterhalb des bundesdeutschen Wertes liegt. Dies bestätigt die Befunde, die auf Basis der Opferangaben erzielt wurden. Von den Tätern gaben 17,4 % an, dass sie aufgrund der Gewalttat mit der Polizei zu tun hatten. Dies liegt unterhalb der oben berichteten Anzeigequote, was möglicherweise damit zu begründen ist, dass der Anteil an leichten Körperverletzungen in der Teilstichprobe der Täterangaben deutlich höher liegt als in der Teilstichprobe der Opferangaben. Werden die Auswertungen getrennt für einzelne Delikte durchgeführt, so zeigt sich, dass bei leichten Körperverletzungen in 14,8 % der Fälle ein Polizeikontakt existierte, bei schweren Körperverletzungen in 42,5 % der Fälle. Für andere Delikte kann aufgrund der geringen Fallzahlen keine Kontaktquote berichtet werden. Die genannten Kontaktquoten entsprechen dabei schon eher den oben berichteten Anzeigequoten. Bestehende Diskrepanzen sind möglicherweise auf Unterschiede in der Zuordnung erlebter bzw. ausgeführter Gewaltdelikte zu den Oberkategorien zurückzuführen.

¹⁶ Die Anteile lauten hier: Körperverletzung 81,9 %, schwere Körperverletzung: 7,4 %, Raub: 5,0 %, räuberische Erpressung: 1,8 %, sexuelle Gewalt/Belästigung: 3,8 %

Tabelle 4.7: Tatumstände des zuletzt verübten Gewaltdelikts (in %; gewichtete Daten)

	Berlin	Bund	Bund (nur Großstädte ohne Berlin)
vor 2008 ausgeführt	31,8	-	-
in Wohnort ausgeführt	87,8	73,4	83,8
allein handelnd	59,3	60,2	58,1
vorher Alkohol getrunken	17,8	24,7	22,3
vorher andere Rauschmittel genommen	8,1	-	-
Tat fotografiert/gefilmt	4,7	6,7	9,9
wegen Tat mit Polizei zu tun	17,4	-	-

5. Bedingungsfaktoren des delinquenten Verhaltens

5.1. Elterliche Erziehung

Zahlreiche Studien zeigen, dass Kinder und Jugendliche, die Gewalt von Seiten ihrer Eltern erfahren, ein deutlich höheres Risiko haben, später selbst Gewalt auszuüben (vgl. u.a. Raibold/Baier 2007, Pfeiffer et al. 1999). Eltern, die Gewalt anwenden, sind Verhaltensvorbilder, die den Eindruck vermitteln, dass gewalttätiges Verhalten ein legitimes Mittel zur Konfliktlösung darstellt. Darüber hinaus kann wiederholte Gewaltanwendung in der Kindheit zu Beeinträchtigungen der Entwicklung bestimmter Hirnregionen und daraus folgend zu Schädigungen der sozio-emotionalen Entwicklung führen. Gewaltanwendungen in der Erziehung beeinflussen darüber in negativer Weise die Herausbildung verschiedener Persönlichkeitsfaktoren (z.B. Empathie, Selbstkontrolle), wie Wilmers et al. (2002) gezeigt haben.

Im Fragebogen wurde daher auch die durch die Eltern erfahrene Gewalt erfasst. Wie Abbildung 5.1 zeigt, wurde nach insgesamt sechs verschiedenen Formen von Gewalt gefragt. Erfasst wurden die Gewaltformen für die zwei Referenzzeiträume Kindheit (vor dem zwölften Lebensjahr) und Jugend (in den letzten zwölf Monaten) – jeweils nach demselben Schema. Dabei wurden Gewaltausübungen des Vaters und der Mutter differenziert erhoben. In den nachfolgenden Darstellungen wird allerdings nicht zwischen der Gewalt durch den Vater und der Gewalt durch die Mutter unterschieden. Stattdessen geht jeweils der Maximalwert ein; d.h. wenn ein Schüler nur durch den Vater, nicht aber durch die Mutter Gewalt erfahren hat, wird die Antwort zum Vater berücksichtigt.

Abbildung 5.1: Elterlicher Gewalt in der Kindheit (in %; gewichtete Daten)

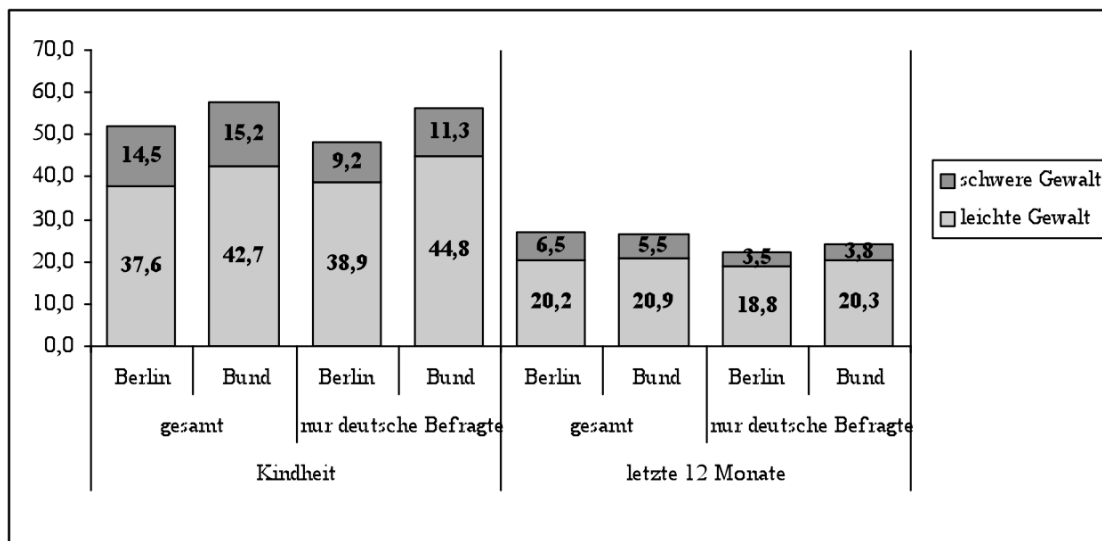
		nie	1- oder 2-mal	3- bis 12-mal	mehrmals pro Monat	einmal pro Woche	mehrmals pro Woche
leichte Gewalt	eine runtergehauen	65,7	20,0	9,4	2,5	1,1	1,3
	hart angepackt oder gestoßen	66,5	21,4	8,3	2,1	0,8	0,9
	mit einem Gegenstand geworfen	83,1	11,2	3,3	1,1	0,5	0,8
schwere Gewalt	mit einem Gegenstand geschlagen	89,7	5,7	2,7	1,1	0,4	0,5
	mit der Faust geschlagen/ getreten	91,1	5,8	1,6	0,5	0,5	0,5
	geprügelt, zusammengeschlagen	96,3	2,1	0,7	0,4	0,2	0,4

Als leichte Gewalt werden folgende Übergriffe gewertet: eine runtergehauen, hart angepackt/gestoßen und mit einem Gegenstand geworfen. Schwere Gewalt beinhaltet das Schlagen mit einem Gegenstand oder der Faust, das Treten sowie das Prügeln/Zusammenschlagen. Wenn mindestens einer der Übergriffe mindestens einmal erlebt wurde, wird ein Schüler zur Gruppe der Personen mit leichten bzw. schweren Gewalterlebnissen zugeordnet. Hat ein Befragter sowohl leichte als auch schwere elterliche Gewalt erlebt, so werden die schweren Gewalterfahrungen berücksichtigt. Die von den Befragten abgegebenen Antworten gehen damit nicht in ihrer vollen Differenziertheit in die Auswertungen ein, insofern wir nicht die Häufigkeit berücksichtigen.

sichtigen, mit der die jeweiligen Übergriffe erlebt wurden. Die in Abbildung 5.1 berichteten Ergebnisse legen ein solches Vorgehen nahe, da es nur sehr wenige Jugendliche gibt, die leichte Übergriffe mehrmals pro Monat oder noch häufiger bzw. schwere Übergriffe 3mal oder häufiger erlebt haben. Eine Unterscheidung von Jugendlichen, die keine elterliche Gewalt, nur leichte Gewalt oder schwere Gewalt erlebt haben (unabhängig davon, wie häufig), scheint daher angemessen.

Wie Abbildung 5.2 zeigt, haben die Neuntklässler Berlins zu 37,6 % leichte Gewalt, zu 14,5 % schwere Gewalt in der Kindheit durch die Eltern erfahren; in den letzten zwölf Monaten liegen die Quoten bei 20,2 und 6,5 %. *Zumindest mit Blick auf die Kindheit ergibt sich für Berlin im Vergleich mit dem Bund ein unterdurchschnittliches innerfamiliäres Gewaltniveau. Im Bund berichten insgesamt 57,9 % von elterlichen Übergriffen, in Berlin 52,1 %.* Das innerfamiliäre Gewaltniveau in den letzten zwölf Monaten entspricht hingegen dem bundesdeutschen Durchschnitt. Dieselben Befunde ergeben sich, wenn die Auswertungen auf deutsche Befragte beschränkt werden. In Migrantenfamilien wird häufiger auf Gewalt als Erziehungsmaßnahme zurückgegriffen; ein Vergleich mit dem Bund könnte für Berlin aufgrund des höheren Migrantenanteils negativer ausfallen. Dies ist aber augenscheinlich nicht der Fall: Von den deutschen Befragten Berlins haben 48,1 % elterliche Gewalt in der Kindheit erlebt, von den deutschen Befragten des Bundes 56,1 %.

Abbildung 5.2: Erleben elterlicher Gewalt in Kindheit und letzten 12 Monaten (in %; gewichtete Daten; letzte 12 Monate ohne Förderschüler)

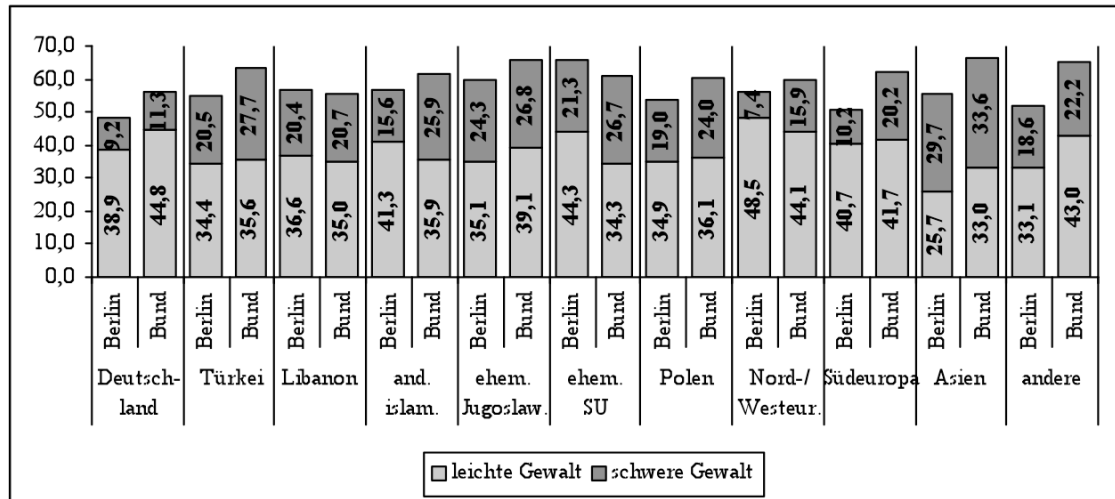


In Berlin zeigt sich, dass alle Migrantengruppen eine höhere innerfamiliäre Gewaltquote aufweisen als die deutschen Befragten. Die Unterschiede beziehen sich dabei im Wesentlichen auf den Anteil an Befragten mit schweren Gewalterfahrungen (Abbildung 5.3). Dieser liegt bei den deutschen Befragten bei 9,2 %, bei asiatischen Jugendlichen bei 29,7 %. Ebenfalls hohe Anteile an Schülern mit schweren Gewalterfahrungen finden sich bei den Jugendlichen aus Ländern des ehemaligen Jugoslawien sowie bei Jugendlichen aus der ehemaligen Sowjetunion und bei türkischen Jugendlichen.¹⁷ Im Vergleich zum Bund fällt auf, dass türkische, südeuropäische und

¹⁷ Die höheren innerfamiliären Gewalttraten in Migrantenfamilien sind keine Folge des durchschnittlich schlechteren Sozialstatus. Werden die Auswertungen bspw. auf jene Befragten beschränkt, deren Familien keine staatlichen Transferleistungen erhalten, weisen alle Migrantengruppen mit Ausnahme der südeu-

asiatische Jugendliche dennoch seltener von innerfamiliärer Gewalt berichten; bei anderen Gruppen wird hingegen das bundesweite Niveau erreicht. Zusätzlich findet sich, dass türkische Jugendliche, die eine Förder- oder Hauptschule in Berlin besuchen, mit insgesamt 68,6 % häufiger vom Erleben elterlicher Gewalt in der Kindheit berichten als türkische Förder- und Hauptschüler im Bund (62,1 %); bei den deutschen Jugendlichen findet sich aber kein vergleichbarer Befund. Die türkischen Gymnasiasten Berlins berichten hingegen seltener als die türkischen Gymnasiasten des Bundes von Gewalterfahrungen.

Abbildung 5.3: Elterliche Gewalt in der Kindheit nach Migrationshintergrund (in %, gewichtete Daten)



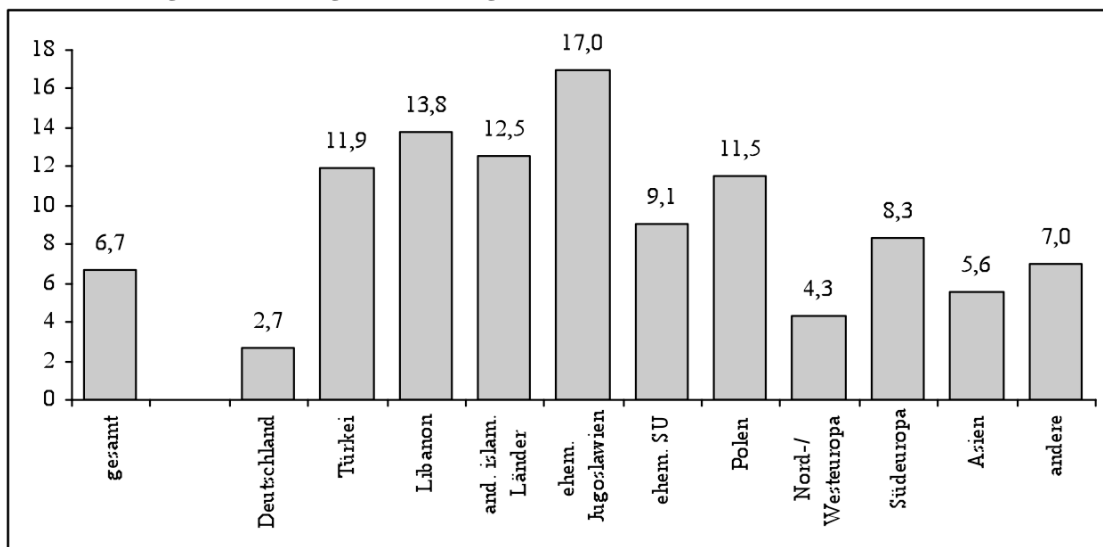
Es lässt sich zudem belegen, dass das Erleben elterlicher Gewalt mit einer erhöhten Delinquenzbereitschaft einher geht. Jugendliche, die nie elterliche Gewalt in der Kindheit erfahren haben, haben zu 8,1 % mindestens eine Gewalttat in den letzten zwölf Monaten ausgeführt, Jugendliche, die höchstens leichte Gewalt erlebt haben, zu 11,1 %, Jugendliche mit schweren Gewalterfahrungen zu 19,5 %. Auch für andere Delikte wie die Sachbeschädigung, den Ladendiebstahl oder das Graffiti-sprühen finden sich entsprechende Zusammenhänge.

Neben der Frage, ob die Jugendlichen durch die eigenen Eltern Gewalt erfahren haben, wurde auch danach gefragt, ob sie gesehen haben, wie sich die Eltern gegenseitig Gewalt antun. Zum einen sollten die Jugendlichen einschätzen, wie häufig ein Elternteil den anderen mit der Hand geschlagen hat; zum anderen sollte angegeben werden, ob ein Elternteil den anderen mit dem Fuß getreten oder mit der Faust geschlagen hat. Beide Male ging es um die zurückliegenden zwölf Monate; beide Male konnten die Antworten auf einer sechsfach gestuften Skala abgestuft werden. Da ein häufiges Beobachten dieser Verhaltensweisen aber die Ausnahme ist, soll nachfolgend nur zwischen Befragten unterschieden werden, die kein solches Verhalten gesehen haben und Befragten, die ein solches Verhalten zumindest einmal im genannten Zeitraum gesehen haben. Vergleiche zur bundesweiten Schülerbefragung sind nicht möglich, weil das Gewaltverhalten der Eltern untereinander nicht in identischer Weise abgefragt wurde.

europäischen sowie nord-/westeuropäischen Jugendlichen deutlich höhere Anteile schwerer Gewalt ausgesetzt Befragter auf als die deutschen Befragten.

Wie Abbildung 5.4 zeigt, haben 6,7 % der Jugendlichen Berlins Gewaltverhalten der Eltern beobachtet, der Großteil der Jugendlichen berichtet also keine entsprechenden Erlebnisse. Zwischen den ethnischen Gruppen sind die Unterschiede allerdings beträchtlich: Deutsche Jugendliche berichten nur zu 2,7 % von solchen Beobachtungen, Jugendliche aus Ländern des ehemaligen Jugoslawien zu 17,0 %. Ebenfalls hohe Quoten ergeben sich für türkische und libanesische Jugendliche, eher niedrige Quoten für Jugendliche aus Nord- und Westeuropa. Weitere Auswertungen belegen, dass diese Form des Gewaltverhaltens auch von der sozialen Lage abhängig ist: Deutsche Jugendliche, die keine Abhängigkeit von staatlichen Transferleistungen berichten, haben zu 2,0 % Gewaltbeobachtungen gemacht, deutsche Jugendliche in armutsnaher Lebenslage hingegen zu 6,5 %. Ein vergleichbarer Zusammenhang ergibt sich beim Bildungsniveau: Deutsche Jugendliche aus Hauptschulen erleben zu 5,3 % elterliche Gewalt, deutsche Jugendliche aus Gymnasien nur zu 1,8 %. Dennoch ist die soziale Lage nicht der entscheidende Faktor, der die Unterschiede zwischen den ethnischen Gruppen erklären kann. Türkische Jugendliche, deren Familien keine staatlichen Transferleistungen erhalten, berichten noch immer viermal häufiger vom Beobachten elterlicher Gewalt als deutsche Jugendliche in vergleichbarer Lage. Nicht überraschend zeigt sich zudem, dass Eltern, die ihren Kindern Gewalt antun, auch gegenseitig vor Gewalt nicht zurückschrecken: Jugendliche, die in den letzten zwölf Monaten keine Gewalt durch die Eltern erlebt haben, berichten nur zu 3,2 % von Gewaltbeobachtungen, Jugendliche, die schwere Gewalt durch die Eltern erlebt haben, hingegen zu 31,0 %.

Abbildung 5.4: Anteil Befragte, die in zurückliegenden 12 Monaten elterliche Gewalt beobachtet haben nach Migrationshintergrund (in %; gewichtete Daten; ohne Förderschüler)



Als weiterer familienbezogener Einflussfaktor wurde zusätzlich der elterliche Erziehungsstil erhoben. Mittels der Dimensionen der elterlichen Kontrolle und der elterlichen Zuwendung kann der von Baumrind (1966) als besonders positiv herausgestellte autoritative Erziehungsstil abgebildet werden. Bekannt ist, dass Kinder autoritativ erziehender Eltern bessere Schulnoten und weniger Verhaltensprobleme aufweisen als Kinder, die bspw. autoritär erzogen wurden. Ein autoritativer Erziehungsstil beinhaltet hohe Ausprägungen von Zuwendung und Kontrolle, wohingegen autoritäre Erziehung lediglich ein hohes Ausmaß von Kontrolle, nicht aber von Zuwendung impliziert.

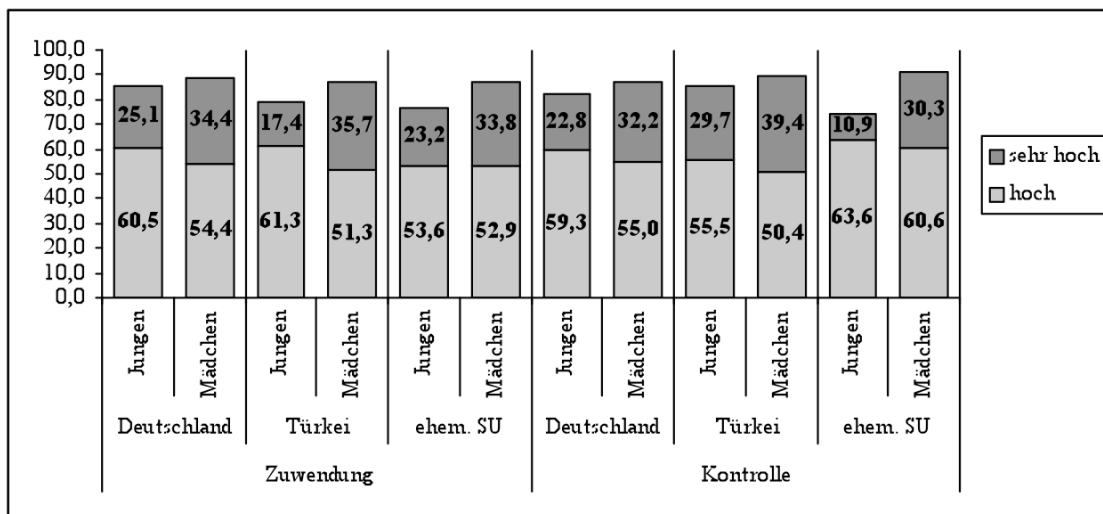
Um beide Erziehungsstildimensionen zu erfassen, wurden die Jugendlichen gebeten, auf einer fünfstufigen Skala von „1 – nie“ bis „5 – sehr oft“ anzugeben, wie oft die Eltern die verschiedenen Verhaltensweisen in der Kindheit (vor dem zwölften Lebensjahr) gezeigt haben. Die Aussagen wurden jeweils getrennt für Mutter und Vater erfragt, werden im Folgenden aber zusammengefasst. In Tabelle 5.1 sind die Mittelwerte für die einzelnen Aussagen dargestellt. Alle Werte liegen über 3,0, d.h. dass von einer eher hohen Kontrolle und Zuwendung berichtet wird. Die Reliabilitäten der beiden Skalen sind für beide Dimensionen als gut zu beurteilen.

Tabelle 5.1: Skala elterliche Zuwendung und Kontrolle (gewichtete Daten)

	Mittelwerte
Zuwendung	
gelobt	3.99
echt gekümmert	3.88
getröstet	3.98
beruhigt	3.90
in den Arm genommen	4.01
etwas unternommen	3.76
Cronbachs Alpha	.90
Kontrolle	
gewusst, wo ich in meiner Freizeit bin	4.02
darauf geachtet, wann ich abends zu Hause bin	4.41
danach erkundigt, mit wem ich befreundet bin	3.55
Cronbachs Alpha	.74

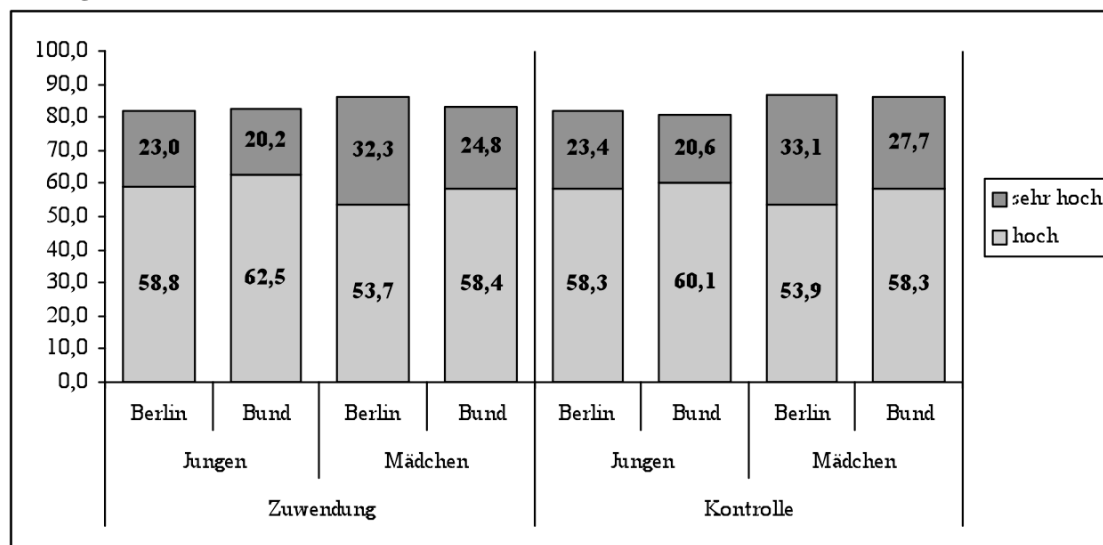
Die Antworten der einzelnen Dimensionen wurden zu einem Mittelwert zusammengefasst und anschließend gruppiert. Die Gruppen wurden wie folgt gebildet: Werte auf den Dimensionen Zuwendung bzw. Kontrolle bis 3,00 stehen für eher niedrige Zuwendung oder Kontrolle; Werte bis 4,50 für eher hohe Ausprägungen und Werte über 4,50 für sehr hohe Zuwendung und Kontrolle. Abbildung 5.5 zeigt zunächst für die drei größten ethnischen Gruppen im Geschlechtervergleich, wie häufig eine kontrollierende bzw. emotional zugewandte Erziehung praktiziert wird. Deutlich wird, dass sich die Anteile an Jugendlichen, die eine hohe bzw. sehr hohe Zuwendung bzw. Kontrolle erfahren, zwischen den ethnischen Gruppen kaum unterscheiden. Relevanter als ethnische Unterschiede sind bei diesen Erziehungsstildimensionen Geschlechterunterschiede. In allen Gruppen gilt, dass Mädchen mehr Zuwendung, aber auch mehr Kontrolle erfahren als Jungen. Die Geschlechterunterschiede sind bei den türkischen Jugendlichen, vor allem aber bei den Jugendlichen aus Ländern der ehemaligen Sowjetunion stärker ausgeprägt als bei den deutschen Befragten.

Abbildung 5.5: Elterliche Zuwendung und Kontrolle in der Kindheit nach Migrationshintergrund und Geschlecht (in %; gewichtete Daten)



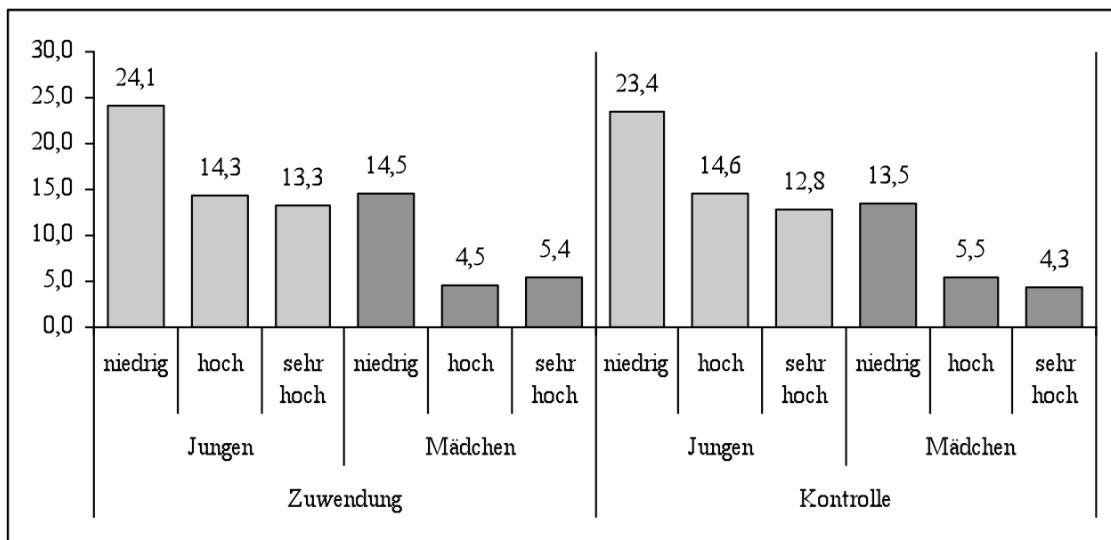
Da ethnische Unterschiede eine geringere Rolle bei den Erziehungsstilen spielen, wird sich in Abbildung 5.6 beim Vergleich von Berlin mit der bundesweiten Schülerbefragung 2007/2008 auf eine geschlechterdifferenzierte Darstellung beschränkt. Dabei wird deutlich, dass die Jungen und Mädchen in Berlin häufiger als die Schüler des Bundes von sehr hoher Zuwendung und Kontrolle berichten. *Bei diesen beiden Dimensionen der elterlichen Erziehung ergeben sich für Berlin also bessere Werte.* Insbesondere bei den Mädchen fallen die Abstände zum Bund sehr deutlich aus. Diese Ergebnisse zeigen sich auch bei einer nach Schulform differenzierten Auswertung; d.h. die höheren Anteile an Schülern mit sehr hoher Zuwendung bzw. Kontrolle kommen nicht allein dadurch zustande, dass in Berlin mehr Gymnasiasten unterrichtet werden, die grundsätzlich häufiger eine positive Erziehung erlebt haben.

Abbildung 5.6: Elterliche Zuwendung und Kontrolle in der Kindheit nach Gebiet und Geschlecht (in %; gewichtete Daten)



Die Zusammenhänge zwischen den beiden Dimensionen der elterlichen Erziehung und dem Gewaltverhalten sind in Abbildung 5.7 dargestellt. Für Jungen wie für Mädchen ergibt sich, dass eine höhere Zuwendung bzw. eine höhere Kontrolle mit geringeren Gewaltraten einhergeht. *Der elterliche Erziehungsstil kann daher ebenso wie die Erfahrung elterlicher Gewalt als Einflussfaktor des Gewaltverhaltens gelten.* Allerdings wird auch sichtbar, dass es keinen Unterschied macht, ob man eine positive oder sehr positive Erziehung erfahren hat. Entscheidend ist vielmehr, dass man nicht erlebt hat, dass keine/wenig Zuwendung bzw. Kontrolle von Seiten der Eltern gezeigt wurde.

Abbildung 5.7: Erziehungsstile in der Kindheit und Gewaltverhalten in den letzten 12 Monaten (in %; gewichtete Daten)



5.2. Persönlichkeit

Das elterliche Erziehungsverhalten beeinflusst nicht nur direkt die Bereitschaft zum Begehen verschiedener delinquenten Taten. Das Erleben elterlicher Gewalt führt auch dazu, dass bestimmte Persönlichkeitseigenschaften ausgebildet werden, die mit dem Gewalteinsatz in Beziehung stehen (vgl. u.a. Wilmers et al. 2002). Die Liste der die Persönlichkeit beschreibenden Faktoren, die mit Gewaltverhalten in Beziehung stehen, ist dabei sehr lang. An dieser Stelle soll sich auf folgende zwei Faktoren konzentriert werden: die Gewalt legitimierenden Männlichkeitsnormen und die Risikosuche.

Die Gewalt legitimierenden Männlichkeitsnormen (vgl. Enzmann et al. 2004) wurden mittels acht Aussagen erfasst (Tabelle 5.2), denen von „1 – stimmt nicht“ bis „4 – stimmt genau“ zugestimmt werden konnte.

Tabelle 5.2: Skala Gewalt legitimierende Männlichkeitsnormen (gewichtete Daten)

	Mittelwert
Einem Mann als Familienvater müssen Frau und Kinder gehorchen.	1.84
Wenn eine Frau ihren Mann betrügt, darf der Mann sie schlagen.	1.29
Ein Mann sollte bereit sein, Frau und Kinder mit Gewalt zu verteidigen.	2.75
Ein Mann, der nicht bereit ist, sich gegen Beleidigungen mit Gewalt zu wehren, ist ein Schwächling.	1.50
Der Mann ist das Oberhaupt der Familie und darf sich notfalls auch mit Gewalt durchsetzen.	1.41
Männern sollte es erlaubt sein, Schusswaffen zu besitzen, um ihre Familie oder ihr Eigentum zu beschützen.	1.61
Ein richtiger Mann ist bereit, zuzuschlagen, wenn jemand schlecht über seine Familie redet.	1.89
Ein richtiger Mann ist stark und beschützt seine Familie.	3.02
Skala	1.91
Cronbachs Alpha	.81

Die einzelnen Aussagen erhalten in sehr unterschiedlichem Ausmaß Zustimmung: Die Aussage, dass ein Mann stark und seine Familie beschützen bzw. dass er Frau und Kinder mit Gewalt verteidigen muss, bejahen sehr viel mehr Jugendliche als die Aussage, dass es dem Mann erlaubt ist, die betrügende Frau zu schlagen. Grundsätzlich werden die Aussagen, die auf den Gewalteinsatz in der Familie abzielen, seltener gut geheißen als die Aussagen, die Gewalt nach außen (Angriffe auf Familie, Ehrverteidigung) beinhalten. Der Gesamtmittelwert von 1,91 liegt aber noch unter dem theoretischen Mittelwert der Skala von 2,5, so dass mehr Jugendliche die Männlichkeitsnormen ablehnen als akzeptieren.

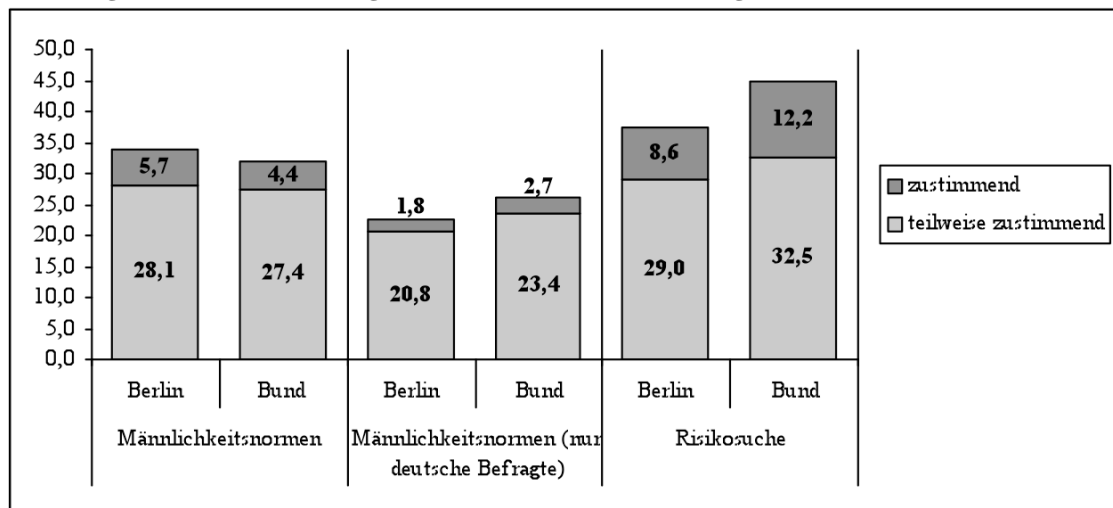
Bei der Risikosuche handelt es sich um eine Dimensionen niedriger Selbstkontrolle. In der Kriminologie ist die Selbstkontrolltheorie (vgl. Gottfredson/Hirschi 1990) als Erklärungsansatz delinquenten Verhaltens recht prominent. Die Theorie nimmt an, dass Personen mit niedriger Selbstkontrolle seltener die Konsequenzen ihres Handelns abschätzen; sie sind verstärkt gegenwartsorientiert und unterschätzen die Kosten, die delinquentes Verhalten langfristig mit sich bringen kann, auch wenn es kurzfristig möglicherweise einen Nutzen stiftet. Personen mit niedriger Selbstkontrolle sind daher u.a. häufiger bereit, Risiken einzugehen. Die Risikobereitschaft bzw. –suche haben wir mittels vier Aussagen gemessen (Tabelle 5.3), die jeweils sehr ähnliche Zustimmungswerte aufweisen. Den Aussagen konnte wieder von „1 – stimmt nicht“ bis „4 – stimmt genau“ zugestimmt werden. Hohe Werte stehen also für eine hohe Risikobereitschaft, d.h. für eine niedrige Selbstkontrolle.

Tabelle 5.3: Skala Risikosuche (gewichtete Daten)

	Mittelwert
Ich teste gerne meine Grenzen, indem ich etwas Gefährliches mache	1.95
Manchmal finde ich es aufregend, Dinge zu tun, die mich in Gefahr bringen können.	1.90
Aufregung und Abenteuer sind mir wichtiger als Sicherheit.	1.93
Ich gehe gern ein Risiko ein, einfach weil es Spaß macht.	2.06
Skala	1.96
Cronbachs Alpha	.84

Die beiden Persönlichkeitsfaktoren sind, wie dies auch zu erwarten ist, nicht unabhängig voneinander. Die Korrelation zwischen der Risikosuche und den Männlichkeitsnormen beträgt $r = .36$, was auf einen mittelstarken Zusammenhang hinweist. Bei beiden Persönlichkeitseigenschaften kann auch ein Vergleich mit der bundesweiten Schülerbefragung 2007/2008 gezogen werden. Hierfür wurden die Jugendlichen auf Basis ihrer Antworten zu drei Gruppen zusammengefasst: ablehnende Jugendliche (Mittelwerte von 1,00 bis 2,00), teilweise zustimmende Jugendliche (Mittelwerte über 2,00 bis 3,00) und zustimmende Jugendliche (Mittelwerte über 3,00 bis 4,00). Abbildung 5.8 zeigt, dass *Jugendliche Berlins etwas häufiger den Männlichkeitsnormen zustimmen, zugleich aber deutlich seltener risikobereit sind als die Jugendlichen im Bund*. Zu beachten ist, dass den Männlichkeitsnormen häufiger Befragte mit Migrationshintergrund zustimmen (s.u.), weshalb zusätzlich ein Vergleich von nur deutschen Befragten in Abbildung 5.8 dargestellt ist. Dieser Vergleich belegt, dass das erhöhte Niveau in Berlin ein Effekt des höheren Migrantenanteils ist: Die deutschen Befragten Berlins stimmen seltener diesen Normen zu als die deutschen Befragten der Schülerbefragung 2007/2008.

Abbildung 5.8: Persönlichkeitseigenschaften nach Gebiet (in %; gewichtete Daten)



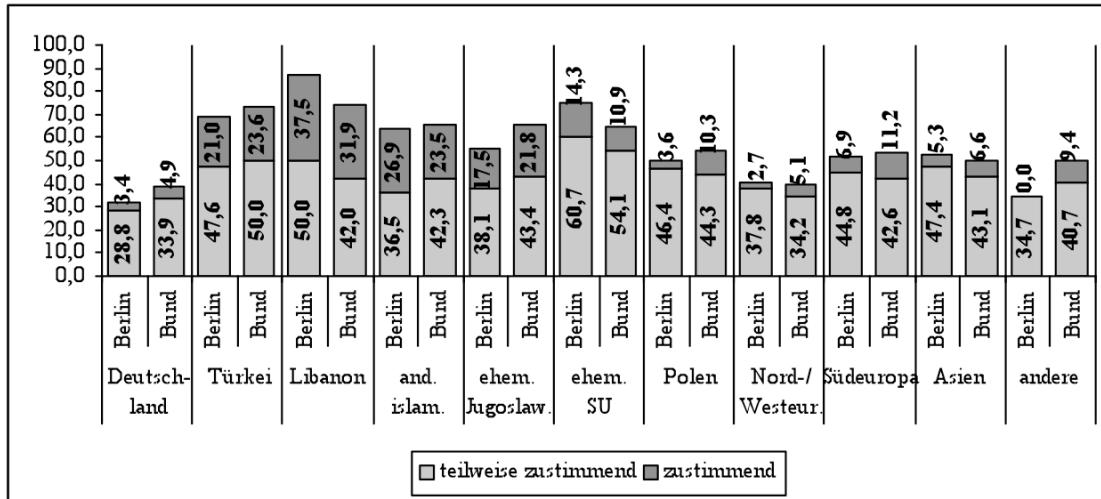
Für beide Persönlichkeitseigenschaften gilt, dass die Mädchen Berlins einen signifikant geringen Anteil an zustimmenden Befragten aufweisen als die Jungen: Während Jungen zu 9,3 % den Männlichkeitsnormen sehr zustimmen und zu 12,3 % sehr risikobereit sind, liegen die Anteile bei den Mädchen nur bei 2,2 bzw. 4,9 %.

Alle Gruppen mit Migrationshintergrund stimmen den Männlichkeitsnormen stärker zu als die deutschen Jugendlichen, wie Abbildung 5.9 anhand der männlichen Jugendlichen zeigt. Die Jugendlichen mit islamischem Hintergrund sowie die Jugendlichen aus Ländern der ehemaligen Sowjetunion weisen die höchsten Zustimmungsraten auf. Libanesische Jungen äußern sich zu 87,5 % zustimmend oder sehr zustimmend. Diese Gruppe stellt zugleich den höchsten Anteil an sehr zustimmenden Jugendlichen (37,5 %).¹⁸ Die libanesischen Jugendlichen Berlins sind dabei sogar noch stärker an den Männlichkeitsnormen orientiert als die libanesischen Jugendlichen

¹⁸ Auch hier gilt, dass die höhere Zustimmung verschiedener Migrantengruppen zu den Männlichkeitsnormen nicht primär ein Resultat ihres schlechteren sozialen Status ist. Während männliche deutsche Befragte, deren Familien keine staatlichen Transferleistungen beziehen, nur zu 3,0 % den Männlichkeitsnormen sehr zustimmen, liegt die Quote bei libanesischen Jungen in vergleichbarer Soziallage bei 40,0 %.

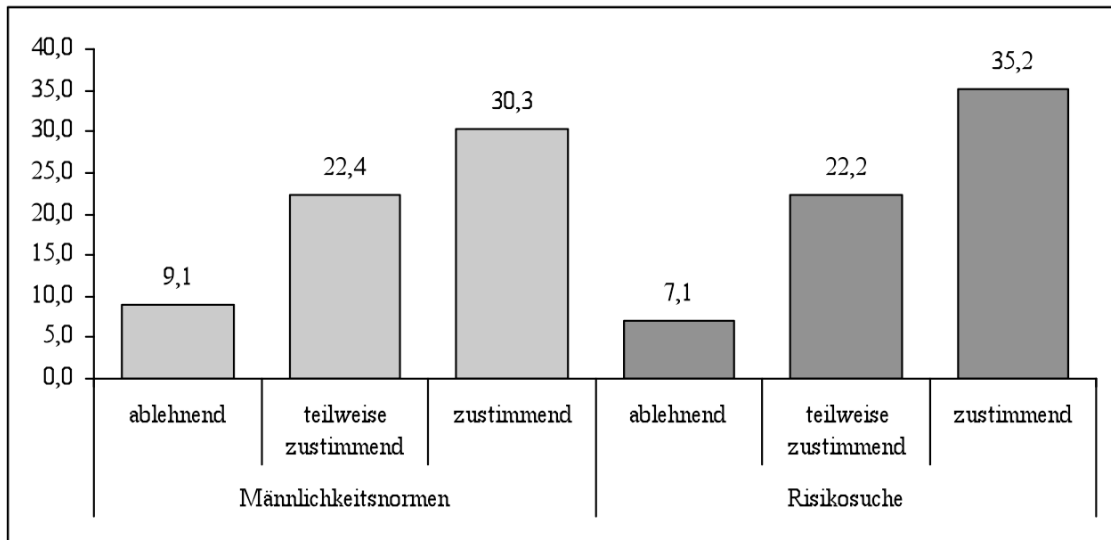
des Bundes. Ein vergleichbarer Effekt zeigt sich bei den Jugendlichen aus Ländern der ehemaligen Sowjetunion. Für die anderen Gruppen liegt das Zustimmungsniveau im bundesdeutschen Schnitt oder darunter.

Abbildung 5.9: Männlichkeitsnormen nach Migrationshintergrund, nur männliche Befragte (in %, gewichtete Daten)



Wird der Zusammenhang zwischen den Persönlichkeitsfaktoren und dem Gewaltverhalten untersucht, ergibt sich das in Abbildung 5.10 erneut nur anhand der männlichen Befragten untersuchte Bild. Jungen, die die Männlichkeitsnormen ablehnen, waren in den zurückliegenden zwölf Monaten nur zu 9,1 % Gewalttäter, Jungen, die den Normen zustimmen, hingegen zu 30,3 %. Bei der Risikosuche sind die zustimmenden Jugendlichen sogar fünfmal häufiger Gewalttäter als die Jugendlichen, die eher risikoabstinent sind. *Es wird damit belegt, dass Persönlichkeitseigenschaften bei Jugendlichen in Berlin starke Einflussfaktoren des Gewaltverhaltens sind.* Vor dem Hintergrund dieser Ergebnisse ist es durchaus relevant, die Bedingungsfaktoren der Ausbildung der verschiedenen Persönlichkeitsfaktoren zu kennen. Die Schülerbefragung 2007/2008 hat zumindest zu den Männlichkeitsnormen diesbezüglich verschiedene Ergebnisse erbracht (vgl. Baier et al. 2009; Baier et al. 2010). So stimmen nicht nur verschiedene Migrantengruppen häufiger diesen Normen zu; auch Schüler aus Förder- oder Hauptschulen erweisen sich den Männlichkeitsnormen als stärker zugewandt. Zudem hat sich gezeigt, dass die Ausübung von innerfamiliärer Gewalt die Akzeptanz dieser Normen verstärkt, ebenso wie der Konsum von Gewaltmedien. In den Auswertungen hat sich ebenfalls gezeigt, dass mit steigender muslimischer Religiosität die Zustimmung zu den Normen steigt; bei christlichen Jugendlichen ist ein solcher Zusammenhang hingegen nicht feststellbar.

Abbildung 5.10: Gewaltverhalten in den letzten 12 Monaten nach Persönlichkeitseigenschaften, nur männliche Befragte (in %; gewichtete Daten)



Die Geschlechtsrollenorientierung der Jugendlichen wurde in Berlin nicht nur im Hinblick auf Gewalt legitimierende Männlichkeitsnormen erfasst. Mittels der in Tabelle 5.3 dargestellten Aussagen wurde zudem die Zustimmung zu einer traditionellen Geschlechtsrollenorientierung erhoben, die beinhaltet, dass Frauen sich primär auf das Familienleben, Männer hingegen auf den Beruf konzentrieren sollten; auf den Gewaltbezug wurde dabei verzichtet. Eine Gleichstellung der Geschlechter im beruflichen wie privaten Bereich wird im Rahmen einer solchen Orientierung abgelehnt. Die Zustimmung zu den Aussagen konnte auf einer Skala von „1 – stimmt nicht“ bis „4 – stimmt genau“ abgestuft werden. Alle Mittelwerte zu den fünf Einzelaussagen liegen z.T. deutlich unterhalb des theoretischen Mittelwerts. Es ist also nur ein sehr kleiner Anteil an Jugendlichen, der sich zustimmend äußert. Dabei wird der Aussage, dass sich Frauen wieder mehr auf die Rolle als Ehefrau und Mutter besinnen sollten, noch am häufigsten zugestimmt. Aus den Antworten zu den fünf Aussagen wurde der Mittelwert gebildet; Befragte mit einem Mittelwert über 2,5 auf der Skala werden als den traditionellen Geschlechterorientierungen zustimmend eingestuft.

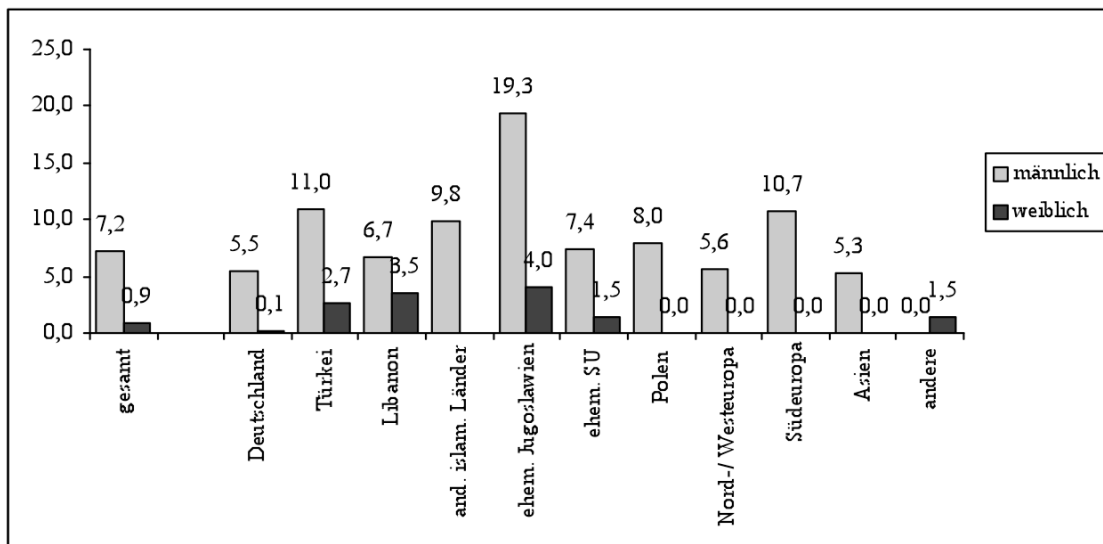
Tabelle 5.3: Skala traditionelle Geschlechtsrollenorientierung (gewichtete Daten; ohne Förderschüler)

	Mittelwert
Frauen sollten im Berufsleben die gleichen Chancen haben wie Männer. (-)	1.25
Ich würde nirgendwo arbeiten, wo ich eine Frau als Chefin hätte.	1.25
Frauen sollten sich wieder mehr auf die Rolle der Ehefrau und Mutter besinnen.	1.82
Für eine Frau sollte es wichtiger sein, ihrem Mann bei seiner Karriere zu helfen als selbst Karriere zu machen.	1.64
Auch ein Mann, der kocht und putzt, ist ein richtiger Mann. (-)	1.28
Skala	1.45
Cronbachs Alpha	.66

(-) = Umkehritem; der zugehörige Mittelwert bezieht sich auf das umkodierte Item

Insgesamt stimmen 7,2 % der männlichen Jugendlichen und nur 0,9 % der weiblichen Jugendlichen diesen Geschlechtsrollenorientierungen zu (Abbildung 5.10). Zwischen den verschiedenen ethnischen Gruppen existieren deutliche Unterschiede in der Zustimmung: Bei den männlichen Befragten liegt die Zustimmung bei den deutschen, asiatischen und anderen Jugendlichen am niedrigsten, bei den Jugendlichen aus Ländern des ehemaligen Jugoslawien am höchsten. Bei den weiblichen Befragten weisen Jugendliche aus Ländern des ehemaligen Jugoslawien ebenfalls die höchste Zustimmung auf, gefolgt von libanesischen und türkischen Schülerinnen. Die libanesische Gruppe stellt dabei einen besonderen Fall dar: Die männlichen Befragten stimmen den traditionellen Orientierungen fast genauso selten zu wie die deutschen Jungen, die Mädchen sind im Vergleich zu den Deutschen aber deutlich häufiger traditionell orientiert. Hinzuweisen ist an dieser Stelle darauf, dass die Zustimmung zu den Orientierungen mit den Einschätzungen zu den Gewalt legitimierenden Männlichkeitsnormen hoch korreliert (zu mindestens $r = .55$). Die Zusammenhänge zum Gewaltverhalten fallen aber weniger stark aus als bei den Männlichkeitsnormen, wobei traditioneller eingestellte Jugendliche häufiger Gewalt ausüben. Da die Männlichkeitsnormen der stärkere Prädiktor des Gewaltverhaltens sind, wird sich nachfolgend auf dieses Maß der Geschlechtsrollenorientierung konzentriert.

Abbildung 5.10: Anteil Befragte mit traditionellen Geschlechtsrollenorientierungen nach Migrationshintergrund und Geschlecht (in %; gewichtete Daten; ohne Förderschüler)



5.3. Vereins- und Religionszugehörigkeit

Kriminologisch betrachtet ist die Vereinsmitgliedschaft insofern relevant, als von ihr erwartet wird, dass sie sich positiv auf das Verhalten auswirkt. In Vereinen und Organisationen übernehmen Jugendliche Aufgaben und damit Verantwortung, sie werden meist von Erwachsenen in ihrem Verhalten kontrolliert und sehen sich von deren Seite auch verschiedenen Erwartungen ausgesetzt. Zugleich bestätigt die kriminologische Forschung, dass die Zusammenhänge zwischen der Mitgliedschaft und dem Verhalten eher schwach sind (vgl. Goldberg 2003); zum Teil liegen auch Befunde dazu vor, dass die Mitgliedschaft in bestimmten Vereinen mit erhöhten Alkoholkonsum- und Rechtsextremismusquoten einher geht (vgl. Baier/Rabold 2009, Baier 2009), so dass nicht generell von einem positiven Effekt gesprochen werden kann. Gleichwohl stellen Mitgliedschaftsquoten einen Indikator dafür dar, dass es der Gesellschaft gelingt, die

Jugendlichen an organisierte Angebote zu binden. Niedrige Mitgliedschaftsquoten werden dementsprechend als Indikator eines rückläufigen Sozialkapitals gewertet und damit als Verlust des Vertrauens in die Gesellschaft. Mitgliedschaftsquoten sind damit nicht nur kriminologische Indikatoren, an ihnen lässt sich auch der Zustand einer Gesellschaft bzw. einer Generation ablesen.

In Tabelle 5.4 ist aufgeführt, wie häufig die Jugendlichen acht verschiedenen Vereinen/Organisationen angehören. Am häufigsten ist demnach die Zugehörigkeit zu einem Sportverein o.ä.: Fast jeder zweite Neuntklässlern Berlins (47,4 %) ist in einem solchen Verein aktiv. In einem künstlerischen Verein (Musik, Theater, Chor, Tanz) engagieren sich 26,4 % der Jugendlichen. Am dritthäufigsten wird die Zugehörigkeit zu kirchlichen oder anderen religiösen Gruppen genannt (12,5 %). Nur sehr selten wird sich in Freiwilligen Feuerwehren engagiert. *Im Vergleich mit dem Bund zeigt sich, dass die Jugendlichen Berlins seltener Sportvereinen, sozialen/politischen Organisationen, kirchlichen/religiösen Gruppen und Freiwilligen Feuerwehren angehören.*

Tabelle 5.4: Mitgliedschaftsquoten in verschiedenen Vereinen/Organisationen (in %; gewichtete Daten)

	Berlin	Bund
Sport-/Turn-/Reitverein	47,4	53,9
Jugend-/Schülervereinigung	4,1	4,5
Musik-/Theaterverein, Musikschule, Chor, Tanz	26,4	25,8
soziale/politische Organisation	2,8	4,3
kirchliche/religiöse Gruppe	12,5	17,0
Moscheeverein	7,3	-
Natur-/Umwelt-/Tierschutzverein	2,1	1,8
Freiwillige Feuerwehr	0,6	5,4

Werden die vier Vereine/Organisationen betrachtet, denen am häufigsten angehört wird, so ergeben sich wichtige Geschlechts- und Migrantengruppenunterschiede, wie Tabelle 5.5 zeigt. Männliche Jugendliche sind meist häufiger in Sportvereinen aktiv als wie weibliche Jugendliche. Besonders deutliche Abstände sind diesbezüglich bei den türkischen und libanesischen Jugendlichen zu finden, bei denen die Jungen häufiger als die einheimischen Deutschen einem Sportverein angehören, die Mädchen hingegen sehr viel seltener als die deutschen Mädchen. Bei künstlerischen Vereinigungen kehrt sich der Geschlechtereffekt meist um; Migranten gehören diesen Vereinigungen seltener an als Deutsche, wobei bei einzelnen Gruppen auch höhere Mitgliedschaftsquoten existieren. Moscheevereinen gehören erwartbar vor allem Jugendliche mit muslimischen Hintergrund an; Geschlechterunterschiede sind dabei nicht zu beobachten. Bei den türkischen Jugendlichen gehört mehr als jeder vierte, bei den libanesischen Jugendlichen mehr als jeder fünfte Schüler einem Moscheeverein an.

Tabelle 5.5: Quoten der Mitgliedschaft in verschiedenen Vereinen/Organisationen nach Geschlecht und Migrationshintergrund (in %; gewichtete Daten)

	Sportverein		künstlerischer Verein		kirchliche/religiöse Gruppe		Moscheeverein	
	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich
Deutschland	54,4	45,7	21,3	38,5	12,5	17,0	0,7	0,6
Türkei	61,3	21,8	15,8	14,1	4,3	5,2	27,1	31,6
Libanon	68,8	14,5	4,0	10,9	8,0	3,6	20,7	22,6
and. islam. Länder	48,9	19,3	19,0	18,5	11,6	3,8	18,2	23,6
ehem. Jugoslaw.	49,2	23,9	12,7	28,9	3,8	9,3	7,7	13,3
ehem. SU	64,3	34,9	14,6	40,6	8,5	13,6	2,1	0,0
Polen	59,3	47,2	19,2	35,3	23,1	22,9	0,0	0,0
Nord-/ Westeuropa	66,7	71,4	25,8	42,3	6,7	18,5	0,0	0,0
Südeuropa	53,3	37,9	27,6	46,4	14,3	10,7	0,0	3,7
Asien	48,6	29,4	17,1	34,3	18,8	17,1	0,0	2,9
andere	63,3	43,8	10,0	47,6	11,9	26,3	2,6	0,0

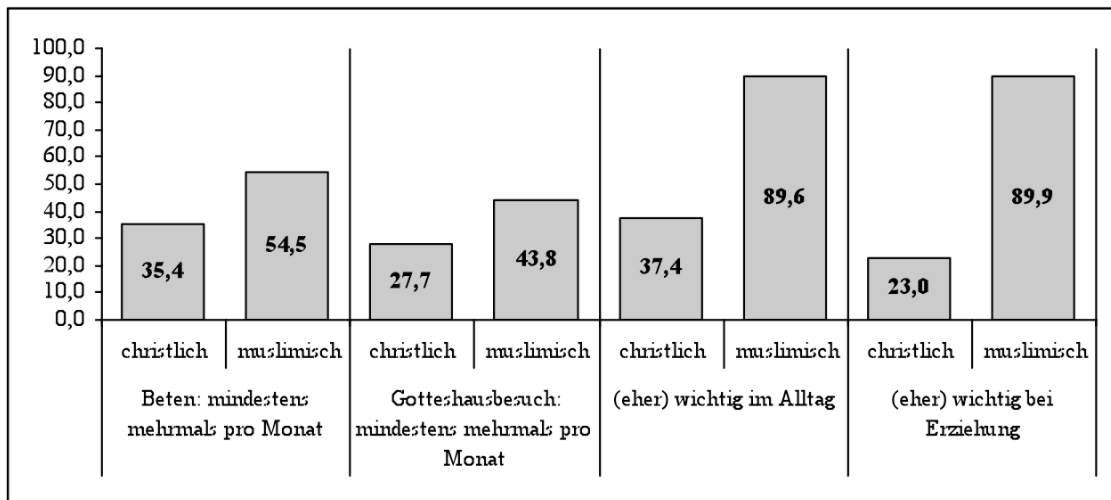
Werden bei diesen vier Vereinsformen die Gewalttaten der Mitglieder und der Nicht-Mitglieder gegenüber gestellt, *so findet sich für die Mitgliedschaft in künstlerischen Vereinigungen sowie in kirchlichen/religiösen Gruppen ein gewaltpräventiver Effekt, d.h. die Mitglieder weisen niedrigere Gewalttaten auf als die Nicht-Mitglieder.* Dies gilt auch dann noch, wenn die Auswertungen getrennt für Jungen und Mädchen oder deutsche Jugendliche und Jugendliche mit Migrationshintergrund durchgeführt werden. Insofern kann für Berlin davon ausgegangen werden, dass sich die Mitgliedschaft in diesen beiden Gruppen positiv auf das Verhalten auswirkt. Für die anderen Vereinigungen ist zugleich kein signifikant negativer Effekt feststellbar, d.h. die Mitgliedschaft in diesen Gruppen ist mehr oder weniger folgenlos für das delinquente Verhalten.

Eine besondere Mitgliedschaft stellt die Zugehörigkeit zu einer religiösen Gruppe dar. Bereits im Exkurs zur Integration bei Migrant*innen wurden die Quoten der Zugehörigkeit zu den verschiedenen Religionen für die unterschiedlichen Migrantengruppen abgebildet. Für Berlin gilt, dass 10,2 % der Befragten der katholischen Kirche angehören, 21,9 % der evangelischen Kirche; weitere 22,8 % der Jugendlichen sind muslimisch, 4,7 % an eine andere Konfession gebunden (40,5 % konfessionslos). Diese Zusammensetzung weicht deutlich von der bundesdeutschen Verteilung ab: Bundesweit gehören 37,7 % der Neuntklässler dem katholischen Glauben an, 35,1 % dem evangelischen; 7,9 % der Schüler deutschlandweit sind muslimisch, 6,3 % anderweitig religiös gebunden (13,2 % konfessionslos). *Der christliche Glauben ist unter den Schülern Berlins damit deutlich weniger verbreitet, der muslimische Glauben weiter; zudem ist der Anteil an nicht konfessionell gebundenen Jugendlichen in Berlin besonders hoch.*

Da die reine Mitgliedschaft in einer Religionsgruppe noch wenig darüber aussagt, welche Bedeutung die Religion tatsächlich hat, wurde mittels vier Indikatoren zusätzlich die Religiosität der Jugendlichen, die einer Religionsgemeinschaft angehören, ermittelt. Zum einen wurde die Häufigkeit des Betens und die Häufigkeit des Besuches eines Gotteshauses erfragt; zum anderen wurden die Jugendlichen gebeten, Einschätzungen zu der Frage der Bedeutsamkeit der Religion im Alltag und bei der Erziehung zu Hause abzugeben. Wie Abbildung 5.11 zeigt, *sind die christlichen Jugendlichen Berlins weniger stark an ihre Religion gebunden als die muslimischen Jugendlichen;* auf eine Differenzierung zwischen den katholischen und den evangelischen Ju-

gendlichen wurde aufgrund der kleinen Gruppengröße der katholischen Jugendlichen verzichtet. Bei allen vier Indikatoren ist der Anteil als religiös einzustufender Jugendlicher bei den Muslimen höher als bei den Christen. Besonders groß ist der Abstand bei der Einschätzung der Wichtigkeit der Religion bei der Erziehung: Muslimische Jugendliche stimmen dieser Aussage zu 89,9 % (eher) zu, christliche Jugendliche nur zu 23,0 %.

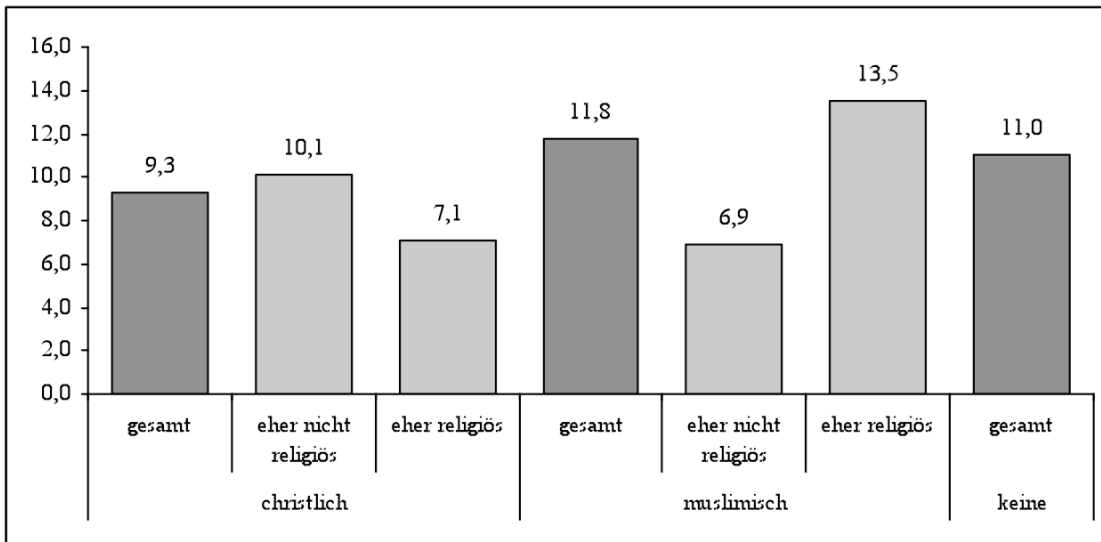
Abbildung 5.11: Indikatoren der Religiosität nach Religionsgruppe (in %; gewichtete Daten)



Werden alle vier Indikatoren zu einer Mittelwertsskala zusammen gefasst (vgl. für Details der Skalenbildung Baier et al. 2010, S. 85ff), so kann gefolgert werden, dass 24,7 % der christlichen Jugendlichen Berlins religiös oder sehr religiös sind; dieser Wert liegt etwas über dem Wert der christlichen Jugendlichen der deutschlandweiten Schülerbefragung 2007/2008 (21,9 %). Die muslimischen Jugendlichen Berlins werden zu 75,1 % als religiös bzw. sehr religiös eingestuft. Auch hier erweisen sich die Schüler als religiöser als die muslimischen Jugendlichen des Bundes (70,5 % religiös bzw. sehr religiös). Bei diesem zusammenfassenden Index zeigt sich zugleich erneut, dass die muslimischen Jugendlichen deutlich häufiger religiös sind als die christlichen Jugendlichen.

Der Zusammenhang zwischen der Religionszugehörigkeit und der Delinquenz ist in Abbildung 5.12 dargestellt. *Dabei ist zunächst festzuhalten, dass eine Zugehörigkeit zu einer Konfession zunächst keine Gewalt senkende Wirkung entfaltet:* Christen haben zu 9,3 % in den letzten zwölf Monaten mindestens eine Gewalttat ausgeführt, Muslime zu 11,8 %, Befragte ohne Zugehörigkeit zu 11,0 %. Entscheidender als die reine Mitgliedschaft ist vielmehr die Stärke des Glaubens. Hierbei existieren aber entgegengesetzte Zusammenhänge: *Je stärker christliche Jugendliche an ihren Glauben gebunden sind, umso seltener haben sich Gewalt ausgeübt.* Christliche Jugendliche, die eher nicht religiös sind, weisen eine Gewaltprävalenzrate von 10,1 % auf, christliche Jugendliche, die als eher religiös einzustufen sind, hingegen zu 7,1 %. *Bei den muslimischen Jugendlichen ist es genau umgekehrt: Religiöse Muslime weisen mit 13,5 % eine doppelt so hohe Prävalenzrate auf als eher nicht religiöse Muslime.*

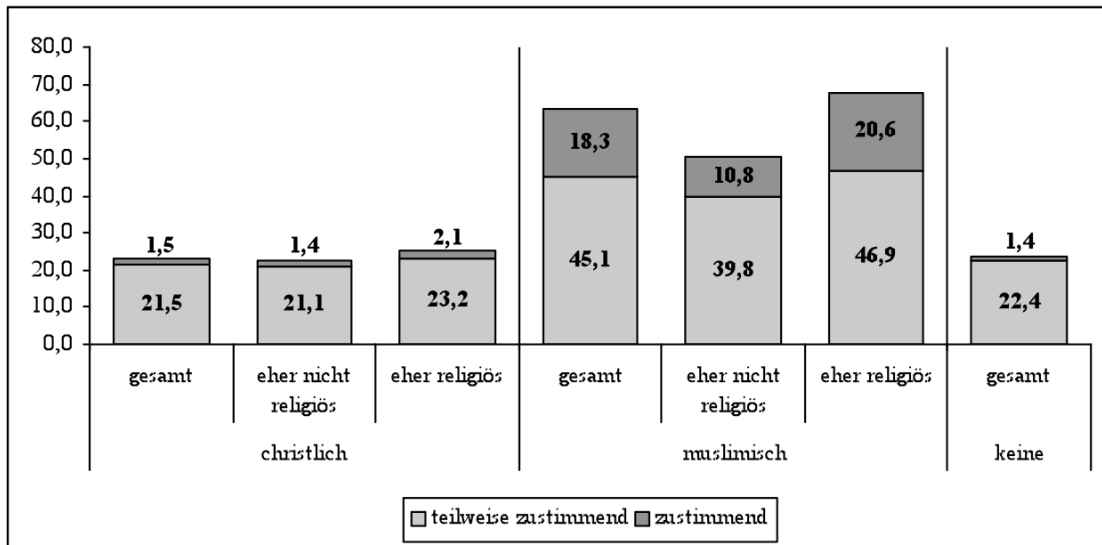
Abbildung 5.12: Zusammenhang zwischen Religiosität und Gewaltverhalten in den letzten 12 Monaten (in %; gewichtete Daten)



Dieser Effekt des muslimischen Glaubens zeigt sich über die verschiedenen Schulformen hinweg, ist also nicht durch ein unterschiedliches Bildungsniveau verursacht. Eher nicht religiöse, muslimische Förder- und Hauptschüler haben zu 14,3 % mindestens eine Gewalttat ausgeführt, eher religiöse, muslimische Förder- und Hauptschüler zu 20,0 %. Auch wenn in multivariaten Modellen zusätzlich das Geschlecht oder die Abhängigkeit von staatlichen Transferleistungen berücksichtigt werden, unterscheiden sich eher nicht religiöse von eher religiösen muslimischen Jugendlichen.¹⁹ Wird hingegen das Männlichkeitsbild berücksichtigt, erklärt sich weitestgehend der Unterschied zwischen den Religiositätsgruppen. Dies ist in Abbildung 5.13 dargestellt. Weil eher religiöse, muslimische Jugendliche deutlich häufiger Gewalt legitimierenden Männlichkeitsnormen zustimmen als eher nicht religiöse, muslimische Jugendliche, und weil diese Normen mit dem Gewaltverhalten in enger Beziehung stehen, sind eher religiöse, muslimische Jugendliche häufiger Gewalttäter. *Das Gewalt betonenden Männlichkeitsbild ist damit der problemverschärfende Faktor; dieses Bild wird z.T. durch den muslimischen Glauben gestärkt.*

¹⁹ Gleichzeitig gilt dennoch, dass eher religiöse, muslimische Jugendliche seltener ein Gymnasium besuchen und häufiger in Familien leben, die staatliche Transferleistungen beziehen, als eher nicht religiöse, muslimische Jugendliche. Da aber bspw. die Abhängigkeit von staatlichen Transferleistungen nur sehr schwach mit dem Gewaltverhalten korreliert, kann dieser Faktor die Höherbelastung der religiösen Muslime nicht erklären.

Abbildung 5.13: Zusammenhang zwischen Religiosität und Gewalt legitimierenden Männlichkeitsnormen (in %; gewichtete Daten)



Sind die Befunde zum Zusammenhang von muslimischer Religiosität und Gewaltverhalten abhängig von der Erfassung der Religiosität?

Da das Instrument zur Messung der Religiosität, das in der Schülerbefragung 2007/2008 wie in Berlin zum Einsatz kam (im folgenden Religiositäts-I-Skala genannt), in der Vergangenheit wiederholt kritisiert wurde, wurde die Befragung in Berlin genutzt, weitere Religiositäts-Items in den Fragebogen zu integrieren. Folgende vier Zusatzaussagen sollten die Befragten beantworten:

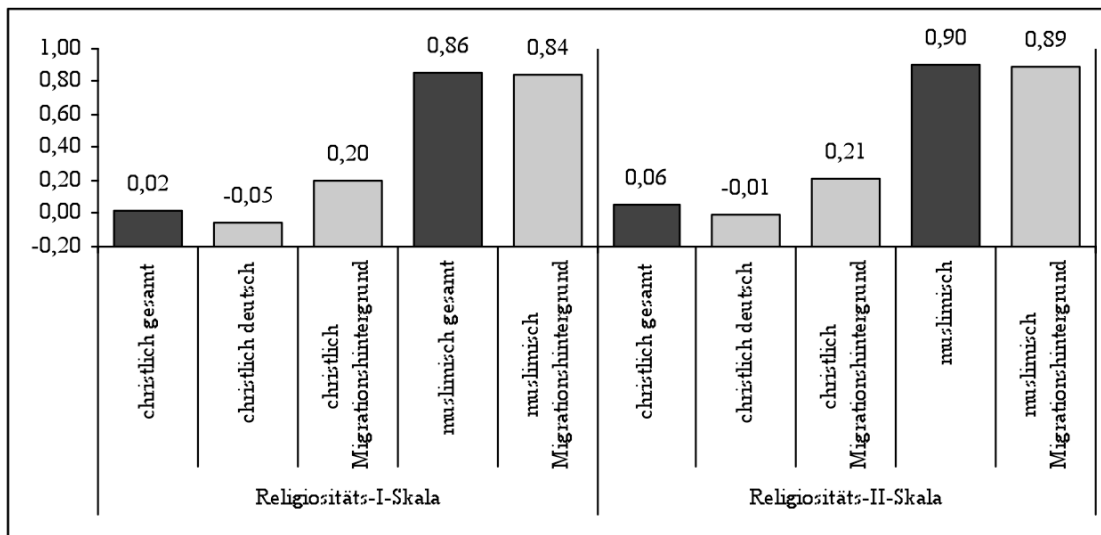
- Wie oft hast du ganz für dich allein gebetet? (Antwortvorgaben von „nie“ bis „täglich“)
- Wie oft hast du dich mit deinen Freunden über Gott/Allah, Glaube oder Religion unterhalten? (Antwortvorgaben von „nie“ bis „täglich“)
- Wie wichtig ist für dich, die religiösen Feste deiner Religion zu begehen? (Antwortvorgaben von „völlig unwichtig“ bis „sehr wichtig“)
- Glaubst du an Gott/Allah? (Antwortvorgaben von „überhaupt nicht“ bis „ja, uneingeschränkt“)

Diese Aussagen konnten jeweils mittels unterschiedlicher Antwortvorgaben beantwortet werden. Um sie dennoch in Form einer Skala auswerten zu können, wurden die Einzelitems z-standardisiert und damit vergleichbar gemacht.²⁰ Die Reliabilität der vier Items beinhaltenden „Religiositäts-II-Skala“ ist mit Cronbachs Alpha von .84 als sehr gut einzustufen; die Religiositäts-I-Skala weist hier einen ebenso guten Wert von .87 auf. Aus den z-standardisierten Items wurde daher anschließend der Mittelwert gebildet. Dieser Mittelwert ist aufgrund der Standardisierung der Einzelitems inhaltlich nicht interpretierbar; entscheidend ist vielmehr, welche Mittelwertsdifferenzen es zwischen verschiedenen Befragtengruppen gibt und welche Zusammenhänge zu anderen Konstrukten existieren.

²⁰ Mittels der z-Standardisierung wird der Mittelwert jedes Items auf 0 gesetzt, die Standardabweichung auf 1.

Abbildung 5.14 belegt, dass die beiden Religiositäts-Skalen nahezu identische Mittelwertsdifferenzen bzgl. der verschiedenen Religionsgruppen erzeugen. Muslimische Jugendliche erweisen sich beide Male als deutlich religiöser als christliche Jugendliche. Christliche deutsche Jugendliche weisen die geringste Religiosität auf. Christliche Migranten sind religiöser stärker gebunden, erreichen aber bei weitem nicht das Niveau der Muslime. Beide Messinstrumente korrelieren mit $r = .84$ sehr hoch miteinander. Bei christlichen Jugendlichen beträgt die Korrelation $r = .79$, bei muslimischen Jugendlichen $r = .74$.

Abbildung 5.14: Religiosität nach Religionsgruppe und Herkunft (Mittelwerte; gewichtete Daten)



Die entscheidende Frage ist, ob der berichtete Zusammenhang zwischen der Religiosität und dem Gewaltverhalten davon abhängig ist, ob die Religiositäts-I- bzw. die Religiositäts-II-Skala benutzt wird. Um die Frage zu prüfen, wurden verschiedene logistische Regressionsanalysen berechnet, deren Ergebnisse in Tabelle 5.6 dargestellt sind. Mit Hilfe dieses Verfahrens kann untersucht werden, ob ein Faktor (hier: die Religiosität) das Risiko des Gewaltverhaltens signifikant beeinflusst. Koeffizienten über 1 bedeuten, dass das Risiko des Gewaltverhaltens bei Vorliegen bestimmter Merkmale steigt, Koeffizienten unter 1, dass es fällt.

Für muslimische Jugendliche macht es den Ergebnissen entsprechend keinen Unterschied, ob die Religiosität mit der ersten oder mit der zweiten Skala gemessen wird. In beiden Modellen ergibt sich ein das Gewaltisiko erhöhender Einfluss der Religiosität, der im Modell zur zweiten Religiositätsskala sogar stärker ausfällt. Gleichwohl werden beide Male die Koeffizienten nicht als signifikant ausgewiesen. Der Zusammenhang zwischen der muslimischen Religiosität und dem Gewaltverhalten ist also nicht linear. Würden Gruppen eher nicht religiöser und religiöser Jugendlicher unterschieden, würden hingegen durchaus signifikante Unterschiede erzielt (nicht abgebildet). Werden in die Modelle zu den muslimischen Jugendlichen zusätzlich die Gewalt legitimierenden Männlichkeitsnormen einbezogen, reduziert sich der Effekt der Religiosität deutlich. Es bestätigt sich damit, wie bereits in den vorangegangenen Auswertungen, dass für den Gewalt steigernden Effekt der muslimischen Religiosität vor allem die damit einhergehende Akzeptanz von Männlichkeitsnormen verantwortlich ist. Für muslimische Jugendliche findet sich unabhängig davon, mit welcher Skala die Religiosität gemessen wird, eine signifikante Korrelation zwischen den Männlichkeitsnormen und der Religiosität ($r = .16$); bei christlichen Jugendlichen existiert kein signifikanter Zusammenhang zwischen beiden Variablen. Für christ-

liche Jugendliche ist die Art und Weise der Messung der Religiosität zugleich relevanter als für muslimische Jugendliche, wie die Ergebnisse der zugehörigen Modelle in Tabelle 5.6 zeigen. Für die Religiositäts-I-Skala ist festzustellen, dass mit steigender Religiosität tendenziell ein Rückgang des Gewaltverhaltens einher geht (nicht signifikant), für die Religiositäts-II-Skala ist der Koeffizient hingegen bereits fast 1; d.h. diese Form der Messung steht nicht mit dem Gewaltverhalten in Zusammenhang.

Tabelle 5.6: Einflussfaktoren des Gewaltverhaltens (binär logistische Regression; abgebildet: Exp(B))

	Religiositäts-I-Skala				Religiositäts-II-Skala			
	christlich		muslimisch		christlich		muslimisch	
Religiosität	0.784	0.778	1.191	1.079	0.950	0.997	1.282	1.154
Männlichkeitsnormen	7.212		1.937		7.174		1.927	
N	960	960	590	590	961	960	590	590
Nagelkerkes R ²	.005	.212	.003	.043	.000	.208	.004	.043

fett: signifikant bei $p < .05$

Die Ergebnisse der Auswertungen belegen, dass die Befunde, die zum Zusammenhang zwischen dem muslimischen Glauben und dem Gewaltverhalten erarbeitet worden sind, kein Resultat des eingesetzten Messinstrumentes sind. Auch unter Verwendung eines alternativen Messinstrumentes ergeben sich vergleichbare Befunde. Zwei Einschränkungen sind an dieser Stelle zugleich notwendig: Mit den Daten kann kein signifikant linearer Zusammenhang zwischen der muslimischen Religiosität und dem Gewaltverhalten aufgezeigt werden. Der Tendenz nach geht eine stärkere Verankerung im muslimischen Glauben zwar mit häufigerem Gewaltverhalten einher. Die Unterschiede treten aber erst im Vergleich von Gruppen religiöser Jugendlicher auf. Die weitere Forschung könnte sich insofern darum bemühen, bestimmte Extremgruppen muslimischer Jugendlicher zu untersuchen, die religiös distanzieren Muslime auf der einen, die sich selbst als hoch religiös einstuftenden Muslime auf der anderen Seite. Zweitens ergeben sich wie bereits in der Schülerbefragung 2007/2008 signifikante Zusammenhänge zwischen der muslimischen Religiosität und den Auffassungen über Männlichkeit. Religiös gebundenere Muslime sind häufiger der Meinung, dass es dem Mann innerhalb und außerhalb der Familie erlaubt, ja geboten ist, unter bestimmten Umständen Gewalt anzuwenden. Die Beziehung zwischen der Religiosität und dem Gewaltverhalten ist bei Muslimen weitestgehend über diesen Faktor vermittelt. Insofern ist es weniger die Religiosität an sich, die Gewalt steigernd wirkt, sondern ein mit dieser Religion verbundenes Männlichkeitsbild. Eine Frage für die weitere Forschung ist daher, wie es dazu gekommen ist, dass sich mit dem Islam ein bestimmtes Männlichkeitsbild verbindet und wie den Jugendlichen heute im Rahmen ihrer religiösen Erziehung dieses Bild weiter vermittelt wird.

5.4. Medienkonsum

Für Jugendliche ist der Medienkonsum eine der wichtigsten Freizeitbeschäftigungen. Dabei sind Computerspiele²¹ und Fernsehen die beiden wichtigsten Formen der von Jugendlichen genutzten Unterhaltungsmedien. Demzufolge stehen diese Medien auch im Mittelpunkt der Analyse des Mediennutzungsverhaltens. Von besonderem Interesse sind dabei der Besitz, die Nutzungszei-

²¹ Wenn im Folgenden von Computerspielen bzw. der Aktivität des Computerspielens die Rede ist, so sind dabei immer Computer- und Videospiele gemeint.

ten und die genutzten Inhalte. Diese drei Faktoren können verschiedene Auswirkungen auf Einstellungen, Emotionen und Verhaltensweisen der Jugendlichen haben.

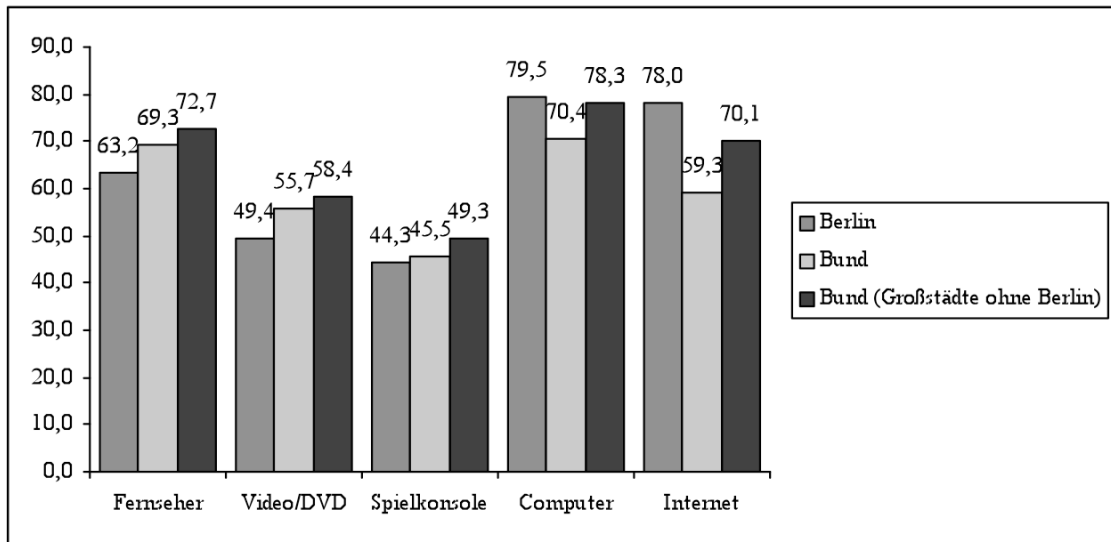
Zwei wesentliche Befunde sind im Zusammenhang mit dem Besitz von elektronischen Medien und deren Nutzung zu erwähnen. In den Schülerbefragungen 2005 wie 2007/2008 (vgl. Baier et al. 2006, Baier et al. 2010) konnte zum Einen gezeigt werden, dass es einen deutlichen Geschlechterunterschied bei der Mediennutzung gibt: Jungen haben häufiger Mediengeräte im Zimmer, nutzen diese zeitlich intensiver und bevorzugen dabei weit häufiger gewalthaltige Inhalte. Zum Anderen kann als belegt gelten, dass sich der Medienkonsum auf aggressive Einstellungen und Verhaltensweisen auswirkt. Paik und Comstock (1994) können z.B. in einer Metaanalyse eine kurzfristige Erhöhung aggressiver Verhaltensweisen durch Gewaltdarstellungen im Fernsehen feststellen. Im Vergleich zum Fernsehen stehen gewalthaltige Computerspiele aufgrund der aktiven Einbindung des Spielers noch stärker im Verdacht, in dieser Weise zu wirken. Eine aktuelle Studie von Anderson et al. (2010) bestätigt, dass das Spielen gewalthaltiger Spiele sowohl direkt zu erhöhtem aggressiven Verhalten als auch zu entsprechenden Gedanken und Gefühlen führt und damit auch indirekt die Gewaltbereitschaft erhöht.

Um die Verfügung über Medien zu erheben, wurden die Jugendlichen Berlins (ohne Förder-schüler) gefragt, welche Geräte sie im Haushalt haben und welche Geräte in ihren Zimmern stehen. Fernseher stehen demnach in 98,6 % der Haushalte, DVD-Player o.ä. in 96,4 % und Computer in 98,9 % der Haushalte. Ein Internetzugang findet sich in 97,8 % aller Haushalte Berlins, in denen Neuntklässler leben.

Die Ausstattungsquoten der Jugendzimmer finden sich in Abbildung 5.15. Fast zwei Drittel der befragten Jugendlichen Berlins haben einen Fernseher, drei Viertel einen Computer oder einen Internetanschluss im Zimmer. Etwa die Hälfte verfügt über einen eigenen DVD-Player/Rekorder, etwas weniger als die Hälfte über eine Spielkonsole. *Die Ausstattungsquoten liegen beim Fernseher, beim DVD-Player und bei der Spielkonsole unter dem bundesdeutschen Schnitt, beim Computer und Internetanschluss hingegen über dem Vergleichswert;* dies gilt auch dann noch, wenn der Vergleich zu den bundesdeutschen Großstädten gezogen wird. Die höheren Quoten beim Computer und insbesondere beim Internetanschluss dürften im Wesentlichen auf Veränderungen im Zeitverlauf zurückzuführen sein: Die bundesweite Schülerbefragung wurde in den Jahren 2007 und 2008 durchgeführt; zur Befragung in Berlin sind also bereits zwei bis drei Jahre vergangen. Es ist davon auszugehen, dass in dieser Zeit in ganz Deutschland die Ausstattungsquoten zugenommen haben.

Bei allen Geräten zeigt sich ein signifikanter Geschlechterunterschied, nach dem die Jungen häufiger über Geräte verfügen als die Mädchen. Besonders stark ausgeprägt ist dieser Unterschied bei der Spielkonsole (Jungen: 60,4 %, Mädchen: 28,0 %), eher gering beim Internetanschluss (80,7 zu 75,3 %).

Abbildung 5.15: Medienausstattung im eigenen Zimmer (in %; gewichtete Daten; ohne Förder-schüler)



Neben der Medienausstattung wurde auch die Zeit erfasst, die mit den verschiedenen Geräten verbracht wird. In diesem Zusammenhang wurde allerdings nicht allein nach der Medienkonsumzeit, sondern auch nach dem Zeitaufwand für verschiedene andere Freizeitbeschäftigungen gefragt. Die Jugendlichen sollten einschätzen, wie lange sie an einem gewöhnlichen Schultag bzw. an einem gewöhnlichen Wochenendtag verschiedene Aktivitäten ausführen; die Zeit konnte zwischen „0 Stunden“ und „5 und mehr Stunden“ eingeschätzt werden, wobei Zeiten dazwischen viertel- bzw. halbstündig angegeben werden konnten. Um die durchschnittliche Beschäftigungszeit zu berechnen, wurden die Angaben zum gewöhnlichen Schultag mit fünf, die Angaben zum gewöhnlichen Wochenendtag mit zwei multipliziert und danach durch sieben geteilt. Tabelle 5.7 berichtet die Ergebnisse.

Tabelle 5.7: Durchschnittliche Zeit für Freizeitaktivitäten nach Geschlecht (in Stunden : Minuten; gewichtete Daten)

	Jungen		Mädchen	
	Berlin	Bund	Berlin	Bund
Bücher lesen	0:25	0:24	0:49	0:43
Fernsehen/Filme schauen auf DVD *	2:22	3:31	2:21	3:19
Computerspielen: Online*	1:32	1:22	0:47	0:34
Computerspielen: nicht Online*	0:46	0:59	0:18	0:21
im Internet chatten*	1:44	1:43	2:00	1:52
Telefonieren/SMS schreiben	0:57	-	1:38	-
Sport treiben	1:47	1:48	1:05	1:16
in Kneipe, Disco, Kino gehen	0:40	1:04	0:43	1:10
in Jugendzentrum gehen	0:16	-	0:09	-
Einkaufen/Shoppen	0:49	-	1:45	-
etwas mit Familie tun	1:13	1:05	1:48	1:19
mit Freunden draußen „rumhängen“	2:26	-	2:34	-
Medienzeit (mit * gekennzeichnete Aktivitäten)	6:22¹	7:31	5:24	6:05

¹ Die Medienzeit ergibt sich nicht durch Addition der ausgewiesenen Durchschnittszeiten der Medienaktivitäten, da auch die Personen bei der Gesamtdurchschnittsbildung berücksichtigt wurden, die nicht zu allen Medienaktivitäten Beschäftigungszeiten angegeben haben (Personen mit sog. fehlenden Werten)

Im Geschlechtervergleich ergeben sich bzgl. der Beschäftigungszeiten folgende Befunde: Jungen verbringen deutlich weniger Zeit mit dem Lesen von Büchern, mit dem Chatten im Internet, dem Telefonieren, dem Einkaufen/Shoppen und familiären Aktivitäten. Mädchen spielen demgegenüber zeitlich weniger intensiv Computer (Online wie Offline) und sie treiben weniger Sport. Im Vergleich mit dem Bund ergeben sich einige Besonderheiten der Berliner Jugendlichen:

1. Sie verbringen weniger Zeit mit dem Fernsehen/Filme schauen. Dies könnte aber ein Artefakt darstellen. Im Bund wurden beide Aktivitäten getrennt abgefragt, in Berlin zusammen in einer Frage. Jugendliche der bundesweiten Befragung haben möglicherweise bei beiden Aktivitäten Zeiten eingetragen, wenn sie bspw. im Fernsehen einen Film gesehen haben.
2. Bei den anderen medienbezogenen Tätigkeiten (Computerspielen, Internetchatten) ergeben sich leicht überdurchschnittliche Werte; gerade dem Onlinespielen wird von den Jugendlichen in Berlin stärker nachgegangen.
3. Die Gesamtmedienzeit liegt in Berlin bei Jungen wie bei Mädchen unterhalb des Bundesdurchschnitts. Hier schlägt sich aber der erwähnte Unterschied in der Erfassung des Fernsehens/Filme Sehens nieder, weshalb der Vergleich zum Bund trügt. Es ist eher davon auszugehen, *dass Berlin durchschnittliche bis leicht überdurchschnittliche Medienzeiten aufweist*, wenn die Befunde zum Spielen und Chatten berücksichtigt werden.²²
4. Jugendliche Berlins verbringen auffallend weniger Zeit mit dem Besuch von Kneipen, Diskos und Veranstaltungen und auffällig mehr Zeit mit der Familie. Dies könnte ein Effekt des höheren Migrantenanteils in Berlin sein. Zumindest für die Unternehmungen mit der Familie zeigt sich für Berlin, dass Migranten und hier insbesondere muslimisch geprägte Migranten mehr Zeit hierfür aufwenden als einheimische Deutsche.
5. Die Aktivität, der Jugendliche am längsten nachgehen, ist das „Rumhängen“ mit Freunden. Vergleichsdaten zum Bund stehen dabei nicht zur Verfügung, ebenso wenig bei drei anderen Aktivitäten. Dem Einkaufen sowie dem Telefonieren widmen die Jugendlichen dabei deutlich mehr Zeit als dem Gehen ins Jugendzentrum.

Neben dem Besitz von Mediengeräten und der Dauer ihrer Nutzung haben wir auch die Art der konsumierten Inhalte erfragt. Hierbei haben wir aber nicht die gesamte Spannweite möglicher Medieninhalte untersucht, sondern wir haben uns auf jugendgefährdende Inhalte konzentriert. In Tabelle 5.8 sind die erfassten Inhalte aufgeführt. Die Häufigkeit des Konsums konnte dabei von „1 – nie“ bis „7 – täglich“ berichtet werden. Wenn Jugendliche mindestens einmal pro Woche diese Dinge tun, wird vom häufigen Konsum gesprochen. Im Bereich des Gewaltfilmkonsums (Horrorfilme ab 16/18, sonstige Filme ab 18) unterscheiden sich die Jugendlichen Berlins vom bundesdeutschen Schnitt, insofern sie *deutlich häufiger auf diese Formate zurückgreifen. So konsumieren männliche Jugendliche aus Berlin zu 43,4 % häufiger filmische Gewalt, bundesweit sind dies nur 35,5 %*. Bei den Mädchen liegen die Quoten bei 19,9 und 13,3 %.

²² Bezüglich der Medienzeiten müssen noch zwei weitere Einschränkungen beachtet werden: Zum Einen können sich Freizeitaktivitäten überschneiden. Personen können gleichzeitig fernsehen und Computerspiele spielen usw. Dies kann bei der Berechnung der gesamten Medienzeit nicht berücksichtigt werden. Zum anderen wurde im Einleitungstext zu dieser Frage von einem durchschnittlichen Schul- bzw. Wochentag gesprochen. Inwieweit die Jugendlichen beim Antworten tatsächlich einen Durchschnittswert bilden, bleibt unklar.

Tabelle 5.8: Anteil Jugendlicher, die häufig (mind. einmal pro Woche) altersgefährdende Medieninhalte konsumieren nach Geschlecht (in %; gewichtete Daten)

	Jungen		Mädchen	
	Berlin	Bund	Berlin	Bund
Horrorfilme ab 16	22,0	16,8	12,6	8,6
Horrorfilme ab 18	21,2	15,7	10,5	6,4
sonstige Filme ab 18	40,1	31,6	15,5	9,1
Gewaltfilme	43,4	35,5	19,9	13,3
Ego-/Third-Person-Shooter	44,0	44,0	1,9	2,2
Kampf-/Prügelspiel	17,5	15,6	2,0	2,0
Gewaltspiele	46,4	47,1	3,1	3,3
World of Warcraft	21,2	-	2,7	-
andere Online-Rollenspiele	18,3	-	3,0	-
Online Rollenspiele	29,7	25,6	4,5	3,2
Erotikfilme ab 16*	11,6	12,9	0,8	0,6
Pornofilme ab 18*	24,9	20,8	0,7	0,6
Denk-/Geschicklichkeitsspiele	7,3	8,3	6,7	6,6
Strategie-/Simulationsspiele	20,5	24,9	0,8	2,5
Lebens-/Aufbausimulationen	6,0	10,1	4,8	9,8
Sportspiele	33,4	37,0	2,2	5,2
Adventures	18,0	16,4	1,8	3,1
Party-/Mitmachspiele	10,4	9,5	5,9	7,7

* ohne Förderschüler

Ein vergleichbarer Befund ist mit Blick auf den Pornokonsum zu berichten. *Die männlichen Befragten Berlins gaben zu 24,9 % an, häufiger Pornofilme zu sehen, die männlichen Befragten des Bundes hingegen nur zu 20,8 %.* Bei weiblichen Befragten sowie beim Konsum von Erotikfilmen existieren keine Unterschiede zwischen den Jugendlichen des Bundes und Berlins.

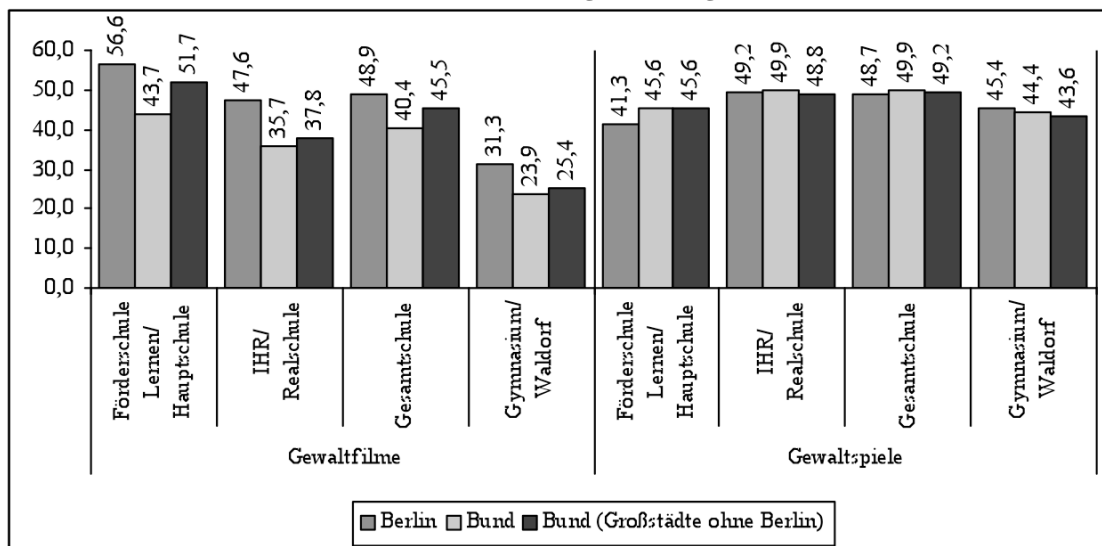
Hinsichtlich der Computerspiele gilt, dass immerhin 46,4 % der männlichen Jugendlichen Berlins häufiger Gewaltinhalte nutzt. Diese wurden über das Spielen von Ego-/Third-Person-Shootern bzw. von Kampf-/Prügelspielen erfragt. Mädchen sind demgegenüber deutlich seltener Spieler dieser Spiele. Im Vergleich zum Bund ergeben sich keine Unterschiede, d.h. die Jugendlichen Berlins sind diesbezüglich nicht höher belastet.

Erfragt wurde zudem die Häufigkeit des Spielens von Online-Rollenspielen, wobei zwischen dem Spiel „World of Warcraft“ und „anderen Online-Rollenspielen“ unterschieden wurde. In der Schülerbefragung 2007/2008 wurde nur allgemein nach dem Spielen von Online-Rollenspielen gefragt, weshalb Vergleichsdaten nur zum zusammenfassenden Index präsentiert werden können. Über ein Viertel der Jungen (29,7 %), aber nur 4,5 % der Mädchen geben an, häufiger Online-Rollenspiele zu spielen. Diese Spiele gehen, wie bisherige Studien zeigen, mit einer besonders hohen Spielzeit einher (vgl. Rehbein et al. 2009), was sich negativ auf die schulischen Leistungen auswirken kann. Zudem ergeben sich für Spieler dieser Spiele erhöhte Computerspielabhängigkeitswerte, was mit der besonderen Struktur der Spiele begründet wird (vgl. Rehbein et al. 2009). *Im Vergleich zum Bundesdurchschnitt ergeben sich für die Jungen wie für die Mädchen höhere Anteile häufiger Online-Spieler in Berlin.* Für andere in Tabelle 5.8 dargestellte Spielgenres zeigt sich, dass die Berliner Jugendlichen meist seltener oder gleich häufig wie die Jugendlichen im Bund zu den häufigen Nutzern gehören. Mädchen kommen mit allen

diesen Spielen kaum in Kontakt; bei Jungen genießen die Sportspiele noch einen hohen Stellenwert.

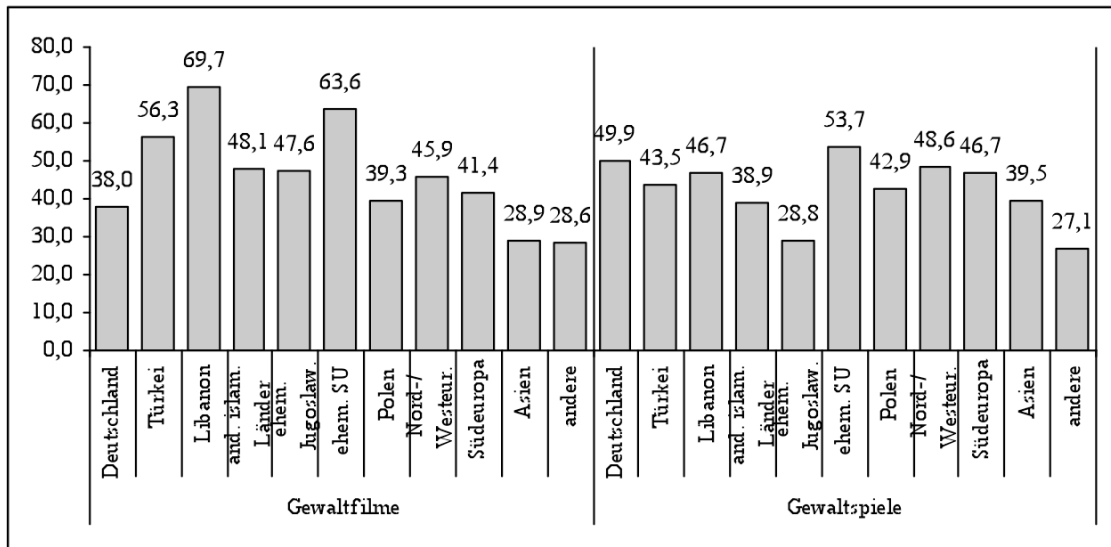
Vor dem Hintergrund der negativen Wirkung des Gewaltmedienkonsums stellt sich die Frage, welche Schülergruppen besonders häufig entsprechende Formate konsumieren. In Abbildung 5.16 sind diesbezüglich die Raten für Schüler verschiedener Schulformen dargestellt, wobei sich nur auf männliche Befragte beschränkt wird. Erkennbar ist erstens, dass es bezüglich des Gewaltfilmkonsums ein deutliches Bildungsgefälle gibt; Gymnasiasten zählen deutlich seltener zu den häufigen Konsumenten als Haupt- und Förderschüler. Dieses Gefälle existiert beim Gewaltspielkonsum nicht. Die Raten häufiger Konsumenten liegen in allen Schulformen etwa gleich hoch. Zweitens zeigt sich beim Gewaltfilmkonsum für alle Schulformen eine Höherbelastung der Berliner Schüler: Förder- und Hauptschüler ebenso wie Gymnasiasten kommen in Berlin häufiger mit Gewaltfilmen in Kontakt als das bundesweit der Fall ist. Dies gilt auch dann, wenn der Vergleich mit den bundesdeutschen Großstädten gezogen wird.

Abbildung 5.16: Anteil Jugendlicher, die häufig (mind. einmal pro Woche) Gewaltfilme bzw. -spiele konsumieren nach Schulform, nur männliche Befragte (in %; gewichtete Daten)



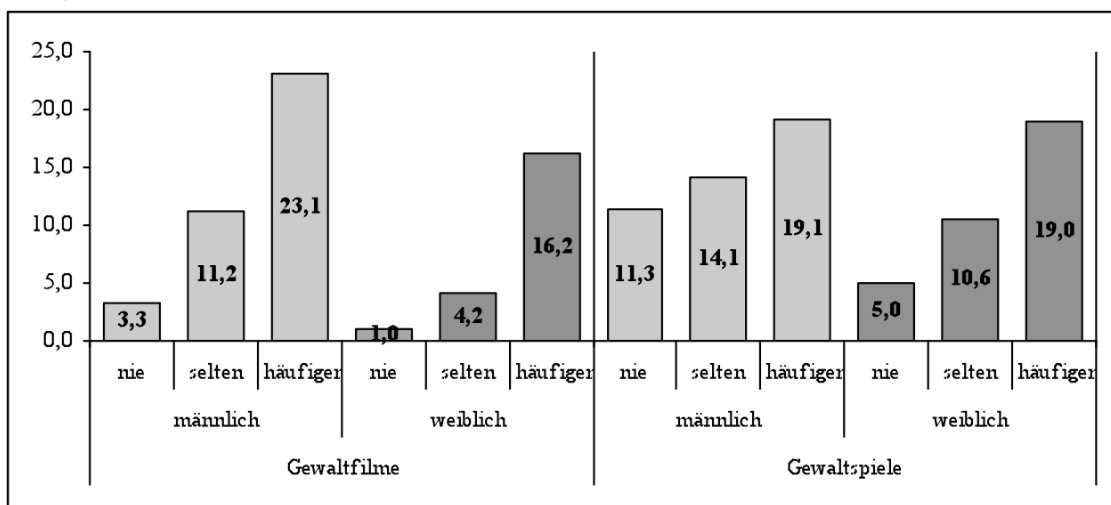
Ein Vergleich der verschiedenen ethnischen Gruppen zeigt, dass filmische Gewalt besonders häufig von Jugendlichen mit muslimischen Hintergrund konsumiert wird sowie von Jugendlichen aus Ländern der ehemaligen Sowjetunion (Abbildung 5.17). Asiatische Jugendliche kommen weit seltener mit diesen Inhalten in Kontakt. Bei den Gewaltspielen ergibt sich ein anderes Bild: Deutsche Jugendliche sowie Jugendliche aus Ländern der ehemaligen Sowjetunion stellen hier die Gruppen mit den höchsten Anteilen häufiger Spieler. Jugendliche mit islamischem Hintergrund sind eher durchschnittlich belastet.

Abbildung 5.17: Anteil Jugendlicher, die häufig (mind. einmal pro Woche) Gewaltfilme bzw. -spiele konsumieren nach Migrationshintergrund, nur männliche Befragte (in %; gewichtete Daten)



In Abbildung 5.18 ist zudem der Zusammenhang zwischen dem Konsum von Gewaltmedien und dem eigenen Gewaltverhalten dargestellt. Zu beachten ist hier wie bei allen anderen Zusammenhangsanalysen, dass in Berlin nur Querschnittsdaten zur Verfügung stehen, mit denen keine Ursache-Wirkungs-Analysen möglich sind. Verschiedene Längsschnittstudien können aber mittlerweile belegen, dass die kausale Reihenfolge eher so ist, dass der Gewaltmedienkonsum die Gewaltbereitschaft erhöht und nicht umgekehrt (vgl. Hopf et al. 2008, Möller/Krahe 2009). *Auch in Berlin ergibt sich ein signifikanter Zusammenhang zwischen dem Konsum und dem Verhalten, der für den Filmkonsum enger ausfällt als für den Spielkonsum.* Jungen, die in den letzten zwölf Monaten keine Gewaltfilme gesehen haben, haben nur zu 3,3 % mindestens eine Gewalttat ausgeführt, Jungen, die häufiger derartige Filme gesehen haben, zu 23,1 %. Für weibliche Befragte finden sich vergleichbare Zusammenhänge wie für männliche Befragte. Interessant ist dabei, dass weibliche Vielspielerinnen von Gewaltspielen eine identisch hohe Gewalttäterrate aufweisen wie männliche Vielspieler (19,0 zu 19,1 %).

Abbildung 5.18: Anteil Gewalttäter nach Häufigkeit des Gewaltmedienkonsums (in %; gewichtete Daten)



Der Einfluss, den Gewaltmedien auf das Gewaltverhalten ausüben, führt zu der Frage, welche Faktoren wiederum den Gewaltmedienkonsum beeinflussen. Hierzu liegen bislang nur wenige Erkenntnisse vor. In der Schülerbefragung 2007/2008 konnte gezeigt werden, dass Jugendliche, die zu Hause elterliche Gewalt erleben, häufiger Gewaltmedien konsumieren. Elterliches Gewaltverhalten ist also auch in dieser Hinsicht ein Risikofaktor. Erwähnt wurde bereits, dass es einen Zusammenhang zwischen dem Gewaltmedienkonsum und den Gewalteinstellungen gibt (Männlichkeitsnormen), d.h. es ist davon auszugehen, dass Jugendliche ihre Medieninhalte bewusst entsprechend ihrer Einstellungen aussuchen. Die soziale Lage ist, wie bereits gezeigt wurde, kein zentraler Einflussfaktor: Gymnasiasten spielen ebenso Gewaltspiele wie Schüler anderer Schulformen. Der zentrale Faktor in den meisten Analysen ist die Geschlechtszugehörigkeit. Es bleibt insofern eine wichtige Untersuchungsfrage, was Gewaltmedien gerade für Jungen derart attraktiv macht.

Computerspielabhängigkeit

Wie die bereits dargestellten Befunde zeigen, ist das Computerspielen gerade bei Jungen eine der wichtigsten Freizeitbeschäftigungen. Neben den erwähnten Auswirkungen des z.T. exzessiven Computerspielens auf die Schulleistungen, wird seit einiger Zeit ein globaleres Störungsbild als Folge des Spielens diskutiert: die Computerspielabhängigkeit. Nachlassende Schulleistungen bilden – neben anderen Belastungen – dabei einen Indikator, der auf eine solche Abhängigkeit schließen lassen kann. Momentan besitzt die Computerspielabhängigkeit in den Klassifikationssystemen ICD-10 und DSM-IV jedoch noch keine eigenständige Diagnose. Sie zählt zu den stoffungebundenen Suchterkrankungen bzw. wird als eine Verhaltenssucht bezeichnet. In der psychotherapeutischen Praxis wird Computerspielabhängigkeit häufig in der Kategorie „sonstige Impulskontrollstörungen“ erfasst. Computerspielabhängigkeit wird aber auch als Sekundärdiagnose oder Folge anderer psychischer Störungen (z.B. Persönlichkeitsstörungen, pathologisches Glücksspiel, Depression) behandelt. Erste Hinweise darauf, dass Computerspielabhängigkeit eine eigenständige psychische Störung darstellen könnte, wurden innerhalb der deutschlandweit repräsentativen Schülerbefragung 2007/2008 gesammelt (Rehbein et al. 2009).

Grundsätzlich muss zwischen exzessivem und abhängigem Computerspielen unterschieden werden. Das Vorliegen eines exzessiven, d.h. zeitlich ausgedehnten Spielens ist dabei noch nicht hinreichend, um von einer Abhängigkeit sprechen zu können. Zum zeitlichen Aspekt müssen noch weitere Kriterien hinzutreten, damit eine solche Diagnose plausibel ist. Ein mögliches diagnostisches Kriterium könnte nach Wölfling (2010) „das unwiderstehliche Verlangen, am Computer zu spielen (Leitsymptom)“ (S. 271) sein. Bezüglich dieses Kriteriums kritisieren Rehbein et al. (2009) aber, dass „engagiertes Spielverhalten im Sinne einer erhöhten Spielleidenschaft als starkes Verlangen mit diagnostischer Relevanz fehl gedeutet“ (S. 14) werden kann. Ein Symptom, das in geringerem Maße zu Fehldeutungen Anlass gibt, ist demgegenüber der *Kontrollverlust*, womit die Unfähigkeit gemeint ist, Anfang, Dauer und Ende des Spielens zu bestimmen (Rehbein et al. 2009). Treten beim Verzicht auf das Computerspielen verschiedene Symptome wie Nervosität, Unruhe, Schlafstörungen und Gereiztheit auf, dann liegen *Entzugserscheinungen* vor, die ebenfalls auf eine Abhängigkeit hindeuten. Von der *Toleranzentwicklung* wird dann gesprochen, wenn es im Verlauf der Störung zu einer kontinuierlichen Steigerung der Dosis (Dauer und Intensität des Computerspielens) kommen muss, um ein vergleichbares Erlebnisausmaß zu erreichen. Die gestiegene Dosis steht in Wechselwirkung mit der *Einengung des Denkens und Fühlens*, d.h. dem Desinteresse an anderen Tätigkeiten und alterna-

tiven Freizeitbeschäftigungen. Daraus resultieren mögliche *negative Konsequenzen* (z.B. Übermüdung, Mangelernährung, Leistungseinbrüche) die konstitutives Kennzeichen von Abhängigkeitserkrankungen sind. Ob sich diese Abhängigkeitskriterien ohne Weiteres auf die Computerspielabhängigkeit übertragen lassen, kann derzeit noch nicht abschließend beurteilt werden. Rehbein et al. (2009) sehen bspw. die Toleranzentwicklung und die Entzugserscheinungen eher als Nebenkriterien an. Eine Steigerung der Dosis ist bei sogenannten „Massively Multiplayer Online Role-Playing Games“ (MMORPGs) sehr schwierig, da hier von Anfang an eine enorme zeitliche Belastung mit dem Spielen einher geht. Entzugserscheinungen könnten möglicherweise deshalb beim Computerspielen nicht auftreten, weil es keine Verknappung dieses Guts gibt (permanente Zugänglichkeit von Computerspielen).

In der Schülerbefragung in Berlin wurde bei etwa jedem dritten Befragten in einem Fragebogenmodul ein Instrument eingesetzt, das die genannten Kriterien der Computerspielabhängigkeit erfasst, die KFN-CASA-II-Skala (vgl. Rehbein et al. 2009). Dieses Instrument beinhaltet 14 Items, welche die angesprochenen fünf Kriterien bzw. Dimensionen einer Abhängigkeit erfassen (vgl. Tabelle 5.9). Jeweils vier Items beziehen sich dabei auf die Messung der Einengung des Denkens und Verhaltens sowie der negativen Konsequenzen. Bei letztgenannten wurde zwischen negativen Konsequenzen im schulischen und im sozialen Bereich unterschieden. Jeweils zwei Items messen den Kontrollverlust, die Entzugserscheinungen und die Toleranzentwicklung. Den einzelnen Aussagen wird in unterschiedlichem Ausmaß zugestimmt (die Zustimmung konnte von „1 – stimmt nicht“ bis „4 – stimmt genau“ abgestuft werden); dennoch wird bei keinem Item der theoretische Mittelwert von 2,5 erreicht, d.h. es ist immer nur ein kleiner Teil aller Befragten, der sich zustimmend äußert. Am ehesten wird der Aussage zugestimmt, dass man länger spielt, als man sich vorgenommen hat und dass die Gedanken auch jenseits des Computerspiels um die Spiele kreisen. Am seltensten sind die Jugendlichen der Ansicht, dass sie unruhig oder nervös werden, wenn sie längere Zeit nicht spielen können. Der hohe Cronbachs-Alpha-Wert belegt, dass die Antworten der Jugendlichen für die einzelnen Aussagen hoch miteinander korrelieren und insofern ein zuverlässiges Messinstrument zur Erfassung der Computerspielabhängigkeit vorliegt. Informationen zur Validität des Instruments finden sich bei Rehbein et al. (2009).

Die Antworten der Schüler auf die 14 Items wurden für all jene Befragten addiert, die vollständige Angaben gemacht haben, also kein Item bei der Beantwortung ausgelassen haben. Die Werte eines Schülers können dementsprechend zwischen 14 und 56 variieren. Angelehnt an den Vorschlag von Hahn und Jerusalem (2001) zur Erfassung der Internetsucht sollen jene Jugendlichen, die durchschnittlich mindestens „3 – stimmt eher“ angekreuzt haben, als abhängig bezeichnet werden, d.h. Jugendliche, die Werte von 42 bis 56 erreichen. Jugendliche mit dem Durchschnittswert von 2,5 bis unter 3,0 gelten als gefährdet (Werte 35 bis höchstens 41 Punkte). Die restlichen Schüler werden als unauffällig bezeichnet. Ein zentrales Problem ergibt sich bei dieser Bildungsvorschrift: In der Befragung in Berlin liegen zu 32,5 % der Befragten (323 Fälle), die den entsprechenden Fragebogenteil ausgefüllt haben, keine Werte auf der Skala vor. Ein möglicher Grund hierfür ist, dass es sich bei diesen Jugendlichen um Nichtspieler handeln könnte, die im Fragebogen den Teil zur Abhängigkeit überspringen konnten. Deshalb wurde auf Basis verschiedener Angaben zum zeitlichen Ausmaß des Computerspiels nach Hinweisen gesucht, die die Folgerung stützen, dass es sich um Nichtspieler handelt. Wenn Schüler angegeben haben, an einem gewöhnlichen Schul- bzw. Wochenendtag keine Zeit mit Computerspielen

(Online wie Nicht-Online) zu verbringen bzw. wenn sie (bei fehlenden Angaben zur täglichen Computerspielzeit) einmal im Monat oder seltener Computer, Spielkonsole oder tragbare Spielkonsole spielen, dann werden sie als Nichtspieler klassifiziert. Diese werden der Gruppe der unauffälligen Spieler zugeordnet. Allerdings wird damit nur ein Teil der Fälle mit fehlenden Angaben klassifiziert: In der Schülerbefragung in Berlin bleiben weiterhin 16,3 % der Jugendlichen aufgrund fehlender Werte unberücksichtigt. Die Frage, warum es einen solch großen Anteil an Schülern gibt, die trotz täglichen Computerspielens die Abhängigkeitsskala nicht (komplett) ausgefüllt haben, lässt sich aufgrund mangelnder Informationen an dieser Stelle nicht beantworten.

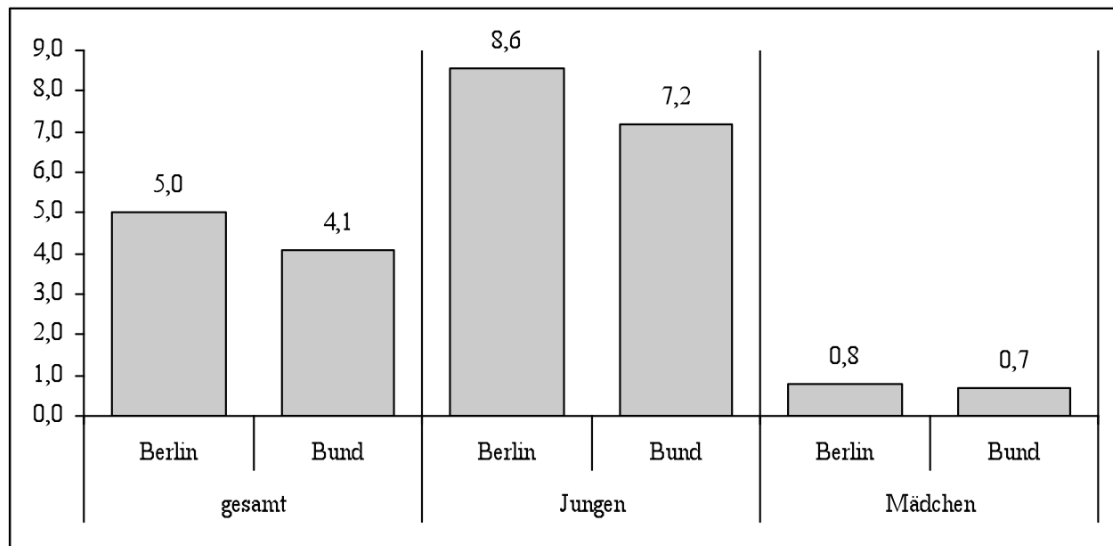
Tabelle 5.9: Computerspielabhängigkeitsskala (Mittelwerte; gewichtete Daten)

Kriterium	Item	Mittelwert	Fälle mit fehlenden Angaben
Einengung des Denkens und Verhaltens	Ich beschäftige mich auch während der Zeit, in der ich nicht Computer- und Videospiele, gedanklich sehr viel mit Spielen.	1.67	719
	Meine Gedanken kreisen ständig ums Computer- und Videospiele, auch wenn ich gar nicht spiele.	1.29	701
	Zu bestimmten Zeiten oder in bestimmten Situationen spiele ich eigentlich immer: Das ist fast zu einer Routine für mich geworden.	1.55	714
	Es kommt vor, dass ich eigentlich etwas ganz anderes tue und dann ohne zu überlegen ein Computerspiel starte.	1.41	713
Negative Konsequenzen	Meine Leistungen in der Schule leiden unter meinen Spielgewohnheiten.	1.34	698
	Ich bin so häufig und intensiv mit Computer- und Videospiele beschäftigt, dass ich manchmal Probleme in der Schule bekomme.	1.33	695
	Mir wichtige Menschen beschwerten sich, dass ich zuviel Zeit mit Spielen verbringe.	1.46	702
	Weil ich soviel spiele, unternehme ich weniger mit anderen.	1.35	700
Kontrollverlust	Ich verbringe oft mehr Zeit mit Computer- und Videospiele, als ich mir vorgenommen habe.	1.86	716
	Ich habe das Gefühl, meine Spielzeit nicht kontrollieren zu können.	1.51	717
Entzugserscheinungen	Wenn ich nicht spielen kann, bin ich gereizt und unzufrieden.	1.36	704
	Wenn ich längere Zeit nicht spiele, werde ich unruhig und nervös.	1.26	697
Toleranzentwicklung	Ich habe das Gefühl, dass Computer- oder Videospiele für mich immer wichtiger werden.	1.48	717
	Ich muss immer länger spielen, um zufrieden zu sein.	1.39	715
Cronbachs Alpha		.93	670

Nach der Bildungsvorschrift von Hahn und Jerusalem (2001) werden gefährdete und abhängige Jugendliche unterschieden. Beides trifft aber generell nur auf einen kleinen Teil der Jugendlichen zu. Bei hinreichend großen Stichproben ist dies unproblematisch, da die einzelnen Gruppen ausreichend mit Fällen besetzt sind. Im Fall der Befragung in Berlin würden aber nur 13 Befragte als gefährdet und 28 Befragte als abhängig eingestuft (gewichtete Daten). Da es nicht sinnvoll ist, zu solch kleinen Gruppen Aussagen zu treffen, wird im Folgenden nur zwischen der zusammengefassten Gruppe der gefährdeten/abhängigen Jugendlichen und der Gruppe der nicht auffälligen Jugendlichen (die z.T. Nichtspieler sind) unterschieden.

In Abbildung 5.19 sind die Quoten gefährdeter/abhängiger Jugendlicher dargestellt. *In Berlin werden 5,0 % der Jugendlichen dieser Gruppe zugeordnet. Dies liegt über dem bundesdeutschen Vergleichswert. Jungen sind dabei mit 8,6 % mehr als zehn Mal häufiger gefährdet oder abhängig als Mädchen (0,8 %).* Dabei sind es vor allem die männlichen Befragten Berlins, die häufiger als gefährdet bzw. abhängig eingestuft werden als die Befragten der deutschlandweiten Schülerbefragung 2007/2008.

Abbildung 5.19: Anteil gefährdeter/abhängiger Jugendliche nach Geschlecht (in %; gewichtete Daten; ohne Förderschüler)



Jugendliche, die als gefährdet bzw. abhängig eingestuft werden, verbringen täglich deutlich mehr Zeit mit dem Computerspielen als unauffällige Jugendliche. Männliche gefährdete bzw. abhängige Jugendliche spielen täglich 3:17 Online Computer und zusätzlich 1:15 Offline. Bei unauffälligen, männlichen Jugendlichen beträgt die Zeit 1:19 bzw. 0:43. Auch mit dem Fern- bzw. Filme Sehen beschäftigen sich gefährdete/abhängige Jugendliche in zeitlich intensiverer Weise, so dass die Computerspielabhängigkeit als Ausdruck einer Art Medienabhängigkeit betrachtet werden kann (vgl. Baier/Rehbein 2009).

Es existieren zudem enge Beziehungen zwischen dem Spielen von Online-Spielen und einer Gefährdung bzw. Abhängigkeit: *Männliche Befragte, die nie World of Warcraft spielen, sind zu 5,4 % gefährdet/abhängig, Jugendliche, die dies häufig tun, zu 18,2 %.* Auch bei anderen Online-Spielen zeigt sich ein entsprechender Zusammenhang (6,2 zu 21,6 %), ebenso wie beim Spielen von Ego- und Third-Person-Shootern (2,3 zu 12,1 %). Bei anderen Spielgenres ist dies hingegen weniger der Fall. Diese Befunde bestätigen die Ergebnisse der Schülerbefragung 2007/2008, in der sich gezeigt hat, dass World of Warcraft das größte Abhängigkeitspotenzial entfaltet, was mit der Art der Spielstruktur in Zusammenhang steht (u.a. Vergabe von Belohnungen, Spielen in Gruppen; vgl. Rehbein et al. 2009). Jeder fünfte männliche Jugendliche, der dieses Spiel spielt, wurde in der Befragung 2007/2008 als abhängig oder gefährdet eingestuft.

Neben den Eigenschaften von Spielen stehen auch Eigenschaften des Spielers mit der Ausbildung einer Gefährdung bzw. Abhängigkeit in Beziehung, wie die Analysen von Rehbein et al. (2009) belegen. Hierzu gehören die Erfahrungen elterlicher Gewalt in der Kindheit, die eigene Gewaltakzeptanz oder die Nutzung von Spielen bei realweltlichen Misserfolgsereignissen. Baier

et al. (2010a) können anhand einer Schülerbefragung im Bundesland Sachsen-Anhalt belegen, dass eine hohe elterliche Zuwendung das Risiko der Ausbildung einer Computerspielabhängigkeit reduziert und das Vorliegen einer ADHS-Diagnose das Risiko einer Abhängigkeit erhöht.

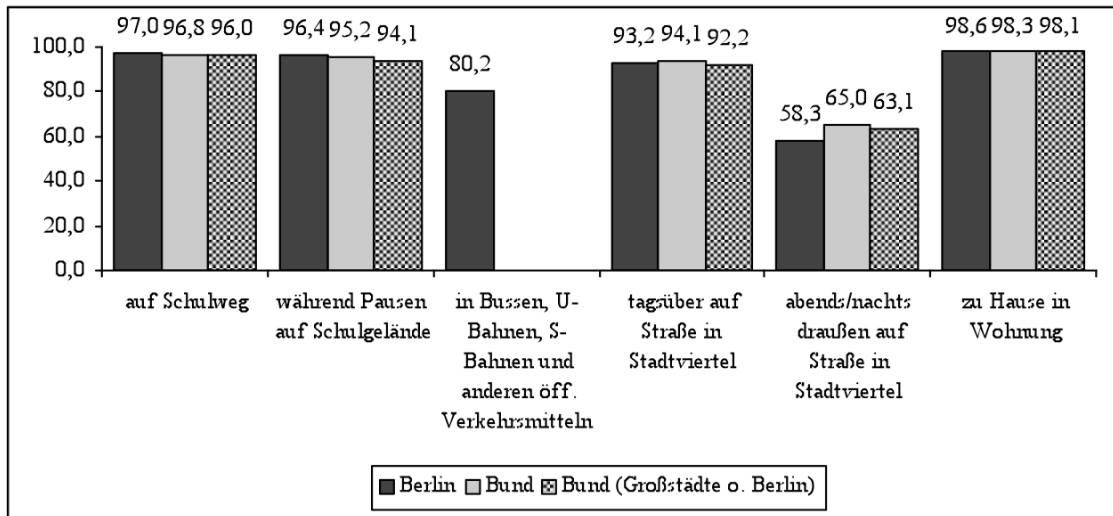
Für Berlin zeigt sich zudem, dass die Abhängigkeit mit der besuchten Schulform in Zusammenhang steht: Bei männlichen Hauptschülern liegt in 13,4 % der Fälle eine Gefährdung/Abhängigkeit vor, bei männlichen Realschülern (inkl. IHR) in 11,1 % der Fälle, bei männlichen Gymnasiasten hingegen nur in 3,7 % der Fälle (Gesamtschule: 10,8 %). Männliche, deutsche Jugendliche erweisen sich zudem als anfälliger für dieses Störungsbild als männliche Jugendliche mit Migrationshintergrund (9,6 zu 6,1 %).

Die Computerspielabhängigkeit steht nicht mit weiteren Auffälligkeiten bspw. im Gewaltverhalten in Zusammenhang. Männliche abhängige bzw. gefährdete Spieler haben in Berlin zu 18,9 % mindestens eine Gewalttat in den zurückliegenden zwölf Monaten begangen, unauffällige Spiele zu 16,9 %. Bei anderen Delikten ergeben sich Hinweise auf eine höhere Belastung der abhängigen bzw. gefährdeten Spieler, so z.B. beim Ladendiebstahl oder bei der Sachbeschädigung. Die Unterschiede zu den unauffälligen Spielern werden aber nicht als signifikant ausgewiesen. Zu beachten ist bei diesen Auswertungen zum delinquenten Verhalten, dass in der Gruppe der abhängigen/gefährdeten Schüler nur eine geringe Fallzahl zur Verfügung steht, so dass Beziehungen zwischen der Gruppenzugehörigkeit und relativ selten vorkommenden Verhaltensweisen nur unzureichend untersucht werden können.

5.5. Schule

Zunächst ist mit Blick auf die Institution Schule festzuhalten, dass sich die Jugendlichen Berlins in der Schule genauso sicher fühlen wie die Jugendlichen aus anderen Teilen Deutschlands (Abbildung 5.20). Das Sicherheitsgefühl wurde dabei über die Frage erfasst, wie sicher bzw. unsicher sich an verschiedenen Orten gefühlt wird. Die Antwortoptionen reichten von „1 – sehr unsicher“ bis „4 – sehr sicher“; die Antworten 3 und 4 wurden zu „sicher“ zusammengefasst. Während der Pausen in der Schule fühlen sich in Berlin 96,4 % der Befragten sicher, bundesweit sind es 95,2 %, in Großstädten sogar noch etwas weniger (94,1 %). Auch der Weg zur Schule ist in den Augen der Schüler nicht weniger sicher als in anderen Gebieten Deutschlands. Vergleichbare Ergebnisse finden sich zum Sicherheitsgefühl tagsüber im Stadtteil sowie zu Hause in der Wohnung. Allerdings stimmten die Befragten in Berlin etwas seltener der Aussage zu, dass sie sich abends/nachts im Stadtteil sicher fühlen würden; das Niveau in Berlin liegt auch unterhalb des Niveaus in anderen Großstädten Deutschlands. Vergleiche zum Sicherheitsgefühl in öffentlichen Personennahverkehrsmitteln sind nicht möglich, da dieses in der bundesweiten Befragung nicht erhoben wurde. *Hervorzuheben ist, dass die Schule für die Schüler ein weitestgehend sicherer Ort ist. Dies gilt über alle Schulformen hinweg:* Die Hauptschüler Berlins berichteten bspw. zu 93,1 % ein hohes Sicherheitsgefühl in den Pausen (Bund: 93,3 %), die Gymnasiasten zu 98,4 % (Bund: 97,3 %).

Abbildung 5.20: Anteil Schüler, die sich an verschiedenen Orten sicher fühlen (in %; gewichtete Daten; ohne Förderschüler)



Wird der Blick auf mögliche schulbezogene Einflussfaktoren des delinquenten Verhaltens gerichtet, so wird u.a. auf den Einfluss schlechter Schulleistungen verweisen (vgl. Baier/Pfeiffer 2011). Schlechte Schulleistungen stehen für Misserfolgserlebnisse, die dazu motivieren können, in anderen Bereichen Anerkennung zu suchen. Der Gewalteinsatz kann ein Mittel sein, sich Anerkennung und Respekt zu verschaffen. Gemessen wurden die Schulleistungen der Schüler über die letzten Zeugnisnoten in den Fächern Deutsch, Mathematik, Geschichte, 1. Fremdsprache und Sport (vgl. Tabelle 5.10). Im Vergleich mit dem Bund ergeben sich für Berlin durchschnittliche Noten; nur die Sportnote fällt hier deutlich schlechter aus (2,39 zu 2,20). Die Durchschnittsnote der drei Fächer Deutsch, Mathematik und Geschichte liegt in Berlin bei 3,04, im Bund bei 3,02. Die Sportnote wurde aus der Durchschnittsberechnung ausgeschlossen, da sie recht wenig über das Leistungsniveau eines Schülers aussagt; die Note in der ersten Fremdsprache wurde im Bund nicht erfasst. Die männlichen Jugendlichen Berlins berichten signifikant schlechtere Deutschnoten sowie Fremdsprachennoten, zugleich aber signifikant bessere Leistungen in Mathematik und Sport. Das durchschnittliche Leistungsniveau betrachtet unterscheiden sich die Jungen letztlich nicht signifikant von den Mädchen. Dies bedeutet nicht, dass es in Berlin keine Leistungskrise der Jungen gäbe. Zu beachten ist, dass die Jugendlichen zum Zeitpunkt der neunten Klasse bereits ihrem Leistungsniveau entsprechend einer Schulform zugewiesen worden sind. Entscheidender als die Noten ist bzgl. der Leistungskrise, wie sich die Geschlechter auf die Schulformen verteilen und wie häufig sie bereits sitzen geblieben sind. Bei diesen beiden Indikatoren zeigt sich dann sehr wohl eine Leistungskrise der Jungen. *So sind 19,6 % der Jungen, aber nur 17,3 % der Mädchen Berlins in ihrer bisherigen Schulkarriere mindestens einmal sitzen geblieben. Ein Abitur streben in Berlin nur 46,3 % der Jungen, aber 58,1 % der Mädchen an.* Einen Hauptschulabschluss werden hingegen 20,4 % der Jungen und nur 13,4 % der Mädchen ablegen.

Tabelle 5.10: Schulleistungen (Mittelwerte; gewichtete Daten; ohne Förderschüler)

	Berlin	Bund	Jungen	Mädchen
Deutsch	3.04	3.02	3.19	2.89
Mathematik	3.15	3.14	3.09	3.21
Sport	2.39	2.20	2.33	2.44
Geschichte	2.93	2.88	2.89	2.96
1. Fremdsprache	2.95	-	3.09	2.82
Skala (ohne Sport und 1. Fremdsprache)	3.04	3.02	3.06	3.02
Cronbachs Alpha	.70	.64	.69	.72

fett: Unterschiede signifikant bei $p < .05$

Für das Zurechtkommen in der Schule (und damit u.a. für das Vorbeugen von Misserfolgserlebnissen) können neben den Leistungen noch weitere Faktoren verantwortlich gemacht werden. Wir haben daher die Schüler gebeten, vier verschiedene Einschätzungen zu ihrer Schule abzugeben, wobei die Antwortoptionen von „1 – stimmt nicht“ bis „4 – stimmt genau“ zur Verfügung standen. Aus den Einzelaussagen haben wir vier Mittelwertsskalen gebildet (Tabelle 5.11):

1. *Schulbindung*: Diese gibt an, wie wohl sich Schüler in der Schule fühlen. Der Gesamtmittelwert von 2,73 verdeutlicht, dass etwas mehr als die Hälfte der Befragten eine überdurchschnittliche, etwas weniger als die Hälfte eine unterdurchschnittliche Bindung aufweisen.
2. *Schulgewaltniveau*: Einzuschätzen war, ob es an der Schule Gewalt, Streit oder Ärger gibt. Der Aussage zum Streit und Ärger wurde dabei häufiger zugestimmt.
3. *Interventionsbereitschaft*: Das Verhalten der Lehrkräfte bei Gewaltvorfällen wurde ebenfalls mittels zweier Aussagen erfragt. Eine Aussage stellt ein Umkehritem dar. Der Gesamtmittelwert von 3,26 bedeutet, dass die Mehrheit der Schüler den Lehrern attestierte, bei Gewaltvorfällen einzugreifen.
4. *Integration*: Wie sich die Schüler sozial an ihre Klasse gebunden fühlen, wurde mittels zwei Items zur Beliebtheit und zu Freundschaften erfragt. Vor allem die Aussage, dass man viele Freunde in der Schule hat, erhielt dabei Zustimmung.

Tabelle 5.11: Skalen der Schuleinschätzung (Mittelwerte; gewichtete Daten; ohne Förderschüler)

	Schulbindung	Schulgewalt	Interventionsbereitschaft	Integration
An meiner Schule gefällt es mir wirklich gut.	2.86			
Ich gehe gern zur Schule.	2.60			
An unserer Schule gibt es viel Gewalt.		1.90		
Bei mir in der Schule gibt es unter den Schülern oft Streit und Ärger.		2.32		
Die meisten Lehrkräfte hier greifen ein, wenn es unter Schülern zu Gewalt kommt.			3.14	
Die meisten Lehrkräfte hier gucken am liebsten weg, wenn es Schlägereien zwischen Schülern gibt. (-)			3.39	
Bei meinen Mitschülern bin ich beliebt.				2.87
Ich habe viele Freunde in der Schule.				3.36
Skala	2.73	2.11	3.26	3.13
Pearson-Korrelation	.53	.56	.41	.49

(-) = Umkehritem, der zugehörige Mittelwert bezieht sich auf das umkodierte Item

Im Vergleich mit dem Bundesgebiet ergeben sich für Berlin folgende Auffälligkeiten: Die Schüler in Berlin weisen eine höhere Schulbindung auf und fühlen sich etwas häufiger in die Klasse integriert; die Interventionsbereitschaft wird in Berlin höher das schulische Gewaltniveau niedriger eingestuft, gerade im Vergleich zu anderen Großstädten (Tabelle 5.12). Bedeutsam sind zudem Geschlechter- und Schulformunterschiede. Jungen fühlen sich demnach weniger stark an die Schule gebunden als Mädchen; zugleich nehmen sie eine geringere Interventionsbereitschaft wahr und fühlen sich besser in die Klasse integriert. Für die verschiedenen Schülergruppen zeigt sich, dass Gymnasiasten die stärkste Schulbindung aufweisen, die höchste Interventionsbereitschaft wahrnehmen und das Gewaltniveau am geringsten einstufen. Bezüglich des eingeschätzten Schulgewaltniveaus ist darauf hinzuweisen, dass die Hauptschüler Berlins höhere Werte erzielen als die Hauptschüler des Bundes (2,55 zu 2,42; Großstädte: 2,51); bei den anderen Schulformen fallen die Diskrepanzen zwischen dem Bund und Berlin geringer aus. *Insofern scheint das innerschulische Gewaltniveau an Berliner Hauptschulen höher auszufallen als an Hauptschulen bundesweit.*

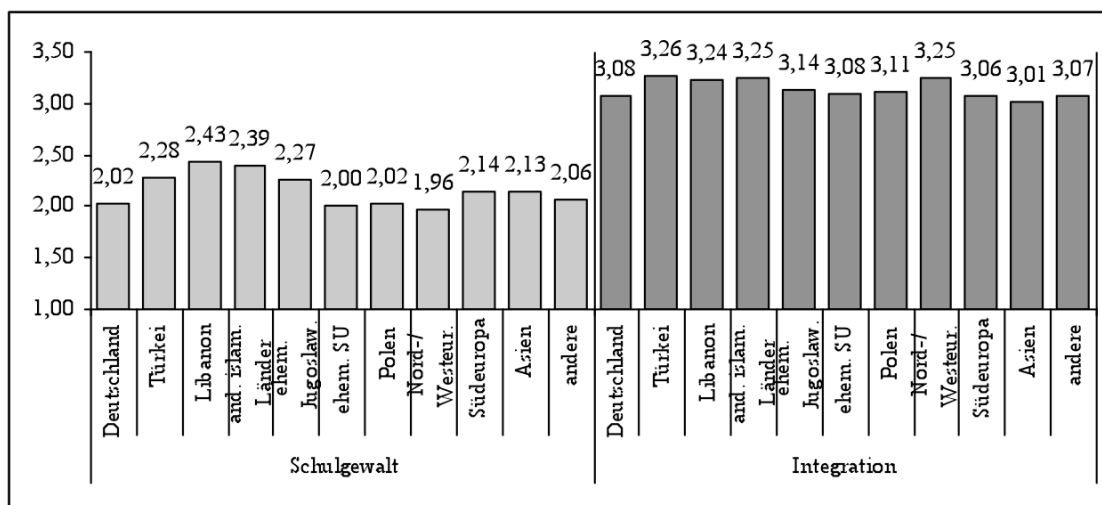
Tabelle 5.12: Schuleinschätzungen nach verschiedenen Gruppen (Mittelwerte; gewichtete Daten; ohne Förderschüler)

	Schulbindung	Schulgewalt	Interventionsbereitschaft	Integration
Berlin	2.73	2.11	3.26	3.13
Bund	2.66	2.16	3.21	3.09
Bund (Großstädte ohne Berlin)	2.64	2.26	3.16	3.09
Jungen	2.67	2.10	3.20	3.16
Mädchen	2.79	2.13	3.33	3.09
Hauptschule	2.62	2.55	3.12	3.09
IHR/Realschule	2.59	2.18	3.22	3.08
Gesamtschule	2.72	2.37	3.17	3.14
Gymnasium	2.83	1.78	3.39	3.15

fett: Unterschiede signifikant bei $p < .05$

Bezüglich der ethnischen Gruppen finden sich deutlichere Unterschiede im Hinblick auf die Einschätzung des schulischen Gewaltniveaus und die wahrgenommene Integration. Wie Abbildung 5.21 zeigt, stufen libanesisch, türkische und andere islamische Schüler das Gewaltniveau in der Schule am höchsten ein, nord- und westeuropäische Befragte am niedrigsten. Die drei erstgenannten Gruppen nehmen zugleich die höchste Integration in die Klasse wahr; asiatische Jugendliche scheinen hingegen seltener Freundschaften in der Schule zu unterhalten.

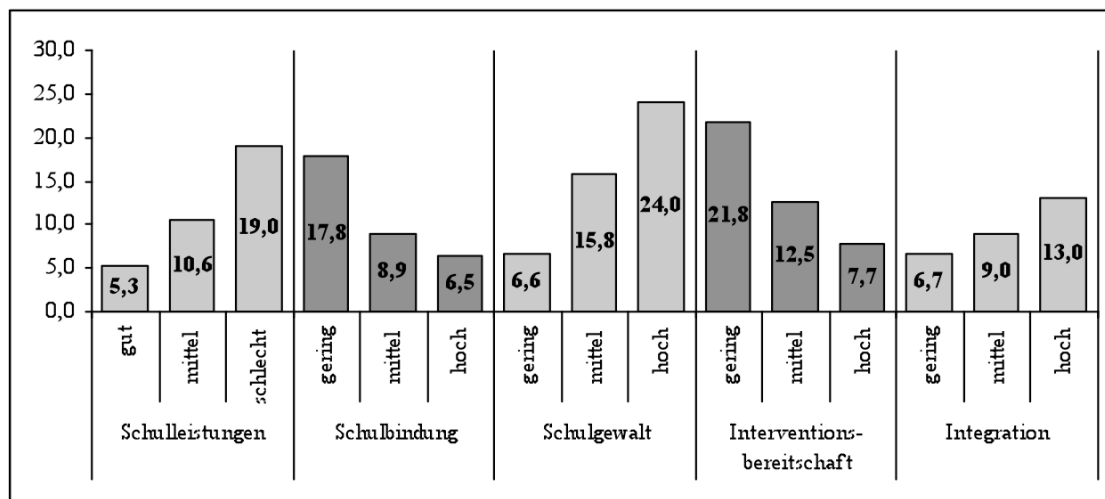
Abbildung 5.21: Schuleinschätzungen nach Migrationshintergrund (Mittelwerte; gewichtete Daten; ohne Förderschüler)



Wie die bislang erwähnten schulbezogenen Faktoren mit dem Gewaltverhalten zusammenhängen, kann Abbildung 5.22 entnommen werden. Dabei ergeben sich folgende Befunde:

- *Jugendliche mit schlechteren Schulleistungen sind häufiger Gewalttäter.* Insbesondere die schlechten Schüler (Durchschnittsnote größer als 4,00) treten häufiger als Gewalttäter in Erscheinung.
- *Zu den schulbezogenen Einschätzungen zeigt sich, dass Schüler, die eine starke Bindung an die Schule haben, einem geringeren Risiko unterliegen, zum Gewalttäter zu werden.* Ein vergleichbarer Effekt ist für die Interventionsbereitschaft feststellbar: *Lehrer, die den Schülern signalisieren, dass Gewalt an der Schule nicht toleriert wird, beeinflussen damit auch deren Verhalten außerhalb der Schule – insofern ein großer Teil aller Gewalthandlungen außerhalb der Schule verübt wird.* Ein hohes schulisches Gewaltniveau hat einen gegenläufigen Effekt: *Wenn Schüler sehen, dass Gewalt an der Schule verübt wird (und anscheinend nicht resolut dagegen vorgegangen wird), dann verfestigt sich bei ihnen der Eindruck, selbst zu Gewalt greifen zu dürfen – auch außerhalb der Schule.* Damit wird der hohe sozialisatorische Einfluss, der der Schule oft zugeschrieben wird, empirisch belegt. Der letzte Befund zu diesem Variablenkomplex besagt, dass Schüler, die sich als hoch integriert wahrnehmen, etwas häufiger Gewalttäter sind als Schüler mit geringerem Integrationsstatus; der Zusammenhang zwischen der Integration und der Gewalttäterschaft fällt aber letztlich von allen betrachteten Faktoren am geringsten aus.

Abbildung 5.22: Gewaltverhalten nach Schulfaktoren (in %; gewichtete Daten)



Im Fragebogenteil zu schulbezogenen Einschätzungen wurden zudem Daten zum Kindergartenbesuch, zum Alter der Einschulung und zur Klassenwiederholung gestellt. Tabelle 5.13 gibt die Ergebnisse differenziert für die Geschlechter und die ethnischen Gruppen wieder. Zunächst zeigt sich, dass fast neun von zehn Jugendlichen in der Kindheit in Deutschland einen Kindergarten besucht haben, Mädchen taten dies etwas häufiger als Jungen. Zwischen den ethnischen Gruppen bestehen recht deutliche Unterschiede im Anteil an Kindergartenbesuchern: Unter deutschen Befragten fällt dieser Anteil mit 94,1 % am höchsten aus, unter Befragten aus Ländern der ehemaligen Sowjetunion am geringsten (60,7 %). Zu beachten ist dabei, dass nicht alle Migranten die gleiche Chance hatten, in Deutschland einen Kindergarten zu besuchen. Jene Migranten, die erst nach ihrer Geburt nach Deutschland gekommen sind, können z.T. aufgrund eines höheren Alters keinen Kindergarten mehr besuchen. Ein Vergleich der Migrantengruppen sollte sich deshalb auf all jene Migranten beziehen, die in Deutschland geboren wurden. Dabei wird deutlich, dass mindestens acht von zehn Schülern mit Migrationshintergrund in Deutschland einen Kindergarten besucht haben; bei einigen Gruppen liegen die Quoten sogar über 90 % und erreichen damit die Quote der deutschen Schüler. *Eine Ausnahme besteht bei den libanesischen Jugendlichen: Diese haben, auch wenn sie bereits in Deutschland geboren wurden, nur zu 62,0 % einen Kindergarten hier besucht.*

Hinsichtlich des Alters bei der Einschulung und auch des Anteils an Sitzenbleibern unterscheiden sich die beiden Geschlechter nicht signifikant voneinander. Das durchschnittliche Einschulungsalter von Berliner Neuntklässlern beträgt 6,2 Jahre. Immerhin 18,5 % der Schüler berichten, dass sie schon einmal eine Klasse wiederholen mussten. Bei beiden Indikatoren existieren zugleich wieder deutliche Unterschiede zwischen den ethnischen Gruppen. Ein besonders hohes Einschulungsalter weisen Jugendliche aus Ländern der ehemaligen Sowjetunion auf, besonders niedrig ist es bei nord- bzw. westeuropäischen Jugendlichen. Hohe Quoten an Sitzenbleibern finden sich bei südeuropäischen, ehemals jugoslawischen und türkischen Jugendlichen. Nur etwa halb so hoch fallen die Quoten demgegenüber bei polnischen, nord-/westeuropäischen, asiatischen und deutschen Jugendlichen aus.

Tabelle 5.13: Kindergartenbesuch, Einschulungsalter und Klassenwiederholung nach Geschlecht und Migrationshintergrund (in %; gewichtete Daten; ohne Förderschüler)

	in Deutschland Kindergarten besucht	in Deutschland Kindergarten besucht (nur in Deutschland Geborene)	Alter bei Einschulung	mind. einmal Klasse wiederholt
gesamt	86,0	-	6.21	18,5
männlich	84,6	-	6.23	19,6
weiblich	87,3	-	6.19	17,3
Deutschland	94,1	-	6.18	14,8
Türkei	82,3	83,7	6.29	24,6
Libanon	61,6	62,0	6.08	20,9
and. islam. Länder	79,2	89,9	6.29	19,6
ehem. Jugoslawien	72,8	81,0	6.19	26,0
ehem. SU	60,7	95,7	6.36	22,8
Polen	78,3	93,2	6.31	13,1
Nord-/ Westeuropa	79,7	94,2	6.01	13,4
Südeuropa	90,0	94,0	6.19	29,3
Asien	82,4	96,5	6.33	13,9
andere	80,0	93,1	6.18	21,0

fett: signifikant bei $p < .05$

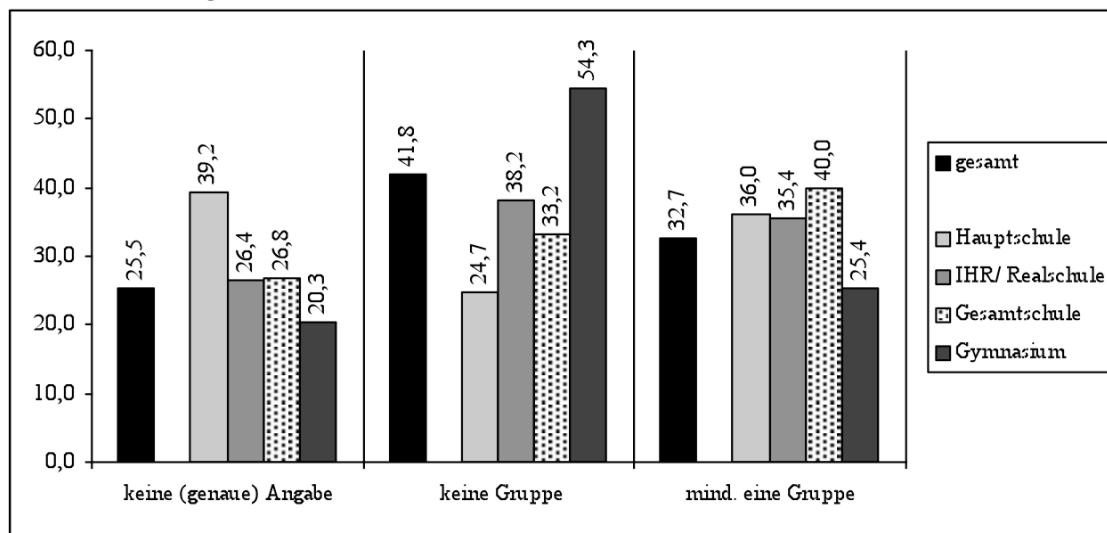
Um daneben eine Dominanz bestimmter ethnischer Gruppen an den Schulen identifizieren zu können, wurden die Jugendlichen danach gefragt, welche Gruppen an Schülern an ihrer Schule das Sagen haben. Was unter „Sagen“ zu verstehen ist, wurde nicht weiter spezifiziert; es ist aber davon auszugehen, dass die Jugendlichen weitestgehend vergleichbare Vorstellungen davon haben, was das Sagen-Haben bedeutet. Die Jugendlichen konnten auf einer Skala von „1 – stimmt nicht“ bis „4 – stimmt genau“ für folgende sechs Gruppen Einschätzungen vornehmen: deutsche, türkische, ehemals sowjetische/russische, ehemals jugoslawische/albanische, libanesische und palästinensische Jugendliche. Zusätzlich konnten weitere Gruppen handschriftlich im Fragebogen notiert werden. Zuletzt stand den Jugendlichen die Möglichkeit offen, mitzuteilen, dass keine Gruppe das Sagen hat.

Um Auswertungen zu dieser Frage des Fragebogens präsentieren zu können, wurde wie folgt vorgegangen: In einem ersten Schritt wurden all jene Befragten bestimmt, die bei mindestens einer aufgeführten ethnischen Gruppe angegeben haben, dass sie das Sagen hat (Antwortkategorien: „stimmt eher“ und „stimmt genau“). Bei Schülern, die bei keiner Gruppe (eher) zustimmten bzw. die überhaupt keine Angaben zu allen ethnischen Gruppen gemacht haben, wurde kontrolliert, ob sie bei „keine Gruppe“ (eher) zustimmten. Jugendliche, die diese Bedingungen nicht erfüllten, werden nachfolgend zur Gruppe „keine (genaue) Angabe“ zusammengefasst. Hierbei handelt es sich einerseits um Schüler, die zu keinem der Items eine Angabe gemacht haben; andererseits finden sich hier Schüler, die bei keinem der Items mit „stimmt eher“ oder „stimmt genau“ geantwortet haben, also alle Vorgaben mehr oder weniger ablehnten (auch die Vorgabe „keine Gruppe“). Wie Abbildung 5.23 zeigt, fällt immerhin ein Viertel aller Befragten in diese Gruppe. Nur der kleinere Teil dieser Befragten (ca. jeder Vierte) hat zu keinem Item eine Angabe gemacht; der größere Teil konnte sich nicht entschließen, zumindest einer aufgeführten Gruppe (bzw. explizit keiner Gruppe) die Dominanz zu attestieren. Dieser hohe Anteil an Befragten ohne klare Aussage spricht dafür, dass einige Jugendliche mit der Frage anscheinend nicht zurecht gekommen sind. Möglicherweise ist die Frageformulierung zu unkonkret gewesen, möglicherweise müssten die Antwortvorgaben noch klarer (ausschließender) formuliert

werden. Eventuell ist es auch eher selten der Fall, dass ethnische Gruppen das Schulleben dominieren, die Frage also an der Schulwirklichkeit vorbei geht. Hierfür spricht letztlich auch, dass nur 32,7 % aller Befragten zumindest eine ethnische Gruppe benannt hat (Abbildung 5.23). Deutlich mehr Jugendliche (41,8 %) gaben an, dass keine Gruppe eine Dominanz entfaltet.

Zwischen den einzelnen Schulformen variiert in erster Linie der Anteil an Jugendlichen, die angaben, dass keine Gruppe das Sagen hat. An Gymnasien bestätigte dies mehr als jeder zweite Befragte (54,3 %), an Hauptschulen hingegen nur jeder vierte Befragte (24,7 %). In Hauptschulen fällt demgegenüber der Anteil an Schülern ohne (genaue) Angabe besonders hoch aus; d.h. zugleich, dass der Anteil an Schülern, die mindestens einer Gruppe eine Dominanz attestieren, an dieser Schulform nicht höher ist als an anderen Schulformen. An Gymnasien fällt er mit 25,4 % am niedrigsten aus.

Abbildung 5.23: Verteilung der Antworten zur Frage, wer an der Schule das Sagen hat, nach Schulform (in %; gewichtete Daten; ohne Förderschüler)

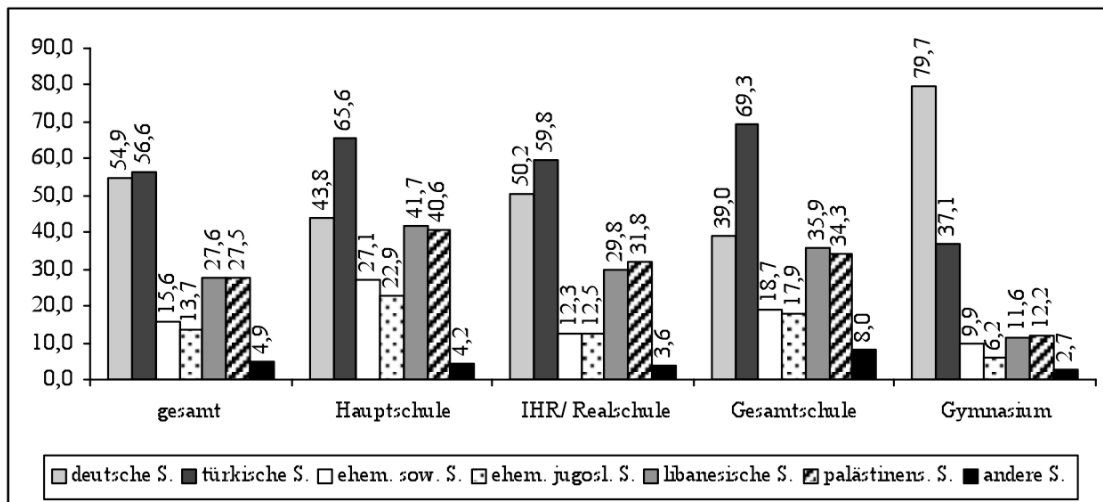


Werden die Antworten des Drittels an Befragten ausgewertet, die mindestens eine Gruppe als dominierend eingestuft haben, ergibt sich das in Abbildung 5.24 dargestellte Bild. Am häufigsten werden deutsche und türkische Schüler benannt. Dies überrascht nicht, da beide Gruppen den höchsten Anteil an Jugendlichen in der Grundgesamtheit stellen. Gleichwohl liegt der Anteil an Nennungen türkischer Schüler deutlich über dem Stichprobenanteil von 16,2 %, türkische Jugendliche scheinen also überdurchschnittlich häufig das Sagen an Schulen zu haben. Ein recht hoher Anteil an Nennungen entfällt zudem auf libanesische und palästinensische Jugendliche, die nur einen kleinen Teil der Berliner Schülerschaft stellen. Die Diskrepanzen zwischen dem Stichprobenanteil und den Anteil an Nennungen sind bei diesen beiden Gruppen am größten; d.h. wenn diese Schülergruppen an Schulen zu finden sind, dann scheinen sie häufiger als andere Gruppen nach der Dominanz in der Schule zu streben.

Zwischen den Schulformen existieren erneut deutliche Unterschiede, was aufgrund des unterschiedlichen Anteils an Gruppen je Schulform nicht unerwartet ist. Türkische Jugendliche haben nach den Auskünften der Schüler am häufigsten an Gesamtschulen das Sagen; an Gymnasien stellen hingegen die deutschen Jugendlichen jene Gruppe, die in der Schule dominieren. Noch einmal ist an dieser Stelle darauf hinzuweisen, dass sich die Angaben nur auf jene Befrag-

ten beziehen, die mindestens eine Gruppe benannt haben, in Gymnasien also nur auf ein Viertel der Befragten. Die Ergebnisse sollten daher auch zurückhaltend interpretiert werden.

Abbildung 5.24: Gruppen, die das Sagen haben, nach Schulform (in %; gewichtete Daten; ohne Förderschüler; nur Schüler mit mindestens einer Gruppenangabe)



Die Zurückhaltung ist schließlich auch deshalb geboten, weil sich zeigt, dass die Nennungen zur Dominanz ethnischer Gruppen eng mit der eigenen Herkunft in Zusammenhang stehen und insofern teilweise keine objektive Einschätzung der schulischen Verhältnisse darstellen dürften. Anhand der beiden größten Gruppen, der deutschen und der türkischen Jugendlichen lässt sich dieser Befund wie folgt verdeutlichen: Deutsche Jugendliche geben zu 76,8 % an, dass deutsche Schüler das Sagen hätten; in Bezug auf türkische Schüler bestätigen dies 44,0 %. Türkische Jugendliche geben zu 84,9 % an, dass türkische Schüler das Sagen hätten; hinsichtlich der deutschen Schüler bestätigen dies nur 20,0 %.

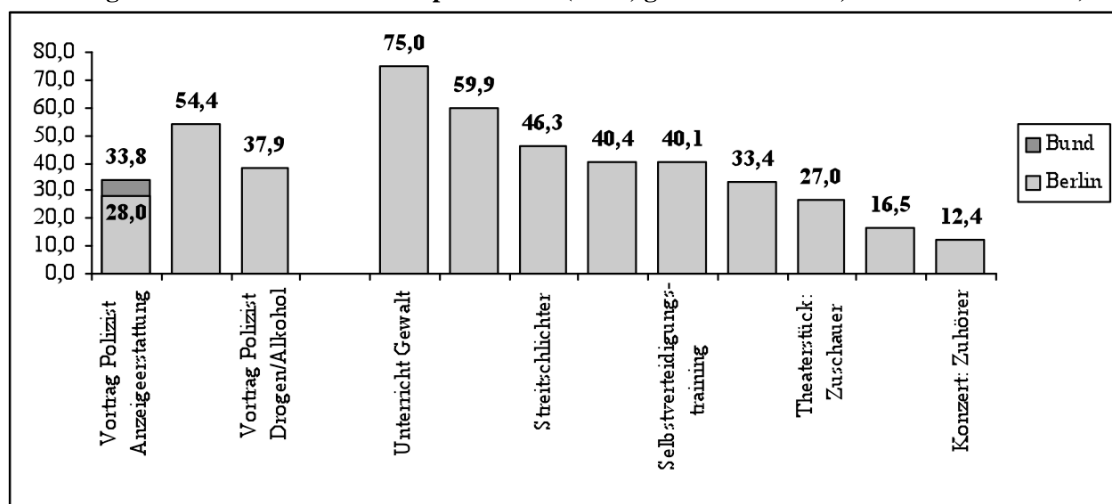
Die Befunde ergeben zur Frage der Dominanz ethnischer Gruppen, dass mehr Berliner Schüler der Auffassung sind, dass es an ihrer Schule keine Dominanz einer bestimmten ethnischen Gruppe gibt als Schüler, die von einer Dominanz berichten. *Ethnische Konfliktlinien stellen also keine Normalität an Berliner Schulen dar. Wenn von Schülergruppen berichtet wird, die eine dominante Stellung an der Schule einnehmen, dann handelt es sich überproportional häufig um türkische, libanesische oder palästinensische Schüler.* Es ergibt sich also ein erster Hinweis darauf, dass islamisch geprägte Schülergruppen an Schulen häufiger nach Dominanz streben. Weitere Untersuchungen zu diesem Thema sind allerdings erforderlich, einerseits aufgrund des hohen Anteils an Schülern ohne (genaue) Angabe, andererseits aufgrund des starken Eigengruppenbezugs, den die Antworten der Befragten aufweisen.

Zusätzlich sollten die Jugendlichen in der Schülerbefragung in Berlin noch angeben, ob sie schon einmal an verschiedenen Gewaltpräventionsprogrammen teilgenommen haben, die meist im Rahmen der Schule durchgeführt werden. Abbildung 5.25 stellt den Anteil an Jugendlichen dar, die eine Teilnahme berichtet haben. Nur für eine Maßnahme ist dabei ein Vergleich mit dem Bund möglich: Sowohl im Bund als auch in Berlin wurde gefragt, ob schon einmal ein Polizist in der Klasse gewesen ist, der darüber gesprochen hat, dass man als Opfer einer Gewalttat Anzeige erstatten sollte. In Berlin bejahten dies fast genauso viele Schüler wie im Bund. Zudem berichten die Schüler in Berlin sehr häufig davon, dass Polizeibeamte im Rahmen des

Unterrichts einen Vortrag zum Thema Gewalt oder zum Thema Alkohol und Drogen gehalten haben. *Die Zusammenarbeit von Schule und Polizei scheint daher in Berlin sehr weit fortgeschritten zu sein.*

Für die anderen Maßnahmen sind keine Vergleiche mit dem Bund möglich. *Für einzelne Maßnahmen können die Teilnahmeraten aber auch ohne solch einen Vergleich als recht hoch eingestuft werden.* So gaben drei Viertel aller Schülern an, schon einmal an einem Unterricht zum Thema Gewalt teilgenommen zu haben. Fast zwei von drei Schülern haben schon einmal ein Konflikttraining absolviert. Fast die Hälfte der Schüler ist bzw. war als Streitschlichter tätig. Vier von zehn Jugendlichen berichten, dass sie jüngeren Schülern geholfen haben, sich in der Schule zurecht zu finden (Mentoren); nur geringfügig seltener berichten die Schüler von einer Teilnahme an Selbstverteidigungstrainings. Grundsätzlich bleibt bei den hohen Anteilen zu beachten, dass die Jugendlichen nicht immer formale Programme unter der jeweiligen Maßnahme verstanden haben dürften. So lautete bspw. die Umschreibung der Streitschlichtertätigkeit, dass man anderen Schülern geholfen hat, einen Streit zu schlichten oder zu lösen. Hier dürften auch informelle Streitschlichtungen berichtet worden sein. Eher selten kommt es vor, dass man an Sportveranstaltungen oder Konzerten gegen Gewalt teilnimmt.

Abbildung 5.25: Teilnahme an Gewaltprävention (in %; gewichtete Daten; ohne Förderschüler)



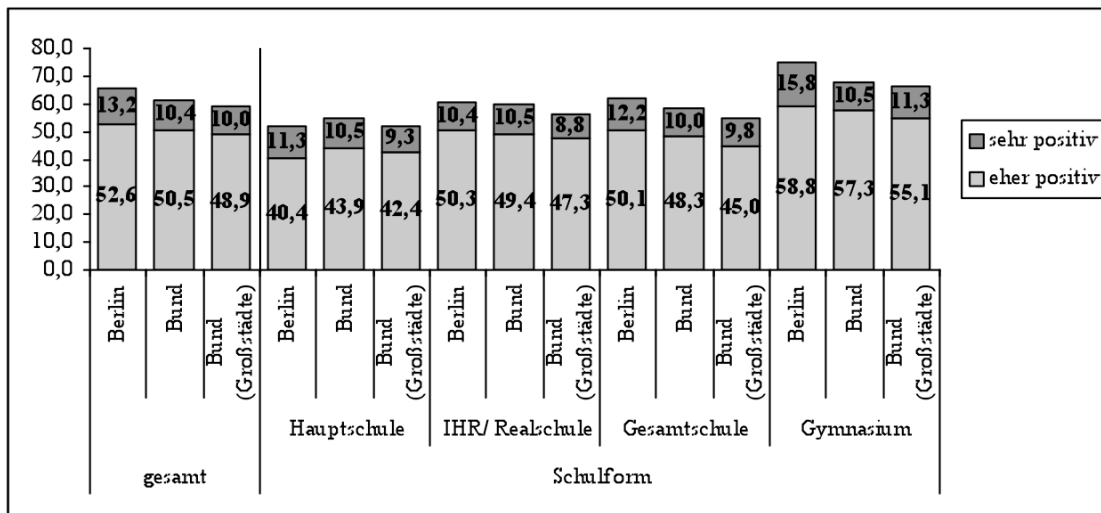
Die Zusammenhänge zwischen der Teilnahme an Präventionsmaßnahmen und dem Gewaltverhalten fallen gering aus; ein signifikant das Gewaltisiko senkender Einfluss einer Teilnahme ist für keine Maßnahme zu beobachten. Dieses Ergebnis darf keinesfalls als eine Evaluation der Maßnahmen verstanden werden. Eine solche Evaluation würde voraussetzen, dass systematisch Teilnehmer und Nicht-Teilnehmer verglichen werden, wobei bestenfalls sowohl vor als auch nach der Durchführung einer Maßnahme eine Erfassung des Gewaltverhaltens erfolgt. Diesem Anspruch genügen die vorliegenden Daten nicht. Gleichwohl stimmen die Befunde mit Befunden einer anderen Schülerbefragung überein, in der für eine Reihe an Maßnahmen ebenfalls keine Beziehungen zum Gewaltverhalten festgestellt werden konnten (vgl. Baier et al. 2009a, S. 133ff). Gewaltprävention stellt insofern eine sehr anspruchsvolle Tätigkeit dar. Einmalige, wenig intensive Programme bzw. Programme, die sich nicht an evaluierte Vorgaben anlehnen, dürften kaum erfolgreich sein.

In der Schülerbefragung 2007/2008 konnte festgestellt werden, dass Vorträge von Polizeibeamten in der Schule einen positiven Einfluss auf die Einstellungen der Schüler zur Polizei haben (Baier et al. 2010, S. 144ff); ein solcher Kontakt erhöht also das Vertrauen der Jugendlichen in die Polizei. Die Frage, die sich daran anschließt, ist, ob die Jugendlichen Berlins aufgrund ihres häufigen Kontakts zu Polizeibeamten möglicherweise positivere Einstellungen zur Polizei aufrecht erhalten. Um diese Frage zu beantworten, wurden den Jugendlichen in der Schülerbefragung in Berlin in vergleichbarer Weise wie in der bundesweiten Schülerbefragung folgende vier Aussagen zur Beantwortung vorgelegt:

- „Die Polizei sorgt bei uns für Sicherheit“
- „Von den Polizisten wird man gerecht behandelt“
- „Ich habe großes Vertrauen in die Polizei“
- „Die Polizisten versuchen, auch den Opfern von Straftaten zu helfen“.

Auf Basis der Antworten kann ermittelt werden, dass in Berlin 65,8 % der Jugendlichen eher positive Einstellungen zur Polizei besitzen; darunter sind 13,2 %, die sehr positiv der Polizei gegenüber eingestellt sind (Abbildung 5.26). Diese Werte liegen über dem bundesdeutschen Schnitt: In der Schülerbefragung 2007/2008 hatten 60,9 % der Befragten positive Einstellungen zur Polizei (10,4 % sehr positive); in den Großstädten lag die Quote eher bzw. sehr positiv eingestellter Jugendlicher sogar nur bei 58,9 %. *Die Jugendlichen Berlins vertrauen mithin stärker der Polizei als die Jugendlichen bundesweit*; die Vortragstätigkeit an den Schulen scheint sich mithin auszuzahlen. Allerdings fällt die Einstellung von Berliner Hauptschülern zur Polizei etwas weniger positiv aus als die Einstellung von Hauptschülern im Bund. Die Gymnasiasten Berlins weisen gegenüber den Gymnasiasten bundesweit einen deutlich höheren Anteil an Befragten auf, die der Polizei gegenüber sehr positiv eingestellt sind.

Abbildung 5.26: Einstellungen zur Polizei nach Schulform (in %; gewichtete Daten; ohne Förder-schüler)



Ein Vergleich der verschiedenen ethnischen Gruppen Berlins zeigt, dass nicht pauschal davon ausgegangen werden kann, dass Migranten der Polizei weniger vertrauen als einheimische Deutsche. Der höchste Anteil an Jugendlichen, die positive bzw. sehr positive Einstellungen zur Polizei haben, findet sich bei den asiatischen Jugendlichen sowie bei Jugendlichen aus anderen

islamischen Ländern. Am geringsten fällt dieser Anteil bei libanesischen Jugendlichen sowie bei Jugendlichen aus Ländern der ehemaligen Sowjetunion aus.

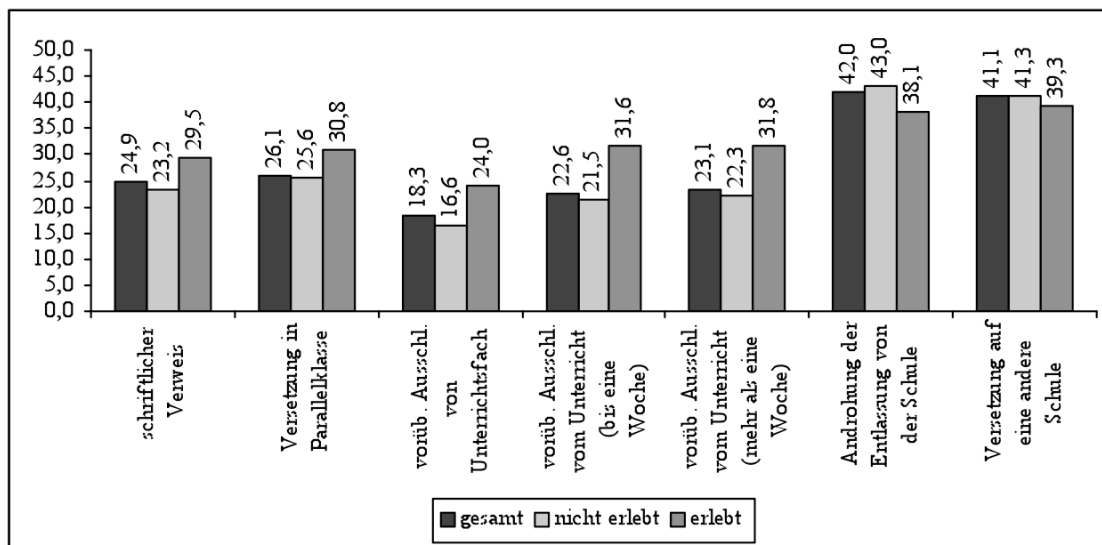
Erstmals im Rahmen von Schülerbefragungen wurden die Jugendlichen gebeten, mitzuteilen, ob sie aufgrund von Fehlverhalten schon einmal verschiedene Sanktionen erlebt haben und wie sie deren Wirkung einschätzen. In Tabelle 5.14 ist zunächst festgehalten, wie häufig die Schüler von verschiedenen Sanktionen berichten. Am häufigsten kommt es demnach vor, dass ein schriftlicher Verweis erteilt wird bzw. dass Schüler vorübergehend aus dem Unterricht in einem Fach ausgeschlossen werden; immerhin mehr als zwanzig Prozent berichten davon, so etwas erlebt zu haben. Anzumerken ist an dieser Stelle, dass keine zeitliche Einschränkung erfolgte, d.h. die Befragten konnten hier ihre gesamte Schulzeit berichten. Eher selten ist es der Fall, dass Schüler mehr als eine Woche vom Unterricht ausgeschlossen werden. Bezüglich aller Sanktionen finden sich signifikante Geschlechts- und Schulformunterschiede. Männliche Befragte berichten dabei durchweg häufiger vom Erleben der verschiedenen Sanktionen als weibliche Befragte. Hauptschüler teilen ebenfalls durchweg am häufigsten mit, die verschiedenen Sanktionen erlebt zu haben, Gymnasiasten weisen jeweils die niedrigsten Quoten auf. Allerdings berichten immerhin 17,3 % der Gymnasiasten davon, einen Verweis erhalten zu haben; immerhin 16,4 % wurden vorübergehend von einem Fach ausgeschlossen.

Tabelle 5.14: Anteil Befragte, die verschiedene Sanktionen aufgrund ihres Verhaltens in der Schule erlebt haben, nach Geschlecht und Schulform (in %; gewichtete Daten; ohne Förderschüler)

	gesamt	männlich	weiblich	Hauptschule	IHR/ Realschule	Gesamtsschule	Gymnasium
schriftlicher Verweis	23,5	31,4	16,0	40,1	23,8	26,5	17,3
Versetzung in Parallelklasse	8,6	10,3	7,0	19,1	9,0	9,2	5,6
vorübergehender Ausschluss von Unterrichtsfach	20,6	24,9	16,3	38,5	22,4	18,9	16,4
vorübergehender Ausschluss vom Unterricht (bis zu einer Woche)	9,2	12,6	5,7	25,8	8,9	9,6	4,9
vorübergehender Ausschluss vom Unterricht (mehr als eine Woche)	6,8	8,9	4,5	21,4	5,7	7,7	3,1
Androhung der Entlassung von der Schule	14,6	18,7	10,6	29,3	14,9	15,1	10,6
Versetzung auf eine andere Schule	9,7	11,0	8,1	23,8	10,4	9,3	6,1

Die Bewertung der verschiedenen Sanktionen ist in Abbildung 5.27 festgehalten. Die Schüler sollten angeben, inwieweit sie der Aussage zustimmen, dass eine Strafe zur Besserung des davon betroffenen Schülers führt. Ihre Meinung konnten sie von „1 – stimmt nicht“ bis „4 – stimmt genau“ abstimmen. Die Antworten 3 und 4 wurden als Zustimmung gewertet. Sichtbar ist, dass immer nur der kleinere Teil der Schüler die Ansicht vertreten hat, dass eine Sanktion zur Besserung führt. Bei fünf der aufgeführten Sanktionen sind es jeweils nur ca. zwanzig Prozent der Befragten, die eine Besserung erwarten. Als effektiver werden die beiden Maßnahmen „Androhung der Entlassung“ und „Versetzung auf eine andere Schule“ eingestuft. Schüler, die diese beiden Sanktionen selbst erlebt haben, stufen sie aber als weniger hilfreich ein als Schüler, die sie nicht erlebt haben; bei den anderen fünf Sanktionen ist es genau umgekehrt. Dennoch erhalten die Entlassungsandrohung und die Versetzung auch von den betroffenen Schülern die höchste Effektivität bescheinigt.

Abbildung 5.27: Anteil Befragte, die Ansicht haben, dass Sanktion zur Besserung führt (in %; gewichtete Daten; ohne Förderschüler)



5.6. Delinquente Freunde und Tragen von Waffen

Die Jugendphase ist eine Phase des Übergangs, in der von den Jugendlichen umfangreiche Qualifizierungsleistungen erwartet werden, d.h. die Jugendlichen bereiten sich auf die spätere Erwerbstätigkeit vor. In den letzten Jahrzehnten ist diese Phase durchschnittlich aber immer länger geworden, so dass sie nicht mehr nur einen Übergang markiert, sondern zugleich eine Phase mit eigenem Stellenwert darstellt. In dieser Phase geht es darum, eine eigene Identität zu entwickeln. Das Elternhaus spielt dabei eine untergeordnete Rolle, da die Ablösung vom Elternhaus ein wichtiger Entwicklungsschritt ist. Stattdessen wird die Gruppe der Gleichaltrigen immer wichtiger. Jugendliche verbringen innerhalb und außerhalb der Schule einen Großteil ihrer Zeit mit den Gleichaltrigen, so dass es nicht verwundern kann, dass aus wissenschaftlicher Perspektive den Freunden ein großer Einfluss auf die Entwicklung von Jugendlichen zugeschrieben wird.

Auch die kriminologische Forschung hat den Einfluss der Freunde bereits recht früh erkannt. Die Theorie der differentiellen Assoziation (Sutherland 1968) vermutet bspw., dass jede Form des Verhaltens, d.h. auch das delinquente Verhalten, in Interaktion mit Anderen gelernt wird. Beobachtet ein Jugendlicher andere Personen dabei, wie sie sich delinquent verhalten und dass dieses Verhalten erfolgreich ist, dann erhöht dies seine Bereitschaft, sich selbst entsprechend zu verhalten. Der Befund, dass die Bekanntschaft mit delinquenten Freunden nachweisbar die eigene Delinquenzbereitschaft erhöht, gehört mittlerweile zu einem der am besten gesicherten Befunde der empirischen Forschung (vgl. für einen Überblick Baier et al. 2010b).

Um den Kontakt zu delinquenten Freunden zu erheben, haben wir die Jugendlichen gefragt, wie viele Freunde sie kennen, die in den letzten zwölf Monaten verschiedene abweichende bzw. delinquente Verhaltensweisen gezeigt haben. In Tabelle 5.15 ist aufgeführt, wie häufig die Jugendlichen Berlins entsprechende Freundschaften berichtet haben. Die meisten Jugendlichen kennen dabei mindestens einen Freund, der den Unterricht für mindestens einen Tag geschwänzt hat: Nur 26,6 % gaben an, keine solchen Freunde zu haben, immerhin 22,0 % haben

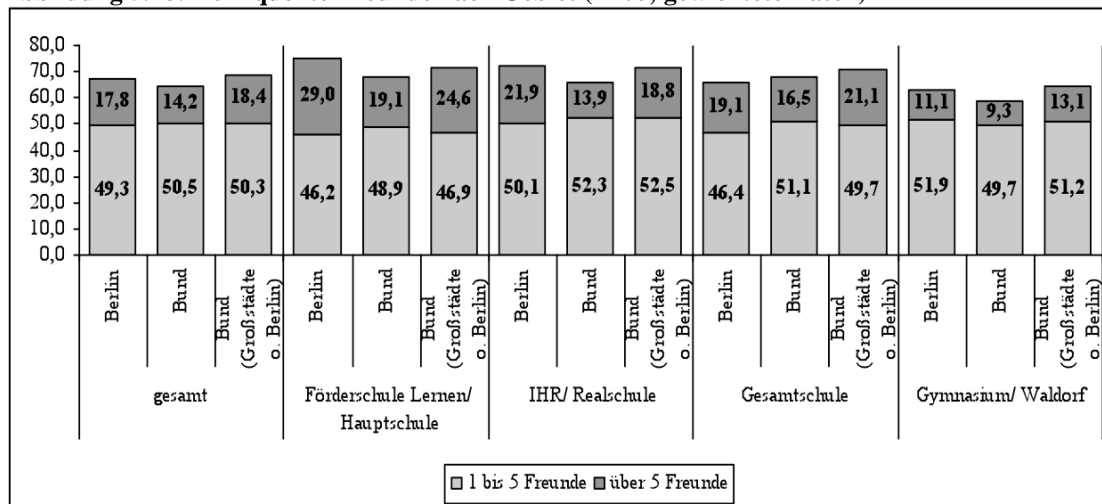
über fünf solcher Freunde. Am zweithäufigsten sind Kontakte zu Freunden, die Körperverletzungen oder Ladendiebstähle begangen haben. Hier sind es fast die Hälfte der Befragten, die mindestens einen Freund kennen, der so etwas getan hat. Seltener sind Bekanntschaften mit Personen, die mit Drogen handeln oder Raubtaten begehen. Gleichwohl sind es ca. ein Viertel der Jugendlichen Berlins, die entsprechende Kontakte berichten.

Tabelle 5.15: Delinquente Freunde (in %; gewichtete Daten)

Anzahl Freunde, die ...	0 Freunde	1 bis 2 Freunde	3 bis 5 Freunde	über 5 Freunde
in einem Laden etwas gestohlen haben.	53,5	24,9	13,2	8,4
einen anderen Menschen geschlagen und verletzt haben.	50,5	29,1	10,8	9,7
den Unterricht für mindestens einen Tag geschwänzt haben.	26,6	31,3	20,1	22,0
jemandem mit Gewalt etwas weggenommen haben.	75,1	15,4	4,9	4,7
absichtlich Fenster, Telefonzellen, Straßenlampen oder ähnliche Dinge beschädigt haben.	69,2	17,3	7,3	6,2
die Graffiti gesprüht haben.	58,4	20,1	9,8	11,7
Drogen (Haschisch, Ecstasy usw.) an andere verkauft haben.	72,8	15,3	5,7	6,2

Für die so erfassten Kontakte zu delinquenten Freunden ist es möglich, einen Vergleich zum Bundesgebiet zu ziehen. Hierzu haben wir den Maximalwert zu den berichteten Freunden kodiert, wobei schwänzende Freunde nicht berücksichtigt wurden, da es sich bei diesem Verhalten nicht um delinquentes Verhalten handelt; zusätzlich wurden die Graffiti sprühenden Freunde nicht berücksichtigt, weil diese bundesweit nicht erfragt wurden. Den Maximalwert zu kodieren bedeutet, dass ein Jugendlicher, der drei Freunde hat, die einen Ladendiebstahl begangen haben, der sonst aber keine weiteren delinquenten Freundschaftskontakte berichtet, mit dem Wert zum Ladendiebstahl in die Auswertungen eingeht. Die Auswertungen in Abbildung 5.28 belegen, dass *Jugendliche Berlins geringfügig häufiger Kontakte zu delinquenten Freunden besitzen als Jugendliche aus dem Bund*. Dies scheint allerdings ein typisches Großstadtphänomen zu sein, wie der Vergleich zu den bundesdeutschen Großstädten zeigt: Während in Berlin 17,8 % der Jugendlichen mehr als fünf Freunde kennen, die sich in den letzten zwölf Monaten delinquent verhalten haben, sind es in anderen bundesdeutschen Großstädten 18,4 %. Eine differenzierte Auswertung nach der Schulform belegt allerdings erneut, dass die Förder- und Hauptschüler Berlins bezüglich dieses Faktors höhere Belastungen aufweisen als die Förder- und Hauptschüler des Bundes. Hier berichten 29,0 % von mehr als fünf delinquenten Freunden, in anderen Großstädten sind es 24,6 %. Die Gymnasiasten Berlins weisen demgegenüber wieder einen unterdurchschnittlichen Anteil an Schülern auf, die mehr als fünf delinquente Freunde kennen. Daneben belegen die Auswertungen in Abbildung 5.28, dass vor allem der Anteil an Schülern zwischen den Schulformen variiert, die mit mehr als fünf delinquenten Freunden in Kontakt stehen. An Förder- und Hauptschulen ist dieser Anteil am größten, an Gymnasien deutlich geringer; gleichwohl berichten auch die Gymnasiasten recht häufig, ein bis fünf delinquente Freunde zu kennen.

Abbildung 5.28: Delinquente Freunde nach Gebiet (in %; gewichtete Daten)



Daneben bestätigt sich für Berlin, dass Jungen häufiger Kontakte zu delinquenten Freunden aufrecht erhalten als Mädchen: Über fünf delinquente Freunde haben 23,4 % der männlichen, aber nur 12,1 % der weiblichen Befragten. Gleichfalls höhere Quoten berichten die meisten Migrantengruppen. Für Jugendliche aus Ländern des ehemaligen Jugoslawien, für polnische Jugendliche und für libanesische Jugendliche sind die höchsten Anteile an Befragten festzustellen, die mehr als fünf delinquente Freunde kennen; asiatische Jugendliche weisen den niedrigsten Anteil auf. Werden die Auswertungen auf männliche Jugendliche beschränkt, so zeigt sich, dass 39,4 % der libanesischen Jugendlichen über Kontakte zu mehr als fünf delinquenten Freunden verfügen, bei den deutschen Jungen beträgt die Quote nur 18,9 %.

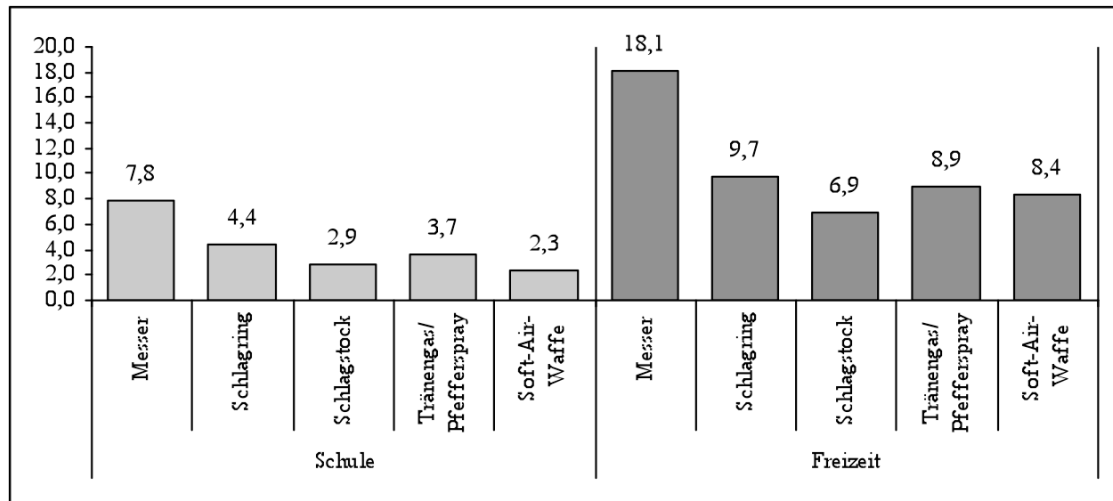
Der Zusammenhang zwischen der Bekanntschaft mit delinquenten Freunden und dem eigenen Gewaltverhalten ist sehr eng. Während von den Befragten ohne Kontakt zu delinquenten Freunden nur 2,0 % mindestens eine Gewalttat in den letzten zwölf Monaten begangen haben, sind es von den Befragten mit über fünf Bekanntschaften 36,4 %. Für Jungen wie für Mädchen zeigt sich ein entsprechender Zusammenhang. *Das Verhalten der Freunde ist also für Jugendliche hoch relevant, wenn es um die Entscheidung geht, selbst delinquente Taten auszuführen oder nicht.*

Im Zusammenhang mit dem Kontakt zu delinquenten Freunden wurden die Schüler auch danach gefragt, ob sie verschiedene Waffen mit sich führen. Grundsätzlich ist nicht jedes Mitführen von Waffen zugleich als problematisch einzustufen. Jugendliche tragen bestimmte Gegenstände auch bei sich, um sich bei Angriffen verteidigen zu können (z.B. Pfefferspray). Gleichwohl dienen Messer, Schlagstöcke usw. in spezifischen Situationen auch als aggressive Hinweisreize; d.h. allein ihr Zeigen kann zu einer Eskalation von Konflikten führen. Zudem ist das Verletzungsrisiko des Gegenübers deutlich erhöht, wenn er mit einer Waffe angegriffen wird.

Um das Mitführen von Waffen zu erheben, wurden die Jugendlichen gefragt, wie häufig sie bestimmte Gegenstände bei sich tragen, wenn sie in die Schule oder in der Freizeit nach draußen gehen. Die Antwortskala umfasste fünf Abstufungen von „1 – nie“ bis „5 – immer“. Abbildung 5.29 zeigt die Häufigkeiten, mit der Jugendliche verschiedene, waffenartige Gegenständen mit sich führen. Für die bessere Darstellbarkeit wurden die Antworten dichotomisiert; dargestellt ist also der Anteil an Schülern, die zumindest selten einen Gegenstand bei sich tragen.

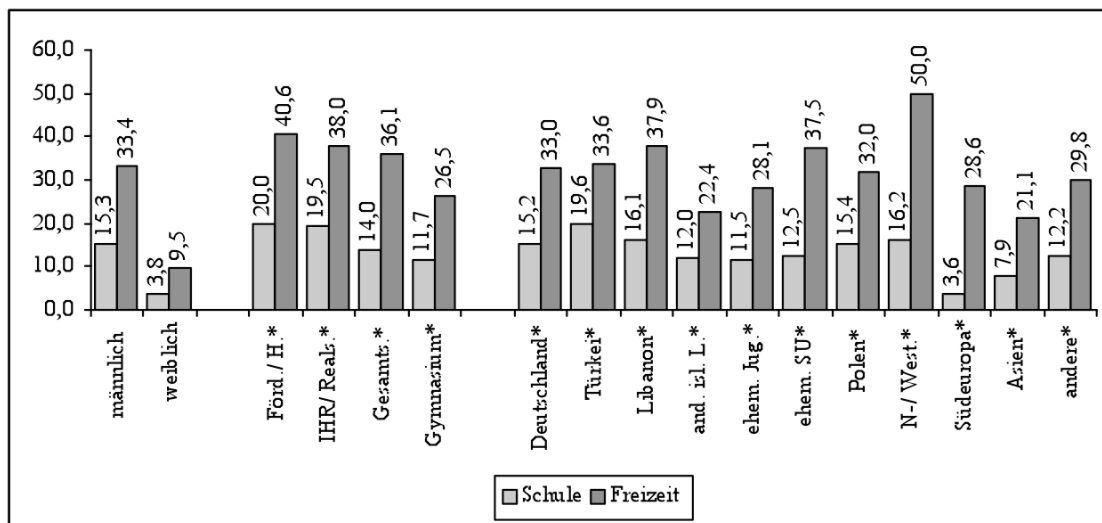
Erkennbar ist dabei erstens, dass die verschiedenen Gegenstände deutlich seltener in der Schule als in der Freizeit mit sich geführt werden. Zweitens ist das Messer die am häufigsten getragene Waffe. Immerhin 7,8 % der Schüler bringen ein Messer zumindest selten mit in die Schule, 18,1 % tragen es in der Freizeit bei sich. Andere Gegenstände finden sich seltener in der Hand der Jugendlichen. Vergleiche zum Bund sind bezüglich des Tragens von Waffen nicht möglich, weil in der Schülerbefragung 2007/2008 keine entsprechende Frage gestellt wurde.

Abbildung 5.29: Tragen einer Waffe (in %, gewichtete Daten)



Werden nur die Waffen betrachtet, die hauptsächlich als Angriffswaffen einzustufen sind (Messer, Schlagring, Schlagstock), so zeigt sich, dass *mindestens eine dieser Waffen zumindest selten 9,4 % der Jugendlichen in die Schule mitbringen und 21,3 % in der Freizeit dabei haben*. Hierbei finden sich deutliche Unterschiede zwischen den Geschlechtern, den Schülern verschiedener Schulformen sowie der verschiedenen ethnischen Gruppen, wie Abbildung 5.30 zeigt. Jungen tragen sehr viel häufiger als Mädchen Waffen bei sich; immerhin jeder dritte männliche Neuntklässler führt in seiner Freizeit eine Angriffswaffe mit. Schüler aus Gymnasien tun dies seltener als Schüler anderer Schulform; gleichwohl sind es noch immer 26,5 % der männlichen Gymnasiasten, die in der Freizeit Messer, Schlagstöcke oder Schlagringe mitführen. Der Vergleich der ethnischen Gruppen belegt, dass südeuropäische und asiatische Jugendliche eher selten über Waffen verfügen. Nord-/westeuropäische Jugendliche, libanesische und türkische Jugendliche hingegen recht häufig. Deutsche, männliche Jugendlichen führen zu 15,2 % eine Waffe mit sich, wenn sie in die Schule gehen, zu 33,0 % wenn sie in der Freizeit draußen sind.

Abbildung 5.30: Tragen einer Waffe (Messer, Schlagstock und/oder Schlagring) nach Geschlecht, Schulform und Migrationshintergrund (in %, gewichtete Daten; * nur männliche Befragte)



Das Tragen von Angriffswaffen steht in einer sehr engen Beziehung mit dem Gewaltverhalten: Männliche Jugendliche, die weder in Freizeit noch Schule Angriffswaffen mit sich führen, haben zu 7,3 % in den zurückliegenden zwölf Monaten mindestens eine Gewalttat ausgeführt, Jugendliche, die dies selten oder manchmal tun (unabhängig davon, ob in der Schule oder in der Freizeit), bereits zu 26,2 %, Jugendliche, die dies häufiger tun, zu 46,5 %.

5.7. Alkohol- und Drogenkonsum

Der Alkohol- und Drogenkonsum gilt ebenfalls als wichtiger Einflussfaktor des delinquenten Verhaltens. Im Fragebogen der Schülerbefragung Berlins wurden die Jugendlichen deshalb gebeten anzugeben, ob sie folgende Substanzen schon einmal konsumiert haben und wenn ja, wie oft sie dies in den letzten zwölf Monaten getan haben: Bier, Wein/Sekt, Alcopops, Schnaps, Zigaretten, Haschisch/Marihuana²³, Ecstasy/Speed, LSD/magische Pilze, Kokain/Crack, Tilidin oder Spice. In Tabelle 5.16 werden die Angaben zur Zwölf-Monatsprävalenz ausgewiesen. Die Alkoholika und die „harten“ Drogen (Ecstasy/Speed, LSD/magische Pilze, Kokain/Crack) werden hier und in nachfolgenden Auswertungen zu einem Index zusammengefasst. In diesen Index geht jeweils die maximale Konsumhäufigkeit ein, d.h. wenn ein Jugendlicher täglich Bier, aber nur einmal pro Woche Schnaps getrunken hat, so bestimmt die Antwort zum Bierkonsum den Wert des Alkoholkonsums.

Im Hinblick auf die Häufigkeit des Konsums verschiedener Drogen in den letzten zwölf Monaten zeigt sich, dass von den alkoholischen Getränken Bier am häufigsten konsumiert wird. Etwa jeder zehnte Jugendliche (10,8 %) berichtet vom mindestens wöchentlichen Konsum von Bier. Wein/Sekt und Alcopops werden ebenfalls von einem nicht geringen Anteil der Jugendlichen konsumiert, der Anteil wöchentlicher Konsumenten fällt aber weit geringer aus als beim Bier. Insgesamt berichten 11,9 % der Befragten, dass sie einmal oder mehrmals wöchentlich Alkohol zu sich nehmen, 0,7 % tun dies täglich. Recht häufig werden zudem Zigaretten konsumiert.

²³ Haschisch und Marihuana werden im Folgenden als Cannabis ausgewiesen.

Jeder achte Jugendliche (12,5 %) gibt an, dies in den letzten zwölf Monaten täglich getan zu haben; etwas höher fällt der Anteil der Gelegenheitsraucher aus, die ein- bis zwölfmal im vergangenen Jahr geraucht haben (16,3 %). Fast zwei Drittel der Jugendlichen Berlins (63,3 %) haben im letzten Jahr überhaupt keine Zigaretten geraucht. Illegale Drogen werden im Vergleich zu den legalen Drogen weitaus seltener konsumiert. Von denjenigen, die diese Drogen überhaupt konsumiert haben, beschränken sich die meisten auf den gelegentlichen Konsum (ein- bis zwölfmal im Jahr). Bei den Cannabiskonsumenten trifft dies auf 10,6 % zu, bei den Konsumenten „harter“ Drogen auf 3,5 %. Noch häufiger wurde Cannabis nur von 6,7 % der Jugendlichen konsumiert, bei den „harten“ Drogen gilt dies für 1,1 % der befragten Jugendlichen.

Tabelle 5.16: Zwölf-Monats-Prävalenzraten zum Konsum verschiedener Drogen (in %; gewichtete Daten)

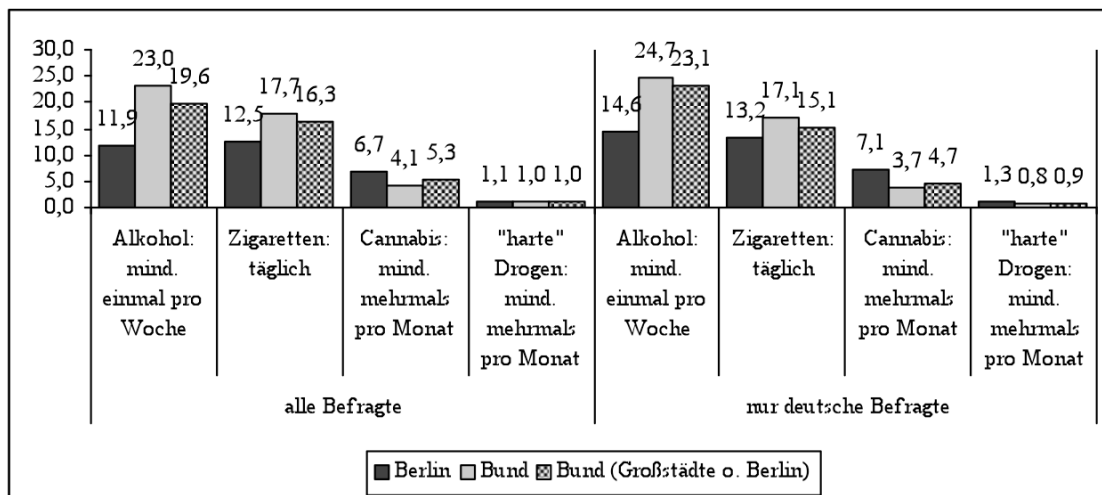
	nie	1-12mal	mehrmals im Monat	einmal pro Woche/ mehrmals pro Woche	täglich
Bier	37,2	38,8	13,2	10,1	0,7
Wein/Sekt	44,2	47,0	5,8	2,9	0,1
Alcopops	63,4	24,3	8,2	3,9	0,1
Schnaps	71,5	21,7	4,3	2,5	0,0
Alkohol gesamt	29,8	43,5	14,8	11,2	0,7
Zigaretten	63,3	16,3	3,1	4,8	12,5
Cannabis	82,7	10,6	2,3	3,2	1,2
Ecstasy/Speed	96,7	2,4	0,4	0,4	0,1
LSD/magische Pilze	98,2	1,6	0,1	0,1	0,0
Kokain/Crack	97,7	1,8	0,2	0,2	0,0
„harte“ Drogen gesamt	95,4	3,5	0,5	0,5	0,1
Tilidin	99,0	0,6	0,2	0,1	0,1
Spice	98,9	1,0	0,0	0,0	0,0

grau = als problematisch eingestuft Konsum

Das gelegentliche Trinken von Alkohol oder das gelegentliche Zigarettenrauchen können in gewisser Hinsicht als 'normale' Verhaltensweisen im Jugendalter gelten. Insofern erscheint in erster Linie der regelmäßige bzw. der exzessive Konsum problematisch. Dieser kann zu schweren Entwicklungsstörungen und organischen Schädigungen führen, zudem ist die Gefahr einer späteren Abhängigkeit erhöht (vgl. Richter/Settertobulte 2003). Aus diesem Grund werden bei den legalen Drogen im Folgenden nur noch die häufigen Konsumenten betrachtet, also diejenigen, die in den letzten zwölf Monaten mindestens einmal wöchentlich Bier, Wein/Sekt, Alcopops oder Schnaps konsumiert haben (grau unterlegt in Tabelle 5.16). Beim Nikotinkonsum wird die Grenze etwas höher angesetzt: Als problematisch gilt der tägliche Konsum von Zigaretten. Beim illegalen Drogenkonsum hingegen wird – u.a. in Anlehnung an den Drogen- und Suchtbericht 2009 (vgl. Die Drogenbeauftragte der Bundesregierung/Bundesministerium für Gesundheit 2009) – zwischen den mehrmals monatlichen Konsumenten von Cannabis bzw. „harten“ Drogen und den Jugendlichen, die diese Drogen in den letzten zwölf Monaten seltener oder gar nicht konsumiert haben, unterschieden.

Die Raten an Jugendlichen, die Alkohol und Drogen in problematischer Weise konsumieren, sind noch einmal in Abbildung 5.31 aufgeführt, wobei gleichzeitig der Vergleich zur bundesweiten Schülerbefragung 2007/2008 gezogen wird. *Dabei ergibt sich für Berlin ein deutlich geringerer Anteil an Befragten, die häufiger Alkohol konsumieren; zudem gehören in Berlin deutlich weniger Befragte zu den täglichen Zigarettenkonsumenten.* Dieses Ergebnis bleibt bestehen, wenn der Vergleich zu Jugendlichen aus Großstädten bzw. der Vergleich auf deutsche Jugendliche eingeschränkt wird. Aufgrund des höheren Migrantenanteils in Berlin und der geringeren Konsumquoten einiger Migrantengruppen wäre denkbar, dass das positive Ergebnis zu Berlin mit der ethnischen Zusammensetzung zu begründen ist; dies ist aber augenscheinlich nicht der Fall. *Als problematisch erweist sich hingegen der überdurchschnittliche Anteil an Cannabiskonsumenten:* Von den deutschen Befragten in Berlin gaben 7,1 % an, mindestens mehrmals pro Monat Cannabis zu nutzen, in der bundesweiten Befragung fällt dieser Anteil nur halb so hoch aus. „Harte“ Drogen werden zumindest von den deutschen Jugendlichen Berlins ebenfalls etwas häufiger konsumiert als von den deutschen Jugendlichen der deutschlandweiten Befragung.

Abbildung 5.31: Problematischer Drogenkonsum nach Gebiet (in %; gewichtete Daten)

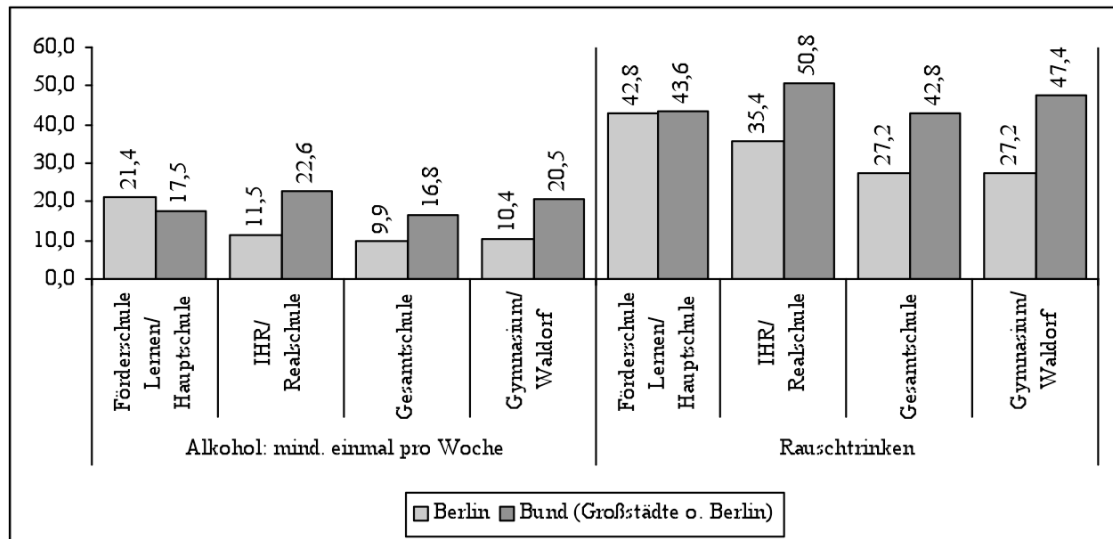


Dieser deutliche Abstand zwischen den Jugendlichen Berlins und den Jugendlichen aus anderen Teilen Deutschland zeigt sich auch bei einer spezifischen Form des Alkoholkonsums, dem Rauschtrinken. Rauschtrinken bedeutet, dass in den letzten 30 Tagen bei mindestens einer Trinkgelegenheit fünf und mehr Gläser Alkohol hintereinander getrunken wurden. *In Berlin berichten insgesamt 30,8 % der Jugendlichen davon, dies getan zu haben. Dieser Wert liegt weit niedriger als der bundesweite Durchschnitt, den wir in der Schülerbefragung 2007/2008 ermittelt haben (53,8 %; Großstädte ohne Berlin: 46,5 %).* Werden die Auswertungen zum Rauschtrinken erneut nur auf deutsche Befragte eingeschränkt, so beträgt die Quote in Berlin 38,1 %, im Bund 57,4 % (Großstädte ohne Berlin: 52,2 %).

Abbildung 5.32 macht deutlich, dass die positiven Ergebnisse Berlins zum Alkohol auf die Schüler von Realschulen (IHR), Gesamtschulen und Gymnasien zurückgehen. *Es bestätigt sich insofern erneut, dass in Berlin ein stärkeres Bildungsgefälle existiert:* Im Vergleich zu den Förder- und Hauptschülern Berlins weisen die Schüler der genannten Schulformen niedrigere Konsumentenraten auf und unterscheiden sich diesbezüglich auch deutlich von Schülern aus vergleichbaren Schulformen aus anderen bundesdeutschen Großstädten. Die Förder- und Haupt-

schüler Berlins gehören hingegen genauso häufig wie die Förder- und Hauptschüler aus anderen Großstädten zu den häufigen Konsumenten von Alkohol bzw. den rauschtrinkenden Jugendlichen.

Abbildung 5.32: Alkoholkonsum nach Schulform (in %; gewichtete Daten)



Zusätzlich informiert Tabelle 5.17 über die Anteile an Problemkonsumenten der drei am häufigsten genutzten Drogen unter weiblichen bzw. männlichen Jugendlichen bzw. unter Jugendlichen verschiedener Herkunftsgruppen. Dabei findet sich, dass *Jungen in Berlin signifikant häufiger Alkohol und Cannabis in problematischer Weise konsumieren als Mädchen*. So haben bspw. 15,2 % der Jungen, aber nur 8,8 % der Mädchen im zurückliegenden Jahr mindestens wöchentlich Alkohol getrunken. Eine Ausnahme zu dieser Geschlechterverteilung bildet das Rauchen, das Jungen nur geringfügig häufiger in problematischer Weise praktizieren. *Die verschiedenen ethnischen Gruppen unterscheiden sich mit Blick auf den Konsum aller Drogen signifikant voneinander*. Beim Alkoholkonsum weisen deutsche, polnische und südeuropäische Jugendliche die höchsten Quoten an Problemkonsumenten auf. Beim Zigarettenkonsum stechen ebenfalls die polnischen und südeuropäischen Jugendlichen hervor. Der Cannabiskonsum ist unter polnischen und anderen Schülern am verbreitetsten. Asiatische Jugendliche führen alle Formen des Drogenkonsums mit am seltensten aus; beim Alkoholkonsum sind zudem die geringen Raten an Problemkonsumenten unter Jugendlichen mit islamischer Herkunft zu erwähnen.

Tabelle 5.17: Drogenkonsum in den letzten 12 Monaten nach Geschlecht und Migrationshintergrund (in %; gewichtete Daten)

	Alkoholkonsum: mind. einmal pro Woche	Zigarettenkonsum: täglich	Cannabiskonsum: mind. mehrmals pro Monat
Jungen	15,2	12,7	8,8
Mädchen	8,8	12,3	4,7
Deutschland	14,6	13,2	7,1
Türkei	5,2	11,6	4,6
Libanon	2,3	9,2	3,5
and. islam. Länder	6,7	9,5	6,7
ehem. Jugoslaw.	8,8	15,5	6,4
ehem. SU	12,9	7,3	4,0
Polen	16,9	20,3	13,8
Nord-/ Westeur.	8,6	7,4	4,3
Südeuropa	16,1	19,4	5,0
Asien	7,9	5,2	1,3
andere	11,9	10,2	13,8

fett: Unterschied signifikant bei $p < .05$

Entsprechend verschiedener Studien muss der Alkohol- und Drogenkonsum als ein Bedingungsfaktor delinquenten Verhaltens gelten (vgl. u.a. Baier et al. 2007, Ribeaud/Eisner 2006). Nach den Daten der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) scheint ein enger Bezug zwischen Drogenkonsum und Kriminalität zu bestehen, insofern 32,9 % aller aufgeklärten Gewaltdelikte von alkoholisierten Tatverdächtigen begangen wurden (Bundeskriminalamt 2008, S. 71). Zudem bestätigen Dunkelfeldstudien einen Zusammenhang zwischen Alkoholkonsum und Gewalt. Stellvertretend für viele findet sich beispielsweise bei Fuchs et al. (2005) folgender Befund: „Je häufiger Drogen jeder Art konsumiert werden, desto mehr verändert sich die Einstellung zur Gewalt im Sinne einer tendenziellen Akzeptanz“ (S. 264).

Die konkreten Mechanismen, die für diese Beziehung verantwortlich sind, sind bislang allerdings noch nicht abschließend geklärt (vgl. Baier/Rabold 2009, Baier et al. 2007). Ist der Drogenkonsum im Sinne der Ermöglichung von Verhaltensweisen ein eigenständiger Einflussfaktor von Gewaltverhalten oder handelt es sich um einen Selektionseffekt, nach dem Personen mit bestimmten Risikofaktoren sowohl zu Drogenkonsum als auch zu Gewalt neigen? Die „substanzzentrierte“ Perspektive geht von einem kausalen Einfluss des Drogenkonsums aus. Dieser Ansatz basiert auf der Annahme, dass Drogenkonsum die Hemmschwelle zum Begehen ungesetzlicher Taten herabsetzt, dass heißt die Urteilsfähigkeit trübt, zu unüberlegten, impulsiven Handlungen motiviert und somit aggressives Verhalten wahrscheinlicher werden lässt (vgl. Parker/Auerhahn 1998, White et al. 2002). Der persönlichkeitsorientierte Ansatz geht hingegen davon aus, dass die Personen, die Drogen konsumieren und diejenigen, die gewalttätiges Verhalten zeigen, mehr oder weniger dieselben Eigenschaften besitzen. Insofern wird eher von einer korrelativen als von einer kausalen Beziehung ausgegangen: Drogenkonsum ist neben der Gewalttätigkeit eine weitere Art der Äußerung problematischer persönlicher Eigenschaften beziehungsweise negativer Umstände, d.h. eines allgemein delinquenten Lebensstils (vgl. Egg/Rautenberg 1999). Ein prominentes Beispiel für diesen Ansatz liefert die Selbstkontrolltheorie (Gottfredson/Hirschi 1990): Personen mit niedriger Selbstkontrolle, die also u.a. impulsiv und risikobereit sind bzw. ein unbeständiges Temperament aufweisen, laufen stärker Gefahr sowohl Drogen zu konsumieren als auch Gewalt anzuwenden als Jugendliche, die über hohe Selbstkontrolle verfügen.

Auch wenn mit Hilfe der aktuellen Schülerbefragung auf Grund des querschnittlich angelegten Designs die Frage nach der Wirkung des Drogenkonsums im Entstehungsprozess delinquenten Verhaltens nicht abschließend beantwortet werden kann, *so lässt sich dennoch auf Basis der Daten aus Berlin erneut die enge Beziehung zwischen dem Alkoholkonsum und dem Gewaltverhalten aufzeigen.* Die männlichen Jugendlichen, die in den letzten zwölf Monaten nie Alkohol getrunken haben, haben zu 8,6 % mindestens einmal in den letzten zwölf Monaten Gewalttaten ausgeführt, die männlichen Jugendlichen, die häufiger Alkohol konsumieren, hingegen zu 37,0 %. Für Mädchen lassen sich vergleichbare Zusammenhänge feststellen (4,0 zu 18,6 %). Auch für den Cannabiskonsum finden sich enge Zusammenhänge mit dem Gewaltverhalten: Männliche Nicht-Konsumenten sind zu 10,0 % als Gewalttäter in Erscheinung getreten, häufige Konsumenten (mindestens mehrmals pro Monat) hingegen zu 47,9 %. *Von einer befriedenden Wirkung des Cannabiskonsum ist daher nicht auszugehen.*

5.8. Schulschwänzen

Ein weiterer Themenkomplex der Schülerbefragung bezog sich auf das Schulschwänzen der Jugendlichen. In der Öffentlichkeit und der Forschung wird diesem Thema zunehmend Aufmerksamkeit geschenkt, da insbesondere intensive Formen des Schulschwänzens mit einem höheren Risiko eigener Delinquenz und schlechterer Schulleistungen einhergehen (vgl. u.a. Baier et al. 2006, Wilmers et al. 2002).

Zur Erfassung dieses Verhaltens in der Befragung in Berlin wurden die Jugendlichen gebeten, anzugeben, wie oft sie im letzten Schulhalbjahr die Schule geschwänzt haben. Dabei wurde zwischen ganzen Schultagen und einzelnen Stunden unterschieden, wobei die Antwortkategorien jeweils von 0 Tagen bzw. Stunden bis 25 und mehr Tage bzw. Stunden reichten. Die Stunden wurden durch fünf (Anzahl an Schultagen) geteilt und zu den geschwänzten Tagen dazu addiert.

Mindestens einmal geschwänzt (im Folgenden „Schwänzprävalenz“ genannt) haben im letzten Schulhalbjahr 45,8 % der Befragten, als Mehrfachschwänzer (fünf und mehr Tage) muss etwa jeder siebente Jugendliche eingestuft werden (15,3 %, Tabelle 5.18). *Im Vergleich zur bundesweit repräsentativen Befragung in den Jahren 2007/2008 wird deutlich, dass der Anteil an Schulschwänzern in Berlin überdurchschnittlich ausfällt; insbesondere die Mehrfachschwänzerquote liegt in Berlin höher als im Bundesdurchschnitt.* Ein Vergleich mit den Schülern aus Großstädten macht aber deutlich, dass diese höhere Schwänzbereitschaft nicht ungewöhnlich für großstädtische Gebiete ist. Die Mehrfachschwänzerquote von großstädtischen Jugendlichen liegt bundesweit bei 16,7 %, also sogar noch höher als in Berlin.

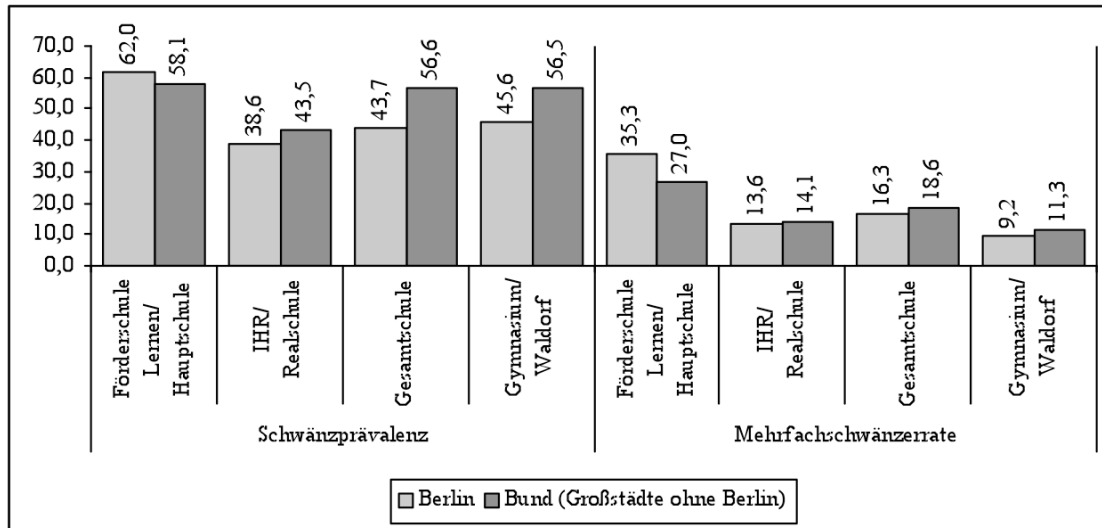
Tabelle 5.18: Schulschwänzen im letzten Schulhalbjahr nach Gebiet (in %; gewichtete Daten)

	Schwänzprävalenz	Mehrfachschwänzerquote
Berlin	45,8	15,3
Bund	44,8	12,1
Bund (Großstädte ohne Berlin)	53,8	16,7

Schüler aus Förder- und Hauptschulen gehören deutlich häufiger zu den insbesondere Mehrfachschwänzern, wie Abbildung 5.33 zeigt. Während 35,3 % der Förder- und Hauptschüler mindestens fünf Tage geschwänzt haben, liegt die Quote bei Gymnasiasten bei nur 9,2 %. So-

wohl bei der Schwänzprävalenz als auch bei der Mehrfachschwänzerrate bestätigt sich zudem, dass die Förder- und Hauptschüler Berlins eine höhere Belastung aufweisen als die Förder- und Hauptschüler bundesweit. Von den Förder- und Hauptschülern, die im Rahmen der Schülerbefragung 2007/2008 in verschiedenen bundesdeutschen Großstädten befragt wurden, gaben bspw. nur 27,0 %, dass sie mindestens fünf Tage der Schule unerlaubt ferngeblieben sind.

Abbildung 5.33: Schulschwänzen im letzten Schulhalbjahr nach Schulform (in %; gewichtete Daten)



Wie aus Tabelle 5.19 weiter deutlich wird, ist das gelegentliche Schwänzen in der Gruppe der Mädchen etwa genauso weit verbreitet wie in der Gruppe der Jungen, das intensive Schulschwänzen wird von den männlichen Befragten dagegen signifikant häufiger ausgeübt (18,1 zu 12,5 %). Zwischen den verschiedenen ethnischen Gruppen ergeben sich ebenfalls Unterschiede. Besonders deutlich fallen diese bei der Mehrfachschwänzerrate aus: Deutsche Jugendliche haben zu 11,5 % mindestens fünf Tage die Schule geschwänzt, Jugendliche aus Ländern des ehemaligen Jugoslawien zu 25,5 %. Ebenfalls eine hohe Quote findet sich bei den türkischen Jugendlichen; nord-/westeuropäische Jugendliche gehören dagegen sogar seltener als die deutschen Jugendlichen zu den Mehrfachschwänzern.

Tabelle 5.19: Schulschwänzen im letzten Schulhalbjahr nach Geschlecht und Migrationshintergrund (in %; gewichtete Daten)

	Schwänzprävalenz	Mehrfachschwänzerrate
Jungen	46,5	18,1
Mädchen	45,0	12,5
Deutschland	41,9	11,5
Türkei	53,2	24,2
Libanon	47,1	16,1
and. islam. Länder	45,7	14,4
ehem. Jugoslaw.	48,1	25,5
ehem. SU	50,0	20,7
Polen	54,5	16,7
Nord-/ Westeur.	56,7	6,1
Südeuropa	49,2	20,0
Asien	38,7	16,0
andere	48,7	17,1

fett: Unterschied signifikant bei $p < .05$

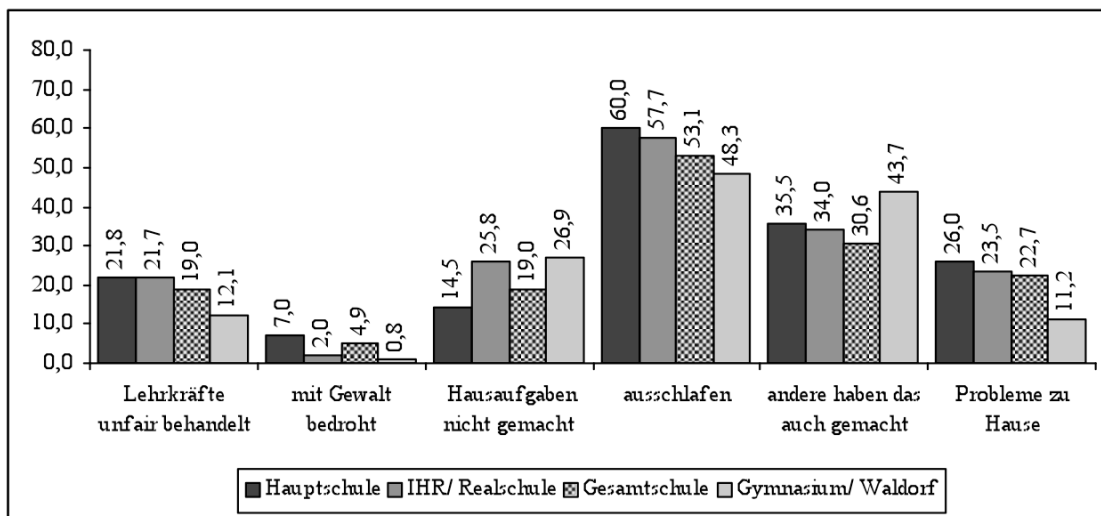
Die Schüler, die im letzten Schulhalbjahr mindestens eine Stunde dem Unterricht unerlaubt ferngeblieben sind, wurden nach den Gründen für ihr Verhalten gefragt; in Förderschulen wurde die Frage nach den Gründen allerdings nicht gestellt. Tabelle 5.20 zeigt, dass das häufigste Motiv des Schwänzens die Schulunlust ist: 77,0 % der Schwänzer gaben dies als Grund an. Der Vergleich zum Bundesdurchschnitt belegt, dass dies keine Besonderheit der Schulschwänzer Berlins ist. Ebenfalls recht häufig werden als Grund das Ausschlafen und das bewusste Vermeiden aufgrund fehlender Hausaufgaben oder anstehender Klassenarbeiten genannt. Zusätzlich machen die Zahlen deutlich, dass nur sehr selten geschwänzt wird, weil man in der Schule mit Gewalt bedroht wird. Jeder zehnte Schüler schwänzt, weil er lieber Computer spielen möchte. Zudem wird auch beim Schulschwänzen deutlich, dass das Verhalten von Freunden relevant ist: 37,5 % der Schwänzer in Berlin gaben an, dass sie der Schule fern geblieben sind, weil dies andere Schüler ebenfalls getan haben. Im Vergleich zum Bundesdurchschnitt fallen zwei Befunde auf: Erstens berichten die Schwänzer Berlins etwas häufiger als die bundesweiten Schwänzer, dass sie von Lehrkräften unfair behandelt worden sind. Zweitens scheinen Probleme zu Hause in Berlin häufiger ein Grund für das Schwänzen zu sein; fast jeder fünfte Schwänzer aus Berlin berichtet hiervon (18,5 %).

Tabelle 5.20: Gründe für das Schulschwänzen (nur Befragte, die mindestens eine Stunde geschwänzt haben; in %; gewichtete Daten; ohne Förderschüler)

	Berlin	Bund	Bund (Großstädte ohne Berlin)
Lehrkräfte unfair behandelt	16,9	13,1	12,8
von anderen Schülern mit Gewalt bedroht	2,9	2,6	3,7
Hausaufgaben nicht gemacht	22,9	24,9	26,7
ausschlafen	52,9	48,4	53,8
Klassenarbeit nicht mitschreiben	29,7	26,6	26,0
lieber Computer spielen	10,9	9,6	10,0
keine Lust auf Schule	77,0	76,8	78,9
andere haben das auch gemacht	37,5	36,9	37,8
Probleme zu Hause	18,5	12,7	14,7

Für sechs der im Fragebogen aufgeführten neun Gründe ergeben sich signifikante Schulformunterschiede (Abbildung 5.34). Dabei stechen vor allem die Gymnasiasten Berlins hervor. Diese schwänzen deutlich seltener als Schüler anderer Schulformen, weil sie von Lehrkräften unfair behandelt werden, weil sie mit Gewalt bedroht werden oder weil sie Probleme zu Hause haben. Sie bleiben der Schule aber deshalb häufiger fern, weil sie keine Hausaufgaben gemacht haben oder weil andere ebenso gehandelt haben.

Abbildung 5.34: Gründe für das Schulschwänzen nach Schulform (nur Befragte, die mindestens eine Stunde geschwänzt haben; in %; gewichtete Daten; ohne Förderschüler)



Die verschiedenen ethnischen Gruppen unterscheiden sich in Bezug auf vier Schwänzgründe signifikant voneinander, wie Tabelle 5.21 darstellt. Dass man mit Gewalt bedroht wird, ist für polnische und asiatische Jugendliche häufiger ein Grund zum Schwänzen als für andere Gruppen. Polnische Jugendliche schwänzen zudem häufiger, weil sie Hausaufgaben nicht gemacht haben oder Klassenarbeiten nicht mitschreiben wollten. Probleme zu Hause sind vor allem für Schüler aus Ländern des ehemaligen Jugoslawien ein Motiv, der Schule fern zu bleiben. Beim unfairen Behandeln durch die Lehrkräfte werden die Unterschiede zwischen den Gruppen zwar nicht als signifikant ausgewiesen, es ergeben sich dennoch interessante Trends: Türkische Jugendliche gaben am häufigsten an, deshalb die Schule gemieden zu haben, am seltensten war dies bei nord-/westeuropäischen sowie südeuropäischen Jugendlichen der Fall. Deutsche Jugendliche gaben immerhin zu 14,9 % an, die Schule aus diesem Grund geschwänzt zu haben. Eine klare Trennlinie zwischen Deutschen und Migranten, die auf Diskriminierungsprozesse schließen lassen könnte, ist insofern nicht erkennbar.

Tabelle 5.21: Gründe für das Schulschwänzen nach Migrationshintergrund (nur Befragte, die mindestens eine Stunde geschwänzt haben; in %; gewichtete Daten; ohne Förderschüler)

	Lehrkräfte unfair behandelt	mit Gewalt bedroht	Hausaufgaben nicht gemacht	aus-schlafen	Klassenarbeit nicht mitschreiben	lieber Computer spielen	keine Lust auf Schule	andere haben das auch gemacht	Probleme zu Hause
Deutschland	14,9	3,3	18,8	49,6	26,7	12,1	78,9	38,3	15,2
Türkei	24,8	2,3	24,2	58,8	33,2	6,9	74,9	34,7	18,1
Libanon	17,1	0,0	26,5	38,2	11,4	3,0	63,9	28,6	17,6
and. islam. Länder	20,9	0,0	39,5	63,6	40,9	14,0	74,4	39,5	20,9
ehem. Jugoslaw.	17,5	7,3	34,1	63,4	42,9	9,8	77,3	38,1	38,1
ehem. SU	16,1	1,8	25,0	56,9	33,9	5,4	73,7	35,7	26,8
Polen	17,9	10,7	38,5	66,7	46,4	14,3	82,8	50,0	21,4
Nord-/Westeur.	9,4	0,0	15,6	40,6	25,0	9,4	81,3	40,6	15,6
Südeuropa	7,7	0,0	20,0	51,9	20,0	19,2	74,1	42,3	15,4
Asien	17,4	12,0	33,3	56,0	48,0	12,0	66,7	40,0	16,7
andere	13,2	0,0	32,7	45,3	30,2	15,7	67,3	32,1	22,6

fett: Unterschiede signifikant bei $p < .05$

Von allen Jugendlichen, die mindestens einmal im letzten Schulhalbjahr geschwänzt haben, berichten in Berlin 36,3 %, dass sie mindestens eine Reaktion von Seiten der Schule auf ihr Schulschwänzen erlebt haben (Tabelle 5.22). *Dies liegt über dem Bundesdurchschnitt und ebenfalls über dem Wert für bundesdeutsche Großstädte; in Berlin zieht also das Schwänzen häufiger Konsequenzen nach sich als dies bundesweit der Fall ist.* Dies gilt auch für das Mehrfachschwänzen: In Berlin haben 59,7 % der Mehrfachschwänzer mindestens eine Reaktion erlebt, im Bund nur 50,5 %. In bundesdeutschen Großstädten beträgt die Reaktionsquote bei Mehrfachschwänzern 52,4 %.

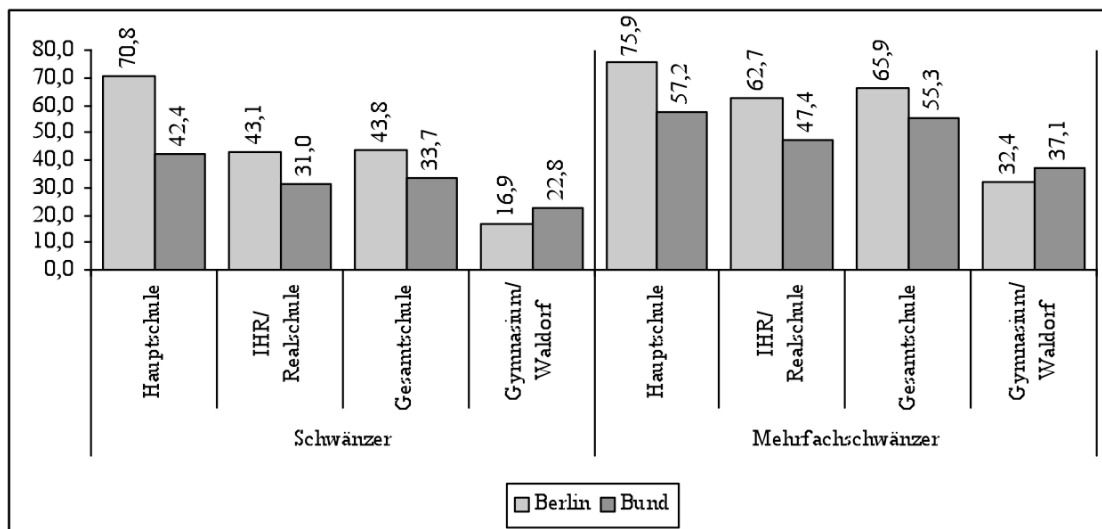
Tabelle 5.22: Reaktionen auf das Schulschwänzen (nur Befragte, die mindestens eine Stunde geschwänzt haben; in %; gewichtete Daten; ohne Förderschüler)

	Schwänzer			Mehrfachschwänzer		
	Berlin	Bund	Bund (Großstädte ohne Berlin)	Berlin	Bund	Bund (Großstädte ohne Berlin)
Gespräch mit Lehrer	25,8	19,3	22,1	44,5	35,2	37,9
Stress mit Eltern	30,2	-	-	48,3	-	-
Gespräch mit Schulleiter	7,4	5,5	6,5	16,5	13,9	14,9
Nachsitzen/Strafarbeit	7,9	14,3	13,9	13,2	19,5	16,5
Gespräch Lehrkraft mit Eltern	17,4	12,1	14,4	36,5	28,0	31,9
Brief an Eltern	15,9	10,0	13,8	30,9	22,9	28,6
Gespräch mit Jugendamt o.ä.	5,1	2,6	3,4	11,3	7,6	9,7
Androhung Bußgeld	4,8	2,7	3,5	10,8	8,1	9,1
Verhängen Bußgeld	1,9	0,9	1,2	4,7	2,7	3,3
Kontakt mit Polizei	1,3	1,1	1,3	3,0	3,3	3,2
mind. eine Reaktion (ohne „Stress mit Eltern“)	36,3	31,7	34,4	59,7	50,5	52,4

Werden die einzelnen Maßnahmen betrachtet, so zeigt sich, dass die Schüler am häufigsten vom Stress mit ihren Eltern berichten. Vergleichsdaten aus der Schülerbefragung 2007/2008 stehen hier nicht zur Verfügung. Ebenfalls relativ häufig berichten die Schwänzer davon, dass es Gespräche mit einer Lehrkraft bzw. Gespräche zwischen der Lehrkraft und den Eltern gegeben hat. Eher selten sind die Androhung oder das Verhängen von Bußgeldern und die Kontaktierung der Polizei. Je häufiger ein Schüler die Schule geschwänzt hat, umso wahrscheinlicher werden allerdings alle Reaktionsformen. Im Vergleich mit dem bundesdeutschen Durchschnitt fällt für Berlin auf, dass mit einer Ausnahme alle Reaktionsformen häufiger genannt wurden: In Berlin wird seltener als im Bundesdurchschnitt auf das Nachsitzen bzw. das Erteilen von Strafarbeiten gesetzt.

In Bezug auf die Reaktionen nach dem Schwänzen ergeben sich große Schulform-Unterschiede (Abbildung 5.35). Schwänzer aus Hauptschulen müssen demnach zu 70,8 % mit mindestens einer Reaktion rechnen, Schwänzer aus Gymnasien hingegen nur zu 16,9 %. Wenn Hauptschüler mindestens fünf Tage der Schule fern geblieben sind, berichten sie zu 75,9 % von mindestens einer Reaktion, Gymnasiasten, für die gleiches gilt, hingegen nur zu 32,4 %. Dabei ergeben sich sowohl für die Hauptschulen, als auch die Realschulen (inkl. IHR) und Gesamtschulen höhere Reaktionsquoten in Berlin als bundesweit; die schwänzenden Gymnasiasten Berlins müssen dagegen seltener damit rechnen, aufgrund ihres Verhaltens eine Sanktion zu erfahren.

Abbildung 5.35: Reaktionen auf das Schulschwänzen nach Schulform (nur Befragte, die mindestens eine Stunde geschwänzt haben; in %; gewichtete Daten; ohne Förderschüler)

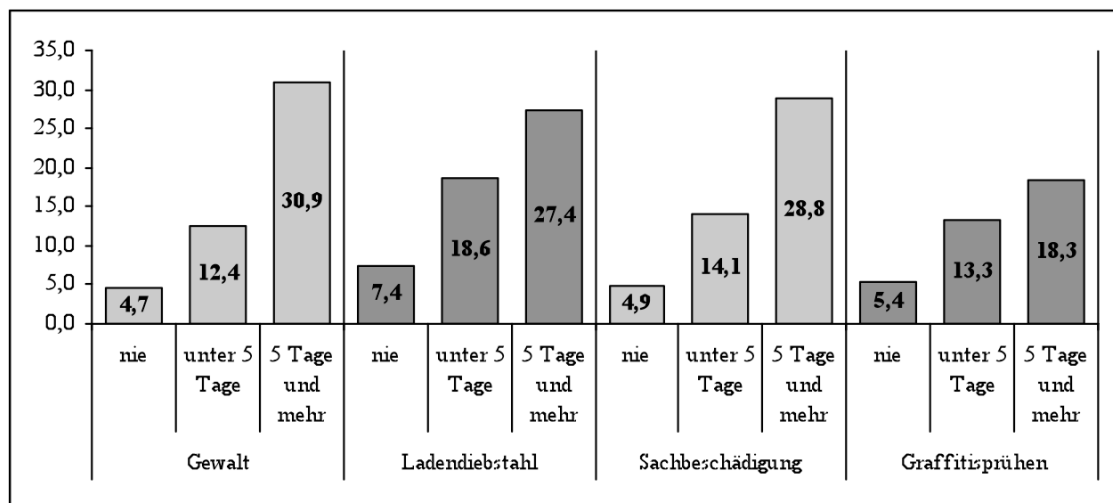


Es wurde bereits erwähnt, dass insbesondere intensive Formen des Schulschwänzens mit delinquentem Verhalten in Beziehung stehen. Hierfür existieren im Wesentlichen zwei Interpretationen: Im Sinne einer Ermöglichungshypothese ist anzunehmen, dass sich Jugendliche, die nicht die Schule besuchen, erweiterte Spielräume für deviantes Verhalten eröffnen. Da sie sich in der Regel nicht zu Hause aufhalten können, treffen sie sich allein oder zusammen mit Freunden an von der Kontrolle der Erwachsenen teilweise enthobenen Orten. Ein beliebter Aufenthaltsort ist z.B. das Kaufhaus, wo zugleich verschiedenen Formen des Zeitvertreibs nachgegangen werden kann. Damit steigen aber auch die Möglichkeiten, z.B. Ladendiebstähle zu begehen oder schwarz zu fahren. Auch vandalistische Taten oder Graffiti sprühen können in diesem selbst geschaffenen Freiraum durchgeführt werden. Die persönlichkeitsbezogene Deutung geht von

der Überlegung aus, dass nicht alle Jugendlichen gleichermaßen dem Risiko ausgesetzt sind, die Schule zu schwänzen. Das Schwänzen wird hier vielmehr als Ausdruck eines insgesamt devianten Lebensstils erachtet. Bindungen an zentrale gesellschaftliche Normen sind bei den Schwänzern weniger existent, u.a. als Resultat der Konfrontation mit familiärer Gewalt, der Einbindung in subkulturelle Freundschaftsnetzwerke oder dem Aufwachsen in Stadtteilen mit geringer sozialer Kontrolle und geringem sozialen Zusammenhalt. Die Normübertretung in Form des Schulschwänzens ist begleitet von anderen Normbrüchen, z.B. der Ausübung von Gewalt gegen Personen.

Abbildung 5.36 bestätigt eindrücklich, dass es einen signifikanten Zusammenhang zwischen dem Schulschwänzen und dem Begehen verschiedener Delikte gibt. Je häufiger ein Schüler geschwänzt hat, desto häufiger hat er Gewaltdelikte ausgeführt. Bereits das seltene Schwänzen steht mit erhöhter Delinquenz in Beziehung. Besonders hohe Delinquenzraten sind aber bei den Mehrfachschwänzern zu beobachten, die fünf oder mehr Tage die Schule geschwänzt haben: Der Anteil an Gewalttätern ist in dieser Gruppe sechsmal so hoch wie in der Gruppe der Schüler, die nie im letzten Schulhalbjahr geschwänzt haben. Auch für Eigentumsdelikte sind enge Zusammenhänge mit dem Schwänzen festzustellen. Die Zusammenhänge zeigen sich bei allen betrachteten Delinquenzformen für Jungen wie für Mädchen, wie zusätzliche Auswertungen belegen (nicht abgebildet). *Das Schulschwänzen muss insofern als ein Risikomarker für eine problematische Entwicklung eines Schülers betrachtet werden.*

Abbildung 5.36: Delinquentes Verhalten nach Häufigkeit des Schulschwänzens (in %; gewichtete Daten)



5.9. Multivariates Erklärungsmodell

In einer abschließenden Analyse sollen die Bedingungsfaktoren, die in den vorangegangenen Auswertungen vorgestellt wurden, in einem Gesamtmodell auf ihren Zusammenhang mit dem delinquenten Verhalten untersucht werden. Dabei soll sich auf das Gewaltverhalten konzentriert werden. In Tabelle 5.23 sind die Ergebnisse von drei logistischen Regressionsanalysen festgehalten.

Mittels logistischer Regressionsanalysen lässt sich der Einfluss mehrerer Variablen auf eine zu erklärende Variable (hier: das Gewaltverhalten) gleichzeitig prüfen, wobei wichtige von weniger wichtigen Einflussfaktoren getrennt werden können. Ob Faktoren wichtig sind, wird durch die Signifikanzangabe sichtbar. Signifikanz bedeutet, dass mit hoher Wahrscheinlichkeit der in der Stichprobe gefundene Zusammenhang groß genug ist, um folgern zu können, dass er auch in der Grundgesamtheit existiert. Die Signifikanz wird in den Modellen durch Sternchen (*) gekennzeichnet. Wenn ein Faktor einen signifikanten Einfluss (auch unter Kontrolle weiterer Faktoren) ausübt, dann ist die Richtung des Einflusses entscheidend. Die Koeffizienten in den Modellen können Werte über oder unter 1 annehmen. Koeffizienten über 1 bedeuten, dass ein Faktor das Risiko der Gewalttäterschaft erhöht. Am Beispiel: Das Risiko von Mehrfachschwänzern, Gewalttaten auszuführen, liegt 2,3mal über dem Risiko für Nichtschwänzer bzw. sporadische Schwänzer. Oder: Häufige Alkoholkonsumenten haben ein 1,8fach höheres Risiko der Gewalttäterschaft als Schüler, die nie Alkohol trinken (die Referenzkategorie). Werte unter 1 bedeuten umgekehrt, dass ein Faktor das Risiko der Gewalttäterschaft senkt. Weibliche Befragte haben ein 0,4fach so hohes Risiko wie Männer (also ein etwa halb so hohes Risiko). Insgesamt werden drei Modelle berechnet. Dies hat den Vorteil, dass Vermittlungsprozesse sichtbar gemacht werden können: Im ersten Modell sind bspw. weibliche Befragte noch signifikant seltener Gewalttäter, im zweiten Modell nicht mehr. Die signifikant niedrigere Gewaltbelastung der Mädchen hängt also mit Faktoren zusammen, die im zweiten Modell Berücksichtigung finden, so z.B. mit den Männlichkeitsnormen und dem Gewaltfilmkonsum, die beide eng mit der Geschlechterzugehörigkeit korrelieren. Sollten sich Faktoren bereits im ersten oder zweiten Modell nicht als signifikant erweisen, dann ist es nicht notwendig, sie im Nachfolgemodell zu berücksichtigen.

Im ersten Modell werden zunächst hauptsächlich demographische Variablen berücksichtigt. Mädchen weisen ein signifikant niedrigeres Risiko auf, zum Gewalttäter zu werden als Jungen. Türkische Jugendliche haben signifikant häufiger als deutsche Jugendliche eine Gewalttat begangen. Alle anderen Gruppen wurden aufgrund der eher geringen Fallzahlen zusammengefasst; eine höhere Gewaltbelastung zeigt sich für die zusammengefasste Gruppe im Vergleich zu den einheimischen Deutschen nicht mehr.²⁴ Schüler aus Gesamtschulen und Gymnasien weisen ein signifikant geringeres Gewaltniveau auf als Schüler aus Hauptschulen. Zudem wird belegt, dass Jugendliche, die nicht mit beiden leiblichen Elternteilen aufwachsen, häufiger Gewaltverhalten ausüben. Trennungs- und Scheidungserlebnisse scheinen demnach mit einer erhöhten Gewaltbereitschaft einherzugehen. Für den Bezug von staatlichen Transferleistungen sowie die Mitgliedschaft in künstlerischen Vereinigungen wie kirchlichen Gruppen ergibt sich kein signifikanter Zusammenhang mehr mit dem Gewaltverhalten.²⁵

²⁴ Das Ausweisen weiterer Migrantengruppen jenseits der türkischen Jugendlichen ist nicht nur vor dem Hintergrund der eher geringen Fallzahlen unangemessen. Die Auswertungen im Abschnitt 4.3 haben auch gezeigt, dass die Abstände zwischen deutschen Jugendlichen und den verschiedenen Migrantengruppen im Gewaltverhalten eher gering ausfallen. Libanesisches Jugendliche unterscheiden sich hinsichtlich ihrer Gewaltbereitschaft bspw. nicht signifikant von deutschen Jugendlichen. Gleiches gilt für nahezu alle anderen Migrantengruppen.

²⁵ Auch der Befragungszeitpunkt (Welle I bzw. Welle II) erweist sich in Modell I als nicht signifikant; auf eine Darstellung dieses Effekts wurde daher ganz verzichtet.

Nahezu alle die in Modell I gefundenen Beziehungen werden durch Aufnahme weiterer Faktoren erklärt.²⁶ Weder das Geschlecht, noch die ethnische Herkunft oder die besuchte Schulform tragen damit für sich genommen zur Erklärung der Gewaltbereitschaft bei; es sind vielmehr die mit diesen Faktoren verbundenen familien- und persönlichkeitsbezogenen Bedingungen, die für die in Modell I gefundenen Zusammenhänge verantwortlich sind. Insofern kann bspw. gefolgert werden, dass die höhere Gewaltbereitschaft türkischer Jugendlicher einerseits auf häufigere innerfamiliäre Gewalterfahrungen, andererseits auf die stärkere Zustimmung zu Männlichkeitsnormen zurückzuführen ist. Die sozialen und kulturellen Bedingungen bestimmen über die Gewaltbereitschaft, nicht die bloße Zugehörigkeit zu einer Gruppe. Die Koeffizienten des zweiten Modells belegen, dass Jugendliche, die schwere Gewalt in der Kindheit erlebt haben, ein etwa 1,8faches Risiko besitzen, Gewalttaten auszuführen. Ebenfalls eine signifikant das Gewaltrisiko erhöhende Wirkung haben die Zustimmung zu Männlichkeitsnormen sowie die Risikobereitschaft (d.h. die niedrige Selbstkontrolle). Zudem bestätigt sich, dass der Gewaltmedienkonsum signifikant das Gewaltrisiko erhöht; dieser Effekt zeigt sich aber letztlich nur für den Film-, nicht den Spielkonsum. Alle anderen aufgenommenen Faktoren erweisen sich als nicht signifikant, die Koeffizienten weisen zugleich meist in die erwartete Richtung; schlechte Schulleistungen erhöhen also tendenziell das Gewaltrisiko, eine höhere Schulbindung senkt es usw.

²⁶ Nicht signifikante Einflussfaktoren werden im darauf folgenden Modell nicht mehr berücksichtigt. Dies hat zur Folge, dass die Fallzahlen über alle drei Modelle nicht konstant bleiben. Durch die Löschung von Variablen steigt aber letztlich die Fallzahl, d.h. es werden Informationen gewonnen.

Tabelle 5.23: Einflussfaktoren des Gewaltverhaltens (binär logistische Regression; abgebildet: Exp(B))

	Modell I	Modell II	Modell III
Geschlecht: weiblich	0.428***	0.751	-
Herkunft: Deutschland	<i>Referenz</i>	<i>Referenz</i>	-
Herkunft: Türkei	1.652**	0.959	-
Herkunft: anderes	1.129	0.843	-
Schulform: Hauptschule	<i>Referenz</i>	<i>Referenz</i>	-
Schulform: IHR/Realschule	0.725	1.122	-
Schulform: Gesamtschule	0.581**	0.954	-
Schulform: Gymnasium	0.275***	0.676	-
abhängig von staatlichen Transferleistungen nicht mit beiden leiblichen Eltern zusammen lebend	1.036	-	-
Mitglied in künstlerischem Verein	1.501**	1.377*	1.145
Mitglied in kirchlicher/religiöser Organisa- tion	0.791	-	-
elterliche Gewalt in Kindheit: nie		<i>Referenz</i>	<i>Referenz</i>
elterliche Gewalt in Kindheit: leicht		1.305	0.969
elterliche Gewalt in Kindheit: schwer		1.843**	1.078
elterliche Zuwendung		1.194	-
elterliche Kontrolle		0.843	-
Männlichkeitsnormen		1.628***	1.705***
Risikosuche		2.234***	1.402**
Konsum von Gewaltfilmen		1.188**	1.156**
Konsum von Gewaltspielen		1.045	-
Schulleistungen		1.201	-
Schulbindung		0.868	-
Interventionsbereitschaft Lehrer		0.911	-
delinquente Freunde: keine			<i>Referenz</i>
delinquente Freunde: 1 bis 5			2.810***
delinquente Freunde: über 5			8.509***
Tragen von Waffen: nie			<i>Referenz</i>
Tragen von Waffen: selten			2.803***
Tragen von Waffen: häufiger			3.228***
Alkoholkonsum: nie			<i>Referenz</i>
Alkoholkonsum: selten			1.389
Alkoholkonsum: häufiger			1.848*
Mehrfachschwänzer			2.277***
N	2430	2528	2696
Nagelkerkes R²	.103	.259	.392

*p < .05, ** p < .01, ***p < .001

Im dritten Modell werden weitere wichtige Bedingungsfaktoren einbezogen, die z.T. wiederum als Risikomarker oder Ko-Auffälligkeiten und nicht per se als Ursachen des Gewaltverhaltens einzustufen sind bzw. selbst einer eigenen Ursachenanalyse unterzogen werden müssten. Bestätigt wird der sehr enge Zusammenhang zwischen dem Kontakt mit delinquenten Freunden und dem Gewaltverhalten: Jugendliche, die mehr als fünf delinquente Freunde haben, haben ein 8,5fach erhöhtes Risiko, zum Gewalttäter zu werden im Vergleich zu Jugendlichen, die keine delinquenten Freunde kennen. Das Tragen von Waffen geht ebenso mit einem signifikant erhöhten Gewaltrisiko einher wie das intensive Schulschwänzen. Für den Alkoholkonsum zeigt sich letztlich ein etwas schwächerer Zusammenhang mit dem Gewaltverhalten: Zumindest die häufigen Alkoholkonsumenten sind aber signifikant häufiger als Gewalttäter in Erscheinung getreten

als die Alkohol abstinenten Jugendlichen. Im Vergleich zu Modell II ergibt sich für Modell III, dass drei Prädiktoren weiterhin signifikant sind (Männlichkeitsnormen, Risikosuche, Gewaltfilmkonsum). Der Einfluss der Familienform sowie der elterlichen Gewalt wird hingegen vollständig erklärt. Insofern ist bspw. zu folgern, dass Jugendliche, die schwere elterliche Gewalt erlebt haben, häufiger mit delinquenten Gleichaltrigen in Kontakt stehen, was wiederum die Gewaltbereitschaft erhöht; das Erleben elterlicher Gewalt erhöht zugleich auch das Risiko, Waffen bei sich zu tragen, Alkohol zu konsumieren oder die Schule zu schwänzen. Es handelt sich also weiterhin um einen wichtigen Einflussfaktor, der aber nicht direkt, sondern indirekt, vermittelt über andere Faktoren wirkt.

Die Ergebnisse der Analysen der Neuntklässler Berlins belegen, dass Gewaltverhalten nur multifaktoriell erklärt werden kann. Einige Faktoren stehen zugleich in einem engeren Bezug mit dem Gewaltverhalten als andere Faktoren (bestimmte Persönlichkeitseigenschaft, Gewaltfilmkonsum, weitere Auffälligkeiten wie Schulschwänzen oder das Tragen von Waffen, der Kontakt mit delinquenten Freunden). Maßnahmen zur Prävention von Gewaltverhalten sollten sich daher primär auf diese Faktoren konzentrieren.

Eine abschließende Analyse soll sich der Frage widmen, ob bei Migrantenjugendlichen zusätzlich weitere Faktoren eine Rolle für das Gewaltverhalten spielen. Im ersten Exkurs wurde bereits gezeigt, dass Faktoren wie das Geburtsland oder die Staatsangehörigkeit irrelevant sind. Möglicherweise sind aber der Stand der Integration sowie die Erfahrung von Diskriminierung für das Gewaltverhalten von Migranten entscheidend. In Tabelle 5.24 finden sich deshalb noch zwei weitere Modelle, die nur das Gewaltverhalten von Migranten als Erklärungsgegenstand haben, da Variablen wie der Stand der Integration und die Diskriminierungserfahrungen nicht für deutsche Jugendliche erhoben werden können. Zu beachten ist, dass die Fallzahlen nicht nur deshalb deutlich absinken, weil sich auf die Migranten konzentriert wird, sondern auch, weil Variablen aus dem Modulfragebogen ausgewertet werden, der nur zwei von drei Migranten vorgelegt worden ist. Aufgrund der geringeren Fallzahlen wird auch darauf verzichtet, Modelle für einzelne Migrantengruppen zu präsentieren; die Modelle beziehen sich daher auf alle Migrantengruppen.

Modell I bestätigt zunächst, dass besser integrierte Migranten signifikant seltener zu Gewaltverhalten greifen als schlechter integrierte Migranten. Aufgrund der geringeren Fallzahlen wird hier auch das 10%-Irrtumswahrscheinlichkeitsniveau berücksichtigt. Noch deutlich stärker wirken sich Diskriminierungserfahrungen aus. In die Modelle werden zwei Formen der Diskriminierungserfahrungen in Bezug auf die letzten zwölf Monate einbezogen: Verbale Diskriminierungen umfassen Unhöflichkeiten beim Einkauf, abwertendes Ansprechen, Beschimpfungen und komisches Anschauen; physische Diskriminierungen beziehen sich auf Körperverletzungen und Sachbeschädigungen (inkl. Haus/Wohnung).²⁷ Wie die zugehörigen Koeffizienten bestätigen, haben Migrantenjugendliche, die Diskriminierungen erlebt haben, signifikant häufiger Gewaltverhalten ausgeführt. Physische Formen der Diskriminierung motivieren dabei noch stärker zum Gewaltverhalten als verbale Formen. Zentral ist nun, dass die Effekte der Diskriminierung bei Berücksichtigung von weiteren Bedingungsfaktoren, die sich in der obigen Analyse als rele-

²⁷ Eine solche Trennung der Diskriminierungserfahrungen wird durch eine Faktorenanalyse gestützt, die zwei Faktoren extrahiert. Benachteiligungen durch die Polizei laden auf beiden Faktoren relativ schwach und werden daher nicht berücksichtigt.

vant herausgestellt haben, bestehen bleiben. Das Ausmaß der Integration wirkt letztlich nicht mehr gewaltpräventiv. *Es lässt sich damit folgern, dass Erfahrungen der Diskriminierung bei Migrantenjugendlichen zu Frustrationen führen können, die Gewaltverhalten nach sich ziehen.* Gleichwohl ist an dieser Stelle auch darauf hinzuweisen, dass mit dem hier zur Verfügung stehenden Querschnittdatensatz keine kausalen Beziehungen geprüft werden können. Denkbar ist auch, dass Migrantenjugendliche ihr Verhalten im Nachhinein durch eine echte oder vermeintliche Diskriminierung zu legitimieren versuchen oder aber dass das Gewaltverhalten dazu führt, dass sich von den Tätern distanziert wird, was diese wiederum als Diskriminierung wahrnehmen könnten. Der Zusammenhang von Diskriminierung und Gewaltverhalten bei Migrantenjugendlichen bedarf insofern noch der weiteren empirischen Untersuchung.

Tabelle 5.24: Einflussfaktoren des Gewaltverhaltens bei Migrantenjugendlichen (binär logistische Regression; abgebildet: Exp(B))

	Modell I	Modell II
Stand der Integration	0.991 [†]	0.997
verbale Diskriminierung erlebt	2.592**	1.898 [†]
physische Diskriminierung erlebt	4.085***	3.594**
Männlichkeitsnormen		1.252
Risikosuche		1.626*
Konsum von Gewaltfilmen		1.345**
delinquente Freunde: keine		<i>Referenz</i>
delinquente Freunde: 1 bis 5		3.439*
delinquente Freunde: über 5		11.405***
Tragen von Waffen: nie		<i>Referenz</i>
Tragen von Waffen: selten		1.766
Tragen von Waffen: häufiger		1.949
Alkoholkonsum: nie		<i>Referenz</i>
Alkoholkonsum: selten		1.278
Alkoholkonsum: häufiger		1.946
Mehrfachschwänzer		1.121
N	698	641
NagelkerkesR²	.119	.410

[†] p < .10, *** p < .001, ** p < .01, * p < .05

5.10. Lebensalter und delinquentes bzw. abweichendes Verhalten

Bezüglich der verschiedenen delinquenten bzw. abweichenden Verhaltensweisen sowie der Opfererfahrungen wurden die Schüler nicht nur danach gefragt, ob sie diese in ihrem Leben bzw. in den letzten zwölf (beim Schulschwänzen letzten sechs) Monaten ausgeführt bzw. erlebt haben. Die Schüler, die in Bezug auf ihr bisheriges Leben Taten ausgeführt bzw. Gewaltübergriffe erlebt haben, sollten auch mitteilen, in welchem Alter dies zum ersten Mal geschehen ist. Die Angaben sind in zweierlei Hinsicht interessant: Erstens kann damit untersucht werden, ob die Jugendlichen Berlins früher als Schüler im Bund Auffälligkeiten zeigen. Sie verhalten sich, wie die bisherigen Ausführungen zeigen konnten, zwar im Wesentlichen nicht abweichender oder delinquent; möglicherweise zeigen sie die verschiedenen Verhaltensweisen aber schon eher als ihre Altersgenossen in anderen Teilen Deutschlands. Zweitens geben die Angaben einen Hinweis auf das Bedingungsgefüge: Wenn bspw. Jugendliche sowohl Gewalttaten ausgeführt als auch Alkohol konsumiert haben, mit dem Alkoholkonsum aber durchschnittlich früher

begonnen wurde, dann würde dies dafür sprechen, dass tatsächlich der Alkoholkonsum das Gewaltverhalten beeinflusst und nicht umgekehrt. Weil die Daten zumindest Hinweise auf die Bedingungsstruktur zulassen, werden die Auswertungen zu den Erstbegehungs- bzw. -erlebensaltern in diesem Abschnitt zu den Bedingungsfaktoren vorgestellt. Gleichwohl ist zu beachten, dass verlässliche Erkenntnisse zu Ursache- und Wirkungszusammenhängen letztlich mit Querschnittsdaten nicht möglich sind. Hier bedarf es prospektiver Längsschnittstudien oder experimenteller Designs.

In Tabelle 5.25 sind die Durchschnittsalter bei Erstbegehung von verschiedenen, mehrheitlich als Eigentumsdelikte einzustufenden delinquenten Verhaltensweisen abgebildet. *Das niedrigste Alter findet sich für den Ladendiebstahl, der durchschnittlich mit 11,9 Jahren zum ersten Mal verübt wird.* Es ist hier zu beachten, dass dieses Alter (ebenso wie die anderen Alter auch) nicht als Erstbegehungsalter in Bezug auf die gesamte Berliner Bevölkerung interpretiert werden darf. *Es handelt sich um das Erstbegehungsalter, wenn Neuntklässler befragt werden.* Es ist keinesfalls ausgeschlossen, dass einige Schüler erst in der zehnten, elften usw. Klasse, d.h. später in ihrem Leben damit beginnen, abweichende und delinquente Taten zu begehen. Dies hätte zur Folge, dass das Erstbegehungsalter über dem hier berichteten Wert liegt. Deutlich später als der Ladendiebstahl, mit 14,0 Jahren, werden im Durchschnitt zum ersten Mal Drogen verkauft – von jenen Neuntklässlern, die das überhaupt schon einmal getan haben. *Der Beginn der Delinquenz setzt bei den meisten Delikten damit in der Zeit nach dem 13. Geburtstag ein.* Zwischen männlichen und weiblichen Befragten existieren dabei nur zwei signifikante Unterschiede: Männliche Täter werden etwa ein halbes Jahr früher als weibliche Täter dahingehend aktiv, Sachbeschädigungen auszuführen oder Graffitis zu sprühen. Bei allen anderen Delikten liegt das Erstbegehungsalter etwa gleich hoch; d.h. *Mädchen neigen zwar generell seltener zur Ausübung der verschiedenen Delikte, wenn sie aber zu Tätern werden, dann zu einem ähnlichen Zeitpunkt wie die Jungen.*²⁸ *Der Vergleich mit dem Bund bzw. den bundesdeutschen Großstädten zeigt, dass in Berlin durchschnittlich etwas früher mit dem delinquenten Verhalten begonnen wird.* Dies ist einerseits ein Resultat der durchschnittlich jüngeren Stichprobe; das Durchschnittsalter der Berliner Befragten beträgt 15,1 Jahre, das der bundesweit befragten Schüler 15,3 Jahre. Die Abstände beim Graffitisprühen und beim Raubkopienverkauf fallen aber etwas größer als diese Differenz aus, weshalb andererseits zu folgern ist, dass Jugendliche in Berlin tatsächlich geringfügig eher mit der Ausübung delinquenten Verhaltens beginnen. Dies gilt allerdings nicht für den Ladendiebstahl.

²⁸ Vergleiche der Erstbegehungsalter für andere Schülergruppen (z.B. nach ethnischer Herkunft oder Schulform) werden an dieser Stelle nicht präsentiert, da hier z.T. nur geringe Fallzahlen zur Verfügung stehen. Die Auswertungen zum Alter beziehen sich immer nur auf jene Jugendlichen, die etwas begangen bzw. erlebt haben; die Prävalenzraten liegen teilweise derart niedrig, dass häufig weniger als 20 Fälle bspw. pro ethnischer Gruppe zur Verfügung stehen würden. Dieses Problem ergibt sich z.T. auch bereits beim Vergleich der Erstbegehungsalter zwischen den Geschlechtern, weshalb in den nachfolgenden Tabellen einige Informationen nicht dargestellt sind.

Tabelle 5.25: Alter bei Erstbegehung verschiedener Delikte nach Gebiet und Geschlecht (Mittelwerte; gewichtete Daten)

	Berlin	Bund	Bund (Großstädte ohne Berlin)	Berlin: Jungen	Berlin: Mädchen
Sachbeschädigung	13,0	13,1	13,1	12,9	13,6
Ladendiebstahl	11,9	11,8	11,8	11,7	12,0
Graffiti sprühen	13,4	13,7	13,7	13,3	13,8
Raubkopienverkauf	13,2	13,5	13,5	13,2	13,2
Fahrzeugdiebstahl	13,7	13,9	14,1	13,7	13,4
Einbruchdiebstahl	13,4	13,6	13,8	13,4	13,3
Drogenhandel	14,0	14,2	14,5	14,0	14,2

fett: Unterschiede signifikant bei $p < .05$

In Bezug auf das Erstbegehungsalter bei Gewaltdelikten ergibt sich das in Tabelle 5.26 dargestellte Bild. Einfache Körperverletzungen (allein eine andere Person geschlagen und verletzt) werden im Durchschnitt bereits mit 12,6 Jahren zum ersten Mal ausgeführt, die schweren Gewalttaten mindestens ein halbes Jahr später. Männliche Täter weisen nur bei den Körperverletzungen ein signifikant niedrigeres Erstbegehungsalter auf; schwere Körperverletzungen und Raubtaten werden, wenn sie denn ausgeführt werden, von Jungen wie Mädchen in etwa im gleichen Lebensalter zum ersten Mal verübt. Der Vergleich zum Bund bestätigt noch einmal, dass die Jugendlichen in Berlin etwas früher mit dem delinquenten Verhalten beginnen. Bei den schweren Körperverletzungen fallen die Unterschiede besonders deutlich aus.

Tabelle 5.26: Alter bei Erstbegehung verschiedener Delikte nach Gebiet und Geschlecht (Mittelwerte; gewichtete Daten)

	Berlin	Bund	Bund (Großstädte ohne Berlin)	Berlin: Jungen	Berlin: Mädchen
Körperverletzung	12,6	12,8	12,7	12,5	13,0
schwere Körperverletzung	13,1	13,7	13,9	13,2	13,3
Raub	13,4	13,3	13,5	13,4	13,6
räuberische Erpressung	13,5	13,6	13,8	13,6	- ^a
Sexuelle Gewalt/Belästigung	13,2	13,5	13,4	13,4	- ^a

fett: Unterschiede signifikant bei $p < .05$; ^a nicht dargestellt, da $N < 20$

Für die Gewaltopfererfahrungen, die weitestgehend identisch wie die Täterschaften erfragt wurden, ergeben sich durchweg niedrigere Ersterlebensalter (Tabelle 5.27). Besonders niedrig fällt dieses bei einfachen Körperverletzungen wie bei sexuellen Gewaltdelikten aus. Zu beachten ist, dass bei der sexuellen Gewalt insgesamt nur Angaben von 55 Befragten eingehen und damit gerade auch beim Vergleich zum Bund Vorsicht geboten ist. Bei der Körperverletzung bestehen derartige Einschränkungen der Aussagekraft hingegen nicht. Körperverletzungen werden von Neuntklässlern zum ersten Mal mit 11 Jahren erlebt, was über ein Jahr unterhalb des bundesdeutschen Durchschnitts liegt. *Die Jugendlichen, die mit leichter Gewalt in Form von Körperverletzungen konfrontiert werden, werden dies in Berlin also früher als in anderen Gebieten Deutschlands.* Bei den schweren Delikten wie dem Raub und der räuberischen Erpressung liegt das Alter in Berlin über dem Bundesdurchschnitt, bei den schweren Körperverletzungen wiederum etwas darunter. Zwischen Jungen und Mädchen gibt es hinsichtlich des Ersterlebensalters von Gewalt einen signifikanten Unterschied: Schwere Körperverletzungen, die von Mädchen generell seltener erlebt werden, werden von denjenigen Mädchen, die sie erfahren haben, durchschnittlich ein Jahr früher als von den Jungen erlebt.

Tabelle 5.27: Alter bei Erleben der ersten Opfererfahrung nach Gebiet und Geschlecht (Mittelwerte; gewichtete Daten)

	Berlin	Bund	Bund (Großstädte ohne Berlin)	Berlin: Jungen	Berlin: Mädchen
Körperverletzung	11,0	12,2	12,3	11,0	10,9
schwere Körperverletzung	12,5	12,8	12,9	12,8	11,8
Raub	12,2	11,5	11,7	12,3	11,8
räuberische Erpressung	12,0	11,7	12,2	11,9	12,3
Sexuelle Gewalt	11,1	12,0	11,9	- ^a	11,4
Sexuelle Belästigung	12,8	13,0	12,9	13,0	12,8

fett: Unterschiede signifikant bei $p < .05$; ^a nicht dargestellt, da $N < 20$

Mit den Angaben zum Erstbegehungs- und Ersterlebensalter von Gewalttaten lässt sich die Frage untersuchen, ob Opfererfahrungen eher zu Täterschaften führen oder umgekehrt. Generell legen die durchschnittlich niedrigeren Erlebensalter nahe, dass zeitlich zuerst die Opferschaft, später die Täterschaft kommt. Dies kann auch über folgende Auswertungen belegt werden: Werden nur jene Befragten in die Analyse eingeschlossen, die sowohl eine einfache Körperverletzung erlebt als auch begangen haben, so liegt das Ersterlebensalter bei 10,9 Jahren, das Erstbegehungsalter bei 12,4 Jahren. Bei schweren Körperverletzungen findet sich ein vergleichbares Ergebnis: Nur jene Befragten betrachtet, die dieses Delikt sowohl erlebt als auch ausgeführt haben, zeigt sich ein niedrigeres Ersterlebensalter (12,5 Jahre) und ein höheres Erstbegehungsalter (13,2 Jahre). *Die Täterschaften setzen also zeitlich nach den Opferschaften ein*, was zu der Annahme Anlass gibt, dass bestimmte Prozesse im Nachgang von Gewalterlebnissen dazu motivieren können, selbst zum Täter zu werden.

In Tabelle 5.28 sind abschließend die Durchschnittsalter beim Erstkonsum verschiedener Drogen bzw. beim Schwänzen eines ganzen Schultages abgebildet. *Mit Vollendung des 13. Lebensjahrs setzen bei verschiedenen Jugendlichen der Bier- und Weinkonsum, das Zigarettenrauchen und das Schulschwänzen ein.* Wird bzgl. der Alkoholika das niedrigste berichtete Erstkonsumalter berücksichtigt, so kann gefolgert werden, dass der Alkoholkonsum (unabhängig vom konkreten Getränk) bereits etwas vorher, mit 12,7 Jahren einsetzt. Mit dem Konsum illegaler Drogen wird, wenn sie überhaupt konsumiert werden, durchschnittlich über ein Jahr später begonnen. Jungen unterscheiden sich von Mädchen nur bei einem Alter: Sie beginnen durchschnittlich etwas früher mit dem Rauchen. Der Vergleich zum Bund ergibt für Berlin wenig Auffälligkeiten. Die Jugendlichen beginnen hier später mit dem Rauchen; bei den anderen Verhaltensweisen liegen die Durchschnittsalter auf Bundesniveau. Vergleiche des Erstkonsumalters von Tilidin und Spice können nicht präsentiert werden, da der Konsum dieser Substanzen in der bundesweiten Schülerbefragung 2007/2008 nicht erhoben wurde.

Tabelle 5.28: Alter bei Drogenkonsum bzw. ersten ganztägigen Schulschwänzen nach Gebiet und Geschlecht (Mittelwerte; gewichtete Daten)

	Berlin	Bund	Bund (Großstädte ohne Berlin)	Berlin: Jungen	Berlin: Mädchen
Bier	13,1	12,9	13,0	13,0	13,1
Wein/Sekt	13,0	12,9	12,9	13,0	13,1
Alcopops	14,0	13,9	14,0	14,1	13,9
Schnaps	14,0	14,0	14,1	14,0	14,0
Alkohol insgesamt	12,7	12,5	12,6	12,7	12,7
Zigaretten	13,1	12,6	12,8	12,9	13,2
Cannabis	14,1	14,1	14,2	14,1	14,1
Ecstasy/Speed	14,5	14,4	14,6	14,7	14,3
LSD/magische Pilze	14,3	14,3	14,4	14,2	14,5
Kokain/Crack	14,2	14,2	14,6	14,3	14,2
Tilidin	14,2	-	-	- ^a	- ^a
Spice	14,0	-	-	14,0	- ^a
Schulschwänzen (ganzer Tag)	13,1	13,0	13,1	13,0	13,2

fett: Unterschiede signifikant bei $p < .05$; ^a nicht dargestellt, da $N < 20$

Auch beim Drogenkonsum und beim Schulschwänzen ist es möglich, die zeitliche Reihenfolge der Beziehung zum Gewaltverhalten zu betrachten. Dabei ergeben sich allerdings weniger klare Befunde als bei den Opferschaften. Werden die Auswertungen auf Schüler beschränkt, die in ihrem bisherigen Leben sowohl Alkohol getrunken als auch Gewalt ausgeübt haben, dann liegen deren Erstbegehungsalter recht nah beieinander. Das Alter beim erstmaligen Konsum von Alkohol beträgt bei dieser Gruppe 12,5 Jahre, das Alter beim erstmaligen Ausüben einer Gewalttat 12,6 Jahre; beides beginnt also in etwa zum selben Zeitpunkt. Ein vergleichbares Ergebnis wird in Bezug auf das ganztägige Schulschwänzen erzielt. Nur jene Jugendlichen betrachtet, die in ihrem Leben sowohl geschwänzt als auch Gewalt ausgeführt haben, liegen die Erstbegehungsalter recht nah beieinander (Schwänzen: 12,9 Jahre, Gewalt: 12,8 Jahre). Wird der Cannabiskonsum in die Betrachtung einbezogen, finden sich hingegen größere zeitliche Abstände: Jene Schüler, die sowohl Cannabis konsumieren als auch Gewalt ausüben, haben mit der Gewalt mit 12,7 Jahren, mit dem Cannabiskonsum mit 14,0 Jahren begonnen. Ausgeschlossen ist damit jedoch nicht, dass der Konsum wiederum die Gewaltbereitschaft erhöhen kann und damit eine Verstärkungswirkung entfaltet. Die tatsächlichen kausalen Verbindungen zwischen den verschiedenen Verhaltensweisen müssen, wie bereits angesprochen, über andere methodische Herangehensweisen geklärt werden.

Die Auswertungen belegen zusammengefasst für Berlin, dass die Jugendlichen im Bereich der Körperverletzungen früher Opfer bzw. Täter werden als im bundesdeutschen Schnitt. Auch bei Eigentumsdelikten fallen die Erstbegehungsalter etwas niedriger aus. Für andere Verhaltensweisen ergeben sich hingegen keine Auffälligkeiten für Berlin. Die Mädchen und Jungen beginnen weitestgehend zum selben Zeitpunkt damit, delinquente bzw. abweichende Verhaltensweisen auszuführen. Wenn signifikante Unterschiede zwischen den Geschlechtern existieren, dann mehrheitlich derart, dass Jungen etwas früher mit den verschiedenen Verhaltensweisen beginnen. Der Vergleich verschiedener Erstbegehungs- bzw. Ersterlebensalter hat daneben gezeigt, dass das Ereignis, Opfer von Gewalt geworden zu sein, zeitlich vor dem Ausüben von Gewalttäterschaften liegt; Opfer werden also eher zu Tätern als umgekehrt. Bezüglich des Zusammenhangs zwischen dem Alkoholkonsum und dem Schulschwänzen auf der einen Seite, dem Gewaltverhalten auf der anderen Seite legen die Daten hingegen keine klare zeitliche Struktur nahe.

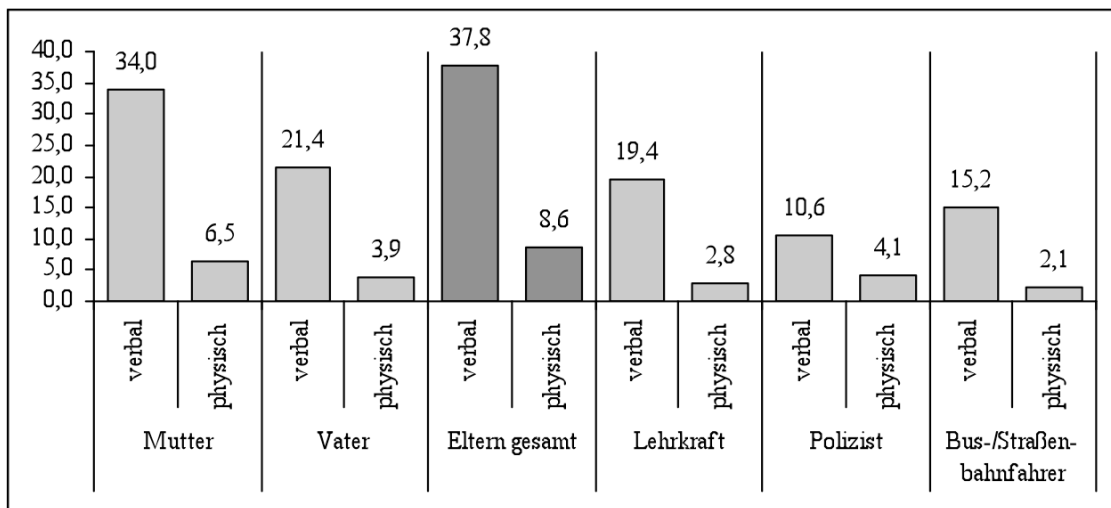
Exkurs II: Gewalt gegenüber Autoritäten

Bislang standen Gewaltverhaltensweisen im Vordergrund, die Jugendliche in der Schule oder in ihrer Freizeit ausüben. Die Schülerbefragung in Berlin wurde aber auch genutzt, um Gewaltverhalten zu untersuchen, das sich explizit gegen gesellschaftliche Autoritäten richtet. Dies erschien vor dem Hintergrund einer ansteigenden Anzahl von Medienberichten notwendig, die sich dem Thema der Gewalt gegen Polizeibeamte, Lehrkräfte oder Bus- und Straßenbahnfahrer widmen. In einem Modul, das etwa jeder dritte Schüler zur Beantwortung vorgelegt bekam, wurde deshalb in Bezug auf fünf Autoritäten (Mutter, Vater, Lehrkraft, Polizist, Bus-/Straßenbahnfahrer) erfragt, ob folgende fünf Verhaltensweisen gezeigt wurden:

- beschimpft, beleidigt oder mit Worten gedroht,
- hart angepackt oder gestoßen,
- mit der Hand/der Faust geschlagen oder getreten,
- mit Gegenstand geschlagen,
- Sachen beschädigt oder zerstört.

Bei der ersten Verhaltensweise soll nachfolgend von verbaler Gewalt gesprochen werden. Die folgenden drei Verhaltensweisen werden als physische Gewalt bezeichnet. Die Antworten wurden dabei zu einem Maximalindex zusammengefasst, d.h. sobald ein Jugendlicher angegeben hat, mindestens eine der drei Gewaltformen ausgeführt zu haben, wird er als Täter physischer Gewalt eingestuft. Die letzte Gewaltform (Sachbeschädigung) wird hier nicht weiter betrachtet, weil es sich um ein indirektes Gewaltverhalten handelt. Die Jugendlichen konnten die Häufigkeit der Ausübung auf einer Skala von „1 – nie“ bis „5 – über 10 mal“ abstufen; es soll sich an dieser Stelle aber auf das Berichten von Prävalenzraten beschränkt werden, weil vor allem die physischen Gewaltverhaltensweisen eher selten ausgeführt werden. Abbildung 1 zeigt, dass die verbale Gewalt gegen Autoritäten die geläufigere ist. Innerhalb der letzten zwölf Monate haben sich 34,0 % der Befragten der Mutter gegenüber in dieser Weise verhalten, 21,4 % dem Vater gegenüber. Physische Gewalt haben 6,5 % gegenüber der Mutter und 3,9 % gegenüber dem Vater gezeigt. Mindestens ein Elternteil haben 37,8 % der Schüler beschimpft, 8,6 % der Schüler geschlagen. Gewalttätig ausgetragene innerfamiliäre Konflikte sind also keine Seltenheit.

Abbildung 1: Gewaltverhalten gegenüber Autoritäten (in %; gewichtete Daten; ohne Förderschüler)



Weit seltener wird sich anderen Autoritäten gegenüber gewalttätig verhalten. Eine Lehrkraft beschimpft haben 19,4 % der Befragten, einen Polizisten 10,6 %. Verbale Aggressionen gegenüber Bus- und Straßenbahnfahrern kommen mit 15,2 % etwas häufiger vor. Physische Gewalt stellt diesen Autoritäten gegenüber ein sehr seltenes Verhalten dar: 4,1 % der Schüler haben Polizisten, 2,8 % Lehrkräfte und 2,1 % Bus- bzw. Straßenbahnfahrer angegriffen.

In Tabelle 1 sind die Täterraten für verschiedene Gruppen an Jugendlichen dargestellt. Bei der ethnischen Herkunft wurde sich dabei nur auf jene Gruppen beschränkt, zu denen mindestens 30 Befragte vorliegen. Hinsichtlich der Gewalt gegenüber den eigenen Eltern zeigt sich ein interessanter Geschlechtereffekt: Mädchen sind den Eltern gegenüber häufiger verbal aggressiv als Jungen; und auch bei der physischen Gewalt erreichen sie eine fast genauso hohe Quote wie die Jungen. Gegenüber allen anderen Autoritäten verhalten sich die Jungen hingegen signifikant gewalttätiger. Die Schüler der einzelnen Schulformen sind ebenfalls in ähnlichem Ausmaß den Eltern gegenüber verbal und physisch aggressiv. Das typische Bildungsgefälle, nach dem Gymnasiasten seltener als Real- und Gesamtschüler und diese wiederum seltener als Hauptschüler physische Gewalt ausüben, zeigt sich erst bei den anderen drei aufgeführten Autoritäten. Signifikante Unterschiede zwischen den ethnischen Gruppen finden sich bei zwei Gewaltformen: Verbale Gewalt gegenüber den Eltern wird besonders selten von den libanesischen Jugendlichen und besonders häufig von den Jugendlichen aus Ländern des ehemaligen Jugoslawien ausgeführt. Diese Gruppe ist es zudem zusammen mit den türkischen Jugendlichen, die Lehrkräfte am häufigsten physisch angegriffen haben.

Tabelle 1: Gewaltverhalten gegenüber Autoritäten nach Geschlecht, Schulform und Migrationshintergrund (in %; gewichtete Daten; ohne Förderschüler)

	Eltern verbal	Eltern physisch	Lehrkraft physisch	Polizist physisch	Bus-/ Straßenbahnfahrer physisch
männlich	32,7	8,8	4,5	6,5	3,6
weiblich	42,6	8,3	1,1	1,9	0,6
Hauptschule	38,1	10,6	8,0	15,8	7,5
IHR/Realschule	38,0	8,6	4,8	2,6	2,2
Gesamtschule	33,5	10,3	3,0	3,0	1,6
Gymnasium	40,5	7,3	0,3	2,3	0,8
Deutschland	36,4	7,3	1,0	3,9	1,4
Türkei	31,3	9,5	8,1	5,2	2,2
Libanon	16,1	6,7	0,0	3,1	3,2
islam. Länd.	28,6	0,0	2,9	2,9	2,9
ehem. Jug.	59,0	17,5	10,0	4,9	7,9
ehem. SU	31,0	9,5	0,0	2,3	2,3

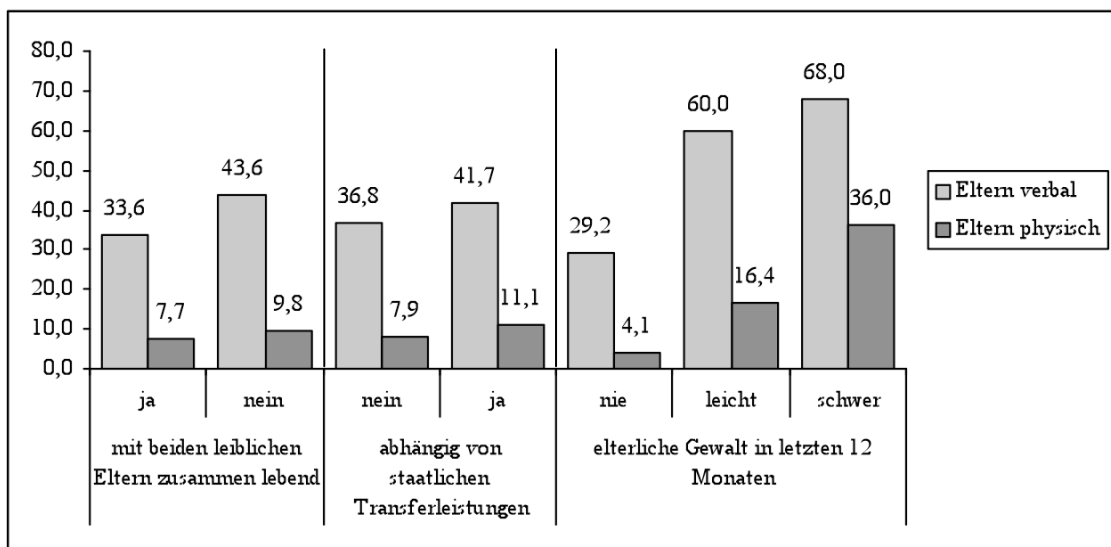
fett: Unterschiede signifikant bei $p < .05$

Abbildung 2 geht der Frage nach, welche familiären Faktoren mit dem Ausmaß an Gewalt, die den Eltern gegenüber ausgeführt wird, in Beziehung stehen. Erkennbar ist, dass Jugendliche, die nicht mit beiden leiblichen Eltern zusammen lebend insbesondere häufiger verbal aggressiv sind als Jugendliche, die mit beiden leiblichen Eltern zusammen lebend.²⁹ Bei der physischen Gewalt ergibt sich ein ähnlicher, aber schwächerer Effekt. Die ökonomische Lage, gemessen über den Bezug von staatlichen Transferleistungen, steht nur schwach mit dem innerfamiliären Gewalt-

²⁹ Dieser Effekt zeigt sich vor allem bei Mädchen, die in Familienkonstellationen, in denen sie nicht mit beiden leiblichen Elternteilen zusammen leben, signifikant höhere verbale Aggressionsraten aufweisen.

verhalten der Jugendlichen in Verbindung. In Familien, die staatliche Transferleistungen erhalten, fällt das Aggressionsniveau etwas höher aus. Entscheidender als die familienstrukturellen bzw. -ökonomischen Variablen ist die Familienkultur. Je häufiger die Eltern Gewalt in der Erziehung einsetzen, umso häufiger müssen sie damit rechnen, selbst Gewalt von Seiten ihrer Kinder zu erfahren. Jugendliche, die in den letzten zwölf Monaten keinerlei elterliche Gewalt erlebt haben, waren nur zu 29,2 % verbal und zu 4,1 % physisch aggressiv; bei den Schülern, die in den letzten zwölf Monaten schwere elterliche Gewaltübergriffe erleben mussten, betragen die Quoten 68,0 bzw. 36,0 %. Konfliktreiche Eltern-Kind-Beziehungen sind also immer auch konfliktreiche Kind-Eltern-Beziehungen. Dieser Zusammenhang ist noch stärker ausgeprägt als der Zusammenhang zwischen dem Erleben elterlicher Gewalt und dem schul- bzw. freizeitbezogenen Gewaltverhalten (s.o.).

Abbildung 2: Gewaltverhalten gegenüber Eltern nach familiären Faktoren (in %; gewichtete Daten; ohne Förderschüler)



Der Zusammenhang zwischen dem Erleben elterlicher Gewalt und dem Gewaltverhalten gegenüber den Eltern zeigt sich bei Mädchen wie bei Jungen. Bei Mädchen fällt er sogar etwas stärker aus: Mädchen, die keine Gewalt in den letzten 12 Monaten erlebt haben, waren den Eltern gegenüber zu 3,4 % physisch gewalttätig, Mädchen, die schwere Übergriffe erlebt haben, zu 36,7 % (Jungen: 4,8 zu 31,6 %).

Exkurs III: Kontakte mit der Polizei und dem Jugendamt

Die Befragung in Berlin wurde ebenfalls dazu genutzt, die Jugendlichen um Angaben bzgl. eines eventuellen Kontakts mit der Polizei bzw. dem Jugendamt zu bitten. Die entsprechenden Fragen wurden allerdings nicht allen Befragten vorgelegt, sondern nur etwa jedem dritten Befragten. Die Fallzahlen der nachfolgenden Auswertungen liegen damit deutlich niedriger als bei anderen Auswertungen des Berichts, weshalb differenzierte Auswertungen zum Migrationshintergrund nur dann vorgestellt werden, wenn Angaben von mindestens 30 Befragten vorliegen. Zugleich müssen erneut Schüler aus Förderschulen ausgeschlossen werden, in denen nur der Kurzfragebogen zum Einsatz kam.

Wie aus Tabelle 1 hervor geht, berichten 22,3 % der Befragten, dass sie schon einmal in ihrem Leben wegen einer begangenen Straftat Kontakt mit der Polizei hatten. Beim ersten Kontakt waren die Befragten im Durchschnitt 13,3 Jahre alt, d.h. noch im Kindesalter. In Bezug auf den letzten Kontakt wurde zusätzlich die Art der Straftat erhoben. Die häufigsten Nennungen waren hier Körperverletzungen und Diebstahlsdelikte. Mit dem Jugendamt hatte etwa jeder zehnte Berliner Neuntklässler bereits einmal Kontakt (10,3 %). Auch hier wurde erhoben, weshalb der Kontakt beim letzten Mal stattgefunden hat. Die Angaben sind recht heterogen. Die meisten Nennungen können als „familienbezogene Anlässe“ eingestuft werden. Genannt werden hier u.a. die Familienhilfe, familiäre Probleme, Abhauen von Zuhause, Unterhaltsfragen, Sorgerechtsstreitigkeiten, Trennung oder Tod der Eltern. Bei anderen Schülern hat der letzte Kontakt stattgefunden, weil sie eine Straftat begangen hatten. Weitere, einzeln vorkommende Nennungen sind u.a. das Schulschwänzen, Drogenprobleme oder Krankheit. Über die Hälfte der Befragten, die mit dem Jugendamt Kontakt hatten, gaben in Bezug auf den letzten Kontakt an, dass das Jugendamt der Person bzw. der Familie helfen konnte. Dem Jugendamt wird damit mehrheitlich ein positives Zeugnis ausgestellt.

Die Unterschiede im Kontakt für verschiedene Befragtengruppen fallen eher gering aus. Jungen berichten mehr als doppelt so häufig wie Mädchen, schon einmal Kontakt mit der Polizei wegen einer Straftat gehabt zu haben. Zudem sind die Jungen bei ihrem ersten Kontakt durchschnittlich um ein Drittel Jahr jünger als Mädchen. Bei Jungen hat der Kontakt am häufigsten wegen einer Körperverletzung stattgefunden, am zweithäufigsten wegen Diebstahls; Mädchen berichten Kontakte hingegen vor allem wegen eines Diebstahls. In Bezug auf den Kontakt mit dem Jugendamt ergeben sich keine Geschlechterunterschiede. Hier findet sich aber, dass Schüler, deren Familien staatliche Transferleistungen erhalten, mehr als doppelt so häufig Kontakt mit dem Jugendamt hatten wie Schüler, deren Familien keine Transferleistungen beziehen. Mit der ökonomischen Mangellage scheinen also auch andere Probleme innerhalb bzw. im Umfeld der Familien zu existieren. Jugendliche, deren Familien Transferleistungen beziehen, hatten auch bereits häufiger Kontakt mit der Polizei; der Unterschied (25,8 zu 21,2 %) wird aber nicht als signifikant ausgewiesen. Keinerlei signifikante Unterschiede finden sich zuletzt im Vergleich der Migrantengruppen. Dabei überrascht dennoch, dass Migranten seltener als Deutsche Kontakte mit der Polizei berichten, obwohl sich doch gerade im Bereich des Gewaltverhaltens höhere Täterraten für verschiedene Migrantengruppen zeigen. Zudem konnte festgestellt werden, dass Täter mit Migrationshintergrund häufiger angezeigt werden als deutsche Täter, so dass eine höhere Polizeikontakttrate zu vermuten gewesen wäre. Erklärbar ist das Ergebnis, wenn berück-

sichtigt wird, dass nicht nach Gewalt- sondern allgemein nach Straftaten gefragt wurde. Bei anderen als bei Gewalttaten finden sich meist keine ausgeprägten Unterschiede zwischen verschiedenen ethnischen Gruppen (vgl. Baier et al. 2009, S. 70). Deutsche Jugendliche haben daher häufiger wegen Straftaten wie Diebstahl oder Graffiti-sprühen Kontakt mit der Polizei; auch Alkohol- und Drogenkonsum führen bei ihnen häufiger zu entsprechenden Kontakten. Bei Migranten dominiert hingegen das Gewaltverhalten als Ursache des Kontakts.

Tabelle 1: Polizeikontakt und Kontakt mit Jugendamt nach Geschlecht, Abhängigkeit von staatlichen Transferleistungen und Migrationshintergrund (in %; gewichtete Daten; ohne Förderschüler)

	Polizeikontakt		Kontakt mit Jugendamt	
	ja in %	Alter erster Kontakt	ja in %	(eher) geholfen in %
gesamt	22,3	13,25	10,3	57,3
männlich	31,4	13,13	10,5	65,1
weiblich	14,1	13,50	10,1	50,0
abhängig von staatlichen Leistungen: nein	21,2	13,27	7,7	51,0
abhängig von staatlichen Leistungen: ja	25,8	13,17	17,4	69,4
deutsch	24,0	13,26	9,8	63,8
Migrationshintergrund	19,8	13,21	10,9	51,3
Türkei	18,3	-	6,5	-
Libanon	16,7	-	11,8	-
and. islam. Länder	20,0	-	11,4	-
ehem. Jugoslawien	24,4	-	9,8	-
ehem. SU	20,0	-	11,4	-

fett: Unterschiede signifikant bei $p < .05$

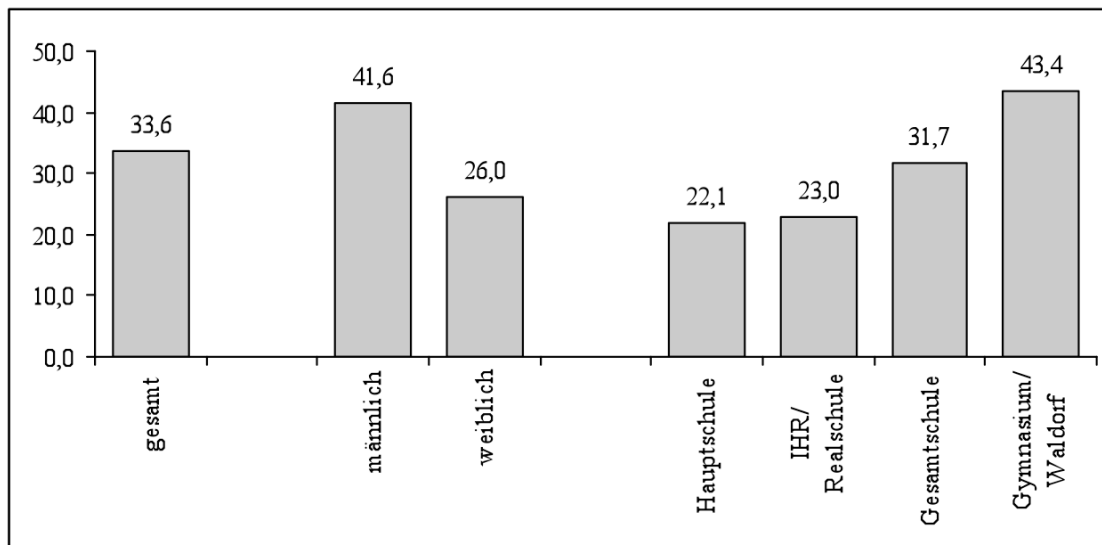
6. Politikbezogene Einstellungen und Verhaltensweisen

6.1. Allgemein politische Einstellungen

In der Schülerbefragung Berlin wurden mit Modulen zum Links- wie zum Rechtsextremismus zwei radikale politische Standpunkte ausführlich erhoben. Zusätzlich wurde aber auch ganz allgemein nach dem Interesse an der Politik, der politischen Selbstverortung sowie anderen politischen Einstellungen gefragt. Bevor die Ergebnisse zum Links- und Rechtsextremismus vorgestellt werden, sollen Auswertungen allgemein politischer Einstellungen präsentiert werden, wobei Vergleiche zur bundesweiten Schülerbefragung 2007/2008 nicht gezogen werden können, weil diese Fragen nicht erhoben wurden.

Zunächst sollten die Schüler ihre Meinung zu folgender Aussage abgeben: „Ich interessiere mich für Politik“. Ihre Meinung konnten sie zwischen „1 – stimmt nicht“ und „4 – stimmt genau“ abstimmen. Wie Abbildung 6.1 zeigt, gaben nur 33,6 % der Neuntklässler an, dass sie sich eher oder sehr für Politik interessieren. Jungen sind dabei deutlich politikinteressierter als Mädchen: 41,6 % der männlichen Befragten interessieren sich eher oder sehr für Politik, aber nur 26,0 % der Mädchen. Der Vergleich der verschiedenen Schulformen ergibt ein zu erwartendes Bild, nach dem die Gymnasiasten etwa doppelt so häufig als politikinteressiert einzustufen sind als die Hauptschüler oder Realschüler (inkl. IHR).

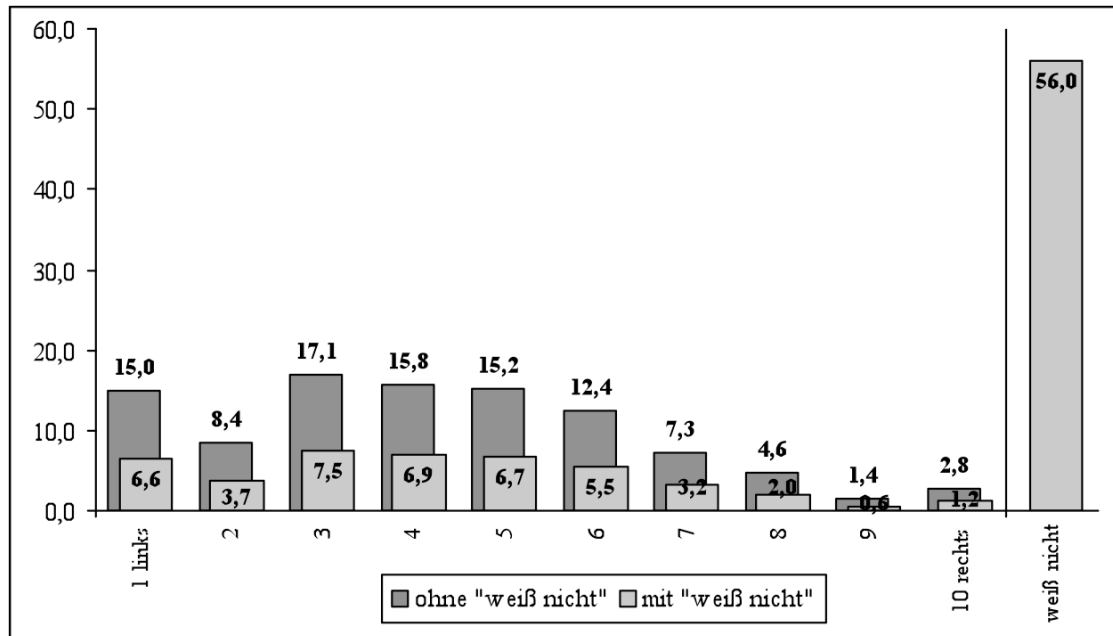
Abbildung 6.1: Politikinteresse nach Geschlecht und Schulform (in %; gewichtete Daten; ohne Förderschüler)



Um die konkrete politische Orientierung zu erfassen, wurden zwei Fragen zur Beantwortung vorgelegt. Zunächst sollten die Jugendlichen mitteilen, wo sie sich auf der von politisch Links nach politisch Rechts verlaufenden Einstellungsskala verorten würden. Eine zweite Frage zielte auf die konkrete Parteienbindung. Hier sollten die Jugendlichen angeben, welche Partei ihrer Meinung nach die Probleme in Deutschland am besten lösen kann. Abbildung 6.2 stellt zunächst die politische Selbsteinstufung vor. Deutlich wird, dass sich über die Hälfte der Befragten (56,0 %) nicht imstande sah, diese Frage zu beantworten („weiß nicht“). Politische Einstellungen scheinen in diesem Alter also noch wenig gefestigt zu sein. Werden die „weiß nicht“ Antworten

aus der Auswertung ausgeschlossen, so findet sich ein größerer Anteil an Jugendlichen, die sich als (eher) links einstufen als an Jugendlichen, die sich als (eher) rechts einstufen. Der Anteil an Jugendlichen, die die Antworten 1 bis 3 wählten, liegt bei 40,4 %, der Anteil an Jugendlichen, die mit 8 bis 10 antworteten, bei 8,9 %. Politisch eher in der Mitte verorten sich 50,7 % der Neuntklässler.

Abbildung 6.2: Links-Rechts-Einstufung (in %; gewichtete Daten; ohne Förderschüler)

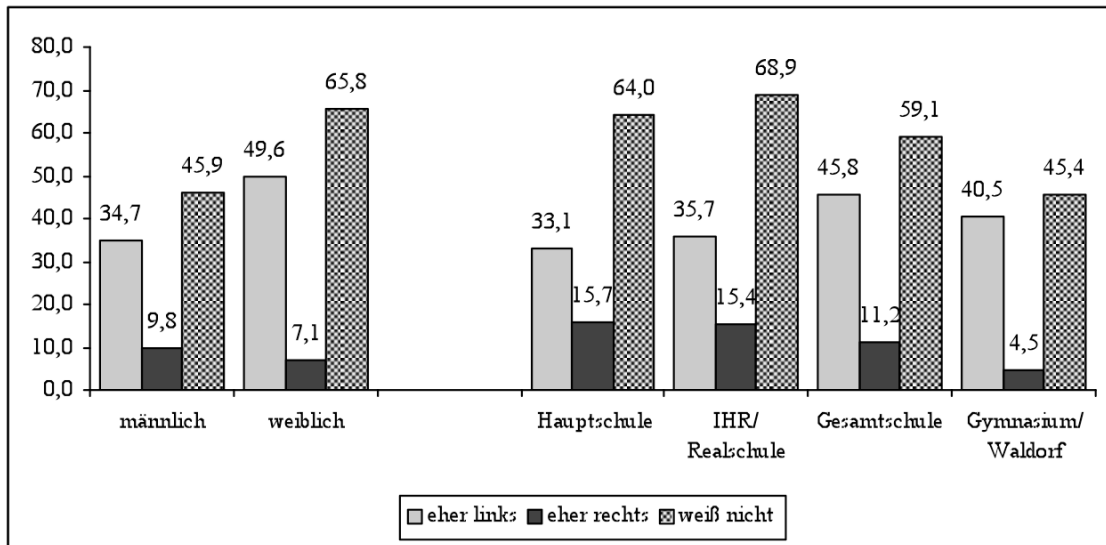


Jugendliche, die sich als politisch eher links einstufen, sind zugleich zu 52,0 % politisch eher oder sehr interessiert, Jugendliche, die sich als eher rechts einzustufen, zu 46,3 %. Den höchsten Wert erzielen hier die politisch in der Mitte stehenden Schüler (55,1 %), den geringsten Wert Schüler, die sich politisch nicht verorten konnten (18,4 %).

Weibliche Schüler können häufiger als männliche Schüler nicht sagen, wo sie sich im politischen Spektrum verorten: Zwei Drittel (65,8 %) antworteten mit „weiß nicht“, bei den Jungen waren es etwas weniger als die Hälfte (45,9 %; Abbildung 6.3). Wenn weibliche Jugendliche aber eine Einstufung vornehmen, dann äußern sie sich häufiger links als männliche Jugendliche (49,6 zu 34,7 %) ³⁰; als (eher) rechts stehend äußern sie sich seltener. Im Vergleich der Schulformen zeigt sich, dass Gymnasiasten am seltensten keine konkrete Einstufung vornehmen können; zugleich sind es noch immer 45,4 % der Gymnasiasten, die mit „weiß nicht“ geantwortet haben. Die Gymnasiasten stufen sich mit 4,5 % am seltensten als eher rechts ein; hier weisen die Hauptschüler mit 15,7 % den höchsten Anteil auf. Hinsichtlich des Anteils links stehender Jugendlicher sind die Schulformunterschiede geringer ausgeprägt. Die Gesamtschüler stufen sich am häufigsten als (eher) links ein (45,8 %), die Hauptschüler am seltensten (33,1 %).

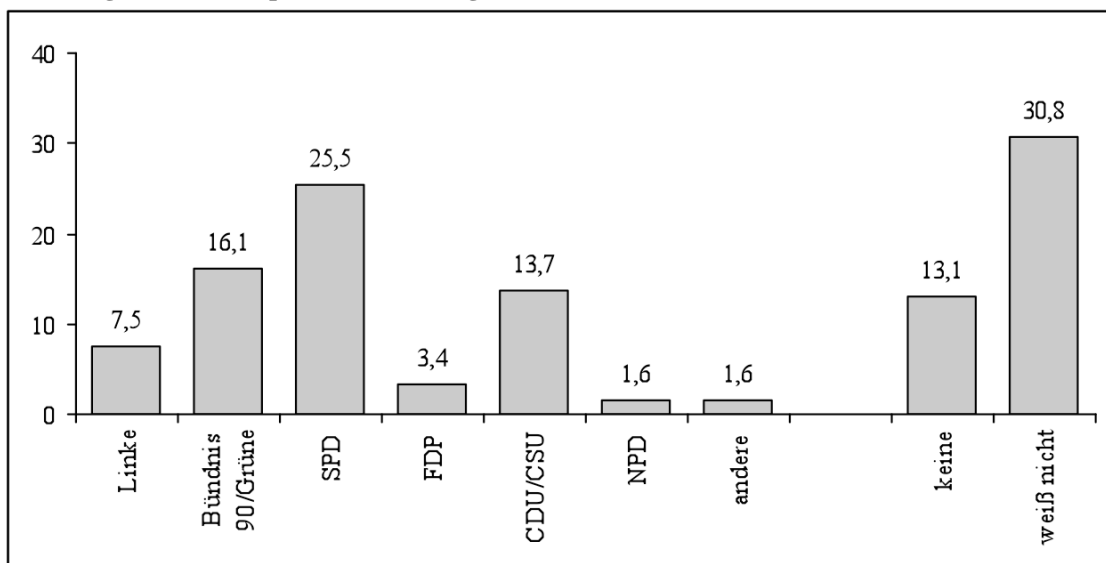
³⁰ Die ausgewiesenen Anteile „eher links“ und „eher rechts“ beziehen sich auf Befragte, die nicht mit „weiß nicht“ geantwortet haben.

Abbildung 6.3: Links-Rechts-Einstufung nach Geschlecht und Schulform (in %; gewichtete Daten; ohne Förderschüler)



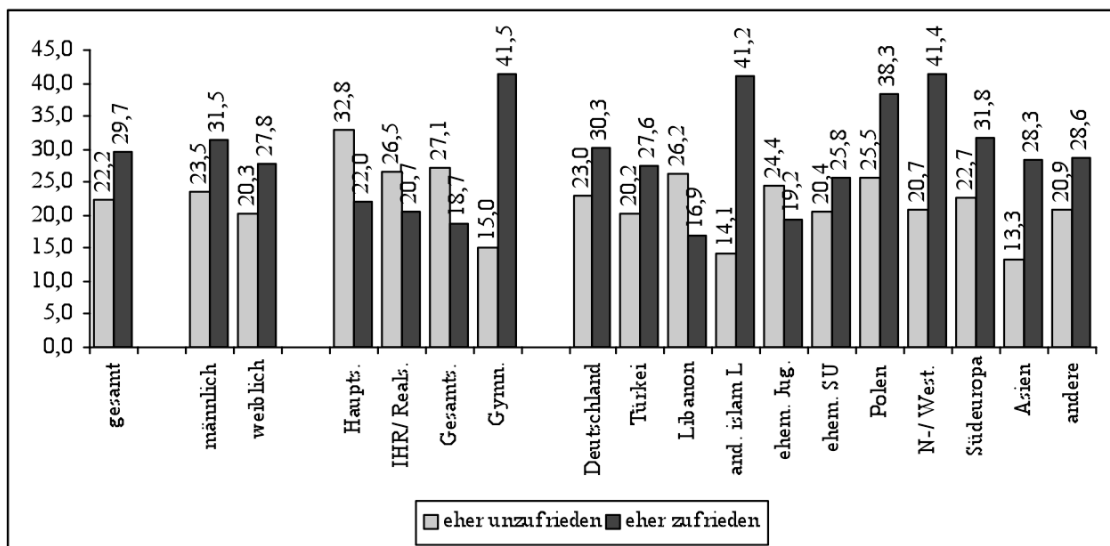
Die konkrete Parteipräferenz der Schüler ist in Abbildung 6.4 dargestellt. Die Schüler konnten Mehrfachantworten abgeben. Möglich war allerdings nicht, gleichzeitig „keine“ oder „weiß nicht“ anzugeben und eine Parteipräferenz zu äußern; „keine“ und „weiß nicht“ konnten ebenfalls nicht gleichzeitig angekreuzt werden. Zunächst bestätigt sich auch in dieser Auswertung eine Politikdistanz der Jugendlichen Berlins: 30,8 % wussten nicht, welche Partei sie benennen sollten, 13,1 % trauten keiner Partei zu, dass sie die Probleme Deutschlands lösen kann. Die verbleibende Hälfte der Befragten benennt mehrheitlich linke Parteien: 7,5 % der Jugendlichen haben eine Präferenz für Die Linke, 16,1 % für Bündnis 90/Die Grünen. Die SPD erhält zudem deutlich mehr Stimmen als die CDU/CSU. Die NPD wird nur von 1,6 % der Jugendlichen benannt. Weitere 1,6 % gaben andere Parteien an, wobei die Mehrzahl der Nennungen auf die Piratenpartei entfiel.

Abbildung 6.4: Parteienpräferenz (in %; gewichtete Daten; ohne Förderschüler)



Eine letzte Frage innerhalb dieses Komplexes galt der Demokratiezufriedenheit. Die Jugendlichen sollten auf einer Antwortskala von „1 – sehr unzufrieden“ bis „6 – sehr zufrieden“ einstufen, wie zufrieden sie mit der Demokratie in Deutschland sind. Erneut konnte ein relativ großer Anteil der Jugendlichen hier keine Antwort geben: 23,4 % kreuzten die Option „weiß nicht“ an. Werden diese Befragten aus den Auswertungen ausgeschlossen, so gilt, dass etwas mehr Jugendliche mit der Demokratie zufrieden als unzufrieden sind (Abbildung 6.5): 29,7 % sagten, dass sie ziemlich oder sehr zufrieden wären, 22,2 %, dass sie ziemlich oder sehr unzufrieden wären (restliche 48,1 %: etwas unzufrieden bzw. etwas zufrieden). Die Geschlechter unterscheiden sich nur leicht bzgl. dieser Einschätzung: Weibliche Befragte sind etwas seltener unzufrieden, aber auch etwas seltener zufrieden. Starke Unterschiede finden sich hingegen für die verschiedenen Schulformen: Der Anteil an unzufriedenen Schülern nimmt mit höherer Schulform ab, der Anteil an zufriedenen Schülern aber nicht in gleichem Maße zu. Auffällig sind hier nur die Gymnasiasten: Diese äußern sich zu 41,5 % (eher) zufrieden, bei den anderen Schulformen ist es jeweils nur jeder fünfte Schüler. In Bezug auf die ethnischen Gruppen kann nicht gesagt werden, dass Migrantenjugendliche grundsätzlich zufriedener oder unzufriedener mit der Demokratie in Deutschland wären. Der Anteil (eher) unzufriedener Jugendlicher ist unter libanesischen, polnischen und ehemals jugoslawischen Jugendlichen leicht erhöht; die Abstände zu den Deutschen fallen aber sehr gering aus. Deutlichere Abstände finden sich beim Anteil (eher) zufriedener Jugendlicher: Während bei den deutschen Jugendlichen nur 30,3 % in diese Gruppe fallen, sind es bei polnischen Schülern, nord-/westeuropäischen Schülern und Schülern aus anderen islamischen Ländern jeweils etwa vierzig Prozent. Nur bei libanesischen Jugendlichen sowie bei Jugendlichen aus Ländern des ehemaligen Jugoslawien fällt der Anteil (eher) zufriedener Jugendlicher deutlich geringer aus als bei einheimischen Deutschen.

Abbildung 6.5: Demokratiezufriedenheit nach Geschlecht, Schulform und Migrationshintergrund (in %; gewichtete Daten; ohne Förderschüler)



6.2. Linksextremismus

Laut dem Verfassungsschutzbericht 2009 steigt sowohl die Anzahl an gewaltbereiten Linksextremisten als auch die von linksextremen Personen verübten Gewalt- und Straftaten deutlich an. Rechtsextreme Gewalttaten im Besonderen, rechtsextreme Straftaten im Allgemeinen sind demgegenüber rückläufig. Diese Entwicklungen können einerseits für eine erhöhte Sensibilität

für den Linksextremismus stehen, die mit einer höheren Anzeigebereitschaft oder einer erhöhten polizeilichen Ermittlungstätigkeit einher geht. Andererseits können die Zahlen auch reale gesellschaftliche Veränderungen indizieren, nach denen der Linksextremismus in Deutschland wieder erstarkt. Unabhängig davon, welche Erklärung zutrifft, erschien es in der Vorbereitung der Studie in Berlin angebracht, sich im Rahmen der Schülerbefragung dem Thema Linksextremismus zu widmen. Gerade in Berlin hat es in der Vergangenheit verschiedene Ereignisse gegeben, die einen erhöhten Linksextremismus in der Stadt vermuten lassen (u.a. Erste-Mai-Demonstrationen, Brandanschläge auf Fahrzeuge oder Gebäude).

Bislang gibt es kein etabliertes Instrument zur Messung entsprechender Einstellungen bzw. Verhaltensweisen. Nur Neu (2009) berichtet Ergebnisse einer Studie, in der in Teilen nach linksextremen Einstellungen gefragt wurde. Anspruch dieser Studie war zwar, eine allgemeine Extremismusskala zu entwickeln, die zur Messung des Links- wie des Rechtsextremismus gleichermaßen eingesetzt werden kann. Aus einer Vorstudie stammen aber zwei Subskalen, die zur Messung linksextremer Einstellungen dienen. Hierunter befinden sich die Skala „Linksextreme Anti-Demokratie“ und die Skala „Linkspopulismus“. Erstere erfasst die Einstellungen zur DDR und zum Sozialismus, zweitgenannte Einstellungen zum Kapitalismus, insbesondere zum Thema Ungleichheit (Neu 2009, S. 54ff). Problematisch an diesem Instrument ist, dass es z.T. nicht bei Jugendlichen eingesetzt werden kann, da Einstellungen zur DDR in dieser Gruppe aufgrund des fehlenden Alltagsbezugs nicht erfasst werden sollten. Zudem sind einige Aussagen recht abstrakt formuliert, so dass nicht davon auszugehen ist, dass im Durchschnitt 15jährige Jugendliche hierzu ihre Meinung äußern können (z.B. „Ich wünsche mir, dass die Menschen in Zukunft in der klassenlosen Gesellschaft leben können“ oder „Die entscheidenden Schlüsselzweige der Wirtschaft müssen verstaatlicht werden“). Es wurde deshalb entschieden, ein neues Instrument zur Erfassung des jugendlichen Linksextremismus zu entwickeln.

Entsprechend des erstmalig in dieser Form im Rahmen der deutschlandweiten Schülerbefragung 2007/2008 erfassten Rechtsextremismus sollte auch bei der Erfassung des Linksextremismus eine wichtige Differenz beachtet werden: die Differenz zwischen Einstellungen und Verhaltensweisen. Bei den Verhaltensweisen wiederum ist zwischen niedrighwelligen Verhaltensweisen und Straftaten zu unterscheiden. Niedrighwellige Verhaltensweisen sind jugendalltägliche Verhaltensweisen, die mehr oder weniger von jedem Jugendlichen ausgeführt werden können, ohne mit rechtlichen Sanktionen rechnen zu müssen (z.B. Hören bestimmter Musikgruppen, Tragen von bestimmten Kleidungsmarken). Unter Straftaten werden Eigentums- wie Gewaltdelikte gefasst. Mit Blick auf extremistische Straftaten sind dies u.a. Sachbeschädigungen an relevanten Gegenständen oder Gebäuden sowie Körperverletzungen oder andere Gewalttaten an spezifischen Personengruppen.

Sind die Verhaltensweisen beim Linksextremismus relativ klar zu benennen (s.u.), so ist dies bei den Einstellungen weniger eindeutig. Der Linksextremismus zielt ebenso wie der Rechtsextremismus auf die Überwindung der freiheitlich demokratischen Grundordnung, wobei die Hauptkritik dem kapitalistischen Wirtschaftssystem gilt (vgl. u.a. Jesse 2000, Neugebauer 2000). Der Linksextremismus möchte die gegenwärtige Gesellschaft durch eine sozialistische bzw. kommunistische Gesellschaftsordnung ersetzen; zum Teil wird auch jegliche Form der gesellschaftlichen Ordnung in Frage gestellt und stattdessen eine anarchistische Gesellschaft propagiert.

Der Verfassungsschutz unterscheidet drei Aktionsfelder des Linksextremismus:

- *Anti-Faschismus*: Der Linksextremismus zielt auf die Bekämpfung rechtsextremen Denkens und Verhaltens. Als eine maßgebliche Ursache des Faschismus wird das kapitalistische Wirtschaftssystem identifiziert, weshalb der *Anti-Kapitalismus* ein zusätzliches Aktionsfeld darstellt.
- *Anti-Repression*: Der Linksextremismus schreibt dem gegenwärtigen Staat und seinem wichtigsten Exekutivorgan, der Polizei, eine unterdrückende Wirkung zu. Der Linksextremismus ist diesen Institutionen gegenüber daher äußert kritisch eingestellt.
- *Anti-Militarismus*: Der Linksextremismus besitzt eine dezidiert pazifistische Ausrichtung. Das Militär und militärische Verbände wie die NATO gelten als Feinde des Friedens und werden dementsprechend abgelehnt.

Aus Sicht des Verfassungsschutzes werden diese letztlich vier Aktionsfelder deshalb unterschieden, weil sich das Verhalten von Tätern als anti-faschistisch, anti-kapitalistisch usw. motiviert einstufen lässt. Wir betrachten diese Aktionsfelder allerdings weniger verhaltensbezogen, sondern als Dimensionen der Ideologie des Linksextremismus. In diesem Sinne können Aussagen formuliert werden, die anti-faschistische, anti-kapitalistische usw. Einstellungen messen. Aus unserer Sicht erschien es gleichzeitig notwendig, zwei weitere ideologische Dimensionen zu integrieren. Der Linksextremismus wendet sich nicht nur gegen bestimmte Institutionen und Akteure („Anti“), sondern er setzt an deren Stelle die Idee einer kommunistischen Gesellschaftsordnung, in der es keinen den Bürgern übergeordneten Staat mehr gibt. Aus diesem Grund ist erstens die Dimension der *Haltung zum Kommunismus bzw. zur Abschaffung des Staates* einzubeziehen. Zweitens ist insbesondere dann von einer linksextremen Weltanschauung auszugehen, wenn gutgeheißen wird, dass die gegenwärtigen Institutionen und Akteure mit Gewalt bekämpft werden, weshalb die Dimension der *Gewaltbefürwortung* zu berücksichtigen ist.

Zur Konstruktion einer Linksextremismus-Skala wurden deshalb zu jeder der sechs Dimensionen Aussagen formuliert, die anti-faschistische, anti-kapitalistische usw. Einstellungen erfassen sollten. Diese Skala wurde in einer Vorstudie in einer Gesamtschule getestet; einzelne Items wurden auf Basis der Vorstudie aus der Skala entfernt. Für die Hauptstudie wurden insgesamt 22 Items ausgewählt. Dies sind deutlich mehr, als letztlich in der Skalenbildung berücksichtigt werden. Hierfür wurde sich deshalb entschieden, weil die Hauptstudie an einer deutlich größeren, heterogeneren Stichprobe erfolgte, so dass nicht absehbar war, dass sich die Skala in der Hauptstudie als genauso verlässlich erweisen würde wie in der Vorstudie. Eine größere Anzahl an Items hat den Vorteil, dass unreliable Items durch reliable Items ersetzt werden können. Ausgewählt wurden letztlich elf Items, die in Tabelle 6.1. aufgeführt sind und die Operationalisierung des Konstrukts „linksextreme Einstellungen“ darstellen.³¹

³¹ In einer Schülerbefragung im Bundesland Saarland wurde eine veränderte Form der Skala eingesetzt (vgl. Baier/Rabold 2011). Die Dimensionen des Kommunismus und des Anti-Militarismus wurden im Saarland mit jeweils zwei Items erhoben (die zusätzlichen Items wurden in Berlin nicht erfragt), die Gewaltbefürwortung ebenfalls nur mit zwei Items. Für die Aufnahme des dritten Items in Berlin („Wenn die Polizei ...“) wurde sich deshalb entschieden, weil darin ein für Berlin spezifisches Ereignis angesprochen wird. Ein zentraler Unterschied zur Skala, die im Saarland genutzt wurde, besteht darin, dass in Berlin auch die Dimension des Anti-Faschismus einbezogen wird. Die entsprechenden Items wurden im Saarland nicht in die Skala aufgenommen, weil die Trennschärfen und Faktorladungen deutlich geringer ausfielen als bei den anderen Items.

Tabelle 6.1: Skala linksextreme Einstellungen (gewichtete Daten; ohne Förderschüler)

Dimension	Item	Zustimmung in %	Mittelwerte	Trennschärfe	Faktorladung
Anti-Kapitalismus	Heutzutage werden die Menschen von den Reichen und Mächtigen ausgebeutet.	39,2	3.85	.56	.66
	Die Wirtschaft macht die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer.	47,9	4.27	.42	.53
Kommunismus	Wirklich frei können wir nur dann sein, wenn der ganze Staat abgeschafft wird.	10,6	2.27	.47	.61
Anti-Repression	Polizei und Staat bespitzeln uns auf Schritt und Tritt.	13,6	2.38	.55	.69
	Die Polizei macht uns das Leben schwer anstatt uns zu helfen.	14,7	2.67	.51	.65
Anti-Militarismus	Es darf zukünftig kein Euro mehr für das Militär ausgegeben werden.	16,1	2.81	.39	.50
Gewaltbefürwortung	Gegen die Unterdrückung von Staat und Polizei muss man gezielt Gewalt einsetzen.	13,8	2.60	.52	.64
	Es ist richtig, wenn die Luxusautos der Reichen angezündet werden.	7,0	1.70	.42	.56
	Wenn die Polizei am 1. Mai mit ihren Truppen anrückt, sind Steine und Brandsätze die richtige Antwort.	13,6	2.33	.49	.64
Anti-Faschismus	Nazis sollten auch mit Gewalt bekämpft werden.	46,4	4.21	.40	.49
	Rechte Parteien und Kameradschaften sollten verboten werden.	40,0	3.96	.35	.42

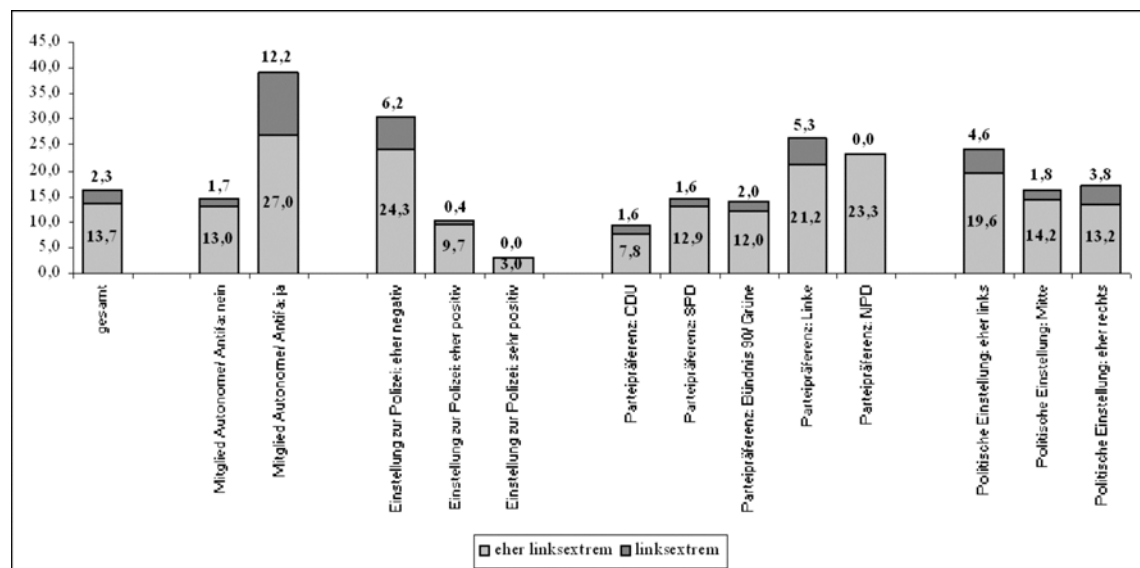
Den einzelnen Aussagen konnte von „1 – stimmt nicht“ bis „7 – stimmt genau“ zugestimmt werden; als Zustimmung werden die Antworten 5 bis 7 eingestuft. Erkennbar ist, dass den einzelnen Aussagen in unterschiedlichem Ausmaß zugestimmt wird. Den beiden kritischen Einschätzungen zum derzeitigen (kapitalistischen) Wirtschaftssystem sowie den Aussagen zu Nazis bzw. rechten Parteien stimmen mindestens vier von zehn Befragten zu, den meisten anderen Aussagen deutlich weniger. Dennoch bilden die elf Items eine reliable Skala: Die Trennschärfen und Faktorladungen³² der einzelnen Items liegen in einem akzeptablen Bereich, der Cronbachs-Alpha-Wert liegt bei .81 (Mädchen: .80, Jungen: .80).

Wird aus den Antworten zu allen elf Items der Mittelwert gebildet, so beträgt dieser für die Gesamtstichprobe 2,99. Dies liegt unterhalb des theoretischen Mittelwerts von 4,0; *die Minderheit der Jugendlichen Berlins hält also linksextreme Einstellungen aufrecht*. Dies verdeutlicht auch folgende Gruppeneinteilung: *Als ablehnend (Mittelwert $\leq 4,0$) werden 83,9 % aller Befragten eingestuft, als eher zustimmend (Werte $> 4,0$ und $\leq 5,5$) 13,7 % aller Befragten, als sehr zu-*

³² Trennschärfen und Faktorladungen geben an, inwieweit die Einzelitems einer Skala zur Skala gehörig betrachtet werden können oder aber andere Einstellungsdimensionen messen. Beide Maße können Werte zwischen 0 und 1 annehmen. Je höher der Wert, desto eher kann davon ausgegangen werden, dass ein Item das zu messende Konstrukt repräsentiert. Trennschärfen über .30 und Faktorladungen über .40 werden gewöhnlich als ausreichend angesehen.

stimmend (Werte > 5,5) 2,3 % (Abbildung 6.6). Zusätzlich zeigt sich, dass die Zustimmung zu linksextremen Einstellungen in zu erwartender Weise zwischen verschiedenen Gruppen an Jugendlichen variiert. Jugendliche, die angaben, in einer Autonomen- oder Antifa-Gruppe zu sein (2,8 % der Befragten; 1,8 % Autonome und 1,3 % Antifa), äußern sich siebenmal häufiger als linksextrem eingestellt als Jugendliche, für die das nicht der Fall ist. Zudem wurden an einer anderen Stelle des Fragebogens Einstellungen zur Polizei mittels vier Aussagen erhoben (vgl. Baier et al. 2010, S. 140). Werden diese mit den linksextremen Einstellungen korreliert, findet sich, dass Jugendliche mit sehr positiven Einstellungen zur Polizei (insgesamt 13,2 % aller Befragten) deutlich seltener (eher) linksextrem eingestellt sind als Jugendliche mit eher negativen Einstellungen zur Polizei (34,2 % aller Befragten). Die Jugendlichen wurden weiterhin zu ihrer politischen Selbstverortung gefragt. Hier sollten sie einerseits angeben, ob sie sich politisch eher links verorten (40,4 %), eher in der Mitte (50,7 %) oder eher rechts (8,9 %). Andererseits sollten sie die Frage beantworten, welche Partei am besten die Probleme in Deutschland lösen könne; hier wird also nach einer Parteipräferenz gefragt. Problematisch an diesen politikbezogenen Fragen ist, dass ca. die Hälfte der Jugendlichen keine Antwort abgeben konnte; immerhin 66,4 % der Jugendlichen meinten, sie würden sich nicht oder kaum für Politik interessieren. Die Auswertungen zu diesen Variablen sind daher zurückhaltend zu interpretieren. Dennoch zeigt sich, dass Jugendliche, die mit der Linken sympathisieren und sich als politisch links einstufen, am häufigsten (eher) linksextrem eingestellt sind. Interessant ist zugleich, dass auch eher rechts orientierte Jugendliche den entsprechenden Einstellungen recht häufig zustimmen; dies wird sich auch an späterer Stelle noch einmal bestätigen. Grundsätzlich bestätigen die Gruppenunterschiede in Abbildung 6.6 die Validität der Linksextremismus-Skala. Gleichzeitig erscheint es notwendig, die Skala auch an anderen Altersgruppen zu testen und insgesamt über zusätzliche Studien weiter zu validieren. Es handelt sich um einen ersten Vorschlag, der sicherlich noch verbessert werden kann.

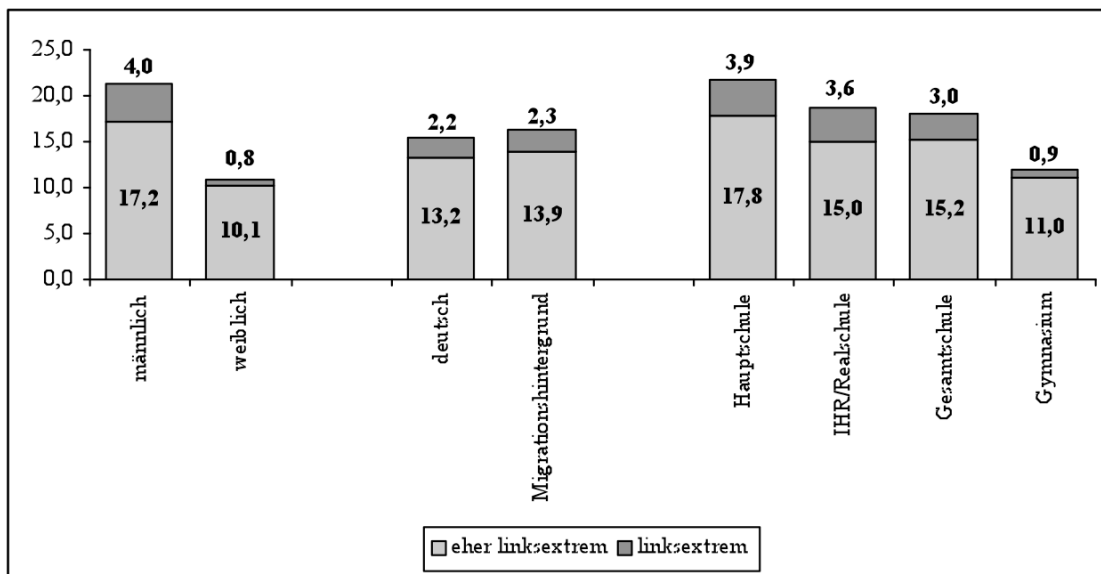
Abbildung 6.6: Linksextreme Einstellungen nach verschiedenen Befragtengruppen (in %, gewichtete Daten; ohne Förderschüler)



Neben diesen Befunden zeigt sich, dass Jungen häufiger als Mädchen linksextreme Einstellungen aufrecht erhalten (Abbildung 6.7). Als sehr zustimmend äußern sich 4,0 % der Jungen aber

nur 0,8 % der Mädchen. Dies ist deshalb nicht überraschend, weil den linksextremen Einstellungen ein Gewaltelement inhärent ist, dem männliche Jugendliche grundsätzlich stärker zuneigen als weibliche Jugendliche. Im Vergleich deutscher Jugendlicher und Jugendlicher mit Migrationshintergrund ergibt sich kein Unterschied; Migranten und Deutsche sind demnach gleichhäufig (eher) linksextrem eingestellt. Im Vergleich der Bildungsgruppen fällt der Unterschied erwartungsgemäß aus: Höhere Bildung schützt vor der Ausbildung extremer Einstellungen. Gleichwohl gibt es auch einen nicht zu vernachlässigenden Anteil an Gymnasiasten, die den linksextremen Einstellungen zumindest teilweise zustimmen.

Abbildung 6.7: Linksextreme Einstellungen nach Geschlecht, Migrationshintergrund und Schulform (in %, gewichtete Daten; ohne Förderschüler)



Neben den Einstellungen wurden verschiedene Formen des niedrigschwelligen, linksextremen Verhaltens erfasst, wobei sich bei der Beantwortung auf die zurückliegenden zwölf Monate bezogen werden sollte. Wie Tabelle 6.2 zeigt, wurden dabei vier Verhaltensweisen erfragt. Am häufigsten berichten die Jugendlichen davon, Texte bestimmter Autoren gelesen zu haben: 2,9 % taten dies häufiger, 11,9 % selten oder manchmal. Sehr selten kommt es hingegen vor, dass Internetseiten mit linken Inhalten aufgerufen werden. Um aus den Einzelitems einen Index zu bilden, wird nicht auf den Durchschnitt, sondern auf den Maximalwert zurückgegriffen, da hier Verhaltensweisen und nicht Einstellungen erfasst werden. Ein Jugendlicher, der häufig linke Musik hört, aber nie auf entsprechende Internetseiten geht, hat dennoch häufig niedrigschwelliges Verhalten ausgeführt. Werden in dieser Form die Antworten zur Indexbildung herangezogen, zeigt sich, dass immerhin 21,1 % der Befragten zumindest selten niedrigschwelliges links-extremes Verhalten gezeigt haben; 5,1 % taten dies häufiger.

Tabelle 6.2: Niedrigschwelliges linksextremes Verhalten (in %; gewichtete Daten; ohne Förder-schüler)

	nie	selten	manchmal	oft	sehr oft
Auf meiner Schultasche oder meiner Kleidung habe ich Sticker oder Buttons getragen, um zu zeigen, dass ich links bin.	92,3	5,8		1,4	
Ich habe Texte von einer der folgenden Personen gelesen (nicht für die Schule): Lenin, Mao, Che Guevara, Trotzki, Abu-Jamal.	85,3	11,9		2,9	
Ich habe Musik mindestens einer der folgenden Gruppen gehört: Rasta Knast, WIZO, Betontod, Terrorgruppe.	92,7	5,3		2,0	
Ich habe eine der folgenden Homepages besucht: INDYMEDIA, Kommunistische Plattform, Marxistisches Forum, Cuba Si.	96,5	2,8		0,7	
Niedrigschwelliges Verhalten	78,9	16,0		5,1	

Jugendliche, die den Autonomen oder der Antifa angehören, haben zu 27,8 % häufiger niedrigschwelliges Verhalten ausgeführt, Jugendliche, die keiner der beiden Gruppen angehören, nur zu 4,3 %. Zudem ist ein enger Zusammenhang zwischen den linksextremen Einstellungen und den niedrigschwelligen Verhalten zu berichten: Jugendliche, die linksextreme Einstellungen ablehnen, haben sich zu 3,8 % häufiger niedrigschwellig linksextrem verhalten, Jugendliche die diesen Einstellungen sehr zustimmen, zu 26,2 %.

Neben den Einstellungen und den niedrigschwelligen Verhaltensweisen wurde zuletzt das Begehen linksextremer Straftaten erfasst. In den entsprechenden Index wurden folgende fünf Verhaltensweisen aufgenommen, wobei bzgl. des Zeitraums des Begehens keine Einschränkung gemacht wurde (Lebenszeitprävalenz):

- absichtlich jemanden stark geschlagen und verletzt, weil er rechts war (von 3,1 % der Befragten ausgeführt);
- absichtlich Dinge beschädigt, weil sie Personen gehörten, die rechts waren (2,5 %);
- absichtlich ein von Rechten bewohntes Haus/ einen rechten Jugendclub beschädigt (0,9 %);
- einen Farbbeutel auf ein Haus, ein Auto o.ä. geworfen, um gegen die Großunternehmer und Millionäre zu protestieren (0,9 %);
- ein leer stehendes Wohnhaus, Fabrikgebäude o.ä. besetzt (3,7 %).

Es wurden damit Verhaltensweisen erfasst, die sich primär gegen rechtsextreme Personen richten. Im Fragebogen fanden sich zwar weitere Verhaltensweisen, die keinen Bezug zu rechten Personen aufwiesen; diese wurden aber von fast keinem Jugendlichen begangen (z.B. ein Auto oder Haus angezündet, um gegen die Großunternehmer und Millionäre zu protestieren) oder können nicht eindeutig als linksextrem eingestuft werden (bei einer Demonstration Glasflaschen, Steine o.ä. gegen die Polizei eingesetzt), weshalb sie bei der Indexbildung nicht berücksichtigt wurden. *Das Begehen mindestens einer der genannten Straftaten berichteten 7,6 % der Jugendlichen.* Angehörige der Autonomen oder Antifa gaben dies deutlich häufiger an als Jugendliche, die diesen Gruppen nicht angehören (34,2 zu 6,6 %). Linksextrem eingestellte Personen verüben ebenfalls häufiger Straftaten (44,6 %; nicht linksextrem: 5,0 %). Jugendliche, die nie niedrigschwelliges Verhalten ausführen, haben zu 5,3 % mindestens eine Straftat begangen,

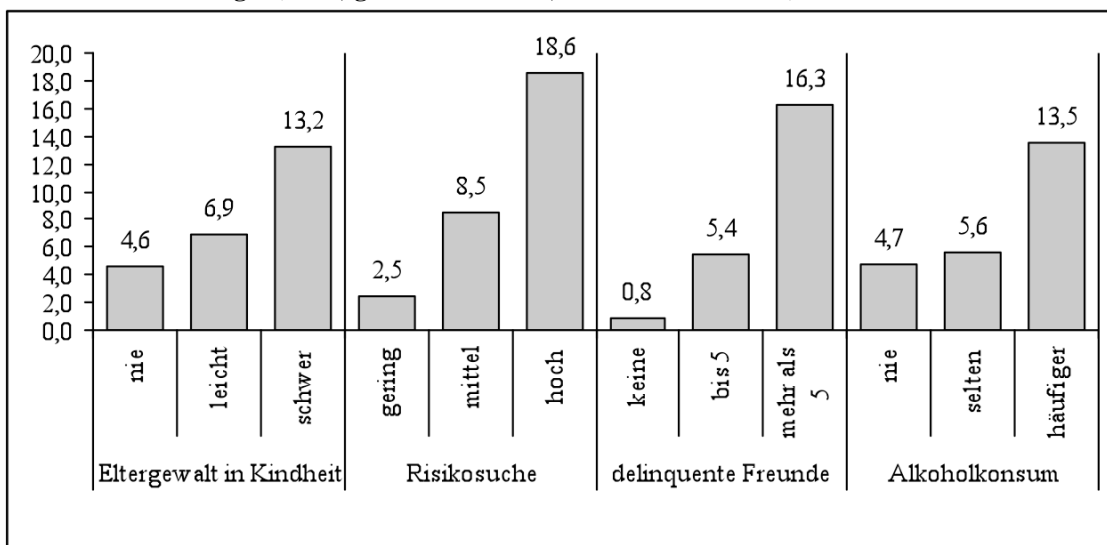
Jugendliche, die häufiger solches Verhalten ausführen, zu 21,2 %. Zwischen den verschiedenen Indikatoren finden sich also enge Zusammenhänge.

Werden nur jene Jugendlichen betrachtet, die 1. linksextremen Einstellungen zustimmen und gleichzeitig 2. häufiger niedrigschwellige, linksextreme Verhaltensweisen ausführen und/oder 3. linksextreme Straftaten begangen haben, so zeigt sich, dass 1,0 % der Jugendlichen Berlins als linksextrem einzustufen sind. Diese Form der Bestimmung des Extremismusanteils wurde in vergleichbarer Weise in der Schülerbefragung 2007/2008 für die Operationalisierung des Rechtsextremismus genutzt. Obwohl also relativ viele Jugendliche niedrigschwellige linksextreme Verhaltensweisen oder Straftaten ausführen, scheint dies häufig nicht ideologisch motiviert zu sein. Der Anteil sehr linksextrem eingestellter Jugendlicher fällt mit 2,3 % eher gering aus. Aus diesem Grund unterscheiden wir zusätzlich Jugendliche, die als eher linksextrem einzustufen sind. Diese unterscheiden sich im Vergleich zur Gruppe der linksextremen Jugendlichen dadurch, dass ihre Einstellungen weniger stark ausgeprägt sind (eher zustimmend), die aber zugleich entsprechende Verhaltensweisen (häufiger niedrigschwelliges Verhalten und/oder Straftaten) zeigen. Dies sind weitere 3,5 % der Jugendlichen.

Männliche Jugendliche gehören deutlich häufiger zur Gruppe der (eher) linksextremen Jugendlichen: 6,6 % der männlichen und 2,6 % der weiblichen Befragten werden als (eher) linksextrem eingestuft. Zwischen den Schulformen existieren ebenfalls Unterschiede, wobei der Anteil an (eher) linksextremen Hauptschülern nur doppelt so hoch ausfällt wie der Anteil an (eher) linksextremen Gymnasiasten (6,2 zu 3,1 %; IHR/Realschule: 5,0 %, Gesamtschule: 5,7 %).

Als Bedingungsfaktoren des Linksextremismus können allgemeine Bedingungsfaktoren der Jugenddelinquenz gelten, wie Abbildung 6.8 bezogen auf die männlichen Jugendlichen zeigt. Ein signifikanter Einfluss geht von der erlebten elterlichen Gewalt aus: Jugendliche ohne Gewalterfahrungen in der Kindheit sind zu 4,6 % (eher) linksextrem, Jugendlichen mit schweren Gewalterfahrungen zu 13,2 %. Weitere wichtige Faktoren sind die Bereitschaft, Risiken einzugehen, die Bekanntschaft mit delinquenten Freunden und der Alkoholkonsum.

Abbildung 6.8: Anteil (eher) linksextremer Jugendlicher nach verschiedenen Bedingungsfaktoren, nur männliche Befragte (in %; gewichtete Daten; ohne Förderschüler)



Die Befunde zu den Bedingungsfaktoren vermitteln den Eindruck, als ob der Linksextremismus gerade auf jene Jugendlichen anziehend wirkt, die auf der Suche nach risikobehafteten Verhalten in eine bestimmte Freundesgruppe geraten, in der zusätzlich dem Alkohol zugesprochen wird. In diesem Sinne würde es sich um eine Form der jugendlichen Subkultur handeln. Ob das Engagement im Linksextremismus dann dauerhaft ist oder nur ein passageres Phänomen, kann mit den Daten nicht beantwortet werden. Zu vermuten ist, dass der Linksextremismus für viele Jugendliche nur eine zeitlich begrenzte Phase darstellt, wie dies u.a. auch für das allgemeine, d.h. nicht ideologisch motivierte, delinquente Handeln gilt.

6.3. Rechtsextremismus

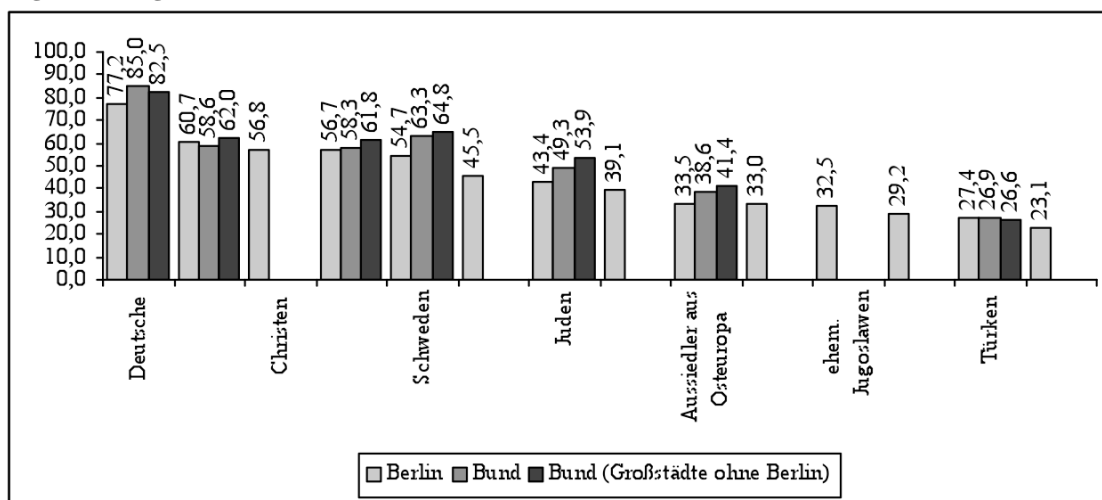
Wie der Linksextremismus zielt auch der Rechtsextremismus auf eine Überwindung der freiheitlich demokratischen Grundordnung. An deren Stelle soll eine Gesellschaftsordnung treten, die autoritär strukturiert ist und deren Zugehörigkeit über die ethnische Abstammung geregelt ist. Für Jaschke (1994) ist der Rechtsextremismus dementsprechend durch fünf Merkmale gekennzeichnet: 1. der rassistisch oder ethnisch bedingten Ungleichheit der Menschen; 2. der Forderung einer ethnischen Homogenität; 3. dem Vorrang der Gemeinschaft vor dem Individuum; 4. der Unterordnung des Bürgers unter staatliche Ziele; 5. der Ablehnung des Wertepluralismus der Demokratie.

Zur Erfassung des Rechtsextremismus in Berlin wurde sich an den bereits in der Schülerbefragung 2007/2008 eingesetzten Instrumenten orientiert. Dies ermöglicht einen Vergleich zwischen Berlin und der gesamten Bundesrepublik. Allerdings wurde in der Schülerbefragung 2007/2008 nur die Ausländerfeindlichkeit als Einstellungsdimension berücksichtigt. In Berlin wurden, entsprechend der obigen Definition, zusätzlich die Einstellungsdimension der Befürwortung der Diktatur und des Nationalismus erhoben. Die Antwortverteilung zu diesen zusätzlichen Dimensionen wird an dieser Stelle mit vorgestellt; sie wird aber nicht bei der Berechnung des Anteils rechtsextremer Jugendlicher berücksichtigt. Hinzuweisen ist zudem darauf, *dass die Aussagen zum Rechtsextremismus nur deutschen Jugendlichen vorgelegt worden sind*, alle Auswertungen dieses Abschnitts beziehen sich mithin nur auf einheimische deutsche Jugendliche, mit Ausnahme der Ausführungen zum Autoritarismus (s.u.).

Ein erster Indikator für die Befürwortung ethnischer Ungleichheit stellen die Antworten auf die Frage dar, wie angenehm oder unangenehm Angehörige bestimmter Herkunftsgruppen als Nachbarn wären. Die Antworten auf diese Frage konnten auf einer Skala von „1 – sehr unangenehm“ bis „7 – sehr angenehm“ abgestuft werden. Für eine anschaulichere Darstellung wurden Befragte mit den Antworten 5 bis 7 zur Gruppe „eher angenehm“ zusammengefasst. Die entsprechenden Anteile sind in Abbildung 6.9 dargestellt.³³

³³ Dass die Jugendlichen mit diesem Frageformat zurecht kommen, belegen die Daten zu fehlenden Werten. Der Anteil fehlender Werte variiert bei den Einzelitems zwischen 5,7 % (Juden) und 7,7 % (Sinti/Roma).

Abbildung 6.9: Ausmaß der Befürwortung verschiedener Gruppen als Nachbar, nur deutsche Befragte (in %, gewichtete Daten; ohne Förderschüler)



Am wenigsten angenehm werden von den deutschen Jugendlichen Berlins arabische Nachbarn eingestuft; ein Vergleich zur bundesweiten Befragung ist hier nicht möglich, da in dieser Befragung nicht nach arabischen Nachbarn (und auch nicht nach einigen anderen Gruppen) gefragt wurde. Ebenfalls nur wenig Jugendliche erachteten türkische Nachbarn als angenehm. Der Anteil liegt aber etwas höher als im Bund bzw. in bundesdeutschen Großstädten, d.h. in Berlin werden die Türken etwas häufiger als angenehm eingestuft. Dies zeigt sich auch für dunkelhäutige Nachbarn, zumindest im Vergleich zum Bund, nicht im Vergleich zu den Großstädten. Deutsche, Italiener Schweden und Juden werden von den Berliner Jugendlichen weniger häufig als eher angenehm eingestuft als das bundesweit der Fall ist. Interessant ist für die Berliner Jugendlichen, dass türkische Nachbarn als weniger angenehm eingestuft werden als Muslime. Insofern scheint die Distanz zu den Türken nicht allein auf ihrer Religionszugehörigkeit zu beruhen. Deutsche Nachbarn werden insgesamt am häufigsten als angenehm empfunden, was wiederum nicht allein damit in Zusammenhang steht, dass sie Christen sind.

Die Ablehnung bestimmter Bevölkerungsgruppen richtet sich im Rechtsextremismus vornehmlich gegen Ausländer. Aus diesem Grund haben wir ausländerfeindliche Einstellungen mit einem etablierten Messinstrument erfasst. Dabei kam ein Instrument zum Einsatz, das bereits wiederholt im ALLBUS³⁴ eingesetzt wurde (vgl. Terwey et al. 2008). Die Befragten wurden gebeten, zu verschiedenen Aussagen anzugeben, wie sehr sie diesen auf einer siebstufigen Skala von „1 –stimmt nicht“ bis „7 – stimmt genau“ zustimmen. In Tabelle 6.3 sind die einzelnen Aussagen und die zugehörigen Mittelwerte bzw. der Anteil zustimmender Jugendlicher dargestellt. Als Zustimmung wurden die Werte 5 bis 7 kodiert.

³⁴ ALLBUS steht für Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften.

Tabelle 6.3: Skala Ausländerfeindlichkeit, nur deutsche Befragte (gewichtete Daten; ohne Förderschüler)

	Mittelwert	Zustimmung in %
Die in Deutschland lebenden Ausländer sollten ihren Lebensstil besser an den der Deutschen anpassen.	4.59	56,8
Man sollte den in Deutschland lebenden Ausländern jede politische Betätigung untersagen.	2.21	10,6
Die in Deutschland lebenden Ausländer sollten sich ihre Ehepartner unter ihren eigenen Landsleuten auswählen.	2.26	13,6
Die in Deutschland lebenden Ausländer sind eine Bereicherung für die Kultur in Deutschland. (-)	4.09	39,8
Die meisten Ausländer sind kriminell.	3.42	31,6
Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die in Deutschland lebenden Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken.	2.94	23,7
Skala	3.25	-
Cronbachs Alpha	.82	-

(-) = Umkehritem; der zugehörige Mittelwert bezieht sich auf das umkodierte Item

Die höchste Zustimmung erhielt die Aussage, dass die in Deutschland lebenden Ausländer ihren Lebensstil an den der Deutschen anpassen sollten; 56,8 % der deutschen Jugendlichen stimmen dieser Aussage zu. Am zweithäufigsten wurde bejaht, dass die in Deutschland lebenden Ausländer keine Bereicherung für die Kultur sind. In der Tabelle ist der Originalwortlaut im Fragebogen aufgeführt, der Mittelwert sowie der ausgewiesene Anteil zustimmender Jugendlicher beziehen sich aber auf das umkodierte Item; ein hoher Mittelwert steht also auch bei diesem Item für eine höhere Ausländerfeindlichkeit. Eher selten erhielten die Forderungen Unterstützung, dass den Ausländern die politische Betätigung untersagt werden sollte und dass die Ausländer ihre Partner unter den eigenen Landsleuten wählen sollten. Der Gesamtmittelwert der Skala beträgt 3,25, was unterhalb des theoretischen Mittelwerts liegt; d.h. die Aussagen wurden häufiger abgelehnt als dass ihnen zugestimmt wurde. Für die nachfolgenden Darstellungen wurden drei Gruppen gebildet: Die erste Gruppe erreicht Mittelwerte zwischen 1,00 und 4,00 (nicht ausländerfeindlich); die zweite Gruppe hat Mittelwerte zwischen 4,01 und 5,5 (eher ausländerfeindlich); die dritte Gruppe weist Mittelwerte zwischen 5,51 und 7,00 auf (hoch ausländerfeindlich). Es ist an dieser Stelle darauf hinzuweisen, dass es für eine Klassifikation eines Befragten als hoch ausländerfeindlich nicht ausreicht, wenn er einer Aussage mit dem Wert sechs oder sieben zugestimmt hat; er muss im Mittel allen Aussagen in dieser Höhe zustimmen.

Mit weiteren drei Aussagen wurden antisemitische Einstellungen erfragt; diese Aussagen sind in Tabelle 6.4 abgebildet. Allen Items wird eher selten zugestimmt, am seltensten der Aussage, dass die Juden auf der Welt zu viel Einfluss hätten. Der Gesamtmittelwert der Skala liegt mit 2,16 ebenfalls recht weit unterhalb des theoretischen Mittelwerts der Skala; die Ablehnung der Aussagen ist also die Regel, nicht die Zustimmung. Äquivalent zur Skala „Ausländerfeindlichkeit“ wurde bei der Antisemitismus-Skala eine Einteilung der Befragten in drei Gruppen vorgenommen.

Tabelle 6.4: Skala Antisemitismus, nur deutsche Befragte (gewichtete Daten; ohne Förderschüler)

	Mittelwert	Zustimmung in %
Ich finde es schrecklich, dass Deutsche so viele Verbrechen an den Juden begangen haben. (-)	2.20	13,5
Juden haben auf der Welt zu viel Einfluss.	2.15	6,8
Durch ihr Verhalten sind die Juden an ihren Verfolgungen nicht ganz unschuldig.	2.14	8,7
Skala	2.16	-
Cronbachs Alpha	.64	-

(-) = Umkehritem; der zugehörige Mittelwert bezieht sich auf das umkodierte Item

Als eine spezifische Form der Ausländerfeindlichkeit wurde zusätzlich die Muslimfeindlichkeit erfasst (Tabelle 6.5); die Items lehnen sich an den Vorschlag von Leibold und Kühnel (2003) an. Am häufigsten gaben die Jugendlichen an, dass sie Probleme hätten, von einer Frau mit Kopftuch unterrichtet zu werden. Ebenfalls hohe Zustimmung erhielt die Aussage, dass man Probleme hätte, in eine Gegend zu ziehen, in der viele Muslime leben. Wenig Unterstützung erhalten demgegenüber die Forderungen, dass Muslimen die Zuwanderung nach Deutschland bzw. dass Muslimen die Religionsausübung untersagt werden sollte. Allen Aussagen konnte wiederum zwischen „1 – stimmt nicht“ und „7 – stimmt genau“ zugestimmt werden. Der Gesamtmittelwert der Skala von 3,32 belegt erneut, dass nur eine Minderheit der Befragten als muslimfeindlich einzustufen ist. Die Bildung von drei Befragtengruppen wird im Folgenden analog zur Ausländerfeindlichkeit und zum Antisemitismus vorgenommen.

Tabelle 6.5: Skala Muslimfeindlichkeit, nur deutsche Befragte (gewichtete Daten; ohne Förderschüler)

	Mittelwert	Zustimmung in %
Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden.	2.45	13,1
Durch die vielen Muslime hier fühle ich mich manchmal wie ein Fremder im eigenen Land.	3.57	36,7
Ich hätte kein Problem damit, von einer muslimischen Frau mit Kopftuch unterrichtet zu werden. (-)	4.25	49,6
Muslimen sollte jede Form der Religionsausübung in Deutschland untersagt werden.	2.32	12,1
Ich hätte Probleme, in eine Gegend zu ziehen, in der viele Muslime leben.	4.01	44,7
Skala	3.32	-
Cronbachs Alpha	.79	-

(-) = Umkehritem; der zugehörige Mittelwert bezieht sich auf das umkodierte Item

Der Rechtsextremismus beinhaltet neben der Abwertung bestimmter Bevölkerungsgruppen auch die Ablehnung der Demokratie, an deren Stelle eine autoritäre Diktatur treten soll. Die Befürwortung eines solchen politischen Systems wurde über drei Aussagen erfasst, die in Tabelle 6.6 vorgestellt werden. Nur eine Minderheit stimmt diesen Aussagen zu (Antwortskala: „1 – stimmt nicht“ und „7 – stimmt genau“). Der höchste Anteil zustimmender Jugendlicher beträgt 12,6 % bei der Aussage, dass Deutschland eine einzige starke Partei bräuchte, die die Volksgemeinschaft verkörpert. Nur 3,1 % der Schüler waren der Ansicht, dass eine Diktatur wie im Nationalsozialismus die beste Staatsform wäre.³⁵ Der Gesamtmittelwert fällt mit 1,98 entspre-

³⁵ Zwei Items der Skala „Befürwortung der Diktatur“ wurden auch im Fragebogen für Migrantenjugendliche erhoben. Dabei zeigen sich noch niedrigere Zustimmungsraten: Die Migranten Berlins sind nur zu 1,5 % der Ansicht, eine Diktatur wie im Nationalsozialismus sei die beste Staatsform; 4,9 % stimmten der

chend niedrig aus. Auch bei dieser Skala werden die drei Gruppe der ablehnenden, eher zustimmenden und zustimmenden Jugendlichen unterschieden.

Tabelle 6.6: Skala Befürwortung der Diktatur, nur deutsche Befragte (gewichtete Daten; ohne Förderschüler)

	Mittelwert	Zustimmung in %
Eine Diktatur wie im Nationalsozialismus ist die beste Staatsform.	1.62	3,1
Deutschland braucht nur eine einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert.	2.48	12,6
Wir sollten einen Führer haben, der Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert.	1.80	7,6
Skala	1.98	-
Cronbachs Alpha	.79	-

Schließlich wurde auch die Zustimmung zu nationalistischen Einstellungen mittels der in Tabelle 6.7 dargestellten Items erhoben (Antwortskala: „1 – stimmt nicht“ und „7 – stimmt genau“). Die Raten zustimmender Jugendlicher liegen hier deutlich höher als bei der Befürwortung der Diktatur. Mehr als ein Viertel der Jugendlichen (28,2 %) teilen die Ansicht, dass wir endlich wieder Mut zu einem starken Nationalgefühl haben sollten; zugleich sind es aber nur 8,8 %, die meinen, dass das oberste Ziel der deutschen Politik sein sollte, Deutschland Macht und Geltung zu verschaffen.

Tabelle 6.7: Skala nationalistische Einstellungen, nur deutsche Befragte (gewichtete Daten; ohne Förderschüler)

	Mittelwert	Zustimmung in %
Wir müssen deutsche Interessen gegenüber dem Ausland hart und energisch durchsetzen.	2.77	17,4
Das oberste Ziel der deutschen Politik sollte es sein, Deutschland die Macht und Geltung zu verschaffen, die ihm zusteht.	2.18	8,8
Wir sollten endlich wieder Mut zu einem starken Nationalgefühl haben.	3.29	28,2
Skala	2.75	-
Cronbachs Alpha	.78	-

Bevor die Anteile an (eher) zustimmenden Jugendlichen vorgestellt und zur bundesdeutschen Stichprobe verglichen werden, soll noch ein Blick auf die Zusammenhänge der verschiedenen Einstellungskonstrukte geworfen werden (Tabelle 6.8). Wie zu erwarten, korrelieren die Einstellungen recht hoch miteinander. Der Zusammenhang zwischen der Ausländer- und der Muslimfeindlichkeit fällt mit $r = .75$ am höchsten aus. Zugleich beträgt der niedrigste Zusammenhang immerhin noch $r = .44$. Es kann damit gefolgert werden, dass mit den verschiedenen Einstellungen Dimensionen eines übergeordneten Konstrukts, eben der rechtsextremen Ideologie, erfasst werden. Zusätzlich in Tabelle 6.8 aufgeführt sind die Korrelationen zwischen den rechtsextremen und den linksextremen Einstellungen. Erwartbar wäre, dass sich diese Einstellungen ausschließen, was über eine negative Korrelation sichtbar werden würde. Tatsächlich finden sich aber moderate positive Korrelationen. Hierfür kann es verschiedene Erklärungen geben: Einerseits sind die Einstellungen im Jugendalter möglicherweise noch nicht derart gefestigt, dass die Widersprüchlichkeit verschiedener Ideen erkannt wird. Andererseits werden in der Extremis-

Aussage zu, dass wir einen Führer haben sollten. Aufgrund der geringeren Zustimmungsraten erscheinen differenzierte Auswertungen für einzelne Migrantengruppen nicht sinnvoll.

musforschung der Rechts- und der Linksextremismus nicht als diametral entgegengesetzte Pole verstanden. Beide Ansichten eint die Ablehnung der demokratischen Ordnung, so dass es durchaus Überschneidungsbereiche gibt. Zu beachten ist nicht zuletzt, dass in beiden Einstellungen eine allgemeine Protesthaltung zum Ausdruck kommt. Jugendliche lehnen sich gegen den gesellschaftlichen Normenkonsens auf, provozieren; dies tun sie dann gleichzeitig in verschiedener Art und Weise.

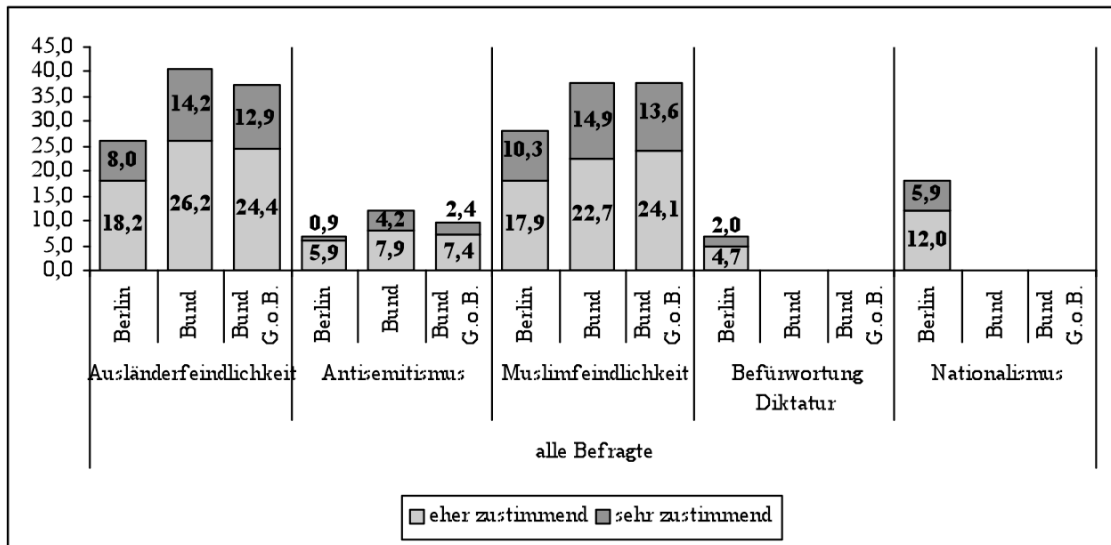
Tabelle 6.8: Korrelationen der verschiedenen Einstellungsskalen, nur deutsche Befragte (Pearsons r; gewichtete Daten; ohne Förderschüler)

	Antisemitismus	Muslimfeindlichkeit	Befürwortung der Diktatur	Nationalismus	Linksextreme Einstellungen
Ausländerfeindlichkeit	.51	.75	.54	.55	.20
Antisemitismus	-	.45	.53	.44	.17
Muslimfeindlichkeit	-	-	.49	.54	.20
Befürwortung Diktatur	-	-	-	.72	.22
Nationalismus	-	-	-	-	.20

alle Korrelationen signifikant bei $p < .001$

Abbildung 6.10 ist zu entnehmen, wie häufig die Jugendlichen Berlins im Vergleich zum Bund und den bundesdeutschen Großstädten in die verschiedenen Gruppen rechtsextremen Einstellungen zustimmender Jugendlicher eingestuft worden sind. *Als hoch ausländerfeindlich müssen in Berlin 8,0 % der Befragten gelten, eher ausländerfeindlich sind 18,2 % der deutschen Jugendlichen. Damit fällt der Anteil ausländerfeindlicher Jugendlicher in Berlin insgesamt unterdurchschnittlich aus, insofern im Bund 14,2 % als hoch, 26,2 % als eher ausländerfeindlich eingestuft wurden.* Das gleiche Ergebnis findet sich bei den anderen Einstellungen. Ein Vergleich der Befürwortung der Diktatur und des Nationalismus kann dabei nicht präsentiert werden, weil diese Einstellungen in der bundesweiten Schülerbefragung 2007/2008 noch nicht erhoben wurden. Rechtsextreme Einstellungen sind unter Jugendlichen Berlins also weniger weit verbreitet als dies bundesweit der Fall ist; dies gilt auch dann, wenn die Großstädte vergleichend herangezogen werden. Dieser Effekt ist nicht Resultat davon, dass in Berlin anteilmäßig mehr Gymnasiasten unterrichtet werden und mit höherer Bildung bekanntlich die Zustimmung zu extremistischen Gedankengut zurückgeht. Werden die Auswertungen in Berlin und im Bund auf Gymnasiasten beschränkt, ergeben sich für Berlin ebenfalls deutlich niedrigere Werte an (eher) zustimmenden Jugendlichen (ohne Abbildung).

Abbildung 6.10: Zustimmung zu verschiedenen rechtsextremen Einstellungen, nur deutsche Befragte (in %, gewichtete Daten; ohne Förderschüler; G.o.B. Großstädte ohne Berlin)



Für drei der fünf Einstellungsmaße ergeben sich signifikante Geschlechterunterschiede, für alle fünf Maße signifikante Schulformunterschiede, wie aus Tabelle 6.9 zu entnehmen ist. Bei der Ausländer- und Muslimfeindlichkeit wird dabei nur der Anteil sehr zustimmender Jugendlicher betrachtet, bei den anderen Einstellungsmaßen aufgrund der geringeren Prozentwerte der sehr zustimmenden Jugendlichen zugleich auch die eher zustimmenden Jugendlichen. Mädchen und Jungen weisen einen vergleichbar großen Anteil an Befragten auf, die sich als sehr ausländerfeindlich und nationalistisch äußern; bei den anderen Einstellungen gehören Jungen mindestens 1,5mal so häufig zu den rechtsextrem eingestellten Jugendlichen. Hinsichtlich der Schulform kann gefolgert werden, dass Gymnasiasten am seltensten bei den verschiedenen Maßen rechtsextrem eingestellt sind. Real- und Gesamtschüler unterscheiden sich mit Ausnahme der nationalistischen Einstellungen kaum voneinander.

Tabelle 6.9: Zustimmung zu verschiedenen rechtsextremen Einstellungen nach Geschlecht und Schulform, nur deutsche Befragte (in %; gewichtete Daten; ohne Förderschüler)

		sehr ausländerfeindlich	eher und sehr antisemitisch	sehr muslimfeindlich	eher und sehr Diktatur befürwortend	eher und sehr nationalistisch
Geschlecht	Männlich	8,7	8,7	13,0	8,6	20,2
	Weiblich	7,3	5,2	7,8	5,0	15,6
Schulform	Hauptschule	20,2	17,1	19,7	11,6	31,9
	IHR/Realschule	14,5	10,2	14,8	9,9	26,9
	Gesamtschule	10,0	9,3	13,5	9,2	18,5
	Gymnasium	2,2	2,9	5,6	3,7	11,8

fett: signifikant bei $p < .05$

Neben der Einstellungsebene wurde sich zusätzlich der Verhaltensebene gewidmet. Auch beim Rechtsextremismus wurde dabei zwischen zwei Formen des Verhaltens unterschieden: niedrigschwellige, rechtsextreme Verhaltensweisen und rechtsextrem motivierte Straftaten. Zunächst soll auf die niedrigschwelligen Verhaltensweisen eingegangen werden. Hiermit meinen wir Verhalten, das auf eine rechtsextreme Orientierung schließen lässt, das aber nicht strafbar ist; in dieser Hinsicht ist die Schwelle, dieses Verhalten auszuführen, geringer. Drei solcher Verhaltensweisen wurden im Fragebogen in Bezug auf die letzten zwölf Monate erfasst (Tabel-

le 6.10): das Hören rechter Musikgruppen, das Tragen von Stickern/Buttons mit rechten Motiven auf Kleidung oder Schultasche und das Tragen rechter Kleidungsmarken. Die Häufigkeit der Ausführung dieses Verhaltens konnte von „1 – nie“ bis „5 – sehr oft“ eingeschätzt werden.

Von diesen drei Verhaltensweisen wird das Hören rechter Musikgruppen am häufigsten praktiziert: 6,2 % der deutschen Befragten Berlins haben selten oder manchmal Musik rechter Gruppen gehört, 1,1 % häufiger. Rechte Kleidungsmarken tragen 3,6 % der Jugendlichen zumindest selten; Sticker/Buttons mit rechten Inhalten finden sich bei 1,7 % der Jugendlichen. Aus den Angaben zu den drei Verhaltensweisen wurde ein Index gebildet, bei dem der höchste Wert der Aussagen berücksichtigt wurde. Hört ein Jugendlicher beispielsweise oft Musik einer der genannten Gruppen, trägt aber keine Kleidung der angegebenen Marken oder rechte Sticker/Buttons, so geht der erste (also der höchste) Wert in den Index ein. *Von allen deutschen Jugendlichen Berlins haben 90,2 % nie in den letzten zwölf Monaten niedrigschwelliges, rechtsextremes Verhalten ausgeführt; 8,4 % taten dies zumindest selten, 1,4 % häufiger. Im Vergleich zum Bundesdurchschnitt haben in Berlin deutlich weniger Jugendliche zumindest selten niedrigschwelliges, rechtsextremes Verhalten ausgeführt: Während dies in Berlin für 9,8 % zutrifft, gilt dies im Bund für 26,1 %.*

Tabelle 6.10: Niedrigschwelliges rechtsextremes Verhalten, nur deutsche Befragte (in %; gewichtete Daten; ohne Förderschüler)

	nie	selten	manchmal	oft	sehr oft
Ich habe Musik mindestens einer der folgenden Gruppen gehört: Endstufe, Nordwind, Kraftschlag, Störkraft, Landser, Stahlgewitter, Noie Werte, Slepnr, Moshpit, Kategorie C.	92,6	6,2		1,1	
Auf meiner Schultasche oder meiner Kleidung habe ich Sticker oder Buttons getragen, um zu zeigen, dass ich rechts bin.	98,3	1,5		0,2	
Ich habe Kleidung bestimmter Marken wie Consdaple, Masterrace, Walhall Germany, Thor Steinar, Erik and Sons o.ä. getragen.	96,4	3,2		0,3	
Niedrigschwelliges Verhalten	90,2	8,4		1,4	

Als weitere Verhaltensform haben wir das Begehen rechtsextremer Straftaten erfasst, wobei das rechtsextreme Motiv darüber abgebildet wurde, dass nach Taten, die sich explizit gegen Ausländer/Migranten richteten, gefragt wurde, wobei keine zeitliche Einschränkung gemacht wurde (Lebenszeitprävalenz). In Tabelle 6.11 sind die Verhaltensweisen aufgeführt. Einen Ausländer absichtlich geschlagen und verletzt haben in ihrem bisherigen Leben 1,3 % der deutschen Jugendlichen Berlins. Etwas seltener wurden Sachbeschädigungen ausgeführt, die sich gegen das Eigentum von Ausländern richteten (1,0 %). Ein von Ausländern bewohntes Haus hat etwa jeder 200. Jugendliche beschädigt. *Mindestens eine der Taten haben in Bezug auf ihr bisheriges Leben 1,9 % der Jugendlichen Berlins ausgeführt. Dies liegt deutlich unter dem bundesdeutschen Schnitt: In der Schülerbefragung 2007/2008 gaben 4,1 % der Schüler an, mindestens eine solche Tat ausgeführt zu haben; in den Großstädten waren es 3,7 %.*

Tabelle 6.11: Rechtsextreme Straftaten, nur deutsche Befragte (in %; gewichtete Daten; ohne Förderschüler)

	Berlin	Bund	Bund (Großstädte ohne Berlin)
absichtlich jemanden stark geschlagen und verletzt, weil er/sie Ausländer/Migrant war	1,3	2,6	2,1
absichtlich Dinge beschädigt, weil sie Ausländern/Migranten gehörten	1,0	2,7	2,6
absichtlich ein von Ausländern/Migranten bewohntes Haus beschädigt	0,4	1,5	1,6
Gesamt	1,9	4,1	3,7

In Berlin wurde auch nach dem Begehen von Taten gefragt, die sich gegen linke Personen richten; diese werden in der Bestimmung rechtsextremer Jugendlicher allerdings nicht berücksichtigt, da diese Bestimmung in der gleichen Weise geschieht wie in der deutschlandweiten Schülerbefragung 2007/2008. Hinsichtlich der Anteile an Jugendlichen, die Straftaten ausgeführt haben, die sich gegen Linke richteten, ergeben sich folgende Befunde:

- absichtlich jemanden geschlagen und verletzt, weil er links war, haben 1,0 % der Jugendlichen;
- absichtlich Dinge zerstört, weil sie Personen gehörten, die links waren, haben 0,4 % der Jugendlichen;
- absichtlich ein von Linken bewohntes Haus/ einen linken Jugendclub beschädigt haben 0,2 % der Jugendlichen.

Diese Anteile liegen deutlich unterhalb der Anteile, die sich bzgl. der Verletzung bzw. Sachbeschädigung von linker Seite ergeben haben. Dies könnte dadurch zu erklären sein, dass es in Berlin insgesamt mehr rechts- als linksextreme Jugendliche gibt, so dass es häufiger Gelegenheiten gibt, rechten Personen Schaden zuzufügen. Möglich ist aber auch, dass sich die linke Szene aggressiver gegenüber der rechten Szene verhält.

Um letztlich den Anteil rechtsextremer Jugendlicher zu bestimmen, wurden wie in der Schülerbefragung 2007/2008 folgende drei Indikatoren herangezogen: die Ausländerfeindlichkeit, das niedrigschwellige Verhalten und das Begehen rechtsextremer Straftaten (vgl. auch Baier et al. 2009, S. 121f). *Als rechtsextreme Jugendliche gelten demnach nur jene Schüler, die hoch ausländerfeindlich eingestellt sind und die gleichzeitig oft/sehr oft niedrigschwelliges Verhalten zeigen bzw. die in ihrem bisherigen Leben schon einmal eine rechtsextreme Straftat begangen haben.* Zu den Einstellungen müssen also Verhaltensweisen hinzu treten.³⁶

Von allen befragten deutschen Jugendlichen Berlins werden 1,0 % in diesem Sinne als rechtsextrem eingestuft. Werden zusätzlich jene Jugendliche berücksichtigt, die eher ausländerfeindlich eingestellt sind (Mittelwert über 4,00), dann steigt die Quote auf 1,6 %. Dies liegt deutlich unter dem bundesdeutschen Durchschnitt (8,0 %). Gleichzeitig liegt der Wert unter dem Anteil linksextremer, deutscher Jugendlicher von 3,9 %, so dass davon auszugehen ist, dass in Berlin mehr links- als rechtsextreme Jugendliche leben. Bei diesem Vergleich ist aber zu beachten,

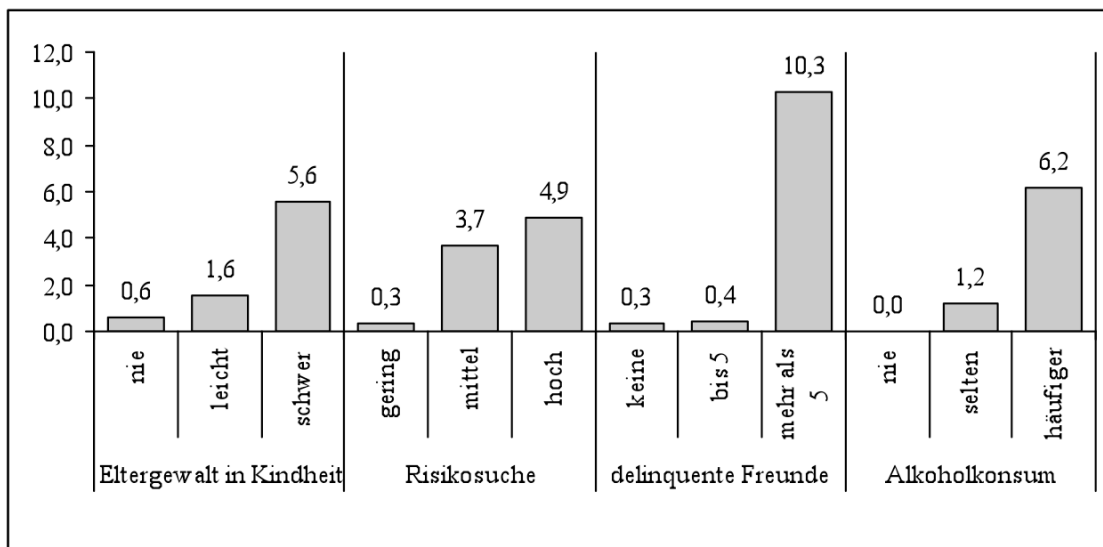
³⁶ Zu beachten ist, dass es – wie bereits beim Linksextremismus – ausreicht, eine der Verhaltensweisen-Bedingungen zu erfüllen, um als rechtsextrem eingestuft zu werden. Rechtsextreme Jugendliche sind hoch ausländerfeindlich und sie üben oft/sehr oft niedrigschwelliges Verhalten aus und/oder haben schon einmal eine rechtsextreme Straftat begangen.

dass die Operationalisierung des Rechts- und Linksextremismus formell zwar vergleichbar ist, indem Einstellungen und Verhaltensweisen einbezogen werden. Die inhaltliche Vergleichbarkeit ist aber nicht ohne weiteres gegeben, da beim Rechtsextremismus auf Einstellungsebene nur die Ausländerfeindlichkeit berücksichtigt wird, beim Linksextremismus hingegen verschiedene Einstellungsdimensionen. Zudem werden auch im Bereich der Verhaltensweisen z.T. unterschiedliche Verhaltensweisen erfragt. Der Vergleich der Anteile rechts- und linksextremer Jugendlicher ist daher zurückhaltend zu interpretieren; *es deutet sich aber an, dass der Linksextremismus in Berlin auf insgesamt niedrigem Niveau verbreiteter ist als der Rechtsextremismus.*

Erneut ergeben sich beim Anteil rechtsextremer Jugendlicher in Berlin signifikante Geschlechterunterschiede: Jungen sind zu 2,6 %, Mädchen zu 0,8 % rechtsextrem. Die Schulformen unterscheiden sich hingegen nicht signifikant voneinander. Es kann daher nicht davon ausgegangen werden, dass Rechtsextremismus in der Kombination von Einstellungen und Verhaltensweisen nur ein Phänomen niedrig gebildeter Jugendlicher darstellt.

Werden mögliche Bedingungsfaktoren des Rechtsextremismus betrachtet, ergeben sich nahezu identische Befunde wie bei der Betrachtung des Linksextremismus (Abbildung 6.11). Das Erleben von elterlicher Gewalt in der Kindheit ist ebenso von Bedeutung wie die Persönlichkeitseigenschaft der Risikosuche, der Kontakt mit delinquenten Freunden und der Alkoholkonsum.

Abbildung 6.11: Anteil rechtsextremer Jugendlicher nach verschiedenen Bedingungsfaktoren, nur männliche, deutsche Befragte (in %, gewichtete Daten)



Vor dem Hintergrund der vergleichbaren Bedingungsfaktoren liegt die Frage nahe, von welchen Faktoren dann abhängig ist, welcher konkreten Gruppe Jugendliche letztlich angehören. Eine mögliche Antwort ist, dass die Angebote vor Ort eine Rolle spielen. Wenn in der Nachbarschaft bspw. der Linksextremismus dominiert, dann ist der Anschluss an entsprechende Gruppen wahrscheinlicher; dominiert hingegen der Rechtsextremismus, wird sich eher diesem angeschlossen. Es dürfte insofern auf die Gegebenheiten im Umfeld eines Jugendlichen ankommen, die mitbestimmen, welcher Gruppierung er sich anschließt. Notwendig erscheint daher, in die Analyse der Bedingungsfaktoren des Extremismus verstärkt diese Gegebenheiten einzubeziehen.

Eine letzte, etwas ausführlichere Auswertung soll einem weiteren Bedingungsfaktor des Rechtsextremismus gewidmet werden: den autoritären Einstellungen. Dabei können im Unterschied zu den bisherigen Auswertungen dieses Rechtsextremismus-Abschnitts auch Migrantenjugendliche einbezogen werden. Das Konzept des Autoritarismus wurde von Adorno et al. (1950) eingeführt. Die Autoren entwickelten dieses Konzept in Reaktion auf die Diskriminierung von Juden im Dritten Reich; d.h. es sollte die Frage nach den Ursachen des diskriminierenden Denkens und Handelns von z.T. 'ganz normalen' Bürgern beantwortet werden. Später wurde das Konzept auf die Erklärung von Vorurteilen gegenüber anderen Minderheiten ausgeweitet (Rippl et al. 2000, S. 14). Laut Adorno et al. (1950) ist Autoritarismus ein Resultat einer autoritären Erziehung. Ein Mangel an Zuwendung speziell durch den dominierenden Vater führt zu Aggressionen und Hassgefühlen, die nicht an der Quelle dieser Gefühle (dem Vater) ausgelassen werden können, sondern auf Andersartige, Schwächere verschoben werden. Für Adorno (1950) setzt sich der Autoritarismus aus neun verschiedenen Dimensionen zusammen, die empirisch mittels der bekannten F-Skala erfasst wurden. Laut Altemeyer (1981) ist der Autoritarismus allerdings nur durch eine autoritäre Unterwürfigkeit, durch autoritäre Aggressionen und durch Konventionalismus gekennzeichnet. In den neueren Arbeiten zu dieser Theorie wird sich meist auf diese Konzeption beschränkt. Ein Zusammenhang zwischen autoritären Einstellungen und Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus wurde in der Vergangenheit in verschiedenen Studien belegt (vgl. u.a. Baier/Hadjar 2005, Heitmeyer/Heyder 2002, Rippl et al. 2005).

In der Schülerbefragung in Berlin kamen vier Items zur Messung von Autoritarismus zum Einsatz (Tabelle 6.12), die autoritäre Unterwürfigkeit und autoritäre Aggression messen (Antwortvorgaben: „1 – stimmt nicht“ bis „7 – stimmt genau“). Die Items wurden sowohl deutschen Jugendlichen als auch Jugendlichen mit Migrationshintergrund zur Beantwortung vorgelegt. Den Items wird in sehr unterschiedlichem Maße zugestimmt: Aussagen zu autoritären Aggressionen werden deutlich stärker befürwortet als Items zur Unterwürfigkeit. Immerhin fast die Hälfte der Befragten war der Ansicht, dass Verbrechen härter zu bestrafen seien; nur jeder Zehnte gab hingegen an, dass man dankbar für führende Köpfe sein sollte. Die Antworten zu den vier Aussagen korrelieren dennoch ausreichend hoch miteinander, so dass sie zu einer Mittelwertsskala zusammengefasst werden können.

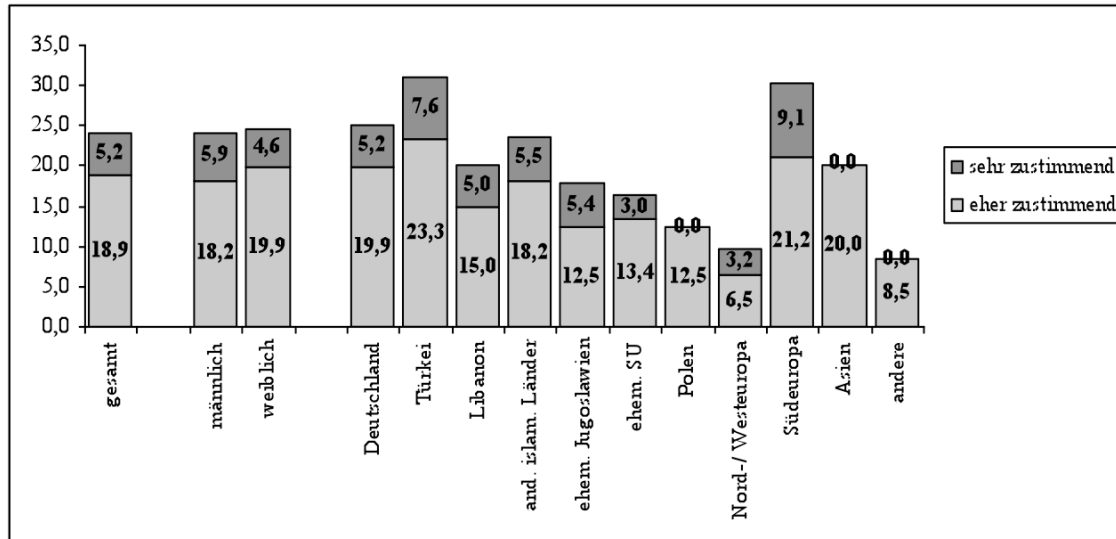
Tabelle 6.12: Skala autoritäre Einstellungen (gewichtete Daten; ohne Förderschüler)

	Mittelwert	Zustimmung in %
Wir sollten dankbar sein für führende Köpfe, die uns genau sagen, was wir tun sollen und was nicht.	2.51	10,9
Kinder sollten sich den Vorstellungen der Eltern anpassen.	2.73	15,8
Verbrechen sollten härter bestraft werden.	4.35	48,6
Um Recht und Ordnung zu bewahren, sollte man härter gegen Außenseiter und Unruhestifter vorgehen.	3.47	29,1
Skala	3.29	-
Cronbachs Alpha	.69	-

Auf Basis des Mittelwerts der Gesamtskala wurden anschließend wiederum Gruppen von Jugendlichen unterschieden: Schüler mit Mittelwerten über 4,0 bis 5,5 werden als eher zustimmend, Schüler mit Mittelwerten über 5,5 bis 7,0 als sehr zustimmend eingestuft. Von allen Berliner Jugendlichen stimmen 18,9 % autoritären Ansichten eher zu, 5,2 % sehr zu (Abbildung 6.12). Weibliche und männliche Befragte unterscheiden sich nur geringfügig im Anteil (eher)

zustimmender Jugendlicher. Signifikante Unterschiede finden sich stattdessen für die ethnischen Gruppen: Besonders hohe Autoritarismuskennwerte ergeben sich bei türkischen und bei südeuropäischen Jugendlichen. Deutsche Jugendliche stimmen den Einstellungen am dritthäufigsten zu. Geringe Zustimmung erhalten autoritäre Aussagen bei nord-/westeuropäischen Jugendlichen sowie bei polnischen Jugendlichen.

Abbildung 6.12: Autoritarismus nach Geschlecht und Migrationshintergrund (in %; gewichtete Daten; ohne Förderschüler)

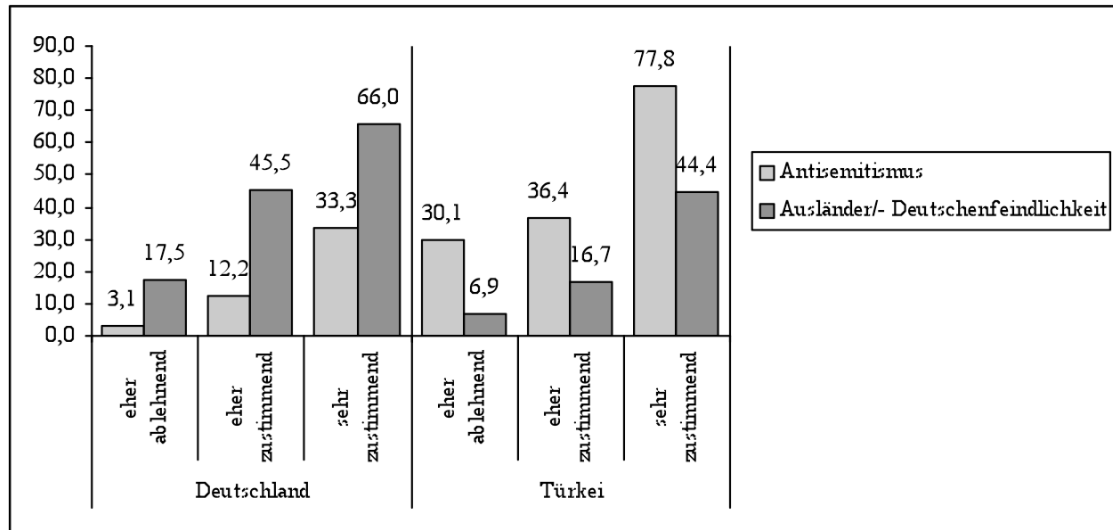


Ein zentraler Bedingungsfaktor autoritärer Einstellungen ist das Bildungsniveau: Je höher die Bildung eines Befragten ausfällt, umso seltener stimmt er diesen Ansichten zu. Bei Hauptschülern beträgt die Quote (eher) zustimmender Befragter 32,1 % (davon 9,7 % sehr zustimmend), bei Gymnasiasten nur 19,5 % (3,2 % sehr zustimmend). Ein solch protektiver Einfluss der Bildung ist bei fast allen ethnischen Gruppen festzustellen. Es zeigt sich zudem ein Zusammenhang zwischen der Erfahrung elterlicher Gewalt und dem Autoritarismus, wobei dieser weniger eng ausfällt als der Zusammenhang mit dem Bildungsniveau: Schüler, die in ihrer Kindheit keine elterliche Gewalt erfahren, stimmen autoritären Einstellungen zu 22,4 % (eher) zu (davon 4,9 % sehr zustimmend); Schüler mit schweren elterlichen Gewalterfahrungen stimmen zu 28,6 % (eher) zu (davon 8,9 % sehr zustimmend).

Die negativen Folgen autoritärer Einstellungen lassen sich mit den Daten der Berliner Schülerbefragung recht eindrucksvoll bestätigen. So ergibt sich ein enger Zusammenhang zwischen autoritären Einstellungen und antisemitischen bzw. ausländerfeindlichen Einstellungen: Nicht autoritäre Befragte halten nur zu 8,5 % antisemitische Einstellungen aufrecht, sehr autoritäre Befragte hingegen zu 48,8 %; nicht autoritäre Befragte sind nur zu 4,1 % sehr ausländerfeindlich, sehr autoritäre Befragte zu 30,0 %. Die Zusammenhänge finden sich dabei für deutsche Befragte ebenso wie für Befragte mit Migrationshintergrund. Bei allen ethnischen Gruppen zeigt sich eine positive Korrelation zwischen dem Autoritarismus und dem Antisemitismus. Da Ausländerfeindlichkeit nicht bei Migrantengruppen erfasst wurde, kann als alternatives Maß die Deutschenfeindlichkeit (siehe nächster Abschnitt) herangezogen werden; auch dabei ergeben sich für fast alle Migrantengruppen positive Zusammenhänge mit dem Autoritarismus (je autoritärer eingestellt, umso deutschfeindlicher). Abbildung 6.13 veranschaulicht dies für die größte Mi-

grantengruppe, die türkischen Jugendlichen: Die sehr autoritär eingestellten türkischen Jugendlichen erweisen sich als besonders antisemitisch wie deutschenfeindlich, ebenso wie die sehr autoritär eingestellten deutschen Jugendlichen besonders häufig antisemitisch und ausländerfeindlich eingestellt sind.

Abbildung 6.13: Zustimmung zu antisemitischen bzw. ausländerfeindlichen/deutschenfeindlichen Einstellungen nach Autoritarismus und Migrationshintergrund (in %; gewichtete Daten; ohne Förderschüler)



6.4. Fremdenfeindlichkeit bei Migrant*innenjugendlichen

Migranten werden nicht nur Opfer von verbalen und physischen Übergriffen deutscher Jugendlicher; sie treten auch als Täter von auf Deutsche gerichteten Taten in Erscheinung. In jüngster Zeit wird hierbei in Anlehnung an den Terminus der Ausländerfeindlichkeit von der Deutschenfeindlichkeit gesprochen; auch im Folgenden soll dieser Begriff trotz einer fehlenden Übereinkunft, was genau darunter zu verstehen ist, verwendet werden. Zur Deutschenfeindlichkeit, aber auch zur Feindlichkeit gegenüber anderen Bevölkerungsgruppen existieren in Deutschland in Bezug auf Migranten bislang kaum Studien bzw. verlässliche Zahlen. In der deutschlandweiten Schülerbefragung 2007/2008 haben wir erstmals einige Indikatoren erhoben, die auf ein deutschenfeindliches Verhalten schließen lassen. In der Schülerbefragung in Berlin wurden zusätzlich deutschenfeindliche Einstellungen sowie feindliche Einstellungen anderen Bevölkerungsgruppen gegenüber erfasst.

In Tabelle 6.13 sind verschiedene Aussagen aufgeführt, die mit denen deutschenfeindliche Einstellungen gemessen werden sollten. Die Skala wurde in dieser Form vom KFN entwickelt, d.h. es konnte nicht auf ein etabliertes Instrument zurückgegriffen werden. Den einzelnen Aussagen konnte von „1 – stimmt nicht“ bis „4 – stimmt genau“ zugestimmt werden; die Werte 3 und 4 werden als Zustimmung gewertet. Allen Aussagen wird nur von einem kleineren Teil der Migranten zugestimmt. Die höchste Zustimmung erhielt die Aussage, dass sich die Deutschen aus den Angelegenheiten der Leute der eigenen Herkunft raushalten sollten (26,4 %). Am seltensten meinten die Befragten, dass die Deutschen aus Nachbarschaft und Schule verschwinden sollten bzw. dass man sich von den Deutschen fernhalten sollte (Zustimmung jeweils 5,3 %). Die Antworten der Schüler zu allen Aussagen korrelieren sehr hoch miteinander, was in dem Cron-

bachs-Alpha-Wert von .91 zum Ausdruck kommt. Dies lässt es richtig erscheinen, die Antworten zu einer Mittelwertsskala zusammenzufassen. Der Mittelwert dieser Skala beträgt 1,54. Dies lässt sich in einen Prozentanteil übersetzen: Werden jene Befragte zusammengefasst, die einen Wert von über 2,5 erzielt haben, d.h. mehr Aussagen zugestimmt als abgelehnt haben, dann umfasst diese Gruppe einen Anteil von 7,8 %. Insofern weist etwa jeder 13. Migrant des Berlins deutschenfeindliche Einstellungen auf.³⁷

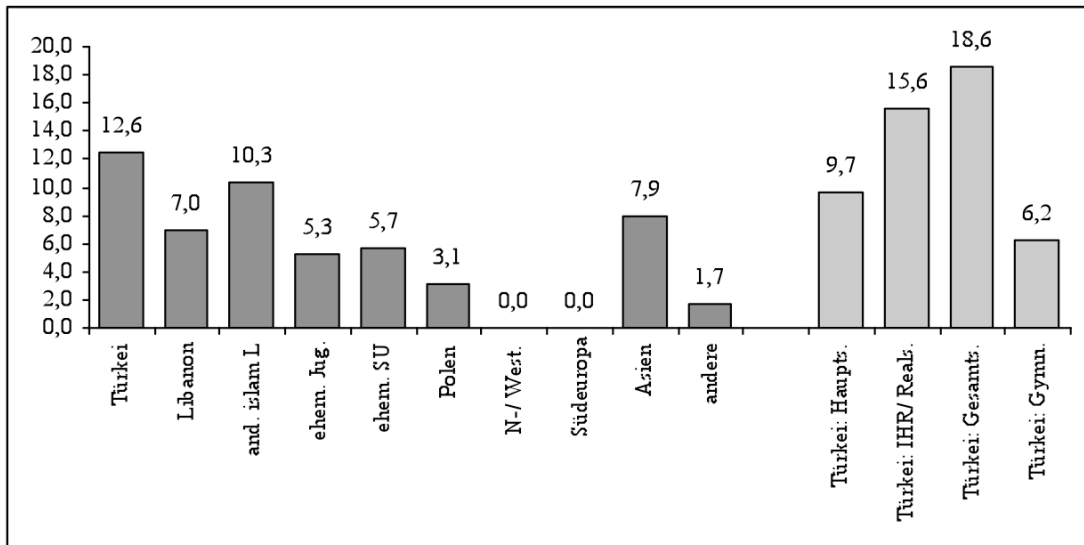
Tabelle 6.13: Skala Deutschenfeindlichkeit (Mittelwerte; gewichtete Daten; ohne Förderschüler; nur Befragte, die Fragebogenmodul zur Integration ausgefüllt haben)

	Zustimmung in %	Mittelwert
Deutsche Männer sollten sich von Frauen unserer Herkunft fernhalten.	18,5	1.66
Die Deutschen sollten sich aus den Angelegenheiten der Leute meiner Herkunft raushalten.	26,4	1.86
Die Deutschen wollen die Leute meiner Herkunft nur ausnutzen.	14,4	1.57
Die Deutschen haben keine Kultur.	15,5	1.59
Die Deutschen sind weniger wert als die Leute meiner Herkunft.*	10,7	1.44
Von den Deutschen sollte man sich fernhalten.*	5,3	1.30
Deutsche sind ungläubig.*	14,9	1.53
Leute meiner Herkunft hassen Deutsche.*	9,6	1.46
Mir wäre am liebsten, wenn alle Deutschen aus meiner Nachbarschaft und Schule verschwinden würden.*	5,3	1.27
Deutsche sind mir egal.	18,7	1.63
Cronbachs Alpha	-	.91

Zwischen den verschiedenen Migrantengruppen Berlins existieren signifikante Unterschiede hinsichtlich des Anteils deutschenfeindlich eingestellter Jugendlicher. Türkische Jugendliche und Jugendliche aus anderen islamischen Ländern sind zu 12,6 bzw. 10,3 % als deutschenfeindlich einzustufen (Abbildung 6.14), Jugendliche mit süd-, west- oder nordeuropäischem Hintergrund hingegen gar nicht. Für die größte Migrantengruppe, die türkischen Befragten, können auch Auswertungen getrennt für die verschiedenen Schulformen präsentiert werden. Dabei zeigt sich, dass nicht etwa die türkischen Hauptschüler am deutschenfeindlichsten eingestellt sind, sondern die türkischen Gesamtschüler: 18,6 % dieser Schüler sind als deutschenfeindlich einzustufen, während dies nur für 9,7 % der türkischen Hauptschüler und 6,2 % der türkischen Gymnasiasten gilt. Zugleich kann bei türkischen Befragten auch eine Differenzierung nach dem Geschlecht vorgenommen werden, bei den meisten anderen Gruppen fallen dabei die Fallzahlen unter 20, so dass eine geschlechtsbezogene Betrachtung nicht sinnvoll ist. Türkische Jungen erweisen sich zu 14,4 % als deutschenfeindlich, türkische Mädchen zu 10,7 %.

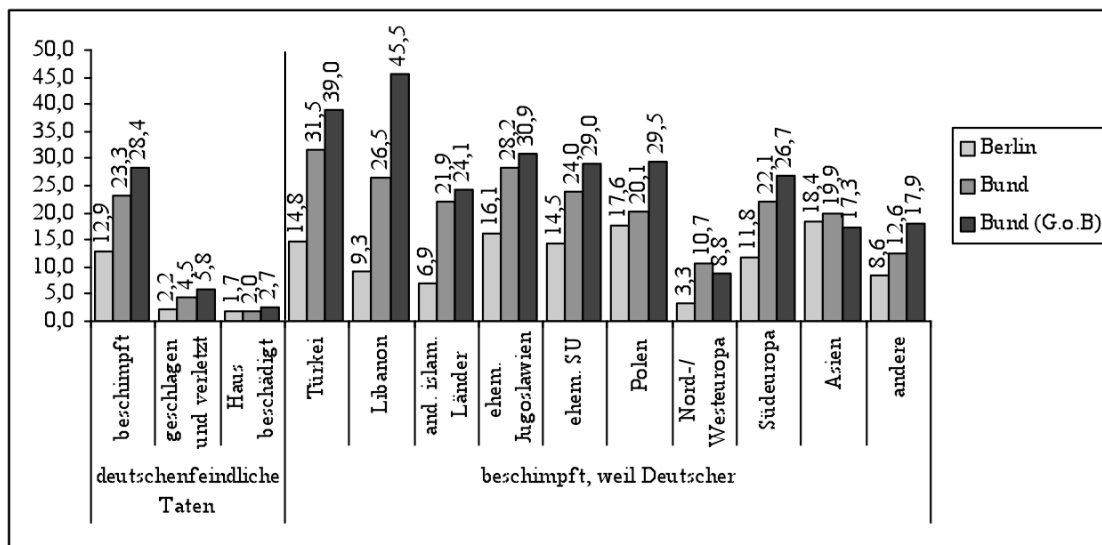
³⁷ Werden nicht die gesamten zehn Items, sondern nur jene fünf Items in die Auswertungen einbezogen, die besonders pointiert formuliert sind (in Tabelle 6.13 durch „*“ kenntlich gemacht, so beträgt der Anteil an Jugendlichen mit deutschenfeindlichen Einstellungen 5,7 %. Auch bei solch einer veränderten Messung wird der höchste Anteil deutschenfeindlich eingestellter Jugendlicher bei den türkischen Befragten, der niedrigste bei nord-/westeuropäischen Befragten gemessen.

Abbildung 6.14: Anteil Befragte mit deutschenfeindlichen Einstellungen nach Migrationshintergrund (in %; gewichtete Daten; nur Befragte, die Fragebogenmodul zur Integration ausgefüllt haben)



Die Deutschenfeindlichkeit kann sich auch in spezifischen Verhaltensweisen niederschlagen. Zu drei Verhaltensweisen wollten wir wissen, ob die Jugendlichen mit Migrationshintergrund sie schon einmal in ihren bisherigen Leben ausgeführt haben: Beschimpfung („absichtlich jemanden beschimpft, weil er Deutscher war“), Körperverletzung („absichtlich jemanden stark geschlagen und verletzt, weil er Deutscher war“) und Sachbeschädigung („absichtlich ein von Deutschen bewohntes Haus beschädigt“). Diesbezüglich lassen sich auch wieder Vergleiche mit der bundesweiten Schülerbefragung 2007/2008 ziehen. Dabei zeigt sich, dass *in Berlin deutschenfeindliches Verhalten insbesondere in verbaler Form seltener ausgeführt wird als im Bundesgebiet* (Abbildung 6.15). Deutschenfeindliche Beschimpfungen haben in Berlin 12,9 % der Migranten ausgeführt, im Bund waren es 23,3 %, in bundesdeutschen Großstädten sogar 28,4 %. Körperverletzungen und Sachbeschädigungen kommen insgesamt nur sehr selten vor: In Berlin berichteten 2,2 bzw. 1,7 % der Jugendlichen davon, diese Verhaltensweisen ausgeführt zu haben, im Bund 4,5 und 2,0 %; in Großstädten liegen die Quoten noch etwas höher. Für diese beiden Verhaltensweisen können keine nach Herkunft differenzierten Auswertungen durchgeführt werden, weil die Prävalenzzahlen derart niedrig liegen. Eine nach Herkunft differenzierte Auswertung ist aber für die Beschimpfung möglich. Abbildung 6.15 zeigt, dass die asiatischen Jugendlichen in Berlin am häufigsten solche Beschimpfungen ausgeführt haben, die nord-/westeuropäischen Jugendlichen am seltensten. Im Vergleich mit dem Bund liegen alle Gruppen z.T. deutlich unterhalb des Referenzwertes; nur bei polnischen und asiatischen Jugendlichen werden fast die Quoten des Bunds erreicht.

Abbildung 6.15: Deutschenfeindliches Verhalten (in %; gewichtete Daten; nur Befragte, die Fragebogenmodul zur Integration ausgefüllt haben; ohne Förderschüler; G.o.B. Großstädte ohne Berlin)



Eine Feindlichkeit kann sich nun nicht nur gegen Deutsche, sondern auch gegen andere Bevölkerungsgruppen richten. Im Abschnitt zum Rechtsextremismus in diesem Bericht werden verschiedene Skalen zur Erfassung von Ausländer-, Muslim- und Judenfeindlichkeit vorgestellt, die bei deutschen Jugendlichen eingesetzt wurden. Mit Ausnahme der Antisemitismus-Skala konnten diese Skalen aufgrund ihres Umfangs nicht zusätzlich in den Fragebogen für Migranten integriert werden. Aus diesem Grund wurde nur danach gefragt, wie angenehm oder unangenehm die Migranten Nachbarn verschiedener nationaler Herkunft oder Glaubenszugehörigkeit finden würden; zusätzlich wurde nach homosexuellen Nachbarn gefragt. Auf diese Frage, die auch den Deutschen vorgelegt wurde (s.o.), konnte von „1 – sehr unangenehm“ bis „7 – sehr angenehm“ geantwortet werden, wobei die Antworten 5 bis 7 wiederum zu „eher angenehm“ zusammengefasst werden.

Tabelle 6.14 bestätigt zunächst die Homophilie-These, d.h. *die verschiedenen ethnischen Gruppen präferieren am stärksten Nachbarn derselben ethnischen Herkunft*. So erachten türkische Befragte türkische Nachbarn am häufigsten als eher angenehm, libanesischen Befragte arabische Nachbarn usw. Der Effekt der Bevorzugung der eigenen ethnischen Gruppe scheint bei den muslimischen Migrantengruppen (türkisch, libanesisch, andere islamisch) stärker ausgeprägt zu sein als bei den anderen Gruppen, bei denen häufiger die deutschen Nachbarn die besten Bewertungen erhalten. Befragte mit nicht muslimischem Hintergrund stehen hingegen den muslimischen Nachbarn (Araber, Türken, Moslems) kritisch gegenüber. Über verschiedene Migrantengruppen hinweg zeigt sich zudem eine recht deutliche Ablehnung von Homosexuellen. Die Ausnahme bilden hier nord-/westeuropäische und polnische Befragte. In der Gruppe der muslimischen Schüler werden zudem jüdische Nachbarn besonders selten als angenehm eingestuft.³⁸

³⁸ Mit Ausnahme der südeuropäischen Befragten gilt für alle Migrantengruppen, dass die Einschätzung zu deutschen Nachbarn mit der Deutschenfeindlichkeit derart korreliert, dass die Einstufung von deutschen Nachbarn als unangenehm mit höheren Deutschenfeindlichkeitswerten einher geht. Dies stellt noch einmal eine Validierung der Deutschenfeindlichkeitsskala dar.

Tabelle 6.14: Ausmaß der Befürwortung verschiedener Gruppen als Nachbar (in %; gewichtete Daten; nur Befragte, die Fragebogenmodul zur Integration ausgefüllt haben)

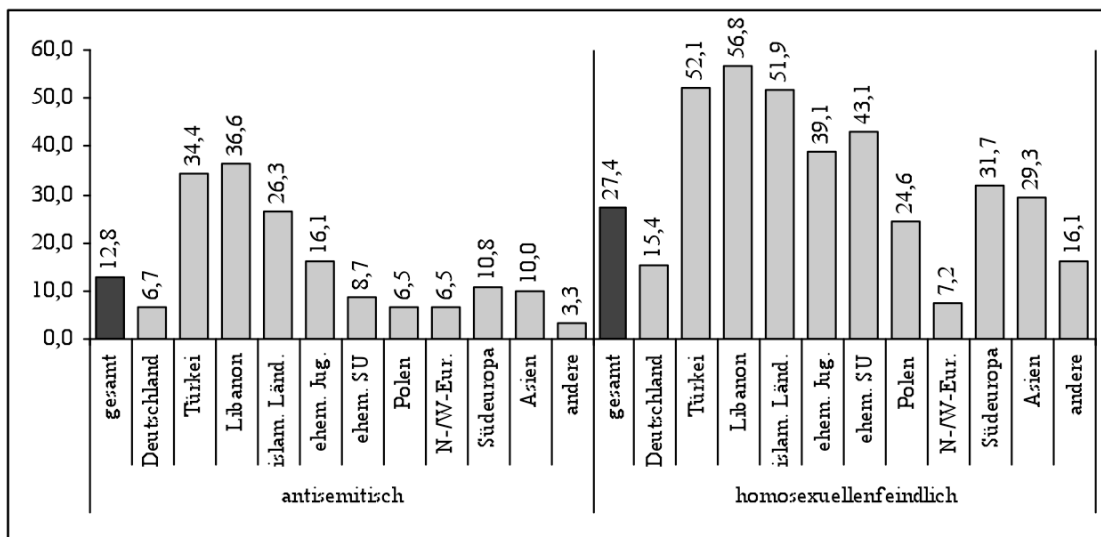
	Araber	Aussiedler aus Osteuropa	Christen	Deutsche	Dunkelhäutige	Homosexuelle	Italiener	Juden	ehem. Jugoslawen	Moslems	Polen	Schweden	Sinti/Roma	Türken
Türkei	38,3	29,3	41,0	57,0	54,7	<u>16,9</u>	46,8	22,5	36,5	77,7	36,4	37,8	35,7	79,8
Libanon	79,5	59,5	55,8	63,4	53,8	<u>19,5</u>	62,5	<u>19,5</u>	40,0	70,7	53,7	68,3	48,8	64,3
islam. Länd.	67,2	45,5	53,7	64,9	67,3	28,1	57,1	<u>27,8</u>	46,4	75,0	47,3	53,6	38,5	58,2
ehem. Jug.	47,4	36,4	47,3	55,6	55,6	<u>35,8</u>	57,4	43,6	72,4	64,3	52,7	54,7	38,2	58,9
ehem. SU	<u>27,1</u>	43,5	49,3	66,7	59,4	29,4	53,6	52,9	44,1	39,1	48,5	53,6	40,3	37,1
Polen	<u>35,5</u>	53,3	69,0	73,3	71,0	50,0	60,0	41,9	43,3	51,6	83,9	56,7	40,7	46,9
N-/W-Eur.	46,7	<u>39,3</u>	64,3	75,9	70,0	60,0	62,1	56,7	44,8	48,3	50,0	63,3	48,3	53,3
Südeuropa	<u>27,0</u>	41,7	62,2	78,4	66,7	30,6	78,4	35,1	37,8	36,1	40,5	64,9	50,0	31,4
Asien	30,8	34,2	65,8	67,6	59,5	<u>28,2</u>	51,3	34,2	33,3	38,5	42,1	44,7	33,3	38,5
andere	<u>25,9</u>	36,2	60,3	65,5	62,1	48,3	64,3	52,6	35,1	36,4	49,1	52,6	34,5	35,7

fett: höchster Wert, unterstrichen: niedrigster Wert

Bei verschiedenen ethnischen Gruppen deutet sich damit eine Feindschaft gegenüber Juden und Homosexuellen an. Um diese Feindschaft noch besser sichtbar zu machen, wurden zwei Skalen zur Erfassung der Homophobie und des Antisemitismus bei allen Gruppen eingesetzt. Der Antisemitismus wurde über die bereits aus dem Abschnitt zum Rechtsextremismus bekannten Aussagen erhoben („Ich finde es schrecklich, dass so viele Verbrechen an den Juden begangen worden sind.“, „Juden haben auf der Welt zu viel Einfluss.“, „Durch ihr Verhalten sind die Juden an ihren Verfolgungen nicht ganz unschuldig.“). Diesen Aussagen konnten die Befragten auf einer Skala von „1 – stimmt nicht“ bis „7 – stimmt genau“ zustimmen. Aus den Antworten zu den drei Aussagen wurde der Mittelwert gebildet. Befragte mit einem Mittelwert über 4,00 werden als (eher) antisemitisch eingestuft.

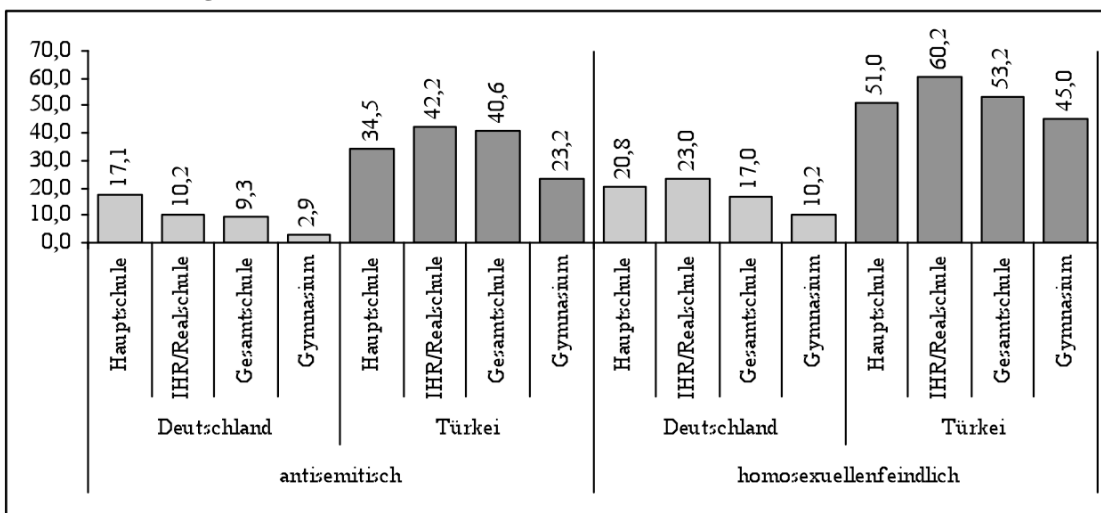
Bei der Erfassung der Einstellungen zur Homosexualität kamen folgende drei Items zum Einsatz: „Ehen zwischen zwei Frauen bzw. zwei Männern sollten erlaubt sein.“, „Es ist ekelhaft, wenn sich Homosexuelle in der Öffentlichkeit küssen.“, „Homosexualität ist etwas Schlechtes.“ Hier standen den Befragten Antwortoptionen von „1 – stimmt nicht“ bis „4 – stimmt genau“ zur Verfügung. Erneut wurde aus allen Antworten der Mittelwert gebildet; Befragte mit Mittelwerten über 2,5 werden als homosexuellenfeindlich eingestuft. In Abbildung 6.16 sind die Anteile an feindlich eingestellten Personen nach Migrationshintergrund der Befragten aufgeführt, wobei vergleichend auch die deutschen Befragten einbezogen werden. *Insgesamt 12,8 % der Jugendlichen Berlins sind antisemitisch, 27,4 % homosexuellenfeindlich eingestellt.* Vergleiche zum Bund sind bei diesen Einstellungen nicht möglich, weil im Bund keine entsprechende Abfrage bei Migranten erfolgte bzw. weil die Homophobie nicht erfragt wurde. In Bezug auf den Antisemitismus ergeben sich für muslimische Jugendliche deutlich höhere Werte als für andere Befragtengruppen. Libanesischen Jugendlichen äußern sich bspw. zu 36,6 % als judenfeindlich. Diese Jugendlichen weisen gleichzeitig die höchste Homosexuellenfeindlichkeit auf (56,8 %). Neben den muslimischen Jugendlichen ergeben sich aber auch bei anderen Migrantengruppen erhöhte Werte. Deutsche Jugendliche weisen bei beiden Einstellungen unterdurchschnittliche Quoten auf; gleichzeitig gibt es noch mindestens eine weitere Gruppe, die geringere Zustimmungswerte aufweist.

Abbildung 6.16: Anteil Befragte mit antisemitischen/homosexuellenfeindlichen Einstellungen nach Migrationshintergrund (in %; gewichtete Daten; ohne Förderschüler)



Bezüglich beider Einstellungen findet sich ein Bildungseffekt derart, dass Befragte aus Gymnasien seltener antisemitisch und homosexuellenfeindlich eingestellt sind als Befragte anderer Schulformen (Abbildung 6.17). Dieser Bildungseffekt ist aber erstens bei deutschen Befragten stärker ausgeprägt als bei türkischen Befragten – für andere Migrantengruppen ist eine differenzierte Darstellung aufgrund der geringen Fallzahlen nicht möglich. Zweitens fällt der Bildungseffekt hinsichtlich des Antisemitismus stärker aus als hinsichtlich der Homosexuellenfeindlichkeit.

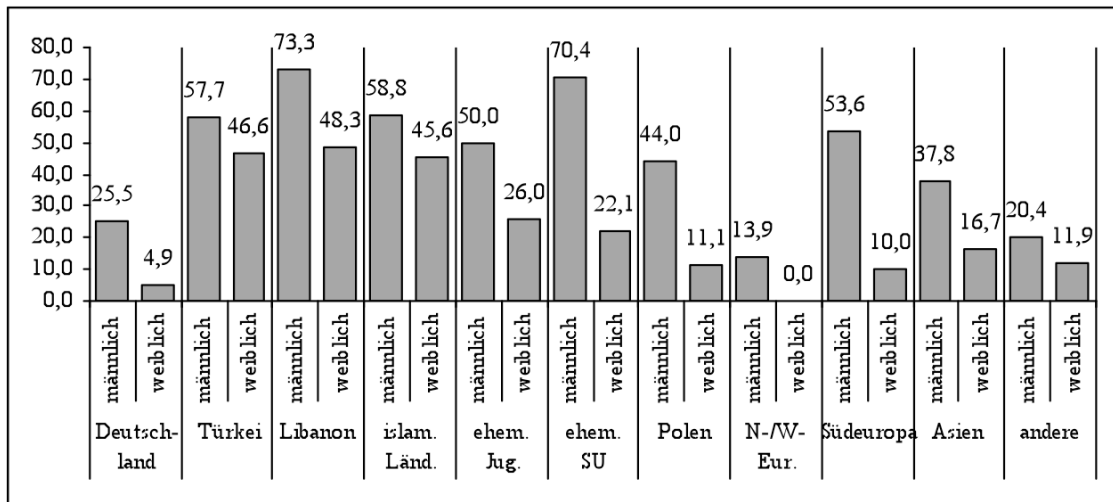
Abbildung 6.17: Anteil Befragte mit antisemitischen/homosexuellenfeindlichen Einstellungen nach Schulform (in %; gewichtete Daten; ohne Förderschüler)



Eine nach dem Geschlecht differenzierte Analyse zeigt für deutsche Befragte, dass weibliche Jugendliche seltener antisemitisch eingestellt sind als männliche Jugendliche. Für türkische Mädchen findet sich ebenfalls, dass sie deutlich seltener antisemitisch eingestellt sind als türkische Jungen (26,9 zu 41,1 %). Für andere Migrantengruppen ist eine nach dem Geschlecht differenzierende Betrachtung des Antisemitismus aufgrund begrenzter Fallzahlen nicht sinnvoll; die Skala zum Antisemitismus befand sich im Modulfragebogen, der nur von einem Teil der

Befragten ausgefüllt wurde. Für die Homosexuellenfeindlichkeit ist demgegenüber eine nach dem Geschlecht und der ethnischen Herkunft differenzierende Darstellung möglich, da die Skala allen Befragten mit Ausnahme der Förderschüler zur Beantwortung vorgelegt wurde. Abbildung 6.18 belegt, dass in allen ethnischen Gruppen ein deutliches Gefälle zwischen den Zustimmungswerten männlicher und weiblicher Schüler besteht. Männliche Befragte weisen durchweg einen höheren Anteil homosexuellenfeindlich eingestellter Jugendlicher auf. Besonders große Diskrepanzen zwischen den Geschlechtern finden sich bei deutschen, südeuropäischen und nord-/westeuropäischen Befragten. Eher gering fallen die Abstände zwischen Jungen und Mädchen hingegen bei türkischen Jugendlichen sowie Jugendlichen aus anderen islamischen Ländern aus.

Abbildung 6.18: Anteil Befragte mit homosexuellenfeindlichen Einstellungen nach Schulform (in %; gewichtete Daten; ohne Förderschüler)



Die Migrantenjugendlichen wurden zuletzt auch danach gefragt, ob sie in rechten Vereinigungen (z.B. Graue Wölfe) oder anderen rechten Cliques bzw. Gruppen Mitglied sind. Dies bejahten 4,3 (rechte Vereinigung) bzw. 4,2 % (rechte Clique/Gruppe) der Migranten. Die Mitgliedschaft in rechten Vereinigungen ist dabei unter türkischen Jugendlichen am verbreitetsten: 10,5 % der türkischen Jugendlichen gaben dies an; bei den anderen Gruppen beträgt der Anteil zwischen 0,0 und 5,6 %. Die Zugehörigkeit zu rechten Cliques bzw. Gruppen findet sich am häufigsten bei südeuropäischen Jugendlichen (11,4 %). Der Anteil bei den anderen Gruppen schwankt hier zwischen 0,0 und 7,7 %.

7. Ergebnisse der Zusatzbefragungen

7.1. Am Befragungstag schwänzende Schüler

In der Planungsphase des Projekts wurde davon ausgegangen, dass es in Berlin einen nicht zu vernachlässigenden Anteil an Schülern gibt, die grundsätzlich die neunte Jahrgangsstufe besuchen müssten, die durch das herkömmliche Vorgehen der Schülerbefragungen zugleich aber nicht erreicht werden. Zwei Gruppen sind diesbezüglich besonders hervorzuheben: intensive Schulschwänzer und vorzeitige Schulabbrecher. Für eine Schätzung der Häufigkeit des Vorkommens verschiedener delinquenter Taten (und deren Bedingungsfaktoren) ist der Ausfall dieser beiden Gruppen problematisch, weil der Ausfall höchstwahrscheinlich selektiv ist; d.h. nicht alle Schüler unterliegen gleichermaßen dem Risiko des Schwänzens oder des vorzeitigen Schulabbruchs. Es handelt sich vielmehr um Schüler, die mit den schulischen Leistungsanforderungen nicht zurecht kommen und die u.a. deshalb eine geringere Bindung an die Schule aufweisen. Das Schwänzen wie der Schulabbruch sind insofern auch Indikatoren für eine mögliche delinquente Entwicklung. Studien unter Gefängnisinsassen konnten belegen, dass unter dieser spezifischen Population der Anteil an Personen ohne Abschluss bzw. an Personen, die während ihrer Schulzeit die Schule geschwänzt haben, deutlich erhöht ist (u.a. Enzmann/Greve 2001). Es wurde deshalb nach einem Weg gesucht, diese Schüler in die Berliner Schülerbefragung einzu beziehen.

Da es bislang noch keine erprobte Methode gab, diese Schüler zu erreichen, wurde folgendes Vorgehen versucht: Die Testleiter, die am Befragungstag die Klasse zur Befragung aufsuchten und sich dabei mehrheitlich mit dem Klassenlehrer trafen, sollten diesen bitten, erstens einzuschätzen, welche der normalerweise die Klasse besuchenden Schüler zur Befragung nicht anwesend waren, weil sie die Schule schwänzten. Zu solch einer Einschätzung dürften die Lehrkräfte durchaus fähig sein. Zweitens sollten die Lehrkräfte mitteilen, ob es Schüler in der Klasse gegeben hat, die bereits im Jahr vor der Befragung die Schule verlassen haben. Entscheidender Punkt war, dass die Testleiter die Klassenlehrer bzw. die Schuldirektoren darum bitten sollten, Kontaktdaten für die benannten Schüler zur Verfügung zu stellen. Dabei sollte es sich bestenfalls um die Telefonnummern handeln. Mittels dieser Daten sollten die Testleiter Termine für persönliche Befragungen mit den benannten Schülern ausmachen; d.h. sie sollten sich an einem öffentlichen Ort mit diesen Schülern treffen, den Schülern einen Fragebogen aushändigen und solange bei dem Schüler bleiben, bis dieser den Fragebogen ausgefüllt hatte. Zum Einsatz sollte dabei der 20seitige Kurzfragebogen kommen. Als Entschädigung für ihren Aufwand sollten die Schüler 10 Euro erhalten. Dieses Vorgehen war mit den zuständigen Stellen in Berlin abgeklärt; es beinhaltet insofern auch keine datenschutzrechtlichen Probleme, weil die Testleiter bspw. die Kontaktdaten nach erfolgter Kontaktaufnahme (und unabhängig davon, ob diese zum Erfolg im Sinne einer Terminvereinbarung führte oder nicht) vernichten sollten.

Dieses Vorgehen hatte letztlich zwei Nachteile: Erstens scheint es für Lehrkräfte schwierig zu sein, Schüler zu benennen, die bereits vor ca. einem Jahr die Schule verlassen haben. Wie in Abschnitt 3 dieses Berichts ausgeführt, wurden insgesamt nur 13 vorzeitige Schulabbrecher benannt, nur drei davon in Hauptschulen. Bei 4.379 Schülern in der Stichprobe scheint ein Anteil von 0,3 % vorzeitigen Abbrechern etwas gering. Auf ganz Berlin hochgerechnet würde dies

bedeuten, dass nur ca. 80 Schüler vor Erreichen der neunten Jahrgangsstufe die Schule verlassen würden. Der zweite Nachteil war, dass die Schulen häufig keine Kontaktdaten zur Verfügung gestellt haben. Zentrales Argument dabei war, dass damit die Anonymität der Befragten aufgehoben wäre; zudem würden die Schulen ohne Erlaubnis der Schüler bzw. der Erziehungsberechtigten entsprechende Informationen weitergeben. Diese Zurückhaltung der Schulen hatte zur Folge, dass letztlich nur wenige Kontaktversuche unternommen werden konnten.

Von den 13 benannten Schülern, die vorzeitig die Schule verlassen haben, konnte kein einziger Schüler für eine persönliche Befragung gewonnen werden. Von den 136 als Schwänzer eingestuften Schülern haben 20 an einer solchen Nachbefragung teilgenommen, was einem Rücklauf von 14,7 % entspricht. Da insgesamt nur wenig Schüler erreicht wurden, wurde entschieden, diese nicht in die Prävalenzschätzungen zu Berlin einzubeziehen. Stattdessen sollen an dieser Stelle einige ausgewählte Befunde der Befragung dieser 20 als Schulschwänzer eingestuften Schüler berichtet werden; z.T. wird dabei ein Vergleich mit der Stichprobe der 3.085 Schüler gezogen, die in den vorangegangenen Abschnitten für Auswertungen herangezogen wurden.

Von den 20 von den Lehrkräften als Schulschwänzer eingestuften Schülern meinten nur 15, dass diese Einstufung richtig war, fünf gaben andere Gründe für ihr Fehlen an; insofern liegen die Lehrkräfte nur in 75 % der Fälle mit ihrer Einschätzung richtig. Drei der fünf Schüler gaben an, dass sie letztlich doch eine Entschuldigung vorweisen konnten, ein Schüler war krank, ein Schüler konnte sich nicht mehr genau an den Grund des Fehlens erinnern. Um die Besonderheiten der schwänzenden Schüler zu ermitteln, erscheint es daher richtig, sich auf die 15 Schüler zu konzentrieren, die auch selbst meinten, dass sie am Befragungstag geschwänzt haben. Sieben dieser Schüler besuchten eine Hauptschule, einer eine Realschule, vier eine Gesamtschule und drei ein Gymnasium. Die Anteile entsprechen damit nicht der Verteilung in der Grundgesamtheit; insbesondere der Anteil an Hauptschülern ist deutlich erhöht. Nichtsdestotrotz finden sich Schüler aller Schulformen unter den 15 Schulschwänzern.

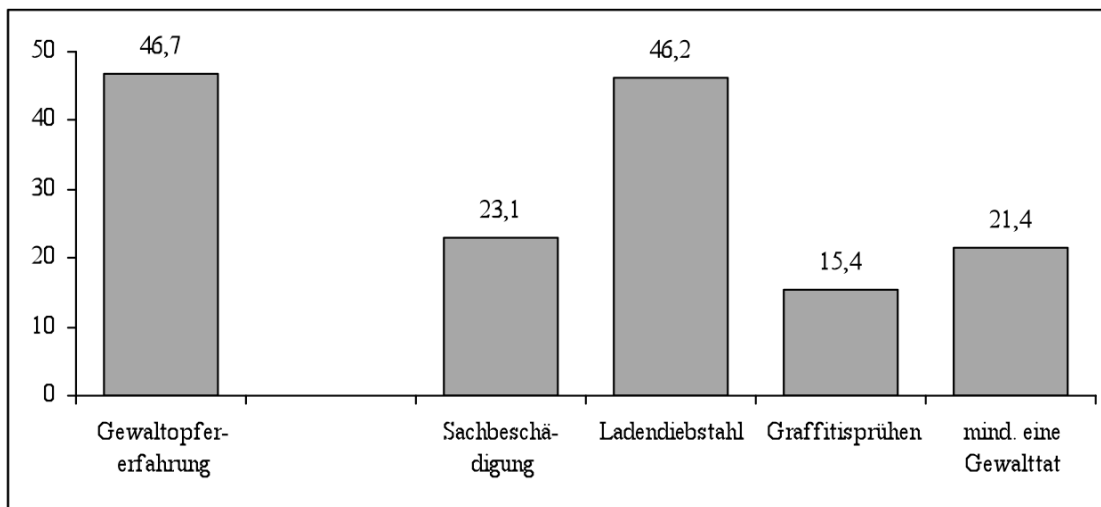
Von diesen Schülern haben 80,0 % ein männliches Geschlecht³⁹, 66,7 % weisen einen Migrationshintergrund auf, 53,3 % leben nicht mit beiden leiblichen Elternteilen zusammen und 21,4 % leben in Familien, die staatliche Transferleistungen erhalten. Im Vergleich zur Hauptbefragung der 3.085 Neuntklässler *sind damit in erster Linie der Anteil männlicher Jugendlicher und der Anteil an Jugendlichen mit Migrationshintergrund unter den Schulschwänzern erhöht*. Vor dem Hintergrund der Ergebnisse zum Schulschwänzen (vgl. Abschnitt 5.8.) überrascht dieser Befund nicht, da sich gezeigt hatte, dass die Mehrfachschwänzer deutlich häufiger Jungen sind bzw. einen Migrationshintergrund aufweisen. Die Befunde der verschiedenen Befragungen decken sich also zu einem gewissen Teil, was die Verlässlichkeit der Angaben der Schüler der Hauptbefragung unterstreicht.

In Abbildung 7.1 ist die Gewaltopferquote der Schulschwänzer abgebildet. Fast die Hälfte der Jugendlichen gab an, dass sie in den zurückliegenden zwölf Monaten mindestens eine Körperverletzung, einen Raub usw. erlebt haben. Auch wenn aufgrund der geringen Fallzahlen Vorsicht angebracht ist, immerhin macht jeder Schulschwänzer einen Anteil von 6,7 % der Stichprobe aus, kann dennoch gesagt werden, *dass die Gewaltbelastung dieser Gruppe überdurch-*

³⁹ Berichtet werden in diesem Abschnitt durchweg Ergebnisse ungewichteter Datenauswertungen.

schnittlich ausgeprägt ist. In Berlin berichteten 17,9 % davon, mindestens eine Gewalttat erlebt zu haben; auch wenn der Vergleich nur zu männlichen Jugendlichen gezogen wird, deren Opferquote in Berlin 21,6 % betragen hat, ergibt sich eine Höherbelastung. Gleiches gilt für die Täterquoten (ebenfalls Abbildung 7.1). Nur beim Graffiti-sprühen wird eine Prävalenzrate ausgewiesen, die der männlicher Befragter der Berliner Hauptstichprobe entspricht. Die Raten bei der Sachbeschädigung und beim Gewaltverhalten liegen etwa 1,4mal über den Raten männlicher Berliner Jugendlichen, die Rate beim Ladendiebstahl liegt sogar dreimal so hoch. Schulschwänzer sind demnach tatsächlich eine delinquentere Gruppe, wobei dies vor allem auf den Ladendiebstahl zutrifft.

Abbildung 7.1: Opfer- und Täterraten in den letzten 12 Monaten (in %)

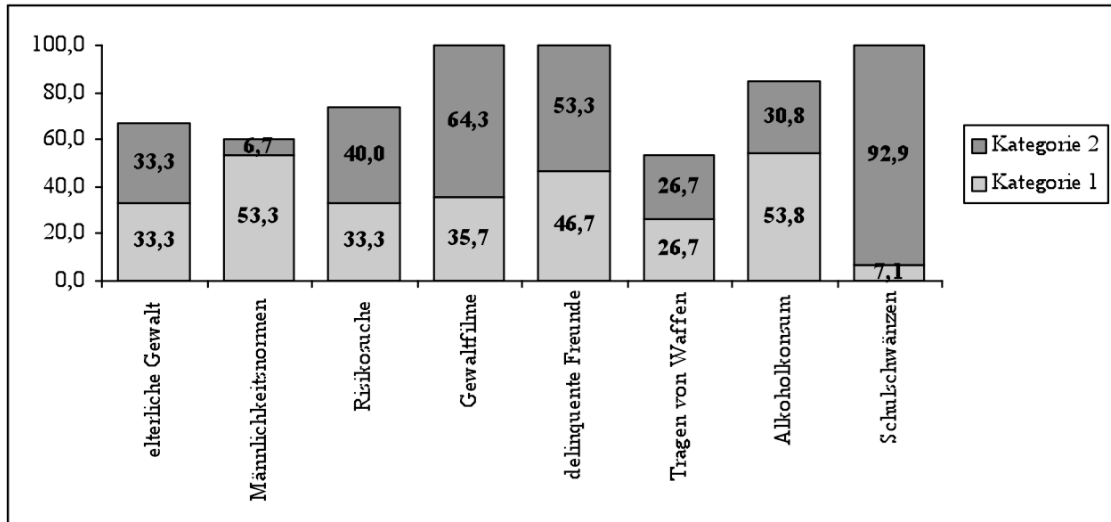


Weitere Befunde zu den wichtigsten Bedingungsfaktoren der Jugendgewalt sind in Abbildung 7.2 festgehalten. Dabei werden für jeden Bedingungsfaktor zwei Anteile ausgewiesen, die nur mit „Kategorie 1“ und „Kategorie 2“ gekennzeichnet sind. Diese Begriffe wurden gewählt, weil die Bezeichnungen bei fast allen Bedingungsfaktoren anders lauten würden. Bei der elterlichen Gewalt ist „Kategorie 1“ die „leichte Gewalt“, „Kategorie 2“ die „schwere Gewalt“, bei den Männlichkeitsnormen und der Risikosuche „teilweise zustimmend“ und „zustimmend“.⁴⁰ Bei allen Bedingungsfaktoren weisen Schulschwänzer einen höheren Anteil an belasteten Schülern auf als Jugendliche der Hauptstichprobe. Besonders deutlich wird dies bei den Gewaltfilmen, den delinquenten Freunden und dem Schulschwänzen. Alle Schulschwänzer sehen zumindest selten Gewaltfilme, haben Kontakt zu mindestens einem delinquenten Freund und gehören zumindest zu den seltenen Schulschwänzern. Gerade der letzte Befund unterstreicht einmal mehr die Verlässlichkeit der Angaben der Jugendlichen. Bei der elterlichen Gewalt in der Kindheit ist im Vergleich zur Hauptbefragung vor allem der Anteil derer erhöht, die schwere Gewalt erfahren haben, bei den Männlichkeitsnormen der Anteil teilweise zustimmender Schwänzer, bei der Risikosuche der Anteil sehr zustimmender Schwänzer. Über 50 % der Schwänzer tragen zudem Waffen mit sich, über 30 % gehören zu den mindestens wöchentlichen Konsumenten von Alkohol. Auch bei diesen Faktoren fallen die Belastungen der Schwänzer deutlich höher aus als die

⁴⁰ Bei den anderen Faktoren lauten „Kategorie 1“ und „Kategorie 2“ folgendermaßen: Gewaltfilme „selten“ und „häufig“, delinquente Freunde „1 bis 5“ und „mehr als 5“, Tragen von Waffen „selten“ und „häufig“, Alkoholkonsum „selten“ und „häufig“, Schulschwänzen „unter 5 Tagen“ und „5 Tage und mehr“.

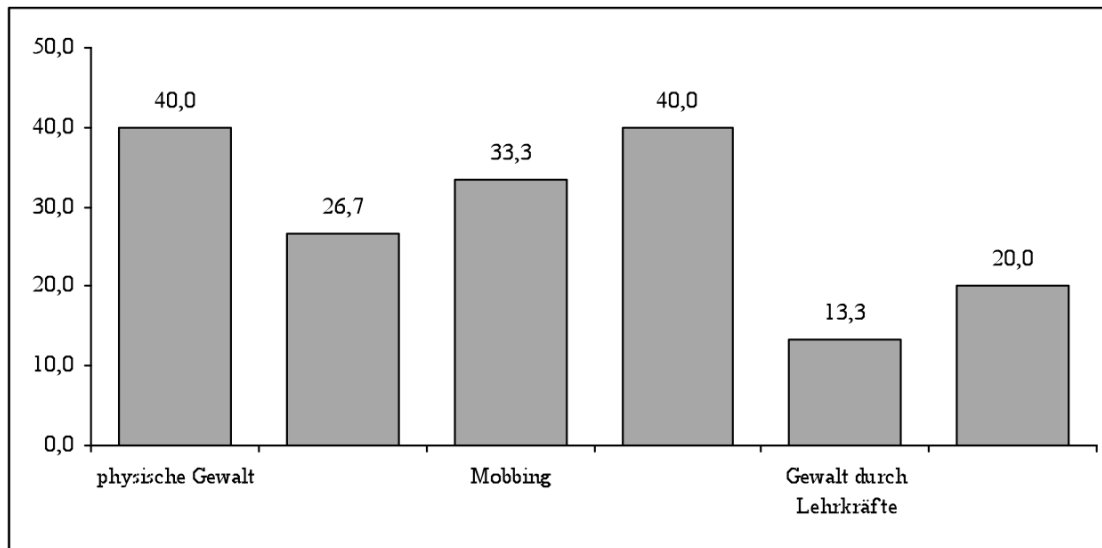
Belastungen der gewöhnlichen Berliner Neuntklässler. Vor dem Hintergrund dieser Belastungen überrascht fast etwas, dass die Delinquenzraten gerade im Bereich des Gewaltverhaltens letztlich nur moderat über dem Wert der Neuntklässler der Hauptstichprobe liegen.

Abbildung 7.2: Bedingungsfaktoren der Jugendgewalt (in %)



Der bei den Schulschwänzern eingesetzte Kurzfragebogen enthielt keine Fragen zur Einschätzung der Schule, zur Schulbindung u.ä. Das Verhältnis zur Schule lässt sich damit nicht beschreiben. Dass es sich um Schulschwänzer handelt, muss nicht grundsätzlich bedeuten, dass dieses Verhältnis gestört ist. Möglicherweise sind auch andere Gründe bspw. aus dem familiären Bereich für das Verhalten der Jugendlichen entscheidend. Die konkreten Gründe des Schwänzens wurden allerdings ebenfalls nicht erhoben. Die einzige schulbezogene Frage, die sich im Kurzfragebogen befand, war jene nach den Opfererfahrungen in der Schule im letzten Schulhalbjahr. Die Auswertungen hierzu (Abbildung 7.3) ergeben z.T. Besonderheiten der Schulschwänzer, z.T. aber auch nicht. Die Schulschwänzer berichten häufiger als andere Neuntklässler von physischen Gewalterfahrungen durch Mitschüler ebenso wie durch Lehrkräfte sowie häufiger von Sachbeschädigungen. Mobbingverhalten und Diebstahlsdelikte haben sie aber seltener erlebt. *Es scheint demnach nicht der Fall zu sein, dass die schwänzenden Schüler besonders häufig gemobbt werden und deshalb der Schule fern bleiben; vielmehr sind es die physischen Gewalterfahrungen, die sie häufiger erleben und sie möglicherweise verstärkt zum Schwänzen motivieren.* Dies sind allerdings nur erste Hinweise auf schulbezogene Gründe für das Schwänzen. Weitere Untersuchungen sind zu diesem Thema notwendig, insbesondere deshalb, weil in der hier vorgestellten Befragung schulbezogene Faktoren nicht berücksichtigt wurden.

Abbildung 7.3: Gewalterfahrungen in der Schule (in %)



Das Gesamtfazit aus den vorgestellten Auswertungen muss ebenfalls lauten, dass weitere Untersuchungen zu den Schulschwänzern und den Auswirkungen des Schulschwänzens auf die Ergebnisse von Schülerbefragungen notwendig sind. Eine Stichprobe von 15 Schulschwänzern erlaubt nur erste Ergebnisse, die anhand einer größeren Anzahl an Befragten überprüft werden müssen. In eine solche Untersuchung sollten die Schulen von Anfang an aktiv eingebunden sein, weil es letztlich nur mit Hilfe der Schulen möglich ist, an diese Schulschwänzer heranzutreten. Trotz der kleinen Fallzahl der Zusatzstudie in Berlin erlaubt sie dennoch die Schlussfolgerung, dass Schülerbefragungen, wie sie in der Vergangenheit in verschiedenen Gebieten Deutschlands durchgeführt wurden, aufgrund der Nicht-Berücksichtigung von Schulschwänzern höchstwahrscheinlich zu einer Unterschätzung von Prävalenzraten delinquenten Verhaltens führen. Der Anspruch, das Gesamtausmaß der Delinquenz und insofern auch das Dunkelfeld offen zu legen, dürfte bislang nicht vollständig eingelöst worden sein. Bei den am Befragungstag schwänzenden Schülern handelt es sich um durchschnittlich delinquentere Jugendliche; ihre flächendeckende Berücksichtigung in einer Befragung würde damit zu höheren Prävalenzraten führen. Diese höhere Belastung der Schwänzer steht mit höheren Belastungen im Bereich der Bedingungsfaktoren in Verbindung. Beachtenswert bei den hier untersuchten 15 Schwänzern ist, dass es keinen einzigen Befragten gab, der nicht Gewaltfilme konsumiert oder keine delinquenten Freunde hat. Aus der Perspektive der Prävention bzw. Intervention betrachtet unterstreichen die Befunde die Notwendigkeit eines engagierten Vorgehens gegen das Schulschwänzen.

7.2. Förderschüler mit anderem als dem Schwerpunkt Lernen

Neben den Schwänzern bzw. vorzeitigen Schulabbrechern sollte eine weitere Gruppe an Schülern in die Schülerbefragung Berlin einbezogen werden, die in bisherigen Studien dieser Art nicht berücksichtigt wurde: die Förderschüler mit einem anderen Schwerpunkt als dem Schwerpunkt Lernen. Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um körperlich und geistig behinderte Schüler. Zu den körperlich behinderten Schülern gehören dabei taube, stumme oder blinde Schüler ebenso wie Schüler mit anderer körperlicher Behinderung. Immerhin jeder 33. Berliner

Schüler gehört dieser Schülergruppe an. Ein repräsentatives Bild zur Gewaltbelastung wäre unvollständig, wenn diese Schüler nicht berücksichtigt werden würden.

Das zentrale Problem dieser Schülergruppe stellt die Befragbarkeit dar. Um die Methode nicht zu variieren und dadurch möglicherweise systematisch abweichende Ergebnisse zu erzeugen, wurde auch bei dieser Gruppe entschieden, eine schriftliche Befragung im Schulklassenkontext durchzuführen. Bereits bei der ersten Kontaktaufnahme mit den ausgewählten Schulen wurde uns nicht selten mitgeteilt, dass die Schüler aufgrund ihrer Behinderung eine schriftliche Befragung nicht bewältigen können. Auch eine Unterstützung durch mehrere Testleiter oder Lehrkräfte würde daran nichts ändern. Unklar bleibt, ob eine Änderung der Methode (z.B. Face-to-Face-Befragung) zielgruppenadäquat wäre und zu verlässlichen Ergebnissen führen könnte. Die Untersuchung von Viktimisierungen sowie delinquenten Verhaltensweisen bei Förderschülern mit anderem Schwerpunkt als dem Schwerpunkt Lernen hat insofern gerade erst begonnen; weitere methodenvergleichende Studien erscheinen geboten. Da an der hier berichteten Sonderstudie letztlich nur jene Klassen teilgenommen haben, deren Direktoren bzw. Klassenlehrer eine Befragungsdurchführung als möglich erachteten, ist es nicht ausgeschlossen, dass es sich um eine selektive Auswahl an Förderschülern handelt. Die Angaben werden deshalb nicht gemeinsam mit den Angaben der anderen Schüler ausgewertet, sondern in diesem Abschnitt separat vorgestellt.

Befragt wurden 82 Schüler in neun Klassen aus acht Schulen. Ursprünglich sollten insgesamt 29 Klassen in die Befragung aufgenommen werden. Der Rücklauf fällt mit 31,2 % bezogen auf die insgesamt 263 in diesen 29 Klassen unterrichteten Schüler im Vergleich aller Schulformen am geringsten aus. Das Risiko, dass es sich um eine selektive Stichprobe handelt, ist damit tatsächlich höher als bei den anderen Schulformen. Bei den befragten Schülern handelt es sich zu über 90 % um körperbehinderte Schüler; fünf Schüler besuchten eine Schule für geistig behinderte Schüler, zwei für emotional gestörte Schüler.

Wie aus Tabelle 7.1 hervor geht, haben 64,6 % der in den befragten Klassen unterrichteten Schüler ein männliches Geschlecht. Dies entspricht in etwa dem Anteil männlicher Schüler an Förderschulen mit dem Schwerpunkt Lernen sowie an Hauptschulen.⁴¹ Das Alter der Schüler ist mit 15,5 Jahren überdurchschnittlich und entspricht dabei ebenfalls eher den Werten von Förderschülern mit dem Schwerpunkt Lernen sowie den Hauptschülern als den Schülern an anderen Schulformen. Die gleiche Folgerung lässt sich mit Blick auf den Anteil an Schülern, deren Eltern staatliche Transferleistungen beziehen, sowie den Anteil an Schülern, die nicht mit beiden leiblichen Elternteilen zusammen leben, ableiten. Nur beim Migrationshintergrund gilt, dass an Förderschulen (unabhängig vom konkreten Schwerpunkt) deutlich weniger Migranten unterrichtet werden als an Hauptschulen und anderen Schulformen (Ausnahme: Gymnasium).⁴² *Die Förderschüler mit anderem Schwerpunkt entsprechen hinsichtlich ihrer sozio-demographischen Struktur damit weitestgehend den Förderschülern mit dem Schwerpunkt Lernen.* Dies ist etwas überraschend, handelt es sich doch um Schüler, die meist eine Form der Körperbehinderung

⁴¹ Unterschiede zu den Werten, die in den vorhergehenden Abschnitten berichtet wurden, ergeben sich dadurch, dass hier und im Folgenden Ergebnisse der ungewichteten Daten vorgestellt werden.

⁴² Dass der Migrantenanteil an Förderschulen unterdurchschnittlich ausfällt, könnte darauf zurückzuführen sein, dass Förderschulen in einigen Migrantengruppen ein geringes Ansehen haben und die Eltern daher versuchen, den Förderschulbesuch des Kindes zu vermeiden.

aufweisen, und diese Behinderungen mehr oder weniger normalverteilt sein sollten; d.h. Jungen sollten nicht viel häufiger als Mädchen betroffen sein, Kinder aus ärmeren Verhältnissen nicht häufiger als Kinder aus begüterten Elternhaus usw.

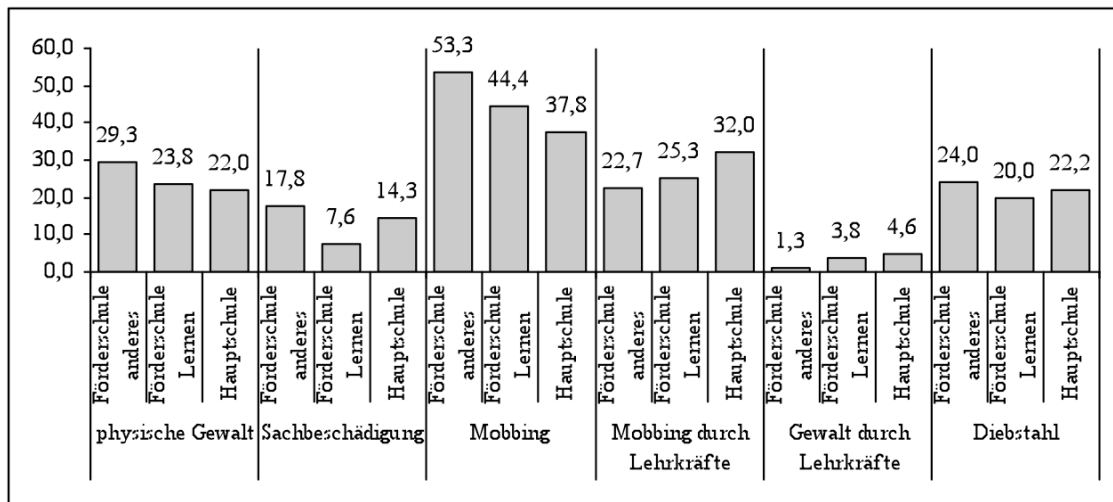
Tabelle 7.1: Stichprobenbeschreibung nach Schulform (in % bzw. Mittelwerte)

	Förder- schule an- deres	Förder- schule Ler- nen	Haupt- schule	IHR/Real- schule	Gesamt- schule	Gym- nasium
Anteil männlich	64,6	60,5	62,1	53,6	45,7	46,5
Alter	15,5	15,5	15,7	15,2	15,1	14,9
abhängig von staatlichen Lei- stungen	41,9	48,7	44,3	29,7	32,0	13,7
nicht mit beiden leiblichen Eltern zusammen lebend	53,3	58,8	59,1	45,9	41,7	33,5
Migrationshintergrund	35,1	35,1	48,1	47,4	54,0	37,8

Die Ähnlichkeiten zwischen den beiden Förderschultypen sowie den Hauptschülern setzen sich fort, wenn die Opferraten betrachtet werden. Von den Schülern mit anderem Schwerpunkt berichten 30,9 %, dass sie innerhalb der letzten zwölf Monate mindestens eine Form der Gewalt (Körperverletzung, Raub usw.) erlebt haben; bei den Förderschülern mit dem Schwerpunkt Lernen sind es 32,1 %, bei den Hauptschülern 31,7 %. Zugleich unterscheidet sich aber die Rate an Schülern, die sexuelle Belästigungen berichten, deutlich zwischen den drei Schulformen: Förderschüler mit anderem Schwerpunkt berichten nur zu 3,8 % von solchen Übergriffen, Förderschüler mit dem Schwerpunkt Lernen zu 12,3 %, Hauptschüler zu 10,9 %.

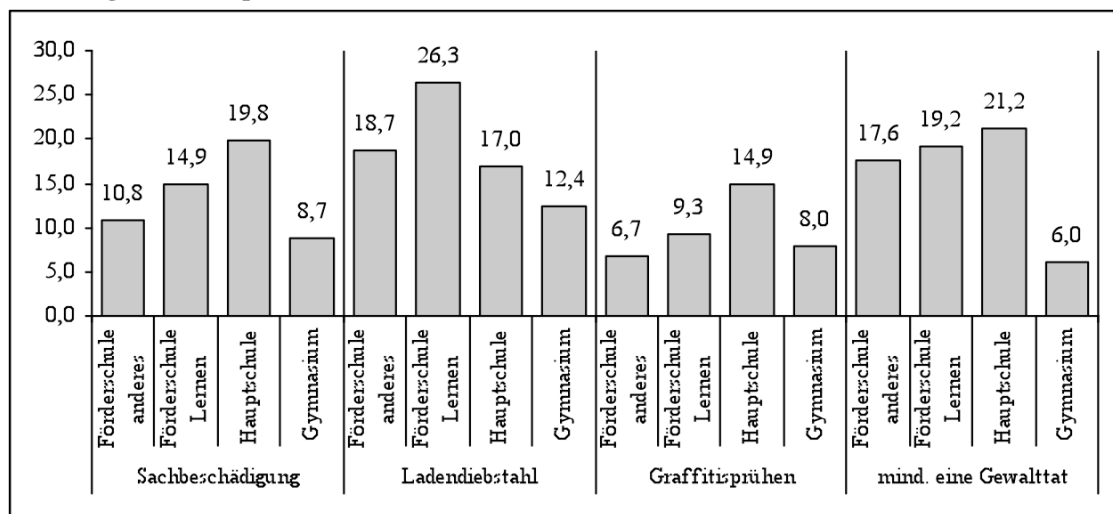
Die Häufigkeit von Gewalterlebnissen im Schulkontext im zurückliegenden Schulhalbjahr berichtet Abbildung 7.4. *Deutlich wird dabei, dass die Förderschüler mit anderem Schwerpunkt als dem Schwerpunkt Lernen am häufigsten von negativen Handlungen ihrer Mitschüler berichten; das innerschulische Gewaltniveau ist insofern in dieser Schulform besonders hoch.* So gaben 29,3 % an, dass sie im letzten Schulhalbjahr physische Gewalt durch Mitschüler erlebt haben; an Hauptschulen beträgt die Rate 22,0 %. Mobbing durch Mitschüler hat hier mehr als die Hälfte der Schüler erfahren, an Hauptschulen nur etwa jeder dritte Schüler. *Von den Lehrkräften gehen demgegenüber seltener negative Handlungen aus als an anderen Schulformen:* Der Anteil an Schülern, die vom Lehrermobbing berichten oder davon, von Lehrkräften Gewalt erfahren zu haben, liegt an Förderschulen mit anderem Schwerpunkt niedriger als an Förderschulen mit dem Schwerpunkt Lernen bzw. an Hauptschulen.

Abbildung 7.4: Gewalterfahrungen in der Schule nach Schulform (in %)



Die Delinquenzraten der Förderschüler sind in Abbildung 7.5 dargestellt. Im Vergleich mit den anderen Schulformen ergeben sich weitestgehend niedrigere Raten. *Bei den untersuchten Förderschülern handelt es sich mithin nicht um eine besonders delinquente Gruppe; die für Berlin berichteten Prävalenzraten würden sich daher kaum verändern, wenn die Förderschüler mit anderem Schwerpunkt systematisch in die Untersuchung einbezogen worden wären.* Bei der Sachbeschädigung und beim Graffitisprühen weisen die Förderschüler fast eine genauso hohe Täterrate in Bezug auf die zurückliegenden zwölf Monate auf wie die Gymnasiasten. Mindestens einen Ladendiebstahl haben 18,7 % dieser Förderschüler begangen; bei den Förderschülern mit dem Schwerpunkt Lernen beträgt die Rate hingegen 26,3 %. Als Gewalttäter sind 17,6 % der Förderschüler mit anderem Schwerpunkt in Erscheinung getreten (19,2 % Förderschüler mit Schwerpunkt Lernen, 21,2 % Hauptschüler).

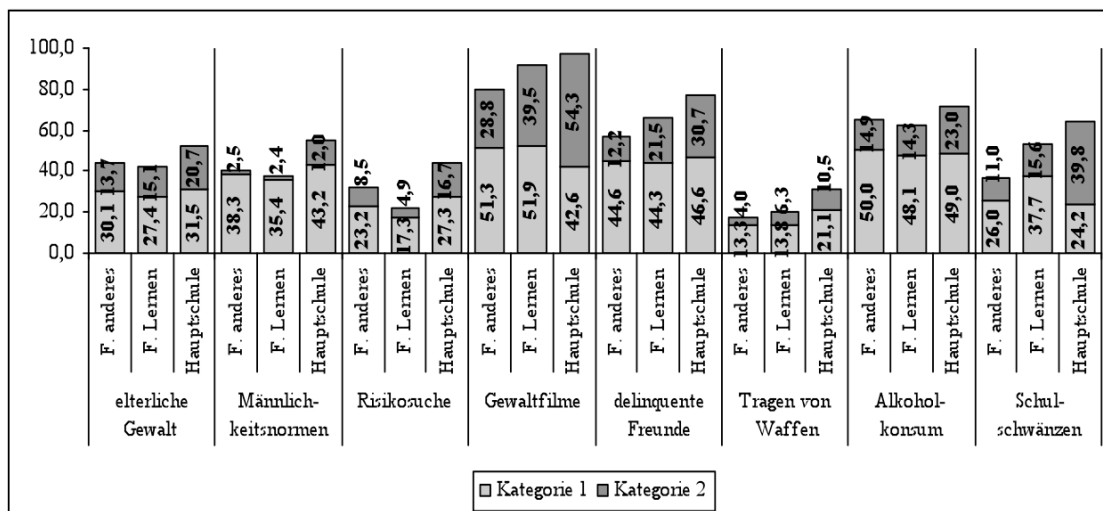
Abbildung 7.5: Delinquentes Verhalten nach Schulform (in %)



Die geringeren Delinquenzraten der Förderschüler mit anderem Schwerpunkt stehen mit geringeren Belastungen im Bereich der Bedingungsfaktoren in Zusammenhang, wie Abbildung 7.6 zeigt. Um die verschiedenen Bedingungsfaktoren gleichzeitig darstellen zu können, wurden die einzelnen Gruppen wiederum nur mit „Kategorie 1“ und „Kategorie 2“ umschrieben, da für fast

jeden Faktor andere Kategorien benannt werden müssten (s.o). Deutliche Unterschiede finden sich bei den Männlichkeitsnormen, der Risikosuche, dem Gewaltfilmkonsum, den delinquenten Freunden, dem Tragen von Waffen und dem Schulschwänzen. Förderschüler mit anderem Schwerpunkt stellen meist die Gruppe mit der geringsten Belastung der drei unterschiedenen Schulformen. So gaben nur 26,0 % der Förderschüler mit anderem Schwerpunkt an, dass sie unter fünf Tagen die Schule geschwänzt haben; 11,0 % taten dies fünf Tage und länger. An Hauptschulen betragen die Raten 24,2 % (unter fünf Tage) und 39,8 % (fünf Tage und länger). Das Tragen von Waffen berichten 17,3 % der Förderschüler mit anderem Schwerpunkt (13,3 % selten, 4,0 % häufiger), aber 31,6 % der Hauptschüler. Mehr als fünf delinquente Freunde kennen 12,2 % der Förderschüler mit anderem Schwerpunkt und 30,7 % der Hauptschüler. Der Anteil an häufigen Gewaltfilmkonsumenten liegt unter den Hauptschülern ebenfalls doppelt so hoch wie unter den Förderschülern (54,3 zu 28,8 %). Das Erleben elterlicher Gewalt und den Alkoholkonsum berichten die Schüler der verschiedenen Schulformen hingegen zu einem vergleichbaren Anteil, wobei die Hauptschüler wiederum durch erhöhte Anteile der Kategorie 2 (schwere elterliche Gewalt bzw. häufiger Alkoholkonsum) auffallen.

Abbildung 7.6: Bedingungsfaktoren der Jugendgewalt nach Schulform (in %)



Aus Gründen der besseren Übersichtlichkeit sind in Abbildung 7.6 nicht noch zusätzlich die Raten für andere Schulformen dargestellt. Im Vergleich mit den Gymnasiasten ergeben sich für die Förderschüler mit anderem Schwerpunkt bei einigen Bedingungsfaktoren aber recht vergleichbare Niveaus. So sind Gymnasiasten zu 9,2 % Mehrfachschwänzer (mind. fünf Tage geschwänzt), zu 10,5 % häufige Konsumenten von Alkohol und zu 16,8 % mindestens seltene Träger von Waffen. Sie kennen zu 11,3 % mehr als fünf delinquente Freunde, sind zu 6,8 % als hoch risikoaffin und zu 1,8 % als hoch männlichkeitsorientiert einzustufen und sie berichten zu 11,2 % von schwerer elterlicher Gewalt in der Kindheit. Zu den Jugendlichen der Förderschulen mit anderem Schwerpunkt ergibt sich damit ein gemischtes Bild: Auf der einen Seite sind sie häufiger Opfer von Gewalt und weisen eine besondere sozio-demographische Zusammensetzung auf. In dieser Hinsicht sind sie alles andere als durchschnittliche Schüler. Auf der anderen Seite gleichen sie den Gymnasiasten bzgl. einiger delinquenter Verhaltensweisen sowie einiger Bedingungsfaktoren; in dieser Hinsicht stellen sie keine ausgewählte Gruppe dar, sondern entsprechen mehr oder weniger dem durchschnittlichen Berliner Neuntklässler.

Eine letzte, in Tabelle 7.2 dargestellte Analyse geht der Frage nach, inwieweit die verschiedenen Bedingungsfaktoren bei den unterschiedlichen Schülergruppen mit dem Gewaltverhalten in den letzten zwölf Monaten in Beziehung stehen. Da zumindest bei den beiden Förderschulgruppen die Befragtenzahlen gering sind (82 bzw. 83 Befragte), kann eine solche Analyse nicht multivariat wie in Abschnitt 5.9. erfolgen. Stattdessen sind in Tabelle 7.2 Ergebnisse von Korrelationsanalysen aufgeführt. Die Koeffizienten können Werte zwischen 0 und +1 bzw. 0 und -1 annehmen. Je näher ein Koeffizient an +1 bzw. -1 heranreicht, umso stärker ist der Einfluss eines Faktors. Festgehalten werden kann zum Einen, dass in der gesamten Tabelle kein Koeffizient unter 0 zu finden ist, d.h. alle Faktoren wirken in allen Schülergruppen gewaltfördernd, so wie dies zu erwarten war. Zum Anderen gehören zumindest zwei Faktoren in allen Schülergruppen zu den wichtigsten Faktoren: der Kontakt mit delinquenten Freunden sowie das Tragen von Waffen.

Werden die Förderschüler mit anderem Schwerpunkt betrachtet, so zeigt sich, dass der Alkoholkonsum und das Schulschwänzen nicht signifikant mit dem Gewaltverhalten in Beziehung stehen, dies aber für die anderen Schulformen zutrifft. Beide Koeffizienten weisen aber in die erwartete Richtung, so dass eine ausbleibende Signifikanz primär auf die geringe Fallzahl zurückzuführen ist. Bei den Gymnasiasten fallen beide Koeffizienten niedriger aus, werden aber aufgrund der höheren Fallzahl als signifikant ausgewiesen. Ähnlich verhält es sich mit dem Faktor elterliche Gewalt, der absolut betrachtet bei den Förderschülern stärker wirkt als bei den Hauptschülern und Gymnasiasten, zugleich aber nicht als signifikant ausgewiesen wird. Grundsätzlich lässt sich damit folgern, dass die Bedingungsfaktoren der Jugendgewalt bei Förderschülern mit anderem Schwerpunkt weitestgehend identisch sind wie bei Schülern anderer Schulformen.

Tabelle 7.2: Bedingungsfaktoren der Gewalttäterschaft (Spearman's Rho)

	Förderschule anderes	Förderschule Lernen	Hauptschule	Gymnasium
elterliche Gewalt	.14	.26	.04	.13
Männlichkeitsnormen	.26	.17	.16	.15
Risikosuche	.24	.28	.27	.24
Gewaltfilme	.28	.14	.12	.16
delinquente Freunde	.37	.38	.40	.27
Tragen von Waffen	.27	.42	.39	.26
Alkoholkonsum	.18	.50	.29	.14
Schulschwänzen	.23	.36	.33	.19

fett: signifikant bei $p < .05$

Die vorgestellten Auswertungen dürfen aufgrund der Unklarheiten über die Selektivität der Stichprobe nur als erste Annäherung an das Thema Gewalterfahrungen und delinquentes Verhalten unter Förderschülern mit anderem Schwerpunkt als dem Schwerpunkt Lernen betrachtet werden. Sie vermitteln den Eindruck, als ob es sich bei Schülern dieser Schulform nicht um besonders belastete Schüler handelt, zumindest wenn die Delinquenzraten sowie die Bedingungsfaktoren betrachtet werden. Weitere Studien zu dieser Schülergruppe erscheinen nichtdestotrotz geboten. Die höhere Opferrate könnte bspw. bedeuten, dass diese Schüler häufiger negativen Handlungen von Menschen aus dem sozialen Umfeld ausgesetzt sind, denen sie sich aufgrund ihrer Behinderung nicht erwehren können. Eventuell weisen diese Schüler besondere Formen der Viktimisierung auf, die mit den eingesetzten Fragebogen nur unvollständig sichtbar

gemacht werden können. Mit Blick auf das Ziel von Schülerbefragungen, möglichst genaue Schätzungen zur Verbreitung der Jugenddelinquenz zu erhalten, ist der Verzicht auf Befragungen in Förderschulen mit anderem Schwerpunkt als dem Schwerpunkt Lernen als eher unproblematisch einzustufen. Insbesondere eine systematische Unterschätzung der Prävalenzraten, die mit dem Ausfall von Schulschwänzern verbunden ist, ist durch die Nicht-Berücksichtigung von Förderschülern mit anderem als dem Schwerpunkt Lernen nicht zu erwarten.

8. Ergebnisse von Sozialraumauswertungen

Zur kleinräumigen Analyse und Planung der Lebenssituation in der Stadt unterteilt Berlin das Stadtgebiet in 447 lebensweltlich orientierte Planungsräume.⁴³ Diese Betrachtungseinheiten bilden für die Berliner Verwaltung die grundlegende Bezugsgröße. Ihre Größe sowie die Anzahl der in ihnen lebenden Menschen variiert. In den 445 bewohnten Planungsräumen schwankt die Einwohnerzahl zwischen 12 bis 31.450 und liegt im Durchschnitt bei 7.523. Für die Planungsräume liegen unterschiedliche, statistische Angaben vor, die im jeweiligen fachpolitischen Zusammenhang ausgewertet werden. Im Rahmen der Schülerbefragung wurden die Planungsräume, in denen die befragten Schülerinnen und Schüler wohnen, ebenfalls erhoben. Mit der räumlichen Zuordnung der Befragungsergebnisse sollte geschlussfolgert werden, ob Gewalterfahrungen sozialräumlich beeinflusst sind. Mit dem jährlich veröffentlichten Monitoring Soziale Stadtentwicklung (MSS) verfügt Berlin über eine gesamtstädtische, indexbezogene Beschreibung der sozialstrukturellen Situation und Entwicklung der Stadtteile. Das Monitoring ordnet dabei 434 Planungsräume vier Entwicklungsindizes zu. Dabei wird unterschieden in Stadtteile mit einem hohen Entwicklungsindex (20 % aller Stadtteile), einem mittleren (60 %) sowie einem niedrigen und sehr niedrigen Entwicklungsindex (jeweils 10 %). Das skalierte Kontinuum zwischen hohem und sehr niedrigem Index beschreibt vereinfacht formuliert das Auftreten von sozialökonomisch reichen und armen Bevölkerungsanteilen in den Planungsräumen.⁴⁴

Das Indikatorenset des MSS nutzt Daten der Sozialhilfe- und Arbeitslosenstatistik sowie Angaben aus dem Melderegister. Es wird zwischen Indikatoren unterschieden, welche die soziale Lage in einem Quartier („Status“) und Indikatoren, die den Wandel der Bevölkerung („Dynamik“) des Gebietes im abgelaufenen Jahr charakterisieren sollen. Zu den Statusindikatoren zählen Daten zur Arbeitslosigkeit und zum Transferbezug sowie zum Migrationshintergrund. Zu den Dynamikindikatoren gehören Daten zur Mobilität (Umzüge) und zu den Veränderungen einzelner Statusindikatoren. Mit einem gestuften Index-Berechnungsverfahren wird aus insgesamt zwölf Merkmalsausprägungen eines Stadtteils ein Wert ermittelt, aus dem sich die Eingruppierung zur hohen, mittleren, niedrigen oder sehr niedrigen Entwicklungstypologie ergibt. Vereinfacht formuliert beschreibt der ermittelte Wert die „Problemdichte“ eines Planungsraumes/Stadtteils im Vergleich mit den übrigen Stadtteilen. Die Einstufung eines Stadtteils im Rahmen des Monitorings vermittelt also ein Bild von der Belastung einzelner Stadtteil durch schwierige soziale Lebenslagen, die aufgrund der Häufung und gegenseitigen Potenzierung sozialer Benachteiligung entsteht.

Anknüpfend an diese indexbezogene Sozialraumbetrachtung wurden die Ergebnisse der Schülerbefragung ausgewertet, um zu analysieren, ob die im Entwicklungsindex zusammengefasste soziale Beschreibung eines Stadtteils sich in den Gewalterfahrungen der Jugendlichen manifestiert. Von besonderem Interesse war dabei, ob die sozial benachteiligten Stadtteile – also die Stadtteile, die im MSS einem niedrigen und sehr niedrigen Entwicklungsindex zugeordnet werden – auffällig sind.

⁴³ Die Autoren danken Herrn Philipp Mühlberg für seine Erläuterungen zu den Hintergründen der LOR-Einteilung Berlins.

⁴⁴ Vgl. http://www.stadtentwicklung.berlin.de/planen/basisdaten_stadtentwicklung/monitoring/

Ein Problem der Einteilung Berlins in Lebensweltlich orientierte Räume (LOR) ist, dass sie im Gegensatz zur Benennung von Stadtteilen den Individuen weitestgehend unbekannt ist. In einer Befragung kann also nicht danach gefragt werden, in welchem LOR man wohnt. Es wurde daher entschieden, dass die Erfassung der Raumzugehörigkeit auf anderem Weg geschieht (vgl. auch Abschnitt 3 des Berichts). Am Befragungstag lag eine mit 1 beginnende, durchnummerierte Liste der Schüler vor, ausgestellt vom Klassenlehrer, auf der neben jeder Nummer der Name und die Adresse der Schüler stand. Die Nummerierung dieser Liste orientierte sich zunächst am Klassenbuch; im Laufe der Befragung wurde das Ordnungsprinzip auf ein vom Klassenlehrer selbst zu wählendes System umgestellt. Der Testleiter, der die Befragung durchführte, hatte ebenfalls eine mit 1 beginnende Liste dabei, auf der neben jeder Ordnungszahl Platz für eine achtstellige Nummer war. Während der Befragung schlug der Testleiter jede Wohnadresse der Schüler in einem LOR-Verzeichnis nach und notierte zu Schüler 1 auf seiner Liste die achtstellige LOR-Nummer, für Schüler 2 dessen Nummer usw. Nachdem für alle Schüler die LOR-Nummern auf der Testleiterliste festgehalten waren, händigte der Testleiter die Adressenliste dem Klassenlehrer wieder aus. Der letzte Schritt war, dass den Schülern die Listennummer mitgeteilt wurde und dass die Schüler diese Nummer auf ihrem Fragebogen festhielten. Dies stellte in den meisten Klassen kein Problem dar; nur sehr wenige Klasse hatten Einwände gegen dieses Vorgehen. Für fast jede Klasse existieren damit nummerierte Fragebögen der Schüler sowie eine nummerierte Liste mit LOR-Nummern. Im Zuge der Datenerfassung wurde dann jedem Schüler seine achtstellige LOR-Nummer zugeordnet.

Für die nachfolgenden Auswertungen wird sich auf die Schüler der Hauptbefragung konzentriert; d.h. die Schulschwänzer sowie die Förderschüler mit einem anderen Schwerpunkt als dem Schwerpunkt Lernen werden aus den Analysen ausgeschlossen. Weiterhin wird bei den folgenden Auswertungen auf die Gewichtung der Daten verzichtet. Die Stichprobenziehung erfolgte nicht für einzelne Lebensweltlich orientierte Räume, sondern nur für einzelne Schulformen. Die Stichprobe beansprucht damit Repräsentativität für Gesamt-Berlin sowie die Schulformen, nicht für die einzelnen Räume. Es ist zwar davon auszugehen, dass eine Zufallsziehung der Klassen zugleich zu einer Zufallsauswahl von Lebensweltlich orientierten Räumen führt. Es ist aber nicht ausgeschlossen, dass durch die Klumpung der Stichprobe einzelne Räume stärker als andere Räume in der Stichprobe vertreten sind. *Die Auswertungen haben damit explorativen Charakter.* Es wird untersucht, ob es Unterschiede zwischen einzelnen LOR-Gruppen gibt oder nicht. Bezüglich der Verallgemeinerung der Befunde von der Stichprobe auf die Grundgesamtheit ist grundsätzlich Vorsicht geboten.

Von den 3.085 Schülern der Hauptstichprobe der Schülerbefragung in Berlin liegen Angaben zur LOR-Nummer für 2.796 Schüler vor; bei 289 Schülern konnte die LOR-Nummer mithin nicht bestimmt werden. Ursache hierfür ist zum Teil, dass die Schüler nicht in Berlin wohnhaft sind. Daneben war es in einigen wenigen Klassen zudem nicht möglich, die LOR-Nummern zu erfassen, weil keine Liste mit Wohnadressen zur Verfügung gestellt wurde. In Förderschulen mit dem Schwerpunkt Lernen liegt am häufigsten keine Angabe zur LOR-Nummer vor (27,7 % der Schüler), in Hauptschulen am seltensten (2,6 %). Die Schüler kommen aus insgesamt 401 Lebensweltlich orientierten Räumen, d.h. in 46 Räumen wurden keine Schüler befragt (bzw. hier leben keine Neuntklässler). Die Spannbreite an befragten Schülern pro Raum beträgt von einem bis zu 39 Neuntklässlern. Nur in insgesamt 17 Räumen wurden 20 oder mehr Schüler befragt; 20 Schüler bilden die untere Grenze für Auswertungen für Subgruppen von Befragten.

Es erscheint an dieser Stelle nicht sinnvoll, nur diese 17 Lebensweltlich orientierten Räume zu betrachten. Stattdessen sollen die verschiedenen Räume zu übergeordneten Gruppen zusammengefasst werden. Hierfür kann auf eine Gruppierung der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung zurückgegriffen werden.⁴⁵ Diese unterscheidet zwölf LOR-Gruppen, die mittels einer verkürzten Notenskala von „1+“ bis „4-“ bezeichnet werden. Die zwölf LOR-Gruppen werden wiederum zu den bereits benannten vier übergeordneten Kategorien zusammengefasst (hoher, mittlerer, niedriger und sehr niedriger Entwicklungsindex). Die nachfolgenden Auswertungen werden weitestgehend auf dieser Kategorisierung beruhen.

Für das Jahr 2010 wurden von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung insgesamt 434 der 447 Lebensweltlich orientierte Räume in der Gruppeneinteilung berücksichtigt (Tabelle 8.1). Die größte Anzahl an Räumen fällt in die Gruppe „2+/-“; insgesamt 172 Räume bzw. 39,6 % aller gruppierten Räume fallen in diese Gruppe. In andere Gruppen fallen hingegen nur sehr wenige Lebensweltlich orientierte Räume („1-“, „3+“, „4+“). In den Schülerbefragungsdaten wird eine vergleichbare Verteilung sichtbar. Auch in der Befragung kommt ein großer Anteil der Schülerschaft aus Räumen der Gruppe „2+/-“. In anderen Gebieten wohnen hingegen deutlich weniger Jugendliche, wobei die Anteile in Bezug auf die 434 Räume und die Anteile in Bezug auf die 2.796 Schüler sehr ähnlich ausfallen. Die Übereinstimmungen in der Verteilung der Zugehörigkeit zu LOR-Gruppen spricht dafür, *dass die Stichprobe die regionale Differenzierung Berlins sehr gut abbildet*. Werden die übergeordneten Stadtteilkategorien betrachtet, so kann gefolgert werden, dass in der Berliner Schülerbefragung etwas zu wenig Schüler aus hoch und mittel entwickelten Stadtteilen erreicht wurden, dafür etwas zu viele Schüler aus niedrig und sehr niedrig entwickelten Stadtteilen.

Tabelle 8.1: Verteilung der LOR-Gruppen bzw. Kategorien

	Räume		Schüler	
	Anzahl	in %	Anzahl	in %
Gruppe: 1+	36	8,3	219	7,8
Gruppe: 1+/-	44	10,1	245	8,8
Gruppe: 1-	7	1,6	11	0,4
Entwicklungsindex: hoch	87	20,0	475	17,0
Gruppe: 2+	43	9,9	189	6,8
Gruppe: 2+/-	172	39,6	1197	42,8
Gruppe: 2-	45	10,4	234	8,4
Entwicklungsindex: mittel	260	60,0	1620	57,9
Gruppe: 3+	3	0,7	4	0,1
Gruppe: 3+/-	26	6,0	191	6,8
Gruppe: 3-	15	3,5	122	4,4
Entwicklungsindex: niedrig	44	10,2	317	11,3
Gruppe: 4+	5	1,2	25	0,9
Gruppe: 4+/-	18	4,1	149	5,3
Gruppe: 4-	20	4,6	210	7,5
Entwicklungsindex: sehr niedrig	43	9,9	384	13,7
Gesamt	434	100,0	2796	100,0

⁴⁵ Vgl.:

www.stadtentwicklung.berlin.de/planen/basisdaten_stadtentwicklung/monitoring/download/2010/tab/1.0.Entwicklungsindex2010LOR.pdf.

Die Befunde der Schülerstichprobe bestätigen die Einstufung der LOR-Kategorisierung, wie Tabelle 8.2 zeigt. Die Gruppen unterscheiden sich nur im Hinblick auf den Anteil männlicher Befragter nicht signifikant voneinander. *Für die anderen drei Indikatoren ergeben sich deutliche Unterschiede; dabei finden sich nahezu lineare Zusammenhänge zwischen der Gruppen-Zugehörigkeit und dem jeweils betrachteten Merkmal.* Befragte aus statushohen Stadtteilen berichten nur zu 6,4 % davon, dass die Eltern arbeitslos sind oder die Familie Sozialhilfe bzw. Arbeitslosengeld II erhält; Befragte aus Stadtteilen mit sehr niedrigem Status wachsen demgegenüber fast zur Hälfte (48,5 %) in Familien auf, die von staatlichen Transferleistungen abhängig sind.

Der geringste Anteil an Jugendlichen mit Migrationshintergrund ist ebenfalls in statushohen Stadtteilen zu beobachten (23,2 %), der höchste in Stadtteilen mit sehr niedrigem Status. Mehr als drei von vier Befragten (75,7 %) in dieser Gruppe weisen einen Migrationshintergrund auf. Ebenfalls abgebildet sind die Anteile türkischer Jugendlicher pro Gruppe, da dies die größte Migrantengruppe darstellt. In den lebensweltlich orientierten Räumen mit hohem Entwicklungsindex leben demnach kaum türkische Jugendliche, in den Räumen mit sehr niedrigem Index weisen hingegen fast vier von zehn Jugendlichen einen türkischen Hintergrund auf.

Für die Schulformzusammensetzung fallen die Ergebnisse ebenfalls deutlich aus. In statushohen Gebieten besuchen nur 5,9 % der Befragten eine Förder- oder Hauptschule, dafür 70,9 % ein Gymnasium. In Stadtteilen mit sehr niedrigem Status finden sich nur 23,4 % Gymnasiasten, dafür aber 19,3 % Förder- und Hauptschüler.

Tabelle 8.2: Stichprobenbeschreibung nach LOR-Kategorien (in %)

	männlich	abhängig von staatlichen Transferleistungen	Migrationshintergrund	Migrationshintergrund: Türkei	Schulform: Förderschule Lernen/Hauptschule	Schulform: Gymnasium
Entwicklungsindex: hoch	49,4	6,4	23,2	3,5	5,9	70,9
Entwicklungsindex: mittel	50,5	21,9	41,1	12,8	10,1	48,5
Entwicklungsindex: niedrig	45,0	33,9	57,1	24,9	16,7	44,5
Entwicklungsindex: sehr niedrig	47,2	48,5	75,7	36,2	19,3	23,4

fett: signifikant bei $p < .05$

Verschiedene Einschätzungen zum Stadtteil sind, getrennt für die LOR-Kategorien, in Tabelle 8.3 festgehalten, wobei für alle Einschätzungen signifikante Unterschiede berichtet werden können. *Die Jugendlichen aus den statushohen Stadtteilen fühlen sich sowohl tagsüber als auch abends bzw. nachts am häufigsten eher bzw. sehr sicher in ihrem Stadtteil.* In den niedrigen bzw. sehr niedrigen Gebieten fällt der Anteil am geringsten aus. Gleichwohl ist darauf hinzuweisen, dass die Differenzen moderat sind: Während sich Schüler aus statushohen Stadtteilen zu 97,6 % tagsüber im Stadtteil sicher fühlen, sind es in Stadtteilen mit sehr niedrigem Status immerhin noch 89,1 %.

Der wahrgenommene Zusammenhalt in der Nachbarschaft wurde ebenfalls erfasst, wobei folgende vier Aussagen genutzt wurden:

- „Die Leute in meiner Nachbarschaft/meinem Kiez helfen sich gegenseitig.“
- „Die Leute hier haben nichts gemeinsam.“
- „Man kann den Leuten in der Nachbarschaft/meinem Kiez vertrauen.“
- „In meiner Nachbarschaft/meinem Kiez kennen sich die Leute gut.“

Die Jugendlichen konnten auf einer Skala von „1 – stimmt nicht“ bis „4 – stimmt genau“ ihre Meinung zu diesen Aussagen abstimmen. Aus allen Aussagen wurde der Mittelwert bestimmt; Schüler mit Mittelwerten größer als 2,5 nehmen einen eher hohen Zusammenhalt in der Nachbarschaft wahr. Dieser Anteil fällt erneut in den statushohen Stadtteilen mit 70,9 % am höchsten aus. Die anderen drei Stadtteilgruppen unterscheiden sich hingegen nicht hinsichtlich des Anteils an Schülern, die einen eher hohen Zusammenhalt wahrnehmen. *Eine schwierige Sozialstruktur eines Stadtteils bedeutet daher nicht automatisch auch einen geringeren Zusammenhalt.*

Tabelle 8.3: Sicherheitsgefühl und Nachbarschaftszusammenhalt nach LOR-Kategorien (in %)

	Sicherheitsgefühl tagsüber im Stadtviertel*	Sicherheitsgefühl abends/nachts im Stadtviertel*	Zusammenhalt in Nachbarschaft
Entwicklungsindex: hoch	97,6	63,6	70,9
Entwicklungsindex: mittel	94,8	58,6	55,8
Entwicklungsindex: niedrig	90,0	51,7	53,0
Entwicklungsindex: sehr niedrig	89,1	55,7	54,9

* ohne Förderschüler; fett: signifikant bei $p < .05$

In Tabelle 8.4 ist die Verteilung der Gewaltopfereraten nach den LOR-Kategorien abgebildet. Für keines der aufgeführten Merkmale ergeben sich signifikante Unterschiede zwischen den Gruppen. Der Tendenz nach steigt mit größerer Benachteiligung eines Stadtteils auch das Risiko eines Gewaltopfererlebnisses. So berichten in statushohen Stadtteilen 15,5 % der Jugendlichen, dass sie mindestens eine Gewaltopfererfahrung (Körperverletzung, Raub usw.) im zurückliegenden Jahr machen mussten, in Stadtteilen mit niedrigem Status liegt die Rate bei 22,5 %; in Stadtteilen mit sehr niedrigem Status fällt sie allerdings wieder auf 17,3 %. Die Ergebnisse ändern sich nicht, wenn die Auswertungen auf deutsche Befragte eingeschränkt werden. *Der Status eines Stadtteils hängt insofern nicht mit dem Gewalterleben zusammen.* Aufgeführt in Tabelle 8.4 sind zusätzlich Indikatoren bezüglich der letzten Gewaltopferschaft, für die sich für Gesamt-Berlin Besonderheiten gezeigt hatten (geringer Anteil bekannter Täter; hoher Anteil an Gewalttaten, die sich im ÖPNV ereignen; hohe Anzeigequote). Der Vergleich der Stadtteilkategorien ergibt keine signifikanten Unterschiede. Der Anteil an Gewalttaten, die sich an Haltestellen oder in Nahverkehrsmitteln ereignen, ist in allen Gebieten in etwa gleich hoch. *Interessant ist dennoch, dass ein Tendenz dahingehend besteht, dass in sozial benachteiligten Stadtteilen Gewalterfahrungen häufiger angezeigt werden.* In statushohen Stadtteilen kommen nur 24,2 % der Gewalttaten zur Anzeige, in Stadtteilen mit sehr niedrigem Status 31,7 %. Wenn die Polizei also häufiger in den statusniedrigeren Stadtteilen Einsätze hat, so ist dies auch der erhöhten

Anzeigebereitschaft der Bevölkerung hier geschuldet. In statushohen Stadtteilen wird hingegen häufiger darauf verzichtet, die Polizei zu informieren.

Tabelle 8.4: Opferschaft nach LOR-Kategorien (in %)

	mind. eine Gewaltopfererfahrung	mind. eine Gewaltopfererfahrung (nur dt. Befragte)	letzte Tat: Täter bekannt	letzte Tat: Ort ÖPNV	letzte Tat: angezeigt
Entwicklungsindex: hoch	15,5	15,4	50,8	20,0	24,2
Entwicklungsindex: mittel	16,8	16,9	42,2	23,1	27,7
Entwicklungsindex: niedrig	22,5	24,0	39,0	25,0	27,9
Entwicklungsindex: sehr niedrig	17,3	21,4	56,8	22,0	31,7

Die Täterraten für die vier am häufigsten vorkommenden Delikte sind für die einzelnen LOR-Kategorien in Tabelle 8.5 dargestellt. Bezüglich der Sachbeschädigung finden sich keine signifikanten Unterschiede; jeweils jeder zehnte Befragte gab an, im zurückliegenden Jahr mindestens eine Sachbeschädigung ausgeführt zu haben. Beim Ladendiebstahl und beim Graffiti sprühen ergeben sich hingegen signifikante Stadtteilunterschiede, die aber eine unerwartete Richtung annehmen: Die Befragten aus Stadtgebieten mit sehr niedrigem Status haben diese Delikte am seltensten ausgeführt; Ladendiebstähle berichten demgegenüber Befragte aus statushohen Stadtteilen am häufigsten, Graffiti sprühen Befragte aus Stadtteilen mit niedrigem Entwicklungsindex. Werden die Auswertungen zu beiden Delikten auf deutsche Befragte beschränkt, finden sich keine signifikanten Unterschiede mehr zwischen den Stadtteilen. Dies bedeutet, dass sich Migranten in benachteiligteren Stadtteilen bei diesen Delikten gesetzeskonformer verhalten als Migranten in statushöheren Stadtteilen. Die Benachteiligung von Stadtteilen ist damit kein Verstärkungsfaktor des delinquenten Verhaltens; es gibt im Gegenteil Hinweise darauf, dass Migranten in benachteiligteren Stadtteilen seltener Eigentumsdelikte begehen. Möglicherweise ist die soziale Kontrolle in diesen Stadtteilen in Bezug auf diese Delikte unter Migranten höher als in statushöheren Stadtteilen. Für das Gewaltverhalten ergibt sich allerdings tendenziell ein Zusammenhang derart, dass mit steigender Benachteiligung häufiger Gewaltverhalten ausgeübt wird, allerdings erneut eher bei deutschen Befragten. Die Zusammenhänge werden aber nicht als signifikant ausgewiesen. *Letztlich ist damit zu folgern, dass das delinquente Verhalten von Berliner Jugendlichen nur begrenzt mit der Struktur des Stadtteils in Beziehung steht, in dem die Jugendlichen leben. Wenn Zusammenhänge existieren, dann derart, dass in Stadtteilen mit sehr niedrigem Status seltener von Migranten Ladendiebstähle und Sachbeschädigungen in Form des Graffiti sprühens verübt werden.*

Tabelle 8.5: Täterraten in Bezug auf die letzten zwölf Monate nach LOR-Kategorien (in %)

	Sachbe- schädi- gung	Laden- dieb- stahl	Laden- diebstahl (nur deut- sche Be- fragte)	Graffiti- sprühen	Graffiti- sprühen (nur deutsche Be- fragte)	mind. eine Gewalttat	mind. eine Gewalttat (nur deutsche Befragte)
Entwicklungsindex: hoch	10,8	14,7	14,5	9,6	9,4	7,7	7,9
Entwicklungsindex: mittel	10,8	14,2	16,0	10,0	10,6	10,4	8,9
Entwicklungsindex: niedrig	10,2	12,1	18,8	12,2	16,7	12,8	13,4
Entwicklungsindex: sehr niedrig	9,6	8,5	14,0	5,8	15,1	11,2	13,1

fett: signifikant bei $p < .05$

Bezüglich der Einstellungen verschiedenen gesellschaftlichen Autoritäten gegenüber, die sich auch in entsprechendem Verhalten äußern, finden sich durchaus Unterschiede zwischen den Stadtteilgruppen (Tabelle 8.6). *Mit zunehmender Benachteiligung eines Stadtgebiets sinkt das Vertrauen in die Polizei.* Dieses wurde, wie bereits in Abschnitt 5.5. beschrieben, über vier Aussagen erfasst. In statushohen Stadtteilen haben 76,2 % der Befragten eine positive oder sehr positive Einstellung zur Polizei, in den anderen Stadtteilgruppen nur jeweils etwas mehr als 60 % der Befragten. Da die Einstellungen zur Polizei eng mit dem Bildungsniveau in Zusammenhang stehen, sind in Tabelle 8.6 zusätzlich die Anteile für Gymnasiasten dargestellt. Auch für Gymnasiasten ergibt sich ein Bildungsgefälle, nach dem die Gymnasiasten aus der höchsten Statusgruppe häufiger ein Polizeivertrauen berichten als die Gymnasiasten der anderen drei Statusgruppen.

Wird statt der Einstellungen das Gewaltverhalten gegen Polizeibeamte betrachtet (hart angepackt/gestoßen, geschlagen/getreten, mit Gegenstand geschlagen), so ergibt sich ein ähnliches Gefälle für die Stadtteile. *Jugendliche aus statushohen Stadtteilen haben in den letzten zwölf Monaten zu 1,7 % physische Gewalt gegen Polizeibeamte eingesetzt, Jugendliche aus Stadtteilen mit sehr niedrigem Status immerhin zu 6,0 %. Jugendliche aus dieser Stadtteilgruppe haben nach eigener Aussage auch am häufigsten Gewalt gegen Bus- und Straßenbahnfahrer eingesetzt.* Jeder 15. Jugendliche dieser Stadtteile berichtet von einem solchen Verhalten, in den anderen Gruppen sind es deutlich weniger. Für die physische Gewalt gegenüber den eigenen Eltern existiert kein signifikanter Unterschied zwischen den LOR-Kategorien. Der Tendenz nach gilt aber auch hier, dass Jugendliche aus statushöheren Stadtteilen seltener Gewalt gegen die eigenen Eltern einsetzen.

Tabelle 8.6: Verhalten bzw. Einstellungen gegenüber Autoritäten nach LOR-Kategorien (in %; ohne Förderschüler)

	physische Gewalt gegenüber Eltern	physische Gewalt gegenüber Bus-/ Straßenbahnfahrer	physische Gewalt gegenüber Polizist	(sehr) positive Einstellungen zur Polizei	(sehr) positive Einstellungen zur Polizei (nur Gymnasiasten)
Entwicklungsindex: hoch	7,5	1,8	1,7	76,2	83,7
Entwicklungsindex: mittel	8,2	1,4	4,4	65,8	71,4
Entwicklungsindex: niedrig	11,3	1,0	2,9	64,0	70,8
Entwicklungsindex: sehr niedrig	11,7	6,6	6,0	63,6	73,0

fett: signifikant bei $p < .05$

Ergebnisse zur Verteilung verschiedener Bedingungsfaktoren über die LOR-Kategorien sind in den Tabellen 8.7 und 8.8 festgehalten. Dabei ergeben sich zum Teil signifikante Unterschiede. *Davon, schwere elterliche Gewalt in der Kindheit erlebt zu haben, berichten Befragte der statushohen Stadtteile am seltensten, der statusniedrigeren Stadtteile am häufigsten.* Dies ist weitestgehend ein Effekt der ethnischen Zusammensetzung der Stadtteile. Da in den statusniedrigeren Stadtteilen häufiger Migranten wohnen und da Migranten häufiger innerfamiliäre Gewalt erleben, ergibt sich auf Stadtteilebene ein entsprechender Effekt. Dieselbe Erklärung gilt für die Männlichkeitsnormen, für die ein fast linearer Trend bzgl. der Zustimmungsqoten festzustellen ist. Abgebildet ist der Anteil an Schülern, die den Normen teilweise oder sehr zustimmen. In Stadtteilen mit sehr niedrigem Status ist dies fast die Hälfte der Befragten (49,6 %), in statushohen Stadtteilen nur jeder fünfte Befragte (20,8 %). Da in den benachteiligteren Stadtteilen aber häufiger Migranten leben und da die Migranten häufiger Männlichkeitsnormen zustimmen, ergibt sich mit zunehmenden Benachteiligungsgrad von Stadtteilen auch ein Anstieg der Zustimmung zu Männlichkeitsnormen. Werden daher die Auswertungen nur auf deutsche Jugendliche beschränkt, zeigt sich in allen Stadtteilgruppen eine vergleichbar hohe Rate zustimmender Schüler.

Der Anteil an Befragten, die eher und sehr risikobereit sind, variiert zwar signifikant, aber unsystematisch mit den Stadtteilgruppen. Der höchste Anteil risikobereiter Jugendlicher ist in Stadtteilen mit mittlerem Entwicklungsindex festzustellen. Für den Gewaltfilmkonsum zeigt sich hingegen wieder ein klares Muster: Befragte aus benachteiligten Gebieten gehören deutlich öfter zu den häufigen Konsumenten von Gewaltfilmen. Dies gilt auch dann, wenn die Auswertungen auf deutsche Jugendliche oder Jugendliche aus Gymnasien eingeschränkt werden (nicht abgebildet); es handelt sich also um einen recht stabilen Effekt. *In den eher benachteiligten Stadtteilen gibt es eine höhere Wertschätzung filmischer Gewalt;* für Gewaltspiele findet sich im Übrigen kein vergleichbarer Effekt (ohne Abbildung).

Tabelle 8.7: Ausgewählte Risikofaktoren delinquenten Verhaltens nach LOR-Kategorien (in %)

	schwere el- terliche Ge- walt in Kind- heit	Männlich- keits- normen: (teilweise) zustimmend	Männlichkeits- normen: (teilwei- se) zustimmend (nur deutsche Befragte)	Risikosuche: (teilweise) zu- stimmend	Gewaltfilm- konsum: häu- fig
Entwicklungsindex: hoch	9,9	20,8	19,0	32,1	19,9
Entwicklungsindex: mittel	14,0	29,3	20,9	38,9	29,4
Entwicklungsindex: niedrig	17,2	40,8	27,1	35,1	32,1
Entwicklungsindex: sehr niedrig	16,4	49,6	27,9	35,9	42,5

fett: signifikant bei $p < .05$

Eine Bekanntschaft mit mehr als fünf delinquenten Freunden berichten 13,2 % der Jugendlichen aus statushohen Stadtteilen; in Stadtteilen mit sehr niedrigem Status sind dies immerhin 19,8 % (Tabelle 8.8). Der Unterschied wird jedoch nicht als signifikant ausgewiesen. Auch für das Tragen von Waffen (Messer, Schlagstock, Schlagring) in Schule und Freizeit ergeben sich keine signifikanten Differenzen zwischen den Stadtteilgruppen. In allen Gruppen gibt jeweils etwa ein Fünftel der Befragten an, zumindest selten Waffen mit sich zu führen, wenn sie in die Schule gehen oder sich in der Freizeit draußen aufhalten.

Für den Anteil an Jugendlichen, die häufiger Alkohol trinken, zeigt sich ein geringfügiger Trend derart, dass in benachteiligteren Stadtteilen seltener zu Alkohol gegriffen wird; die Unterschiede zwischen den Gruppen sind aber erneut nicht signifikant. Höhere und signifikante Unterschiede existieren bei der Mehrfachschwänzerrate: Jugendliche aus statushohen Stadtteilen gehören deutlich seltener zu den Mehrfachschwänzern als Jugendliche aus den benachteiligteren Stadtteilen. *Die Mehrfachschwänzerrate in der Gruppe der Schüler aus Stadtteilen mit sehr niedrigem Entwicklungsindex liegt mehr als doppelt so hoch wie die Rate der Schüler aus statushohen Stadtteilen.* Wenn die Auswertungen auf Gymnasiasten eingeschränkt werden, verschwindet der Zusammenhang allerdings. Weil in den statusniedrigeren Gebieten weit weniger Jugendliche ein Gymnasium besuchen und weil der Gymnasiumsbesuch mit niedrigeren Schwänzzraten einher geht, ergibt sich auf Stadtteilebene der genannte Effekt.

Tabelle 8.8: Ausgewählte Risikofaktoren delinquenten Verhaltens nach LOR-Kategorien (in %)

	über 5 delin- quente Freunde	Tragen von Waffen: min- destens selten	Alkohol- konsum: häufig	Mehrfach- schwänzler	Mehrfachschwänzler (nur Gymnasiasten)
Entwicklungsindex: hoch	13,2	20,4	12,4	9,2	7,9
Entwicklungsindex: mittel	16,7	21,1	12,4	12,9	9,6
Entwicklungsindex: niedrig	18,4	22,0	10,5	16,6	7,3
Entwicklungsindex: sehr niedrig	19,8	20,5	9,1	20,5	9,1

fett: signifikant bei $p < .05$

Abschließend widmet sich Tabelle 8.9 verschiedenen Indikatoren der politischen Einstellungen bzw. des politikbezogenen Verhaltens. Zunächst ist dabei der Anteil an Jugendlichen aufgeführt, die ein (eher) hohes Politikinteresse haben. Befragte aus statushohen Stadtteilen weisen das höchste Politikinteresse auf, Befragte aus den anderen drei Gruppen liegen bei diesem Merkmal relativ dicht beieinander. Zu beachten ist, dass das Interesse stark mit dem Bildungsniveau korreliert und dass sich die einzelnen Schulformen sehr unterschiedlich über die LOR-Gruppen verteilen. Eine Einschränkung auf Gymnasiasten führt dann auch zu dem Ergebnis, dass die Unterschiede im Politikinteresse im Wesentlichen Unterschiede des differierenden Bildungsniveaus der Schüler in den Gruppen sind. Gymnasiasten aus den verschiedenen Gebieten unterscheiden sich hinsichtlich ihres Politikinteresses nicht in signifikanter Weise voneinander.

Für die linksextremen Einstellungen ergeben sich wiederum signifikante Unterschiede zwischen den LOR-Kategorien. Diese lassen aber keine wirkliche Systematik erkennen: Die höchste Zustimmung erhalten linksextreme Aussagen in den statusmittleren und –niedrigen Gebieten. Der Benachteiligungsgrad eines Gebiets allein kann die Zuwendung zum Linksextremismus also nicht erklären. Möglicherweise spielen, wie bereits in Abschnitt 6 vermutet, lokale Extremismuskulturen und -strukturen eine wichtige Rolle für die Hinwendung zu einem konkreten Extremismus. Für den Anteil an Jugendlichen, die linksextreme Straftaten verübt haben, ergeben sich keine signifikanten Unterschiede zwischen den Stadtteilgruppen.

Als ein Indikator für den Rechtsextremismus ist in Tabelle 8.9 der Anteil an deutschen Jugendlichen ausgewiesen, die ausländerfeindlichen Einstellungen eher oder sehr zustimmen. *Dieser Anteil fällt in den statusniedrigeren Stadtteilen signifikant höher aus.* Dennoch stimmen auch 21,2 % der deutschen Befragten aus statushöheren Gebieten ausländerfeindlichen Aussagen zu. Der Anteil an Jugendlichen, die rechtsextreme Straftaten verübt haben, variiert erneut nicht mit der Stadtteilzugehörigkeit. *Ein deutlicher Zusammenhang besteht dagegen für den Antisemitismus,* der sowohl bei deutschen Jugendlichen als auch bei Migrantenjugendlichen erfasst wurde. In Stadtgebieten mit sehr niedrigem Status hält fast jeder vierte Befragte antisemitische Einstellungen aufrecht, in statushohen Gebieten hingegen nur etwa jeder 20. Befragte. Zusätzliche Auswertungen zeigen, dass dieser Effekt nur bei Migranten festzustellen ist; deutsche Jugendliche unterscheiden sich hinsichtlich ihrer antisemitischen Einstellungen nicht zwischen den Stadtteilen. Dass Migranten aus statusniedrigeren Gebieten häufiger antisemitisch eingestellt sind, hängt mit der konkreten Struktur der Migranten zusammen. In statusniedrigeren Gebieten leben häufiger muslimische Migranten, unter denen der Antisemitismus eine höhere Akzeptanz hat als unter anderen Migranten. Bezüglich der Deutschenfeindlichkeit finden sich keine Unterschiede zwischen den Stadtteilgruppen. Erwähnenswert ist dennoch, dass Migranten aus statushohen Stadtteilen überhaupt nicht deutschenfeindlich eingestellt sind.

Tabelle 8.9: Politikinteresse, Linksextremismus und Rechtsextremismus nach LOR-Kategorien (in %)

	Politik- inter- esse*	Politik- interesse (nur Gymna- siasten)	(eher) links- extreme Einstel- lungen*	Links- extreme Straf- taten*	(eher) aus- länder- feindlich**	rechts- extreme Straf- taten**	(eher) antise- mitisch	Deut- schen- feindlich- keit***
Entwicklungsindex: hoch	42,1	46,7	11,8	6,0	21,2	2,3	5,5	0,0
Entwicklungsindex: mittel	33,4	42,0	17,0	7,5	23,4	1,6	10,2	6,4
Entwicklungsindex: niedrig	30,7	41,4	16,5	7,3	34,9	3,6	16,1	10,9
Entwicklungsindex: sehr niedrig	34,4	42,0	12,6	6,5	31,9	0,0	27,6	9,7

* ohne Förderschüler; ** nur deutsche Befragte, ohne Förderschüler; *** nur Migranten, ohne Förderschüler; fett: signifikant bei $p < .05$

Die vorgestellten Auswertungen konnten auf Basis der Angaben der Schüler der neunten Jahrgangsstufe zunächst belegen, dass die Einteilung der Stadtteile Berlins in die LOR-Kategorien, die auf amtlichen Statistiken beruht, durch die Selbstauskünfte gestützt wird. Schüler, die in den als statushoch eingestuften LOR-Gebieten wohnen, berichten deutlich seltener von einer armutsnahen Lebenslage der Familie, sie besitzen deutlich seltener einen Migrationshintergrund und sie genießen deutlich bessere Bildungschancen als Schüler aus benachteiligten Gebieten. Diese unterschiedlichen strukturellen Voraussetzungen haben aber kaum Einfluss auf das delinquente Verhalten der Jugendlichen. *Stadtteile sind in dieser Hinsicht keine eigenständigen Verstärkungsfaktoren der Jugenddelinquenz.* Für das Gewaltverhalten besteht ein leichter Trend in die zu erwartende Richtung. Beim Ladendiebstahl oder beim Graffiti-sprühen findet sich ein umgekehrter Effekt, nach dem vor allem die Migranten in statusniedrigeren Stadtteilen seltener diese Delikte begehen.

Dass sich letztlich kaum deutliche Zusammenhänge zwischen dem Grad der Benachteiligung eines Stadtteils und dem delinquenten Verhalten der Jugendlichen zeigen, verwundert etwas, wenn die Bedingungsfaktoren betrachtet werden. Jugendliche aus statusniedrigeren Stadtteilen erleben häufiger elterliche Gewalt, stimmen den Männlichkeitsnormen häufiger zu, konsumieren häufiger filmische Gewalt, kommen häufiger mit delinquenten Freunden in Kontakt und schwänzen auch häufiger die Schule. Viele diese Unterschiede lassen sich zwar mit der Struktur der in den Stadtteilen lebenden Jugendlichen erklären, d.h. dem höheren Migrantenanteil oder dem geringeren Anteil an Gymnasiasten in statusniedrigeren Stadtteilen. Dies bietet aber keine Erklärung dafür, warum sich auf Stadtteilebene kein deutliches Gefälle der Gewalttaten zeigt, insofern die genannten Faktoren z.T. sehr relevante Einflussfaktoren des Gewaltverhaltens sind.

Dafür, dass die Stadtteilunterschiede im Gewaltverhalten letztlich vernachlässigbar sind, lassen sich mindestens zwei Erklärungen formulieren. Die erste Erklärung rekurriert noch einmal auf die Bedingungsfaktoren: Diese sind über die Stadtteile möglicherweise so verteilt, dass sich eher negative und eher positive Bedingungen ausmitteln. Wenn es in einem Gebiet bspw. einen hohen Anteil an Befragten gibt, die den Männlichkeitsnormen zustimmen, so fallen in solch einem Gebiet zugleich auch die Alkoholkonsumraten niedrig aus. Eine überdurchschnittliche Belastung in einem Bereich wird durch eine unterdurchschnittliche Belastung in einem anderen Bereich ausgeglichen. Bei den vorgestellten Faktoren wurden jenseits des Alkoholkonsums

zwar keine weiteren „bremsenden“ Faktoren identifiziert; möglicherweise gibt es aber weitere, in der Befragung nicht erfasste Faktoren, so z.B. die soziale Kontrolle von Jugendlichen durch Erwachsene. Eine zweite, ergänzende Erklärung könnte lauten, dass gerade in Gebieten, die aufgrund ihrer Sozialstruktur als „auffällig“ eingestuft werden, bereits intensive Anstrengungen der Kriminal- und Gewaltprävention für Kinder und Jugendliche unternommen wurden. Dies lässt sich freilich mit den vorhandenen Daten nicht belegen. Die Teilnahme an Präventionsmaßnahmen könnte ebenso einen „bremsenden“ Faktor darstellen. Plausibel ist, dass sich Akteure und Maßnahmen auf jene Gebiete konzentrieren, in denen eine Notwendigkeit hierfür gesehen wird. Diese Notwendigkeit kann nur bedingt an Statistiken festgemacht werden, da die bislang existierenden Statistiken (insbesondere die Polizeiliche Kriminalstatistik) die benannten Mängel haben. Es muss deshalb auf andere Indikatoren ausgewichen werden, wie die Armutsquote oder den Migrantenanteil eines Stadtteils. Es wäre keineswegs überraschend, wenn sich die Gewaltprävention in Berlin in erster Linie auf die benachteiligteren LOR-Gebiete beschränken würde, mit dem Resultat, dass sich die Delinquenzraten in diesen Gebieten kaum von denen anderer Gebiete unterscheiden.

9. Ausgewählte Folgerung für die Prävention

Die präsentierten Befunde der Schülerbefragung in Berlin zeichnen insgesamt ein eher positives Bild zur Jugenddelinquenz. Gleichwohl besteht weiterhin genügend Anlass für präventives Handeln. Eine Zahl mag dies verdeutlichen: Jedes Jahr erlebt etwa jeder sechste Berliner Jugendliche mindestens einen Gewaltübergriff, wird also Opfer von Körperverletzungen, Raubtaten usw. (17,9 %). Der Blick auf die Leiden der Opfer gibt allen Anlass dazu, auch in Zukunft engagiert gegen Gewalt und Delinquenz vorzugehen. Die nachfolgend angesprochenen Handlungsfelder stellen dabei nur eine erste Auswahl an Bereichen der zukünftigen Präventionsarbeit dar und erheben nicht den Anspruch auf Vollständigkeit. Weitere Folgerungen sind auf Basis der Diskussion der Ergebnisse des Berichts in der Öffentlichkeit wie in den Fachgremien zu erwarten.

Eine erste Folgerung aus den Befunden für die Präventionsarbeit lautet: **Weiter so!** Das eher positive Bild zur Jugenddelinquenz in Berlin ist neben anderen Faktoren auch ein Resultat der bereits in der Vergangenheit durchgeführten Präventionsarbeit. Den verschiedenen Akteuren der Gewaltprävention spiegeln die Befunde zurück, dass ihre Aktivitäten offenbar nicht folgenlos sind. Die Arbeit von zwei Akteuren ist an dieser Stelle hervorzuheben: die Schulen und die Polizei. Die Schulen beschäftigen sich nachweislich in sehr intensiver Weise mit der Gewaltprävention; die Polizei wird dabei häufig in die Maßnahmen integriert und ergreift so die Möglichkeit, mit den Jugendlichen ins Gespräch zu kommen. Ein anderes positives Beispiel ist die Alkoholprävention: Das weit unterdurchschnittliche Alkoholkonsumniveau Berlins dürfte ebenfalls ein Resultat gelungener Präventionsarbeit sein. Alle Anstrengungen der Prävention in den genannten Bereich sollten zukünftig nicht nachlassen, da gilt: Jeder nachwachsenden Generation sind von Neuem die Ziele der Gewaltlosigkeit und des zivilen Umgangs zu vermitteln, u.a. deshalb, weil sich die Formen und Möglichkeiten der Aggressionsausübung verändern, wie bspw. der Einzug der neuen Medien Computer und Internet und das damit verbundene Problem des Cybermobbing illustrieren.

Ein Vorschlag bezüglich der zukünftigen Präventionsarbeit setzt an dem Befund an, dass die Schere zwischen den Schülern verschiedener Schulformen (Förder-/Hauptschule vs. Gymnasien) in Berlin größer ausfällt als in anderen Gebieten Deutschlands. Es ließe sich, pointiert formuliert, von einer ausgeprägteren Winner-Looser-Kultur sprechen, die zur Folge hat, dass gerade die Verlierer nicht bereit sind, sich an die Normen zu halten. Für einen solchen Effekt sind unter Jugendlichen vor allem Ansteckungs- und Verstärkungsprozesse verantwortlich zu machen. Wenn problembelastete Jugendliche in bestimmten Kontexten unter sich bleiben und alternative Verhaltensvorbilder fehlen, kann das Aufsuchen dieser Kontexte die Kriminalitätsbereitschaft erhöhen. Solche Prozesse lassen sich nicht nur an Hauptschulen beobachten; auch in Freizeitzentren werden entsprechende Effekte berichtet. Die zentrale Forderung lautet daher, die Kontexte zu öffnen und damit Differenzerfahrungen zu ermöglichen. Die **Zusammenlegung von Haupt- und Realschulen zu Integrierten Schulen** ist insofern richtig, wobei es dieser Schritt allein nicht überflüssig macht, die Struktur der Schülerschaft weiterhin zu kontrollieren. Die Schülerschaft einer Schule setzt sich zum Teil aus den Jugendlichen des umgebenden Stadtteils zusammen. Differenzerfahrungen können in jenem Fall schwierig werden, in dem ein Stadtteil sehr homogen zusammengesetzt ist. Hier werden Maßnahmen notwendig, die den Aus-

tausch der Schülerschaft fördern. Zusätzlich zur Zusammenlegung von Schulformen wäre es wünschenswert, **wenn die Schulen zu verpflichtenden Ganztagschulen ausgebaut werden**. Sie dürften dann freilich nicht darauf beschränkt werden, „Kinderbewahranstalten“ zu sein, sondern sollten nachmittags ein Motto umsetzen können: Lust auf Leben wecken durch Sport, aktives Musizieren, Theaterspielen, soziales Lernen; sie sollten sich also durch spannende Herausforderungen auf die Kinder und Jugendlichen einlassen. Dies hätte zur Folge, dass die Jugendlichen ihre Freizeit nicht unstrukturiert verbringen, sondern in strukturierte Angebote eingebunden werden.

Für die Berliner Jugendgewalt hat sich eine zentrale Auffälligkeit ergeben: Sie spielt sich deutlich häufiger in öffentlichen Verkehrsmitteln bzw. an Haltestellen und Bahnhöfen ab. Maßnahmen wie die **Videoüberwachung** oder verstärkte **Kontrollgänge** durch Angestellte der Verkehrsbetriebe sind nützlich und sollten weiter ausgebaut werden, auch wenn Übergriffe dadurch nicht verhindert, zumindest aber schneller aufgeklärt werden. Grundsätzlich zu diskutieren ist, ob es wirklich notwendig ist, die **Videoaufnahmen von Übergriffen** zu veröffentlichen. Damit wird einerseits den Tätern eine viel zu hohe Aufmerksamkeit zuteil; andererseits wird damit in der Bevölkerung das Bedürfnis nach härteren Strafen geweckt, die in Bezug auf den Umgang mit jugendlichen Straftätern erstens nicht angemessen und zweitens auch nicht notwendig sind, weil die Jugendkriminalität in Deutschland nachweislich in den letzten Jahren sinkt, ohne dass es Strafverschärfungen gegeben hätte. Eine schnelle Aufklärung von Übergriffen ist aus Opferperspektive wünschenswert und sie ist auch dazu geeignet, das Sicherheitsgefühl in der Bevölkerung aufrecht zu erhalten; hierzu dürfte es aber wie in der Vergangenheit ausreichend sein, Bilder von Tätern zu veröffentlichen, nicht ganze Videosequenzen.

Bezüglich der Aufklärung jugendlicher Straftaten scheint eine weitere Folgerung geboten. Es ist bekannt, dass nicht die Höhe von Strafen auf potentielle Täter abschreckend wirkt, sondern die Wahrscheinlichkeit, für das Handeln zur Verantwortung gezogen zu werden. Diese Wahrscheinlichkeit liegt in Berlin zwar insofern höher, als die Anzeigequote überdurchschnittlich ausfällt. Allerdings gibt es auch Hinweise darauf, dass die Polizei seltener als in anderen Gebieten Deutschlands im Stande ist, die (häufiger angezeigten) Taten letztlich auch aufzuklären und Täter zu ermitteln. Die **Aufklärungsquote** der Berliner Polizei liegt bei Gewaltdelikten niedriger als die Quote der Hamburger und deutlich niedriger als die der Münchener Polizei. Es sind daher Maßnahmen erforderlich, die die Aufklärungsquote anzuheben vermögen. Dies spricht die Polizei selbst an, ihre Personalstärke wie ihre materielle Ausstattung. Dies spricht aber auch die Bevölkerung insgesamt an, die sich durch aufmerksames Beobachten, Zeugenaussagen usw., also eine Kultur des Hinschauens in die Aufklärungsarbeit einbringen kann.

Die Ergebnisse haben daneben gezeigt, dass Berlin zwar ein durchschnittliches bis unterdurchschnittliches Jugenddelinquenzniveau aufweist; dies gilt auch für innerschulisches Aggressionsverhalten. Zugleich berichten aber ca. vier von zehn Jugendlichen, dass sie in der Schule im zurückliegenden Schulhalbjahr verbalen und indirekten Aggressionen ausgesetzt waren, was hier als Mobbing bezeichnet wurde. Mobbing geht dabei nicht allein von den Mitschülern aus: Auch Lehrkräfte behandeln Schüler gemein und machen sie lächerlich. Notwendig erscheint vor diesem Hintergrund, dass sich die Gewaltprävention an Schulen **stärker als bisher den nicht-physischen Gewaltformen widmet und zugleich stärker als bisher die Gewaltausübung von Lehrkräften berücksichtigt**. Allen Schulen ist anzuraten, ein klares Anti-Gewalt-Konzept

zu entwickeln, dass jegliche Form der Gewalt ächtet. Die Vorlage hierfür sollte das bekannte Anti-Bullying-Programm von Olweus sein, das über verschiedene Schritte ein solches Konzept an der Schule zu etablieren versucht. Dieses Programm konnte bereits mehrfach über Evaluationen nachweisen, dass es Gewalt an der Schule zu reduzieren vermag. Auch andere Programme können insofern als effektiv eingestuft werden (z.B. Papillo, Faustlos, PATHS). Derartige Programme müssen von den Lehrkräften initiiert und durchgeführt werden. Damit sie diese wichtige Rolle übernehmen können, ist es notwendig, dass den Lehrkräften ausreichend Möglichkeit zur Weiterbildung eingeräumt wird. Nur dies sichert, dass sie auf dem neuesten Stand der Prävention bzw. des durch Prävention vorzubeugenden Verhaltens sind.

Ein weiteres Feld der Prävention stellt der Gewaltmedienkonsum dar. Für Berlin zeigt sich ein erhöhtes Niveau des Gewaltfilmkonsums (möglicherweise auch über Internet und Handy); zudem beeinflusst der Gewaltfilmkonsum das Gewaltverhalten signifikant. Zudem findet sich bei den Computerspielen, dass Onlinespiele das Risiko eines suchtartigen Spielverhaltens erhöhen. Es existiert damit in verschiedener Hinsicht medienbezogener Handlungsbedarf. Primäres Anliegen muss es sein, **Kindern und Jugendlichen den Zugang zu den verschiedenen Formaten zu erschweren**. Hierzu erscheinen insbesondere zwei Wege ratsam: Aufklärung der Eltern und effektiver Jugendmedienschutz. Eltern müssen wissen, welche Risiken mit dem Medienkonsum verbunden sind, welche problematischen Inhalte existieren und wie diese zu erkennen sind. Dies kann im Rahmen von Elternabenden oder Handreichungen vermittelt werden. Der Jugendmedienschutz ist dahingehend zu reformieren, dass erstens vor allem die Computer- und Videospiele intensiver auf problematische Inhalte kontrolliert werden und dass diese Prüfungen häufiger zu einer Indizierung führen, die es sehr viel schwerer für Kinder und Jugendliche macht, diese Spiele zu besitzen. Zweitens sind die Wege der Distribution stärker zu kontrollieren. Dies betrifft den normalen Verkauf in Geschäften (Kontrolle bspw. über Testkäufer) ebenso wie den Handel im Internet. Bei diesem Punkt ist zuletzt auch noch einmal auf die Rolle von Ganztagschulen hinzuweisen: Wenn die Nachmittage der Jugendlichen in den Schulen mit abwechslungsreichen Freizeitangeboten gefüllt sind, ist der Anreiz, Zeit mit Medienkonsum zu verbringen, gering.

Wie in anderen bundesdeutschen Großstädten ergibt sich auch für Berlin eine hohe Rate an Schülern, die in intensiver Weise die Schule schwänzen. Sowohl die Schülerbefragung selbst als auch die Zusatzbefragung von Schulschwänzern belegt, dass Schulschwänzen ein Risikomarker einer problematischen Entwicklung darstellt, d.h. von Schulschwänzern u.a. häufiger delinquente Taten verübt werden. Es sind daher **Maßnahmen zu ergreifen, die ein konsequentes Vorgehen gegen das Schulschwänzen sicher stellen**. In einem Modellprojekt konnte diesbezüglich nachgewiesen werden, dass ein konzertiertes Vorgehen verschiedener Akteure (Schule, Jugendhilfe, Polizei) dazu beiträgt, die Häufigkeit des Schwänzens zu reduzieren (Brettfeld et al. 2005). Ein entscheidender Schritt der Verhinderung des Schwänzens ist eine engmaschige Kontrolle des Schulbesuchs, durch Lehrkräfte ebenso wie durch Eltern. Schulschwänzen darf nicht als Bagatelverhalten eingestuft werden, sondern als ein Verhalten, das der Aufmerksamkeit und Reaktion bedarf. Wie verschiedene andere Verhaltensweisen im Jugendalter ist das Schwänzens recht häufig durch die Freunde motiviert; die Vorbeugung des Schwänzverhaltens sollte daher nicht immer beim einzelnen Schüler ansetzen, sondern dessen Freundesnetzwerke einbeziehen. Trotz Verschärfung der Kontrolle wird es weiterhin Schüler geben, die sich darüber hinweg setzen und dem Unterricht weiter fernbleiben. Die in Niedersachsen durchgeführ-

ten Modellprojekte haben gezeigt, dass bei diesen hartnäckigen Schulschwänzern häufig massive Probleme festzustellen sind (z.B. Alkohol- und Drogensucht, desolate familiäre Verhältnisse, Depressionen oder andere psychische Erkrankungen). In solchen Fällen sind Schule und Jugendhilfe gemeinsam aufgefordert, unter Einbeziehung von Fachkräften konstruktive Lösungen zu entwickeln. Der Aufwand lohnt sich, weil diese jungen Menschen ohne Hilfe völlig ins Abseits zu geraten drohen.

Der problematische Alkoholkonsum ist in Berlin weit weniger verbreitet als in anderen Teilen Deutschlands. Gleichwohl ist der Alkoholkonsum auch in Berlin ein Einflussfaktor des Gewaltverhaltens. Schritte, den **Alkoholkonsum unter Jugendlichen weiter einzudämmen**, sind vor diesem Hintergrund geboten. Die Erhöhung des Preises für Alkohol, Aufklärungskampagnen zur Wirkung von Alkohol sowie Werbeverbote für Alkohol sind einige Maßnahmen, die diesbezüglich ergriffen werden könnten. Weiterhin ist dafür Sorge zu tragen, dass der Zugang zu Alkohol für Kinder und Jugendliche beschränkt wird. Alkohol-Testkäufe haben sich in Niedersachsen als effektives Mittel erwiesen, die Häufigkeit des direkten Verkaufs von Alkohol an Jugendliche zu reduzieren. In Berlin scheinen daneben Maßnahmen notwendig, die sich dem **Cannabiskonsum** widmen. Bezüglich des Cannabiskonsums gibt es immer wieder Stimmen, die ihm Unbedenklichkeit attestieren und eine Legalisierung fordern. Diese Auffassungen sind zurückzuweisen. Jugendliche Cannabiskonsumern sind nicht friedlicher als Nicht-Konsumenten, wie die Daten der Befragung belegen, sondern sie begehen häufiger Gewalttaten. Ob dies allein der Wirkung der Droge geschuldet ist oder ob weitere Hintergrundfaktoren, die sowohl mit dem Cannabiskonsums als auch dem Gewaltverhalten in Beziehung stehen, für den Zusammenhang verantwortlich sind, kann mit den Querschnittsdaten nicht beurteilt werden. Gleichwohl gibt es kaum wissenschaftliche Studien, die dem Cannabiskonsum positive Wirkungen oder auch nur Harmlosigkeit attestieren. Der Diskurs um eine Unbedenklichkeit bzw. Legalisierung setzt für Jugendliche daher völlig falsche Zeichen. Wie bei anderen Drogen auch sollte ein öffentlicher Konsens darüber bestehen, dass der Konsum für Jugendliche gefährlich ist.

Obwohl es einen substanziellen Anteil an Berliner Jugendlichen gibt, die linksextreme bzw. rechtsextreme (z.B. ausländerfeindliche) Einstellungen aufrecht erhalten, sind die Anteile an Jugendlichen, die dezidiert als links- oder rechtsextrem einzustufen sind, bei denen also auch entsprechendes Verhalten zu beobachten ist, eher gering. Vor diesem Hintergrund scheint eine Intensivierung der Links- bzw. Rechtsextremismusprävention zumindest auf Basis der hier vorgestellten Daten nicht notwendig; ein eigener Präventionsschwerpunkt Linksextremismus ist ebenso wenig erforderlich. Die Ergebnisse sprechen demgegenüber allgemein für eine **Intensivierung der politischen Bildung**. Ein hoher Anteil der Jugendlichen hat ein geringes politisches Interesse oder kann sich auf dem politischen Links-Rechts-Spektrum nicht verorten. Dies spricht für eine Politikdistanz der Berliner Jugendlichen, die bislang allerdings nur bei einer Minderheit mit einer Demokratieunzufriedenheit einher geht. Eine Intensivierung der politischen Bildung sollte dabei nicht durch eine Erhöhung des Anteils an politikbezogenem Schulunterricht erfolgen. Für Jugendliche ist es wichtig, praktisch tätig zu sein und das Wirken ihres (politischen) Handelns erleben zu können. Diese Ansprüche von Jugendlichen mit den Strukturen des politischen Systems (z.B. Parteienarbeit) in Übereinstimmung zu bringen, ist eine Herausforderung kreativer politischer Bildungsarbeit.

Auch in Berlin zeigt sich, dass die innerfamiliäre Gewalt ein wichtiger Einflussfaktor weiterer Auffälligkeiten ist. Der **Vorbeugung innerfamiliärer Gewalt** kommt daher ein zentraler Stellenwert zu, wobei durch die Befragung ein weiteres Argument für die Vorbeugung erarbeitet werden konnte: Eltern, die ihre Kinder schlagen, müssen damit rechnen, dass die Kinder sich ihnen gegenüber ebenfalls aggressiv verhalten, d.h. sie verbal oder körperlich angreifen. Diese Form der Gewalt von Kindern gegenüber ihren Eltern wurde in der Vergangenheit kaum untersucht. Um gegen innerfamiliäre Gewalt vorzugehen, scheint es daher geboten, erstens jene Eltern, die eine Unterstützung bei der Erziehung nötig haben, besser als bislang zu identifizieren. Hier könnten Frauenärzte, Hebammen, Kindergärtnerinnen usw. einen wichtigen Beitrag leisten. Zweitens sollten diese Eltern unmittelbar die Möglichkeit erhalten, an Elternkursen teilzunehmen. Mittlerweile existiert eine Anzahl an Programmen, die nachweislich die Erziehungskompetenz stärken und damit auch Einfluss auf das delinquente Verhalten der Kinder haben (z.B. Triple P, EFFEKT, Starke Eltern – Starke Kinder). Es gibt auch Programme, die bereits sehr früh Hilfe für Problemfamilien anbieten (z.B. Nurse-Family-Partnership-Programm). Die Programme sind dabei immer auf die Kooperation der Mütter und Väter angewiesen. Möglicherweise ist in Zukunft diese Kooperativität stärker durch Anreizstrukturen (finanzielle Entschädigung, Kürzung bestimmter Leistungen) sicher zu stellen. Eine mögliche Kindeswohlgefährdung ist im Zweifelsfall immer höher einzustufen als die Elternrechte.

Ein letzter anzusprechender Präventionsbereich betrifft Jugendliche mit Migrationshintergrund. In anderen Gebieten Deutschlands ist in diesem Zusammenhang gewöhnlich darauf hinzuweisen, dass in erster Linie die Bildungssituation verbessert werden muss, wozu u.a. Mentorenprogramme eingesetzt werden können. In Berlin ist die Bildungsintegration aller Migrantengruppen überdurchschnittlich gelungen, d.h. auch die türkischen und libanesischen Migranten streben deutlich häufiger ein Abitur an als in anderen Teilen Deutschlands. In anderen Bereichen ist die Integration von bestimmten Migrantengruppen hingegen weniger weit vorangeschritten. Möglicherweise könnten **Mentorenprogramme**, die bewusst Personen unterschiedlicher kultureller Herkunft zusammen bringen, auch dahingehend eingesetzt werden, die soziale Vernetzung und die Identifikation mit Deutschland zu stärken. Gewöhnlich stehen bei entsprechenden Maßnahmen türkische Jugendliche im Fokus. Die Befragung in Berlin zeigt aber, dass auch **Jugendliche aus Ländern der ehemaligen Sowjetunion** angesprochen werden müssen. Diese weisen bspw. die höchste Gewalttäterrate auf und stimmen auch Gewalt legitimierenden Männlichkeitsnormen häufig zu. Migranten mit muslimischem Hintergrund erweisen sich dennoch ebenfalls als auffällig.

Besonderer Aufmerksamkeit bedarf der Zusammenhang zwischen **muslimischer Religiosität und Männlichkeitsnormen**. Es erscheint geboten, Maßnahmen zu ergreifen, die sich mit den Normen und deren Entstehungshintergründen auseinandersetzen. Dies könnte bspw. im Rahmen des Schulunterrichts geschehen. In durch die Lehrkräfte moderierten Diskussionen müsste es darum gehen, zu vermitteln, wie der Dominanzanspruch von Männern gerade in muslimischen Familien kulturhistorisch zu erklären ist und welche ökonomischen, gesellschaftlichen und religiösen Rahmenbedingungen die Entstehung der Normen gefördert haben. Daneben ist in der Religionsvermittlung stärker darauf zu achten, welche Männlichkeitsbilder an die muslimischen Jugendlichen weitergegeben werden. Eine engere Zusammenarbeit mit den Imamen, den zentralen Instanzen der Vermittlung religiöser Inhalte, ist bzgl. dieses Themas sinnvoll. Letztlich sollte das Unterrichten von Religion, wie das bei anderen Berufsbildern der Fall ist, an den Nach-

weis einer Qualifikation gebunden sein. Dies ist eine Voraussetzung dafür, dass die religiösen Inhalte in reflektierter Weise an Kinder und Jugendliche weiter gegeben werden, was wiederum dem vorbeugt, dass diese nur Versatzstücke einer Religion als Legitimation ihres Handelns nutzen. In Bezug auf muslimische Jugendliche ist zudem Handlungsbedarf bezüglich verschiedener Einstellungen zu erkennen. Die Feindlichkeit gegenüber anderen Bevölkerungsgruppen (Deutsche, Homosexuelle, Juden) ist unter muslimischen Jugendlichen mit am höchsten ausgeprägt. Maßnahmen zur Reduktion von Vorurteilen scheinen daher notwendig.

Bezüglich des Themas Migration ist noch auf zwei weitere Folgerungen hinzuweisen. Erstens ist die konkrete Umsetzung von Maßnahmen immer daraufhin zu prüfen, ob sie die Migranten tatsächlich erreichen. Eine kulturelle Sensibilität der Durchführenden bzw. eine **interkulturelle Kompetenz**, die durch Weiterbildungsmaßnahmen oder durch den Einsatz von Personal mit Migrationshintergrund zu gewährleisten ist, ist in diesem Bereich unumgänglich. Dies bedeutet nicht, dass Anforderungen bspw. auf Mitarbeit oder Durchführungsstandards abgesenkt werden dürfen. Zweitens ist erneut der **Stellenwert der Gleichaltrigen** anzusprechen. Der zentrale Weg der Integration ist die soziale Vernetzung von Migranten mit Deutschen. Wenn deutsche Kinder und Migranten gemeinsam aufwachsen, können sie sich kennen lernen. Migranten erlernen auf diese Weise spielend die deutsche Sprache und akzeptieren die geltenden Verhaltensregeln und -normen, deutsche Kinder und ihre Eltern bauen Vorurteile ab. Es sollten daher so früh wie möglich Gelegenheiten zum gegenseitigen Kennenlernen geschaffen werden; der Verweis auf den Kindergarten liegt hier nahe. Eine ausgewogene Durchmischung Deutscher und Migranten in Kindergärten und Schulen zu schaffen, ist vor allem in jenen Stadtteilen schwierig, in denen der Migrantenanteil unter der nachwachsenden Generation sehr hoch ist. Gleichwohl sollte auch in diesen Gebieten darauf geachtet werden, dass bestimmte Quoten nicht überschritten werden. Dies ist nur dann möglich, wenn Anreize für die Eltern gesetzt werden, ihr Kind in eine etwas weiter gelegene Kindertagesstätte oder Schule zu bringen bzw. wenn hierzu Strukturen geschaffen werden. Diese müssen durch Aufklärungskampagnen über die Vorteile eines solchen Zusatzaufwandes ergänzt werden. Es dürfte davon auszugehen sein, dass jedes Elternteil die beste Entwicklung für sein Kind wünscht und dafür in begrenztem Maße auch Anstrengungen in Kauf nimmt.

Literaturverzeichnis

Adorno, T.W., Frenkel-Brunswik, E., Levinson, D.J., Sanford, R.N. (1950). *The Authoritarian Personality*. New York: Science Editions.

Altemeyer, B. (1981). *Right-Wing Authoritarianism*. Winnipeg, Manitoba: The University of Manitoba Press.

Anderson, C. A. et al. (2010). Violent Video Game Effects on Aggression, Empathy, and Prosocial Behavior in Eastern and Western Countries: A Meta-Analytic Review. *Psychological Bulletin*, 136, 151-173.

Baier, D. (2008). Entwicklung der Jugenddelinquenz und ausgewählter Bedingungsfaktoren seit 1998 in den Städten Hannover, München, Stuttgart und Schwäbisch Gmünd. KFN: Forschungsbericht Nr. 104.

Baier, D. (2009). Aktuelle Erkenntnisse einer Dunkelfeldstudie. In: Hochschule der Polizei Hamburg (Hrsg.), *Aktuelle Entwicklungen im Rechtsextremismus*. Frankfurt: Verlag für Polizeiwissenschaft, 14-41.

Baier, D. (2010). Jugendkriminalität in Deutschland. Erkenntnisse der Hell- und Dunkelfeldforschung. Expertenbeitrag für das EU-Projekt „Jugendkriminalität Deutschland“.

Baier, D. (2011). Jugendgewalt in Deutschland – Eine Bestandsaufnahme. In: Deegener, G., Körner, W. (Hrsg.), *Gewalt und Aggression im Kindes- und Jugendalter. Ursachen, Formen, Intervention*. Weinheim: Beltz, S. 35-53.

Baier, D. (2011a). Jugendliche als Opfer und Täter von Gewalt in Wolfsburg. KFN: Forschungsbericht.

Baier, D., Hadjar, A. (2005). Alter Wein in neuen Schläuchen? Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen Autoritarismus, Sozialer Dominanzorientierung und Hierarchischem Selbstinteresse. *Zeitschrift für Politische Psychologie*, 13, 7-30.

Baier, D., Pfeiffer, C. (2011). Medienkonsum als Ursache des schulischen Misserfolgs und der Jugendgewalt. Ergebnisse von Längsschnittanalysen. In: Stompe, T., Schanda, H. (Hrsg.), *Delinquente Jugendliche und forensische Psychiatrie. Epidemiologie, Bedingungsfaktoren, Therapie*.

Baier, D., Pfeiffer, C., Rabold, S., Simonson, J., Kappes, C. (2010). Kinder und Jugendliche in Deutschland. Gewalterfahrungen, Integration, Medienkonsum. Zweiter Forschungsbericht zum gemeinsamen Forschungsprojekt des Bundesministeriums des Innern und des KFN. KFN: Forschungsbericht Nr. 109.

Baier, D., Pfeiffer, C., Simonson, J., Rabold, S. (2009). Jugendliche in Deutschland als Opfer und Täter von Gewalt. Erster Forschungsbericht zum gemeinsamen Forschungsprojekt des Bundesministeriums des Innern und des KFN. KFN: Forschungsbericht Nr. 107.

Baier, D., Pfeiffer, C., Windzio, M., Rabold, S. (2006). Schülerbefragung 2005: Gewalterfahrungen, Schulabsentismus und Medienkonsum von Kindern und Jugendlichen. Abschlussbericht über eine repräsentative Befragung von Schülerinnen und Schülern der 4. und 9. Jahrgangsstufe. KFN.

- Baier, D., Rabold, S. (2009). Drogenkonsum im Jugendalter – Verbreitung, Bedingungsfaktoren und Zusammenhang mit Gewaltverhalten. *Zeitschrift für Jugendkriminalrecht und Jugendhilfe*, 20, 292-306.
- Baier, D., Rabold, S. (2011). Kinder und Jugendliche als Opfer und Täter von Gewalt im Saarland. KFN: Forschungsberichte Nr. 110.
- Baier, D., Rabold, S., Doering, B. (2010a). Jugendliche als Opfer und Täter von Gewalt im Bundesland Sachsen-Anhalt. KFN: Forschungsberichte Nr. 110.
- Baier, D., Rabold, S., Kappes, C., Kudlacek, D. (2009a). Sicherheit und Kriminalität in Städte. Ergebnisse einer Schüler- und Erwachsenenbefragung. KFN: Forschungsbericht Nr. 106.
- Baier, D., Rabold, S., Pfeiffer, C. (2010b). Peers und delinquentes Verhalten. In: Harring, M., Böhm-Kasper, O., Rohlf, C., Palentien, C. (Hrsg.), *Freundschaften, Cliques und Jugendkulturen. Peers als Bildungs- und Sozialisationsinstanzen*. Wiesbaden: VS Verlag, S. 309-338.
- Baier, D., Rehbein, F. (2009). Computerspielabhängigkeit im Jugendalter. In: Tully, C. (Hrsg.), *Multilokalität und Vernetzung. Beiträge zur technikbasierten Gestaltung jugendlicher Sozialräume*. Weinheim: Juventa, S. 139-156.
- Baier, D., Schulz, S., Pfeiffer, C. (2007). Drogenkonsum und Gewalt im Jugendalter. In: Möller, C. (Hrsg.), *Sucht im Jugendalter. Verstehen, vorbeugen, heilen*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, S. 112-130.
- Baumrind, D. (1966). Effects of Authoritative Parental Control and Child Behavior. *Child Development*, 37, 887-907.
- Brettfeld, K., Enzmann, D., Trunk, D., Wetzels, P. (2005). *Abschlussbericht zur Evaluation des Niedersächsischen Modellprojekts gegen Schulschwänzen (ProgeSs)*. Universität Hamburg: Unveröffentlichter Forschungsbericht.
- Bundeskriminalamt. (2008). *Polizeiliche Kriminalstatistik. Berichtsjahr 2007*. Wiesbaden. Die Drogenbeauftragte der Bundesregierung/Bundesministerium für Gesundheit 2009)
- Egg, R., Rautenberg, M. (1999). Drogenmissbrauch und Kriminalität. Ergebnisse einer vergleichenden Literaturanalyse. In: Egg, R. (Hrsg.), *Drogenmissbrauch und Delinquenz – Kriminologische Perspektiven und praktische Konsequenzen*. Wiesbaden: KrimZ, S. 139-148.
- Enzmann, D., Greve, W. (2001). Strafhaft für Jugendliche: Soziale und individuelle Bedingungen von Delinquenz und Sanktionierung. In: Bereswill, M., Greve, W. (Hrsg.), *Forschungsthema Strafvollzug*. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, 109-145.
- Enzmann, D., Brettfeld, K., Wetzels, P. (2004). Männlichkeitsnormen und die Kultur der Ehre. In: Oberwittler, D., Karstedt, S. (Hrsg.), *Soziologie der Kriminalität*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 240-263.
- Esser, H. (2000). *Soziologie. Spezielle Grundlagen. Band 2: Die Konstruktion der Gesellschaft*. Frankfurt/Main: Campus Verlag.
- Esser, H. (2001). *Integration und ethnische Schichtung (Bd. 40)*. Mannheim: Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung.
- Fuchs, M., Lamnek, S., Luedtke, J., Baur, N. (2005). *Gewalt an Schulen: 1994 - 1999 - 2004 (1. Auflage)*. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.

- Goldberg, B. (2003). Freizeit und Kriminalität bei Jugendlichen. Zu den Zusammenhängen zwischen Freizeitverhalten und Kriminalität. Baden-Baden: Nomos.
- Gottfredson, M. R., Hirschi, T. (1990). *A General Theory of Crime*. Stanford: University Press.
- Hahn, A., Jerusalem, M. (2001). Internetsucht: Validierung eines Instruments und explorative Hinweise auf personale Bedingungen. In: Theobald, A., Dreyer, M., Starsetzki, T. (Hrsg.), *Handbuch zur Online-Marktforschung. Beiträge aus Wissenschaft und Praxis*. Wiesbaden: Gabler, S. 213 - 233.
- Heitmeyer, W., Heyder, A. (2002). Autoritäre Haltungen. Rabiate Forderungen in unsicheren Zeiten. In: Heitmeyer, W. (Hrsg.), *Deutsche Zustände. Folge 1*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Hopf, W.H., Huber, G.L., Weiß, R.H. (2008). Media Violence and Youth Violence. A 2-year Longitudinal Study. *Journal of Media Psychology*, 20, 79-96.
- Jaschke, H.-G. (1994). *Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Begriffe, Positionen, Praxisfelder*. Opladen: Leske und Budrich.
- Jesse, E. (2000). Linksextremismus. In: Holtmann, E. (Hrsg.), *Politik-Lexikon*. München: Oldenbourg-Verlag. S. 356-360.
- Köllisch, T., Oberwittler, D. (2004). Wie ehrlich berichten Jugendliche über ihr delinquentes Verhalten? Ergebnisse einer externen Validierung selbstberichteter Delinquenz auf Individual- und Aggregatdatenebene. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 56, 708-735.
- Lamnek, S. (1998). Kriminalität. In: Schäfers, B., Zapf, W. (Hrsg.). *Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands*. Opladen: Leske und Budrich, S. 382-393.
- Leibold, J., Kühnel, S. (2003). Islamphobie. Sensible Aufmerksamkeit für spannungsreiche Anzeichen. In: Heitmeyer, W. (Hrsg.), *Deutsche Zustände. Folge 2*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, S. 100-119.
- Möller, I., Krahe, B. (2009). Exposure to Violent Video Games and Aggression in German Adolescents. *Aggressive Behavior*, 35, 75-89.
- Neu, V. (2009). *Rechts- und Linksextremismus in Deutschland. Wahlverhalten und Einstellungen*. Sankt Augustin/Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
- Neugebauer, G. (2000). Extremismus – Rechtsextremismus – Linksextremismus: Einige Anmerkungen zu Begriffen, Forschungskonzepten, Forschungsfragen und Forschungsergebnissen. In: Schubarth, W., Stöss, R. (Hrsg.), *Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 13-37.
- Paik, H., Comstock, G. (1994). The effects of television violence on antisocial behavior: A meta-analysis. *Communication Research*, 21, 516-546.
- Parker, R. N., Auerhahn, K. (1998). Alcohol, Drugs, and Violence. *Annual Review of Sociology*, 24, 291-311.
- Pfeiffer, C., Wetzels, P., Enzmann, D. (1999). Innerfamiliäre Gewalt gegen Kinder und Jugendliche und ihre Auswirkungen. KFN: Forschungsbericht Nr. 80.

- Rabold, S., Baier, D. (2007). Delinquentes Verhalten von Jugendlichen – Zur differentiellen Bedeutsamkeit verschiedener Bedingungsfaktoren. Sozialwissenschaftlicher Fachinformationsdienst Kriminalsoziologie und Rechtssoziologie, 2/2007, 9-42.
- Rehbein, F., Kleimann, M., Mößle, T. (2009). Computerspielabhängigkeit im Kindes- und Jugendalter: Empirische Befunde zu Ursachen, Diagnostik und Komorbiditäten unter besonderer Berücksichtigung spielimmanenter Abhängigkeitsmerkmale. KFN: Forschungsbericht 108.
- Ribeaud, D., Eisner, M. (2006). The 'Drug-Crime Link' from a Self-Control Perspective. European Journal of Criminology, 3, 33-67.
- Richter, M., Settertobulte, W. (2003). Gesundheits- und Freizeitverhalten von Jugendlichen. In Hurrelmann, K., Klocke, A., Melzer, W., Ravens-Sieberer, U. (Hrsg.), Jugendgesundheitsurvey. Internationale Vergleichsstudie im Auftrag der Weltgesundheitsorganisation WHO. Weinheim/München: Juventa.
- Rippl, S., Baier, D., Kindervater, A., Boehnke, K. (2005). Die EU-Osterweiterung als Mobilisierungsschub für ethnozentrische Einstellungen? Zeitschrift für Soziologie, 34, 288-310.
- Rippl, S., Seipel, C., Kindervater, A. (Hrsg.) (2000). Autoritarismus: Kontroversen und Ansätze der aktuellen Autoritarismusforschung. Opladen: Leske und Budrich.
- Sutherland, E.H. (1968). Die Theorie der differentiellen Kontakte. In: Sack, Fritz, König, Rene (Hrsg.), Kriminalsoziologie. Frankfurt a.M: Akademische Verlagsgesellschaft, S. 395-399.
- Terwey, M., Bens, A., Baumann, H., Baltzer, S. (2008). Datenhandbuch ALLBUS 2006. Köln Mannheim: GESIS.
- Wetzels, P., Enzmann, D., Mecklenburg, E., Pfeiffer, C. (2001). Jugend und Gewalt. Eine repräsentative Dunkelfeldanalyse in München und acht anderen deutschen Städten. Baden-Baden: Nomos.
- White, H. R., Tice, P. C., Loeber, R., Stouthamer-Loeber, M. (2002). Illegal Acts Committed by Adolescents under the Influence of Alcohol and Drugs. Journal of Research in Crime and Delinquency, 39, 131-152.
- Wilmers, N., Brettfeld, K., Enzmann, D., Schaefer, D., Herbers, K., Greve, W., Wetzels, P. (2002). Jugendliche in Deutschland zur Jahrtausendwende: Gefährlich oder gefährdet? Ergebnisse wiederholter, repräsentativer Dunkelfelduntersuchungen zu Gewalt und Kriminalität im Leben junger Menschen 1998 - 2000. Baden-Baden: Nomos.
- Wölfling, K. (2010). Computerspielsucht: Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene im Sog der modernen Medien. In: Dittler, U., Hoyer, M. (Hrsg.), Zwischen Kompetenzerwerb und Mediensucht: Chancen und Gefahren des Aufwachsens in digitalen Erlebniswelten aus medienpsychologischer und medienpädagogischer Sicht. München: kopaed, S. 267-274.

Autorenverzeichnis

Thomas Härtel

Vorsitzender der Landeskommission Berlin gegen Gewalt
Staatssekretär in der Senatsverwaltung für Inneres und Sport
Klosterstr. 47
10179 Berlin
Telefon: 030 90223 2902
Internet: www.berlin-gegen-gewalt.de

Dirk Baier

Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen e. V. (KFN)
Lützerodestr. 9
30161 Hannover
Telefon: 0511 34836-0
Fax: 0511 34826-0
E-Mail: kfn@kfn.uni-hannover.de
Internet: www.kfn.de

Prof. Dr. Christian Pfeiffer

Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen e. V. (KFN)
Lützerodestr. 9
30161 Hannover
Telefon: 0511 34836-0
Fax: 0511 34826-0
E-Mail: kfn@kfn.uni-hannover.de
Internet: www.kfn.de

Veröffentlichungen der Landeskommision Berlin gegen Gewalt

Broschüren und Papiere
Graffiti - wo liegen die Möglichkeiten und Risiken der Prävention? Dokumentation einer Fachtagung vom 8. Dezember 1995
Der Berliner „Aktionsplan Graffiti“ Ein zuständigkeitsübergreifendes Präventionsmodell, 1995
Berliner Modell: Kiezorientierte Gewalt- und Kriminalitätsprävention, 1996
Aktionsplan Graffiti - Fortschreibung, 1997
Schüler- und Elternbrief Graffiti, 1997
Aktionsplan Hilfen für wohnungslose Frauen, 1998
Psychische Krankheit bei wohnungslosen Frauen, 1998 Ein ergänzender Beitrag zum Aktionsplan Hilfen für wohnungslose Frauen
Antidiskriminierungsregelungen in den Bundesländern, 1998
Maßnahmen gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus in Berlin, 1999
„Trainingsangebote zur Gewaltprävention - ein Wegweiser“, 2002
Handreichung für Schule und Jugendhilfe zum Umgang mit Schuldistanz, 2003
Häusliche Gewalt: Präventive Ansätze auf bezirklicher Ebene – Projekte, Maßnahmen, Aktivitäten, Initiativen, Strukturen, 2003
Adressen gegen Gewalt, 2009
Empfehlungen der von der Landeskommision Berlin gegen Gewalt eingesetzten Arbeitsgruppe „Schuldistanz“ zum Umgang mit Schuldistanz, 2004
Möglichkeiten für Gewalt- und Kriminalitätsprävention in der Berliner Schule – Informationspaket, 2005
Gewalt der Sprache – Sprache der Gewalt, Prof. Dr. Sybille Krämer, 2005
Integration von Migrantinnen und Migranten – Dokumentation des Open Space am 26. / 27.09.2006 der Landeskommision Berlin gegen Gewalt und der Friedrich – Ebert – Stiftung, 2006
Sexuelle Gewalt – Entwicklung und Standortbestimmung eines facettenreichen Themas des Kinder- und Frauenschutzes, Prof. Dr. Barbara Kavemann, 2007
Sexuelle Gewalt – Wo stehen wir heute? Ein Überblick über die Zugänge zu Vergewaltigung und sexueller Gewalt in Großbritannien, Prof. Liz Kelly, 2008
Schreibwettbewerb der Landeskommision Berlin gegen Gewalt für alle Berliner Schulen zum Thema „Das ist mir fremd. Das war mir fremd. Das kenne ich. Die Suche nach Wegen zur interkulturellen Verständigung“ – Die Texte der Preisträgerinnen und Preisträger, 2007
Flyer
Flyer: Elterinformation „Null Bock auf Schule“ zum Thema Schuldistanz, 2003 Deutsch, Russisch, Türkisch, Arabisch
Flyer: Elterinformation zum Thema: Was tun, wenn Ihr Kind erstmals beim Ladendiebstahl erwischt wurde?, 2004 Deutsch, Türkisch, Russisch, Polnisch, Arabisch, Serbo – Kroatisch
Elternflyer: Rechtsextremismus und Gewalt im Jugendalter, 2006
Plakate
Siegerplakat des Wettbewerbs zum Thema „Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus“. Das Plakat richtet sich an die Öffentlichkeit und insbesondere an Opfer von rechtsextremistischen Gewalttaten und entsprechenden sonstigen Übergriffen. Opfer sollen ermutigt werden, sich Unterstützung zu holen, 2004

Siegerplakat des Wettbewerbs für ein respektvolles Miteinander gegen Rechtsextremismus mit dem Titel: „Intoleranz betäubt die Sinne“, 2008
Siegerplakat des Wettbewerbs „Welche Farbe hat Deine Toleranz?“, 2011
Hefte aus der Reihe Berliner Forum Gewaltprävention (BFG)
Berliner Forum Gewaltprävention Nr.1, 1999 <i>Schwerpunkt: Kommunale Prävention in Berlin</i>
Berliner Forum Gewaltprävention Nr.2, 2000 <i>Schwerpunkt: Gewaltprävention in der Schule Teil I</i>
Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 3, 2000 „Kriminalität, Gewalt und Gewalterfahrungen von Jugendlichen nichtdeutscher Herkunft in Berlin“ - Dokumentation eines Erfahrungsaustausches
Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 4, 2001 Dokumentation des 1. Berliner Präventionstages am 8.11.2000 <i>Schwerpunkte: Kommunale Prävention in Berlin, Schule – Jugend – Gewalt, Beteiligung von Gewerbe und Einzelhandel an der Präventionsarbeit, Beteiligung von Wohnungsbaugesellschaften an der Präventionsarbeit, Beteiligung ethnischer, kultureller und religiöser Minderheiten, Prävention und Polizei, Gewalt gegen Frauen und Mädchen</i>
Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 5, 2001 Dokumentation der Tagung „Wer ist fremd?“ am 6.7.2000 <i>Schwerpunkt: Binationalität</i>
Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 6, 2001 Dokumentation der Tagung „Kooperation von Jugendhilfe, Polizei und Justiz – Projekte und Standpunkte“ am 23. und 24.11.2000
Berliner Forum Gewaltprävention Nr.7, 2001 <i>Schwerpunkt: Gewaltprävention in der Schule Teil 2</i>
Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 8, 2001 <i>Schwerpunkt: Rechtsextremismus</i>
Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 9, 2002 Dokumentation des 2. Berliner Präventionstages am 10.10.2001 <i>Schwerpunkte: Männliche Sozialisation und Gewalt, Rechtsextremismus, Beteiligung – Vernetzung und Prävention, Justiz als Partner in der Prävention, Sport und Gewaltprävention, Kooperation von Polizei und Schule</i>
Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 10, 2002 <i>Schwerpunkt: Häusliche Gewalt</i>
Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 11, 2003 Dokumentation des 3. Berliner Präventionstages am 14.11.2002 <i>Schwerpunkte: Gewalt in der Erziehung, Kommunale Gewalt- und Kriminalitätsprävention, Männliche Sozialisation und Gewalt, Soziales Lernen in der Schule, Häusliche Gewalt, Rechtsextremismus, Antiaggressionstraining</i>
Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 12, 2003 <i>Schwerpunkt: Kriminalitätsoffer</i>
Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 13, 2003 <i>Schwerpunkt: Rechtsextremismus und Gewalt im Jugendalter – Eine Elterninformation</i>
Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 14, 2004 <i>Schwerpunkt: Schuldistanz</i>

<p>Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 15, 2004 <i>Schwerpunkt: 10 Jahre Landeskommision Berlin gegen Gewalt</i></p>
<p>Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 16, 2004 Dokumentation des 4. Berliner Präventionstages am 13.11.03 <i>Schwerpunkte: Prävention und Wirtschaft, Gewalt in der Erziehung, Ressourcen für die Gewaltprävention, Opfer von Rechtsextremismus, Streitschlichtung im Stadtteil, PiT – Prävention im Team, Jugendrechtshäuser und Rechtspädagogik</i></p>
<p>Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 17, 2004 Dokumentation eines Workshops zur Jugenddelinquenz – Entwicklungen und Handlungsstrategien vom 29.04. bis 30.04.2004</p>
<p>Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 18, 2004 Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus – Programme, Maßnahmen, Projekte</p>
<p>Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 19, 2005 Dokumentation der Konferenz der Friedrich – Ebert – Stiftung und der Landeskommision Berlin gegen Gewalt „Erziehen für’s Leben – Eltern in der Verantwortung“ am 30.11.2004, <i>Schwerpunkt: Elternkurse</i></p>
<p>Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 20, 2005 Dokumentation der Fachtagung „Engagement erwünscht! Konsequenzen aus Berliner Bezirksstudien und Lokalen Aktionsplänen für Demokratie und Toleranz“ am 23.11.2004 in der Friedrich – Ebert – Stiftung <i>Schwerpunkt: Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus</i></p>
<p>Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 21, 2005 Dokumentation des 5. Berliner Präventionstages am 3.11.2004 <i>Schwerpunkte: Gewalt der Sprache, Antisemitismus, Prävention und Medien, Intensivtäter, Präventionsräte für alle Berliner Bezirke?, Communities von Bürger/innen nichtdeutscher Herkunft und Gewaltprävention, Prävention im Internet</i></p>
<p>Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 22, 2005 Soziales Lernen in der Berliner Schule – Grundlagen, in Unterricht und Schulleben, Lernprogramme</p>
<p>Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 23, 2005 Plakatwettbewerb der Landeskommision Berlin gegen Gewalt „Die Opfer von rechter Gewalt brauchen Unterstützung“</p>
<p>Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 24, 2006 Dokumentation des 6. Berliner Präventionstages am 24.11.2005 <i>Schwerpunkt: Männliche Sozialisation und Gewalt</i></p>
<p>Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 25, 2006 Dokumentation der Tagung „Häusliche Gewalt gegen Migrantinnen“ am 22.2.2006</p>
<p>Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 26, 2006 <i>Schwerpunkt: Intensivtäter Teil I – Ergebnisse der Analyse von Intensivtäterakten der Staatsanwaltschaft Berlin</i></p>
<p>Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 27, 2007 Dokumentation der Fachtagung „Das jugendliche Opfer“ vom 28.9.2006</p>
<p>Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 28, 2007 Gewalt von Jungen, männlichen Jugendlichen und jungen Männern mit Migrationshintergrund in Berlin – Bericht und Empfehlungen einer von der Landeskommision Berlin gegen Gewalt eingesetzten Arbeitsgruppe</p>
<p>Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 29, 2007 Dokumentation des 7. Berliner Präventionstages am 1.11.2006 <i>Schwerpunkt: Psychische Gewalt</i></p>

<p>Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 30, 2007 Berliner Projekte gegen Rechtsextremismus – Forschungsbericht des Zentrums für Antisemitismusforschung, Arbeitsstelle Jugendgewalt und Rechtsextremismus an der TU Berlin</p>
<p>Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 31, 2007 Schreibwettbewerb der Landeskommission Berlin gegen Gewalt – „Das ist mir fremd. Das war mir fremd. Das kenne ich. Die Suche nach Wegen zur interkulturellen Verständigung“</p>
<p>Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 32, 2007 Dokumentation der Tagung „Männliche Sozialisation und Gewalt – Geschlechtsbewusste Arbeit mit Jungen: Kita, Schule, Jugendhilfe, Familie, Sport“ am 29. und 30.08.2006</p>
<p>Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 33, 2007 <i>Schwerpunkt: Intensivtäter in Berlin - Teil II – Ergebnisse der Befragung von Intensivtätern sowie der Auswertung ihrer Schulakten</i></p>
<p>Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 34, 2007 SCHLAGWORT Integration – Junge Zuwanderer und Gewalt in Berlin Dokumentation der Tagung am 27. und 28.8.2007 <i>Schwerpunkt: Gewalt von jungen männlichen Personen mit Migrationshintergrund in Berlin</i></p>
<p>Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 35, 2008 Dokumentation des 8. Berliner Präventionstages am 31.10.2007 Schwerpunkte: <i>In Würde aufwachsen (Prof. Dr. Klaus Hurrelmann), Stärkung von Erziehungskompetenzen, Frühe Hilfen, Zusammenarbeit von Eltern und Schule, Erziehungspartnerschaften, Koordinierter Kinderschutz</i></p>
<p>Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 36, 2009 Dokumentation des 9. Berliner Präventionstages am 14.10.2008 <i>Schwerpunkt: Kinder- und Jugenddelinquenz</i></p>
<p>Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 37, 2009 Plakatwettbewerb der Landeskommission Berlin gegen Gewalt für ein respektvolles Miteinander gegen Rechtsextremismus „Vielfalt entdecken. Neugier empfinden. Zusammenhalt stärken. Mach mit!“</p>
<p>Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 38, 2009 Dokumentation der Veranstaltung „Jugendgewalt: Was leisten Trainings, Kurse und Seminare“ am 7.10.2008</p>
<p>Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 39, 2009 Was tun gegen rechte Gewalt? Forschungsbericht der Arbeitsstelle Jugendgewalt und Rechtsextremismus am Zentrum für Antisemitismusforschung, September 2009</p>
<p>Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 40, 2010 Schnittstellenanalyse zum Themenkomplex Sexuelle Gewalt</p>
<p>Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 41, 2010 Dokumentation des 10. Berliner Präventionstages am 10.11.2009 <i>Schwerpunkt: Evaluation und Qualitätsentwicklung in der Gewalt- und Kriminalitätsprävention</i></p>
<p>Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 42, 2010 Analyse der Gewalt am 1. Mai 2009 in Berlin</p>
<p>Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 43, 2010 Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung von Modellprojekten der Landeskommission Berlin gegen Gewalt zur Steigerung der Erziehungskompetenz von Eltern mit Migrationshintergrund und zur Steigerung der Konfliktlösungskompetenz von männlichen Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund</p>
<p>Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 44, 2011 „Intensivtäter“ in Berlin Teil III Haftverläufe und Ausblicke auf die Legalbewährung junger Mehrfachtäter</p>
<p>Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 45, 2011 Jugendliche als Täter und Opfer von Gewalt in Berlin</p>

Alle Veröffentlichungen der Landeskommision Berlin gegen Gewalt können unter www.berlin-gegen-gewalt.de herunter geladen werden oder bestellt werden bei der

Landeskommision Berlin gegen Gewalt
Klosterstr. 47, 10179 Berlin
Tel.: 90223 2913, Fax: 90223 2921

